



**Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2019
gemäß § 99 Abs. 2 Gemeindeordnung für den
Freistaat Sachsen (SächsGemO)**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	5
Lagebericht	7
Gesamtorganigramm aller Beteiligungen des Landkreises	17
Übersicht über die Eigenbetriebe	18
Übersicht über die Zweckverbände	18
Übersicht über die unmittelbaren Beteiligungen	19
Übersicht über die mittelbaren Beteiligungen	19
Bildung und Kultur	29
Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig	30
Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum	48
Gesundheit und Soziales.....	59
Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	60
Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH.....	69
Servicegesellschaft Muldental mbH	76
Kommunaler Sozialverband Sachsen	81
Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig	126
Struktur- und Wirtschaftsförderung	139
Breitband GmbH Landkreis Leipzig.....	140
Aufbauwerk Region Leipzig GmbH	145
Invest Region Leipzig GmbH	151
Regionaler Planungsverband Leipzig-West Sachsen	156
Verkehr	171
Regionalbus Leipzig GmbH	172
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	183
Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH.....	190
Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)	195
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	207
Entsorgung.....	237
KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH.....	238
Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen	243
Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen	257
Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	287
Sparkasse und IT	289
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	290

KDN - Kommunale DatenNetz GmbH	342
Lecos GmbH.....	343
ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.	345
KOMM24 GmbH	347
Anhang.....	349
Anlage 1 Begriffserläuterungen.....	349
Anlage 2 Kennzahlen.....	353
Anlage 3 Abkürzungen.....	354
Anlage 4 Beteiligungen in alphabetischer Reihenfolge.....	358

Vorwort

Auf der Grundlage von § 99 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) hat der Landkreis Leipzig dem Kreistag einen Bericht über seine Beteiligungen und deren wirtschaftliche Entwicklung vorzulegen und diesen öffentlich auszulegen. Mit Vorlage des aktuellen Berichtes für das Jahr 2019 kommen wir dieser Verpflichtung gerne nach.

§ 99 Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) legt dazu fest:

„(1) Die Gemeinde schafft die Voraussetzungen, um die Unternehmen, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, zu steuern und zu überwachen sowie die auf ihre Veranlassung in diesen Unternehmen tätigen Aufsichtsratsmitglieder bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu unterstützen.

(2) Dem Gemeinderat ist jeweils bis zum 31. Dezember des dem Berichtsjahr folgenden Jahres ein Bericht über die Eigenbetriebe und die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts vorzulegen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. In dem Bericht müssen mindestens enthalten sein:

1. eine Beteiligungsübersicht unter Angabe der Rechtsform, des Unternehmensgegenstandes, des Unternehmenszweckes und des Stamm- oder Grundkapitals sowie des prozentualen Anteils der Gemeinde an diesem,
2. die Finanzbeziehungen zwischen der Gemeinde und den Unternehmen, insbesondere unter Angabe der Summe aller Gewinnabführungen an den Gemeindehaushalt, der Summe aller Verlustabdeckungen und sonstigen Zuschüsse aus dem Gemeindehaushalt, der Summe aller gewährten sonstigen Vergünstigungen sowie der Summe aller von der Gemeinde übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen,
3. ein Lagebericht, der den Geschäftsverlauf und Lage aller Unternehmen so darstellt, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Gesamtbild vermittelt wird; der Lagebericht soll insbesondere auf Unternehmensvorgänge von besonderer Bedeutung, die während des letzten Geschäftsjahres eingetreten sind, und auf die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen im kommenden Geschäftsjahr eingehen.

Dem Bericht sind als Anlage die Satz 2 entsprechenden Angaben für die Zweckverbände, deren Mitglied die Gemeinde ist, sowie deren Beteiligungsberichte beizufügen.

(3) Darüber hinaus soll der Bericht für jedes Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mindestens 25 Prozent beteiligt ist, insbesondere folgendes ausweisen:

1. die Organe des Unternehmens, die Zusammensetzung der Organe unter namentlicher Nennung von Geschäftsführung, Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedern, die Anzahl der Mitarbeiter sowie den Namen des bestellten Abschlussprüfers und soweit möglich, die Namen und Beteiligungsanteile der anderen Anteilseigner,

2. die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen für das Berichtsjahr und die beiden dem Berichtsjahr vorangegangenen Jahre; für das Berichtsjahr sind die Planwerte den aktuellen Ist-Werten gegenüberzustellen; die Kennzahlen sollen eine Beurteilung der Vermögenssituation, der Kapitalstruktur, der Liquidität, der Rentabilität und des Geschäftserfolgs des Unternehmens zulassen,
3. wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht der Geschäftsführung zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich einer Bewertung der Kennzahlen.

(4) Der Beteiligungsbericht ist der Rechtsaufsichtsbehörde zuzuleiten. Die Angaben des Beteiligungsberichts nach Absatz 2 sind von der Gemeinde zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Dies ist ortsüblich bekannt zu geben.“

Der Landkreis Leipzig verfügt im Jahr 2019 insgesamt über zwei Eigenbetriebe, acht unmittelbare und dreizehn mittelbare Beteiligungen an Gesellschaften und Zweckverbänden sowie über sieben Beteiligungen an Zweckverbänden.

Der für das Geschäftsjahr 2019 erstellte Beteiligungsbericht enthält die gesetzlich geforderten Angaben und soll einen Beitrag zu größerer Transparenz der Verwaltung hinsichtlich der Aufgabenerfüllung durch ausgegliederte, organisatorisch und finanzwirtschaftlich verselbständigte Organisationseinheiten leisten.

Im Sinne einer optimalen Aufgabenerfüllung steht nicht die Frage nach der Rechtsform, sondern vielmehr die Frage nach den effektivsten Instrumentarien zur Zielerreichung im Vordergrund. Dabei sind Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit ebenso zu berücksichtigen wie politische und gesellschaftsrechtliche Rahmenbedingungen.

Der Beteiligungsbericht soll Anregung sein für eine weitere strategische Entwicklung sämtlicher kommunaler Beteiligungen. Für den vorliegenden Beteiligungsbericht bilden die geprüften Jahresabschlüsse bzw. Jahresrechnungen der Beteiligungen für das Geschäftsjahr 2019 die Grundlage.

Borna, im November 2020



Henry Graichen

Landrat des Landkreises Leipzig

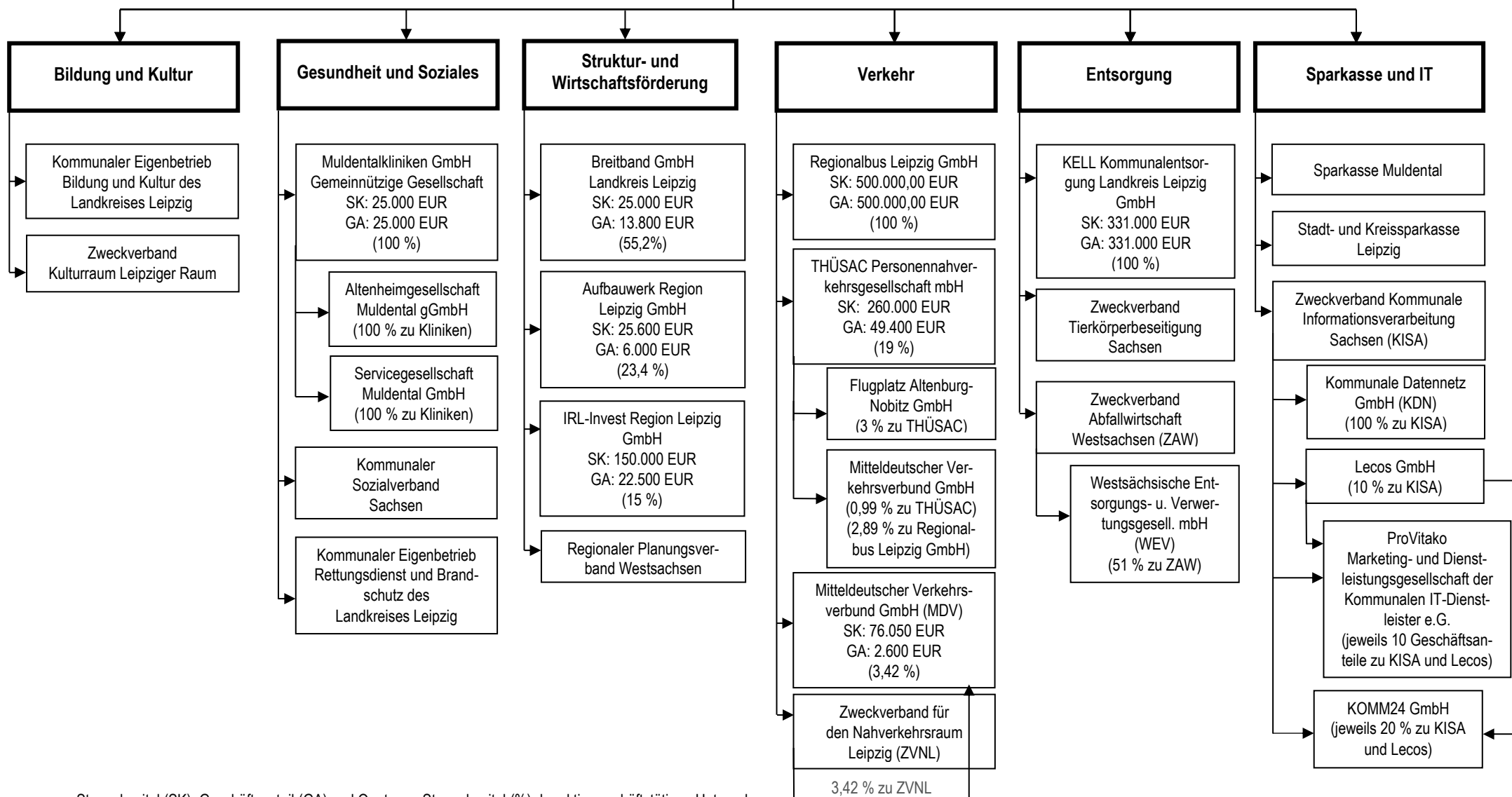
Lagebericht

über den Geschäftsverlauf und die Lage aller Unternehmen, Eigenbetriebe und Zweckverbände des Jahres 2019 sowie die voraussichtliche Entwicklung im Geschäftsjahr 2020.

Der Landkreis erfüllt seine vielfältigen Aufgaben nicht nur in der Kernverwaltung. Dort, wo es sinnvoll ist, werden öffentliche Aufgaben auf Eigenbetriebe und Unternehmen in privater Rechtsform übertragen. 2019 hatte der Landkreis Leipzig 2 Eigenbetriebe und war an insgesamt 8 Gesellschaften unmittelbar beteiligt. An 3 Gesellschaften und 3 Zweckverbänden hält der Landkreis Leipzig 13 mittelbare Beteiligungen. Darüber hinaus ist der Landkreis in 7 Zweckverbänden vertreten.

Eine Gesamtübersicht über die Beteiligungen des Landkreises Leipzig sehen Sie in der folgenden Übersicht:

Landkreis Leipzig – Organigramm Beteiligungen (Stand: 2019)



Stammkapital (SK), Geschäftsanteil (GA) und Quote am Stammkapital (%) der aktiv geschäftstätigen Unternehmen

Bildung und Kultur

Für den **Kommunalen Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig (WALL)** lag der Jahresabschluss zum 31.12.2018 bei Veröffentlichung des Beteiligungsberichtes 2018 noch nicht vor und wird hiermit im Beteiligungsbericht 2019 nachgeholt.

Der Kommunale Eigenbetrieb WALL legt mit dem Jahresabschluss 2018 ein ausgeglichenes Ergebnis vor. Insgesamt wurde an den Eigenbetrieb WALL durch den Landkreis Leipzig ein Zuschuss in Höhe von EUR 1.023.978,52 gewährt. In dieser Summe ist ein Zuschuss in Höhe von EUR 127.978,52 enthalten, um ein ausgeglichenes Ergebnis 2018 zu erzielen.

Mit Wirkung zum 01.01.2019 hat der Landkreis Leipzig die beiden bisherigen kommunalen Eigenbetriebe „WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig“ und „Musikschulen des Landkreises Leipzig“ zu einem neuen Kommunalen Eigenbetrieb „Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig“ zusammengeführt.

Der **Kommunale Eigenbetrieb „Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig“** nahm seine Geschäftstätigkeit gemäß Beschluss des Kreistages 2018/080 zum 01.01.2019 auf.

Der Festsetzungsbeschluss des Wirtschaftsplanes 2019 erfolgte am 12.12.2018 vom Kreistag. Die Gesetzmäßigkeit des Beschlusses wurde von der Landesdirektion Sachsen mit Bescheid vom 11.02.2019 bestätigt.

Der Kommunale Eigenbetrieb Bildung und Kultur legt mit dem Jahresabschluss 2019 ein ausgeglichenes Ergebnis vor. Insgesamt wurde an den Eigenbetrieb Bildung und Kultur durch den Landkreis Leipzig ein Zuschuss in Höhe von 3.002.560,50 Euro gewährt.

Der **Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum** entstand aus dem Kulturraumgesetz vom 20.01.1994 und ist ein Pflichtzweckverband. Die Ausgaben werden aus Zuweisungen des Freistaates Sachsen und den Umlagen der Verbandsmitglieder finanziert. Der Kulturraum Leipziger Raum besteht aus den Mitgliedern Landkreis Leipzig und Landkreis Nordsachsen.

Bei Veröffentlichung des Beteiligungsberichtes 2018 lagen die Jahresabschlüsse 2015 und 2016 noch nicht vor. Dies wird für beide Jahre im folgenden Beteiligungsbericht 2019 nachgeholt.

Für den Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum lagen die festgestellten Jahresabschlüsse zum 31.12.2017, zum 31.12.2018 und zum 31.12.2019 bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Gesundheit und Soziales

Die **Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft** betreiben die Betriebsstätten als Einrichtungen der Regelversorgung entsprechend Krankenhausplan mit 355 Planbetten. Die Gesellschaft schloss das Jahr 2019 mit einem Jahresfehlbetrag von TEUR 252 (Vorjahr: Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 3.457) ab. Der Jahresabschluss 2019 wurde im Aufsichtsrat der Gesellschaft am 17.06.2020 beraten und von der Gesellschafterversammlung festgestellt. Im Geschäftsjahr 2019 betrugen die Umsätze TEUR 60.061 (Vorjahr: TEUR 58.893). Die Leistungsmenge war leicht rückläufig. Daher ist die Steigerung der Umsätze aus Krankenhausleistungen auf Ausgleich für Vorjahre zurückzuführen. Gleichzeitig führte der gegenüber dem Vorjahr gestiegene Landesbasisfallwert zu einem Erlösanstieg in Höhe von ca. TEUR 1.283.

Das Vorjahr war durch Umsatzkorrekturen für Vorjahre in Höhe von Mio. EUR 2,2 geprägt.

Die Ausgleichsbeträge für das Geschäftsjahr 2019 betragen aufgrund unterjähriger Anpassung des Landesbasisfallwerts TEUR 412 (Mindererlösausgleich 2018: TEUR 661).

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Jahr 2018 um TEUR 159 (-0,2 %) gesunken. Trotz Rückgang beim Personalbestand führten Vergütungssteigerungen aus den Tarifabschlüssen TV-Ärzte und TVöD dazu, dass der Personalaufwand nicht in gleichem Umfang zurückging.

Die bessere Leistungsentwicklung im Vergleich zum Vorjahr und die wegfallenden Belastungen aus einmaligen Vorgängen des Jahres 2018 führten zu einem deutlich verbesserten Jahresergebnis. Maßnahmen zur Kostenreduktion in den Bereichen Personal, Energie und Instandhaltung wurden in 2019 wirksam. Die Liquiditätsabflüsse aus der Gesellschaft konnten gestoppt werden.

Der **Kommunale Sozialverband Sachsen (KSV)** ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Als höherer Kommunalverband vereinigt er die zehn Landkreise und die drei kreisfreien Städte des Freistaates Sachsen. Im Mittelpunkt der Arbeit des KSV Sachsen stehen behinderte, hilfe- und pflegebedürftige Menschen. Sie haben einen Anspruch darauf, ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben in unserer Gesellschaft zu führen. Der KSV Sachsen ist überörtlicher Träger der Sozialhilfe und der Eingliederungshilfe, überörtliche Betreuungsbehörde, vollzieht Förderrichtlinien u. a. nach dem Landesjugendhilfegesetz sowie im Rahmen von Aufwendungen für Investitionen und Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen nach dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI) und erfüllt die Aufgaben des Integrationsamtes aus dem Schwerbehindertenrecht sowie dem Sozialen Entschädigungs- und Fürsorge-recht. Zur Erfüllung seiner Aufgaben erhebt der KSV eine Umlage für nicht gedeckten Bedarf. Der Landkreis Leipzig zahlte 2019 eine Sozialumlage in Höhe von 29.160.487,40 EUR (Vorjahr 27.229.138,70 EUR).

Der Jahresabschluss 2019 wurde in der Verbandsversammlung am 07.12.2020 beschlossen. Die ordentlichen Erträge liegen bei 727,9 Mio. EUR (Vorjahr 684,9 Mio. EUR), die ordentlichen Aufwendungen bei 728,3 Mio. EUR (Vorjahr 664,1 Mio. EUR). Der Ergebnishaushalt schließt mit einem Fehlbetrag i. H. v. 0,4 Mio. EUR (Vorjahr Überschuss 20,8 Mio. EUR) ab.

Die Verbandsversammlung des **Rettungszweckverbandes der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln** fasste nach § 62 Abs. 1 SächsKomZG in ihrer am 18.09.2017 stattgefundenen öffentlichen Sitzung den Beschluss über die Auflösung des Rettungszweckverbandes zum 31.12.2017. Die Verbandsmitglieder des Rettungszweckverbandes, der Landkreis Mittelsachsen und der Landkreis Leipzig bestätigten mit Beschlüssen der Kreistage vom 11.10.2017 und vom 08.11.2017 die Auflösung des Rettungszweckverbandes und dessen Abwicklung auf der Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrages über die Auseinandersetzung zur Abwicklung des Rettungszweckverbandes der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (Landkreis Mittelsachsen) - Auseinandersetzungsvereinbarung -. Mit Bescheid (Aktenzeichen L21-2217/104/48) vom 30.11.2017, genehmigte die Landesdirektion Sachsen die Auflösung des Rettungszweckverbandes zum 31.12.2017 und dessen Abwicklung auf Grundlage des öffentlich-rechtlichen Vertrages (Auseinandersetzungsvereinbarung).

Die Abwicklung des Rettungszweckverbandes erfolgte im Zeitraum vom 01. Januar 2018 bis 31. Dezember 2019.

Auf der Grundlage der Schlussbilanz des Rettungszweckverbandes zum 12.12.2019 wurde die Auseinandersetzungsbilanz gleichlautend auf den 12.12.2019 gemäß getroffener Vereinbarungen zwischen den Verbandsmitgliedern erstellt. Der Bankbestand in Höhe von 1.426.513,46 EURO wurde an den Landkreis Leipzig in Höhe von 1.083.366,64 EURO und an den Landkreis Mittelsachsen in Höhe von 343.146,82 EURO vollständig ausgekehrt und überwiesen. Die Bankkonten des Rettungszweckverbandes wurden danach am gleichen Tag geschlossen und gelöscht. Die Liquidation des Rettungszweckverbandes endete somit am 13.12.2019 und wird abschließend dementsprechend den Kreistagen der Verbandsmitglieder zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Im folgenden Beteiligungsbericht wird daher kein weiterer Bezug genommen.

Der **Kommunale Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig** hat seine Geschäftstätigkeit gemäß Beschluss des Kreistages 2017/141 vom 13.12.2017 zum 01.01.2018 aufgenommen.

Im Bereich Rettungsdienst wurden im Wirtschaftsjahr 2019 Umsatzerlöse in Höhe von EUR 12.867.584,05 erzielt. Leistungsentgelte unter Einschluss zu leistender Tarifaufgleiche an Leistungserbringer des Rettungsdienstes wurden in Höhe von EUR 9.568.697,29 gezahlt. Der Kostenträger „Feuerwehrtechnisches Zentrum“ erzielte aus Umsatzerlösen EUR 138.322,44, wovon EUR 106.093,10 auf Erlöse aus Gebühren für Leistungen, EUR 22.241,62 auf Erlöse aus Mieten und EUR 9.987,72 auf sonstige Umsatzerlöse fielen. Im Bereich „Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen“ wurden EUR 48.331,34 aus Leistungen für Dritte erzielt. Das Wirtschaftsjahr 2019 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 568.248,09 ab. Die Umsatzerlöse des Rettungsdienstes unterschritten durch Einsatzrückgang, Einsatzstagnation und veränderte Dispositions- und Indikationsgebaren den Planansatzwert um TEUR 1.278. Der Erlösausfallverlust im Rettungsdienst konnte trotz wesentlicher Einsparungen in allen Aufwandskostenartengruppen nicht kompensiert werden. Die Umsatzerlöse des Feuerwehrtechnischen Zentrums fielen mit TEUR 49 geringer als geplant aus, konnten jedoch durch zusätzliche Erträge in Höhe von TEUR 110 kompensiert werden, die gleichzeitig unabweisbare Mehraufwendungen ausglich. In der Kostenträgersparte „Netzanlagen und sonstige Dienstleistungen“ wurden Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 48 erzielt, die im Wesentlichen – neben den Einsparungen im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen – zum ausgeglichenen Ergebnis der Kostenträgersparte beitragen.

Struktur- und Wirtschaftsförderung

Der Kreistag des Landkreises Leipzig hat in seiner Sitzung am 18.09.2019 die Gründung der **Breitband GmbH Landkreis Leipzig** mit den Gesellschaftern Landkreis Leipzig, den Städten Bad Lausick, Böhlen, Borna, Brandis, Colditz, Frohburg, Geithain, Grimma, Groitzsch, Kitzscher, Markkleeberg, Markranstädt, Naunhof, Pegau, Regis-Breitingen, Rötha, Trebsen, Wurzen, Zwenkau und den Gemeinden Bennewitz, Borsdorf, Elstertrebnitz, Großpösna, Lössatal, Machern, Neukieritzsch, Parthenstein und Thallwitz beschlossen.

Danach beteiligt sich der Landkreis Leipzig an der Gesellschaft mit einem Anteil am Stammkapital von 52 % zuzüglich zweier weiterer Geschäftsanteile zu je 1,6 %, so dass er insgesamt 55,2 % der Anteile hält. Die genannten achtundzwanzig Städte und Gemeinden sind mit jeweils 1,6 % (insgesamt somit 44,8%) am Stammkapital beteiligt. Die Gesellschaft hatte im Jahr 2019 nur Gründungskosten und Kosten des laufenden Geschäftsbetriebes nach der Gründung, insbesondere im Zusammenhang mit der Beantragung von Fördermitteln.

Die **Aufbauwerk Region Leipzig GmbH** ist Dienstleister für Dritte, vorrangig für öffentliche Institutionen. Sie arbeitet als Berater, Entwickler, Manager und Controller bei Projekten, die zumeist aus Mitteln der Europäischen Union finanziert werden. Auf diese Weise werden zusätzlich finanzielle Mittel für die regionalen Akteure in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Regionalentwicklung, Arbeitsmarktpolitik, Umwelt und Naturschutz sowie der politischen und kulturellen Zusammenarbeit akquiriert.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens stellte sich im Jahresverlauf stabil dar. Die Gesellschaft verfügt derzeit über 15 Projekte. Im Geschäftsjahr 2019 wurde ein Fördervolumen von insgesamt rund 15 Millionen akquiriert, davon 5 Millionen für die Region.

Da sich die aktuelle Förderperiode 2014-2020 bereits in der Auslaufphase befindet, werden im nächsten Jahr mehrere Projekte (u.a. MOVECIT, REFRESH und RURES) beendet. Intensive Abschlussarbeiten werden 2020 prägend für die Tätigkeit im Aufbauwerk sein.

Die Gesellschaft erwartet in Zusammenhang mit dem Auslaufen der aktuellen Förderperiode im Jahr 2021 ein positives Jahresergebnis (2021: 11.000 Euro); für die Folgejahre ab 2022 werden negative Jahresergebnisse erwartet (2022: -18.000 Euro, 2023: -53.000 Euro).

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2019 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 29.832,53 Euro ab (Vorjahr: Jahresüberschuss 34.851,45 Euro).

Die **Invest Region Leipzig GmbH** fördert alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft, der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der durch die Gesellschafter repräsentierten Region dienen. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhält die IRL GmbH von ihren Gesellschaftern Finanzmittel, die sich am jeweiligen Gesellschaftsanteil der Gesellschafter bemessen bzw. zur Erbringung projektbezogener Leistungen vereinbart werden. Daneben generiert die GmbH Eigenerlöse durch die projektbezogene Einbindung regionaler Wirtschaftspartner in ihre Vertriebs- und Marketingmaßnahmen.

Die Gesellschaft weist für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 1.350 (2018: TEUR 1.515) aus. Hiervon resultieren Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 1.299 (2018: TEUR 1.486) aus der Erbringung von satzungsgemäß definierten Dienstleistungen der Gesellschaft, denen ein Leistungsaustauschverhältnis mit den Gesellschaftern bzw. ein Zuwendungsbescheid zugrunde liegt und in Höhe von TEUR 50 (2018: TEUR 29) aus maßnahmenorientierten Marketing-Aktivitäten. Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 59 (2018: TEUR 0) entfallen auf das Projekt Errichtung von Auslandsrepräsentanzen, welches zwischen der IRL und dem Gesellschafter Stadt Leipzig gesondert vertraglich vereinbart wurde. Im Ergebnis ihrer nicht auf Gewinnerzielung ausgerichteten Geschäftstätigkeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019 weist die Gesellschaft einen strukturbedingten Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 2 (2018: TEUR 1) aus.

Dem **Regionalen Planungsverband Leipzig-Westsachsen** obliegt die Regionalplanung für die Planungsregion Westsachsen, die mit dem Landesdirektionsbereich Leipzig deckungsgleich ist. Die regionalen Planungsverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und haben die Aufgabe, für das Gebiet ihrer Planungsregion den Regionalplan aufzustellen und fortzuschreiben sowie auf seine Umsetzung hinzuwirken. Regionalpläne enthalten Grundsätze und Ziele für die räumliche Ordnung und Entwicklung der jeweiligen Planungsregion, insbesondere in den Bereichen der Ökologie, der Wirtschaft, der Siedlung und der Infrastruktur. In den Regionalplan ist zugleich der Landesrahmenplan einbezogen. In den Braunkohlegebieten der Planungsregion Westsachsen sind darüber hinaus für jeden Braunkohletagebau Braunkohlenpläne bzw. für stillgelegte oder stillzulegende Tagebaue Sanierungsrahmenpläne aufzustellen. Der Regionale Planungsverband spielt für die Region aus planerischen Gesichtspunkten eine wesentliche Rolle. Die finanzielle Belastung für den Landkreis betrug 2019 10.300,00 EUR.

Im Vorjahr lag der Jahresabschluss zum 31.12.2018 bei Veröffentlichung des Beteiligungsberichtes 2018 noch nicht vor und wird hiermit im Beteiligungsbericht 2019 nachgeholt. Der Jahresabschluss zum 31.12.2019 lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Verkehr

Grundlage für die Erbringung der Verkehrsleistungen der **Regionalbus Leipzig GmbH** bildet seit dem 1. Januar 2014 der „Öffentliche Dienstleistungsauftrag über die Erbringung von Personenverkehrsdiensten“ (ÖDA), gemäß Beschluss Nr. 2013/081 des Kreistages des Landkreises Leipzig vom 9. Oktober 2013. Teile der Verkehrsleistung im Bediengebiet Muldental werden nach wie vor von vertraglich gebundenen Nachauftragnehmern der Gesellschaft erbracht. Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages vom 28. April 1993 in der Fassung vom 16. Juli 2015 die Errichtung und der Betrieb von Personenverkehren, insbesondere der Linienverkehr mit seinen Sonderformen, alle Leistungsarten des Gelegenheitsverkehrs und der Personenfernverkehr sowie die Vornahmen aller damit zusammenhängenden Geschäfte und sonstigen Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Die aufgrund der Weiterentwicklung des ÖPNV-Angebotes in den letzten Jahren zu verzeichnende positive Entwicklung der Fahrgastzahlen hat sich auch im Jahr 2019 fortgesetzt. Im Vergleich zum Vorjahr lag der Anstieg der Fahrgastzahl vor Korrekturwerten bei etwa 5 %.

Die Gesellschaft betreibt nunmehr insgesamt 14 PlusBus- und 9 TaktBus-Linien mit einem qualitativ aufgewerteten ÖPNV-Angebot.

Der Vertrag über die Erbringung von eigenwirtschaftlichen Verkehrsleistungen zur ÖPNV-Anbindung des Pösna Parks wurde im Jahr 2019 fortgesetzt und für die Folgejahre bis 2022 verlängert. Der Freizeitpark BELANTIS hat sich im Jahr 2019 mit einem ergänzenden Finanzierungsbeitrag an der Busanbindung mit der Linie 105 beteiligt. Auf Basis einer Ausschreibung kam mit der Handwerkskammer zu Leipzig ein neuer Vertrag über die Durchführung von Beförderungsleistungen zustande. Mit den Städten Bad Lausick, Brandis und Grimma wurden Verträge zur Verkehrsbedienung abgeschlossen. Die Verkehrsbedienung durch Kraftomnibusse im gesamten ÖPNV-Linienvverkehr bildet mit ca. 97 % des Leistungsvolumens der gefahrenen Kilometer den Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft. Die übrigen Geschäftsfelder Gelegenheits- und Vertragsverkehr nahmen mit 3 % einen vergleichsweise geringen Anteil am Leistungsumfang der gefahrenen Kilometer der Gesellschaft ein. Deren Umsatz lag mit TEUR 112 über den im Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2019 aufgestellten Erwartungen. Dabei wurde im Vertragsverkehr ein Plus in Höhe von TEUR 210 gegenüber dem Plan erreicht. Im Gelegenheitsverkehr erfolgte aus Kapazitätsgründen eine Leistungsreduzierung, wodurch der Umsatz um TEUR 103 unter dem Planwert lag. Eigenwirtschaftlicher Verkehr und Schienenersatzverkehr erreichten ein Umsatzplus von TEUR 5 gegenüber dem Plan.

Der Ausbau und die Erweiterung der betrieblichen Anlagen im Betriebsteil Deuben wurden im Geschäftsjahr 2019 planmäßig fortgeführt.

Das Geschäftsjahr 2019 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.443 TEUR (2018: Jahresüberschuss 1.083 TEUR). Es wurden Umsatzerlöse in Höhe von insgesamt 22.640 TEUR (2018: 20.893 TEUR) erzielt.

Im Geschäftsjahr 2019 wurden Investitionen in Höhe von insgesamt 6.896 TEUR getätigt. Die Businvestitionen beinhalten die Beschaffung von 20 Omnibussen.

Für das Jahr 2020 wird mit Einnahmen im ÖPNV-Linienvverkehr von 7.089 TEUR (2019: 7.551 TEUR) geplant. Das Jahresergebnis 2020 soll planmäßig 912 TEUR betragen. Diese Einschätzung basiert auf der Annahme, dass im Zuge der Pandemiesituation keine unvorhergesehenen Ereignisse wie z. B. ein zweiter Lockdown auftreten.

Der **THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH** obliegt die öffentliche Verkehrsbedienung durch Kraftomnibusse im Linienvverkehr (ÖPNV), freigestellten Schüler- sowie Gelegenheitsverkehr. Den Linienvverkehr erbringt die Gesellschaft im MDV-Gebiet in den Städten Altenburg, Borna und Schmölln (Stadtverkehr) sowie in den Landkreisen Altenburger Land (Freistaat Thüringen) und dem Landkreis Leipzig (Freistaat Sachsen). Die Gesellschaft erbringt neben den Leistungen des ÖPNV weitere Leistungen zur Fahrzeuginstandsetzung auf der Grundlage eines Servicevertrags mit der MAN Truck & Bus Deutschland GmbH.

Die Genehmigungen für die Einrichtung und den Betrieb eines Linienvverkehrs nach § 42 PBefG für das Bedienegebiet Sachsen wurden durch die Landesdirektion Leipzig für den Stadtverkehr Borna für zwei Linien und den Überlandlinienvverkehr für 21 Linien zeitgleich mit der Laufzeit des ÖDA vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2023 erteilt. Das bilanzielle Gesamtvermögen ist zum 31. Dezember 2019 um 7,0 % auf EUR 22,4 Mio angestiegen. Im Geschäftsjahr 2019 sind die Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.745 gestiegen. Im Kerngeschäft unseres Unternehmens – dem Personennahverkehr – wurden die Umsatzerlöse des Vorjahres übertroffen. Diese stiegen um TEUR 350. Dies ist insbesondere auf die Tarifanpassungen zum 1. August 2018 und 1. August 2019 sowie die Angebote aus dem S-Bahnnetz, den PlusBus Linien und den umgesetzten Verkehrsprojekten zurückzuführen. Die Umsätze aus dem Schülerverkehr sind gesunken, hauptsächlich infolge der durch die neuen Verkehrsprojekte stattgefundenen Verschiebung des freigestellten Schülerverkehrs zu Gunsten des ÖPNV Angebots für Jedermann. Auch die Erlöse aus dem Mietwagenverkehr sind rückläufig. Dieser kann auf Grund von erreichten Kapazitätsgrenzen nur noch eingeschränkt angeboten werden.

Im Geschäftsjahr 2019 wurden TEUR 5.076 (Vj. TEUR 2.138) in erforderliche Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände investiert. Die für die Zukunftssicherung der THÜSAC und die weitere Attraktivität der Angebote notwendigen Investitionen, insbesondere in 17 Busse (TEUR 4.494) wurden mit TEUR 1.968 aus Fördermitteln finanziert.

Die Liquiditätssituation und die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft sind im Vergleich zum Vorjahr stabil geblieben. Die Eigenkapitalquote ist auf 45,7 % (Vj. 46,7 %) der Bilanzsumme am Bilanzstichtag gesunken. Das geplante Jahresergebnis 2019 (63 TEUR) konnte mit 463 TEUR weit übertroffen werden.

Für das Geschäftsjahr 2020 rechnet die THÜSAC wieder mit einem positiven Jahresergebnis.

Entsprechend dem Wirtschaftsplan schließt die **Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)** das Geschäftsjahr 2019 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Der durch die Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages in 2019 zu zahlende Zuschuss von TEUR 2.662 entsprach der mittelfristigen Planung des Vorjahres. Mit dem Wirtschaftsplan 2019 und dem Beschluss zum Jahresabschluss 2018 wurden zusätzlich nicht verbrauchte Zuschüsse in Höhe von TEUR 359 auf Folgejahre zweckgebunden übertragen. Im Berichtsjahr wurden davon Zuschüsse von TEUR 2.575 in Anspruch genommen, da den Aufwendungen von TEUR 5.568 Erträge einschließlich ertragswirksam vereinnahmter Fördermittel von TEUR 2.993 gegenüberstanden. Der nicht verbrauchte Zuschussbetrag von TEUR 446 wurde passiviert. Mit dem Wirtschaftsplan 2020 wurde davon durch die Gesellschafter am 5. Dezember 2019 bereits ein Übertrag von TEUR 393 auf die Jahre 2020 und 2021 beschlossen. Über die Verwendung der zusätzlich nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüsse von TEUR 53 werden die Gesellschafter entscheiden. Außerdem musste die geplante Entnahme aus der Kapitalrücklage nicht in Anspruch genommen werden.

Neben den Betriebskostenzuschüssen der Gesellschafter erfolgte die Finanzierung des Betriebsaufwandes der Gesellschaft durch Erträge aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen sowie durch Zuwendungen des Bundes, der Freistaaten Thüringen und Sachsen, des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) und der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA). Weitere Erträge wurden aus der Realisierung der Kooperationsvereinbarungen mit verschiedenen Verbundunternehmen, den Kooperationsvereinbarungen mit dem ZVNL, zum Verkehrsmanagement und zur Bearbeitung von Nahverkehrsplänen und dem ÖPNV-Konzepten sowie aus dem Verkauf der Fahrplanhefte 2019/2020 entsprechend den mit den Verkehrsunternehmen des Verbundes geschlossenen Verträgen erzielt. Hinzu kommen Erlöse aus Beteiligungen der jeweiligen Partner an verschiedenen Strategieprojekten.

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung insgesamt als gering eingestuft. Allerdings wird die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt. Die aktuelle Pandemie-Situation mit einer derzeit stark rückläufigen Nachfrage und entsprechenden Einnahmen im ÖPNV kann dabei möglicherweise die Bereitstellung der Betriebskostenzuschüsse insbesondere der Verkehrsunternehmens-Gesellschafter, sowohl für das laufende Jahr als auch das Folgejahr beeinflussen. Daher sind bereits jetzt künftige Einsparungspotentiale zu prüfen.

Im Bereich des schienengebundenen Personennahverkehrs ergeben sich für den Landkreis keine unmittelbaren finanziellen Verpflichtungen, da der **Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** zur Finanzierung der Ausgaben die entsprechenden Mittel durch den Freistaat Sachsen erhält.

Entsorgung

Die Umsätze der **KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH** betragen im Berichtsjahr 10,7 Mio. EUR. Das Geschäftsergebnis beträgt im Berichtsjahr 580 TEUR. Laufende Ersatzinvestitionen von Behältern und Fahrzeugen wurden im Umfang von 815 TEUR getätigt. Die Investitionsmaßnahmen im Fahrzeug- und Behälterbereich des Geschäftsjahres 2019 wurden durch Fremdkapitalaufnahme in Höhe von 450 TEUR finanziert. Durch das Geschäftsmodell der KELL ist auch weiterhin von stabilen Ertragserwartungen auszugehen. Ertragszuwächse sind insbesondere in 2020 und 2021 durch die Einführung der Biotonne zu erwarten. Nach der Umstellung des Veranlagungssystems wird der Landkreis durch die KELL GmbH ab dem Jahr 2020 die Biotonne flächendeckend im Kreisgebiet einführen. Dafür sind umfangreiche Investitionen in Behälter und Fahrzeugtechnik notwendig. Die neue Sammlung wird das Auftragsvolumen der Gesellschaft erhöhen. Parallel dazu wird der Umfang der Restabfallentsorgung sinken. Insgesamt ist jedoch ein Anwachsen des Auftragsvolumens zu erwarten.

Die durch die Umstellung des Veranlagungssystems verursachte Veränderung der Struktur des im Kreisgebiet ausgestellten Behältersystems wird sich durch die Einführung der Biotonne fortsetzen. Dies betrifft sowohl den Rückgang der für Restabfall bereitgestellten Behälter als auch die Zunahme an Behältern mit höherem Volumen. Die Gesellschaft erwartet deshalb weiterhin ein höheres Investitionsvolumen für die Beschaffung größerer Behälter sowie u. U. notwendige Teilwertabschreibungen auf nicht mehr benötigte kleinere Behälter.

Da der Landkreis dem Unternehmen alle betriebsnotwendigen Aufwendungen zur Erfüllung der Verträge in Form von Entgelten ersetzt, erstrecken sich die Risiken im Wesentlichen auf den operativen Bereich. Zur Abdeckung dieser Risiken hat die Gesellschaft entsprechende Versicherungen abgeschlossen. Strategische Risiken sind nicht zu erkennen.

Neben dem dargestellten Auftragswachstum durch die Biotonne erlauben die In-House-Verträge mit dem Landkreis nur unwesentliche Akquisitionen und damit nur ein beschränktes Wachsen der Gesellschaft. Somit stehen den überschaubaren Risiken auch nur geringe Chancen gegenüber. Beides steht einer stabilen Entwicklung der Gesellschaft jedoch nicht im Wege.

Der **Zweckverband Tierkörperbeseitigung Sachsen** schließt das Jahr 2019 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Die Gesamterträge geplant mit 7.863.200 EUR (Vorjahr 7.763.200 EUR) wurden mit 7.783.226 EUR (Vorjahr: 7.408.647 EUR) nicht erfüllt und liegen mit 79.974 EUR unter dem Plan (Vorjahr 354.553 EUR unter Plan). Die Umsatzerlöse liegen mit 43 TEUR über dem Planansatz (Vorjahr 411 TEUR unter Plan). Die abschließend ermittelte Höhe der Verbandsumlage beträgt insgesamt 1.353.807,23 EUR (Vorjahr: 1.328.046,91 EUR). Die Vorauszahlungen der Verbandsmitglieder betragen 1.325.794,95 EUR (Vorjahr: 1.296.366,99 EUR), so dass nach Feststellung der Jahresrechnung Nachzahlungen vorzunehmen sind. Für den Landkreis Leipzig beträgt die Nachzahlung 3.170,72 EUR (Vorjahr: Nachzahlung 1.056,29 EUR) bei einem zunächst gezahlten Umlagebeitrag in Höhe von 96.580,00 EUR.

Für den **Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW)** erfolgte der Feststellungsbeschluss für den Jahresabschluss zum 31.12.2019 in der am 21.09.2020 stattgefundenen Verbandsversammlung. Der Jahresabschluss wurde von der Henschke und Partner mbB geprüft und hat zu keinen Einwendungen geführt. Dem Jahresabschluss und dem Lagebericht wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Durch den Jahresverlust 2019 in Höhe von 211 TEUR (Vorjahr: Jahresgewinn 1.003 TEUR) vermindert sich das Eigenkapital zum 31.12.2019 auf 6.001.100,88 EUR (Vorjahr: 6.212.410,97 EUR).

Informationstechnologie (IT)

Für den **Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)** wurde der Jahresabschluss zum 31.12.2019 in der Verbandsversammlung am 25.09.2020 festgestellt. Mit Ende des Geschäftsjahres 2017 konnte KISA die wirtschaftliche Konsolidierung des Verbandes erfolgreich abschließen. Durch eine stabile Haushaltslage in den Geschäftsjahren 2018 und 2019 konnte sich KISA somit auf den Ausbau der Servicekultur gegenüber den Kunden konzentrieren sowie den Aufbau neuer Geschäftsfelder im Rahmen der Digitalisierung der Verwaltungsaufgaben, der Beratungsleistungen im Datenschutz, der IT-Sicherheit und im Lizenzmanagement, dem regionalen Ausbau der Leistungserbringung mit dem Dokumentenmanagement VIS und der Erbringung der Dienstleistung im Hard- und Software-Bereich für Schulen generieren. Aufgrund der stetigen Weiterentwicklung des Verbandes wurden 2019 die beiden Fachbereiche für Antragsmanagement (OZG-Umsetzung) und Schulen weiter aufgebaut und strukturell etabliert.

Der Zweckverband hielt mit Stichtag 31. Dezember 2019 insgesamt 270 Verbandmitglieder. Aufgrund der Stabilisierung der Liquidität und der positiven Entwicklung des Verbandes haben 2019 ein Verbandsmitglied seinen Wunsch auf Austritt aus dem Verband zurückgezogen und fünf Verbandsmitglieder wurden durch die Verbandsversammlung neu aufgenommen. Für 2020 haben weitere 7 Landkreis- bzw. Kommunalverwaltungen ihren Beitritt zum Zweckverband annonciert.

Im Vergleich zum Vorjahr erhöht sich der Umsatz um 1.851 T€. Der Mehrumsatz ist begründet in einmaligen Umsätzen für die Wahlen 2019 (974 T€), sowie in der Erweiterung der Leistungen und Erhöhung der Kunden im Antragsmanagement (305 T€), Datenschutz (147 T€) und Dokumentenmanagementsystem VIS (88 T€). Weiterhin lagen die Materialverkäufe 397 T€ über den Ergebnissen von 2018. Grund hierfür sind erhöhte Verkäufe von IT-Technik für Schulen und Lizenzen für VIS.

Im Wirtschaftsplan 2019 wurde ein Umsatz von 18.062 T€ geplant. Dieses Ziel wurde mit 16.738 T€ nicht erreicht. Hauptursache sind die fehlenden Umsätze für Outsourcing von IT-Technik in Schulen und die Minderumsätze im Antragsmanagement. In den anderen Produkten wurden alle Planziele inkl. der Vertriebsziele größtenteils erreicht. Dies gilt es auch 2020 fortzusetzen.

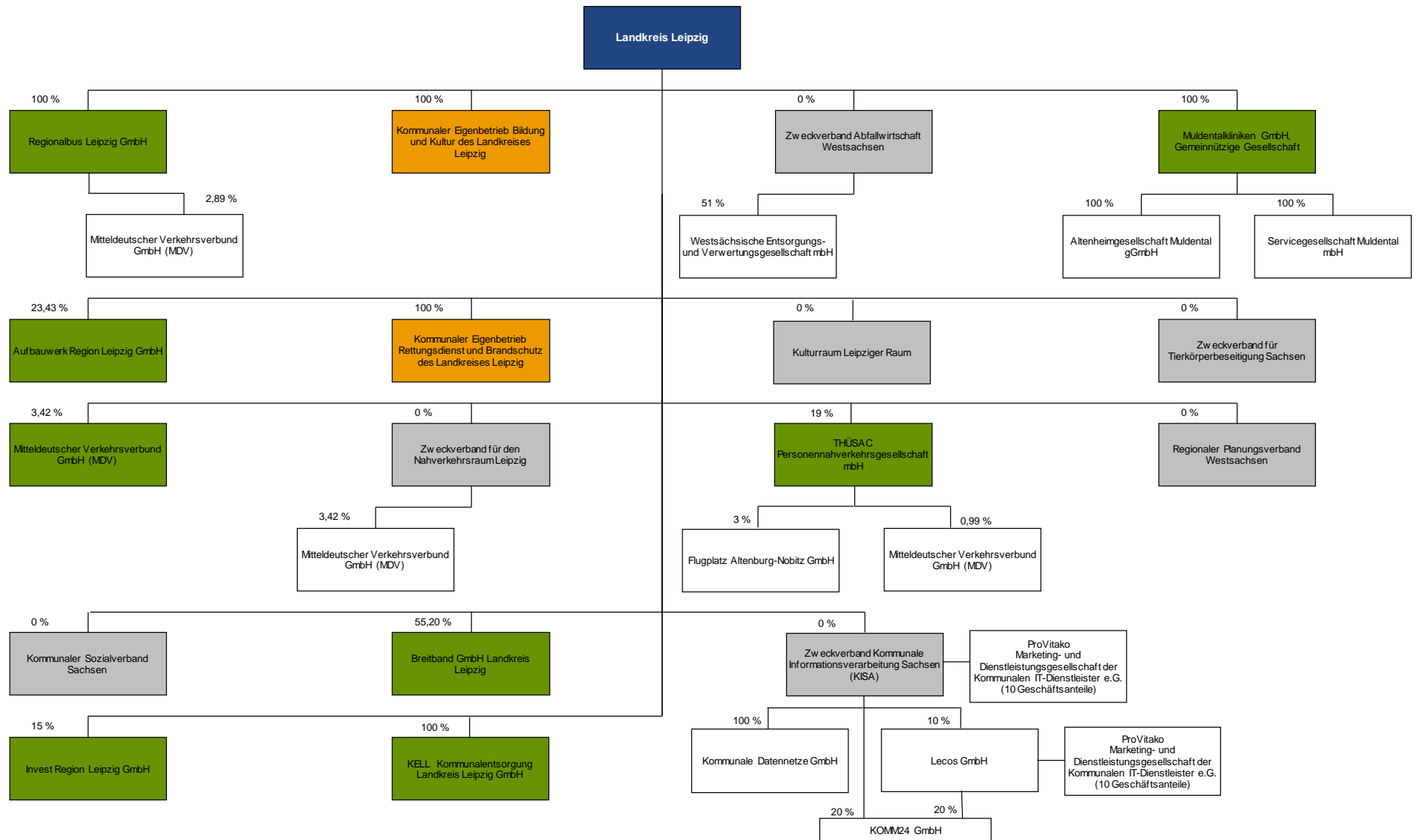
Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung entstand zum Jahresende 2019 ein positives Ergebnis von 584 T€ (Vorjahr 558 T€). Im Wirtschaftsjahr 2019 erfolgte, bereits wie im Vorjahr 2018, keine Erhebung von Umlagen.

Zusammenfassung

Die sich aus den Jahresabschlüssen und Jahresrechnungen der Unternehmen und Zweckverbände ergebenden Risiken wurden ausreichend dargestellt.

Borna, den 02.11.2020

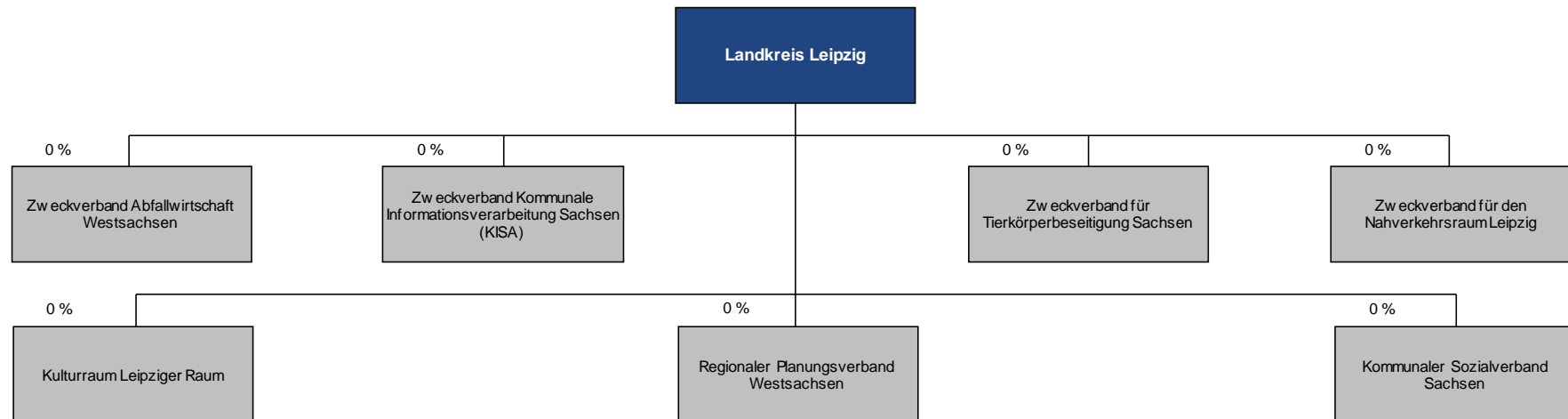
Gesamtorganigramm aller Beteiligungen des Landkreises



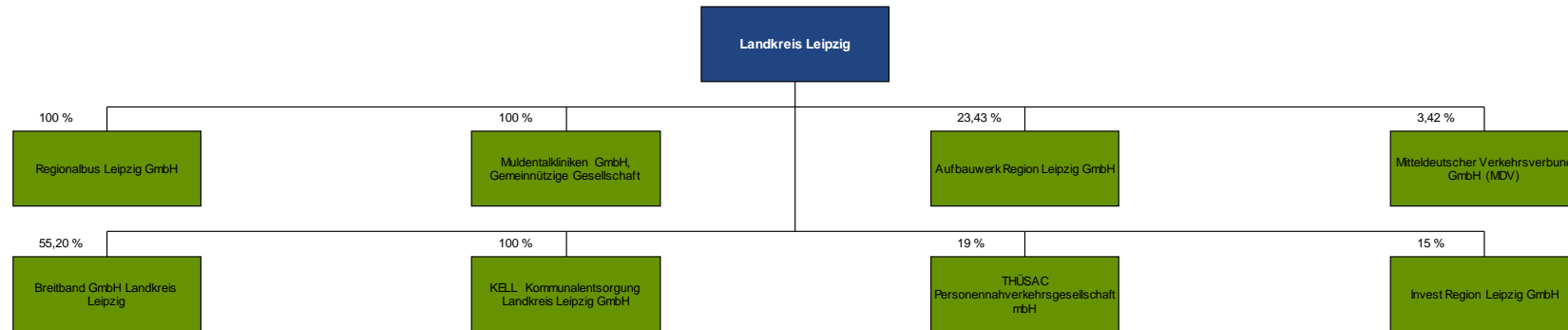
Übersicht über die Eigenbetriebe



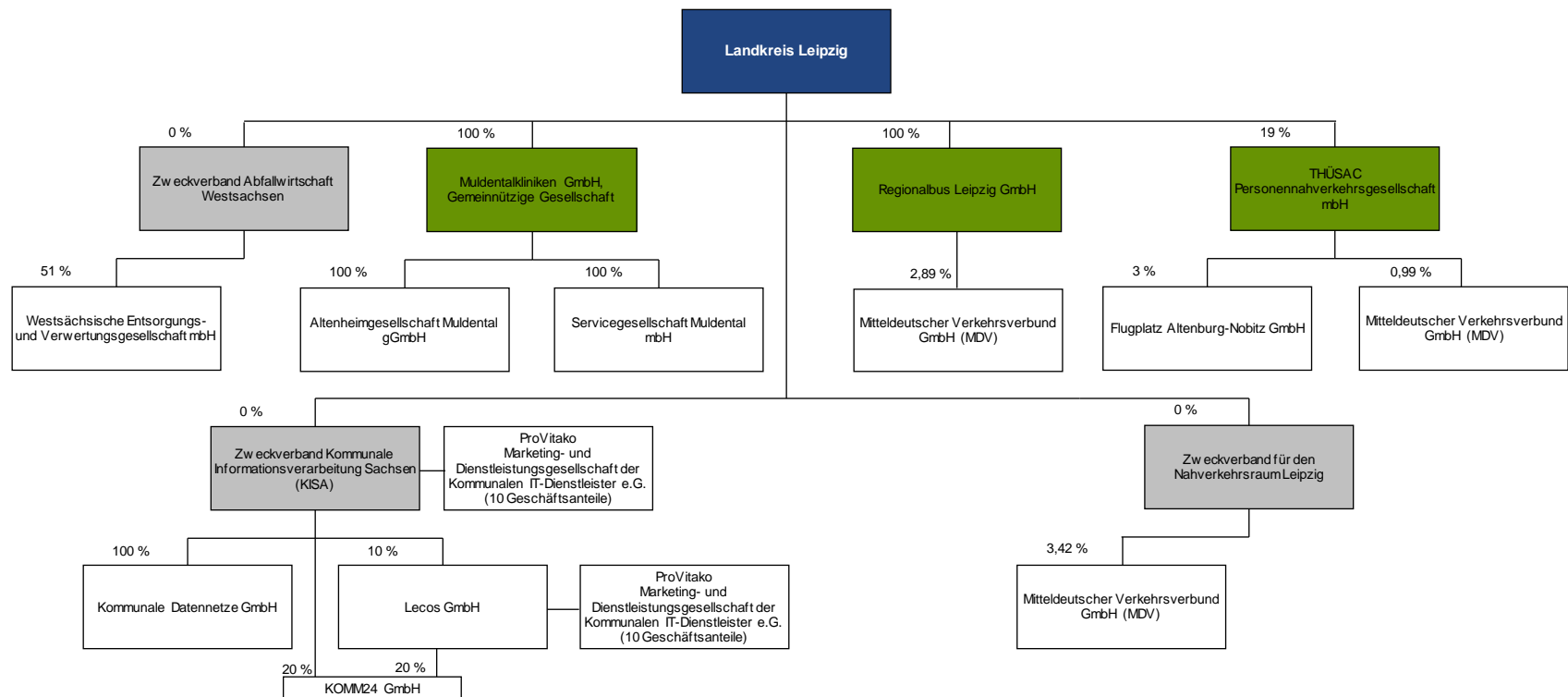
Übersicht über die Zweckverbände



Übersicht über die unmittelbaren Beteiligungen



Übersicht über die mittelbaren Beteiligungen



Beteiligungsstruktur

Landkreis Leipzig	
100,00%	Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig
	Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum
100,00%	Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft
100,00%	Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH
100,00%	Servicegesellschaft Muldental mbH
	Kommunaler Sozialverband Sachsen
100,00%	Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig
55,20%	Breitband GmbH Landkreis Leipzig
23,44%	Aufbauwerk Region Leipzig GmbH
15,00%	Invest Region Leipzig GmbH
	Regionaler Planungsverband Leipzig-Westsachsen
100,00%	Regionalbus Leipzig GmbH
2,89%	Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV) [M]
19,00%	THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH
3,00%	Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH
0,99%	Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV) [M]
3,42%	Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV) [M]
	Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig
3,42%	Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV) [M]
100,00%	KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH
	Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen
	Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
51,00%	Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH
	Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)
100,00%	KDN - Kommunale DatenNetz GmbH
20,00%	KOMM24 GmbH [M]
10,00%	Lecos GmbH
2,62%	ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G. [M]
20,00%	KOMM24 GmbH [M]
2,62%	ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G. [M]

[M] = Mehrfachbeteiligung, Mehrfachnennungen in der Auflistung sind möglich

Landkreis Leipzig

Bildung und Kultur	Gesundheit und Soziales	Struktur- und Wirtschaftsförderung
Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig <i>Eigenbetrieb</i>	Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft 100,00%	Breitband GmbH Landkreis Leipzig 55,20%
Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum <i>Zweckverband</i>	Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH 0% (100,00%)	Aufbauwerk Region Leipzig GmbH 23,44%
	Servicegesellschaft Muldental mbH 0% (100,00%)	Invest Region Leipzig GmbH 15,00%
	Kommunaler Sozialverband Sachsen <i>Zweckverband</i>	Regionaler Planungsverband Leipzig- Westsachsen <i>Zweckverband</i>
	Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig <i>Eigenbetrieb</i>	

Landkreis Leipzig

Verkehr	Entsorgung	Sparkasse und IT
<p>Regionalbus Leipzig GmbH 100,00%</p>	<p>KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH 100,00%</p>	<p>Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) Zweckverband</p>
<p>THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH 19,00%</p>	<p>Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen Zweckverband</p>	<p>KDN - Kommunale DatenNetz GmbH -</p>
<p>Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH 0% (0,57%)</p>	<p>Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen Zweckverband</p>	<p>Lecos GmbH -</p>
<p>Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV) 3,42% (4,10%)</p>	<p>Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH -</p>	<p>ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT- Dienstleister e.G. 0%</p>
<p>Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig Zweckverband</p>		<p>KOMM24 GmbH -</p>

Übersicht über die Finanzbeziehungen des Landkreises Leipzig								
Name des Eigenbetriebs, Zweckverbandes, Unternehmens	Stammeinlage/Haftungskapital			Verlustabdeckung und sonstige Zuschüsse aus dem Kreishaushalt		Gewinnabführung an den Landkreis		Bürgschaft- en/sonstige Gewähr- leistungen des Landkreises
	Gesamt in €	Anteil absolut in €	Anteil in %	2018 in €	2019 in €	2018 in €	2019 in €	2019 in €
Bildung und Kultur								
Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig	-	-	-	-	3.002.560,50	-	-	-
Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum	-	-	-	2.026.312,50	1.938.048,00	-	-	-
Gesundheit und Soziales								
Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	25.000,00	25.000,00	100,00	-	-	-	-	-
Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH	25.000,00	-	-	-	-	-	-	-
Servicegesellschaft Muldental mbH	25.000,00	-	-	-	-	-	-	-
Kommunaler Sozialverband Sachsen	-	-	-	27.229.138,70	29.160.487,40	-	-	-
Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig	-	-	-	568.387,80	984.976,10	-	-	-
Struktur- und Wirtschaftsförderung								
Breitband GmbH Landkreis Leipzig	25.000,00	13.800,00	55,20	-	-	-	-	-
Aufbauwerk Region Leipzig GmbH	25.600,00	6.000,00	23,44	-	-	-	-	-
Invest Region Leipzig GmbH	150.000,00	22.500,00	15,00	189.032,64	229.710,05	-	-	-
Regionaler Planungsverband Leipzig- Westsachsen	-	-	-	10.300,00	10.300,00	-	-	-

Verkehr								
Regionalbus Leipzig GmbH	500.000,00	500.000,00	100,00	12.375.962,00	13.663.942,00	-	-	-
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	260.000,00	49.400	19,00	2.948.800,00	3.868.800,00	-	-	-
Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH	51.129,19	-	-	-	-	-	-	-
Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)	76.050,00	2.600	3,42	89.704,00	94.248,96	-	-	-
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	-	-	-	-	-	-	-	-
Entsorgung								
KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH	331.000,00	331.000,00	100,00	-	-	7.758,40	6.662,20	1.855.350,00
Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen	-	-	-	95.492,30	96.580,00	-	-	-
Zweckverband Abfallwirtschaft West Sachsen	-	-	-	-	-	-	-	-
West sächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	1.000.000,00	-	-	-	-	-	-	-

Sparkasse und IT								
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	-	-	-	-	-	-	-	-
KDN - Kommunale DatenNetz GmbH	60.000,00	-	-	-	-	-	-	-
Lecos GmbH	200.000,00	-	-	-	-	-	-	-
ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.	190.500,00	-	-	-	-	-	-	-
KOMM24 GmbH	25.000,00	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt	2.969.279,19	950.300,00		45.533.129,94	53.049.653,01	7.758,40	6.662,20	1.855.350,00

Bildung und Kultur

Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

An der Wyhra 1A
04552 Borna

Eigenbetrieb

Gründungsdatum: 01.01.2019

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Der kommunale Eigenbetrieb Bildung und Kultur setzt sich aus den Betriebsteilen Volkshochschule und Musikschule zusammen.

Volkshochschulen nehmen den öffentlichen Auftrag entsprechend des Sächsischen Weiterbildungsgesetzes wahr und werden nach der Weiterbildungsförderungsverordnung vom Freistaat Sachsen gefördert. Als verantwortete und geförderte Weiterbildungseinrichtung sind die Volkshochschulen elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge im Landkreis. Gegenstand der Volkshochschulen ist es, Bürgerinnen und Bürgern diejenigen Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln, die erforderlich sind, um sich unter den gegenwärtigen und für die Zukunft zu erwartenden Lebensbedingungen in allen Bereichen einer freiheitlich rechtsstaatlich geordneten Gesellschaft zurechtfinden zu können. Dazu machen die Volkshochschulen verlässliche Angebote außerhalb der schulischen Bildungsgänge, der Berufsausbildung und der Hochschulen, insbesondere der allgemeinen und politisch-gesellschaftlichen Bildung, der sprachlichen und beruflichen Bildung, der künstlerischen und kreativen Bildung und der Gesundheitsbildung. Sie übernehmen die dafür erforderliche Beratung. Diese Zwecke werden insbesondere mit der Durchführung von Veranstaltungen, die organisiertes, pädagogisch begleitetes oder selbstgesteuertes Lernen beinhalten, erreicht. Weitere Angebote (z.B. Mehrgenerationenhaus, Berufsqualifikationszentrum, Schullandheim u.Ä.) ergänzen diese Bildungsformate.

Musikschulen sind musische Bildungsstätten. Sie bieten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen eine Ausbildung in den Bereichen der Musik und des Tanzes und leisten damit einen Beitrag zur sozialen und kulturellen Erziehung und Persönlichkeitsbildung. Die Ausbildung im Rahmen des Schulgesetzes für den Freistaat Sachsen bleibt hiervon unberührt. Die Aufgabe der Musikschulen besteht darin, die musikalische Elementarerziehung zu fördern, Nachwuchs für das Laien- und Liebhabermusizieren und für den Tanz auszubilden und Begabungen frühzeitig zu erkennen und zu fördern. Ziel der pädagogischen Arbeit ist es, neben der rein instrumentalen, vokalen bzw. tänzerischen Ausbildung ein umfassendes Verständnis für eine musische Bildung zu wecken; dazu dienen sowohl traditionelle als auch alternative Unterrichtsmodelle. Hier werden entsprechende Lehrveranstaltungen angeboten.

Stammkapital:

<keine>

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Betriebsleitung

Herr Dr. Klaus-Dieter Anders

III BETEILIGUNGEN

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2019
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-
Finanzmittelzufluss	-
Erträge aus Verlustübernahme	-
Zuschüsse	3.002.560,5 €
Bürgschaften	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

1. Wirtschaftsbericht

Mit Wirkung zum 01.01.2019 hat der Landkreis Leipzig die beiden bisherigen kommunalen Eigenbetriebe „WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig“ und „Musikschulen des Landkreises Leipzig“ zu einem neuen Eigenbetrieb „Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig“ zusammengeführt.

Die Satzung für den neuen Eigenbetrieb wurde mit dem Beschluss BV-2018/119 am 14.11.2018 beschlossen.

Als Betriebsleiter wurde mit Beschluss BV-2018/115 Herr Dr. Klaus-Dieter Anders bestätigt.

Im Vorfeld der beiden Beschlüsse erfolgte im Kreistag eine Grundsatzentscheidung, die für den neuen Eigenbetrieb insbesondere folgende Synergieeffekte durch den Wegfall von Doppelstrukturen diskutierte: gemeinsame Eigenbetriebsleitung, Wirtschaftsplan, Budgetvereinbarung, Bilanz, Steuererklärung, Jahresabschluss, Wirtschaftsprüfer, Rechnungsprüfungsamt, zwischenbetriebliche Rechnungen, Personaleinsatz, Standortoptimierung. Derzeit befindet sich der Eigenbetrieb „Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig“ in einer diesbezüglichen Neustrukturierung.

Mit dem Beschluss BV-2019/049 wurde die Geschäftsordnung für den Kommunalen Eigenbetrieb „Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig“ beschlossen.

Der Leiter des Bereiches Volkshochschulen vertritt den Betriebsleiter bei Abwesenheit.

Das Jahresergebnis des Eigenbetriebes beträgt 0,00 EUR. Ein Vorschlag zur Gewinnverwendung bzw. zur Verlustdeckung ist daher nicht notwendig.

Die inhaltliche Arbeit der beiden Betriebsteile wird wie folgt erläutert:

A) Volkshochschulen / Schullandheim

Die Volkshochschulen Leipziger Land und Muldental stellten auch im Jahre 2019 mit ihrem klassischen grundständigen Kursangebot ein gemeinnütziges und für jedermann zugängliches Bildungsangebot in den Fachbereichen politisch-gesellschaftliche Bildung, Sprachen, Gesundheit, berufliche Bildung, kulturelle Bildung sowie Grundbildung/Alphabetisierung für den ländlichen Raum auf dem Gebiet des Land-

Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig

kreises Leipzig bereit. Insgesamt wurden in 1.927 Kursen 54.363 Unterrichtseinheiten für 22.434 Teilnehmer und Teilnehmerinnen erteilt. Damit ergibt sich eine Steigerung der Kursausbringung gegenüber 2018 in Höhe von 6,3% und ein Zuwachs an Teilnehmenden in Höhe von 10,3%. Im Bereich der förderfähigen Unterrichtseinheiten entsprach die Ausbringung den Ergebnissen von 2018.

Der Bildungsbeitrag zur kommunalen Daseinsvorsorge verknüpft sich mit den besonderen Herausforderungen des ländlichen Raumes an die Ausbringung qualitativ hochwertiger, bedarfsgerechter und bezahlbarer Bildungs- und Begegnungsangebote flächendeckend vor Ort.

Daneben wurden durch erfolgreiche Projektakquise zusätzliche Mittel, z.B. vom Sächsischen Landesamt für Schule und Bildung (LaSuB) oder von verschiedenen Bundesministerien für weitere innovative Themenangebote eingeworben. Dazu gehören z.B. Projekte zur eigenen Mitarbeiterfortbildung, für Schüler u.a. „Junior Ranger“ oder Ferienkurse für Schüler „talentCAMPus“.

Das Projekt Mehrgenerationenhaus (MGH) in Markranstädt wird seit 2008 erfolgreich fortgeführt und jährlich durch das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben gefördert – im Jahr 2019 mit 45.000,00 EUR.

Weiterhin wurden Projekte durch die Zusammenarbeit mit anderen anerkannten Trägern der sächsischen Erwachsenenbildung/Weiterbildung, wie z.B. das Projekt „Pfadwechsel“ und „Interkulturelle Bildung in der Kita“ in Zusammenarbeit mit ARBEIT UND LEBEN Sachsen fortgeführt.

Für das BerufsQualifikationsZentrum waren 6 Mitarbeiter*Innen in Teilzeit befristet eingestellt. Im Projektbereich Deutsch waren 7 Mitarbeiter*Innen in Vollzeit, im Projektbereich des Mehrgenerationenhauses Markranstädt sowie im Projekt „Weiterbildungsberatung für KMU“ waren je 1 Mitarbeiter in Teilzeit befristet angestellt. Zudem wurden 2018 4 Stellen für Lehrpersonal in den Fachbereichen Gesundheit und Fremdsprachen in Vollzeit befristet für 2 Jahre geschaffen. Seit 2019 fördert das Land eine auf 2 Jahre befristete Vollzeitstelle für den Fachbereich Politik und Gesellschaft.

Das Schullandheim bietet Schulklassen die Möglichkeit, für 1 Woche das Klassenzimmer mit den Erlebnisräumen in der Natur zu tauschen. 1.456 Schüler und Lehrer nutzten mit 2.944 Übernachtungen dieses Angebot. Die Auslastung betrug damit für das gesamte Jahr 2019 61% (Vorjahr 58%).

In den Sommerferien unterbreitet das Schullandheim Ferienlagerangebote. Weitere 561 Kinder aus der Region haben 2019 dieses Ferienangebot genutzt.

Ergänzend zu der Auslastung durch Schulklassen, die sich in der Regel von Montag bis Freitag im Schullandheim aufhalten, steht die Einrichtung an den Wochenenden z.B. für Probelager von Musikschülern und Schulungen zur Verfügung.

B) Musikschulen

Unter dem Dach des Kommunalen Eigenbetriebes befinden sich die Musikschule Muldental „Theodor Uhlig“ sowie die Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“.

Die Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“ unterbreitet im Landkreis Leipzig ein dezentrales Angebot an ca. 20 Unterrichtsorten. Dieser Unterricht wurde im Wirtschaftsjahr 2019 von durchschnittlich ca. 2.100 (Vorjahr: 2.100) Schülerinnen und Schülern pro Woche ganzjährig in Anspruch genommen (insgesamt 3.034 Teilnehmer; Vorjahr: 2.906). Hinzu kamen Schülerinnen und Schüler in Projekten, u.a. dem Pilotprojekt des Freistaates Sachsen „Jedem Kind ein Instrument“, das in Kooperation mit sieben Grundschulen im Landkreis durchgeführt wird. Hier wurden noch einmal ca. 400 Schülerinnen und Schüler eingebunden. Insgesamt nahmen ca. 3.400 Teilnehmer im Jahr 2019 Angebote in Anspruch.

Als wichtige kulturelle Einrichtung der Region haben Solisten und Ensemble der Musikschule im Wirtschaftsjahr 272 Veranstaltungen durchgeführt, die von ca. 54.700 Zuhörern und Zuschauern besucht wurden. Dies ist zugleich Spiegelbild des hohen Ansehens der Musikschule und der Verknüpfung mit zahlreichen Institutionen, Kommunen, Vereinen und Verbänden.

Die Musikschule Muldental „Theodor Uhlig“ unterbreitet im Landkreis Leipzig ein dezentrales Angebot an ca. 15 Unterrichtsorten. Dieser Unterricht wurde im Wirtschaftsjahr 2019 von durchschnittlich ca. 1.100 (Vorjahr: 1.100) Schülerinnen und Schülern ganzjährig in Anspruch genommen (insgesamt 1.265 Teilnehmer; Vorjahr: 1.294). Hinzu kamen Schülerinnen und Schüler in Projekten, u.a. dem Pilotprojekt des Freistaates Sachsen „Jedem Kind ein Instrument“, das in Kooperation mit sechs Grundschulen

Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig

durchgeführt wird. Hier wurden noch einmal ca. 300 Schülerinnen und Schüler eingebunden. Insgesamt nahmen ca. 1.600 Teilnehmer im Jahr 2019 Angebote in Anspruch.

Als wichtige kulturelle Einrichtung der Region haben Solisten und Ensemble der Musikschule im Wirtschaftsjahr 101 Veranstaltungen durchgeführt, die von ca. 10.900 Zuhörern und Zuschauern besucht wurden.

Der Kommunale Eigenbetrieb „Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig“ legt mit dem Jahresabschluss 2019 ein ausgeglichenes Ergebnis vor.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis betragen 279.628,46 EUR, davon 123.439,50 EUR für nicht verbrauchte Zuschüsse.

Im Vergleich mit dem Wirtschaftsplan (Erfolgsplan) 2019 lässt sich für den Gesamtbetrieb folgendes feststellen:

	Plan 2019	Ist 2019	Erläuterungen (Abweichung mehr als 5%)
	T EUR	T EUR	
1. Umsatzerlöse	4.301,68	4.139,04	
2. Sonstige betriebliche Erträge	4.533,07	4.534,91	
Erträge GESAMT	8.834,75	8.673,95	
5. Materialaufwand	1.173,00	1.727,99	Erhöhung, da Kosten als sonstiger Aufwand geplant waren
6. Personalaufwand	5.499,79	5.302,03	
7. Abschreibungen	432,82	376,69	Senkung, da die Fertigstellung des Gebäudes der Musikschule in Borna noch aussteht
8. Sonstiger Aufwand	1.729,14	1.267,24	Senkung, da Kosten als Materialaufwand (Honorar) geplant waren
Aufwendungen GESAMT	8.834,75	8.673,95	
Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	0,00	0,00	

Für die beiden Betriebsteile wird hinsichtlich des Geschäftsverlaufs wie folgt ausgeführt:

A) Volkshochschule / Schullandheim

Übersicht:

Aufwendungen nach Bereichen nach Aufwandsarten	Betrag insgesamt	Volkshochschulen	Schullandheim
	EURO	EURO	EURO
1. Umsatzerlöse	2.867.446,88	2.764.642,73	102.804,15
2. Sonstige betriebliche Erträge	905.288,73	886.527,82	18.760,91
Zuschuss Landkreis	1.129.229,15	985.040,07	144.189,08
3. Materialaufwand	1.136.363,36	1.111.801,73	24.561,63

4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	2.264.705,51	2.139.291,31	125.414,20
b) Soziale Abgaben	424.918,66	400.442,09	24.476,57
c) Altersvorsorge	82.723,87	78.104,28	4.619,59
5. Abschreibungen	176.623,81	144.679,16	31.944,65
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	816.130,55	761.393,05	54.737,50
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
8. Ergebnis nach Steuern	499,00	499,00	0,00
9. Sonstige Steuern	499,00	499,00	0,00
10. Jahresüberschuss(+)/ Jahresfehlbetrag (-)	0,00	0,00	0,00
20. Jahresüberschuss(+)/ Jahresfehlbetrag (-)	0,00		

Die Umsatzerlöse im klassischen VHS-Bereich (inklusive Projekte) liegen mit 1.158,1 TEUR um 182,7 TEUR unter dem Planansatz. Diese Fehldisponierung betrifft im Kern eine überhöhte Erwartung bezüglich der Entwicklung der klassischen VHS. Die mitgezogene Fehlplanung der Umsatzerlöse im Bereich der klassischen VHS aus den Jahren 2017 bis 2019 in Höhe von 74,3 TEUR hat ihre Ursache in den jeweils zum Zeitpunkt der Planung noch nicht vorliegenden Ergebnissen der Wirtschaftsjahre 2017 und 2018. Für die jeweilige Jahresplanung stand somit keine hinreichende objektive Datenbasis zur Verfügung.

Weiterhin fiel im Jahr 2019 der Grundzuschuss des Landes Sachsen um 64 TEUR geringer aus. Die zur Zeit der Planungsphase in Aussicht gestellte Förderhöhe wurde seitens des Landes nicht umgesetzt.

Hauptursache für den erhöhten Zuschussbedarf ist die 2018 begründete befristete Beschäftigung von vier unterrichtenden Pädagogen in den Fachbereichen Gesundheit und Fremdsprachen. Auf dieses Risiko wurde bereits im Lagebericht 2018 hingewiesen. Die 4 Pädagogen erzielten Kurseinnahmen in Höhe von 70 TEUR. Die Personalkosten, die 2019 erstmals in voller Höhe anfielen, lagen dagegen bei 215 TEUR.

Auf Grund der stabilen Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Jobcenter (KJC) des Landkreises Leipzig konnten im BerufsQualifikationsZentrum Erträge erzielt werden, die den Planansatz um 75 TEUR übertrafen. Die in diesem Betriebsteil geführten Bewerbercenter arbeiten auf der Grundlage einer Vollkostendeckung und leisten zudem einen positiven Deckungsbeitrag zu den allgemeinen Betriebs- und Personalkosten. Die vom Plan abweichenden positiven Ergebnisse haben ihre Ursache darin, dass das Auftragsvolumen durch das KJC erst nach Erstellung der Wirtschaftspläne bekannt oder verhandelt wurde.

Der Rückgang an Kursen und Einnahmen in Höhe von 23,5 TEUR im Bereich Migration/Deutsch als Fremdsprache (DaF) sowie Deutsch als Zweitsprache (DaZ) zum Vergleichszeitraum des Vorjahres liegt in kaum vorhersehbaren gesellschaftlichen und globalen Entwicklungen begründet.

Für 2019 wurden die im Finanzplan vorgesehenen Investitionen in Höhe von 120 TEUR nicht überschritten. Die Zugänge bei den Investitionen betrugen 53,8 TEUR. Darin enthalten sind Investitionen für Sonderposten in Höhe von 21,2 TEUR.

Die Nichtinanspruchnahme der geplanten Investitionssumme liegt neben dem grundsätzlichen Bemühen um Sparmaßnahmen auch darin begründet, dass das Projekt „Ausbau Lehrküche“ für das Schulandheim nicht umgesetzt wurde.

B) Musikschulen

Übersicht:

Aufwendungen nach Bereichen nach Aufwandsarten	Betrag insgesamt	Musik- und Kunst- schule "Ottmar Gerster"	Musikschule Mul- dental "Theodor Uhlig"
	EURO	EURO	EURO
1. Umsatzerlöse	1.271.598,91	867.076,49	404.522,42
2. Sonstige betriebliche Erträge	627.059,13	454.606,00	172.453,13
Zuschuss Landkreis	1.873.331,35	1.202.639,42	670.691,93
3. Materialaufwand	591.629,60	372.887,56	218.742,04
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	2.065.491,87	1.380.646,43	684.845,44
b) Soziale Abgaben	391.826,32	260.887,73	130.938,59
c) Altersvorsorge	72.359,36	47.254,18	25.105,18
5. Abschreibungen	200.070,09	162.179,52	37.890,57
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	450.259,15	300.113,49	150.145,66
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
8. Ergebnis nach Steuern	353,00	353,00	0,00
9. Sonstige Steuern	353,00	353,00	0,00
10. Jahresüberschuss(+)/ Jahresfehlbetrag (-)	0,00	0,00	0,00
20. Jahresüberschuss(+)/ Jahresfehlbetrag (-)	0,00		

Im Geschäftsverlauf gab es kaum Abweichungen zum Wirtschaftsplan. Die durch den Landkreis zur Verfügung gestellten Mittel für die Umstrukturierung im neuen Eigenbetrieb wurden nicht vollständig in Anspruch genommen, so dass diese im Rahmen des Jahresabschlusses an den Landkreis zurückgeführt werden. Die Verbindlichkeit aus nicht verbrauchten Zuschüssen beträgt 123,4 TEUR.

Der Eigenbetrieb erhielt im Wirtschaftsjahr 2019 für die Arbeit der Musikschulen Fördermittel des Freistaates Sachsen in Höhe von 384.559,00 EUR.

2. Prognose

Bedingt durch die Corona-Pandemie ergeben sich für die Volkshochschulen, die Musikschulen sowie das Schullandheim im Wirtschaftsjahr 2020 gravierende Abweichungen zum Wirtschaftsplan.

Zur Corona-Situation wird wie folgt ausgeführt:

A) Volkshochschulen / Schullandheim

Der Corona-Shut-Down an den Volkshochschulen von März bis Mai 2020 hat dazu geführt, dass sämtliche Umsatzerlöse aus Teilnehmerentgelten sowie aus den Kursen im Bereich Deutsch ausgefallen sind und damit eine zentrale Finanzierungssäule fehlt.

Pandemiebedingt können die Volkshochschulen entsprechend der „Allgemeinverfügungen zum Vollzug des Infektionsschutzgesetzes durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt“ derzeit nur in Kleingruppen in Abhängigkeit von der Raumgröße arbeiten. Dabei kann mit Gruppengrößen zwischen 4 bis 6 Teilnehmenden geplant werden. Vor der Corona-Krise lag die durchschnittliche Zahl bei 11 Teilnehmenden.

Neben den reduzierten Teilnehmerzahlen, die dementsprechend auch zu geringeren Einnahmen führen, ist von einer größeren Vorsicht und Zurückhaltung der Nutzer hinsichtlich eines Gruppenunterrichts in geschlossenen Räumen auszugehen. Viele der im März ausgesetzten Kurse lassen sich aus Gründen fehlender Raumkapazitäten, Verhinderungen der Kursleitenden oder aus Gründen der Teilnehmer nicht nachholen.

Der vhs-Masterplan für das Corona-Krisenmanagement an den Volkshochschulen des Landkreises Leipzig prognostiziert folgende Teilnehmerausrüstung:

- Shut Down-Phase (12 Wochen; März-Juni); Teilnehmerresonanz = 0%
- Vorbereitungsphase (6 Wochen; Juni-Juli); Teilnehmerresonanz = 17,5% von 2019
- Ferienphase (6 Wochen; Juli/August); Teilnehmerresonanz = 0% (ferienbedingt)
- Startphase (September-Oktober); Teilnehmerresonanz = 35% von 2019
- Stabilisierungsphase (November-Dezember); Teilnehmerresonanz = 50%.

Das Schullandheim wurde am 16.03.2020 pandemiebedingt geschlossen. Sämtliche Klassenfahrten, Projektwochen und Ferienangebote werden bis zum 31.08.2020 ausgesetzt.

Für das Schullandheim ergibt sich aus Mindereinnahmen (bei gleichzeitiger Berücksichtigung von Minderausgaben) ein Fehlbedarf von 60 TEUR.

Entsprechend der o. g. 5 Phasen ergeben sich durch den pandemiebedingten Shut-Down bei den Volkshochschulen und dem Schullandheim Einnahmeverluste in Höhe von ca.

1,131 Mio. EUR. Demgegenüber könnten Minderausgaben für Honorar in Höhe von

610 TEUR stehen.

Für den Bereich der Volkshochschulen / Schullandheim ist insgesamt von einem Verlust von ca. **525 TEUR** auszugehen. Dieser Fehlbetrag wurde für eine Regulierung durch den Schutzschirm für Kommunalfinanzen des Freistaates Sachsen angemeldet.

B) Musikschulen

Die Situation an den Musikschulen ist ähnlich. Mit Wirkung vom 16.03.2020 wurde entsprechend der Allgemeinverfügung des Freistaates Sachsen der Präsenzunterricht eingestellt. Allerdings konnte ein Großteil des instrumentalen und vokalen Einzelunterrichts in alternativen Unterrichtsformen (z.B. Online) fortgesetzt werden, so dass die Gebührenauffälle überwiegend nur die Tanz- und Kursangebote der Musikschulen betreffen. Ab 28.05.2020 wurde der Präsenzunterricht teilweise wieder aufgenommen; entsprechend der jeweiligen Allgemeinverfügungen konnten weitere Öffnungen ermöglicht werden.

Für den gesamten Bereich der Musikalischen Elementarausbildung konnte der Unterricht jedoch bis zum Schuljahresende nicht wieder aufgenommen werden. Ebenso wie für die Klassenangebote im Tanz muss auch hier zu Beginn des neuen Schuljahres ab 31.08.2020 mit Einschränkungen gerechnet werden.

Insgesamt ergibt sich aus Gebührenaufschlägen sowie aus Minderausgaben im Honorarbereich ein pandemiebedingter Fehlbetrag von ca. **225 TEUR**. Dabei wird angenommen, dass der Instrumental- und Vokalunterricht im neuen Schuljahr im Wesentlichen unverändert wieder aufgenommen werden kann. Dieser Fehlbetrag wurde für eine Regulierung durch den Schutzschirm für Kommunalfinanzen des Freistaates Sachsen angemeldet.

Darüber hinaus wird wie folgt ausgeführt:

Für die Fördermittel des Freistaates (Landeszuschuss) liegen die entsprechenden Zuwendungsbescheide vor. Diese sind jedoch risikobehaftet. Für die Musikschulen erfolgt eine Personalkostenförderung als Anteilsfinanzierung. Durch ausfallende Honorare und Kurzarbeitsgeld ist es möglich, dass eine Rückerstattung an den Freistaat erfolgen muss.

Für die Volkshochschule orientieren sich die Fördermittel an den erteilten Unterrichtseinheiten, wobei die Berechnung jeweils auf Grundlage der Vorjahre erfolgt. Durch den Ausfall der Unterrichtsstunden 2020 können sich also ggf. Änderungen in den Folgejahren ergeben. Diesbezüglich ist jedoch davon auszugehen, dass der aktuelle Fördersatz pro Unterrichtseinheit in der Grundförderung erhalten bleibt. In der Haushaltsplanung des Freistaates Sachsen für 2021/22 kann weiter mit zusätzlichen Fördermitteln für die anerkannten sächsischen Erwachsenenbildungseinrichtungen für Personal-, Sach- und Investitionskosten in den Bereichen politisch-gesellschaftliche Bildung, Grundbildung, Digitalisierung und Inklusion gerechnet werden.

Veränderungen in der Auslastung der Einrichtung sind ausschließlich pandemiebedingt und ansonsten nicht erkennbar.

Zum 01.08.2020 erfolgt eine Zusammenführung der beiden bisherigen Musikschulen zur „Musik- und Kunstschule Landkreis Leipzig“ und der beiden bisherigen Volkshochschulen zur „Volkshochschule Landkreis Leipzig“.

Die Musikschule erhält in Borna ein neues Gebäude. Die Sanierung des Gebäudes in 04552 Borna, Deutzener Str.24, umfasst lt. Wirtschaftsplan Kosten in Höhe von ca. 1,7 Mio. EUR. Hierfür stehen 1.127.085 EUR aus Fördermitteln zur Verfügung. Das Gebäude soll Ende 2020 fertig gestellt sein, so dass der Umzug im I. Quartal 2021 erfolgen kann.

3. Chancen und Risiken

In den Beratungen der Betriebsleitung wurde das Risikomanagement für den neuen Eigenbetrieb im Wirtschaftsjahr 2020 fortgeschrieben. Bezüglich der Auswirkungen der Corona-Pandemie wird auf Pkt. 2 des Lageberichts verwiesen. Darüber hinaus wird wie folgt festgestellt:

- 1.) Die wirtschaftliche Lage des Eigenbetriebes wird wesentlich durch die Zuwendungen des Landkreises Leipzig (Verlustrückgang) bestimmt. Für das Wirtschaftsjahr 2020 liegt ein bestätigter Wirtschaftsplan vor, so dass die Aufgaben auch weiterhin wahrgenommen werden können. Nach Einschätzung des Betriebsleiters des Eigenbetriebes sind in der Zuschussgewährung keine EU-beihilferechtlichen Vorgaben verletzt.
- 2.) Hinsichtlich der Corona-Pandemie-bedingten Mehraufwendungen bzw. Mindererträgen plant der Landkreis, diese gegenüber dem Eigenbetrieb auszugleichen. Derzeit wird von einem Defizit in Höhe von ca. 750 TEUR ausgegangen.
- 3.) Als wesentliche Gegenmaßnahme zur Verminderung der Pandemie-Schäden wurde ab 18. Mai 2020 für den Eigenbetrieb Kurzarbeit angeordnet. Diese ist personenbedingt und unterliegt durch die unterschiedlichen Öffnungsmöglichkeiten entsprechend der Allgemeinverfügungen des Freistaates Sachsen starken Schwankungen. Derzeit ist geplant, die Kurzarbeit zunächst bis zum 31.08.2020, dem Beginn des neuen Schuljahres, fortzusetzen. Die Abrechnung mit der Agentur für Arbeit erfolgt monatlich. Derzeit ist von einer Erstattung des Kurzarbeitsgelds durch die Agentur für Arbeit von ca. 60 TEUR auszugehen.

- 4.) Im Wirtschaftsplan wurden Aufwendungen für die Zusammenführung der beiden bisherigen Eigenbetriebe bzw. die künftige Arbeit der fusionierten Volkshochschulen und Musikschulen aufgenommen. Wesentliche Voraussetzung hierfür ist die Verfügbarkeit von Räumlichkeiten für die Betriebsleitung. Diese stehen jedoch derzeit nicht zur Verfügung, da sich der Umzug in das Gebäude in Borna, Deutzener Straße 24, verzögert. Synergien werden daher frühestens 2021 eintreten.
- 5.) Der Liquiditätsplan bzw. das Investitionsprogramm für das Wirtschaftsjahr 2020 sind stark von der Durchführung der Baumaßnahme 04552 Borna, Deutzener Str. 24, geprägt. Die Fertigstellung des Gebäudes ist für Ende 2020 avisiert. Weitere Investitionsmaßnahmen sind derzeit vor dem Hintergrund der pandemiebedingten Schließung der Einrichtungen in Prüfung.
- 6.) Bezüglich der Spenden der beiden Sparkassen Leipzig und Muldental gibt es noch keine Aussagen. Die Spenden sind daher risikobehaftet.
- 7.) Für die Personalkosten liegen derzeit nur Abschlüsse der Tarifparteien bis zum August 2020 vor; für die Monate September bis Dezember 2020 ist eine Erhöhung um ca. 2,5% im Wirtschaftsplan bzw. in der Prognose berücksichtigt.
- 8.) Das Risiko bei der Einwerbung von Projektmitteln ist aufgrund sich ständig ändernder Förderbedingungen nicht sicher zu beschreiben. Trotzdem sollte die Akquise und Umsetzung von thematischen Fördermittelprojekten aus Landes- und Bundesmitteln ausgebaut werden.
- 9.) Als weiterbestehendes Risiko für die Volkshochschule wird die Möglichkeit einer verringerten Auftragslage durch das Kommunale Jobcenter im Bereich des BerufsqualifikationsZentrums gesehen.
Die Situation im Bereich Migration DaF/DaZ stellt ein zusätzliches äußeres Risiko dar. Die zu erwartende Zunahme an DeuFöV-Kursen (Berufssprachkurse) könnte zur Abmilderung dieser Entwicklungen beitragen. Zukünftig könnten neben dem sprachlichen Arbeitsschwerpunkt Maßnahmen zur beruflichen und kulturellen Integration von Zugewanderten eine größere Rolle spielen. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass sich aus der gesellschaftlichen Herausforderung der beruflich-betrieblichen Integration von Migranten ein weiteres Arbeitsfeld für die Volkshochschulen ergeben könnte. Das indiziert die bereits angesprochene Zunahme von Sprachkursen mit beruflicher Orientierung (DeuFöV-Kurse).
- 10.) Schwierigkeiten gibt es nach wie vor bei der Gewinnung von Honorarkräften für Unterrichtsorte, die weit von der Stadt Leipzig entfernt sind. Für das Schuljahr 2019/2020 wurde eine Erhöhung der Honorare im Bereich der Musikschulen vorgenommen. In der WeiterbildungsAkademie erfolgte eine Erhöhung bereits 2018. Es muss zur Kenntnis genommen werden, dass die derzeitigen Honorare trotzdem ca. 20% unter den vergleichbaren Sätzen in der Stadt Leipzig liegen, so dass die Gewinnung von Honorarlehrkräften weiterhin sehr schwierig ist.
Strukturell und logistisch erweist es sich bei den Volkshochschulen als Risiko, dass für angebotene und oft gut gebuchte Kurse nur sehr schwer fachlich qualifizierte Dozenten gewonnen werden können. Diese Entwicklung lässt sich nur teilweise durch höhere Honorare ausgleichen. Für die Zukunft der Volkshochschulen wird dies, auch nach Einschätzung der Landes- und Bundesverbände der Volkshochschulen, zu einer ernsthaften Herausforderung.

Durch die befristete Festanstellung von Lehrpersonal in den Fachbereichen Fremdsprachen und Gesundheit sollte bis Ende 2020 erprobt werden, ob damit eine Problemlösung herbeigeführt werden kann. Gerade im Wirtschaftsjahr 2019 konkretisierte sich die Erkenntnis, dass eine Festanstellung von „reinem“ Lehrpersonal für die klassischen VHS-Kursformate sowie deren logistischen Herausforderungen gegenwärtig nicht adaptierbar und finanziell tragbar sind. Die bisherigen Auswertungen lassen nun ein deutliches Risiko erkennen, da die Festanstellung von Lehrpersonal, welches „nur“ unterrichtend tätig ist, sich auf Grund der aktuellen grundständigen Förderparadigmen von Volkshochschulen als finanziell problematisch erweist.

Eine Prüfung der Kostendeckung der seit 2017 erhöhten Honorarzahlen an frei- und nebenberufliche Lehrkräfte in den klassischen Fachbereichen der Volkshochschule erfordert für das Jahr 2021 eine entsprechende Entgeltanpassung. Die dafür notwendigen Kalkulationsgrundlagen wurden im ersten Halbjahr 2020 überarbeitet und für die fusionierten Volkshochschulen angepasst. Die avisierte Anwendung für das Herbst-/Wintersemester 2020/21 wurde auf Grund der durch die Pandemie erschwerten gesellschaftlichen Bedingungen für die Erwachsenen-/Weiterbildung in das Frühjahr-/Sommersemester 2021 verschoben.

- 11.) Der Eigenbetrieb hat zum 01.01.2019 20 befristete Arbeitsverträge des ehemaligen Eigenbetriebes „WeiterbildungsAkademie“ übernommen. Es wird eingeschätzt, dass ein Teil dieser Verträge hinsichtlich des Befristungsgrundes risikobehaftet ist. Im Januar 2020 haben daher 2 Arbeitnehmerinnen Klage auf Entfristung beim Arbeitsgericht eingereicht. Beide Verfahren wurden

im Rahmen eines Vergleichs beendet. Derzeit bestehen noch 6 befristete Arbeitsverhältnisse, die als risikobehaftet eingeschätzt werden müssen.

- 12.) Aktuelle Urteile der Sozial- und Arbeitsgerichte hinsichtlich der Beurteilung von Honorarverträgen an Volkshochschulen und Musikschulen stellen ein latentes Risiko dar. Zur Minimierung des Risikos wird eine weitere Umwandlung von Honorarstunden in Festanstellungsverhältnisse angestrebt.
- 13.) Die Liquidität des Eigenbetriebes ist durchgängig gegeben, so dass hier keine Risiken prognostiziert werden.

Weitere Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Kern des Risikomanagements des Kommunalen Eigenbetriebes ist ein Risikofrüherkennungssystem. Dies beinhaltet

- Risikoidentifikation,
- Risikobewertung,
- Risikobewältigung einschließlich Risikokommunikation,
- Risikoüberwachung einschließlich Risikofortschreibung und
- Dokumentation.

Gegenüber dem Landratsamt Leipzig, Finanzverwaltung, wird regelmäßig ein Bericht zur Bewertung der Risiken erstellt.

Im Rahmen der Neuordnung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) wurden umfangreiche Maßnahmen (Neufassung Anmeldeformular, Arbeitsverzeichnis Datenschutz u. ä.) durchgeführt, um die entsprechenden Risiken einer Datenschutzverletzung zu minimieren.

4. Finanzbeziehungen zum Landkreis

Die Finanzbeziehungen zum Landkreis Leipzig spiegeln sich im laufenden Wirtschaftsjahr insbesondere in zwei Positionen wider:

- a) Zuschuss des Trägers auf Grundlage des Wirtschaftsplanes bzw. des Haushaltplanes des Landkreises,
- b) Leistungsverrechnung für in Anspruch genommene Leistungen (insbesondere Leistungen des Haupt- und Personalamtes für Versicherungen, Arbeitssicherheit, Personalverwaltung u. ä.) und
- c) Zuschuss des Trägers für die Baumaßnahme Musikschulgebäude, 04552 Borna, Deutzener Straße 24.

Dies sind Zuschüsse im Sinne des § 27 Abs. 3 SächsEigBVO.

Eine Gewinnabführung an den Landkreis erfolgt nicht. Kredite wurden nicht getätigt.

Borna, den 23.06.2020

Dr. Anders

Betriebsleiter

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018 (WALL)

1. Allgemeines

Der kommunale Eigenbetrieb WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig (WALL) vereinigt seit dem 01.01.2012 die Volkshochschulen Leipziger Land und Muldental, das BerufsQualifikationsZentrum und das Schullandheim Bennewitz.

Die Struktur des Eigenbetriebes teilt die Volkshochschule Leipziger Land (VHS LL) und die Volkshochschule Muldental (VHS MTL) organisational und inhaltlich in selbstständige Verantwortungsbereiche, diese werden von jeweils zwei Leitern, die gleichzeitig als stellvertretende Betriebsleiter fungieren, geführt. Der Direktor der WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig, Herr Thomas Friedrich, schied zum 30.09.2018 aus. In Vertretung leitete Herr Dr. Ralph Egler den Eigenbetrieb bis zum 31.12.2018. Das Schullandheim (SLH) und das BerufsQualifikationsZentrum (BQZ) sind dem Betriebsleiter direkt unterstellt.

Die Volkshochschulen Leipziger Land und Muldental stellten auch im Jahre 2018 mit ihrem klassischen grundständigen Kursangebot ein gemeinnütziges und für jedermann zugängliches Bildungsangebot in den Fachbereichen politische-gesellschaftliche Bildung, Sprachen, Gesundheit, berufliche Bildung, kulturelle Bildung und Grundbildung/Alphabetisierung für den ländlichen Raum auf dem Gebiet des Landkreises Leipzig bereit.

Dieser Bildungsbeitrag zur kommunalen Daseinsvorsorge verknüpft sich mit den besonderen Herausforderungen des ländlichen Raumes an die Ausbringung qualitativ hochwertiger, bedarfsgerechter und bezahlbarer Bildungs- und Begegnungsangebote flächendeckend vor Ort.

Neben der gegenständlich-logistischen Ermöglichung und Umsetzung eines flächendeckenden, grundständigen VHS-Angebotes wurden durch erfolgreiche Projektakquise zusätzliche Mittel z. B. vom Sächsischen Landesamt für Schule und Bildung (LaSuB) oder von verschiedenen Bundesministerien für weitere innovative Themenangebote eingeworben. Dazu gehören z. B. Projekte zur eigenen Mitarbeiterfortbildung und Projekte für Schüler „Junior Ranger“ oder Ferienkurse für Schüler „talentCAMPus“.

Das Projekt Mehrgenerationenhaus (MGH) in Markranstädt wird seit 2008 erfolgreich fortgeführt und jährlich durch das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben mit EUR 40.000,00 gefördert.

Weiterhin wurden Projekte durch die Zusammenarbeit mit anderen anerkannten Trägern der sächsischen Erwachsenenbildung/Weiterbildung, wie z. B. das Projekt „Pfadwechsel“ und „Interkulturelle Bildung in der Kita“ in Zusammenarbeit mit ARBEIT UND LEBEN Sachsen, begonnen.

Vom Kommunalen Sozialverband Sachsen (KSV) erhielt das SLH für das Projekt „Ausbau Lehrküche“ Mittel in Höhe von EUR 14.000,00. Da das Projekt nicht umgesetzt werden konnte, erfolgte die Rückführung der Fördermittel in voller Höhe zuzüglich der entstandenen Zinsen in Höhe von EUR 773,00 im Geschäftsjahr 2019. Zudem entstanden nicht abrechenbare Aufwendungen, wie z.B. Architektenleistungen in Höhe von EUR 6.962,50.

Für 2018 wurden die im Finanzplan vorgesehenen Investitionen in Höhe von EUR 120.000,00 nicht überschritten. Die Zugänge bei den Investitionen betrugen EUR 49.869,65. Die Nichtinanspruchnahme

der geplanten Investitionssumme liegt wesentlich darin begründet, dass das Projekt „Ausbau Lehrküche“ für das Schullandheim nicht umgesetzt werden konnte.

2. Geschäftsverlauf des Eigenbetriebes

Insgesamt wurde an den Eigenbetrieb durch den Landkreis Leipzig ein Zuschuss in Höhe von EUR 1.023.978,52 gewährt. In dieser Summe ist ein Zuschuss in Höhe von EUR 127.978,52 enthalten, um ein ausgeglichenes Ergebnis 2018 zu erzielen. Im Wirtschaftsplan war ein Betrag in Höhe von EUR 896.000,00 festgeschrieben. Durch die Zuschussgewährung werden keine EU-beihilfe-rechtlichen Vorgaben verletzt.

Die Umsätze der WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig 2018 im Vergleich zum Wirtschaftsplan 2018 sind wie folgt darzustellen:

Bereich	Umsatzerlöse Ist 2018 EUR	Umsatzerlöse WP 2018 EUR	Umsatzerlöse Differenzen EUR
VHS MTL (klassisch)	555.728,00	714.155,00	-158.427,00
BQZ MTL	405.242,97	423.385,00	-18.142,03
VHS LL (klassisch)	460.459,64	471.150,00	-10.690,36
BQZ LL	447.536,31	423.385,00	24.151,31
VHS MTL Deutsch	449.032,03	550.000,00	-100.967,97
VHS LL Deutsch	505.873,27	550.000,00	-44.126,73
SLH	95.457,06	110.500,00	-15.042,94
gesamt	2.919.329,28	3.242.575,00	-323.245,72

Die Umsatzerlöse im klassischen VHS-Bereich lagen für die VHS Muldental mit EUR 555.728,00 um EUR 158.427,00 unter den Planzahlen. Mit EUR 460.459,64 wurden die Planzahlen der VHS Leipziger Land um EUR 10.690,36 unterboten. Auf Grund der stabilen Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Jobcenter (KJC) des Landkreises Leipzig konnten in den beiden Volkshochschulen im BerufsQualifikationsZentrum Erträge erzielt werden, die den Planansatz um EUR 6.009,28 übertreffen. Die Erträge wurden als Erträge BQZ MTL sowie Erträge BQZ LL ausgewiesen. Die in diesem Betriebszweig geführten Bewerbercenter arbeiten auf der Grundlage einer Vollkostendeckung und leisten zudem einen positiven Deckungsbeitrag zu den allgemeinen Betriebs- und Personalkosten. Das Schullandheim erreichte im Ist EUR 95.457,06. Dies entspricht EUR 15.042,94 unter Plan.

Die Umsätze der WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig 2018 im Vergleich zum Ist 2017 sind wie folgt darzustellen:

Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig

Bereich	Umsatzerlöse Ist 2018 EUR	Umsatzerlöse Ist 2017 EUR	Umsatzerlöse Differenzen EUR
VHS MTL (klassisch)	555.728,00	486.208,37	69.519,63
BQZ MTL	405.242,97	441.198,11	-35.955,14
VHS LL (klassisch)	460.459,64	344.509,91	115.949,73
BQZ LL	447.536,31	469.776,16	-22.239,85
VHS MTL Deutsch	449.032,03	566.904,13	-117.872,10
VHS LL Deutsch	505.873,27	599.849,94	-93.976,67
SLH	95.457,06	112.163,00	-16.705,94
	2.919.329,28	3.020.609,62	-101.280,34

An der Volkshochschule Leipziger Land wurden im Jahr 2018 insgesamt 935 Kurse mit 26.850 Unterrichtsstunden und 10.249 Teilnehmern veranstaltet. An der Volkshochschule Muldentale wurden im Jahr 2018 878 Kurse mit 21.761 Unterrichtsstunden und 10.081 Teilnehmern durchgeführt.

Insgesamt ist einzuschätzen, dass im Vergleich zum Ansatz Wirtschaftsplan 2018 EUR 323.245,72 fehlen. Diese Fehldisponierung betrifft im Kern eine überhöhte Erwartung bezüglich der Entwicklung der klassischen VHS im Betriebszweig VHS MTL.

Die Gründe für die Abweichungen im Bereich Migration Deutsch als Fremdsprache (DaF) sowie Deutsch als Zweitsprache (DaZ) sind durchaus objektiver Natur; sie liegen in kaum vorhersehbaren gesellschaftlichen und globalen Entwicklungen; hierbei sind temporär starke Schwankungen immanent, wie zum Beispiel:

- Rückgang der bisherigen Kursformen im DaF-/DaZ-Bereich, insbesondere im ländlichen Raum, dies betrifft die Integrationskurse allgemein und Alphabetisierung sowie Kurse im Landessprachprogramm Sachsen;
- Ursachen sind der rückläufige Zuzug von Migranten und die „Stadtflucht“ der Teilnehmer aus dem ländlichen Raum;
- die Mindestteilnehmerzahl für die Kurse wird oft nicht im vorgegebenen Zeitraum erreicht, so dass es zu langen Wartezeiten kommt;
- Kursabbrüche wegen partieller Teilnehmerfluktuation.

Die vom Plan abweichenden Ergebnisse im Betriebszweig BQZ haben ihre Ursache darin, dass das Auftragsvolumen durch das Kommunale Jobcenter (KJC) in der Regel erst nach Erstellung der Wirtschaftspläne bekannt oder verhandelt wird.

Im Vergleich zu den Umsatzerlösen klassischer Bereich VHS des Vorjahres konnten beide Volkshochschulen ihre Kurs-Ausbringung enorm erhöhen (VHS LL um EUR 115.949,73; VHS MTL um EUR 69.519,63).

Die sonstigen betrieblichen Erträge der WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig 2018 im Vergleich zum Ist 2017 stellen sich wie folgt dar:

Bereich	Sonstige betriebliche Erträge 2018 EUR	Sonstige betriebliche Erträge 2017 EUR	Sonstige betriebliche Erträge Differenzen EUR
Zuschüsse LRA	1.023.978,52	1.038.968,80	-14.990,28
LD Grundzuschuss	568.737,79	399.924,06	168.813,73
Spenden, Sponsoring	126.538,75	128.081,22	-1.542,47
Projekte	100.529,56	55.820,07	44.709,49
Auflösung Rückstellungen	31.702,59	18.729,64	12.972,95
Auflösung Sonderposten	68.758,25	73.114,45	-4.356,20
Sonstige Erträge	10.282,93	24.824,76	-14.541,83
gesamt	1.930.528,39	1.739.463,00	191.065,39

Die Höhe der Spenden der Sparkasse Leipzig und der Sparkasse Muldental sowie des Sponsorings der Sparkasse Muldental sind im Jahr 2018 in Höhe von EUR 125.000,00 eingegangen.

3. Darstellung der Lage des Eigenbetriebes

A. Eigenkapital

Das Eigenkapital hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR	Veränderung EUR
I. Rücklagen			
1. Kapitalrücklage	1.178.322,62	1.178.322,62	0,00
	1.178.322,62	1.178.322,62	0,00
II. Gewinn/Verlust			
Jahresverlust/-gewinn	0,00	0,00	0,00
	1.178.322,62	1.178.322,62	0,00

B. Sonderposten aus Investitionszuschüssen

	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
Anfangsbestand	1.243.741,45	1.326.407,87
Zugänge	0,00	13.249,89
Abgänge	0,00	22.801,86
Auflösungen	68.758,25	73.114,45
Endstand	1.174.983,20	1.243.741,45

Die Sonderposten wurden zum 01.01.2012 vom Landkreis übernommen und stammen aus den ehemaligen Eigenbetrieben Kultuseinrichtungen für die Volkshochschule Leipziger Land und Kultur und Weiterbildung für die Volkshochschule Muldental und das Schullandheim (SLH). In diesem Zusammenhang

Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig

wurde aus Fördermitteln des Landes Anlagevermögen angeschafft. Die Sonderposten werden in Höhe der Abschreibung der zugehörigen Wirtschaftsgüter aufgelöst.

C. Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	Stand 01.01.2018 EUR	Inanspruch- nahme EUR	Auflösung EUR	Bildung/ Erhöhung EUR	Gesamt 31.12.2018
Wirtschaftsprüfung	4.492,25	3.775,00	717,25	3.775,00	3.775,00
Interne Jahresabschlusskosten	3.000,00				3.000,00
Rückstellung für Urlaub	6.200,00		6.200,00	22.424,00	22.424,00
Rückstellung für Archivierung	1.000,00				1.000,00
Rückstellung Fördermittel	53.937,81	678,08	30.985,34	12.894,31	35.168,70
Leistungsabhängiges Gehalt	19.000,00		19.000,00	20.530,00	20.530,00
Nutzung von Räumen LRA LK L	1.440,00	1.440,00			0,00
gesamt	89.070,06	5.893,08	56.902,59	59.623,31	85.897,70

D. Liquidität des Eigenbetriebes

Der Eigenbetrieb war im Wirtschaftsjahr nicht in der Lage, ein im Jahre 2017 (TEUR 200,00) und 2018 (TEUR 50,00) durch den Landkreis ausgereichtes Liquiditätsdarlehen in Höhe von insgesamt TEUR 250,00 zurückzuzahlen. Die Rückzahlung erfolgte im Wirtschaftsjahr 2019 durch den Eigenbetrieb.

E. Personal

Im Wirtschaftsjahr 2018 stellt sich der Personalaufwand wie folgt dar:

	2018 EUR	2017 EUR
Löhne und Gehälter	2.128.011,94	2.002.452,66
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge	482.783,87	448.199,75
	2.610.795,81	2.450.652,41

2018 haben acht Mitarbeiter der WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig das Angebot des Betriebsleiters, die Arbeitszeit auf 95 % zu reduzieren, angenommen. Für das BerufsQualifikations-Zentrum wurden acht Mitarbeiter in Teilzeit befristet eingestellt. Im Projektbereich Deutsch wurden neun Mitarbeiter in Vollzeit und im Projektbereich des Mehrgenerationenhauses Markranstädt wurde

ein Projektmitarbeiter in halber Stelle befristet angestellt. Des Weiteren wurden vier Stellen für Lehrpersonal in einzelnen Fachbereichen in Vollzeit befristet geschaffen. Die Beschäftigtenzahl betrug am Ende des Wirtschaftsjahres 52.

4. Prognose

Seit dem 01.01.2019 arbeiten die beiden Volkshochschulen und das Schullandheim in einer neuen Eigenbetriebsstruktur. Hierzu wird auf Punkt 5 des Lageberichts verwiesen.

Die seit 2017 fortgesetzte Fehlplanung im Bereich der klassischen Volkshochschulen lässt auch für das Jahr 2019 ein defizitäres Ergebnis erwarten. Die geplanten Umsatzerlöse 2019 werden im Wirtschaftsjahr 2019 möglicherweise mit EUR 200.000,00 unter Plan liegen.

Die Finanzierung des Eigenbetriebes ist im Jahr 2019 sichergestellt. Das zum 01.01.2019 bestehende Liquiditätsdarlehen in Höhe von EUR 250.000,00 konnte im Dezember 2019 durch den Eigenbetrieb zurückgezahlt werden.

Die getätigten Investitionen liegen im Plan.

5. Chancen und Risiken

Mit Wirkung zum 01.01.2019 hat der Landkreis Leipzig die beiden bisherigen kommunalen Eigenbetriebe „WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig“ und „Musikschulen des Landkreises Leipzig“ zu einem neuen Kommunalen Eigenbetrieb „Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig“ zusammengeführt. Die Satzung für den neuen Eigenbetrieb wurde mit dem Beschluss BV-2018/119 am 14.11.2018 beschlossen, als Betriebsleiter wurde mit Beschluss BV-2018/115 Herr Dr. Klaus-Dieter Anders bestätigt.

Im Vorfeld der beiden Beschlüsse erfolgte im Kreistag eine Grundsatzentscheidung, die für den neuen Eigenbetrieb insbesondere folgende Synergieeffekte durch den Wegfall von Doppelstrukturen diskutierte: gemeinsame Eigenbetriebsleitung, Wirtschaftsplan, Budgetvereinbarung, Bilanz, Steuererklärung, Jahresabschluss, Wirtschaftsprüfer, Rechnungsprüfungsamt, zwischenbetriebliche Rechnungen, Personaleinsatz, Standortoptimierung. Derzeit befindet sich der Kommunale Eigenbetrieb „Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig“ in einer diesbezüglichen Neustrukturierung, wobei auch die Zusammenlegung der beiden Volkshochschulen bzw. der beiden Musikschulen zu jeweils einer Einrichtung diskutiert wird.

Mit dem Beschluss BV-2019/049 wurde die Geschäftsordnung für den Kommunalen Eigenbetrieb „Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig“ beschlossen. Der Leiter des Bereiches Volkshochschulen vertritt den Betriebsleiter bei Abwesenheit.

In den Beratungen der Betriebsleitung wurde das Risikomanagement für den neuen Eigenbetrieb im Wirtschaftsjahr 2019 fortgeschrieben. In diesem Zusammenhang sei auf folgende Sachverhalte hingewiesen:

Die wirtschaftliche Lage des Eigenbetriebes wird wesentlich durch die Zuwendungen des Landkreises Leipzig (Verlustrücklage) bestimmt. Für das Wirtschaftsjahr 2019 liegt ein bestätigter Wirtschaftsplan

vor, so dass die Aufgaben auch weiterhin wahrgenommen werden können. Nach Einschätzung des Eigenbetriebes sind in der Zuschussgewährung keine EU-beihilferechtlichen Vorgaben verletzt.

Die Gewinnung von qualifizierten Fachkräften auf Honorarbasis für eine wohnortnahe Ausbringung von Bildungsdienstleistungen in der gesamten Fläche des Landkreises Leipzig muss als problematisch eingeschätzt werden.

Strukturell und logistisch erweist es sich als Risiko, dass für angebotene und oft gut gebuchte Kurse nur sehr schwer fachlich qualifizierte Dozenten in der Fläche gewonnen werden können. Diese Entwicklung lässt sich nur teilweise durch höhere Honorare ausgleichen. Für die Zukunft der Volkshochschulen kann dies zu einer ernsthaften Herausforderung werden. Durch die befristete Festanstellung von Lehrpersonal in den Fachbereichen Sprachen und Gesundheit soll bis Ende 2020 erprobt werden, ob damit eine praktikable Problemlösung herbeigeführt werden kann. Geprüft werden muss, ob die Festanstellung von Lehrpersonal für die klassischen VHS-Kursformate sowie deren logistische Herausforderung adaptierbar und finanziell tragbar sind. Die bisherigen Auswertungen lassen das Risiko erkennen, dass die Festanstellung von Lehrpersonal nicht der richtige Weg ist. Jedoch sind Lehr- und Lernprozesse, zumal in ländlichen Räumen, sehr komplexe, interdependente Prozesse, die für ihre Entwicklung und Umsetzung sehr viel Zeit brauchen. Endgültige Aussagen und entsprechende Schlussfolgerungen sollten, auch mit Blick auf die arbeitsvertraglichen Regelungen, bis zum Ablauf der Befristungen abgewartet werden.

Bezüglich der Auslastung der Einrichtung sind mit Blick auf eventuelle Risiken differenziertere Einschätzungen notwendig.

Eine Prüfung der Kostendeckung der seit 2017 erhöhten Honorarzahlen an frei- und nebenberufliche Lehrkräfte in den klassischen Fachbereichen der Volkshochschule sollte langfristig als Entscheidungsgrundlage für eine künftige Entgeltanpassung vorgesehen werden.

Bezüglich der Landesförderung für anrechnungsfähige grundständige Unterrichtseinheiten gilt mindestens, dass der aktuelle Fördersatz pro Unterrichtseinheit Grundförderung erhalten bleibt. In der Haushaltplanung des Freistaates für 2019 und 2020/21 kann weiter mit zusätzlichen Fördermitteln für die anerkannten sächsischen Erwachsenenbildungseinrichtungen für Personal, Sachkosten und Investitionen in den Bereichen politische-gesellschaftliche Bildung, Grundbildung, Digitalisierung und Inklusion gerechnet werden.

Als weiterbestehendes Risiko an den beiden Volkshochschulen wird die Möglichkeit einer verringerten Auftragslage durch das Kommunale Jobcenter im Bereich des BerufsQualifikationsZentrums gesehen.

Die in Punkt 2. beschriebene Situation im Bereich Migration DaF/DaZ stellt ein zusätzliches äußeres Risiko dar. Die zu erwartende Zunahme an DeuFöV-Kursen (Berufssprachkurse) könnte zur Abmilderung dieser Entwicklungen beitragen. Zukünftig könnten Maßnahmen zur beruflichen und kulturellen Integration von Zugewanderten neben dem sprachlichen ein weiterer profilbildender Arbeitsschwerpunkt für die Volkshochschulen sein.

Es ist zu erwarten, dass sich aus der gesellschaftlichen Herausforderung der beruflich-betrieblichen Integration von Migranten neben den zurückgehenden allgemeinen Sprachkursen ein weiteres Arbeitsfeld für die Volkshochschulen in diesem Kontext ergeben könnte. Das indiziert die bereits angesprochene Zunahme von Sprachkursen mit beruflicher Orientierung (DeuFöV-Kurse).

Das Risiko bei der Einwerbung von Projektmitteln ist aufgrund sich ständig ändernder Förderbedingungen nicht sicher zu beschreiben. Obgleich die Akquise und Umsetzung von thematischen Fördermittelprojekten aus Landes- und Bundesmitteln ausgebaut werden sollte.

Dem LRA des Landkreises Leipzig, Finanzverwaltung, wurde seitens des Betriebsleiters zum Halbjahr 2018 ein Ergebnisbericht inklusive betriebswirtschaftlicher Auswertung zugeleitet.

Im Rahmen der Neuordnung der Datenschutzverordnung (DSGVO) wurden umfangreiche Maßnahmen durchgeführt, u.a. die Neufassung von Anmeldekarten und Weitermeldelisten für den Eigenbetrieb sowie die Anpassung des Umgangs mit Teilnehmerdaten im Kundenverwaltungsprogramm SQL (z. B. Anonymisierung und Löschung von Teilnehmerdaten), um die entsprechenden Risiken einer Datenschutzverletzung zu minimieren.

6. Finanzbeziehungen zum Landkreis

Die Finanzbeziehungen zum Landkreis spiegeln sich im laufenden Wirtschaftsjahr insbesondere in zwei Positionen wider:

- a) Zuschuss des Trägers auf Grundlage des Wirtschaftsplanes bzw. des Haushaltsplanes des Landkreises und
- b) Leistungsverrechnung für in Anspruch genommene Leistungen (insbesondere Leistungen des Haupt- und Personalamtes für Versicherungen, Arbeitssicherheit, Personalverwaltung u.ä.).

Dies sind Zuschüsse im Sinne des § 27 Abs. 3 SächsEigBVO.

Eine Gewinnabführung an den Landkreis erfolgt nicht. Das bestehende Liquiditätsdarlehen aus 2017 wurde um EUR 50.000,00 erhöht.

Die Finanzbeziehungen zum Kommunalen Jobcenter des Landkreises werden durch jährliche Verträge geregelt.

Borna, den 16.12.2019

Henry Graichen
Landrat

Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Stauffenbergstraße 4

04552 Borna

Tel.: 03437/984 3520

E-Mail: kultursekretariat@kultur-leipzigerraum.de

Webseite: <https://www.kultur-leipzigerraum.de>

Rechtsform: KdöR

Gründungsdatum: 01.08.1994

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Der Kulturraum fördert im Rahmen der im Haushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel und nach näherer Maßgabe der Förderrichtlinien die jährlich festzulegenden kulturellen Einrichtungen und Maßnahmen von regionaler Bedeutung - unabhängig von ihrer Trägerschaft oder Rechtsform.

Er koordiniert die Tätigkeit seiner Mitglieder, der übrigen Städte und Gemeinden seines Gebietes sowie der anderen Träger der kommunalen Kulturarbeit auf dem Gebiet der Kulturpflege, soweit dieser regionale Bedeutung zukommt.

Stammkapital:

Gesamtstimmen

4 Stimmen

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Kulturkonvent

Verbandsvorsitz

Herr Henry Graichen

Kultursekretariat

Verbandsdirektor

Herr Sebastian Miklitsch

III BETEILIGUNGEN

Mitglieder

Verbandsmitglieder	Anteil	Stimmen
Landkreis Leipzig	50 %	2
Landkreis Nordsachsen	50 %	2

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2017	12/2018	12/2019
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	1.920.282,9 €	2.026.312,5 €	1.938.048,0 €
Bürgschaften	-	-	-

Für den Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum lagen die Jahresabschlüsse zum 31.12.2017, 31.12.2018 und 31.12.2019 bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Im Folgenden werden die Daten zu den Jahresabschlüssen 2015 und 2016 nachgereicht, da diese bei der Erstellung des Beteiligungsberichtes 2015 ff. noch nicht vorlagen.

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

Sachbericht für das Geschäftsjahr 2015

Der Kulturraum - bestehend aus den Mitgliedern Landkreis Leipzig und Landkreis Nordsachsen - ist als Pflichtzweckverband nach § 1 Abs. 1 SächsKRG für die Erhaltung und Förderung kultureller Einrichtungen und Maßnahmen von regionaler Bedeutung im Verbandsgebiet verantwortlich. Die Vermögensbildung des Kulturraumes dient daher nur der Ausgestaltung des Verfahrens zur o. g. Zielerreichung.

Für das Haushaltsjahr 2015 standen dem Kulturraum Landeszuweisungen des SMWK nach § 6 Abs. 2 Buchst. a SächsKRG in Höhe von 4.988.509,00 EUR sowie Zuwendungen für Maßnahmen der Kulturellen Bildung in Höhe von 39.750,00 EUR zur Verfügung.

Über die Kulturumlage der Mitglieder nach § 6 Abs. 3 SächsKRG standen finanzielle Mittel in Höhe von 3.425.803,00 EUR zur Verfügung, welche in Höhe von 1.934.151,52 EUR aus dem Landkreis Leipzig sowie in Höhe von 1.491.651,48 EUR aus dem Landkreis Nordsachsen bereitgestellt wurden.

Die geplanten Zinserträge von 5.000,00 EUR realisierten sich in Höhe von 2.280,57 EUR.

Über die Förderliste, welche am 17.06.2015 durch den Konvent mit einer Fördersumme von 7.953.780,95 EUR beschlossen wurde, sind Einrichtungen und Maßnahmen in den Sparten „Museen“, „Professionelle Orchester und Musik, Kommunale Musikschulen“, „Öffentliche Bibliotheken“, „Kunst und Kultur“ sowie „Soziokulturelle Einrichtungen, Projekte sowie Projekte an Kulturhäusern“ in Höhe von 7.931.641,71 EUR gefördert worden.

Mit den Aufwendungen für das Kultursekretariat und den Entschädigungen der ehrenamtlich tätigen Vertreter im Konvent, dem Beirat sowie den Sparten wurde mit einem positiven Gesamtergebnis von 34.980,00 EUR geplant. Aufgrund einer wirtschaftlichen und sparsamen

Haushaltsführung, durchgesetzten Rückforderungsansprüchen in Höhe von 18.489,34 EUR infolge der Prüfung von Verwendungsnachweisen, nicht abgerufener Mittel im laufenden Haushaltsjahr sowie Rückflüssen aufgrund von geänderten Kosten- und Finanzierungsplänen ergab sich ein Überschuss von 130.904,33 EUR in der Ergebnisrechnung. Dieser Überschuss wird nicht in den Haushaltsplanungen der Folgejahre zur Verfügung stehen. Nach den gesetzlichen Vorgaben sind Fehlbeträge der Vorjahre (hier anteilig der Fehlbetrag aus dem Haushaltsjahr 2013) damit zu verrechnen. Das verbleibende Gesamtergebnis beläuft sich für 2015 somit auf 0,00 EUR.

Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen, die in das Haushaltsjahr 2016 zu übertragen sind, werden im Haushaltsvollzug 2015 nicht angezeigt.

Liquide Mittel des Vorjahres von 379.297,84 EUR erhöhten sich im Jahresverlauf bis zu einer Höhe von 657.308,15 EUR.

Zu den bestehenden Rückstellungen aus dem Jahresabschluss 2014 kommen 4.000,00 EUR für die Prüfung des Jahresabschlusses 2015 hinzu.

Der Ausweis der Verbindlichkeiten zeigt eine Höhe von 194.591,30 EUR. Dabei wurden alle Zahlungsverpflichtungen im Jahresverlauf beglichen, welche zum 01.01.2015 bestanden. Der Wert zum Jahresabschluss weist demnach ausschließlich Verbindlichkeiten aus, die im Haushaltsjahr 2015 entstanden sind.

Zu den Forderungen der örtlichen Prüfung des Jahresabschlusses 2014 durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Leipzig bezüglich der Aktualisierung der Inventur- und der Bewertungsrichtlinie sowie der Unterlagen zu Gerichtsverfahren lässt sich berichten, dass die Richtlinien aktuell noch in der Überarbeitung sind und keine Informationen bekannt wurden, welche den Unterlagen zu Gerichtsverfahren hinzuzufügen wären.

Das Ziel des Kulturraumes war und ist es, eine stabile Kulturförderung auf gleichbleibendem Niveau zu gewährleisten. Die Anhebung der Mittel des Kulturraumgesetzes sowie die damit verbundene Erhöhung der Landeszuweisung ließen mit der Rückführung der Kulturumlage auf die bewerte Höhe der vergangenen Jahre die Erreichung dieses Zieles im Haushaltsjahr 2015 möglich werden.

Für die Folgejahre bewertet der Kulturraum seine Lage weitgehend positiv. In anderen ländlichen Kulturräumen ist im Bereich der Kulturausgaben durch die Kommunen außerhalb der Zweckverbände eine steigende Tendenz zu verzeichnen, was u. a. den langfristigen Trend des Absinkens der Landeszuweisung für den Kulturraum Leipziger Raum erklärt. Eine Steigerung dieser Ausgaben bei den Kommunen im Zweckverbandsgebiet des Kulturraumes Leipziger Raum würde dem Effekt entgegenwirken.

Rechenschaftsbericht für das Geschäftsjahr 2016

Der Inhalt des Rechenschaftsberichtes gibt gemäß § 53 SächsKomHVO-Doppik den Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage des Zweckverbandes unter dem Fokus der Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung wieder.

1 Ziel des Kulturraumes und Zielerreichung

Der Kulturraum ist als Pflichtzweckverband nach § 1 Abs. 1 SächsKRG für die Erhaltung und Förderung kultureller Einrichtungen und Maßnahmen von regionaler Bedeutung im Verbandsgebiet verantwortlich. Das Ziel des Kulturraumes dabei ist es, eine stabile Kulturförderung auf gleichbleibendem Niveau zu gewährleisten.

Mit der Höhe der erhobenen Kulturumlage war es möglich die maximale Landeszuweisung nach § 6 Abs. 2 Buchst. a SächsKRG abzurufen. Trotzdem standen u. a. aufgrund der Absenkung der kommunalen Kulturausgaben im Kulturraum beim SMWK im Vergleich zum Vorjahr ca. 330.000,00 Euro weniger Mittel zur Verfügung. Die Kofinanzierungen der Anträge für Investitions- und Strukturmaßnahmen nach § 6 Abs. 2 Buchst. b SächsKRG, investive Verstärkungsmittel sowie Kulturelle Bildung konnten sichergestellt werden. Darüber hinaus wurde jeder Antragsteller mit einer Fördersumme unterstützt, welche einen finanziellen Rahmen bildete, der bestehende Kulturangebote sicherte und neue Entwicklungen ermöglichte. Rückblickend kann hier damit die Zielerreichung festgestellt werden.

2 Vorgänge von besonderer Bedeutung

Aufgrund der überraschenden Neuorientierung der Kultursekretärin Frau Lüpfer wurde eine schnellstmögliche Nachbesetzung der Stelle durch Frau Dietze veranlasst. Frau Dietze verließ den Kulturraum jedoch ebenfalls überraschend nach kurzer Zeit. Nach Ausschreibung der Stelle konnte Herr Pethke als neuer Kultursekretär gewonnen werden, welcher bis 2017 für den Kulturraum tätig war. In der Zwischenzeit nahm Frau Weigelt (ehem. Oehlert) in Personalunion als Sachbearbeiterin Finanzen diese Aufgaben wahr.

Der o. g. Personalwechsel, die notwendige Neubesetzung des Sachbearbeiters Finanzen mit Frau Weigelt durch den Weggang des Stelleninhabers Herrn Gräfe sowie die angespannte Personalsituation aufgrund von krankheitsbedingter Abwesenheit weiterer Mitarbeiterinnen führte zum Anwachsen der Rückstände in der Prüfung der Verwendungsnachweise sowie dem Ausbleiben der Fertigstellung der rückständigen Jahresabschlüsse seit 2013. Zudem war die Durchführung einer körperlichen Inventur zeitlich nicht realisierbar.

3 Verlauf der Haushaltswirtschaft

Die Grundlage für die Haushaltsführung bildete die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2016, welche am 16.06.2016 vom Kulturkonvent beschlossen wurde. Im Rahmen der gesetzlichen Frist kam es zuvor zur Erhebung eines Einwandes, welcher in derselben Sitzung vor Beschluss des Haushaltes behandelt und zurückgewiesen wurde.

Ausgangspunkt für die Förderung der kulturellen Einrichtungen und Maßnahmen bildete die Förderliste 2016, welche nach fachlicher Bewertung der Anträge vom Kulturbeirat in der Sitzung am 07.10.2015 beraten und vom Kulturkonvent am 17.11.2015 beschlossen sowie in der Sitzung des Kulturbeirates am 18.05.2016 und des Kulturkonventes am 16.06.2016 aktualisiert wurde.

In der Haushaltssatzung wurden folgende Beträge festgelegt:

Ergebnishaushalt	Betrag in Euro
Summe ordentliche Erträge	8.322.105,00
Summe ordentliche Aufwendungen	8.246.970,00
Ordentliches Ergebnis	75.135,00
Summe außerordentliche ordentliche Erträge	0,00
Summe außerordentliche ordentliche Aufwendungen	0,00
Sonderergebnis	0,00
Gesamtergebnis	75.135,00

Finanzhaushalt	Betrag in Euro
Summe Einzahlungen laufende Verwaltungstätigkeit	8.322.105,00
Summe Auszahlungen laufende Verwaltungstätigkeit	8.244.470,00
Zahlungsmittelsaldo laufende Verwaltungstätigkeit	77.635,00
Summe Einzahlungen Investitionstätigkeit	0,00
Summe Auszahlungen Investitionstätigkeit	2.000,00

Zahlungsmittelsaldo Investitionstätigkeit	-2.000,00
Summe Einzahlungen Finanzierungstätigkeit	0,00
Summe Auszahlungen Finanzierungstätigkeit	0,00
Zahlungsmittelsaldo Finanzierungstätigkeit	0,00
Änderung Bestand liquide Mittel	75.635,00

Die Unterschiede zwischen den Ergebnissen im Ergebnis- und Finanzhaushalt lassen sich aus der Planung wie folgt ableiten:

- Aufwendungen sind um 2.500,00 Euro höher als Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, weil Abschreibungen in dieser Höhe nicht zahlungswirksam werden
- Auszahlungen für Investitionstätigkeit bleiben ergebnisneutral, weil durch die Investition der Bestand an liquiden Mittel verringert und gleichzeitig das Anlagevermögen erhöht wird (Aktivtausch).

Damit plante der Kulturraum im Haushaltsjahr 2016 mit einem Überschuss von 75.135,00 Euro im Gesamtergebnis sowie einem Finanzierungsmittelüberschuss von 75.635,00 €.

Ergebnisrechnung

Erträge in Euro	Ergebnishaushalt	Ergebnisrechnung
Kulturumlage nach § 6 Abs. 3 SächsKRG	3.425.803,00	3.425.803,00
Landeszuweisungen nach § 6 Abs. 2 Buchst. a SächKRG	4.646.185,00	4.656.829,00
Landeszuweisungen nach § 6 Abs. 2 Buchst. b SächKRG Investitions- u. Strukturmaßnahmen	35.000,00	0,00
Landeszuweisungen aus Kapitel 1205 Titel 883 02 investive Verstärkungsmittel	160.127,00	160.127,00
Projektförderung Netzwerkstellen nach Förderrichtlinie Musikschulen / Kulturelle Bildung	47.400,00	45.000,00

Der Kulturraum finanziert sich hauptsächlich aus der Kulturumlage nach § 6 Abs. 3 SächsKRG und Landeszuweisungen nach dem SächsKRG. Zudem sind im Haushaltsjahr 2016 vom Landtag des Freistaates Sachsen investive Verstärkungsmittel zur Verfügung gestellt wurden. Im Planvergleich wurde die Kulturumlage in der gleichen Höhe erhoben, wie sie regelmäßig in den vorangegangenen Haushaltsjahren erhoben wurde.

Die Landeszuweisung nach § 6 Abs. 2 Buchst. a SächKRG wurde nach einer Aktualisierung der Berechnung durch das SMWK mit einem Differenzbetrag von 10.644,00 Euro erhöht.

Landeszuweisung nach § 6 Abs. 2 Buchst. b SächKRG für Investitions- und Strukturmaßnahmen wurden aufgrund der Rücknahme des Antrags für das Museum der Stadt Borna nicht ausbezahlt. Somit bleibt das Ausbleiben dieses Ertrages ergebnisneutral.

Eine Erhöhung der investiven Verstärkungsmittel aus Kapitel 1205 Titel 883 02 des Haushaltes des Freistaates Sachsen konnte im Vorfeld der Planungen berücksichtigt und in Höhe der Planzahl beim SMWK abgerufen werden.

Zudem gibt es eine Unterstützung der Kulturräume im Rahmen der Kulturellen Bildung für die Netzwerkstellen, welche als Projektförderung über die Förderrichtlinie Musikschulen/ Kulturelle Bildung beim SMWK beantragt werden muss. Im Vollzug dieses Projektes bestand ein

geringerer Förderbedarf, weshalb nicht alle Mittel abgerufen wurden. Die sich daraus ergebende Ertragsminderung im Vergleich zum Plan von 2.400,00 Euro bleibt jedoch ebenfalls ergebnisneutral.

Aufgrund der Ergebnisse der Verwendungsnachweisprüfungen im Jahr 2016 kam es zu Rückforderungen aus den Kulturraumförderungen der Vorjahre inklusive der jeweiligen Zinsen in Höhe von 21.808,14 Euro, welche ertragswirksam beglichen wurden. Davon sind 5.790,00 Euro als Rückzahlung des Jagdhaus Kössern e. V. geplant gewesen.

Aufwendungen in Euro	Ergebnishaushalt	Ergebnisrechnung
Förderliste nach § 3 Abs. 1 Satz 1 SächsKRG	7.852.330,00	7.785.207,15
davon Förderliste nach § 3 Abs. 1 Satz 1 SächsKRG i. V. m. Investitions- u. Strukturmaßnahmen	40.000,00	0,00
davon Förderliste nach § 3 Abs. 1 Satz 1 SächsKRG i. V. m. investiven Verstärkungsmitteln	176.072,30	177.817,81
Kultursekretariat	388.850,00	297.447,36

Mit Beschluss der Förderliste 2016 im Konvent am 16.06.2016 wurde eine Fördersumme von 7.852.318,30 Euro beschlossen, welche aufgerundet im Plan abgebildet wurde. Diese Förderliste enthält auch die Förderungen mit dem Anteil des Kulturraumes für Investitions- und Strukturmaßnahmen sowie investive Verstärkungsmittel. Nicht in der Förderliste enthalten, aber ebenfalls im Ergebnishaushalt abgebildet, sind 5.790,00 Euro Fördersumme, welche nach der Rückzahlung an den Kulturraum an den Jagdhaus Kössern e. V. wieder ausgezahlt werden sollte. Der Aufwand dafür realisierte sich jedoch nur in Höhe von 5.108,58 Euro.

Aufgrund von geringerem Mittelabruf kam es zu einer Verringerung der Aufwendungen zur Förderliste von kulturellen Einrichtungen und Projekten in Höhe von 67.122,85 Euro. Dabei stellt der zurückgezogene Antrag des Museums Borna in Höhe von 40.000,00 Euro für Investitions- und Strukturmaßnahmen inklusive der Kofinanzierung des Kulturraumes in Höhe von 5.000,00 Euro den größten Anteil dar.

Die Aufwendungen für investive Verstärkungsmittel wurden für fünf Antragsteller geplant. Dabei wurden planmäßig für die Maßnahmen Spalatin-Haus der Stadt Torgau 11.550,00 Euro und Bühne Kulturhaus Torgau des Torgauer-Kultur e. V. 16.500,00 Euro aufgebracht. Der Antrag zur Maßnahme Kommandanten Wohnhaus im Stasi Bunker Machern des Bürgerkomitee Leipzig e. V. wurde in 2016 nicht realisiert. Die freigewordenen Mittel in Höhe von 110.000,00 Euro wurden nach Aktualisierung des Antrages des Landkreises Nordsachsen für Ausstattung kurfürstlicher Gemächer auf Schloss Hartenfels aufgeschlagen. Der Planansatz der Aufwendungen von 20.000,00 Euro realisierte sich demnach mit 130.000,00 Euro. Die Maßnahme Mauerwerk trockenlegung der Galerie Bader Scheune hatte mit 19.767,81 Euro einen größeren Förderbedarf als geplant. Die Umverteilung der zusätzlichen Mittel für den Landkreis Nordsachsen sowie die Mehraufwendungen für die Galerie Bader Scheune welche vollumfänglich durch den Kulturraum getragen werden, wurden mit Umlaufbeschluss am 24.08.2016 vom Konvent beschlossen.

Eine weitere Verringerung der Aufwendungen in Höhe von 91.402,64 Euro ergab sich im Kultursekretariat. Hauptsächlich entstanden diese durch die ausgebliebenen Personalkosten aufgrund der Vakanz der Stellen bzw. längerfristige krankheitsbedingte Abwesenheiten über den Zeitraum die Entgeltfortzahlung hinaus. Nicht zahlungswirksame planmäßige Abschreibungen des Anlagevermögens realisierten sich im Gegensatz zum Plan von 2.500,00 Euro mit 4.072,33 Euro. Der Verwaltungsaufwand zur Sicherstellung des Förderverfahrens durch das Kultursekretariat beträgt damit 3,67 Prozent der Gesamtaufwendungen.

Zinserträge realisierten sich nicht wie geplant in Höhe von 1.300,00 Euro, sondern aufgrund der sinkenden Verzinsung nur in Höhe von 340,93 Euro.

Zusammengenommen entsteht ein ordentliches Ergebnis in Höhe von 209.923,02 Euro.

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen sind nicht zu verbuchen. Damit liegt die Höhe des Sonderergebnisses bei 0,00 Euro.

Das Gesamtergebnis ist damit gleich dem ordentlichen Ergebnis.

Ergebnisrechnung	Betrag in Euro
Summe ordentliche Erträge	8.310.408,07
Summe ordentliche Aufwendungen	8.100.485,05
Ordentliches Ergebnis	209.923,02
Summe außerordentliche ordentliche Erträge	0,00
Summe außerordentliche ordentliche Aufwendungen	0,00
Sonderergebnis	0,00
Gesamtergebnis	209.923,02

Finanzrechnung

Finanzrechnung	Betrag in Euro
Summe Einzahlungen laufende Verwaltungstätigkeit	8.317.303,79
Summe Auszahlungen laufende Verwaltungstätigkeit	7.888.004,67
Zahlungsmittelsaldo laufende Verwaltungstätigkeit	429.299,12
Summe Einzahlungen Investitionstätigkeit	0,00
Summe Auszahlungen Investitionstätigkeit	2.223,32
Zahlungsmittelsaldo Investitionstätigkeit	-2.223,32
Summe Einzahlungen Finanzierungstätigkeit	0,00
Summe Auszahlungen Finanzierungstätigkeit	0,00
Zahlungsmittelsaldo Finanzierungstätigkeit	0,00
Änderung Bestand liquide Mittel	427.075,80

Die Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in der Finanzrechnung liegt um 6.895,72 Euro über der Summe der ordentlichen Erträgen in der Ergebnisrechnung. Der Unterschied resultiert aus Einzahlungen im Haushaltsjahr 2016, die Forderungen aus Vorjahren zuzuordnen sind.

Dem gegenüber stehen Auszahlungen in Höhe von 7.890.227,99 Euro. Die geringere Auszahlungssumme von 210.257,06 Euro im Vergleich zu den Aufwendungen erklärt sich durch die planmäßigen Abschreibungen und Wertberichtigungen sowie Rückstellungen und Verbindlichkeiten, welche ergebniswirksam aber nicht bzw. noch nicht finanzwirksam werden. Zudem erfolgten Auszahlungen in Höhe von 194.591,30 Euro, die bereits im Haushaltsjahr 2015 ertragswirksam wurden. Die geplanten Investitionen von 2.000,00 Euro wurden durch den Erwerb von Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 2.223,32 Euro finanzwirksam. Der Zahlungsmittelsaldo der Finanzierungstätigkeit bleibt im Ergebnis ohne Kontobewegungen bei 0,00 Euro.

Im Ergebnis bleibt ein Zahlungsmittelüberschuss im Haushaltsjahr 2016 von 427.075,80 Euro.

Vermögensrechnung

Im Vergleich der Bilanzpositionen der Jahresabschlüsse 2015 und 2016 sind unbeachtet der Fehlbetragsentwicklung außer beim Bestand an liquiden Mittel und Verbindlichkeiten aus Transferleistungen nur minimale jahresübliche Schwankungen zu verzeichnen.

Das Anlagevermögen wird grundsätzlich so geringgehalten, wie es für die Aufgabenerfüllung des Kulturraumes notwendig ist. Der Erwerb von Kunstgegenständen, welcher im Jahr 2015 eingestellt wurde, stellt den größten Anteil dar. Die erworbene Kunst ist dabei vollständig unbefristet an die beiden Mitgliedslandkreise sowie geförderte Kultureinrichtungen verliehen.

Der Bestand an liquiden Mitteln zum Jahresende steigt im Vergleich zum Vorjahr um den Zahlungsmittelüberschuss in der Finanzrechnung auf 1.084.383,95 Euro. Die nicht durch Verbindlichkeiten und Rückstellungen gebundenen Finanzmittel planmäßig im Förderverfahren zu verwenden, wird erst möglich, wenn die bestehenden Fehlbeträge verrechnet und mögliche Überschüsse der Ergebnisrechnung als Rücklagen zur Verfügung stehen.

Die Position der Verbindlichkeiten ist im Vergleich zum Vorjahr auf 390.427,39 Euro deutlich gestiegen. Der Grund liegt zu einem erheblichen Teil im hohen Bestand an Verbindlichkeiten aus Transferleistungen. Das späte Abrufen der Fördersummen einiger Zuwendungsempfänger (siehe nachfolgende Tabelle), welche nicht mehr im laufenden Haushaltsjahr geprüft und ausgezahlt werden konnten, begründet diese Entwicklung. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen keine. Der Kulturraum ist demnach weiterhin schuldenfrei.

Zahlungsmittlempfänger	offene Zuwendungssumme zum 31.12.2016
Kirchengemeinde Eilenburg	1.183,56 Euro
Landkreis Nordsachsen	130.000,00 Euro
Villa Musenkuss e. V.	2.500,00 Euro
Stadt Torgau	103.414,30 Euro
Heimatverein des Bornaer Landes e. V.	4.269,13 Euro
Stadt Belgern	4.000,00 Euro
Kirchengemeinde Naunhof	2.496,83 Euro
Kirchengemeinde Geithain	2.600,65 Euro
Kirchengemeinde Grimma	6.400,00 Euro

Der Anstieg an Rückstellungen auf 55.748,67 Euro ist in der offenen Jahresabschlussprüfung für das Haushaltsjahr 2016 i. H. v. 4.000,00 Euro, Personalkostenrückforderung des Landkreises Leipzig anteilig für Frau Weigelt i. H. v. 3.105,25 Euro sowie durch die zeitlich befristete Unterstützung durch Frau Wende i. H. v. 3.196,66 Euro und offene Dienstleistungen des Landkreises Leipzig i. H. v. 1.660,47 Euro für das Kultursekretariat begründet. Die bestehenden Rückstellungen von 43.786,29 Euro bleiben zudem unverändert bestehen, weil die Grundlage für die Bildung dieser unverändert fortbesteht.

Nach der Verrechnung des Fehlbetrages des ordentlichen Ergebnisses aus dem Jahr 2013 wird weiterhin in der Kapitalposition ein Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus dem Jahr 2014 in Höhe von 280.810,33 Euro vorgetragen. Es wird damit gerechnet, dass dieser Fehlbetrag durch die Ergebnisse der Folgejahre beglichen werden kann, bevor die Verpflichtung besteht, ihn mit dem Basiskapital zu verrechnen. Grundsätzlich besteht das Ziel keine Situation herbeizuführen, die eine Minderung des Basiskapitals zur Folge hätte. Wenn es langfristig möglich ist, besteht weiterhin das Ziel eine Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 300.000,00 Euro dauerhaft vorzuhalten.

Im Ergebnis der Bewertung der Abschlussrechnung lässt sich für das Haushaltsjahr 2016 ein positives Fazit ziehen. Die geplante Zielstellung konnte mit den eingesetzten Mitteln erreicht werden und zudem war im Jahresverlauf ein größeres positives ordentliches Ergebnis möglich, was die Höhe der Fehlbeträge aus den Vorjahren deutlicher minimierte.

4 Lage des Kulturraumes

Aufgrund der starken Abhängigkeit der finanziellen Leistungsfähigkeit des Kulturraumes von der Höhe der Summe des Kulturlastenausgleichs nach dem SächsKRG bewertet der Kulturraum den beständigen Beitrag des Freistaates Sachsen über alle sächsischen Kulturräume hinweg für die kommunale Pflichtaufgabe der Kulturpflege als äußerst positiv.

Das Verfahren zur Verteilung der Mittel nach der Sächsischen Kulturraumverordnung (Sächs-KRVO) wird dabei jedoch kritisch hinterfragt. Der Versuch die Entscheidungsträger im SMWK von den verschiedenen Wirkungen der Verordnung für die einzelnen Kulturräume und deren Veränderungsnotwendigkeit zu überzeugen, bleibt weiterhin eine wichtige Aufgabe.

Bis dahin müssen die gegebenen Einflussgrößen auf die Berechnung dahingehend gesteuert werden, dass sich der langjährige Trend der sinkenden Landeszuweisung für den Kulturraum nicht weiter fortsetzt. Eine wichtige Aufgabe dabei ist, die Kommunen im Gebiet des Kulturraumes zu überzeugen, dass die Notwendigkeit für mehr Fördermittel aus dem Kulturraum darin besteht, die Ausgaben zahlenmäßig zu erhöhen, welche über die SächsKRVO aus den Jahresrechnungsstatistiken der Kommunen herangezogen werden. Das Verfahren zur gleichbleibenden Kulturumlage der Landkreise bei steigenden Umlagegrundlagen und damit verbundenem regelmäßigen Absenken des Hebesatzes gehört ebenfalls dazu.

Die beschriebene Wechselwirkung zwischen kommunalen Kulturausgaben und der finanziellen Ausstattung des Budgets zur Kulturraumförderung stellt grundsätzlich eine konstante Unterstützung des Kulturraumes über alle regional bedeutsamen kulturellen Einrichtungen und Maßnahmen in Frage. Bei schwankenden Landeszuweisungen wäre eine Rücklage im Kulturraum eine Ausgleichsmöglichkeit. Diese besteht derzeit nicht, wird aber genau aus diesem Grund angestrebt. Das Sinken der Landeszuweisungen hat demnach eine Reduzierung des Kulturangebotes zur Folge, es sei denn die Kommunen unterstützen zukünftig diese Einrichtungen und Maßnahmen stärker als in den vergangenen Jahren. Die Änderung der Förderrichtlinie zum 01.01.2015 hat in der Regelung für die Beteiligung der Sitzgemeinden bzw. der Rechtsträger genau diesen Mechanismus im Fokus, wonach eine Absenkung der Sitzgemeindebeteiligung bzw. des Rechtsträgers zur anteiligen Absenkung der Förderung des Kulturraumes führt. Langfristig erhofft man sich, so das Absinken der Landeszuweisung zu stoppen. Eine Erhöhung erfolgt jedoch ebenfalls nicht automatisch durch die Erhöhung der Kulturraummittel für alle Kulturräume, weil die Verteilung bei den ländlichen Kulturräumen in Abhängigkeit der Entwicklung der anderen steht. Demnach sorgt auch eine Steigerung der kommunalen Kulturausgaben in den anderen ländlichen Kulturräumen für den oben beschriebenen Trend.

Zum Erhalt der kulturellen Vielfalt und des dauerhaften Kulturangebotes wird in den kommenden Jahren grundsätzlich eher mehr Geld benötigt. Der Kulturraum hat sich in seiner Förderrichtlinie auf die Förderung von regional bedeutsamen kulturellen Einrichtungen und Maßnahmen in den Bereichen Museen, Kunst und Kultur, Kulturelle Bildung, Kultur- und Kommunikationszentren (Kulturhäuser), Soziokultur, Musik, professionelle Orchester, Kreismusikschulen, Kirchenmusik und Bibliotheken festgelegt. Damit wird ein Angebot sichergestellt, dass einen Teil der Lebensqualität in den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen beschreibt. Die folgende Grafik stellt dafür die Verteilung der ausgereichten Fördermittel im Haushaltsjahr 2016 dar.

Bei einer offiziellen Einwohnerzahl zum 31.12.2016 von 456.396 im Kulturraum, wurden in der Statistik des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen Nettoausgaben (Ausgaben abzüglich Einnahmen) in kommunalen Haushalten für Kultur und kulturnahe Bereiche von 23.594.351,72 Euro verbucht. Das macht eine Pro-Kopf-Kulturausgabe von 51,70 Euro. Im Vorjahr lag der Wert noch bei 57,98 Euro, was eine deutliche Reduzierung darstellt.

Die Erhöhung der Landesmittel für die Kulturräume im Jahr 2017 wird für den Kulturraum Leipziger Raum eine erhöhte Landeszuweisung zu Folge haben, die jedoch aufgrund der beschriebenen Entwicklung nicht von Dauer sein wird. Es bleibt somit unumgänglich, dass die finanziellen Anstrengungen verstärkt werden müssen.

H. Graichen
Konventsvorsitzender
Kulturraum Leipziger Raum

Gesundheit und Soziales

Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Kutusowstraße 70

04808 Wurzen

Tel.: 03425/932102

E-Mail: kh.wurzen@krankenhaus-muldental.de

Webseite: <http://www.kh-wurzen.de>

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 19.12.2003

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Datum der aktuellen Satzung: 14.11.2018

Unternehmensgegenstand:

(1) Ziel des Unternehmens ist die optimale Krankenhausversorgung der Bevölkerung.

(2) Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Krankenhäusern im Landkreis Leipzig einschließlich Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben.

(3) Die Gesellschaft darf im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vornehmen, die dieser Zweckbestimmung dienen.

(4) Die Gesellschaft ist berechtigt, Betriebe oder Einrichtungen zu gründen, zu übernehmen und an sich an solchen zu beteiligen, wenn es dem Zweck des Unternehmens dient.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	25.000€
----------------------	---------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Mike Schuffenhauer

Herr Dr. Uwe Krause

III BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Landkreis Leipzig	25.000 €	100,0%
-------------------	----------	--------

Beteiligungen

Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH	25.000 €	100,0%
Servicegesellschaft Muldental mbH	25.000 €	100,0%

Finanzbeziehungen

	12/2017	12/2018	12/2019
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

I. Allgemeines

Die Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen (kurz: Muldentalkliniken), betreibt die Betriebsstätten in Grimma und Wurzen laut Krankenhausplan als Einrichtungen der Regelversorgung, um die bedarfsgerechte medizinische Versorgung der Bevölkerung im Einzugsgebiet, d. h., die stationäre und ambulante Betreuung von Patienten, sicherzustellen.

Sie sind im Krankenhausplan des Freistaates Sachsen mit insgesamt 355 Planbetten aufgenommen. Der Krankenhausplan wurde im Jahr 2018 neu gefasst, ohne Auswirkungen auf die Gesamtzahl der Planbetten.

Eine Aufteilung auf die Fachabteilungen wurde wie folgt vorgenommen:

	Betten
Chirurgie (davon 10 Betten ITS)	108
Innere Medizin (davon 4 Betten ITS)	188
Gynäkologie und Geburtshilfe	28
Pädiatrie	20
Urologie	10
Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde	0
Augenheilkunde	1
Gesamt	355

Die zum Konzern gehörende Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH, Brandis, mit drei Altenpflegeheimen und einer Gesamtkapazität von 140 Pflegeplätzen und einem ambulanten Pflegedienst bietet stationäre und ambulante Altenpflege in hoher Qualität an. Die Altenheimgesellschaft betreibt medizinische Versorgungszentren an den Standorten Colditz, Brandis, Grimma und Wurzen zur ambulanten medizinischen Betreuung von Patienten im Einzugsgebiet.

Die Tochtergesellschaft Servicegesellschaft Muldental mbH, Wurzen, erbringt Dienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Catering, Unterhaltsreinigung, Rezeption, Sicherheit, Archiv sowie Sterilisation von medizinischen Instrumenten und Verbrauchsmaterial, vorrangig für die Muldentalkliniken.

II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Grundlagen der Betriebsführung

Die Grundlage der Betriebsführung bildete der Wirtschaftsplan in seinen Teilen

- Erfolgsplan,
- Vermögensplan,
- Stellenübersicht.

Der Wirtschaftsplan wird um einen Liquiditätsplan ergänzt.

Mit den Kostenträgern wurden für das Jahr 2018 im Rahmen der Pflegesatzverhandlungen Leistungen nach Art und Menge sowie ein dazugehöriges Budget vereinbart. Dabei wurden die allgemeinen Krankenhausleistungen durch Fallpauschalen (DRG) gemäß Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) vergütet. Für die Abrechnung der Leistungen im stationären Bereich erfolgte die Ermittlung eines Erlösbudgets. Folgende Bewertungsrelationen lagen dem Budget zugrunde:

Summe der effektiven Bewertungsrelationen inklusive Jahresüberlieger: 15.079,768

Das Gesamtbudget für die Muldentalkliniken betrug TEUR 54.337.

Die Budgetverhandlung mit den Krankenkassen für das Jahr 2019 hat im Oktober 2019 stattgefunden.

Die tatsächlich erbrachten Leistungen lagen mit 14.981 effektiven Bewertungsrelationen 0,6 % unterhalb der vereinbarten Leistungsmenge. Die für 2019 geplante Leistungsmenge von 15.100 CM-Punkten konnte nicht erreicht werden.

Die bereits in den vergangenen Jahren vorgenommenen umfangreichen Reklamationen seitens der Krankenkassen zu abgerechneten Fällen bis hin zur Prüfung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen haben sich weiterhin verschärft. Durch eine strikte Handhabung der Prüfvorgänge werden die daraus resultierenden Risiken angemessen gehandhabt.

Im Gegensatz zum Vorjahr war das Geschäftsjahr 2019 nicht entscheidend durch einmalige Vorgänge geprägt.

Die Gesellschaft schloss das Jahr 2019 mit einem Jahresfehlbetrag von EUR 251.611,57 (Vorjahr Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 3.456.845,09) ab. Das erzielte Jahresergebnis 2019 lag um TEUR 269 unter der im Lagebericht 2018 aufgestellten Prognose zum Jahresergebnis 2019 und des Wirtschaftsplans.

2. Leistungsdaten

Die Leistungen der Gesellschaft entwickelten sich im stationären Bereich im Jahr 2019 insgesamt zufriedenstellend, wenn auch in den einzelnen Fachabteilungen sehr unterschiedlich. Während am Standort Grimma sämtliche Fachabteilungen einen Leistungszuwachs erzielen konnten, war die Entwicklung der internistischen und chirurgischen Fachabteilungen in Wurzen unbefriedigend.

Das mit den Kassen verhandelte Erlösbudget wurde leicht unterschritten.

Jahr	Planbetten im Jahresdurchschnitt	DRG-Fallzahl inkl. Überlieger	Ø Verweildauer
2019	355	18.528	5,00
2018	355	18.545	5,20
2017	355	18.431	5,30
2016	355	18.881	5,50
2015	355	18.127	5,77
2014	355	18.420	5,70
2013	365	18.059	5,72
2012	365	18.172	5,81
2011	375	17.891	6,04
2010	375	17.542	6,17
2009	375	17.120	6,27
2008	375	16.629	6,76
2007	375	16.086	6,88
2006	415	15.600	7,11
2005	435	15.447	7,17
2004	459	15.516	7,64
2003	459	15.772	8,58

3. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2019 wurde bei Umsätzen in Höhe von TEUR 60.061 (Vorjahr: TEUR 58.893) ein Jahresergebnis von TEUR -252 (Vorjahr: TEUR -3.457) erwirtschaftet.

Die Leistungsmenge war leicht rückläufig. Daher ist die Steigerung der Umsätze aus Krankenhausleistungen auf Ausgleichs für Vorjahre zurückzuführen. Gleichzeitig führte der gegenüber dem Vorjahr gestiegene Landesbasisfallwert zu einem Erlösanstieg in Höhe von ca. TEUR 1.283.

Das Vorjahr war durch Umsatzkorrekturen für Vorjahre in Höhe von Mio. EUR 2,2 geprägt.

Die Ausgleichsbeträge für das Geschäftsjahr 2019 betragen aufgrund unterjähriger Anpassung des Landesbasisfallwerts TEUR 412 (Mindererlösausgleich 2018: TEUR 661).

Die nachstehende Übersicht zeigt die Entwicklung der Beschäftigten der Krankenhäuser und die dazugehörigen Personalkosten (EUR) im Vergleich des Jahres 2019 zu 2018:

	2019	2018
Vollkräfte	549	566
Personalkosten in TEUR	41.375	41.534
Personalaufwandsquote (Personalaufwand ./ Umsatzerlöse)	69,3 %	71,6 %

Personalaufwendungen sind gegenüber dem Jahr 2018 um TEUR 159 (-0,2 %) gesunken. Trotz Rückgang beim Personalbestand führten Vergütungssteigerungen aus den Tarifabschlüssen TV-Ärzte und TVöD dazu, dass der Personalaufwand nicht in gleichem Umfang zurückging.

Die Anzahl der Vollkräfte war insbesondere im Pflegebereich rückläufig, da nicht alle Stellen mit geeigneten Bewerbern besetzt werden konnten. Darüber hinaus wurde auch in den anderen Dienstleistungen eine vorsichtige Personalpolitik betrieben, um die wirtschaftliche Gesundheit des Unternehmens zu unterstützen.

Für die betriebliche Altersversorgung wurden Beiträge von insgesamt 5,2 % abgeführt. Dabei änderte sich der Anteil Arbeitgeber/Arbeitnehmer im Vergleich zum Jahr 2018 nicht.

Die Personalaufwandsquote hat sich auf vergleichbarer Basis gegenüber dem Vorjahr auf 69,3 % der Umsatzerlöse verringert. Dies resultiert insbesondere daraus, dass die Umsatzerlöse gesteigert werden konnten bzw. nicht mehr durch Einmaleffekte gemindert waren. Die Personalaufwandsquote ist dennoch im Vergleich mit anderen Krankenhäusern unbefriedigend.

Die Materialaufwendungen sind im Berichtsjahr um TEUR 294 gesunken. Der Rückgang resultiert zum einen aus gesunkenen Warenverkäufen der Apotheke, denen ein entsprechend geringerer Aufwand für Materialbezug entgegenstand. Durch Inbetriebnahme zweier Blockheizkraftwerke im Rahmen eines Contracting-Modells konnten die Aufwendungen für Energie deutlich gesenkt werden.

	2019	2018
Materialaufwandsquote (Materialaufwand ./ Umsatzerlöse)	22,5 %	23,7 %

Innerhalb der Sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist im Berichtsjahr ein Rückgang um TEUR 2.678 zu verzeichnen. Dies war durch deutlich rückläufige Instandhaltungsaufwendungen verursacht. Im Vorjahr waren hier erhebliche Aufwendungen insbesondere für die Brandschutzmaßnahme in Grimma und den Laborumbau Wurzen enthalten. Die Maßnahme Brandschutz Grimma wurde in 2019 bis auf Restarbeiten abgeschlossen und beeinflusste die Gewinn- und Verlustrechnung aufgrund der Verwendung von Rückstellungen nicht.

Darüber hinaus wurden in 2019 nur absolut nötige Instandhaltungsarbeiten vorgenommen. Dem standen Erträge aus der Auflösung von (Fördermittel-)Verbindlichkeiten in Höhe TEUR 148 gegenüber.

Durch die Genehmigung von zusätzlichen Fördermitteln für die Instandhaltungsmaßnahme Brandschutz Grimma sowie das Programm eHealth Sax wurden einmalige Fördermittelerträge in Höhe von TEUR 265 generiert. Diese waren in gleicher Höhe als Aufwand zur Zuführung von Verbindlichkeiten zu erfassen. Die entsprechenden Verbindlichkeiten werden in den Folgejahren entsprechend der Projektumsetzung aufgelöst, soweit nicht bereits in 2019 verbraucht.

Das Finanzergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund steigender Zinsaufwendungen um TEUR 49 verschlechtert.

4. Vermögenslage

Das in der Gesellschaft gebundene Vermögen von TEUR 58.446 (Vorjahr: TEUR 59.463) lag um TEUR 1.017 unter dem des Jahres 2018. Das Vermögen betrifft Sachanlagen, Finanzanlagen und Immaterielle Vermögensgegenstände mit 84,8 %. Die Finanzierung erfolgt mit 14,2 % durch Eigenkapital, mit 69,9 % durch langfristiges Fremdkapital und mit 15,9 % mit kurzfristigen Fremdmitteln.

Das Anlagevermögen hat sich im Vergleich zu 2018 durch Abschreibungen um TEUR 92 verringert und ist im Anlagenspiegel dargestellt. Bei den Zugängen handelt es sich im Wesentlichen um die Errichtung zweier Blockheizkraftwerke sowie Ersatzinvestitionen im klinischen Bereich, Lizenzen und EDV-Hardware.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen konnten im Jahr 2019 um TEUR 590 reduziert werden. Grund hierfür ist die konsequente Bearbeitung strittiger Forderungen an Krankenkassen.

Die Forderungen aus dem Krankenfinanzierungsrecht bezüglich der Budgetausgleiche der Vorjahre haben sich in 2019 auf ca. Mio. EUR 2,0 erhöht. Aufgrund der Genehmigung des Budgets 2019 per 1. Januar 2020 ist mit einem erheblichen Zufluss aus diesen Forderungen im I. Quartal 2020 zu rechnen.

Gegenüber der Tochtergesellschaft, der Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH, Brandis, bestehen ausschließlich Forderungen mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Die Tochtergesellschaft kann auf eine Cash-Pool-Vereinbarung mit den Muldentalkliniken zurückgreifen, um Liquiditätsschwankungen auszugleichen.

Die Veränderung des Eigenkapitals resultiert aus dem Jahresfehlbetrag des Jahres 2019. Dies führte zu einer Verringerung des bilanziellen Eigenkapitals um TEUR 252.

Die Rückstellungen erhöhten sich gegenüber 2018 um TEUR 35. Die noch nicht erfüllten Verpflichtungen im Bereich Brandschutz und Instandhaltung konnten in 2019 durch den Fortschritt beim Brandschutz Grimma deutlich verringert werden. Außerdem konnten die voraussichtlichen Rückzahlungsverpflichtungen gegen Krankenkassen deutlich verringert werden. Dem standen erhöhte Personalarückstellungen gegenüber, weil die Verpflichtungen aus der Abgeltung von Diensten nicht mehr unter den Verbindlichkeiten ausgewiesen werden.

Die Verbindlichkeiten stiegen gegenüber dem Vorjahr um ca. TEUR 657. Dies resultiert vor allem aus den langfristigen Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Errichtung zweier Blockheizkraftwerke. Diese führten zu einem deutlichen Anstieg der sonstigen Verbindlichkeiten.

Die Liquidität war einschließlich der vorhandenen Kreditlinien im Jahresverlauf jederzeit ausreichend, um sämtlichen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

5. Gesamtaussage

Wir beurteilen den Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft als zufriedenstellend.

Die bessere Leistungsentwicklung im Vergleich zum Vorjahr und die wegfallenden Belastungen aus einmaligen Vorgängen des Jahres 2018 führten zu einem deutlich verbesserten Jahresergebnis. Maßnahmen zur Kostenreduktion in den Bereichen Personal, Energie und Instandhaltung wurden in 2019 wirksam. Die Liquiditätsabflüsse aus der Gesellschaft konnten gestoppt werden.

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Unmittelbar bestandsgefährdende Risiken sind für die Muldentalkliniken derzeit nicht abzuleiten. Die Verluste der Vorjahre haben den Finanzierungsspielraum der Gesellschaft eingeschränkt. Vorhandene Kreditlinien werden zur Sicherung des laufenden Geschäftsbetriebs benötigt. Im Jahr 2020 ist durch zufließende Ausgleichsforderungen von den Krankenkassen mit einer Verbesserung der Liquiditätslage zu rechnen.

Infolge der Verabschiedung des Krankenhausstrukturgesetzes wird sich zukünftig die Vergütung der Krankenhäuser verstärkt an Qualitätsmerkmalen orientieren. Die Möglichkeiten zur Ausweitung der stationären Leistungen werden durch die gesetzliche Neuregelung des Fixkostendegressionszuschlags eingeschränkt.

Der Gesetzgeber hat in 2019 die Regulierung der Krankenhäuser durch die Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung (PPuG) und weitere Auflagen deutlich verschärft.

Risiken für die Kliniken ergeben sich weiterhin durch strukturelle Veränderungen im Gesundheitswesen:

- Ein Teil der bisher stationären Leistungen kann nur noch ambulant erbracht werden, woraus tendenziell ein Absinken der stationären Fallzahl resultiert. Durch Verbesserung des stationären Leistungsangebots bzw. durch strukturelle Anpassungen ist dieser Entwicklung entgegenzuwirken.
- Festlegung von Mindestmengen bei bestimmten Eingriffen - bei Unterschreitung dürfen diese Leistungen nicht mehr angeboten werden.

- Die zunehmende Bildung von Zentren für bestimmte Erkrankungen führt zur Lenkung von Patienten in andere Krankenhäuser, wenn am eigenen Krankenhaus die Bedingungen für ein solches Zentrum nicht geschaffen werden können.
- Verschärfung der Strukturvoraussetzungen für medizinische Leistungsbereiche, z. B. Mindestqualifikation von Mitarbeitern sowie Mindestbesetzung.
- Ein hoher Grad regulatorischer Eingriffe erzeugt erheblichen Verwaltungsaufwand und engt die Spielräume der Krankenhäuser bei der Gestaltung ihres Leistungsangebots weiter ein.

Durch die Teilnahmemöglichkeit an der ambulanten Versorgung, wie z. B. das Betreiben von Medizinischen Versorgungszentren, die Einbindung von Krankenhäusern in die ambulante Notfallversorgung und die Schaffung medizinischer Zentren am eigenen Krankenhaus, ergeben sich gleichzeitig neue Chancen für die Profilierung.

Ein besonderes Risiko stellt nach wie vor der Mangel an medizinischen Fachkräften dar. Es ist schwierig, freie Facharztstellen und freie Stellen mit medizinischem Fachpersonal zeitnah zu besetzen.

Die bereits in den Berichten vergangener Jahre genannten erschwerenden Faktoren zur zusätzlichen Altersversorgung und Steigerung im Sachkostenbereich wirken weiter fort.

Ein wesentliches Risiko sieht die Geschäftsführung in den hohen Tarifsteigerungen für Ärzte (Marburger Bund) und für die übrigen Beschäftigten (Verdi) durch beträchtliche Personalkostenerhöhungen, die durch die Krankenkassen wegen gesetzlicher Vorgaben nicht vollständig ausgeglichen werden.

Die ab 2020 wirksamen Veränderungen des Vergütungssystems im Hinblick auf die Finanzierung der Pflegestellten mit der Ausgliederung der Kosten des Pflegepersonals aus den DRG sollen hier eine Entlastung bringen. Wie weit diese tatsächlich realisiert wird, hängt insbesondere auch vom Verhalten der Kostenträger in den kommenden Budgetverhandlungen ab.

Der Tarifabschluss für Ärzte (Laufzeit ab September 2016 bis Dezember 2019) brachte eine Erhöhung der Entgelte um 0,7 % ab Mai 2019. Die Verhandlungen zum Tarifabschluss ab 2020 laufen noch.

Im Jahr 2018 fanden Tarifverhandlungen bei den übrigen Beschäftigten (TVöD) statt. Ab dem 1. März 2018 war ein Anstieg der Tarife um 3,1 % vereinbart. Weitere vereinbarte Steigerungen werden zum 1. April 2019 und 1. März 2020 wirksam. Dieser Tarifvertrag läuft bis 31. August 2020.

Ab 1. Januar 2020 wird am Standort Wurzen ein neuer Chefarzt für die Innere Medizin mit dem Schwerpunkt Gastroenterologie tätig. Wir erwarten nach einer Anlaufphase eine Stärkung dieses Leistungsbereichs mit positiven Auswirkungen auf das Leistungsgeschehen im Bereich der Viszeralchirurgie.

Die Zusammenarbeit der beiden Klinikstandorte soll in den nächsten Jahren weiter verbessert werden. Die Vorhaltung von Doppelstrukturen wird miniert und die Spezialisierungen sollen effizient auf beide Standorte verteilt werden.

Eine stärkere Integration der Tochtergesellschaften (gemeinsamer Einkauf, Zentralisierung von Prozessen) befindet sich in Umsetzung und soll in den Folgejahren weiter intensiviert werden, um Ressourcen effizienter einzusetzen.

Die Geschäftsführung erwartet für die nächsten Jahre wieder positive Ergebnisse für die Muldentalkliniken und deren Tochtergesellschaften.

IV. Prognosebericht

Wir erwarten für das Jahr 2020 einen gegenüber dem Jahr 2019 etwa gleichbleibenden Geschäftsgang. Die zu erwartenden Kostensteigerungen durch Tarifabschlüsse sollen durch die bereits genehmigte Steigerung des Landesbasisfallwerts kompensiert werden.

Erhebliche Unsicherheiten bestehen bei der zukünftigen Entwicklung der Umsatzerlöse (ab 2020 Pflege-DRG) und dem Personaleinsatz (Pflegepersonal-Untergrenzen in diverse Leistungsbereichen ab 2020). Es ist aus diesem Grund ab 2020 mit deutlichen organisatorischen Veränderungen auf den betroffenen Stationen zu rechnen, deren langfristige Auswirkungen abzuwarten bleiben.

In 2019 wurde bereits eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen in den Bereichen Personalbesetzung, Einkauf von Dienstleistungen und in der Unternehmensorganisation begonnen und teilweise abgeschlossen. Ziel ist eine Optimierung wesentlicher Betriebsbereiche. Die begonnenen Maßnahmen werden in 2020 fortgeführt bzw. weitere Maßnahmen sind in Planung. Diese werden zu einer Anpassung der Kosten an das derzeitige Leistungsniveau führen.

Bei der Tochtergesellschaft Servicegesellschaft Muldental mbH finden seit Ende 2019 Umstrukturierungen im Bereich Reinigungsdienst und Speisenversorgung statt. Diese führen ab 2020 zu rückläufigen Kosten in beiden Bereichen.

Derzeit wird eine weitere Baumaßnahme am Standort Wurzen (Anbau Nord) geplant. Es liegt bisher kein Förderbescheid für diese Maßnahme vor, weshalb die konkrete Umsetzung noch nicht abzusehen ist.

An den Standorten Grimma und Wurzen soll in 2020 gemeinsam mit der Altenheimgesellschaft Muldental die Verzahnung mit den ambulanten Versorgungsstrukturen erhöht werden.

Mit der Umsetzung der vorbezeichneten Maßnahmen werden wir auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Ende Januar 2020 fand eine Strategietagung der Aufsichtsgremien der Muldentalkliniken statt. Die Ergebnisse der Tagung führten zu einem Arbeitsprogramm, welches sich in Umsetzung befindet und die qualitative und finanzielle Leistungsfähigkeit der Gesellschaft erhöhen wird.

Aufgrund der Ereignisse im März 2020 aus Anlass der CORONA-Pandemie sind Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung sowie auch die Prognose für die Geschäftsjahre 2020 ff. nicht vollständig und abschließend darstellbar. Wir verzichten darauf, die möglichen Auswirkungen der Pandemie einzeln näher zu beschreiben und zu bewerten, da diese aufgrund ihrer umfassenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen in einer sich derzeit ständig verändernden Informationslage nicht seriös abschätzbar sind.

Wir gehen jedoch von erheblichen Auswirkungen auf nahezu sämtliche betriebliche Bereiche der Muldentalkliniken in 2020 und ggf. auch in den Folgejahren aufgrund einer sich abzeichnenden nationalen und internationalen volkswirtschaftlichen Rezession aus.

Dabei sind erhebliche wirtschaftliche Nachteile aus Mehraufwendungen für Schutzmaßnahmen in den Krankenhäusern (Quarantänemaßnahmen, Verzicht auf elektive Aufnahmen von Patienten, Beschaffungsprobleme und -mehrkosten) zu erwarten. Gleichzeitig sind Kompensationen von Seiten der Politik für Krankenhäuser verabschiedet worden. Diese bieten voraussichtlich die Chance, die entstehenden Belastungen ganz oder teilweise aus zufließenden Mitteln abzudecken. Ein bestandsgefährdendes Risiko für die Gesellschaft sehen wir derzeit nicht.

Gemäß unserem Wirtschaftsplan gehen wir für 2020 von einem Jahresüberschuss von TEUR 61 bei leicht steigenden Umsatzerlösen aus. Die möglichen Auswirkungen der Corona-Pandemie sind im Wirtschaftsplan 2020 bisher nicht berücksichtigt.

V. Kennzahlen gemäß § 11 Abs. 7 Satz 2 des Gesellschaftsvertrags

<u>Kennzahlen § 99 Abs. 2 SächsGemO</u>		Plan 2019	Ist 2019	Ist 2018	Ist 2017
Arbeitsproduktivität		1,46	1,44	1,40	1,40
Effektivverschuldung	TEUR	-2.497	-1.625	-3.249	-5.005
Eigenkapitalquote	%	14,07	14,20	14,38	19,11
Eigenkapitalrendite	%	0,21	-3,03	-40,42	-4,92
Fremdkapitalquote	%	85,93	85,69	85,62	80,72
Gesamtkapitalrendite	%	-0,15	-0,72	-6,02	1,11
Investitionsdeckung	%	242,43	115,49	290,88	201,93
kurzfristige Liquidität	%	122,82	96,83	91,00	140,00
Pro-Kopf-Umsatz	TEUR	106,47	108,81	102,47	101,70
Vermögensstruktur	%	77,90	84,76	83,17	82,39

VI. Negativerklärung zur Frauenquote

Eine Festlegung von Zielgrößen für den Frauenanteil an bestimmten Führungspositionen sowie Fristen zu deren Erreichung ist nicht erfolgt.

Wurzen, 8. April 2020

Mike Schuffenhauer

Geschäftsführer

Dr. med. Uwe Krause

Medizinischer Geschäftsführer

Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Bergstraße 2a
04821 Brandis
Tel.: 034292 /41730
E-Mail: info@altenpflegeheim-brandis.de

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 01.10.2006

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Die Tätigkeit der Gesellschaft ist gemäß SGB V, SGB IX, SGB XI und BSHG darauf gerichtet, die Allgemeinheit

- (1) Auf dem Gebiet der Altenhilfe, insbesondere durch den Betrieb von Senioren- und Altenpflegeheimen inkl. der dazu erforderlichen Nebeneinrichtungen und -betriebe sowie durch ambulante Pflegedienste als Einrichtung der Wohlfahrtspflege und
- (2) Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, insbesondere durch den Betrieb von Medizinischen Versorgungszentren (§95, SGB V) als Einrichtung der Wohlfahrtspflege i. S. d. § 66 AO zu fördern.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gegenstand des Unternehmens unmittelbar dienen, insbesondere zur Durchführung ambulanter, teilstationärer und stationärer Altenpflege, häuslicher Krankenpflege und ambulanter medizinischer Versorgung.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	25.000€
----------------------	---------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Mike Schuffenhauer

III BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	25.000 €	100,0%
--	----------	--------

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2017	12/2018	12/2019
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

I. Allgemeines

Die Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH, Brandis (kurz: Altenheimgesellschaft), wurde zum 10. Juli 2006 als gemeinnützige Tochtergesellschaft der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen, gegründet.

Die Altenheimgesellschaft betreibt in Brandis und in Wurzen insgesamt drei Altenpflegeheime mit 140 Pflegeplätzen sowie einen ambulanten Pflegedienst in Brandis.

Des Weiteren ist die Altenheimgesellschaft Träger der Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) in Wurzen, Grimma und Colditz.

II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Grundlagen der Betriebsführung

Die Grundlage der Betriebsführung bildete der jährlich aufgestellte Wirtschaftsplan in seinen Teilen

- Erfolgsplan,
- Vermögensplan,
- Stellenübersicht,
- Liquiditätsplan.

Mit den Pflegekassen werden in regelmäßigen Abständen Budgetverhandlungen zur Festlegung der Pflegesätze geführt.

2. Ertragslage

Nachfolgende Übersicht zeigt die Kennzahlen zur Ertragslage der Jahre 2014 bis 2019:

Kennzahlen zur Ertragslage¹		2019	2018	2017	2016	2015	2014
Umsatzerlöse	TEUR	8.712	8.242	7.899	7.623	7.266	6.649
Umsatzrentabilität	%	-1,5	-3,9	-4,2	-1,3	-6,1	0,5
Personalaufwand	TEUR	5.669	5.618	5.549	5.316	4.941	4.623
Personalaufwandsquote	%	65,1	68,2	70,2	69,7	68,0	69,5
durchschnittliche Zahl der Vollkräfte	VK	138,3	149,1	146,0	139,6	139,3	135,7
durchschnittlicher Personalaufwand (je Vollkraft)	TEUR	41	38	38	38	35	34
Produktivität (je Vollkraft)	TEUR	63	55	54	55	52	49
Materialaufwand	TEUR	2.283	2.026	1.868	1.481	1.441	1.335
Materialaufwandsquote	%	26,2	24,6	23,6	19,4	19,8	20,1

[1] Aufgrund der Veränderung der Definition der Umsatzerlöse ab dem Jahr 2016 sind die Kennzahlen bis 2015 mit denen des Folgezeitraums nur eingeschränkt vergleichbar.

Die Umsätze der Altenpflegeheime einschließlich des ambulanten Pflegedienstes sind weitgehend von Pflegegraden, die den Heimbewohnern durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen zugewiesen werden, sowie der Auslastung der Pflegeplätze abhängig.

Seit 2017 wird mit dem Pflegestärkungsgesetz III (PSG III) das Ziel verfolgt, die ambulante Versorgung zu stärken. Aufgrund der finanziellen Anreize sollen nur noch schwer pflegebedürftige Personen stationär versorgt werden. Im Übrigen wird der ambulanten Versorgung der Vorzug gegeben. Neben einer Ausweitung der Erlöse aus ambulanter Pflege (+16 %) führte dies zu einer rückläufigen Belegung in den Altenheimen.

In der stationären Pflege konnten jedoch für 2019 höhere Pflegesätze mit den Kostenträgern verhandelt werden, so dass die Erlöse aus der Altenpflege insgesamt gesteigert wurden. Die Umsatzerlöse für die gesamte Altenpflege stiegen in 2019 um ca. TEUR 261 (+5,8 %) gegenüber dem Vorjahr.

Die Umsatzerlöse in den MVZ werden primär von den in den Praxen erbrachten Leistungen bestimmt, sind aber auch wesentlich von dem für den KV-Bereich Sachsen gültigen Honorarverteilungsvertrag abhängig. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr um TEUR 45 (1,4 %) resultiert vor allem aus einem Anstieg der Anzahl der behandelten Patienten in diversen Arztpraxen.

Hier wirkten sich die in 2017 begonnenen Umstrukturierungen und Sanierungsmaßnahmen bei diversen Arztpraxen aus. Die geplanten Maßnahmen wurden weitgehend abgeschlossen. Darüber hinaus wurden weitere Optimierungspotentiale identifiziert, deren Umsetzung in 2019 begonnen oder geplant wurde.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen Erstattungen aus der U2-Umlage für Mutterschutz und Personalkostenzuschüsse der öffentlichen Hand.

Die Personalaufwendungen für 139,3 Vollkräfte (Vorjahr: 149,1 VK) stiegen im Geschäftsjahr 2019 um TEUR 51. Hier machten sich die Umstrukturierungsmaßnahmen im Bereich der Arztpraxen bemerkbar, welche kostenentlastend wirkten. Außerdem wurden die Vergütungen der

Mitarbeiter in der stationären Altenpflege in 2019 deutlich angehoben, um die Attraktivität als Arbeitgeber zu stärken.

Darüber hinaus wurde im Bereich der stationären Altenpflege wegen Personalbesetzungsproblemen auch nochmals verstärkt auf Fremdpersonal zurückgegriffen. Die daraus resultierenden zusätzlichen Aufwendungen konnten nicht durch entsprechend höhere Erlöse kompensiert werden. Bei den Arztpraxen wurde ebenfalls in steigendem Umfang auf ärztliches Personal der Muttergesellschaft zurückgegriffen. Der entsprechende Aufwand ist im Wirtschaftsbedarf enthalten.

Die Materialaufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr deutlich an. Hier machte sich der bereits erläuterte erhöhte Rückgriff auf Fremdpersonal für die Abdeckung von Diensten in Altenheimen und MVZ bemerkbar.

Der für die erhaltenen öffentlichen Fördermittel gebildete Sonderposten wurde in Höhe der Abschreibungen aufgelöst. Die Abschreibungen auf das geförderte Anlagevermögen betrugen TEUR 101 bei Gesamtabschreibungen in Höhe von TEUR 401.

Das Finanzergebnis beträgt TEUR -35 und beinhaltet Zinsaufwendungen für Darlehen in Höhe von TEUR 31. Hier machte sich das günstige Zinsniveau mit einer Absenkung der Finanzierungskosten bemerkbar.

Die Ertragslage der Medizinischen Versorgungszentren hat sich im Geschäftsjahr 2019 verbessert, war aber noch negativ und damit nicht befriedigend. Die Umsätze konnten bei gleichzeitig rückläufigen Aufwendungen gesteigert werden.

Das in diesem Bereich erwirtschaftete Defizit resultiert daraus, dass die Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen in den Arztpraxen im Jahresverlauf 2019 noch nicht ganzjährig wirksam wurde. Darüber hinaus konnten noch nicht sämtliche Maßnahmen in 2019 abgeschlossen werden.

Auch im Bereich der stationären Pflege musste ein Ergebnissrückgang hingenommen werden. Dieser resultierte aus den beschriebenen Veränderungen der Vergütungsstrukturen aus dem PSG III sowie aus erheblichen Problemen bei der Personalbesetzung am Standort Brandis. Dennoch konnte mit der stationären Pflege insgesamt ein leicht negatives Jahresergebnis verzeichnet werden.

Im Bereich ambulante Pflege führte das fortgesetzte Wachstum bei Klienten und Umsätzen zu keiner Verbesserung der Ertragslage. Das Ergebnis der ambulanten Pflege war in 2019 noch leicht negativ.

Die Gesellschaft schloss das Jahr 2018 mit einem Jahresergebnis von EUR -127.737,62 (Vorjahr: EUR -320.443,55) ab und liegt damit unter der im Lagebericht 2018 aufgestellten Prognose zum Jahresergebnis 2019.

3. Vermögenslage- und Finanzlage

In nachfolgender Tabelle ist der Vermögens- und Kapitalaufbau der Altenheimgesellschaft dargestellt:

	2019		2018	
	TEUR	%	TEUR	%
Anlagevermögen	4.572	83,0	4.926	83,4
Umlaufvermögen	931	16,9	977	16,5
Rechnungsabgrenzungsposten	7	0,1	6	0,1
Betriebsvermögen	5.510	100,0	5.909	100,0
Eigenkapital	920	16,7	1.048	17,7
Sonderposten	1.801	32,7	1.903	32,2
Rückstellungen	164	3,0	258	4,4
Verbindlichkeiten	2.625	47,6	2.700	45,7
Betriebskapital	5.510	100,0	5.909	100,0

Es wurden im Jahr 2019 lediglich Ersatzinvestitionen in die Ausstattung von Arztpraxen und Pflegeheimen getätigt.

Die Verluste der Jahre 2015 bis 2019 haben das Eigenkapital der Gesellschaft vermindert. Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft kann, insbesondere unter Einbeziehung des Sonderpostens, für den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft noch als ausreichend angesehen werden.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von TEUR 1.334 konnten jederzeit fristgerecht bedient werden. Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr bei Bedarf auf die Kontokorrent- bzw. Cash Pool Vereinbarung mit der Muttergesellschaft zurückgegriffen. Die verfügbaren Kontokorrentlinien bei Kreditinstituten wurden nicht in Anspruch genommen.

Zur Verbesserung der Liquiditätssteuerung wurde in 2019 eine Vereinbarung zum Cash Pooling mit der Muttergesellschaft abgeschlossen, die zu Ende des Jahres 2019 wirksam wird.

Die Gesellschaft erzielte 2019 einen operativen Cashflow von TEUR 77. Dieser ist noch nicht ausreichend um die zukünftigen jährlichen Tilgungsverpflichtungen zu bedienen. Diese Verpflichtungen liegen für die derzeitigen Zahlungsverpflichtungen aus Krediten in den nächsten fünf Jahren jeweils zwischen TEUR 166 und TEUR 203. Darüber hinaus sind zukünftig wieder Zahlungsmittelüberschüsse für Investitionen und die Rückführung von Verpflichtungen gegenüber der Muttergesellschaft nötig.

III. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist wegen Defiziten in den MVZ sowie den Herausforderungen in der stationären und ambulanten Altenpflege unbefriedigend.

Wie bereits im Vorjahr erwartet, war wegen der durch das PSG III veränderten Vergütungssituation im ambulanten und stationären Pflegebereich ab dem Jahr 2017 der kostendeckende Betrieb von Pflegeheimen herausfordernd. Die im Heimbereich für das Jahr 2019 erzielten Ergebnisse lagen deutlich unterhalb der Erwartungen. Die Belegung der Pflegeplätze betrug im Jahresdurchschnitt 93,2 % (Vorjahr: 94,5 %) und ist damit leicht rückläufig.

Zukünftig stellt das Belegungsmanagement der Altenheime einen zentralen Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg dar. Dem wird bei der Aufnahme neuer Bewohner Rechnung getragen.

Im stationären Pflegebereich setzten sich in 2019 die Probleme mit der Personalbesetzung fort. Zwar fand im Pflegeheim Wurzen eine Beruhigung der Situation statt. Gleichzeitig verschlechterte sich die Personalbesetzung in den Heimen am Standort Brandis. So bleiben die Personalgewinnung und Personalentwicklung unter Berücksichtigung des demografischen Wandels eine wachsende Herausforderung.

Für das Jahr 2020 wurden daher mit den Kostenträgern für den stationären Bereich deutlich höhere Pflegesätze verhandelt. Dies ermöglicht es, Tarifsteigerungen bei den Beschäftigten umzusetzen und wird die Attraktivität der Gesellschaft als Arbeitgeber erhöhen. Die Verhandlungen sind derzeit noch nicht abgeschlossen.

Die Geschäftsführung prüft laufend Optionen zur Fortentwicklung der stationären Pflegeeinrichtungen. Aufgrund der absehbar knappen Personalressourcen in diesem Bereich sind perspektivisch Veränderungen des Angebots nötig.

Gleichzeitig stärkt die seit 2017 gültige Vergütungssituation die ambulante Pflege. Dieser Tatsache trägt die Altenheimgesellschaft Rechnung, indem die ambulante Pflege mit den nötigen personellen und finanziellen Ressourcen für eine Angebotsausweitung ausgestattet wurde. Diverse Maßnahmen führen weiterhin zu steigenden Klientenzahlen und Umsätzen in der ambulanten Pflege. Das Wachstum führte vorübergehend zu Defiziten, welche sich in 2019 gegenüber dem Vorjahr deutlich verringerten.

Es ist davon auszugehen, dass auch zukünftig im Bereich der ambulanten Versorgung ein Wachstum stattfinden wird. Zur Verbreiterung des Angebots prüft die Gesellschaft derzeit die Ausweitung des Angebots auf die Bereiche Tagespflege, ambulant betreutes Wohnen und die Betreuung von Wohngemeinschaften.

Den Chancen aus der Ausweitung im ambulanten medizinischen Bereich stehen Risiken hinsichtlich der Nachbesetzung in den Arztpraxen gegenüber. Dem will die Geschäftsführung durch spezielle Personalentwicklung im Zusammenwirken mit den Fachabteilungen der Muldentalkliniken begegnen. In 2019 ist dies sichtbar, indem vermehrt ärztliches Personal der Kliniken (auch) in den Arztpraxen tätig wurde.

Die seit 2017 laufende Umsetzung von Maßnahmen zur finanziellen Gesundung defizitärer Arztpraxen hatte zum Ziel, für die medizinischen Versorgungszentren bis Ende 2019 insgesamt ein ausgeglichenes Jahresergebnis zu erreichen. Dieses Ziel wurde (noch) nicht erreicht, da einige geplante Maßnahmen noch nicht oder noch nicht vollständig umgesetzt wurden. Darüber hinaus führen einige Maßnahmen wegen der Vergütungssystematik der gesetzlichen Krankenversicherung erst mit Zeitverzögerung zu steigenden Umsätzen. Die Maßnahmen beinhalten insbesondere die räumliche Konzentration von Arztsitzen. Dies führt zur Optimierung der betrieblichen Prozesse und der Verbesserung des Angebots für die Patienten.

Am Standort Wurzen wird 2020 ein halber zusätzlicher gynäkologischer Arztsitz etabliert. An den Standorten Colditz und Wurzen ist die Konzentration allgemeinärztlicher Sitze jeweils an

einem zentralen Standort geplant. Gemäß Wirtschaftsplan wird für die Arztpraxen insgesamt mit einem etwa ausgeglichenen Jahresergebnis 2020 gerechnet.

Die in 2019 begonnene stärkere Zentralisierung des Wareneinkaufs im Konzern soll in 2020 abgeschlossen werden. Ziel ist eine Verbesserung der Einkaufskonditionen der Altenheimgesellschaft und eine Straffung und Vereinheitlichung von Abläufen und die Nutzung von Synergien im Konzern.

Die größte Herausforderung für die Zukunft sieht die Gesellschaft in der veränderten Gesetzgebung insbesondere hinsichtlich der verstärkten Förderung ambulanter Leistungserbringung. Sie geht jedoch davon aus, dem insbesondere durch die vorgenommenen Maßnahmen im Bereich eigener ambulanter Pflegedienste entgegenwirken zu können.

Ein weiteres Risiko besteht im zunehmenden Fachkräftemangel im Pflegebereich und der damit zusammenhängenden Fluktuation.

Bestandsgefährdende Risiken sind für die Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH nicht erkennbar.

IV. Prognosebericht

Wir erwarten im Jahr 2020 einen Zuwachs an Klienten in der ambulanten Pflege. Für die stationäre Pflege erwarten wir eine Entwicklung über dem Niveau des Jahres 2019. Für die Arztpraxen erwarten wir eine nochmalige Ergebnisverbesserung, unter der Voraussetzung, dass die zeitnahe Nachbesetzung vakanter Arztstellen gelingt.

Die zu erwartende Steigerung der Vergütung der Pflegekräfte in der stationären Altenpflege soll ebenfalls durch noch zu genehmigende Pflegesätze refinanziert werden.

Aufgrund der Ereignisse im März 2020 aus Anlass der CORONA-Pandemie sind Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung sowie auch die Prognose für die Geschäftsjahre 2020 ff. nicht vollständig und abschließend darstellbar. Wir verzichten darauf, die möglichen Auswirkungen der Pandemie einzeln näher zu beschreiben und zu bewerten, da diese aufgrund ihrer umfassenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen in einer sich derzeit ständig verändernden Informationslage nicht seriös abschätzbar sind.

Wir gehen jedoch von erheblichen Auswirkungen auf nahezu sämtliche betriebliche Bereiche der Altenheimgesellschaft in 2020 und ggf. auch in den Folgejahren aufgrund einer sich abzeichnenden nationalen und internationalen volkswirtschaftlichen Rezession aus.

Dabei sind erhebliche wirtschaftliche Nachteile aus Mehraufwendungen für Schutzmaßnahmen in den Pflegeeinrichtungen und Arztpraxen (Quarantänemaßnahmen, Wegfall von Patienten, Beschaffungsprobleme und -mehrkosten) zu erwarten. Gleichzeitig sind Kompensationen von Seiten der Politik für soziale Dienste verabschiedet worden. Diese bieten voraussichtlich die Chance die entstehenden Belastungen ganz oder teilweise aus zufließenden Mitteln abzudecken. Ein bestandsgefährdendes Risiko für die Gesellschaft sehen wir derzeit nicht.

Gemäß unserem Wirtschaftsplan gehen wir für 2020 von einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 267 bei leicht steigenden Umsätzen aus. Die möglichen Auswirkungen der Corona-Pandemie sind im Wirtschaftsplan 2020 bisher nicht berücksichtigt.

Wir werden mit diesen Ergebnissen auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

V. Kennzahlen gemäß § 14 Absatz 6 Satz 2 des Gesellschaftsvertrags der Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH

Kennzahlen § 99 Abs. 2 SächsGemO		Plan 2019	Ist 2019	Ist 2018
Arbeitsproduktivität		1,51	1,54	1,47
Effektivverschuldung	TEUR	1.283	1.686	1.717
Eigenkapitalquote ¹	%	20,81	16,70	17,74
Eigenkapitalrendite	%	17,23	-13,88	-30,57
Fremdkapitalquote	%	79,19	83,30	82,26
Gesamtkapitalrendite	%	3,02	-2,94	-6,07
Investitionsdeckung	%	456,81	854,07	560,48
kurzfristige Liquidität	%	98,79	56,54	60,31
Pro-Kopf-Umsatz	TEUR	60,20	63,13	55,32
Vermögensstruktur	%	75,74	82,97	83,36

¹ hier ohne Berücksichtigung des Sonderpostens

Brandis, 8. April 2020

Mike Schuffenhauer
Geschäftsführer

Servicegesellschaft Muldental mbH

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Kutusowstraße 70

04808 Wurzen

Tel.: 03425 / 930

E-Mail: kh.wurzen@krankenhaus-muldental.de

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 05.12.2006

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere Gebäude- und Unterhaltsreinigung, Catering, Sicherheits- und Empfangsdienste, kaufmännische Gebäudedienste, Hauswirtschafts- und sonstige Servicedienste, Sterilgutversorgung, Hilfsdienste in ärztlichen Sprechstunden für organisatorische und ablauftechnische Aufgaben sowie hiermit verwandter Dienstleistungen vorwiegend im Bereich der Kliniken des Muldentalkreises gGmbH und deren Beteiligungen.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	25.000€
----------------------	---------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Mike Schuffenhauer

III BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	25.000 €	100,0%
--	----------	--------

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2017	12/2018	12/2019
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

I. Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere Gebäude- und Unterhaltsreinigung, Catering einschließlich der Spül- und Wirtschaftsdienste, Sicherheits- und Empfangsdienste, Sterilgutversorgung sowie Hol- und Bringendienste vorwiegend im Bereich der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, und deren Beteiligung.

Die Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen (im Folgenden auch Muttergesellschaft genannt), ist alleinige Gesellschafterin der Servicegesellschaft Muldental mbH (kurz: SGM).

II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Grundlagen der Betriebsführung

Die Grundlage der Betriebsführung bildete der für das Jahr 2019 aufgestellte Wirtschaftsplan mit seinen Teilen

- Erfolgsplan,
- Finanzplan,
- Stellenübersicht,
- Liquiditätsplan.

Namhafte Veränderungen am Geschäfts- und Leistungsumfang erfolgten in 2019 nicht.

2. Ertragslage

Die Höhe der Umsatzerlöse wurde in Budgets für alle Leistungsbereiche jeweils grundsätzlich vertraglich festgelegt. Mehr- bzw. Mindererlöse werden zum einen im Cateringbereich durch die Ist-Beköstigungstage und Mehr- bzw. Sonderleistungen, im Reinigungsbereich durch Zusatzleistungen sowie im Sterilisationsbereich durch die Sterilisationseinheiten (STE) bestimmt.

Leistungen an Dritte werden ausschließlich in der Sterilgutversorgung für niedergelassene Ärzte erbracht.

Die Umsatzerlöse des Berichtszeitraums in Höhe von TEUR 3.534 (Vorjahr: TEUR 3.487) setzen sich wie folgt zusammen:

	2019		2018	
	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse aus Catering	1.377	39,0	1.364	39,1
Umsatzerlöse aus Reinigung	1.310	37,1	1.280	36,7
Umsatzerlöse aus Sterilisation	563	15,8	572	16,4
Umsatzerlöse aus Sicherheits- und Empfangsdienst	282	8,0	269	7,7
Sonstige Umsatzerlöse	2	0,1	2	0,1
	3.534	100,0	3.487	100,0

Die Umsatzsteigerungen zum Vorjahr sind hauptsächlich auf Preissteigerungen zurückzuführen.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge (TEUR 2; Vorjahr: TEUR 32) beinhalten ausschließlich Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Der Materialaufwand des Geschäftsjahres 2019 (TEUR 964; Vorjahr: TEUR 967) verteilt sich vorwiegend auf Aufwendungen für Lebensmittel (TEUR 557; Vorjahr: TEUR 566) und für bezogene Leistungen im Bereich Sterilisation (TEUR 351; Vorjahr: TEUR 355).

Der Personalaufwand betrug im Geschäftsjahr TEUR 1.806 (Vorjahr: 1.785). Die Erhöhung der Personalkosten von rund 1,2 % beruht auf dem Anstieg der tariflichen Vergütungen. Die Beschäftigtenzahl in Vollkräften (VK) blieb gegenüber dem Vorjahr konstant.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen im Geschäftsjahr 2019 TEUR 730 (Vorjahr: TEUR 763). Darin enthalten sind die Managementgebühren (TEUR 613; Vorjahr: TEUR 622) sowie Mietaufwendungen (TEUR 95; Vorjahr: TEUR 104) für die benötigten Räume.

Das Ergebnis vor Steuern war im Geschäftsjahr positiv.

Ebenso wurde im Geschäftsjahr ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 21 (Vorjahr: Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 9) erzielt.

3. Vermögenslage

In nachstehender Tabelle ist der Vermögens- und Kapitalaufbau der SGM im Vergleich zum Vorjahr dargestellt:

	2019		2018		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umlaufvermögen =						
Betriebsvermögen	398	100,0	391	100,0	7	1,8
Eigenkapital	55	13,8	34	8,7	21	61,8
Rückstellungen	15	3,8	33	8,4	-18	-54,5
Verbindlichkeiten	328	82,4	324	82,9	4	3,7
Betriebskapital	398	100,0	391	100,0	7	1,8

Anlagevermögen ist in der SGM nicht vorhanden.

Die liquiden Mittel sind zum Bilanzstichtag leicht angestiegen, was auf einen Abbau von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen an den Gesellschafter zurückzuführen ist.

Zum Bilanzstichtag standen der Gesellschaft liquide Mittel in Höhe von TEUR 19 (Vorjahr: TEUR 8) zur Verfügung. Im abgelaufenen Geschäftsjahr war der Kapital- bzw. Liquiditätsbedarf jederzeit vollumfänglich gedeckt.

Das Eigenkapital der Gesellschaft hat sich durch den Überschuss des Jahres 2019 um 61,8 % erhöht. Für eine mögliche Ausweitung des Geschäftsumfangs in der Zukunft soll die Eigenkapitalbasis zukünftig durch Gewinnthesaurierung verstärkt werden.

Die Struktur der Verbindlichkeiten und Rückstellungen blieb gegenüber dem Vorjahr weitgehend unverändert.

III. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die SGM ist mit dem Ziel, die Prozesse der Muttergesellschaft zu verbessern, gegründet worden.

Zukünftig ist von steigenden Einkaufspreisen und Personalkosten auszugehen. Diesem Risiko wird dadurch entgegengewirkt, dass die Verträge und Budgets mit der Muttergesellschaft an Preiserhöhungen und Tarifierhöhungen angepasst werden.

Sofern die Muttergesellschaft oder die Schwestergesellschaft Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH erwägen, weitere Dienstleistungen an die Servicegesellschaft auszugliedern, ist eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit möglich.

Bestandsgefährdende Risiken sind für die Servicegesellschaft Muldental mbH nicht abzuleiten.

IV. Prognosebericht

In den Bereichen Sicherheit- und Empfangsdienste sowie der Sterilgutversorgung wird für das Jahr 2020 ein gegenüber dem Jahr 2019 weitgehend unveränderter Geschäftsgang erwartet. Die zu erwartenden Kostensteigerungen durch Tarifabschlüsse sollen durch entsprechende Vereinbarungen mit der Muttergesellschaft kompensiert werden.

Im Bereich Reinigungsleistungen wurde der Managementvertrag mit dem bisherigen Dienstleister zum 1. Januar 2020 gekündigt. Die Gesellschaft wird die bisher vom Management-Dienstleister erbrachten Tätigkeiten (Wareneinkauf, Steuerung, Personalabrechnung etc.) zukünftig selbst oder mit Unterstützung der Muttergesellschaft erbringen. Daraus resultieren im Bereich Reinigung erhebliche Kosteneinsparungen, von denen die Muttergesellschaft durch Preissenkungen auf der Umsatzseite profitiert.

Im Verlauf des Jahres 2019 wurde gemeinsam mit den Muldentalkliniken und anderen Beratungsunternehmen die derzeitige Struktur der Leistungserbringung des Bereichs Catering untersucht. Im Rahmen dieser Untersuchung konnten kurzfristige Optimierungspotentiale im Hinblick auf die Beschaffung und die Dienstleistungen identifiziert werden. Diese führten ab Ende 2019 zu Vertragsanpassungen im Bereich Catering, die das Ziel von Kostensenkungen beim Wareneinkauf in der Größenordnung von etwa TEUR 200 pro Jahr bewirken sollen.

Die im Geschäftsjahr 2019 vorgenommenen Untersuchungen bilden die Grundlage für die noch ausstehende Erstellung eines Konzepts zur langfristigen Weiterentwicklung des Bereichs Catering. Dessen Auswirkungen auf das Geschäftsmodell der Gesellschaft sind heute noch nicht abzuschätzen.

Der ab dem Jahr 2020 neu eingegliederte Bereich „Dienstleistungen Altenheimgesellschaft“ war im Wirtschaftsplan 2020 noch nicht vorgesehen. Nach Erstellung des Wirtschaftsplans 2020 wurde von der Muttergesellschaft entschieden, in der SGM einen weiteren Geschäftsbereich zu etablieren. Dieser wird ab 1. Januar 2020 Leistungen zur Versorgung der Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH in den Bereichen Wäsche, Lebensmittelversorgung und Wareneinkauf erbringen. Hierdurch erfolgt zunächst kein Aufbau von Personal.

Zu einem späteren Zeitpunkt ist auch die Erbringung technischer Dienstleistungen vorgesehen, wodurch im neuen Geschäftsbereich dann eigenes Personal eingesetzt werden soll. Es ist davon auszugehen, dass zunächst in diesem Bereich Umsätze von mindestens TEUR 400 pro Jahr mit deutlich positiven Deckungsbeiträgen erzielt werden. Wesentliche Anlaufkosten sind hierbei nicht abzusehen.

Aufgrund der Ereignisse im März 2020 aus Anlass der CORONA-Pandemie sind Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung sowie auch die Prognose für die Geschäftsjahre 2020 ff. nicht vollständig und abschließend darstellbar. Wir verzichten darauf, die möglichen Auswirkungen der Pandemie einzeln näher zu beschreiben und zu bewerten, da diese aufgrund ihrer umfassenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen in einer sich derzeit ständig verändernden Informationslage nicht seriös abschätzbar sind.

Wir gehen jedoch von erheblichen Auswirkungen auf nahezu sämtliche betriebliche Bereiche der Auftraggeber und der Servicegesellschaft selbst in 2020 und ggf. auch in den Folgejahren aufgrund einer sich abzeichnenden nationalen und internationalen volkswirtschaftlichen Rezession aus. Dabei sind erhebliche wirtschaftliche Nachteile aus Mehraufwendungen für Schutzmaßnahmen in den Betriebsbereichen (Quarantänemaßnahmen, Personalausfälle, Verlust von Leistungen, Beschaffungsprobleme und -mehrkosten) zu erwarten.

Gleichzeitig sind Kompensationen von Seiten der Politik für soziale Dienste verabschiedet worden. Diese bieten voraussichtlich die Chance die entstehenden Belastungen der Auftraggeber ganz oder teilweise aus zufließenden Mitteln abzudecken. Die Servicegesellschaft wird mit ihren Kunden bei Bedarf Ausgleichsmaßnahmen für entstandene Nachteile vereinbaren. Ein bestandsgefährdendes Risiko für die Gesellschaft sehen wir derzeit nicht.

Gemäß dem Wirtschaftsplan gehen wir für das Jahr 2020 von einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 18 aus. Die möglichen Auswirkungen der Corona-Pandemie sind im Wirtschaftsplan 2020 bisher nicht berücksichtigt.

Wir werden auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Wurzen, 8. April 2020

Mike Schuffenhauer

Geschäftsführer

Kommunaler Sozialverband Sachsen

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Humboldtstr. 18
04105 Leipzig
Tel.: 0341 / 1266-0
E-Mail: post@ksv-sachsen.de
Webseite: <http://www.ksv-sachsen.de>

Rechtsform: KdöR

Gründungsdatum: 22.01.1993

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Dem LWV Sachsen wurde per Gesetz eine Ausgleichs- und Bündelungsfunktion übertragen. Er koordiniert und erfüllt als überörtlicher Träger der Sozialhilfe eine Vielzahl von Aufgaben der Sozialhilfe und gewährleistet eine überregionale, bedarfsgerechte Versorgung behinderter Menschen. Nach dem BSHG sind örtliche und überörtliche Träger der Sozialhilfe für Leistungen zuständig, die unter Beachtung der Nachrangigkeit der Sozialhilfe berechtigten Personen als Hilfe in besonderen Lebenslagen oder Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt werden. Das Hauptaufgabengebiet des LWV Sachsen als überörtlicher Träger der Sozialhilfe, und damit der Kostenträger für stationäre und teilstationäre Maßnahmen, ist die Hilfe in besonderen Lebenslagen mit dem Schwerpunkt der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach dem BSHG.

Die Aufgaben und Ziele des LWV Sachsen sind:

- Kostenträger von stationären und teilstationären Hilfsangeboten für körperlich, geistig oder seelisch behinderte Personen nach dem BSHG und dem SGB IX;
- Verhandlungsführung über Entgelte für Einrichtungen nach dem BSHG und dem Pflege-versicherungsgesetz (SGB XI);
- Wahrnehmung der Aufgaben der überörtlichen Betreuungsbehörde und Prüfungsbehörde;
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege und Beteiligung an der Planung und Förderung von Einrichtungen im Freistaat Sachsen;

Der LWV als höherer Kommunalverband erhebt seine Umlage nach der Umlagekraft seiner Mitglieder. Damit wird gesichert, dass allen Hilfeempfängern, unabhängig von ihrem gewöhnlichen Aufenthalt und dem Ort ihrer Betreuung und Unterbringung in gleicher Weise und nach einheitlichen Standards die erforderliche Hilfe gewährt werden kann. Durch das Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch (AGSGB vom 14. Juli 2005) wurde am 30. Juli 2005 der Landeswohlfahrtsverband (LWV) als Kommunaler Sozialverband Sachsen (KSV) gegründet.

Stammkapital:

Gesamtstimmen

48 Stimmen

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Verbandsvorsitzender

Herr Henry Graichen

Verbandsdirektor

Herr Andreas Werner

III BETEILIGUNGEN

Mitglieder

Verbandsmitglieder	Anteil	Stimmen
Stadt Dresden	12,5 %	6
Stadt Leipzig	12,5 %	6
Landkreis Bautzen	8,33 %	4
Landkreis Erzgebirgskreis	8,33 %	4
Landkreis Mittelsachsen	8,33 %	4
Landkreis Zwickau	8,33 %	4
Landkreis Görlitz	6,25 %	3
Landkreis Leipzig	6,25 %	3
Landkreis Meißen	6,25 %	3
Landkreis Sächsische Schweiz - Osterzgebirge	6,25 %	3
Landkreis Vogtlandkreis	6,25 %	3
Stadt Chemnitz	6,25 %	3
Landkreis Nordsachsen	4,17 %	2

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2017	12/2018	12/2019
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	25.248.213,4 €	27.229.138,7 €	29.160.487,4 €
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:



1. Vorbemerkungen Gesamthaushalt

Folgendes Gesamtergebnis wurde 2019 erzielt:

Ergebnisrechnung

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	766.303.231,32 EUR
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	764.038.934,71 EUR
Ordentliches Ergebnis	2.264.296,61 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	4.375,13 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	5.404,04 EUR
Sonderergebnis	-1.028,91 EUR
 Gesamtergebnis	 2.263.267,70 EUR

Finanzrechnung

Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.017.500,11 EUR
 Gesamtbetrag der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	 8.634,71 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	331.320,74 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionstätigkeit	-322.686,03 EUR
 Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag als Saldo aus Zahlungs- mittelüberschuss oder -fehlbetrag und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	 694.814,08 EUR
 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	 0,00 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR
 Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag und Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit als Änderung des Finanzierungsmittelbestandes	 694.814,08 EUR

Vermögensrechnung

Aktiva:

Anlagevermögen:	59.858.073,24 EUR
Umlaufvermögen:	87.784.539,83 EUR
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten:	5.757.584,42 EUR

Passiva:

Kapitalposition:	89.820.751,50 EUR
Sonderposten:	37.344,19 EUR
Rückstellungen:	6.921.796,53 EUR
Verbindlichkeiten:	56.197.720,20 EUR
Passive Rechnungsabgrenzungsposten:	422.585,07 EUR
 Bilanzsumme des Gesamthaushaltes KSV Sachsen:	 153.400.197,49 EUR



2. Allgemeine Erläuterungen zum Kommunalhaushalt – Rechtsgrundlagen

Nach § 53 SächsKomHVO ist die Jahresrechnung durch einen Rechenschaftsbericht zu ergänzen. Insbesondere sind die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen zu erläutern. Im Gesetz über den KSV Sachsen (SächsKomSozVG) werden im § 3 die durch den Verband zu erfüllenden Aufgaben definiert.

Haushaltssatzung

Nach § 21 SächsKomSozVG finden auf die Wirtschaftsführung des KSV Sachsen die für die Landkreise geltenden Vorschriften über die Gemeindegewirtschaft mit Ausnahme der Vorschriften über die Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes sowie der Jahresabschluss entsprechend Anwendung, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

Am 10.12.2018 beschloss die Verbandsversammlung die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2019.

Das Sächsische Staatsministerium des Innern hat als Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 12. Februar 2019 die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung bestätigt und die in § 5 festgesetzte Sozialumlage i. H. v. 8,4741274965567 v. H. der Umlagegrundlagen der Landkreise und kreisfreien Städte genehmigt. Die öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung erfolgte im Sächsischen Amtsblatt, Amtlicher Anzeiger Nr. 9 vom 28. Februar 2019.

Das Haushaltsjahr 2019 des **Kommunalhaushaltes** wurde mit folgendem Ergebnis abgeschlossen:

Ergebnisrechnung

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	727.860.548,70 EUR
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	728.281.108,93 EUR
Ordentliches Ergebnis	-420.560,23 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	4.375,13 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	5.404,04 EUR
Sonderergebnis	-1.028,91 EUR
Gesamtergebnis	-421.589,14 EUR
Verbleibendes Gesamtergebnis nach Abzug Fehlbeträge der VJ	-8.825.194,09 EUR

Finanzrechnung

Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.544.685,46 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	8.634,71 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	331.320,74 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionstätigkeit	-322.686,03 EUR



Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag als Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit -3.867.371,49 EUR

Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen -288.625,00 EUR
Überschuss oder Bedarf an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr -4.155.996,49 EUR

Vermögensrechnung

Bilanzsumme des KSV Sachsen: 84.313.204,38 EUR

In der Haushaltssatzung des KSV Sachsen waren im Teil Kommunalhaushalt für das Haushaltsjahr 2019 festgesetzt:

- > im Ergebnishaushalt

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf	720.810.744,00 EUR
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf	712.407.139,00 EUR
Gesamtergebnis	8.403.605,00 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	0,00 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	0,00 EUR
Sonderergebnis	-0,00 EUR
- > im Finanzhaushalt

Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	9.130.476,00 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-1.075.000,00 EUR
Finanzierungsfehlbetrag als Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	8.055.476,00 EUR
Saldo aus Finanzierungsmittelüberschuss und Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit als Änderung des Finanzierungsmittelbestandes	8.055.476,00 EUR
- > Höchstbetrag der Kassenkredite 142.000.000,00 EUR
- > Höhe der Sozialumlage v. H. der Umlagegrundlagen der Landkreise und kreisfreien Städte 8,88163248361 v. H.

Zusammengefasste Ergebnisse des Jahresabschlusses Kommunalhaushalt

Die Jahresrechnung 2019 schließt in der Ergebnisrechnung mit einem Gesamtergebnis in Höhe von -8.825.194,09 EUR ab.

Die Jahresrechnung 2019 schließt in der Finanzrechnung mit einem Endbestand an Zahlungsmitteln in Höhe von 24.518.162,06 EUR ab. Er verringert sich gegenüber dem Vorjahr um 24.155.996,49 EUR.

Gegenüber dem Haushaltsplan ergaben sich folgende Veränderungen:



in der Ergebnisrechnung

beim Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge ein Mehrbetrag von 7.049.804,70 EUR

beim Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen ein Mehrbetrag von 15.873.969,93 EUR

in der Finanzrechnung

beim Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit -12.675.161,46 EUR

beim Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit 752.313,97 EUR

beim Mehrbedarf an Zahlungsmitteln 4.155.996,49 EUR

in der Vermögensrechnung

verringerte sich die Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr von 85.597.597,45 EUR
auf 84.313.204,38 EUR

3. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

3.1. Ordentliche Erträge der Ergebnisrechnung

3.1.1. Zuwendungen und Umlagen nach Arten und aufgelösten Sonderposten

Diese Position enthält die mit etwa 70 % gemessen an den Gesamterträgen stärkste Ertragsposition im Haushalt, die Sozialumlage in Höhe von 517,6 Mio. EUR. Der Betrag setzt sich zusammen aus dem Gesamtzahlbetrag der Mitgliedskörperschaften in Höhe von 510,2 Mio. EUR sowie dem Entlastungsbetrag nach § 23 SächsAGSGB in Höhe von 7,4 Mio. EUR welcher aus der Zuweisung des Freistaates im Rahmen des BTHG gespeist wird. Der Betrag ist danach im Sozialumlagebetrag abzubilden und dient der vorübergehenden Entlastung derjenigen Landkreise und kreisfreien Städte, die auf Grund der in diesem Gesetz neu geregelten Zuständigkeiten für Leistungen der Eingliederungshilfe an Leistungsberechtigte, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, zwischen den Trägern der Eingliederungshilfeleistungen per Saldo belastet werden. Diese Darstellungsweise im Ergebnishaushalt wurde von der Rechtsaufsichtsbehörde nach der Beschlussfassung zum Haushaltsplan 2019 gefordert. Damit konnte die Forderung planungsseitig nicht berücksichtigt werden, wodurch die IST-Abweichung vom Plan in Höhe von 7,4 Mio. EUR bei den Positionen Landeszuweisung BTHG und Sozialumlage zustande gekommen ist.

Für das Modellprojekt Bundesteilhabegesetz hat der KSV Sachsen 2019 0,3 Mio. EUR Bundeszuweisung erhalten.

Weitere Erträge sind die Landeszuweisungen zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Höhe von 47,9 Mio. EUR, welche 2019 ebenfalls vollumfänglich eingegangen sind, wovon 7,4 Mio. EUR in der Position Sozialumlage dargestellt werden. Zum Planungszeitpunkt musste von einem Betrag von 50,0 Mio. EUR ausgegangen werden, da der genaue Betrag der Zuweisung erst nach Beschlussfassung des Planes festgestellt wurde. Das erklärt die Differenz von 2,1 Mio. EUR zum Plan.

Des Weiteren werden unter dieser Position Erträge aus der Auflösung von Sonderposten sowie Erträge aus der Förderung von Arbeitsplatzausstattungen in geringem Umfang erfasst.



3.1.2. Sonstige Transfererträge

Position 3 beinhaltet den Ersatz sozialer Leistungen durch vorrangige Sozialleistungsträger und Dritte an den KSV Sachsen. Sie stellt nach der Sozialumlage die zweitgrößte Ertragsquelle im Kommunalhaushalt dar. Dem Plan von 100,2 Mio. EUR stehen im Ergebnis 108,5 Mio. EUR gegenüber.

Die größten Abweichungen gegenüber dem Plan finden sich bei folgenden Erträgen:

	Plan 2019	Ist 2019
Ersatz von Wohngeldstellen i. E.	5,1 Mio. EUR	3,4 Mio. EUR
Ersatz von Rentenversicherungs-trägern i. E.	57,0 Mio. EUR	62,7 Mio. EUR
Ersatz von Pflegekassen i. E.	21,5 Mio. EUR	22,9 Mio. EUR

Nach Umsetzung des SächsAGSGB und dem damit verbundenen Übergang der Fallbearbeitung von über 65jährigen leistungsberechtigten Menschen vom örtlichen Träger zum KSV Sachsen zum 01.10.2018 war das Haushaltsjahr 2019 das erste volle Jahr der Leistungsbearbeitung für diesen Bereich der Leistungsempfänger. Daraus folgend lagen bei der Planerarbeitung für alle betroffenen Ertrags- und Aufwandspositionen keine hinreichenden Erfahrungswerte zu finanziellen Auswirkungen aus den übernommenen Fällen vor. Hieraus resultieren für die o. a. drei Ertragspositionen die Differenzen zu den Planwerten.

Im Saldo sind bei den sonstigen Transfererträgen 8,3 Mio. EUR Mehrerträge zu verzeichnen.

3.1.3. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Im Haushaltsjahr 2019 wurden 291,0 TEUR Verwaltungsgebühren geplant und 366,2 TEUR eingenommen.

Die Erträge fallen überwiegend für Gebühren für die Anerkennung der Gesundheitsfachberufe an.

3.1.4. Privatrechtliche Leistungsentgelte

Unter dieser Position werden hauptsächlich die Erträge aus der Vermietung von Wohnungen, Gewerbeeinheiten sowie Tiefgaragenplätzen im Dienstgebäude Leipzig veranschlagt.

Die bei den sonstigen Verwaltungs- und Betriebseinnahmen erzielten Erträge resultieren aus Rückzahlungen der Betriebskostenabrechnungen 2018.

3.1.5. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Der Planansatz dieser Position wurde nahezu erreicht. Dabei wurden die Mindererstattungen von Übrigen in Höhe von 1,1 Mio. EUR durch die Mehrerstattungen vom Freistaat Sachsen für Leistungen der Grundsicherung in Höhe von 1,3 Mio. EUR kompensiert. Korrespondierende Mehraufwendungen dazu finden sich in der Aufwandsposition 16.

Weitere Mehrerträge in geringem Umfang sind bei Erstattungen von kommunalen Gebietskörperschaften und Sozialleistungsträgern zu verzeichnen.



3.1.6. Finanzerträge (Zinsen, Erträge aus Beteiligungen u. ä. Erträge)

Aus kurzfristigen Geldanlagen für zeitweilig nicht benötigte Finanzmittel konnten 2019 keine Zinserträge von Kreditinstituten erwirtschaftet werden, Ursache ist die weiterhin anhaltende Niedrigzinssituation am Kapitalmarkt (siehe hierzu auch Punkt 3.2.4). Längerfristige zinsbringende Geldanlagen sind durch die Gewährleistung der kurzfristigen Abrufbereitschaft der liquiden Mittel nicht möglich.

3.1.7. Sonstige ordentliche Erträge

Mehreinnahmen in Höhe von 0,2 Mio. EUR wurden unter dieser Position hauptsächlich bei den Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen für Gerichtsverfahren sowie bei den Erträgen aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen (Einzelwertberichtigungen erzielt.

3.2. Ordentliche Aufwendungen der Ergebnisrechnung

3.2.1. Personalaufwendungen

Bei den Personalaufwendungen wurden gegenüber der Plansumme 1,6 Mio. EUR weniger in Anspruch genommen.

Hauptgründe dafür sind zum einen die zunehmende Schwierigkeit der Besetzung neuer Planstellen bzw. die Nachbesetzung von vakanten Stellen auf Grund des Fachkräftemangels auf dem Arbeitsmarkt. Insbesondere die Stellenplanerweiterungen im Fachbereich Sozialhilfe im Umfang von 18 Planstellen für die weitere Umsetzung des BTHG und des SächsAGSGB konnten erst im Verlauf des Haushaltsjahres 2019 erfolgreich besetzt werden. Zum anderen sind freie Stellenanteile, die infolge der stetigen Zunahme von Teilzeitarbeit in allen Fachbereichen anfallen und nur zeitversetzt durch kumulierte Stellenrestbildungen nachbesetzt werden können, ein weiterer Grund für die Minderausgaben. Ferner sind diese durch Einstellung der Entgeltfortzahlung bei Langzeiterkrankungen bei Tarifbeschäftigten sowie Minderausgaben durch Einstellung der Entgeltfortzahlung bei Erkrankung des Kindes bzw. bei Freistellungen zur Pflege naher Angehöriger entstanden.

Für die im Jahr 2017 abgeschlossenen Verträge über Altersteilzeit wurden Rückstellungen in Höhe von 431,2 TEUR aufwandswirksam gebildet.

3.2.2. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Sach- und Dienstleistungen werden unter den Positionen 13 und 17 veranschlagt. Die Position 13 beinhaltet alle Leistungen, welche sich auf die Unterhaltung und Bewirtschaftung von beweglichem und unbeweglichem Vermögen, den Erwerb von Ausrüstungsgegenständen bis zu einem Wert von 800 EUR und deren Unterhaltung beziehen. Weiterhin sind Mieten und Pachten, Fortbildungskosten, Dienstreisen und Aufwendungen für Ausbildung erfasst. Der Planwert für diesen Teil der Sachaufwendungen wurde mit 84 TEUR bzw. 2 % überschritten.

Beim zweiten Teil der Sachaufwendungen handelt es sich um alle Aufwendungen, die dem Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit zugerechnet werden. Im Wesentlichen sind dies Aufwendungen für Bücher und Zeitschriften, Steuern, Versicherung, Schadensfälle, Gerichts- und Vollstreckungskosten, Post- und Fernmeldegebühren, Büromaterial, Mitgliedsbeiträge, Datenverarbeitung, ehrenamtliche Tätigkeit und sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen.



Betrachtet man die Sachkosten der Positionen 13 und 17 ohne Erstattungsleistungen, so steht einem Planwert von 4,79 Mio. EUR ein IST von 4,66 Mio. EUR gegenüber. Damit wurden 130 TEUR Sachkosten eingespart. Das betrifft u. a. Aufwendungen für Mieten und Pachten, Heizungskosten, Bewachungskosten, Aufwendungen für die Fahrzeughaltung, Aufwendungen für Fortbildung und Reisekosten sowie sonstige Aufwendungen für die Bewirtschaftung. Mehraufwendungen sind u. a. bei der Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen, Elektroenergie, Reinigungsleistung und Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens zu verzeichnen.

3.2.3. Abschreibungen im ordentlichen Ergebnis

In dieser Position wurden 0,2 Mio. EUR weniger als geplant aufgewendet. Ursache sind Minderaufwendungen für Wertberichtigungen von Forderungen. Bei den Abschreibungen wurde der Planansatz erreicht.

Mehr- und Minderaufwendungen bei einzelnen Aufwandskonten sind auf die geänderte Bewertungsrichtlinie zurückzuführen (siehe dazu auch Punkt Nr. 1 Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden).

3.2.4. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Der Planwert der Zinsaufwendungen für Kassenkredite von 8 TEUR wurde nur in Höhe von 0,4 TEUR in Anspruch genommen. Dabei profitierte der KSV Sachsen vom niedrigen Zinsniveau am Kreditmarkt und einer aktiven Liquiditätssteuerung unter Einbeziehung der von Kreditinstituten eingeräumten Kassenkreditzinsen von 0 % Zinsen.

3.2.5. Transferaufwendungen

Die sozialen Transferaufwendungen (Aufwendungen der Sozialhilfe) bilden mit 675,9 Mio. EUR Jahresergebnis die mit Abstand größte Aufwandsposition im Ergebnishaushalt. Die geplanten 661,1 Mio. EUR Aufwendungen wurden mit 14,8 Mio. EUR überschritten. Das betrifft vorwiegend Maßnahmekosten außerhalb von Einrichtungen mit 5,1 Mio. EUR Mehrkosten sowie in Einrichtungen mit 21,1 Mio. EUR Mehrkosten gegenüber Plan. Leistungen nach dem BTHG (innerhalb und außerhalb von Einrichtungen) wurden dagegen nur zu 45 % in Anspruch genommen.

Bei den Maßnahmekosten außerhalb von Einrichtungen sind Mehraufwendungen im ambulant betreuten Wohnen mit knapp 3 Mio. EUR sowie im Bereich Hilfe zum Lebensunterhalt sowie Hilfe zur Pflege mit jeweils knapp 1 Mio. EUR aufgetreten.

Für Leistungen im ambulant betreuten Wohnen war der Plan zu niedrig angesetzt. Hier sind Kostensteigerungen sowie höhere Kosten aufgrund des SächsAGSGB durch die Übernahme der Leistungsberechtigten über 65 Jahre die Ursachen für den Mehrverbrauch.

Bei den Maßnahmekosten in Einrichtungen sind größere Abweichungen der Ist-Werte vom Plan bei folgenden Leistungsarten zu verzeichnen:

Hilfe zum Lebensunterhalt:	+3,4 Mio. EUR
Hilfe zur Pflege	+4,3 Mio. EUR
WfbM Arbeitsbereich.....	+8,0 Mio. EUR
WfbM Förderbereich.....	+2,0 Mio. EUR
Leistungen in Wohnheimen	+19,6 Mio. EUR



Demgegenüber stehen Minderaufwendungen in Höhe von 15,3 Mio. EUR bei den neuen Leistungen der Teilhabe am Arbeitsleben gemäß §§ 60 und 61 SGB IX (Andere Leistungsanbieter, Budget für Arbeit). Ursache für die Minderaufwendungen sind die geringen Fallzahlen. Der erste Fall des Budgets für Arbeit wurde erst im vierten Quartal 2018 bewilligt. Die Nachfrage nach den Leistungen fiel auch 2019 sehr gering aus. Am Ende des Haushaltsjahres 2019 liegen die Fallzahlen im einstelligen Bereich.

Zu den oben aufgeführten Mehraufwendungen wurden im Einzelnen folgende Ursachen ermittelt:

Bei den existenzsichernden Leistungen ist eine stärkere Zunahme der Aufwendungen im Bereich Hilfe zum Lebensunterhalt gegenüber der Grundsicherung zu verzeichnen.

Im Bereich Hilfe zur Pflege wirken sich die Zuständigkeitsänderungen nach dem SächsAGSGB (Anhebung der Altersgrenze) aus. Außerdem werden die Auswirkungen des Pflegestärkungsgesetzes III sowie steigende Kosten im Bereich der Pflege spürbar.

Für die Kostensteigerungen im WfbM-Bereich gibt es folgende zwei Ursachen:

Zum einen spiegelt sich eine schrittweise Anhebung der sozialversicherungsrechtlichen Altersgrenze auf 67 Jahre in einer längeren Verweildauer der Menschen in den Werkstätten wieder. Entgeltsteigerungen sind ein weiterer Grund für den zu niedrig angesetzten Plan 2019.

Hauptursache für die Mehraufwendungen bei der Hilfe zum selbstbestimmten Leben in Wohnheimen sind Mehrkosten, welche insbesondere durch die im Oktober 2018 übernommenen 1.135 Hilfeempfänger über 65 Jahre entstanden sind. Der Plan wurde hier zu niedrig angesetzt. Es hat sich im Nachhinein herausgestellt, dass das der Planung zugrunde gelegte Benchmarking der örtlichen Sozialhilfeträger nur bedingt als Planungsgrundlage geeignet war.

Weitere Planabweichungen sind wie folgt aufgetreten:

Fahrtkosten WfbM.....	+0,9 Mio. EUR
-----------------------	---------------

Durch die Erhöhung des Mindestlohnes haben sich die Fahrtkosten in den WfbM stärker erhöht als prognostiziert.

SV-Beiträge.....	+1,2 Mio. EUR
------------------	---------------

3.2.6. Sonstige ordentliche Aufwendungen

Bestandteile der sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind neben dem zweiten Teil der Sachaufwendungen (siehe dazu Punkt 3.2.2.) die Erstattungen an den Bund, das Land, Gebietskörperschaften sowie Sozialleistungsträger. Dem Plan in Höhe von 14,4 Mio. EUR stehen im IST 17,2 Mio. EUR gegenüber. Der Mehraufwand in Höhe von 2,8 Mio. EUR resultiert aus Erstattungen an kommunale Gebietskörperschaften für die Sozialleistungen an Leistungsrechte über 65 bis 67 Jahre im Bereich Hilfe zur Pflege, welche ab 01.01.2018 lt. SächsAGSGB in den Zuständigkeitsbereich des KSV Sachsen übergegangen sind, aber im Rahmen einer Delegationssatzung vom örtlichen Träger bearbeitet und vom KSV Sachsen finanziert werden. Außerdem erfolgten noch Schlussabrechnungen für die an den KSV Sachsen übergebenen Fälle der Eingliederungshilfe von Leistungsberechtigten über 65 Jahre, in denen die Leistungen noch von den örtlichen Trägern erbracht und vom KSV Sachsen erstattet wurden. Der dafür geplante Betrag in Höhe von 1,2 Mio. EUR war um 3,6 Mio. EUR zu



niedrig angesetzt. Die Erstattungen an den Freistaat Sachsen, hier 50 % der Erstattungen des Landesblindengeldes nach SächsLBlindGG fielen um 0,8 Mio. EUR niedriger als geplant aus.

3.3. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Den außerordentlichen Erträgen aus der außerplanmäßigen Auflösung von Sonderposten, aus der Bagatellbetragsbereinigung und Überzahlungen stehen außerordentliche Aufwendungen aus Abschreibung wegen der Aussonderung von beweglichen Vermögensgegenständen gegenüber. Daraus resultiert ein Sonderergebnis in Höhe von -1,0 TEUR.

3.4. Haushaltsausgleich

Das ordentliche Ergebnis beläuft sich auf -420.560,23 EUR. Der Ausgleich dieses Fehlbetrages sowie der Ausgleich des Fehlbetrages aus dem Jahresabschluss 2017 in Höhe von 8.403.604,95 EUR muss durch eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage in Höhe von 8.825.194,09 EUR erfolgen.

4. Erläuterungen zur Finanzrechnung

4.1. Einzahlungen

4.1.1. Zuwendungen und Umlagen für laufende Verwaltungstätigkeit

In der Finanzrechnung sind unter der Position 2 die Einzahlungen für die Sozialumlage, für das Modellprojekt BTHG sowie die Landeszuweisungen BTHG erfasst.

Insgesamt wurden 1,8 Mio. EUR weniger Erträge verbucht. Dies resultiert daraus, dass zum Planungszeitpunkt der genaue Betrag der Landeszuweisung der Mittel für Leistungen nach dem BTHG noch nicht feststand. Letztendlich wurden 2,1 Mio. EUR weniger als geplant überwiesen. Zur Begründung der weiteren Differenzen zwischen den Plan- und Ist-Werten bei den Landeszuweisungen BTHG sowie der Sozialumlage wird auf Punkt 3.1.1. der Erläuterungen zur Ergebnisrechnung verwiesen.

4.1.2. Sonstige Transfereinzahlungen

Im Saldo sind 9,7 Mio. EUR mehr Einzahlungen in dieser Position zu verzeichnen, was annähernd der Größenordnung der Mehrerträge im Ergebnishaushalt entspricht. Zu einzelnen größeren Abweichungen wird einerseits auf die Ausführungen im Punkt 3.1.2. verwiesen. Des Weiteren führt bei den Sozialhilfeleistungen die Umstellung der Zahlung vom Bruttoprinzip auf das Nettoprinzip zu einem Einmaleffekt. Bisher im Dezember geleistete jahresübergreifende Zahlungen von Sozialleistungen für den Monat Januar des Folgejahres sind im Haushaltsjahr 2019 nicht eingegangen.

4.1.3. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Diese Position steht im direkten Zusammenhang mit Position 4 der Ergebnisrechnung. Deshalb wird auf Gliederungspunkt 3.1.3. verwiesen.

4.1.4. Privatrechtliche Leistungsentgelte

Diese Position steht im direkten Zusammenhang mit Position 5 der Ergebnisrechnung. Deshalb wird auf Gliederungspunkt 3.1.4. verwiesen.



4.1.5. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Gegenüber dem Planwert von 54,7 Mio. EUR wurden Geldeingänge in Höhe von 50,4 Mio. EUR verzeichnet. Das sind 4,3 Mio. EUR weniger als geplant. Diesen Mindereinzahlungen stehen 0,3 Mio. EUR Mehrerträge gegenüber.

Durch die Erhöhung der Grundsicherungsleistungen ab Januar 2020 durch Inkrafttreten der 3. Reformstufe des BTHG fiel die letzte Sollstellung für die Erstattung dieser Leistungen für das IV. Quartal höher aus als im vergangenen Zeitraum. Die Erstattung vom Freistaat Sachsen erfolgte aber erst Anfang 2020, welche Ursache für die Differenz zwischen Ergebnis und Finanzrechnung ist.

4.1.6. Zinsen u. ä. Einzahlungen

Zu Zinsen wird auf den Gliederungspunkt 3.1.6. verwiesen. In geringem Umfang sind auf dieser Position außerdem sonstige Einzahlungen in Form von Bagatellbeträgen und Überzahlungen zu verzeichnen.

4.1.7. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Neben Geldeingängen von Säumniszuschlägen in Höhe von 7,6 TEUR sind in Position 8 sonstige öffentlich-rechtliche Verwaltungs- und Betriebseinnahmen in Höhe von 11,9 TEUR abgebildet.

4.1.8. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit liegen mit 719,4 Mio. EUR 0,5 % bzw. 3,6 Mio. EUR über dem Planwert. Die hauptsächliche Ursache dafür liegt in den Mehreinzahlungen für sonstige Transferleistungen.

4.2. Auszahlungen

4.2.1. Personalauszahlungen

Der Planansatz wurde mit 1,3 Mio. EUR unterschritten. Dazu wird auf Punkt 3.2.1. verwiesen.

4.2.2. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Position 12) sowie sonstige haushaltswirksame Auszahlungen (Position 15)

In Bezug auf Gliederungspunkt 3.2.2. findet auch für den Finanzhaushalt eine entsprechende Gesamtbetrachtung beider Positionen statt. Da die Ergebnisse der Auszahlungen im Finanzhaushalt im Wesentlichen den Ergebnissen des Ergebnishaushaltes entsprechen, wird inhaltlich auf o. g. Gliederungspunkt verwiesen. Die Abweichungen zwischen Finanz- und Ergebnisrechnung sind gering und resultieren aus Periodenabweichungen zwischen Aufwand und Auszahlung am Jahresanfang bzw. Jahresende.

4.2.3. Zinsen und ähnliche Auszahlungen

Bei der Position 13 wird auf die Ausführungen im Gliederungspunkt 3.2.4. verwiesen. Die Zinsauszahlungen entsprechen exakt den Aufwendungen im Ergebnishaushalt.



4.2.4. Transferauszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Bei den Sozialhilfeauszahlungen wurden 14,9 Mio. EUR mehr als geplant ausgezahlt. Sie stehen im Zusammenhang mit den unter 3.2.5. beschriebenen Transferaufwendungen.

4.2.5. Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Bei dieser Position wird auf Punkt 3.2.6. verwiesen. Die Höhe der Auszahlungen entspricht annähernd der Höhe der Aufwendungen in dieser Position.

4.2.6. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Der Ist-Wert für die Summe der Auszahlungen liegt um 16,3 Mio. EUR höher als geplant. Hauptursache sind Mehrauszahlungen für Sozialhilfe in Position 14 infolge höherer Transferaufwendungen (vgl. Punkt 3.2.5.).

4.2.7. Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit als Zahlungsmittelbedarf

Der Saldo aus Einzahlungen (Position 9 – Gliederungspunkt 4.1.8.) und Auszahlungen (Position 16 – Gliederungspunkt 4.2.6.) aus laufender Verwaltungstätigkeit ergibt als Zwischenergebnis einen Zahlungsmittelbedarf in Höhe von 3,5 Mio. EUR.

4.2.8. Einzahlungen und Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen und übrigen Sachanlagevermögen

Einzahlungen aus Investitionszuwendungen in Höhe von 8,6 TEUR (Zuweisungen für das Modellprojekt BTHG) stehen Auszahlungen in Höhe von 148,6 TEUR für den Erwerb von zu aktivierenden immateriellen Vermögensgegenständen, Auszahlungen für sonstige Baumaßnahmen in Höhe von 16,3 TEUR sowie Auszahlungen für den Erwerb von übrigen Sachanlagevermögen in Höhe von 166,4 TEUR gegenüber.

Von den geplanten Auszahlungen für Baumaßnahmen wurden lediglich 16,3 TEUR verbraucht, da die Verschattung des Dienstgebäudes in Leipzig in das folgende Haushaltsjahr verlagert wurde. Dafür wurde der Differenzbetrag nicht verbrauchter Mittel auf 2020 übertragen.

Im Saldo stehen 744 TEUR Minderauszahlungen für Investitionstätigkeit Mehreinzahlungen von 8,6 TEUR gegenüber.

4.2.9. Finanzierungsmittelbedarf

Durch die Mehrauszahlungen bei den Zuwendungen für laufende Verwaltungstätigkeit wurde der planmäßige Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von 8,1 Mio. EUR nicht erreicht. Es entstand ein Finanzierungsmittelbedarf in Höhe von 3,9 Mio. EUR.

4.2.10. Änderung des Finanzmittelbestandes

Der Finanzierungsmittelbedarf erhöht sich durch den Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen von Darlehen sowie durch den Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern auf 4,2 Mio. EUR.



4.2.11. Einzahlungen aus durchlaufenden Geldern und Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern

Position 44 beinhaltet im Wesentlichen die Einzahlungen der vom Bund getragenen Sozialversicherungsbeiträge für in Werkstätten beschäftigte Leistungsberechtigte sowie Rückzahlungen von Abschlägen.

Position 45 beinhaltet im Wesentlichen die Auszahlungen der in Position 44 enthaltenen Einzahlungen SV-Beiträge sowie die Auszahlung von Abschlägen zur Liquiditätssicherung der Behinderten- und Pflegeeinrichtungen.

Die Differenz zwischen Einzahlungen und Auszahlungen der durchlaufenden Gelder bildet ein Zahlungsmittelbedarf als Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen in Höhe von 0,3 Mio. EUR (Position 46).

4.2.12. Liquidität am Ende des Haushaltsjahres

Die Liquidität (Position 55) hat sich auf Grund des negativen Zahlungsmittelbestandes von 3,9 Mio. EUR sowie des Zahlungsmittelbedarfs aus haushaltsunwirksamen Vorgängen von 0,3 Mio. EUR um 4,2 Mio. EUR verringert.

5. Erläuterungen zur Vermögensrechnung

Mit dem Jahresabschluss 2019 wird die Vermögenssituation des KSV Sachsen zum Abschluss des Haushaltsjahres 2019 dargestellt.

Die Bilanzsumme des Teiles Kommunalhaushalt am 31.12.2019 beträgt 84,3 Mio. EUR und ist damit 1,3 Mio. EUR niedriger als am 31.12.2018. Hauptursache dafür ist die Verminderung des Umlaufvermögens um 4,5 Mio. EUR.

Im Einzelnen stellt sich die Bilanz folgendermaßen dar:

5.1. Aktiva

5.1.1. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen hat sich im Vergleich zur Vorjahresbilanz von 29,0 Mio. EUR auf 29,2 Mio. EUR geringfügig erhöht. Diese Erhöhung resultiert aus dem gestiegenen Finanzanlagevermögens durch Erhöhung der Ausleihungssumme für Heimkostenabschläge gegenüber dem Vorjahr. Das Sachanlagevermögen verringerte sich durch die Abschreibung des Verwaltungsgebäudes um 0,15 Mio. EUR gegenüber Vorjahr.

Im Jahr 2019 wurde keine Verrechnung von Fehlbeträgen aus Abschreibungen mit dem Basis kapital vorgenommen.

5.1.2. Umlaufvermögen

Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz von 53,9 Mio. EUR auf 49,4 Mio. EUR verringert. Hauptgrund dafür ist die Verringerung des Betrages der liquiden Mittel um 4,2 Mio. EUR.

Die Gesamtheit der öffentlich-rechtlichen Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen hat sich im Saldo von 24,8 Mio. EUR auf 24,2 Mio. EUR verringert. Dabei steht der Verringerung der Forderungen aus Transferleistungen eine Erhöhung der sonstigen öffentlich-



rechtlichen Forderungen gegenüber. Die privatrechtlichen Forderungen haben sich von 0,4 Mio. EUR auf 0,6 Mio. EUR erhöht.

5.1.3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Hier wurden die Sozialhilfeaufwendungen mit Fälligkeit 01.01.2020 sowie die Beamtenbesoldung für den Monat Januar 2020 ausgewiesen, bei denen die Auszahlung wegen der Fälligkeit bereits Ende Dezember 2019 erfolgte, die Aufwendungen aber erst im Folgejahr gebucht wurden. Der Wert erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 3,0 Mio. EUR auf 5,7 Mio. EUR. Ursache dafür sind die gestiegenen Aufwendungen im Zusammenhang mit der 3. Reformstufe des BTHG, welche jeweils am Monatsende für den Folgemonat ausgezahlt werden und damit jahresübergreifend abzugrenzen sind.

5.2. Passiva

5.2.1. Kapitalposition

Das Basiskapital in Höhe von 10,7 Mio. EUR zeigt gegenüber dem Vorjahr keine Veränderungen. Im Haushaltsjahr ist zum Bilanzstichtag ein Fehlbetrag in Höhe von 8.825.194,09 EUR zu verzeichnen. Dieser wird durch entsprechende Entnahme aus der allgemeinen Rücklage vollständig gedeckt.

5.2.2. Sonderposten

Durch die Neuanschaffung von geförderten beweglichen Vermögensgegenständen hat sich der Betrag der Sonderposten trotz Abschreibungen von sonderpostenrelevanten Anlagegütern auf 37,3 TEUR erhöht.

5.2.3. Rückstellungen

Nach dem Abschluss von neuen Altersteilzeitverträgen wurden entsprechende Rückstellungen für Entgeltzahlungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeit in Höhe von 0,5 Mio. EUR unter Position Nr. 3 a) gebildet. Insgesamt verringerte sich diese Bilanzposition um 64 TEUR.

Unter Nr. 3 f) sind die Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Verwaltungs- und Gerichtsverfahren gebildet. Hier wurden die Rückstellungen für alle Verfahren ergebniswirksam aufgelöst. In Abhängigkeit davon, ob aus den Verfahren Zahlungsverpflichtungen für den KSV Sachsen entstanden sind oder nicht, erfolgte eine aufwands- bzw. ertragswirksame Auflösung.

Für neue Widerspruchs- und Gerichtsverfahren, die im Jahr 2019 begannen und für Altverfahren, welche in 2019 noch anhängig waren, wurden Rückstellungen gebildet. Die Höhe der Rückstellungen ergibt sich aus einer Erfolgsquote, errechnet aus dem Verhältnis der aufwandswirksamen Auflösung zur Gesamtauflösung der Rückstellungen anhand der letzten drei Jahre. Durch die zahlenmäßige Zunahme der Verfahren wurden hier 125 TEUR mehr Rückstellungen gebildet.

Auf Grund der Abrechnungszyklen für die WfbM-Fahrtkosten sind Rückstellungen insbesondere für Abrechnungen des 4. Quartals zu bilden und entsprechend der Abrechnung aufzulösen. Im Haushaltsjahr 2019 wurden 49 TEUR mehr Rückstellungen gebildet als aufgelöst. Damit erhöhte sich der Wert für Rückstellungen für sonstige vertragliche Verpflichtungen nur marginal gegenüber dem Vorjahr.



5.2.4. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten erhöhten sich um 3,5 Mio. EUR auf 53,1 Mio. EUR.

Unter 4 d) wurden die Beträge aus fiskalischem Behördenhandeln veranschlagt, bei denen die Leistungserbringung im Jahr 2019 erfolgte, die Rechnungslegung aber erst im Jahr 2020. Der Betrag erhöhte sich um 55 TEUR gegenüber Vorjahr.

Heimkostenabrechnungen, insbesondere Nachberechnungen und -zahlungen, welche in die Abrechnungsperioden der Jahre 2019 und früher gehören und vor dem Schließen der Bücher des Jahres 2019 am 29.02.2020 zur Auszahlung gebracht wurden, fallen unter die Position Verbindlichkeiten aus Transferleistungen (Punkt 4 e). Auf Grund der planmäßigen nachträglichen Abrechnung der Heimkosten in Einrichtungen wird bei dieser Position ein Betrag von 50,8 Mio. EUR ausgewiesen, 2,7 Mio. EUR mehr als 2018. Gründe dafür sind vorrangig allgemeine Kostensteigerungen bei den Heimkosten sowie die Zunahme des Aufwandsvolumens bei diesen Kosten.

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten (Punkt 4 f) werden die Verbindlichkeiten ausgewiesen, welche nicht aus Lieferungen und Leistungen bzw. Transferleistungen resultieren. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Mio. EUR auf 2,1 Mio. EUR erhöht.

5.2.5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Hier wurden die Einzahlungen ausgewiesen, die im Jahr 2019 eingegangen sind, aber erst die Leistungsperiode 01/2020 betreffen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Sozialleistungen für den Leistungsmonat Januar 2020. Die Verringerung der passiven Rechnungsabgrenzungsposten von 4,9 Mio. EUR im Jahr 2018 auf 0,2 Mio. EUR im abgelaufenen Haushaltsjahr ist zum größten Teil dem ab 2020 geltenden Nettoprinzip für die Leistungserbringung in der Eingliederungshilfe geschuldet. Insbesondere die Einstellung der Überleitung von Rentenzahlungen verringert wesentlich den Betrag dieser Bilanzposition.

Weiterhin ist darin die Abzinsung von Forderungen mit einer Restlaufzeit von mindestens drei Jahren und geringer bzw. keiner Verzinsung enthalten. Gegenüber 2018 hat sich der Betrag um 38 TEUR auf 233 TEUR verringert.

6. Betrachtungen gemäß § 53 Abs. 2 SächsKomHVO

Abweichend von den Aufgaben der kommunalen Gebietskörperschaften leistet der KSV Sachsen als überörtlicher Träger der Sozialhilfe zu fast 100 % gesetzliche Pflichtaufgaben. Ziel der Haushaltsführung des KSV Sachsen ist es dabei, bereits die Haushaltsplanung unter Einbeziehung aller Wirkfaktoren so genau wie möglich zu gestalten, um einerseits Fehlbeträge im Jahresabschluss zu vermeiden, andererseits die von den Mitgliedskörperschaften aufzubringenden Haushaltsmittel in Form der Sozialumlage nur in der unbedingt benötigten Größenordnung zu beanspruchen.

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG) vom 23.12.2016 wurden weitere Rahmenbedingungen für die Haushaltsplanung 2019 und die mittelfristige Finanzplanung relevant. Mit dem BTHG waren die Zuständigkeiten zwischen den örtlichen und überörtlichen Trägern von Eingliederungs- und Sozialhilfe neu zu bestimmen. Diese sind im SächsAGSGB vom 18.06.2018 festgeschrieben. Mit dem Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2019 liegen erstmalig für ein vollständiges Haushaltsjahr Ergebnisse zu den Auswirkungen der neu eingeführten Sozialgesetzgebung auf die Erträge und Aufwendungen der Eingliederungs- und Sozialhilfe des Kommunalhaushaltes des KSV Sachsen vor.



Dabei wird festgestellt, dass die im Rahmen der kommunalen Arbeitsgruppe Konnexität ermittelten Auswirkungen des BTHG sowie SächsAGSGB noch keine vollständige Wirkung entfaltet haben. Das bereits im Haushaltsplan 2019 beschriebene Haushaltsrisiko zur Umsetzung des BTHG zeigt bei isolierter Betrachtung der Erträge und Aufwendungen im Rahmen des BTHG einen Überschuss von 29,1 Mio. EUR, da die Umsetzung des BTHG in Form der Einführung neuer Leistungsarten bis hin zur kostenmäßigen Auswirkung mehr Zeit als erwartet in Anspruch nimmt. Damit hat sich der Trend des geringeren BTHG-bedingten Aufwandes auch im Jahr 2019 fortgesetzt.

Das Gesamtergebnis 2019 beläuft sich im Gegensatz zur Einsparung bei den BTHG-bedingten Leistungen auf einen Fehlbetrag von 8,9 Mio. EUR. Hauptursache ist der Fehlbetrag aus dem Haushaltsjahr 2017 in Höhe von 8,4 Mio. EUR, welcher im Jahr 2019 ausgeglichen werden muss.

Durch die vorhandenen Rücklagemittel kann der Fehlbetrag vollständig gedeckt werden, so dass ein Haushaltsausgleich 2019 möglich ist.

Mögliche Haushaltsrisiken bestehen auch weiterhin durch die noch nicht exakt bezifferbaren Auswirkungen durch die dritte Reformstufe des BTHG, welche insbesondere in der Planung für das Jahr 2021 betrachtet werden müssen. Weitere Plankorrekturen gegenüber 2019/2020 sind auf Grund der Mehraufwendungen 2019, insbesondere bei Wohnheimen sowie in der Hilfe zur Pflege notwendig.

7. Schlüsselprodukte

7.1. Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen

Wenn wegen der Art und Schwere der Behinderung die Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt oder Berufsvorbereitung, berufliche Anpassung und Weiterbildung bzw. berufliche Ausbildung nicht, noch nicht oder noch nicht wieder in Betracht kommen, werden die Kosten für den Arbeitsbereich in der Werkstatt für behinderte Menschen übernommen.

Die Kosten beinhalten vier Bestandteile:

1. Maßnahmekosten
2. Fahrtkosten
3. Arbeitsförderungsgeld
4. Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen

Für alle 4 Kostenbestandteile wurden für das Haushaltsjahr 2019 193,5 Mio. EUR einschl. BTHG-Kosten geplant. Im Ergebnis wurden Leistungen in Höhe von 206,9 Mio. EUR erbracht. Das entspricht einer Planerfüllung von 107 % für diesen Leistungsbereich.

Folgende Entwicklung dokumentiert sich im abgelaufenen Haushaltsjahr 2019 gegenüber 2018 bei dem mit Abstand größten Kostenbestandteil, den Maßnahmekosten für den Arbeitsbereich:

Fallzahlen 31.12.2018: 15.572 Leistungsberechtigte, 135,8 Mio. EUR Aufwendungen

Fallzahlen 31.12.2019: 15.586 Leistungsberechtigte, 141,0 Mio. EUR Aufwendungen

Fallzahlsteigerung: 0,1 % (Vorjahr 0,8 %)

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2018: 8.723 EUR

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2019: 9.049 EUR

Aufwandssteigerung pro Leistungsberechtigter: 3,7 % (Vorjahr 3,1 %)



Anhand der sehr geringen Fallzahlsteigerung 2019 gegenüber 2018 muss man bei der Kostensteigerung um 5,2 Mio. EUR ausschließlich von gestiegenen Kosten je Fall als Ursache ausgehen.

7.2. Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft, hier Hilfen zu selbstbestimmtem Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten

Die Kosten, die in stationären Wohnformen die Befähigung vermitteln sollen, ein selbstständiges Leben zu führen, werden übernommen.

Im Bereich der **vollstationären Eingliederungshilfe** als Hauptbestandteil des Schlüsselproduktes wurden für das Haushaltsjahr 2019 266,0 Mio. EUR geplant und Leistungen in Höhe von 285,6 Mio. EUR erbracht. Das entspricht einer Planerfüllung von 103 %. An dieser Stelle wird auf die Ausführungen im Punkt 3.2.5. verwiesen.

Im Wohnheimbereich für behinderte Menschen stellt sich folgende Entwicklung des Haushaltsjahres 2019 im Vergleich zu 2018 dar, wobei diese Betrachtung ohne die Auswirkungen des BTHG erfolgt, da dieser Aufwand separat verbucht wurde:

Fallzahl per 31.12.2018: 9.705 Leistungsberechtigte, 239,2 Mio. EUR Aufwendungen

Fallzahl per 31.12.2019: 9.648 Leistungsberechtigte, 285,6 Mio. EUR Aufwendungen

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2018: 27.533 EUR

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2019: 29.607 EUR

Ohne Einbeziehung des Leistungsbestandteiles Grundsicherung ist hier eine Aufwandssteigerung von 7,5 % bei leicht sinkender Fallzahl zu verzeichnen (Vorjahr 3,5 %).

Kostensteigerungen bei dieser Leistungsart sind damit im abgelaufenen Haushaltsjahr 2019 wie auch schon 2018 ausschließlich auf steigende Kosten pro Fall zurückzuführen.

Im Bereich des **ambulant betreuten Wohnens** als weiteren wesentlichen Bestandteil des Schlüsselproduktes wurden für das Haushaltsjahr 2019 43,6 Mio. EUR geplant und Leistungen in Höhe von 46,5 Mio. EUR erbracht. Das entspricht einer Planerfüllung von 106,7 %. An dieser Stelle wird ebenfalls auf die Ausführungen im Punkt 3.2.5 verwiesen.

Hier stellt sich folgende Entwicklung des Haushaltsjahres 2019 im Vergleich zu 2018 dar:

Fallzahl per 31.12.2018: 6.364 Leistungsberechtigte; 36,6 Mio. EUR Aufwendungen

Fallzahl per 31.12.2019: 6.481 Leistungsberechtigte; 46,5 Mio. EUR Aufwendungen

Zu den 2018 hinzugekommenen 475 Leistungsberechtigten über 65 Jahre, welche vom örtlichen Träger übernommen wurden und für die erstmalig 2019 sich die Aufwendungen auf der betrachteten Aufwandsposition ganzjährig darstellen, kommen weitere 117 Fälle im Jahr 2019 hinzu.

Fallzahlentwicklung: 1,8 % (Vorjahr 5,3 %) ohne übergegangene Leistungsberechtigte

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2018: 6.642 EUR

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2019: 7.175 EUR

Aufwandssteigerung pro Leistungsberechtigter: 8,0 % (Vorjahr 9,7 %)

Im Bereich ambulant betreutes Wohnen zeigt sich im Gegensatz zu den anderen Leistungsbereichen ein Fallzahlzuwachs mit progressiver Tendenz. Hinzu kommt im Vergleich zum Vorjahr ein degressiver Anstieg der Kosten pro Fall, der den ununterbrochenen Anstieg der Aufwandskosten untermauert.



8. Vorbemerkungen Ausgleichsabgabe

Die Ausgleichsabgabe wird vom Integrationsamt auf der Grundlage des § 160 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) verwaltet. Gemäß § 160 Abs. 7 SGB IX sind die Mittel getrennt vom übrigen Haushalt der Behörde zu verwalten unter Beachtung der für die Verwaltung der Ausgleichsabgabe zuständigen Behörde geltenden Haushaltsvorschriften (kommunales Haushaltsrecht des Freistaates Sachsen).

Mit der Funktionalreform im Freistaat Sachsen ist der KSV Sachsen seit 01.08.2008 die sachlich zuständige Behörde und hat die Verwaltung der Ausgleichsabgabe zu diesem Zeitpunkt vom Freistaat Sachsen übernommen. Das Kassengeschäft wurde bis zum Ende des Haushaltsjahres 2008 von der Hauptkasse des Freistaates Sachsen fortgeführt und befindet sich seit 01.01.2009 in der Zuständigkeit des KSV Sachsen. Die kommunale Haushaltswirtschaft findet nach § 21 Abs. 1 SächsKomSozVG in Verbindung mit § 61 Abs.1 SächsLKrO Anwendung.

Mit Artikel 5 des Haushaltsbegleitgesetzes 2011/2012 (SächsGVBl. 2010 S. 387) wurde das Gesetz über die Errichtung des Sondervermögens „Ausgleichsabgabe nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch“ mit Wirkung vom 01.01.2011 ersatzlos aufgehoben. Somit hat der Freistaat Sachsen ab diesem Zeitpunkt formal das Eigentum an der Ausgleichsabgabe auf den KSV Sachsen übertragen.

Im Ergebnis der Prüfung des Rechtscharakters der Ausgleichsabgabe durch das SMI handelt es sich bei dieser um ein Sondervermögen i. S. v. § 91 SächsGemO (Schreiben des SMI vom 13.08.2014). Ab dem Haushaltsjahr 2016 wird die Ausgleichsabgabe deshalb als Teil des Kommunalhaushaltes ausgewiesen.

Das Haushaltsjahr 2019 der **Ausgleichsabgabe** nach § 160 SGB IX wurde mit folgendem Ergebnis abgeschlossen:

Vermögensrechnung

Bilanzsumme des Sondervermögens	69.086.993,11 EUR
---------------------------------	-------------------

Ergebnisrechnung

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	38.442.682,62 EUR
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	35.757.825,78 EUR
Ordentliches Ergebnis	2.684.856,84 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	0,00 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	0,00 EUR
Außerordentliches Ergebnis	0,00 EUR
Gesamtergebnis	2.684.856,84 EUR

Finanzrechnung

Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.562.185,57 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0,00 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0,00 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0,00 EUR



Finanzierungsmittelüberschuss oder -bedarf als Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	4.562.185,57 EUR
--	------------------

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR

Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	- 1.371,61 EUR
--	----------------

Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag und Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit als Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln	4.560.813,96 EUR
---	------------------

Im SächsKomSozVG wird im § 3 Abs. 1 Nr. 11 die Zuständigkeit für die Aufgaben des Integrationsamtes nach dem SGB IX geregelt. Gemäß § 160 Abs. 7 SGB IX werden die bei den Integrationsämtern verbleibenden Mittel der Ausgleichsabgabe von diesen gesondert verwaltet. Die Rechnungslegung und die formelle Einrichtung der Rechnungen und Belege regeln sich nach den Bestimmungen, die für diese Stellen allgemein maßgebend sind. Nach § 21 Abs.1 SächsKomSozVG gelten für die Wirtschaftsführung die für die Landkreise geltenden Vorschriften über die Gemeindegewirtschaft.

Die materiellen Rechtsgrundlagen für die Ausgleichsabgabe bilden das SGB IX in Verbindung mit der Ausgleichsabgabenverordnung.

Mit Bescheid vom 24.03.2015 wurde vom SMI festgelegt, dass die Ausgleichsabgabe spätestens mit dem Haushaltsjahr 2016 zusammen mit dem Haushaltsplan des KSV Sachsen festzusetzen ist. Deshalb wurden die Produkte und Konten in der Ausgleichsabgabe beginnend mit dem Haushaltsjahr 2016 und unter Beachtung der Verwaltungsvorschrift Kommunale Haushaltssystematik als Teilhaushalt 3519 in den Gesamthaushalt des KSV Sachsen integriert.

In der Haushaltssatzung des KSV Sachsen waren im Teil Ausgleichsabgabe für das Haushaltsjahr 2019 festgesetzt:

> im Ergebnishaushalt	
Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf	34.709.500 EUR
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf	37.234.900 EUR
Entnahmen aus Rücklagen auf	2.525.400 EUR
> im Finanzhaushalt	
Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.651.900 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00 EUR
Finanzierungsfehlbetrag als Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-1.651.900 EUR
Saldo aus Finanzierungsmittelüberschuss und Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit als Änderung des Finanzierungsmittelbestandes	-1.651.900 EUR

9. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung der Ausgleichsabgabe

9.1. Ordentliche Erträge der Ergebnisrechnung

9.1.1. Zuwendungen und Umlagen für laufende Verwaltungstätigkeit

Diese Position erfasst die Planung und Abrechnung des Ertrages im Rahmen des Finanzausgleichs nach § 160 SGB IX. Gegenüber dem Plan konnten 1,3 Mio. EUR Mehrerträge erzielt werden. Der Ist-Wert 2019 liegt mit 0,9 Mio. EUR über dem Vorjahreswert. Der Planwert des Finanzausgleichs kann nur sorgfältig geschätzt werden, da die tatsächliche Höhe des Ausgleichs erst am Ende des aktuellen Haushaltsjahres bekannt gegeben wird. Der jährliche Finanzausgleich wird in Abhängigkeit der Wohnbevölkerung im Geltungsbereich des SGB IX und der Zahl der im Zuständigkeitsbereich des Integrationsamtes beschäftigten und bei der Agentur für Arbeit gemeldeten Schwerbehinderten bzw. diesen gleichgestellten behinderten Menschen ermittelt.

9.1.2. Sonstige Transfererträge

Auf dieser Position werden Rückzahlungen gewährter Hilfen geplant und abgerechnet. Darunter befinden sich Rückeinnahmen aus begleitenden Hilfen. Es handelt sich hierbei um Rückerstattungen von anderen Leistungsträgern, bei denen der KSV Sachsen in Vorleistung gegangen ist bzw. um Rückeinnahmen nach Widerruf des Bewilligungsbescheides und Rückforderung der Leistungen. Weiterhin befinden sich darunter Zuschüsse an Integrationsfachdienste (IFD) sowie „Rückeinnahmen aus institutionellen Förderungen“.

Diese Rückerstattungen gewährter Zuwendungen, z. B. durch Rückforderungen im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung IFD und aus der Beauftragung durch Rehabilitationsträger (im Folgenden Rehaträger genannt) können zum Planungszeitpunkt nur schwer eingeschätzt werden, da die Ereignisse, die zur Rückzahlung der Hilfe führen, erst im laufenden Haushaltsjahr bekannt werden. Der Planwert orientiert sich deshalb an den Vorjahres-Ist-Werten. Von den 1,2 Mio. EUR geplanten Rückzahlungen konnten rd. 44 % bzw. 0,5 Mio. EUR realisiert werden, was dem Doppelten des Vorjahreswertes entspricht.

Weiterhin sind auf dieser Position Rückzahlungen aus Projekten und Programmen enthalten und es werden Rückzahlungen von darlehensweise gewährten Leistungen, Erstattungen von gewährten Hilfen auf Grund eines Rücknahme- bzw. Widerrufsbescheides, Erträge aus dem Ergebnis der Verwendungsnachweisprüfung der IFD und aus der Beauftragung durch Rehaträger auf dieser Position geplant und abgerechnet. Auf Grund der fehlenden Nachfrage der Arbeitgeber nach Darlehen konnten die geplanten Mittel in Höhe von 99 TEUR nur zu 62 % vereinnahmt werden.

Insgesamt beträgt das Ergebnis der sonstigen Transfererträge nur rd. 1,7 % der Gesamterträge.

9.1.3. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Unter dieser Position werden Bundeszuweisungen für Projekte, an denen sich der Bund finanziell beteiligt, geplant und abgerechnet. Im abgelaufenen Haushaltsjahr wurden hier 2,4 Mio. EUR Mehrerträge verbucht. Grund dafür ist, dass eine Zuweisung des Freistaates Sachsen in Höhe von 2,4 Mio. EUR für das Programm Inklusionsinitiative II 2018 geplant, aber erst 2019 ertragswirksam wurde. Die Abforderung der Mittel erfolgt in Abhängigkeit der Mittelbindung an Bescheide. Da Ende 2018 noch nicht die volle Summe des Gesamtbetrages an Bescheide gebunden war, konnten die Mittel erst 2019 abgefordert werden.



Weiterhin konnten in dieser Position 61,5 TEUR Erträge als Erstattung von der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen des Projektes Berufsorientierung erzielt werden.

9.1.4. Zinsen und sonstige Finanzerträge

Aus den Geldern der nicht verbrauchten Mittel der Ausgleichsabgabe werden Geldanlagen getätigt, welche zu den hier veranschlagten Finanzerträgen führen. Aus der Vermögensverwaltung mit langfristigen Geldanlagen konnten 147,9 TEUR erzielt werden. Das sind 7,2 TEUR mehr als im Vorjahr. Zum Zeitpunkt des Planabschlusses 2019 lagen noch keine Erkenntnisse über die Ertragshöhe aus der jährlichen Vermögensverwaltung vor, so dass von einem Ansatz auf dieser Position abgesehen wurde. Sparkonten mit viertel- bzw. halbjährigen Kündigungsfristen zum Zweck der Jahresliquiditätsdisposition haben 4,6 TEUR Erträge erzielt.

In Summe konnten 4,7 TEUR mehr Zinserträge als im Vorjahr erwirtschaftet werden.

Kurzfristige Geldanlagen unter 3 Monaten waren auf Grund der Kapitalmarktlage im Rahmen einer sicheren Geldanlage nicht möglich. Für längerfristig nicht benötigte Finanzmittel wurde seit 2013 die Sparkasse Leipzig mit einer Vermögensverwaltung mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 5 Jahren beauftragt. Der dabei angelegte Betrag beläuft sich per 31.12.2019 auf 30,0 Mio. EUR zuzüglich der jährlich in der Anlagemasse belassenen aber realisierten Zinserträge, welche Bestandteil der Position Finanzerträge der Ergebnisrechnung sind.

9.1.5. Sonstige ordentliche Erträge

Hier werden die Erträge aus der Erhebung der Ausgleichsabgabe einschließlich Säumniszuschläge in Höhe von 27,2 Mio. EUR sowie Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen und Niederschlagungen in Höhe von 4,4 Mio. EUR erfasst. Letzteren Erträgen stehen Aufwendungen für Wertberichtigungen in Höhe von 3,2 Mio. EUR entgegen. Die Höhe der sonstigen ordentlichen Erträge liegt mit 31,7 Mio. EUR auf Vorjahresniveau.

Mit rd. 85 % ist das Aufkommen an Ausgleichsabgabe die wichtigste Ertragsposition der sonstigen ordentlichen Erträge sowie mit 71 % die wichtigste Ertragsposition der ordentlichen Erträge insgesamt. Die Planzahl des Aufkommens der Ausgleichsabgabe kann nur unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Vorjahre gewissenhaft geschätzt werden, da diese von verschiedenen externen Faktoren, bspw. der Arbeitsmarktentwicklung abhängig und somit im Planungsvorfeld nicht exakt vorhersehbar ist. Das Aufkommen an Ausgleichsabgabe ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 Mio. EUR leicht gestiegen. Diese Ertragssteigerung wird kompensiert durch die Mindererträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen von Forderungen. Auf Grund der vorhandenen Erfahrungen zur Größenordnung von Wertberichtigungen von Forderungen wurde im Jahr 2019 ein Planansatz in Höhe von 4,6 Mio. EUR getätigt, welcher um 0,2 Mio. EUR unterboten wurde. In Summe beliefen sich die Erträge aus der Auflösung von Forderungen auf 4,4 Mio. EUR.

9.2. Ordentliche Aufwendungen der Ergebnisrechnung

9.2.1. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Gemäß § 160 Abs. 5 S. 2 SGB IX dürfen aus dem Aufkommen der Ausgleichsabgabe persönliche und sächliche Kosten der Verwaltung und Kosten des Verfahrens nicht bestritten werden. Diese Kosten werden deshalb im Kommunalhaushalt des KSV Sachsen veranschlagt.

Für sonstige Kosten, welche nicht unter den § 160 SGB IX fallen, wurden 2019 216 TEUR aufgewandt. Das sind 39 TEUR weniger als geplant und 11 TEUR weniger als 2018.



9.2.2. Abschreibungen im ordentlichen Ergebnis

Unter dieser Aufwandsposition werden insbesondere Aufwendungen für Wertberichtigungen aus Forderungen ausgewiesen. Wegen der hohen Zahl von ausstehenden Zahlungen aus der Erhebung der Ausgleichsabgabe von Firmen, welche sich im Insolvenzverfahren befinden, besteht auch 2019 ein hohes Wertberichtigungsvolumen, welches aber im Vergleich zum Vorjahr um rd. 29 % gesunken ist. Durch Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen wird der Aufwand der Wertberichtigungen zu 100 % kompensiert. Hier sind Minderaufwendungen von 779,5 TEUR zu verzeichnen.

9.2.3. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Bei diesen Aufwendungen handelt es sich um Zinsforderungen im Zusammenhang mit Ausgleichsabgaberückzahlungen an Insolvenzverwaltungen. Für das abgelaufene Haushaltsjahr 2019 sind 5,3 TEUR Zinsaufwendungen zu verzeichnen.

9.2.4. Transferaufwendungen

Die verbuchten Aufwendungen werden nach § 191 SGB IX in Verbindung mit der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung (SchwbAV) gewährt. Diese Leistungen können als Zuschuss oder als Darlehen gewährt werden. Da es sich bei den Darlehen um Sozialdarlehen handelt, erfolgt deren Buchung ergebniswirksam (vgl. FAQ 5.27 des SMI). Im Einzelnen handelt es sich um Leistungen für schwerbehinderte Menschen, Leistungen für Arbeitgeber einschl. Integrationsprojekte, Zuschüsse für Einrichtungen, Zuschüsse für Sonderprogramme und Zuschüsse an Integrationsfachdienste. Diese Aufwandsposition ist mit 98 % die größte Einzelposition. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 3,3 Mio. EUR mehr Aufwendungen getätigt.

Das sind 11 % mehr Leistungen für schwerbehinderte Menschen und Arbeitgeber sowie Zuschüsse als im Vorjahr, welche aus den Erträgen der Ausgleichsabgabe getätigt werden konnten.

Im Saldo aller Aufwendungen in Höhe von 31,8 Mio. EUR wurden 0,4 Mio. EUR mehr als geplant aufgewandt. Das entspricht einer Planabweichung von nur 1 %.

Wesentliche Minderaufwendungen im Vergleich zum Planansatz sind bei folgenden Positionen zu verzeichnen:

§ 15 Abs. 1 SchwbAV – Arbeitgeberzuschuss 0,6 Mio. EUR

Bei dieser Leistung liegen die Aufwendungen rd. 593 TEUR unter dem Plan. Auf Grund der Förderoffensive des SMS zur Einstellung und Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt wurden die Haushaltsmittel dafür entsprechend geplant. Die Situation ist jedoch anhaltend vom stetig wachsenden Fachkräftemangel geprägt. Dies findet auch seinen Niederschlag bei der Suche der Unternehmen nach gut ausgebildeten schwerbehinderten oder gleichgestellten Arbeitnehmern und hat somit u. a. Auswirkungen auf die Förderung von geschaffenen Arbeitsplätzen für schwerbehinderte Menschen. Deshalb haben sich die Antragszahlen nicht in dem erwünschten Maße entwickelt.

§ 26 Abs. 1 Nr. 3 SchwbAV – Ausstattung Arbeitsplatz 0,2 Mio. EUR

Durch die Reduzierung der monatlichen Förderbeträge konnte in der Haushaltsplanung für 2019 das sich dadurch ergebende Einsparpotenzial auf Grund fehlender Erfahrungen noch nicht sicher abgeschätzt werden. Darüber hinaus nahmen auch 2019 einige der schwerbehinderten Arbeitnehmer die vorzeitige Rente mit 63 in Anspruch. Damit entfielen entsprechend



geförderte Arbeitsplätze. Die Vielzahl der unterschiedlichen Fördertatbestände bei dieser Leistung erschwert eine noch genauere Planung der Haushaltsmittel.

§ 17 Abs. 1a SchwbAV – Arbeitsassistenz;
Zuschuss an schwerbehinderte Menschen 0,1 Mio. EUR

Da es sich hier um einen Rechtsanspruch handelt, wurden die Mittel entsprechend sicher geplant. Dabei fand auch die tarifliche Erhöhung der Stundenlöhne bei Dienstleistern Beachtung. Es wurde analog der bisherigen Erfahrungen auch ein Aufwuchs an Anträgen eingeplant, der sich jedoch nicht in vollem Umfang bestätigte. Auf Grund der vordergründig zu gewährenden technischen Hilfen bzw. anderen Leistungen der begleitenden Hilfen vor der Bewilligung von Arbeitsassistenzeleistungen und deren gestiegener Anteil kam es hier zu einem geringeren Mittelabfluss.

Mehraufwand ist u. a. bei folgenden Positionen zu verzeichnen:

Inklusionsbetrieb Zuschuss Aufbau	0,1 Mio. EUR
Inklusionsbetrieb Zuschuss Erweiterung	0,1 Mio. EUR
Inklusionsbetrieb Zuschuss Modernisierung	0,2 Mio. EUR
Inklusionsbetrieb Zuschuss § 27 (ohne besonderen Aufwand)	0,2 Mio. EUR

Nach der mit Bundesmitteln geförderten Anschubfinanzierung des Programmes „AlleimBetrieb“ folgt die Nachfinanzierung durch die Mittel der Ausgleichsabgabe. Auf Grund fehlender Erfahrung zum Umfang der einzusetzenden Mittel war eine Planung dieser Positionen schwierig.

Weitere Mehraufwendungen, deren Beträge im Verhältnis zu den Gesamtaufwendungen als geringfügig eingeschätzt werden können und deren Leistungsumfänge im Planungsvorfeld nicht berechenbar waren, entstanden u. a. in folgenden Positionen:

Landesdolmetscherzentrale	115,7 TEUR
WfbM Ergänzungsausstattungen	134,6 TEUR
Regelfinanzierung im Rahmen der Strukturverantwortung	342,9 TEUR

Für die Abführungen an den Ausgleichsfonds wurden 2019 426,8 TEUR mehr als geplant und 177,2 TEUR mehr als im Vorjahr aufgewandt.

Die tatsächliche Höhe des Abführungsbetrages an den Ausgleichsfonds kann das Integrationsamt erst in der Mitte des laufenden Haushaltsjahres ermitteln. Dazu werden 20 % des Aufkommens an Ausgleichsabgabe, das zwischen dem 01.06. des vorangegangenen Jahres und dem 31.05. des laufenden Haushaltsjahres eingegangen ist, an den Ausgleichsfonds weitergeleitet. Auf Grund der 2019 eingegangenen höheren Erträge aus der Ausgleichsabgabe stieg entsprechend die Abführung an den Ausgleichsfonds an.

Zu dieser Aufwandsposition wird im Übrigen auf Punkt 9.2.5. verwiesen.

9.2.5. Sonstige ordentliche Aufwendungen

Zu dieser Aufwandsposition in Höhe von insgesamt 72,4 TEUR zählen Mitgliedsbeiträge, Verwaltungsgebühren des KSV Sachsen sowie Erstattungen an kommunale Gebietskörperschaften. Der Ansatz wurde mit 30,4 TEUR überschritten. Grund dafür ist der gestiegene Aufwand



für die Verwaltung des Ausgleichsabgabevermögens, welcher in seiner Höhe nicht exakt planbar ist und sich an den Vorjahreswerten orientiert.

9.3. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen liegen nicht vor.

9.4. Ordentliches Ergebnis

Das ordentliche Ergebnis für 2019 stellt sich als Überschuss in Höhe von 2,7 Mio. EUR dar. Als Planwert wurde ein Fehlbetrag in Höhe von 2,5 Mio. EUR angesetzt. Damit weicht das Ergebnis um 5,2 Mio. EUR vom Planwert ab, Maßgeblich dafür sind die unter Punkt 9.1.1. und 9.1.3. aufgeführten Mehrerträge im Umfang von ca. 3,7 Mio. EUR sowie die unter Punkt 9.2.2. beschriebenen Minderaufwendungen in Höhe von 1,9 Mio. EUR.

10. Erläuterungen zur Finanzrechnung der Ausgleichsabgabe

10.1. Einzahlungen

10.1.1. Zuwendungen und Umlagen für laufende Verwaltungstätigkeit

Zum Ertrag Finanzausgleich nach § 160 SGB IX wird auf Punkt 9.1.1. Ergebnisrechnung verwiesen.

10.1.2. Sonstige Transfereinzahlungen

Differenzen zwischen den Ist-Werten der Finanz- und Ergebnisrechnung ergeben sich aus dem Auseinanderfallen der Sollstellungen (frühere Haushaltsjahre) und dem Geldeingang dazu. Dies betrifft insbesondere ausgereichte Darlehen und deren Rückzahlung sowie die Rückzahlung gewährter Hilfen.

10.1.3. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Zum Inhalt dieser Einzahlungsposition wird auf Punkt 9.1.2. verwiesen. Da entgegen den sonstigen Transfereinzahlungen hier Sollstellung und Geldeingang zeitgleich erfolgen, ist in der Finanzrechnung der gleiche Betrag wie in der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

10.1.4. Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen

Hier wird auf den Gliederungspunkt 9.1.4. verwiesen. Die Erträge aus der langfristigen Geldanlage sind ergebniswirksam, jedoch nicht zahlungswirksam, da sie in der Geldanlagemasse verbleiben.

10.1.5. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit

Diese Position beinhaltet die Einzahlungen aus der Erhebung der Ausgleichsabgabe sowie aller damit im Zusammenhang stehenden Einzahlungen (vgl. 9.1.5.). Die Differenz zur Ergebnisrechnung resultiert zum größten Teil aus der nicht zahlungswirksamen Auflösung von Wertberichtigungen (4,4 Mio. EUR), welche in der Ergebnisrechnung an der vergleichbaren Position ausgewiesen wird.



10.1.6. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im abgelaufenen Haushaltsjahr sind gegenüber dem Plan 3,6 Mio. EUR Mehreinzahlungen zu verzeichnen. Es waren rd. 30,1 Mio. EUR Einzahlungen geplant. Im IST sind 33,7 Mio. EUR Einzahlungen gebucht. Hauptursache dafür ist die unter Punkt 9.1.3. erwähnte erst 2019 getätigte Erstattungszahlung für das Programm Inklusionsinitiative II. Den Mindereinzahlungen bei den Transfereinzahlungen (Rückzahlung gewährter Hilfen) stehen Mehreinzahlungen im Rahmen des Finanzausgleichs nach § 160 SGB IX, bei den Kostenerstattungen sowie beim Aufkommen an Ausgleichsabgabe gegenüber.

10.2. Auszahlungen

10.2.1. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen

Bei diesen Auszahlungen wird auf Punkt 9.2.1 verwiesen. Der Auszahlungsbetrag in dieser Position entspricht dem Aufwandsbetrag der Ergebnisrechnung.

10.2.2. Transferauszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die Auszahlungen entsprechen mit einer Abweichung von 9 % den Aufwendungen mit 31,8 Mio. EUR und liegen um 2,5 Mio. EUR unter dem Planansatz. Erstmals wurden 2019 parallel zum Kommunalhaushalt auch in der Ausgleichsabgabe noch bis zum 28. Februar im Ergebnishaushalt Leistungen, das Jahr 2019 betreffend, sollseitig gebucht. Die den Sollstellungen entsprechenden Auszahlungen flossen aber bereits in die Finanzrechnung 2020 ein. Das ist die Ursache für die o. a. erstmalig höhere Abweichung zwischen Ergebnis- und Finanzrechnung. Parallel dazu stiegen gegenüber dem Vorjahr mit Verweis auf die Bilanz die Verbindlichkeiten entsprechend.

10.2.3. Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Auf dieser Position sind 39,6 TEUR Minderauszahlungen zu verzeichnen. Die im Rahmen der Verwaltungsgebühren entstandenen Depotgebühren für die Vermögensverwaltung der Ausgleichsabgabemittel werden aufwandsseitig erfasst, jedoch aus der Vermögensmasse gezahlt, so dass damit kein Zahlungsvorgang in der Finanzrechnung zu verzeichnen ist. Lediglich bei den Mitgliedsbeiträgen entspricht der Betrag der Auszahlungen zu 100 % dem Betrag der Aufwendungen in der Ergebnisrechnung.

10.2.4. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Jahr 2019 sind im Saldo aller Auszahlungen 8 % bzw. 2,6 Mio. EUR weniger Auszahlungen zu verzeichnen. Dem Planwert von 31,7 Mio. EUR steht ein IST von 29,1 Mio. EUR gegenüber. Die maßgebliche Ursache dafür wurde im Punkt 10.2.2 beschrieben.

10.2.5. Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit als Zahlungsmittelüberschuss

Im Gegensatz zum geplanten Zahlungsmittelbedarf in Höhe von 1,7 Mio. EUR stellt sich der Zahlungsmittelsaldo im IST als Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von 4,6 Mio. EUR dar. Das bedeutet ein um 6,3 Mio. EUR positiveres Ergebnis im Finanzhaushalt als geplant. Ursachen dafür sind die Mehreinzahlungen bei den Einzahlungspositionen (3,5 Mio. EUR) sowie die Minderauszahlungen bei den Auszahlungen (2,6 Mio. EUR).



10.2.6. Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen

Auszahlungen unter dieser Position waren nicht geplant und wurden auch nicht getätigt.

10.2.7. Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr

Unter Berücksichtigung des Zahlungsmittelbedarfs aus laufender Verwaltungstätigkeit und des Saldos aus haushaltsunwirksamen Vorgängen ergibt sich eine Erhöhung des Zahlungsmittelbestandes um 4,6 Mio. EUR auf 36,5 Mio. EUR.

10.2.8. Endbestand an liquiden Mitteln

Der Anfangsbestand an liquiden Mitteln beträgt 31,9 Mio. EUR. In Folge des positiven Ergebnisses des Finanzmittelbestandes in Höhe von 4,6 Mio. EUR im abgelaufenen Haushaltsjahr steigt der Endbestand an liquiden Mitteln auf 36,5 Mio. EUR.

11. Erläuterungen zur Vermögensrechnung

11.1. Aktiva

11.1.1. Anlagevermögen

Die Bilanz der Ausgleichsabgabe weist zum 31.12.2019 Anlagevermögen in Höhe von 30.643.859,69 EUR aus. Hierbei handelt es sich bis auf 1,00 EUR um Finanzanlagevermögen. Das bis zum Jahr 2014 in der Bilanz ausgewiesene, in 2010 angeschaffte Schulungsmaterial wurde 2015 vollständig abgeschrieben und wird in der Abschlussbilanz 2018 mit einem Erinnerungswert von 1,00 EUR ausgewiesen.

Die Vermögensgegenstände, die aus Mitteln der Ausgleichsabgabe finanziert werden, sind ausschließlich für besondere Leistungen zur Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben einschließlich begleitender Hilfe im Arbeitsleben nach § 185 Abs. 1 Nr. 3 SGB IX bestimmt.

Auch wenn der KSV Sachsen während der Bindungsfrist des Bewilligungsbescheides rechtlicher Eigentümer bleibt und eigentumsvorbehaltende Maßnahmen trifft, kann in jedem Fall unterstellt werden, dass das wirtschaftliche Eigentum ausschließlich beim Leistungsempfänger besteht. Deshalb werden diese Vermögensgegenstände nicht in der Ausgleichsabgabe aktiviert.

Das o. a. Finanzanlagevermögen in Höhe von 30,6 Mio. EUR wird extern von der Sparkasse Leipzig verwaltet. Seit dem Anlagebeginn 13.06.2013 konnte per 31.12.2019 ein Gewinn von 2,15 % des ursprünglichen Anlagewertes in Höhe von 30,0 Mio. EUR erwirtschaftet werden.

11.1.2. Umlaufvermögen

11.1.2.1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen

Unter dieser Bilanzposition wurden alle Forderungen aus der Erhebung und Verwendung der Ausgleichsabgabe ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Forderungen gegenüber Betrieben, welche die Ausgleichsabgabe nicht oder nicht in voller Höhe gezahlt haben, außerdem Forderungen aus der Rückforderung von gewährten Leistungen aus der Ausgleichsabgabe, bei denen der Bewilligungsbescheid ganz oder teilweise widerrufen wurde. Außerdem werden die Forderungen aus Mahn- und Vollstreckungskosten hier ausgewiesen. Die Forderungen wurden nach den unter – IV Anhang – erläuterten Kriterien wertberichtigt. Im abgelaufenen



Haushaltsjahr stehen gegenüber dem Vorjahr rd. 97 % mehr Forderungen zu Buche. Die Erhöhung des Gesamtbetrages der Forderungen resultiert aus der Anpassung der Quoten für die Wertberichtigung der Forderungen nach der Evaluierung der Quoten anhand der letzten drei Haushaltsjahre.

11.1.2.2. Liquide Mittel

Die liquiden Mittel der Ausgleichsabgabe haben sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 4,6 Mio. EUR erhöht. Dies entspricht dem Zahlungsmittelsaldo (Zahlungsmittelüberschuss) in der Finanzrechnung.

11.1.3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Hierin enthalten sind vorwiegend Zahlungen für Arbeitsassistenzen im Jahr 2019 mit Fälligkeiten 2020.

11.2. Passiva

11.2.1. Kapitalpositionen

Gemäß Verordnung des SMI zur Neuregelung gemeindewirtschaftsrechtlicher Bestimmungen vom 28.09.2017 wurde das Basiskapital in Höhe des Wertes der Eröffnungsbilanz in eine zweckgebundene Rücklage überführt. Dies wurde mit dem Jahresabschluss 2017 vollzogen. Damit weist die Position Basiskapital per 31.12.2019 im zweiten Jahr in Folge einen Wert von 0 EUR aus. Der Betrag des Basiskapitals in Höhe von 44.347.596,63 EUR findet sich unter der Position zweckgebundene und sonstige Rücklagen.

Der Betrag des positiven Ergebnisses 2019 in Höhe von 2,6 Mio. EUR wurde zum Haushaltsausgleich der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt, die zum 31.12.2019 einen Stand in Höhe von 21,6 Mio. EUR ausweist.

11.2.2. Sonderposten

Sachverhalte, welche die Bildung von Sonderposten gemäß § 40 SächsKomHVO begründen, sind nicht vorhanden.

11.2.3. Rückstellungen

Rückstellungen wurden gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 6 SächsKomHVO für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichts- und Verwaltungsverfahren gebildet. Alle zum jeweiligen Bilanzstichtag anhängigen Gerichts- und Widerspruchsverfahren wurden aufgelistet und die zum Zeitpunkt der Klageerhebung erwarteten finanziellen Auswirkungen bei negativem Ausgang einzelfallbezogen ermittelt.

Rückstellungen für abgeschlossene Gerichtsverfahren wurden ergebniswirksam aufgelöst, aufwandswirksam, insoweit finanzielle Aufwendungen für die Ausgleichsabgabe entstanden. Im Übrigen erfolgte die Auflösung ertragswirksam. Der Saldo aus Auflösung und Bildung von Rückstellungen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (18,8 TEUR) um 22,2 TEUR auf 41,0 TEUR. Tatbestände für die Bildung weiterer Rückstellungen liegen nicht vor.



11.2.4. Verbindlichkeiten

Der Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten stieg gegenüber 2018 um 2,9 Mio. EUR. Die Ursache liegt in den Verbindlichkeiten aus Transferleistungen. Dazu wird auf Punkt 10.2.2. verwiesen.

Sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von 0,1 Mio. EUR resultieren aus der Abführungspflicht aus der Erhebung der Ausgleichsabgabe an den Ausgleichsfonds. Da der jährliche Abrechnungstichtag der 31.05. ist, wurden 20 % der Einzahlungen im Zeitraum vom 01.06. bis zum 31.12.2019 als Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Weitere Verbindlichkeiten wurden für kreditorische Debitoren und ausstehende Mahngebühren bzw. Vollstreckungskosten ausgewiesen.

11.2.5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Hierbei handelt es sich um Einzahlungen, welche für Forderungen des Folgejahres bestimmt, aber bereits im abgelaufenen Haushaltsjahr eingegangen sind.

Im abgelaufenen Haushaltsjahr sind keine Forderungen mit Restlaufzeiten über drei Jahren vorhanden. Somit sind keine Abzinsungen notwendig.

12. Darstellungen gemäß § 53 Abs. 2 SächsKomHVO

Die Verwendung der Mittel der Ausgleichsabgabe ergibt sich aus § 191 SGB IX in Verbindung mit der SchwbAV. Ziel ist es, die Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben auf dem 1. Arbeitsmarkt zu fördern und zu erhalten. Die durch die Erhebung der Ausgleichsabgabe eingenommenen finanziellen Mittel sind ausreichend, um das o. g. Ziel vollumfänglich zu erfüllen. Auf Grund der vollständig durch Liquidität gesicherten Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 21,6 Mio. EUR wäre eine lt. Planansatz 2019 vorübergehende, die Erträge übersteigende Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben unproblematisch. Wie sich jedoch am Ergebnis 2019 zeigt, waren die Erträge der Ausgleichsabgabezahlungen 2019 für die erbrachten finanziellen Leistungen zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben auskömmlich ohne die Rücklage zu beanspruchen. Der 2019 entstandene Überschuss in Höhe von 2,7 Mio. EUR wird der Rücklage zugeführt.

Tatbestände des § 53 Abs. 2 Nr. 3, 5 und 6 SächsKomHVO liegen nicht vor. Schlüsselprodukte wurden nicht gebildet.



13. Aufstellung nach § 88 Abs. 3 SächsGemO

Verbandsdirektor

Werner, Andreas

Fachbediensteter für das Finanzwesen

Schlegel, Olaf

Verbandsräte der Verbandsversammlung des KSV Sachsen

- | | |
|---------------------------|--|
| - Albrecht, Karsten | AR SWL
BA Soziales Leipzig
AR LEVG |
| - Barkow, Pia | Aufsichtsrätin der Cultus gGmbH Dresden |
| - Dr. Böttger, Martin | Mitglied KulTour 2 GmbH Zwickau |
| - Dr. Bretschneider, Jörg | beratend im Kulturkonvent des KR Erzgebirge-Mittelsachsen |
| - Bretschneider, Tilo | VHS SOE |
| - Büchner, Ralph | Aufsichtsrat Wohnungsgesellschaft Hoyerswerda
Aufsichtsrat SWH Hoyerswerda
Aufsichtsrat Lausitzhalle Hoyerswerda |
| - Burghart, Ralph | Aufsichtsrat Städtische Theater Chemnitz gGmbH
Aufsichtsrat FBZ gGmbH
Aufsichtsrat Heim gGmbH
Aufsichtsrat EFC GmbH |
| - Dr. Cordts, Susanne | keine Angaben zu § 88 Abs. 3 Nr. 2-4 SächsGemO gemacht |
| - Dr. Drechsel, Uwe | Aufsichtsrat SBW Vogtlandkreis gGmbH
Kuratorium Stiftung Sauberes Wasser Europa e.V. |
| - Emanuel, Kai | Vorsitzender des Betriebsausschusses im Eigenbetrieb
Bildungsstätten des Landkreises Nordsachsen
Aufsichtsratsvorsitzender Kreiskrankenhaus Delitzsch GmbH
Aufsichtsratsvorsitzender Kreiskrankenhaus Delitzsch Service GmbH
Aufsichtsratsvorsitzender Seniorenpflege- und Wohnen Delitzsch GmbH
Aufsichtsratsvorsitzender Behindertenzentrum Delitzsch |
-



Aufsichtsratsvorsitzender Kreiskrankenhaus „Johann-
 Kenntmann“ gGmbH
 Aufsichtsratsvorsitzender Kreiskrankenhaus Service
 GmbH Torgau
 Aufsichtsratsvorsitzender Vitaris Pflege- und Altenheim
 gGmbH
 Aufsichtsratsvorsitzender Collm Klinik Oschatz GmbH
 Aufsichtsratsvorsitzender Collmed GmbH
 Aufsichtsratsvorsitzender Kurbetriebsgesellschaft Düb-
 ener Heide mbH
 Aufsichtsratsvorsitzender Heide Spa Hotel GmbH & Co.
 KG
 Aufsichtsratsvorsitzender Entsorgungs-, Entwicklungs-
 und Baugesellschaft des Landkreises Nordsachsen
 GmbH
 Aufsichtsratsvorsitzender ABU GmbH
 Aufsichtsratsvorsitzender GWK GmbH
 Aufsichtsratsvorsitzender A.TO GmbH (Abfallwirtschaft
 Torgau-Oschatz GmbH)
 Beiratsvorsitzender OVH (Omnibus-Verkehrsgesell-
 schaft mbH „Heideland“)
 Beiratsvorsitzender ASG (Abfall- und Servicegesell-
 schaft des Landkreises Nordsachsen GmbH)
 Beiratsvorsitzender WFG (Wirtschaftsförderungsgesell-
 schaft des Landkreises Nordsachsen GmbH)
 Beiratsvorsitzender Heide Spa Hotel Geschäftsführungs
 GmbH
 Gesellschafterversammlung Döllnitzbahn GmbH
 Gesellschafterversammlung Flughafen Leipzig/Halle
 GmbH
 Gesellschaftsversammlung, Aufsichtsrat und Vorsitzen-
 der Finanz- und Rechtsausschuss Mitteldeutsche Ver-
 kehrsverbund GmbH
 Verbandsrat Regionaler Planungsverband Leipzig –
 Westsachsen
 Verbandsvorsitzender und Verbandsversammlung ZVNL
 (Nahverkehrsraum Leipzig)
 Kulturkonvent Kulturraum Leipziger Raum
 Verbandsversammlung KISA (Kommunale Informations-
 verarbeitung Sachsen)
 Verbandsversammlung und Verwaltungsrat Tierkörper-
 beseitigung
 Verbandsversammlung und Verwaltungsrat Presseler
 Heidewald- und Mooregebiet
 Vorsitzender der Trägerversammlung Jobcenter Nord-
 sachsen



-
- | | |
|----------------------------|---|
| | <p>Trägerversammlung, Mitglied Verwaltungsrat/ stellvertretender Vorsitzender und Mitglied Kreditausschuss Stadt- und Kreissparkasse Leipzig</p> <p>Stiftungsbeirat Sparkassenstiftung Torgau - Oschatz</p> <p>Verwaltungsratsmitglied SAKD (Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung)</p> <p>Kommunalbeirat Sparkassenversicherung</p> <p>Stiftungsbeirat und Stiftungsvorstand Stiftung Evangelische Schule Bad Dübén</p> <p>Schatzmeister Sächsischer Landkreistag</p> <p>Mitglied Kuratorium, Mitglied Hochschulrat und Lehrauftrag Fachhochschule Meißen</p> |
| - Prof. Dr. Fabian, Thomas | <p>Vorsitzender des Aufsichtsrates des Klinikum St. Georg gGmbH</p> <p>Vorsitzender des Aufsichtsrates der Städtischen Altenheime Leipzig gGmbH</p> |
| - Gampe, Thomas | <p>AR SOEG mbH</p> <p>AR MGLG GmbH</p> <p>AR TRIXI-Park GmbH</p> <p>AR EGLZ GmbH</p> <p>AR GHT GmbH</p> <p>AR TSG mbH</p> <p>Verwaltungsrat SAKD</p> <p>GF der Beteiligungsgesellschaft des LK Görlitz mbH</p> |
| - Graichen, Henry | <p>Mitglied Trägerversammlung Stadt- und Kreissparkasse Leipzig</p> <p>Mitglied Aufsichtsrat IRL – Invest Region Leipzig GmbH</p> <p>Vorsitzender Aufsichtsrat KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH</p> <p>Vorsitzender Aufsichtsrat Regionalbus Leipzig GmbH</p> <p>Mitglied Landkreisversammlung Sächs. Landkreistag</p> <p>Vorsitzender Aufsichtsrat Breitband GmbH Landkreis Leipzig</p> <p>Vorsitzender Aufsichtsrat Muldentalkliniken gGmbH</p> <p>Vorsitzender Aufsichtsrat WEV – Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungs GmbH</p> <p>Mitglied Sozialausschuss des Deutschen Landkreistag e. V.</p> <p>Vorsitzender Sozial- und Bildungsausschuss im Sächs. Landkreistag e. V.</p> <p>Vorsitzender Stiftungsrat Kultur- und Umweltstiftung Leipziger Land der Stadt- Kreissparkasse Leipzig</p> <p>Vorsitzender Kulturkonvent Kulturraum Leipziger Raum</p> <p>Verbandsvorsitzender Regionaler Planungsverband Westsachsen</p> |
-



	Mitglied Verbandsversammlung Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen
	Mitglied Verwaltungsrat ZV für Tierkörperbeseitigung Sachsen
	Mitglied Landesbeirat Ostdeutscher Sparkassenverband (OSV)
	Vorsitzender Verwaltungsrat Sparkasse Muldentale
	Mitglied Verbandsversammlung Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig
	Mitglied VR und VV ZVNL – Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig
	2. stellvertretender Vorsitzender Verwaltungsrat Stadt- und Kreissparkasse Leipzig
	1. stellvertretender Verbandsvorsitzender Verbandsversammlung ZAW – Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
	Mitglied Verwaltungsrat ZAW - Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
	Mitglied Aufsichtsrat Metropolregion Mitteldeutschland Management GmbH
	Mitglied Aufsichtsrat TMGS – Tourismus Marketing Gesellschaft Sachsen mbH
- Hachenberger, Doreen	keine Mitgliedschaften nach § 88 Abs. 3 SächsGemO
- Hänsel, Ralf	Mitglied GF EVGZmbH
- Harig, Michael	AR-Vorsitz Oberlausitz-Kliniken gGmbH AR-Vorsitz Marketinggesellschaft Oberlausitz- Niederschlesien mbH stellv. AR-Vorsitz Regionalbus Oberlausitz GmbH AR-Vorsitz Verkehrsverbund Oberlausitz-Niederschlesien GmbH AR-Mitglied Verkehrsverbund Oberelbe GmbH
- Herrmann, Mirko	keine Angaben zu § 88 Abs. 3 Nr. 2-4 SächsGemO gemacht
- Hille, Kati	keine Angaben
- Höhne, Roland	Mitglied in mehreren Aufsichtsräten von Firmen des Landkreises
- Höllmüller, Jörg	Vertreterversammlung Unfallkasse Sachsen
- Höllrich, Thomas	Aufsichtsrat Wohnungsbaugesellschaft Reichenbach GmbH



- Hölzel, Angelika	Aufsichtsrat Glitzner GmbH AR Rudolf Virchow Klinikum Glauchau gGmbH AR Pleißenental-Klinik GmbH Werdau AR Gemeinnützige Heimbetriebsgesellschaft mbH Kirchberg Vorstand Unfallkasse Sachsen
- Kador-Probst, Martina	Aufsichtsrat BBW Leipzig
- Dr. Kaufmann, Kristin Klaudia	Mitglied Wohnen in Dresden (WiD GmbH & Co. KG) Mitglied Cultus gGmbH
- Kerber, Jörg	Verwaltungsrat Zweckverband Wasser Abwasser Vogtland Kreistag Vogtland Aufsichtsrat Ellefelder Wohnbau GmbH
- Dr. Külow, Volker	LESG Regionaler Planungsverband Westsachsen
- Lames, Dr. Peter	Vorsitzender Aufsichtsrat Dresdener Bäder GmbH Vorsitzender Aufsichtsrat Dresden – IT GmbH
- Lüpfer, Ines	AR Thüsa Personenverkehrsgesellschaft mbH AR MDV AR Altenheimgesellschaft Muldentale gGmbH Mitglied Kuratorium Sächsische Bläserphilharmonie gGmbH Mitglied Präsidium Kreissportbund Landkreis Leipzig Mitglied Verwaltungsausschuss Agentur für Arbeit
- Müller, Ute	keine Angaben
- Pasemann, Falk-Gert	keine Mitgliedschaften nach § 88 Abs. 3 SächsGemO
- Pink, Mirko	keine Angaben
- Putz, Janet	keine Angaben
- Salzwedel, Marina	Aufsichtsrat des Virchow Klinikum Glauchau
- Dr. Scheurer, Christoph	Mitglied Gemeinnützige Heimbetriebsgesellschaft mbH Kirchberg Mitglied Entsorgungsgesellschaft Zwickauer Land mbH Mitglied Kommunale Entsorgungsgesellschaft Chemnitz Land mbH Mitglied Tourismus- und Sport GmbH Mitglied Rudolf Virchow Klinikum Glauchau gGmbH Mitglied Verkehrssicherheitszentrum Verwaltung GmbH Sachsenring



	Mitglied Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG Mitglied Pleißenatal-Klinik GmbH Mitglied Autobus GmbH Sachsen – Regionalverkehr Mitglied Gemeinnützige Aus-, Fortbildungs- und Umschulungsgesellschaft mbH Oberlungwitz Mitglied SRM Sachsenring-Rennstrecken-Management GmbH Mitglied Heinrich-Braun-Klinikum gGmbH Mitglied Business and Innovation Centre Zwickau GmbH Verwaltungsrat der Sparkasse Chemnitz Verwaltungsrat der Sparkasse Zwickau Aufsichtsrat Heinrich-Braun-Klinikum gGmbH Aufsichtsrat Tourismus- und Sport GmbH
- Schmidt, Heike	keine Mitgliedschaften nach § 88 Abs. 3 SächsGemO
- Schwietzer, Doreen	Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Elbtal-Westlausitz Mitglied Aufsichtsrat Versorgungsbetriebe Hoyerswerda GmbH (VBH) Vorstandsmitglied und Schatzmeisterin NatZ e.V. (naturwissenschaftlich-technisches Kinder- und Jugendzentrum e.V.)
- Siebeneicher, Tina	Cultus gGmbH der Landeshauptstadt Dresden Dresdener Bäder GmbH
- Siegel, Hans-Joachim	Aufsichtsrat Eins Energie Chemnitz Aufsichtsrat VVHC Aufsichtsrat RWF
- Thiele, Ralf	keine Angaben
- Tirpitz, Michael	LESG – Gesellschaft der Stadt Leipzig zur Erschließung
- Tröger, Frank	Aufsichtsrat Krankenhaus- Gesundheits-Holding Erzgebirgskreis Vorstand Zukunft Westerzgebirge
- Utech, Cornelia	keine Mitgliedschaften nach § 88 Abs. 3 SächsGemO
- Vogel, Frank	Erzgebirgssparkasse Tourismus- und Marketinggesellschaft Sachsen mbH FC Erzgebirge Aue e. V. Gesellschaftervertreter des Erzgebirgskreises in der Gesellschafterversammlung in folgenden Unternehmen: » Krankenhaus-Gesundheitsholding Erzgebirge GmbH » Wirtschaftsförderung Erzgebirge GmbH » Naturschutzzentrum Erzgebirge gemeinnützige GmbH » Regionalverkehr Erzgebirge GmbH



- Erzgebirgische Theater- und Orchester GmbH
 - CAP Oelsnitz GmbH – Technologieorientiertes Gründerzentrum des Erzgebirgskreises
 - Verkehrslandeplatz Chemnitz/Jahnsdorf GmbH
 - Freizeitbad An der Silberstraße GmbH
 - Sozialpädiatrisches Zentrum am HELIOS Klinikum Aue gGmbH
 - EKA Erzgebirgsklinikum Annaberg gemeinnützige GmbH
 - Kreiskrankenhaus Stollberg gemeinnützige GmbH
 - Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau GmbH Wirtschaftsförderungsgesellschaft i. L.
 - Tourismusverband Erzgebirge e. V.
 - Landestourismusverband Sachsen e. V.
-
- | | |
|-----------------------|--|
| - Walter, Daniela | Aufsichtsrat Cultus GmbH Dresden |
| - Walther, Bodo | Mitglied Kreistag Landkreis Leipzig
Mitglied Stadtrat Markranstädt |
| - Weber, Martina | Vorsitz Klinikum Oberlausitzer Bergland gGmbH
Krankenhausservicegesellschaft Löbau-Zittau mbH
Vorsitz Kreiskrankenhaus Weißwasser gGmbH
Servicegesellschaft des Krankenhauses Weißwasser mbH
Vorsitz Krankenhausakademie des Landkreises Görlitz mbH |
| - Wittig, Sören | Kreistag Erzgebirge |
| - Zschommler, Gunther | keine Angaben zu § 88 Abs. 3 Nr. 2-4 SächsGemO gemacht |

14. Abschlussbeurkundung

Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2019 wird hiermit bestätigt.

Leipzig, den 15.10.2020

Andreas Werner
Verbandsdirektor

Olaf Schlegel
Fachbereichsleiter
Allgemeine Verwaltung



Impressum

Herausgeber

Kommunaler Sozialverband Sachsen
Büro des Verbandsdirektors
Humboldtstraße 18
04105 Leipzig

Telefon: 0341 1266 306
Telefax: 0341 1266 9306
E-Mail: post@ksv-sachsen.de
Internet: www.ksv-sachsen.de

Allgemeine Angaben

Dienstsitz des KSV Sachsen

Adresse: Humboldtstraße 18
04105 Leipzig
Telefon: 0341 1266 0
Fax: 0341 1266 9700

Adresse: Reichsstraße 3
09112 Chemnitz
Telefon: 0371 577 0
Fax: 0371 577 282

E-Mail: post@ksv-sachsen.de
Internet: www.ksv-sachsen.de

Gründungsjahr: 1993 (SächsLWVG vom 22.01.1993)

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts

- Aufgaben:**
1. Überörtlicher Träger der Sozialhilfe
Leistungen an Menschen mit Behinderungen zwischen 18 und 65 Jahren
 - 1.1 Hilfe zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft
 - Ambulant betreutes Wohnen einschl. Leistungen der Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt
 - teilstationäres und stationäres Wohnen
 - 1.2 Hilfe zur Teilhabe am Arbeitsleben
Beschäftigung in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) einschl. Förder- und Betreuungsbereich
 - 1.3 Leistungen der Hilfe zur Pflege
 - 1.4 Leistungen an Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten
 - Ambulant betreutes Wohnen einschl. Leistungen der Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt teilstationäres und stationäres Wohnen
 - 1.5 Leistungen zum Besuch einer Hochschule sowie zur Beschaffung eines Kfz
 - 1.6 Abschluss von Vereinbarungen nach SGB XI und SGB XII
 - 1.7 Sozialplanung einschl. Beratung und Unterstützung der Landkreise und kreisfreien Städte
 2. Überörtliche Betreuungsbehörde

3. Zuständige Behörde für nicht geförderte Investitionskosten in Pflegeeinrichtungen
4. Betreuungsangebote für die Anerkennung und Förderung niedrigschwelliger Betreuungsangebote und/oder Entlastungsangeboten (auch Angebote zur Unterstützung im Alltag genannt)
5. Erteilung einer Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung für die Gesundheitsfachberufe/Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen in nichtakademischen Gesundheitsfachberufen
6. Integrationsamt einschl. Fahrgelderstattungen und Ansprechpartner für Betriebe zur Erhebung/Einnahme/Verwendung der Ausgleichsabgabe und zum Kündigungsschutz
7. Zuständige Stelle nach Aufwendungserstattungsverordnung
8. Soziales Entschädigungsrecht für Anspruchsberechtigte nach dem
 - Bundesversorgungsgesetz (BVG)
 - Opferentschädigungsgesetz (OEG)
 - Zivildienstgesetz (ZDG)
 - Infektionsschutzgesetz (IfSG)
 - Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG)
 - Häftlingshilfegesetz (HHG)
 - Anti-D-Hilfegesetz (AntiDHG)
 - Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG)
- 8.1 Heil- und Krankenbehandlung, orthopädische Versorgung
- 8.2 Hauptfürsorgestelle
 - Leistungen der Kriegsopferfürsorge einschl. beruflicher Rehabilitation
- 8.3 Landesblindengeld und Feststellungsverfahren nach dem SGB IX
 - Grundsatzfragen, Rechtsaufsicht, Widerspruchsbehörde
- 8.4 Sächs. Landeserziehungsgeld, Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit
 - Grundsatzfragen, Fachaufsicht, EDV-Verfahrensgestaltung und -betreuung, Widerspruchsbehörde
9. Vollzug von Förderrichtlinien SGB VIII/Landesjugendhilfegesetz
10. Aufgaben der Heimaufsicht
11. Anlauf- und Beratungsstelle der Stiftung Anerkennung und Hilfe

Zusammensetzung der Achten Verbandsversammlung (01.01.2019 - 31.12.2019)

Vorsitzender der Verbandsversammlung: Henry Graichen, Landrat Landkreis Leipzig

Mitglieder des KSV Sachsen: (48)	Vertreter in der Siebenten Verbandsversammlung
<u>Landkreis</u>	
Nordsachsen	2
Leipzig	3
Mittelsachsen	4
Zwickau	4
Erzgebirgskreis	4
Vogtlandkreis	3
Meißen	3
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	3
Bautzen	4
Görlitz	3
<u>Kreisfreie Stadt</u>	
Chemnitz	3
Dresden	6
Leipzig	6

Verbandsdirektor: Andreas Werner

Beteiligungen: Der Kommunale Sozialverband Sachsen ist an der Kommunalen Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) unmittelbar beteiligt.

Organe: Verbandsversammlung
Verbandsausschuss
Verbandsdirektor

Kurzvorstellung des Verbandes: Der am 30. Juli 2005 durch das Sächsische Gesetz zur Ausführung des Sozialgesetzbuches (Sächs. AGSGB) in Kommunaler Sozialverband Sachsen (KSV Sachsen) umbenannte Landeswohlfahrtsverband Sachsen (LWV Sachsen) wurde als Höherer Kommunalverband aller Landkreise und kreisfreien Städte des Freistaates Sachsen am 22.01.1993 durch die Verabschiedung des Gesetzes über den LWV Sachsen im Landtag des Freistaates Sachsen gegründet. Der KSV Sachsen war zu diesem Zeitpunkt der einzige kommunal organisierte überörtliche Träger der Sozialhilfe in den neuen Bundesländern. Die Landkreise und kreisfreien Städte gehören als juristische Personen des öffentlichen Rechts dem Verband an, der Körperschaft des öffentlichen Rechts ist. Dem KSV Sachsen wurde per Gesetz eine Ausgleichs- und Bündelungs-/Dienstleistungsfunktion übertragen.

Er koordiniert und erfüllt als überörtlicher Träger der Sozialhilfe eine Vielzahl von Aufgaben der Sozialhilfe und gewährleistet eine überregionale, bedarfsge- rechte Versorgung für Menschen mit Behinderungen. Nach dem SGB XII sind örtliche und überörtliche Träger der Sozialhilfe für Leistungen zuständig, die unter Beachtung der Nachrangigkeit der Sozialhilfe berechtigten Personen als Hilfe in besonderen Lebenslagen oder Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt werden.

Das Hauptaufgabengebiet des KSV Sachsen als überörtlicher Träger der Sozi- alhilfe ist die Hilfe in besonderen Lebenslagen mit dem Schwerpunkt der Ein- gliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen nach dem SGB IX und SGB XII.

Mit dem oben genannten Sächs. AGSGB traten zum 01.01.2006 Veränderun- gen in der sachlichen Zuständigkeit des KSV Sachsen ein.

Mit dem In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Neuordnung der Sächsischen Ver- waltung (Sächs.VwNG) wurden dem KSV Sachsen zum 01.08.2008 weitere Aufgaben übertragen.

Anzahl der Mitarbeiter ca. 500

Gesamthaushalt des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen
(vorläufiges Rechnungsergebnis 2019 in EUR - Stand: 22.06.2020)

1. Ergebnisrechnung

ordentliche Erträge:	766.187.333,40
ordentliche Aufwendungen:	764.038.934,71
ordentliches Ergebnis:	2.148.398,69
Sonderergebnis:	- 1.028,91
Gesamtergebnis (incl. Fehlbetragsabzug Vorjahre):	- 6.256.235,17

2. Finanzrechnung

Einzahlungen	
aus laufender Verwaltungstätigkeit:	753.139.978,90
Auszahlungen	
aus laufender Verwaltungstätigkeit:	752.122.478,79
Einzahlungen	
aus Investitionstätigkeit:	8.634,71

Auszahlungen für Investitionstätigkeit:	331.320,74
Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit:	0,00
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen:	- 289.996,61
Zahlungsmittelüberschuss:	404.817,47

3. Vermögensrechnung (Bilanz)**Aktiva:**

Anlagevermögen:	59.858.073,24
Umlaufvermögen:	87.668.641,91
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten:	5.757.584,42

Passiva:

Kapitalposition:	89.704.853,58
Sonderposten:	37.344,19
Rückstellungen:	6.921.796,53
Verbindlichkeiten:	56.208.275,79
Passive Rechnungsabgrenzungsposten:	412.029,48

Bilanzsumme:	153.284.299,57
---------------------	-----------------------

Kommunalhaushalt des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen
 (vorläufiges Rechnungsergebnis 2019 in EUR – Stand: 22.06.2020)
1. Ergebnisrechnung

ordentliche Erträge:	727.744.650,78
ordentliche Aufwendungen:	728.281.108,93
ordentliches Ergebnis:	- 536.458,15
Sonderergebnis:	- 1.028,91
Gesamtergebnis (incl. Fehlbetragsabzug Vorjahre):	- 8.941.092,01

2. Finanzrechnung

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:	719.416.386,57
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:	722.961.072,03

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit:	8.634,71
Auszahlungen für Investitionstätigkeit:	331.320,74
Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit:	0,00
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen:	- 288.625,00
Zahlungsmittelfehlbedarf:	- 4.155.996,49

3. Vermögensrechnung (Bilanz)**Aktiva:**

Anlagevermögen:	29.214.213,55
Umlaufvermögen:	49.242.092,77
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten:	5.741.000,14
Nicht durch Kapitalposition gedeckter Fehlbetrag:	0,00

Passiva:

Kapitalposition:	23.727.975,69
Sonderposten:	37.344,19
Rückstellungen:	6.880.782,53
Verbindlichkeiten:	53.147.105,93
Passive Rechnungsabgrenzungsposten:	404.098,12

Bilanzsumme: **84.197.306,46**

Haushalt der Ausgleichsabgabe des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen
(vorläufiges Rechnungsergebnis 2019 in EUR - Stand: 22.06.2020)

1. Ergebnisrechnung

ordentliche Erträge:	38.442.682,62
ordentliche Aufwendungen:	35.757.825,78
ordentliches Ergebnis:	2.684.856,84
<u>Gesamtergebnis:</u>	<u>2.684.856,84</u>

2. Finanzrechnung

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:	33.723.592,33
---	---------------

Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:	29.161.406,76
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit:	0,00
Auszahlungen für Investitionstätigkeit:	0,00
Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit:	0,00
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen:	- 1.371,61
Zahlungsmittelüberschuss:	4.560.813,96

3. Vermögensrechnung (Bilanz)**Aktiva:**

Anlagevermögen:	30.643.859,69
Umlaufvermögen:	38.426.549,14
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten:	16.584,28

Passiva:

Kapitalposition:	65.976.877,89
Sonderposten:	0,00
Rückstellungen:	41.014,00
Verbindlichkeiten:	3.061.169,86
Passive Rechnungsabgrenzungsposten:	7.931,36

Bilanzsumme:	69.086.993,11
---------------------	----------------------

Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Heinrich-Zille-Straße 3-5
04668 Grimma

Eigenbetrieb

Gründungsdatum: 01.01.2018

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Ziel des Eigenbetriebes ist die Unterstützung der Sicherstellung des Rettungsdienstes im Landkreis Leipzig und die Sicherstellung der Leistungsfähigkeit eines Feuerwehrtechnischen Zentrums zur Unterstützung der Einsatzbereitschaft der Feuerwehren und Katastrophenschutzeinheiten im Landkreis Leipzig.

Die Kernaufgaben des Eigenbetriebes erfüllen einen öffentlichen Zweck, als Gemeinwohlbelang im Rahmen der Daseinsfürsorge als Grundlage der wirtschaftlichen Betätigung des Landkreises Leipzig.

Stammkapital:

<keine>

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Betriebsleitung

Frau Carola Schneider

III BETEILIGUNGEN

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2018	12/2019
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-
Sonstiges	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-
Zuschüsse	568.387,8 €	984.976,1 €
Bürgschaften	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

I. Allgemeines

Der Kreistag des Landkreises Leipzig beschloss auf der Grundlage des § 95 a Sächsische Gemeindeordnung in seiner am 13. Dezember 2017 stattgefundenen öffentlichen Sitzung über die Bildung des kommunalen Eigenbetriebes „Rettungsdienst und Brandschutz Landkreis Leipzig“.

Der kommunale Eigenbetrieb nahm am 01. Januar 2018 seine Geschäftstätigkeit auf.

Die Rechtsverhältnisse des Eigenbetriebes werden durch die am 13. Dezember 2017 durch den Kreistag des Landkreises Leipzig beschlossene Betriebssatzung geregelt.

Gegenstand der Betriebstätigkeit des kommunalen Eigenbetriebes sind die Sicherstellung der Leistungen des Rettungsdienstes im Landkreis Leipzig, der Betrieb eines Feuerwehrtechnischen Zentrums im Landkreis Leipzig zur Unterstützung der kreisangehörigen Kommunen in der Sicherstellung des Brandschutzes und die Gewährleistung des Betriebes der digitalen Funk- und Alarmierungsnetze im Landkreis Leipzig.

Die Leistungen des Rettungsdienstes werden für das Gebiet des Landkreises Leipzig mit einer Fläche von 1.651,30 km² und 257.982 Einwohnern (Stand 30. Juni 2019) erbracht.

Leistungen des Brandschutzes werden für 30 Stadt- und Gemeindefeuerwehren mit 142 Ortsfeuerwehren und 3.581 aktiven Kameraden erbracht.

Der kommunale Eigenbetrieb nimmt für den Landkreis Leipzig die Aufgabe als Träger des Rettungsdienstes wahr. Er bedient sich zur Disposition und Alarmierung der Einsatzmittel des Rettungsdienstes der Integrierten Regionalleitstelle Leipzig.

Zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben des Rettungsdienstes trat der kommunale Eigenbetrieb in vom vormaligen Rechtsträger des Rettungsdienstes (Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln) seit 01. Januar 2014 bestehende öffentlich – rechtliche Verträge mit Leistungserbringern zur Sicherstellung von Notfallrettung und Krankentransport ein:

- Deutsches Rotes Kreuz Rettungsdienst, Krankentransport und Hilfsdienste im Muldentale GmbH, Grimma (Lose 2, 3)
- Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Geithain e. V., Geithain (Los 4)
- Deutsches Rotes Kreuz Rettungsdienst und Krankentransport Leipzig und Umland gGmbH, Zwenkau (Lose 5, 6)

II. Grundlage der Wirtschaftsführung

Auf den kommunalen Eigenbetrieb finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften der Sächsischen Gemeindeordnung nach § 95 a Abs. 4 unmittelbar Anwendung.

Das Wirtschaftsjahr des Eigenbetriebes entspricht dem Haushaltjahr des Landkreises.

Grundlage der Wirtschaftsführung eines Wirtschaftsjahres ist der Wirtschaftsplan nach Maßgabe der §§ 16 bis 21 Sächsische Eigenbetriebsverordnung.

Der Kreistag des Landkreises Leipzig beschloss in seiner am 14. November 2018 stattgefundenen Sitzung über den Wirtschaftsplan 2019 für den kommunalen Eigenbetrieb. Der Bescheid über die Rechtmäßigkeit des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2019 wurde am

11. Februar 2019 durch die Landesdirektion Sachsen erteilt. Die im Wirtschaftsplan vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen sowie der festgesetzte Höchstbetrag für Kassenkredite wurden gleichzeitig genehmigt.

Beschluss des Kreistages des Landkreises Leipzig vom 30.10.2019 wurde ein Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2019 beschlossen, welcher die Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen und des Höchstbetrages des Kassenkredites beinhaltete. Die Landesdirektion Sachsen genehmigte mit Bescheid vom 05. Dezember 2019 den Nachtrag.

Die Finanzierung der dem kommunalen Eigenbetrieb obliegenden Aufgaben erfolgt durch Entgelte, Gebühren und allgemeine Deckungsmittel des Landkreises Leipzig für den Betrieb der Alarmierungs- und Nachrichtenübermittlungssysteme, Netzanlagen sowie für Leistungen des Feuerwehrtechnischen Zentrums entsprechend Grundsatzbeschluss Nr. 2015/034 des Kreistages Landkreis Leipzig.

Im Wirtschaftsjahr 2019 flossen dem kommunalen Eigenbetrieb aus dem Kreishaushalt allgemeine Deckungsmittel in Höhe von EUR 946.600,00 zu.

Die nach § 32 SächsBRKG geführten Entgeltverhandlungen für den Rettungsdienst mit den Sozialleistungsträgern legten für das Wirtschaftsjahr 2019 Entgelte und Gebühren auf der Grundlage der Kalkulationen nach §§ 10 ff SächsKAG fest:

Entgelte/Gebühren – Ist -

Gebühr Rettungstransportwagen	316,40 EUR/Einsatz
Gebühr Notarzteinsatzfahrzeug	210,40 EUR/Einsatz
Gebühr Krankentransportwagen	153,40 EUR/Einsatz
zzgl. 4,00 EUR/km ab Besetzt - km 151	

Der jeweilige Entgelt-/Gebührensatz enthält Erstattungsanteile für die Inanspruchnahme der Dienste der Integrierten Regionalleitstelle Leipzig.

Im Wirtschaftsjahr 2019 wurden folgende Einsätze entgelt-/gebührenrelevant abgerechnet:

Einsätze – Ist –

Krankentransporte	18.079 Einsätze	= EUR 2.790.798,60
Rettungstransportwageneinsätze	24.722 Einsätze	= EUR 7.817.606,80
Notarzteinsätze	10.567 Einsätze	= EUR 2.223.296,80

III. Geschäftsverlauf

Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Bauten

Der kommunale Eigenbetrieb verfügt über das bewegliche Anlagevermögen, welches mit Beginn der Geschäftstätigkeit am 1. Januar 2018 von der Landkreisverwaltung des Landkreises Leipzig übertragen wurde.

Zum festen Anlagenbestand gehören:

- ein Grundstück mit einer Fläche von 11.112 m² in Deditz, welches mit einer MASTER-DAU-Anlage bebaut ist;
- Grund und Boden mit Gebäudebestand in 04668 Grimma, Heinrich – Zille – Straße 3, welcher mit einem Verwaltungsgebäude und einer Rettungswache bebaut ist;
- ein Grundstück in 04808 Wurzen, Kleegasse 1, welches mit einer Rettungswache bebaut ist;
- ein Gebäude in 04420 Markranstädt, Teichweg 14, welches mit einer Rettungswache in Form eines Containerbaus bestanden ist;

- Grund und Boden in Erbpacht in 04442 Zwenkau, Bahnhofstraße 102 mit einer seit 1. Februar 2017 in Betrieb befindlichen Rettungswache;
- Grund und Boden mit Gebäudebestand in 04552 Borna, OT Eula, Klingenbergstraße 6 mit einer Betriebsstätte des Feuerwehrtechnischen Zentrums und einer Rettungswache sowie
- Grund und Boden mit Gebäudebestand in 04687 Trebsen, Bahnhofstraße 7 a mit einer weiteren Betriebsstätte des Feuerwehrtechnischen Zentrums.

Anlagen im Bau

Zum Bilanzstichtag befinden sich zwei Gebäude (Rettungswache Colditz und Rettungswache Markkleeberg), für welche Anzahlungen (EUR 182.555,61) im Wirtschaftsjahr 2019 geleistet wurden, im Bau. Die Aktivierung erfolgt mit Fertigstellung und Inbetriebnahme.

Sonderposten für geleistete Investitionszuwendungen

Für den Anteil Rettungsdienst an der Integrierten Regionalleitstelle Leipzig wurden im Wirtschaftsjahr 2019 Investitionszuwendungen in Höhe von EUR 16.761,78 geleistet. Dem gegenüber stehen aufrecht zu erhaltende Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 191.727,63.

Investitionen Bauvorhaben/Betriebs- und Geschäftsausstattungen

Wesentlichste Investitionen im Wirtschaftsjahr 2019 waren

- die Fortsetzung des im Jahr 2018 begonnenen Projektes „Harmonisierung des digitalen Funk- und Alarmierungsnetzes im Landkreis Leipzig“ mit Investitionen in Höhe von EUR 781.234,46,
- der Vollzug der Ersatzbeschaffung eines Gerätewagens Logistik für das Feuerwehrtechnische Zentrum im Wert von EUR 176.788,53,
- Ersatzbeschaffungen infolge Verschleißes und Neubeschaffungen aufgrund unabwiesbaren Bedarfes an Ausrüstungen und Ausstattungen für das Feuerwehrtechnische Zentrum in Höhe von EUR 85.386,50.

Weitere Investitionen betrafen ausschließlich betriebsnotwendige Anschaffungen:

- Immaterielle Vermögensgegenstände im Wert von EUR 6.917,47,
- Sonstige Geschäftsausstattungen in Höhe von EUR 10.110,82,
- Geringwertige Wirtschaftsgüter in Höhe von EUR 13.604,57.

Eigenkapital

Das Eigenkapital entwickelte sich im Wirtschaftsjahr 2019 wie folgt:

	Stand 31.12.2018 in EUR	Zugänge/ Einstellungen in EUR	Umbuchungen in EUR	Stand 31.12.2019 in EUR
Kapitalrücklagen	1.184.852,15	+3.377,58	0,00	1.188.229,73
Gewinnrücklagen	0,00	0,00	0,00	0,00
Vortrag auf neue Rechnung	0,00	0,00	-1.440.166,10	-1.440.166,10
Jahresüberschuss	0,00	0,00	0,00	0,00
Jahresfehlbetrag	-1.440.166,10	-568.248,09	+1.440.166,10	-568.248,09
Summen	- 255.313,95	-564.870,51	0,00	-820.184,46

Zum 31. Dezember 2019 liegt kein Bestand an Eigenkapital vor, da der Jahresverlust des Wirtschaftsjahres 2019 und die Vorträge auf neue Rechnung aus dem Jahresverlust 2018 die Kapitalrücklagen übersteigen.

Das Wirtschaftsjahr 2019 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von insgesamt EUR 568.248,09 und entfällt vollumfänglich auf den Kostenträger „Rettungsdienst“.

Die Kostenträger „Feuerwehrtechnisches Zentrum“ und „Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen“ schließen das Wirtschaftsjahr 2019 jeweils ausgeglichen ab, da erübrigte Mittel den Rückstellungen zur Behebung von Instandhaltungs-/Reparaturstau aus Vorjahren zuzuführen waren.

Umsatzerlöse und Leistungsentgelte

Im Bereich Rettungsdienst wurden im Wirtschaftsjahr 2019 Umsatzerlöse in Höhe von EUR 12.867.584,05 erzielt. Leistungsentgelte unter Einschluss zu leistender Tarifausgleiche an Leistungserbringer des Rettungsdienstes wurden in Höhe von EUR 9.568.697,29 gezahlt.

Der Kostenträger „Feuerwehrtechnisches Zentrum“ erzielte aus Umsatzerlösen EUR 138.322,44, wovon EUR 106.093,10 auf Erlöse aus Gebühren für Leistungen, EUR 22.241,62 auf Erlöse aus Mieten und EUR 9.987,72 auf sonstige Umsatzerlöse fielen.

Im Bereich „Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen“ wurden EUR 48.331,34 aus Leistungen für Dritte erzielt.

Lage des Eigenbetriebes

Das Wirtschaftsjahr 2019 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 568.248,09 ab.

Die Umsatzerlöse des Rettungsdienstes unterschritten durch Einsatzrückgang, Einsatzstagnation und veränderte Dispositions- und Indikationsgebaren den Planansatzwert um TEUR 1.278.

Der Erlösausfallverlust im Rettungsdienst konnte trotz wesentlicher Einsparungen in allen Aufwandskostenartengruppen nicht kompensiert werden.

Die Umsatzerlöse des Feuerwehrtechnischen Zentrums fielen mit TEUR 49 geringer als geplant aus, konnten jedoch durch zusätzliche Erträge in Höhe von TEUR 110 kompensiert werden, die gleichzeitig unabweisbare Mehraufwendungen ausglich.

Bei der Kostenträgersparte „Netzanlagen und sonstige Dienstleistungen“ wurden Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 48 erzielt, die im Wesentlichen – neben den Einsparungen im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen – zum ausgeglichenen Ergebnis der Kostenträgersparte beitragen.

Die Finanzierung rettungsdienstlicher Investitionen der Vorjahre erfolgte ausschließlich aus Marktkrediten, welche im Rahmen der Regulärabschreibungen über die festgelegten Nutzungsdauern refinanziert werden.

Für das Jahr 2019 sah der Wirtschaftsplan keine Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen vor.

Die Finanzierung der Investitionen des Jahres 2019 wurde aus Abschreibungen, Zuweisungen des Freistaates Sachsen für das Projekt „Harmonisierung des digitalen Funk- und Alarmierungsnetzes im Landkreis Leipzig“ und Investitionen des Feuerwehrtechnischen Zentrums (Schlauchwaschanlage, Atemschutzgerätetechnik) sowie Zuweisungen der Landkreisverwaltung für die Ersatzbeschaffung des Gerätewagens Logistik des Feuerwehrtechnischen Zentrums realisiert.

Die Schulden des kommunalen Eigenbetriebes gegenüber Kreditinstituten für Investitionskredite belaufen sich zum 31. Dezember 2019 auf EUR 2.953.660,82.

Im Wirtschaftsjahr 2019 wurden Tilgungen für Investitionskredite in Höhe von 877.908,36 geleistet.

Die Inanspruchnahme von Kassenkrediten zur Sicherung der Finanzierung der laufenden Ausgaben der Verwaltung beträgt zum Bilanzstichtag EUR 3.802.973,23 und resultiert maßgeblich aus den Mindererlösen des Rettungsdienstes (TEUR 1.278) im Jahr 2019, den finanziellen investiven Vorleistungen für Anlagen im Bau (TEUR 183) und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen des Rettungsdienstes sowie sonstigen rettungsdienstlichen Forderungen zum Bilanzstichtag (TEUR 2.342).

Der Kassenkreditbestand zum Bilanzstichtag entfällt mit EUR 3.000.000 Inanspruchnahme auf die Bereitstellung aus Mitteln der Landkreisverwaltung und mit EUR 802.973,23 auf Mittel der Hausbank des Eigenbetriebes. Anfallende Zinsen wurden und werden nach marktüblichen Konditionen auf vertraglicher Grundlage vollumfänglich durch die Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ deren Entstehung finanziert.

IV. Angaben zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Kennzahlenentwicklung

Wirtschaftsjahr		2019	2018
Umsatz	TEUR	13.413	12.304
Materialaufwand	TEUR	10.759	9.661
Materialaufwandsquote	%	80,2	78,5
Personalaufwand	TEUR	842	756
Personalaufwandsquote	%	6,3	6,1
Durchschnittliche Abschreibungsquote	%	12,9	12,6
Abschreibungen	TEUR	1.384	1.353
Investitionen	TEUR	1.183	168
Finanzergebnis	TEUR	-65	-41
Jahresergebnis	TEUR	-568	-1.440
Umsatzrentabilität	%	negativ	negativ
Eigenkapitalrentabilität	%	negativ	negativ
Bilanzstichtag		31.12.2019	31.12.2018
Bilanzsumme	TEUR	9.967	9.501
Anlagevermögen	TEUR	7.277	7.478
Umlaufvermögen und			
Rechnungsabgrenzungsposten	TEUR	2.690	2.023
Eigenkapital	TEUR	-820	-255
Eigenkapitalquote I	%	-8,2	-2,7
Sonderposten	TEUR	2.922	2.269
Eigenkapitalquote II	%	21,1	21,2
Rückstellungen	TEUR	224	37
Verbindlichkeiten	TEUR	7.642	7.451
Fremdkapitalquote	%	78,9	78,8
Eigenkapital + Sonderposten	TEUR	2.102	2.014
Eigenkapital + Sonderposten + langfr. Fremdkapital	TEUR	4.215	2.044
Anlagendeckungsgrad I	%	28,9	26,9
Anlagendeckungsgrad II	%	57,9	106,9

Ertragslage und ergebnisbeeinflussende Faktoren

Aus den Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung wurde die folgende wirtschaftliche Erfolgsrechnung entwickelt:

		2019	
		TEUR	%
	Umsatzerlöse Rettungsdienst,		
	Feuerwehrtechnisches Zentrum		
	Netzanlagen, Dienstleistungen	13.054	90,4
	Erlöse aus Auflösung von Sonderposten	359	2,5
	Umsatzerlöse gesamt	13.413	92,9
	Sonstige betriebliche Erträge	1.032	7,1
	Betriebsleistung	14.445	100,0
	Materialaufwand	10.759	74,5
	Personalaufwand	842	5,8
	Planmäßige Abschreibungen auf Anlagen	1.384	9,6
	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.964	13,6
	Betriebsergebnis	-504	-3,5
	Finanzergebnis	-64	-0,4
	Jahresfehlbetrag/ -überschuss	-568	-3,9

Die Umsatzerlöse aus Leistungen der Kostenträgersparten stellen sich unter Einfluss zu beachtender ergebniswirksamer Posten dabei im Einzelnen wie folgt dar:

	2019 TEUR
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen - RTW	7.818
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen - KTW	2.791
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen - NEF	2.223
Periodenfremde Erlöse Rettungsdienst	36
Erlöse Feuerwehrtechnisches Zentrum	138
Erlöse Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen	48
	<hr/> 13.054
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	359
Sonstige Erträge	1.032
	<hr/> 14.445

Rettungsdienst

Ergebnisbeeinflussender Faktor für den vollumfänglich dem Rettungsdienst zuzurechnenden Jahresfehlbetrag stellt die Entwicklung der Einsatzzahlen dar. Diese entwickelten sich – entgegen der planerischen Annahme geringer Leistungssteigerung gegenüber dem Vorjahr - negativ und führten im Bereich „Rettungsdienst“ zu einem Umsatzerlösverlust in Höhe von EUR 1.242.444,22.

Trotz Einsparung in allen Kostenartengruppen der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ konnten die Umsatzerlösausfälle des Jahres 2019 nicht kompensiert werden und damit auch kein Teilausgleich des Vorjahresverlustes (TEUR 1.440) erreicht werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge übersteigen den Planansatz mit TEUR 19.

Der Aufwand für Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe und bezogene Waren bleibt mit TEUR 19 unter dem Planansatzwert und resultiert aus einsatzrückgangbedingten Einsparungen bei medizinischen Verbrauchsmaterialien.

Entsprechend des Grundsatzes der Vollständigkeit (§ 246 Abs. 1 HGB) weisen die Budgetzahlungen an Leistungserbringer die jahresbezogenen Aufwendungen im Ergebnis durchgeführt und ab 1. Januar 2014 umgesetzter Vergabeverfahren nach § 31 SächsBRKG in Höhe von EUR 9.568.697,29 unter Einschluss zu leistender Tarifaufgleiche aus.

Die bezogenen Leistungen bleiben mit TEUR 366 insbesondere durch Abrechnung der rettungsdienstlichen Dispositionsleistungen der IRLS Leipzig für den Zeitraum 31. August 2017 bis 31. Dezember 2019 in Verbindung mit dem Einsatzrückgang unter dem Wirtschaftsplanansatz.

Die Personalkosten unterschreiten den Planwert um TEUR 22 durch Begründung von Teilzeitarbeitsverhältnissen von Beschäftigten.

Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen verliefen im Wirtschaftsjahr planmäßig.

In der Kostenartengruppe der sonstigen betrieblichen Aufwendungen konnten Einsparungen in Höhe von TEUR 69 erzielt werden, welche hauptsächlich aus der Abrechnung rettungsdienstlicher Aus- und Weiterbildungen resultieren.

Feuerwehrtechnisches Zentrum

Der Kostenträger „Feuerwehrtechnisches Zentrum“ schließt mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis.

Die Umsatzerlöse fielen dennoch durch Verschiebung von Leistungen des Digitalfunks vom Jahr 2019 in das Jahr 2020 und verminderte Ausbildungsansprüchen mit EUR 49.371,56 geringer als geplant aus.

Positiv wirkte sich die Auflösung von Ertragszuschüssen zu Investitionen aus der Ersatzbeschaffung des Gerätewagens Logistik mit EUR 63.226,77 aus.

In der Kostenartengruppe sonstiger betrieblicher Erträge schlagen sich Erstattungen für Betriebsstoffe, Fremdleistungen und Verbrauchsmaterialien positiv mit EUR 46.302,62 nieder. Dem gegenüber steht ein erhöhter Materialmehraufwand in Höhe von EUR 25.669,78.

Die geplanten Abschreibungen blieben infolge des Zugangs von Vermögensgegenständen überwiegend im IV. Quartal 2019 mit EUR 19.457,44 unter dem Planansatz.

Die Kostenartengruppe der sonstigen betrieblichen Aufwendungen schließt mit Mehraufwendungen in Höhe von EUR 145.023,58. Ursache hierfür sind unabwiesbare verschleißbedingte Dachreparaturen am Gebäudebestand der Standorte des Feuerwehrtechnischen Zentrums sowie in der Sicherstellung der Elektro- und Notstromversorgung, die mit EUR 100.00,00 in die bilanziellen Rückstellungen zur Behebung von Instandhaltungs-/Reparaturstau aus Vorjahren einfließen.

Netzanlagen und Sonstige Dienstleistungen

Der Kostenträger „Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen“ schließt mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis ab.

Dies resultiert im Wesentlichen aus der Erbringung von Dienstleistungen für Dritte mit ungeplanten Mehrerlösen in Höhe von EUR 48.969,95.

Einfluss hatten weiterhin geringere als planerisch veranschlagte sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von EUR 26.852,21, welche insbesondere aus verminderten Instandhaltungsaufwendungen für Netzanlagen resultieren. Für unvorhersehbaren verschleißbedingten Ersatz einer Netzersatzanlage und mehrerer Notstromversorgungseinrichtungen im Digitalen Alarm-

und Funknetz waren Rückstellungen zur Behebung von Instandhaltungs-/Reparaturstau aus Vorjahren in Höhe von EUR 77.090,41 zu bilden.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2019 TEUR	2018 TEUR
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-64</u>	<u>-41</u>
	-64	-41

Das Finanzergebnis überschreitet den Planansatz um TEUR 42 und begründet sich in Zinsaufwendungen für Kassenkredite (EUR 50.385,93) zur Sicherung der rechtzeitigen Leistung von Ausgaben des laufenden Betriebes der Verwaltung infolge der Umsatzerlösverluste im Rettungsdienst in Verbindung mit dem auf neue Rechnung vorgetragenen Vorjahresverlust (TEUR 1.440).

Die Inanspruchnahme von Kassenkrediten erfolgt bei der Hausbank des Eigenbetriebes und bei der Landkreisverwaltung zu marktüblichen Konditionen.

Im Jahr 2019 wurden keine Investitionskredite aufgenommen.

Langfristige Kreditverbindlichkeiten für Investitionen des Jahres 2013 (Ersatzbeschaffung von zwei Rettungsdienstfahrzeugen und Medizintechnik) waren im Jahr 2019 mit EUR 126,01 Zinsanteil zu bedienen.

Die für die Anteilsfinanzierung der IRLS Leipzig im Jahr 2014 und im Jahr 2015 aufgenommenen Marktkredite schlugen sich mit einem Zinsanteil von EUR 3.646,26 nieder.

Der am 30. Mai 2016 zum Bau der Rettungswache Zwenkau aufgenommene Kredit wurde mit Zinsen in Höhe von EUR 7.185,90 bedient.

Für den am 15. Dezember 2016 zur Beschaffung von Medizintechnik aufgenommenen Kredit wurden Zinsen in Höhe von EUR 2.087,36 fällig.

Ein am 21. Dezember 2017 für rettungsdienstliche Investitionen aufgenommener Kredit war im Jahr 2019 mit EUR 1.188,34 zu bedienen.

Vermögenslage

Der Vermögens- und Kapitalaufbau des kommunalen Eigenbetriebes zum 31. Dezember 2019 wird anhand der nach Liquidationsgesichtspunkten zusammengefassten Bilanzzahlen dargestellt. Dabei wurden innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag fällige Teilbeträge der Forderungen und Verbindlichkeiten als kurzfristig behandelt, alle anderen – soweit nicht besonders vermerkt – als mittel- und langfristig.

	TEUR	%
VERMÖGEN		
Anlagevermögen	7.277	103,3
abzüglich		
Sonderposten zum Anlagevermögen	-2.922	-41,5
Mittel- und langfristig gebundenes Vermögen	4.355	61,8
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.061	29,3
Sonstige kurzfristige Posten	629	8,9
Flüssige Mittel	0	0,0
Kurzfristig gebundenes Vermögen	2.690	38,2
Vermögen insgesamt	7.045	100,0

KAPITAL

Kapitalrücklage	1.188	16,9
Gewinnrücklagen	0	0,0
Gewinn-/Verlustvortrag	-1.440	-20,4
Jahresfehlbetrag/-überschuss	-568	-8,1
Eigenkapital	-820	-11,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten =		
Mittel- und langfristiges	2.113	30,0
Fremdkapital		
Sonstige Rückstellungen	224	3,2
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.643	23,3
Lieferantenschulden	324	4,6
Sonstige kurzfristige Posten	3.561	50,5
Kurzfristiges Fremdkapital	5.752	81,6
Kapital insgesamt	7.045	100,0

Das Bruttovermögen besteht zum 31. Dezember 2019 zu 61,8 % (TEUR 4.355) aus dem dem kommunalen Eigenbetrieb von der Landkreisverwaltung überlassenen eigenmittelfinanzierten Anlagevermögen und zu 38,2 % (TEUR 2.690) aus Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten.

Die Eigenkapitalrücklage erhöhte sich aufgrund der Zuordnung von Vorräten der Landkreisverwaltung an den Eigenbetrieb gegenüber dem Vorjahr um EUR 3.377,58.

Zum 31. Dezember 2019 besteht kein Eigenkapitalbestand. Es liegt eine Unterdeckung mit minus 11,6 % (TEUR – 820) im Eigenkapital vor, so dass das Gesamtkapital zu 30,0 % (TEUR 2.113) aus mittel- und langfristigem Fremdkapital und zu 81,6 % (TEUR 5.752) aus kurzfristigem Fremdkapital besteht.

Unter Betrachtung der Vermögens- und Kapitalstruktur ergibt sich folgendes Deckungsverhältnis:

	31.12.2019	
	TEUR	%
Mittel- und langfristiges Vermögen	4.355	100,0
Mittel- und langfristiges Kapital	2.113	-48,5
Unterdeckung	-2.242	-51,5

Das mittel- und langfristig gebundene Vermögen ist zum Bilanzstichtag nicht durch mittel- und langfristiges Kapital gedeckt.

Finanzlage

Nachfolgende Kapitalflussrechnung gibt einen Überblick zur Herkunft und Verwendung der Finanzmittel sowie zur Offenlegung der Finanzlage des Eigenbetriebes:

	2019
	TEUR
Jahresergebnis	-568
Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.384
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	187
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+)/Erträge (-)	-359
Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	666
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind ¹⁾	-2.882
Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	-1.572
Erhaltene Zuschüsse zur Finanzierung des Anlagevermögens (+)	1.009
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens (+)	0
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen (-)	-1.183
Mittelzufluss/-abfluss aus der Investitionstätigkeit	-174
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten (+)	0
Auszahlungen für die Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten (-) ²⁾	-878
Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-878
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-2.624
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode (+)	-1.179
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	-3.803

¹⁾ einschließlich Tilgung für Kassenkredit

²⁾ ohne Tilgung für Kassenkredit

Die Sicherstellung der Liquidität war durch die zur Verfügung stehenden Kreditlinien im Wirtschaftsjahr gewährleistet.

V. Ausblick und Prognose der künftigen Entwicklung

Die Verhandlungen mit den Sozialleistungsträgern zum Jahresergebnis 2019 finden am 22. September 2020 statt. Im Ergebnis der Vorabstimmungen im Rahmen der Erstellung der Jahresrechnung zum Wirtschaftsjahr 2019 werden die Sozialleistungsträger das auf den Rettungsdienst entfallende negative Jahresergebnis des Wirtschaftsjahres 2019 in Höhe von EUR 568.248,09 vollumfänglich anerkennen. Der Verlust der Kostenträgersparte Rettungsdienst des Wirtschaftsjahres 2019 fließt in voller Höhe in die Kalkulation der Entgelte und Gebühren des Wirtschaftsjahres 2021 ein.

Durch die erst im Jahr 2021 umsetzbare Nachkalkulationen des Fehlbetrages aus dem Wirtschaftsjahr 2019 und erwarteter Umsatzerlösausfälle aus der Corona - Krise 2020 setzt sich die negative Entwicklung der Liquidität des Eigenbetriebes im Wirtschaftsjahr 2021 fort.

Liquiditätshilfen der Landkreisverwaltung werden deshalb auch im Jahr 2021 unverzichtbar sein, da Finanzierungen des Betriebes der laufenden Verwaltung nicht jahresdurchgängig vom verfügbaren und genehmigten Kontokorrentrahmen abgedeckt sein werden.

Eine Verbesserung der Liquiditätslage des kommunalen Eigenbetriebes ist frühestens im II. Halbjahr 2021 nach Entfaltung der Nachkalkulationen zum Wirtschaftsjahr 2019 zu erwarten.

Nach § 31 SächsBRKG wird im Jahr 2020 ein Vergabeverfahren zur Erbringung der Leistungen des Rettungsdienstes ab 01. Januar 2021 durchgeführt. Maßgebliche Grundlage des Vergabeverfahrens bildet der ab 01. Januar 2021 gültige Bereichsplan „Rettungsdienst“ mit einem Aufwuchs an Rettungseinsatzmitteln im Landkreis Leipzig zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes. Es ist davon auszugehen, dass sich im Ergebnis des Vergabeverfahrens die Aufwendungen des Rettungsdienstes um ein Drittel gegenüber der bisherigen Kosten erhöhen und sich dem entsprechend in den Entgelten und Gebühren ab dem 01. Januar 2021 negativ niederschlagen werden.

Im Jahr 2019 wurde mit Planungen zum Bau von zwei Rettungswachen in Colditz und in Markkleeberg begonnen. Der Baubeginn für beide Objekte liegt im Jahr 2020 mit geplanter Fertigstellung und Inbetriebnahme im Jahr 2021.

Für die Kostenträgersparte „Feuerwehrtechnisches Zentrum“ und „Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen“ wird im Jahr 2021 eine stabile Weiterentwicklung erwartet.

Durch die Pandemielage im Jahr 2020 werden Einnahmeausfallverluste in der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ durch erheblichen Einsatzzahlenrückgang im Rettungsdienst erwartet, denen Mehraufwendungen im Bereich der medizinischen Verbrauchsmaterialien, insbesondere für persönliche Schutzausrüstungen gegenüber stehen.

In der Kostenträgersparte „Feuerwehrtechnisches Zentrum“ werden pandemiebedingte Leistungsrückstände mit Lockerung der Kontaktbeschränkungen bis zum 31. Dezember 2020 ausgleichbar sein.

Die Pandemielage hat keinen Einfluss auf die Erlöse und Aufwendungen der Kostenträgersparte „Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen“.

Grimma, 31. März 2020/24. Juni 2020

Carola Schneider

Betriebsleiterin

Struktur- und Wirtschaftsförderung

Breitband GmbH Landkreis Leipzig

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE



Firmensitz:

Stauffenbergstraße 4
04552 Borna
Tel.: 03433 2411024
E-Mail: breitband@lk-l.de
Webseite: www.landkreisleipzig.de/breitband.html

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 19.09.2019

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

1. Gegenstand des Unternehmens ist die flächendeckende Versorgung von privaten Haushalten und Gewerbebetrieben in den Städten und den Gemeinden des Landkreises Leipzig und deren Ortsteile mit hochleistungsfähigen Breitbandanschlüssen durch Planung, Errichtung und Betrieb der hierzu erforderlichen passiven Telekommunikationsinfrastruktur sowie deren Unterhaltung und Verwaltung, insbesondere durch Vermietung an einen oder mehrere Vertragspartner sowie die damit verbundene Akquisition von Fördermitteln.
2. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen, die den Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu fördern geeignet sind. Die Gesellschaft ist insbesondere berechtigt, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu erwerben oder zu pachten oder sich an solchen Unternehmen zu beteiligen, Zweigniederlassungen zu errichten oder Dritten ihren Geschäftsbetrieb zu überlassen.
3. Die Gesellschaft ist allgemein berechtigt, alles zu tun, was ihrem Geschäftszweck nützt oder nützen kann und durch das Gesetz gestattet ist. Die Gesellschaft kann auch Interessengemeinschaften beitreten und Kooperationsabkommen mit anderen Unternehmen abschließen.
4. Die Gesellschaft darf allein oder zusammen mit anderen Unternehmen im Sinne von § 96a Abs. 1 Halbsatz 1 SächsGemO Tochtergesellschaften oder Mehrheitsbeteiligungen nur gründen, übernehmen und unterhalten, wenn deren Gesellschaftsverträge oder Satzungen den Nrn. 1, 2 und 4 bis 13 des § 96a Abs. 1 SächsGemO entsprechende Regelungen enthalten.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	25.000€
----------------------	---------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Frau Katrin Friebe (ab 19.09.2019)

III BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Landkreis Leipzig	13.800 €	55,2%
Gemeinde Bennewitz	400 €	1,6%
Gemeinde Borsdorf	400 €	1,6%
Gemeinde Elstertrebnitz	400 €	1,6%
Gemeinde Großpösna	400 €	1,6%
Gemeinde Lossatal	400 €	1,6%
Gemeinde Machern	400 €	1,6%
Gemeinde Neukieritzsch	400 €	1,6%
Gemeinde Parthenstein	400 €	1,6%
Gemeinde Thallwitz	400 €	1,6%
Stadt Bad Lausick	400 €	1,6%
Stadt Borna	400 €	1,6%
Stadt Brandis	400 €	1,6%
Stadt Böhlen	400 €	1,6%
Stadt Colditz	400 €	1,6%
Stadt Frohburg	400 €	1,6%
Stadt Geithain	400 €	1,6%
Stadt Grimma	400 €	1,6%
Stadt Groitzsch	400 €	1,6%
Stadt Kitzscher	400 €	1,6%
Stadt Markkleeberg	400 €	1,6%
Stadt Markranstädt	400 €	1,6%
Stadt Naunhof	400 €	1,6%
Stadt Pegau	400 €	1,6%
Stadt Regis-Breitingen	400 €	1,6%
Stadt Rötha	400 €	1,6%
Stadt Trebsen	400 €	1,6%
Stadt Wurzen	400 €	1,6%
Stadt Zwenkau	400 €	1,6%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

12/2019	
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-
Finanzmittelzufluss	-
Erträge aus Verlustübernahme	-
Zuschüsse	-
Bürgschaften	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

1 Grundlagen des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die flächendeckende Versorgung von privaten Haushalten und Gewerbebetrieben in den Städten und Gemeinden des Landkreises Leipzig und deren Ortsteilen mit hochleistungsfähigen Breitbandanschlüssen durch Planung, Errichtung und Betrieb der hierzu erforderlichen Netzinfrastruktur (Betreibermodell). Dabei soll die Finanzierung entsprechend der Beschlussfassung der Gesellschafter ohne finanzielle Eigenmittel des Landkreises und der beteiligten Kommunen erfolgen, sondern ausschließlich über Fördermittel, die der Bund und der Freistaat Sachsen zur Verfügung stellen, sichergestellt werden.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen entwickelten sich im Jahr 2019 zunächst stabil. Im Herbst 2019 zeichnete sich, mit Ausblick auf 2020, eine leichte Schwächephase ab. Insgesamt war im Jahr 2019 ein preisbereinigtes Wirtschaftswachstum von 0,6% zu verzeichnen.

2.2 Geschäftsverlauf

Der Kreistag des Landkreises Leipzig hat in seiner Sitzung am 18.09.2019 die Gründung der Breitband GmbH Landkreis Leipzig mit den Gesellschaftern Landkreis Leipzig, den Städten Bad Lausick, Böhlen, Borna, Brandis, Colditz, Frohburg, Geithain, Grimma, Groitzsch, Kitzscher, Markkleeberg, Markranstädt, Naunhof, Pegau, Regis-Breitingen, Rötha, Trebsen, Wurzen, Zwenkau und den Gemeinden Bennewitz, Borsdorf, Elstertrebnitz, Großpösna, Lossatal, Machern, Neukieritzsch, Parthenstein und Thallwitz beschlossen.

Danach beteiligt sich der Landkreis Leipzig an der Gesellschaft mit einem Anteil am Stammkapital von 52 % zuzüglich zweier weiterer Geschäftsanteile zu je 1,6 %, so dass er insgesamt 55,2 % der Anteile hält. Die genannten achtundzwanzig Städte und Gemeinden sind mit jeweils 1,6 % (insgesamt somit 44,8%) am Stammkapital beteiligt.

Die Breitband GmbH Landkreis Leipzig ist mit Sitz in Borna gegründet und wird beim Amtsgericht Leipzig unter der HR-Nummer HRB 36766 geführt.

Sowohl der Bund als auch der Freistaat Sachsen gewähren unter bestimmten Voraussetzungen Fördermittel zur Unterstützung eines hochleistungsfähigen, flächendeckenden Breitbandausbaus.

Das Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur (BMVI) hat am 22. Oktober 2015 die Förderrichtlinie zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland erlassen, die zunächst bis zum 31.12.2019 befristet war, zwischenzeitlich aber aufgrund der letzten Änderung vom 28.11.2019 verlängert worden ist. Danach können unter anderem Gebietskörperschaften gefördert werden, passive Infrastrukturen, wie z.B. Glasfaserstrecken zu errichten, die sie den Netzbetreibern verpachten (Betreibermodell). Zuwendungsempfänger nach Punkt 4 der Richtlinie sind im Projektgebiet gelegene Gebietskörperschaften, insbesondere Kommunen und Landkreise, aber auch ein Zusammenschluss nach dem jeweiligen Kommunalrecht der Länder.

Die Förderung erfolgt in Form eines Zuschusses; die Höhe der Förderung des Bundes als Basisfördersatz beträgt im Regelfall 50 % der zuwendungsfähigen Ausgaben, maximal jedoch 30 Mio. EUR pro Projekt. Nach der Richtlinie ist ein Eigenanteil der Kommunen von in der

Regel mindestens 10 % vorgesehen. Die Richtlinie basiert auf der Rahmenregelung der BRD zur Unterstützung des Aufbaus einer flächendeckenden Next Generation Access (NGA)-Breitbandversorgung (NGA-RR), die von der EU-Kommission auf Grundlage der Breitbandleitlinie am 15. Juni 2015 genehmigt wurde (Referenz-Nr. SA.38348 (2014/N) und damit beihilferechtlich legitimiert ist.

Ergänzend zu dieser Förderrichtlinie des Bundes unterstützt der Freistaat Sachsen mit der Richtlinie „Digitalen Offensive Sachsen (DiOS) vom 18. September 2018 den Ausbau der Breitbandinfrastruktur im Land. Antragsberechtigt sind die in Nummer 4.1 der BMVI-Richtlinie genannten Zuwendungsempfänger, mithin im Projektgebiet gelegene Gebietskörperschaften, insbesondere Kommunen und Landkreise, aber auch Zusammenschlüsse. Ihnen steht nach der Richtlinie des Freistaates – ebenso wie nach der Richtlinie des Bundes – das Betreibermodell zur Verfügung. Danach übernimmt die Kommune/Gebietskörperschaft selbst den Ausbau einer passiven Infrastruktur und vergibt per Ausschreibung den Betrieb der Infrastruktur an private Netzbetreiber. Entsprechend sind nach der DiOS Ausgaben für Betreibermodelle gemäß Nr. 3.2 der BMVI-RL förderfähig.

Die Kofinanzierung durch den Freistaat Sachsen erhöht die Förderung nach den Nummern 3.1 und 3.2 der BMVI-RL für Zuwendungsempfänger mit geringer Wirtschaftskraft gemäß Nummer 6.6b der BMVI-RL auf bis zu 100 Prozent, in den übrigen Fällen auf bis zu 90 Prozent. Der verbleibende Anteil von 10 % an den Projektkosten ist Eigenanteil der jeweiligen Kommune und als solcher grundsätzlich von dieser selbst zu tragen.

Da es den meisten Kommunen nicht möglich ist, diesen Eigenanteil von 10 %, der nach den dargestellten Förderrichtlinien des Bundes und des Freistaates Sachsen verbleibt, zu tragen, hat sich der Freistaat Sachsen zwischenzeitlich bereit erklärt, auch diesen Eigenanteil zu übernehmen. Dafür erhalten die Landkreise seit Januar 2019 pauschal 5 Millionen Euro, um den Kommunen die Eigenanteile zu erstatten. Das Geld wird mit dem Kommunalen Finanzausgleich verteilt, Rechtsgrundlage ist § 22b Nr. 4 lit. b) SächsFAG.

Diese genannten Förderrichtlinien sowie die Sonderregelung in § 22b SächsFAG bilden den rechtlichen Rahmen für den geplanten Ausbau des Breitbandnetzes im LK Leipzig und stellen zudem die Grundlage für dessen Finanzierung dar.

Die Breitband GmbH Landkreis Leipzig hat am 03.12.2019 gemäß der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ mit 2 Anträgen die Fördermittel zum Breitbandausbau im Landkreis Leipzig beantragt.

Die geschätzten Gesamtausgaben für den Fördermittelantrag Fördergebiet Nord belaufen sich auf 30.954.487 €, für den Fördermittelantrag Fördergebiet Süd betragen die geschätzten Gesamtkosten 31.738.482 €.

Für die beantragten Fördermittel des Bundes liegen Zuwendungsbescheide vor.

Das Ausbauggebiet Nord umfasst die folgenden 15 Kommunen:

Markranstädt, Markkleeberg, Zwenkau, Pegau, Elstertrebnitz, Groitzsch, Rötha, Böhlen, Parthenstein, Großpösna, Naunhof, Brandis, Machern, Borsdorf und Trebsen mit ca. 2767 Anschlüssen (davon 32 Schulen), ca. 325 km Verteilnetz und ca. 46 km Hausanschlussleitungen.

Das Ausbauggebiet Süd umfasst die folgenden 10 Kommunen:

Neukieritzsch, Kitzscher, Otterwisch, Belgershain, Regis-Breitingen, Borna, Bad Lausick, Colditz, Frohburg und Geithain mit ca. 2397 Anschlüsse (davon 31 Schulen), ca. 337 km Verteilnetz und ca. 42 km Hausanschlussleitungen.

Die Kommunen Wurzen, Thallwitz, Bennewitz und Lossatal haben den Breitbandausbau an die WuLaWe GmbH übertragen. Die große Kreisstadt Grimma betreibt den Breitbandausbau

in Eigenregie. Die Kommunen Otterwisch und Belgershain sind keine Gesellschafter der Breitband GmbH Landkreis Leipzig, haben diese aber mit dem Breitbandausbau auf Ihrem Gebiet beauftragt.

2.3 Ertragslage

Die Gesellschaft hatte im Jahr 2019 nur Gründungskosten und Kosten des laufenden Geschäftsbetriebes nach der Gründung, insbesondere im Zusammenhang mit der Beantragung von Fördermitteln.

Die Ausgaben wurden durch Mittel des Landkreises aus § 22b Abs. 4 a) SächsFAG gedeckt.

2.4 Finanzlage

Aufgrund der mit der Gründung eingeworbenen Finanzmittel und der FAG-Mittel – bei geringen Ausgaben - ist die finanzielle Situation gut.

2.5 Vermögenslage

Die Gesellschaft weist eine angemessene Eigenkapitaldecke auf.

3 Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

3.1 Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft geht – mit ihrem Geschäftszweck der Errichtung von Breitbandnetzen – bewusst Risiken ein. Dazu zählen insbesondere:

- Fehlende bzw. versagte Fördermittel für den Netzausbau
- Fehlschlagen von Zwischenfinanzierungen
- Baukostenüberschreitungen
- Unterdeckungen im laufenden Betrieb der zu errichtenden Breitbandnetze, unter anderem aufgrund der Rückgangs der Bevölkerungszahlen im ländlichen Raum

Die Gesellschaft geht davon aus, dass die Risiken beherrschbar, mithin nicht bestandsgefährdend, sind.

Die Risiken werden insbesondere beherrscht, indem Bauaufträge erst ausgelöst werden, wenn die Finanzierung gesichert ist.

3.2 Prognosebericht

Ziel der Gesellschaft für das Jahr 2020 ist neben der weiteren Beantragung von Fördermitteln die Vorbereitung der Ausschreibung zur Netzplanung sowie die Ausschreibung zur Erstellung der Netzplanung. Ein weiteres Ziel der Gesellschaft ist die europaweite Ausschreibung zur Suche eines Netzbetreibers für das NGA-Breitbandausbauprojekt des Landkreises Leipzig.

Des Weiteren sollen alle Mitverlegungsmöglichkeiten nach TKG §77 identifiziert, geprüft und nach Möglichkeit genutzt werden. In Vorbereitung auf die Umsetzung von Mitverlegungsmöglichkeiten hat die Breitband GmbH Landkreis Leipzig beim Fördermittelgeber des Bundes (ateneKOM) den „vorfristigen Maßnahmebeginn“ vor Erteilung der Hauptanträge beantragt und bereits genehmigt bekommen. Ein Materialkonzept in Anlehnung an das für den geförderten Breitbandausbau verbindlichen Materialkonzeptes des Bundes in der Version 4.1 vom 2.4.2019 ist in Erstellung und soll für diese Mitverlegungen zur Anwendung kommen.

Die Gesellschaft geht für das Jahr 2020 entsprechend dem Wirtschaftsplan von einem ausgeglichenen Ergebnis bei deutlich steigenden Aufwendungen und Erträgen aus.

Borna, den 25. Mai 2020

Katrin Friebe

Geschäftsführerin

Aufbauwerk Region Leipzig GmbH

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Otto-Schill-Straße 1

04109 Leipzig

Tel.: 0341 / 1 40 77 9-0

E-Mail: info@aufbauwerk-leipzig.com

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 22.11.1993

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 30.06.2004 und Anmeldung zum Handelsregister vom 03.11.2004 firmiert die Gesellschaft unter Aufbauwerk Region Leipzig GmbH.

Gegenstand des Unternehmens ist die integrierte Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die Bündelung und Zusammenführung von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung. Die Entwicklung von entsprechenden Projekten und die Kombination verschiedener Finanzierungsformen und -quellen nehmen dabei einen besonderen Stellenwert ein.

Von der Gesellschaft allein oder in Kooperation mit anderen regionalen Akteuren werden zur praktischen Verbindung von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung dazu notwendige Aktivitäten entfaltet, beraten und unterstützt. Hierzu zählen u. a. Analysen, Berichte, Tagungen, Aufbau und Entwicklung von entsprechenden Netzwerken sowie die Beratung der regionalen Akteure, insbesondere der Gesellschafter, zu diesen Themen.

Hohe Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Kooperation mit Partnern aus anderen europäischen Ländern, auch aus Mittel- und Osteuropa, sowie die Einwerbung von Mitteln aus dem Bereich der Europäischen Union und ihren Institutionen.

Die Gesellschaft übernimmt im Auftrage der Gesellschafter die Trägerschaft für Projekte, die in deren Interessen liegen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die dem Gesellschaftszweck gemäß den Absätzen 1-4 dienen. Sie kann sich beispielsweise an deren Unternehmen beteiligen, sie kann auch Zweigniederlassungen errichten.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	25.600€
----------------------	---------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Frau Silvana Rückert

III BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Stadt Leipzig	14.600 €	57,0%
Landkreis Leipzig	6.000 €	23,4%
Landkreis Mittelsachsen	4.500 €	17,6%
WFG-Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH des Landkreises Nordsachsen	500 €	2,0%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2017	12/2018	12/2019
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

A. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell

Gegenstand des Unternehmens ist die integrierte Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die Bündelung und Zusammenführung von Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung. Die Entwicklung von entsprechenden Projekten und die Kombination verschiedener Finanzierungsformen und -quellen nehmen dabei einen besonderen Stellenwert ein. Von der Gesellschaft allein oder in Kooperation mit anderen regionalen Akteuren werden zur praktischen Verbindung von Wirtschafts- und Regionalförderung dazu notwendige Aktivitäten entfaltet, beraten und unterstützt. Hierzu zählen u.a. Analysen, Berichte, Tagungen, Aufbau und Entwicklung von entsprechenden Netzwerken sowie die Beratung der regionalen Akteure, insbesondere der Gesellschafter, zu diesen Themen. Hohe Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Kooperation mit Partnern aus anderen europäischen Ländern, auch aus Mittel- und Osteuropa, sowie die Einwerbung von Mitteln aus dem Bereich der Europäischen Union und ihren Institutionen.

Die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH ist Dienstleister für Dritte, vorrangig für öffentliche Institutionen. Sie arbeitet als Berater, Entwickler, Manager und Controller bei Projekten, die zu- meist aus Mitteln der Europäischen Union finanziert werden. Auf diese Weise werden zusätz-

lich finanzielle Mittel für die regionalen Akteure in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Regionalentwicklung, Arbeitsmarktpolitik, Umwelt und Naturschutz sowie der politischen und kulturellen Zusammenarbeit akquiriert.

2. Forschung und Entwicklung

Die Gesellschaft erbringt keine Forschungsleistungen.

Die Entwicklung neuer Projekte ist ein essenzielles Aufgabenfeld der Gesellschaft zur Sicherung und Aufrechterhaltung der eigenen Geschäftstätigkeit. Der Entwicklungsprozess findet permanent und begleitend zum Tagesgeschäft statt und richtet sich zeitlich nach Veröffentlichung von Ausschreibungen in den einzelnen Programmen der Europäischen Kommission, des Bundes und des Freistaats Sachsen. Bei der Auswahl von neuen Projektansätzen spielen insbesondere die Entwicklung, Förderung und Weiterentwicklung von technischen sowie gesellschaftlichen Innovationen für die Region eine entscheidende Rolle. Zur Ermittlung von Innovationspotentialen pflegt die Gesellschaft regelmäßigen Kontakt mit Vertretern der Gesellschafter, besucht entsprechende Veranstaltungen und steht in regelmäßigem Austausch mit regionalen und überregionalen Experten.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Entwicklungen im europäischen Markt wie bspw. die zunehmenden Anforderungen an das europäische Projektmanagement und eine rückläufige Zahl an Agenturen bieten gute Wachstumschancen für die Gesellschaft. Die wesentlichen Stärken der Aufbauwerk Region Leipzig GmbH liegen in einem sehr gut funktionierenden internationalen Netzwerk und einer daraus resultierenden hohen Projektnachfrage sowie der spezifischen Kompetenz im europäischen Projektmanagement, gepaart mit den umfangreichen Erfahrungen und Referenzen. Dennoch ist die Gesellschaft und ihr Geschäftsfeld sehr stark von nicht beeinflussbaren Faktoren abhängig, wie der Veröffentlichung von Förderprogrammen, deren Ausgestaltung (Förderquoten/mögliche Antragsteller) und dem Start bewilligter Projektanträge. Die laufende Förderperiode (2014-2020) befindet sich in der Auslaufphase. Laut aktueller Prognosen werden die neuen Förderprogramme für die nächste Förderperiode nicht vor Mitte/Ende 2021 zur Verfügung stehen.

2. Geschäftsverlauf

Die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens stellte sich im Jahresverlauf stabil dar. Die Gesellschaft verfügt derzeit über 15 Projekte. Im Geschäftsjahr 2019 wurde ein Fördervolumen von insgesamt rund 15 Millionen akquiriert, davon 5 Millionen für die Region.

3. Lage

3.1 Ertragslage

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2019 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 29.832,53 Euro ab (Vorjahr: Jahresüberschuss 34.851,45 Euro).

Die Gesamtleistung in Höhe von 405.377,43 Euro stieg gegenüber dem Vorjahr um 26.560,02 Euro. Die Umsatzerlöse stiegen auf Grund abgeschlossener Maßnahmen und höherer Umsätze in Rahmen von Werkverträgen um 181.785,78 Euro, während die Bestandsveränderungen um 165.114,72 Euro sanken. Zusätzliche Erträge konnten auch im Jahr 2019 durch die Untervermietung der Büroräume und des Beratungsraumes generiert werden.

Korrespondierend dazu sind die Aufwendungen für Personal gestiegen um 39.318,47 Euro, die auf Aufstockung der Wochenarbeitsstunden zurückzuführen sind.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 98.565,23 Euro und sind ebenfalls gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen (+6.455,26 Euro).

3.2 Finanzlage

Zum 31.12.2019 verfügt die Gesellschaft über positive liquide Mittel i. H. v. 201.112,98 Euro (Vorjahr: 66.985,72 Euro). Darin enthalten sind das in Anspruch genommene Darlehen in Höhe von 50.000 Euro, welches am 02.01.2020 zurückgeführt worden ist.

3.3 Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet. Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr um 197.300,93 Euro erhöht. Vermögensseitig ist diese Veränderung im Wesentlichen auf die Erhöhung der in Arbeit befindlichen Aufträge (+73.777,64 Euro) und das Guthaben bei Kreditinstituten (+134.166,95 Euro) zurückzuführen. Auf der Passivseite der Bilanz wirkte sich die Inanspruchnahme des kurzfristigen Darlehens (+50.698,78 Euro) die Erhöhung der Verbindlichkeiten auf erhaltene Anzahlungen um 115.135,31 Euro aus. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt 210.387,84 Euro (Vorjahr: 180.555,31 Euro). Die Eigenkapitalquote beträgt 21,7 %.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung ziehen wir die Kennzahlen des Cashflows und die Gesamtleistung heran.

Die Gesamtleistung errechnet sich aus den Umsatzerlösen, der Bestandsveränderung und Sonstigen Erlösen und stieg gegenüber dem Vorjahr um 26.560,02 Euro auf 405.377,43 Euro.

Der Cashflow auslaufender Geschäftstätigkeit beträgt im Geschäftsjahr 65.000 Euro (Vj. - 8.000 Euro).

C. Prognosebericht

Da sich die aktuelle Förderperiode 2014-2020 bereits in der Auslaufphase befindet, werden im nächsten Jahr mehrere Projekte (u.a. MOVECIT, REFRESH und RURES) beendet. Intensive Abschlussarbeiten werden 2020 prägend für die Tätigkeit im Aufbauwerk sein.

Die Gesellschaft erwartet in Zusammenhang mit dem Auslaufen der aktuellen Förderperiode im Jahr 2021 ein positives Jahresergebnis (2021: 11.000 Euro); für die Folgejahre ab 2022 werden negative Jahresergebnisse erwartet (2022: -18.000 Euro, 2023: -53.000 Euro).

Auch für das Jahr 2020 plant die Gesellschaft, unterjährig den Kontokorrentkredit in Anspruch zu nehmen. Dies ist ursächlich auf die Vorlaufkosten in den Projekten vor allem aus den EU-Programmen, den zu erbringenden Eigenanteil an Projektkosten und die von der Gesellschaft nur begrenzt steuerbare Auszahlung der Fördermittel zurückzuführen. Die Geschäftsführung geht weiterhin davon aus, dass die geplanten Fördermittel kontinuierlich zur Auszahlung kommen. Mit einem Vorfinanzierungszeitraum von bis zu zwölf Monaten muss gerechnet werden.

D. Chancen –und Risikobericht

1. Risikobericht

Die Entwicklung und Sicherung der Gesellschaft ist an die erfolgreiche Generierung von EU-Projekten gebunden. Dieses Risiko ist dem Geschäftsmodell der Gesellschaft inhärent und konnte in der Vergangenheit bisher erfolgreich bewältigt werden. Dies stellt insbesondere vor dem Hintergrund, dass im Jahr 2020 die aktuelle Förderperiode 2014 bis 2020 auslaufen wird und ab dem Jahr 2021 die neue Förderperiode beginnt, wiederum eine erhebliche Herausfor-

derung für die Gesellschaft dar. Aufgrund rückläufiger Fördermittel für Sachsen richtet die Gesellschaft ihren Fokus auf transnationale Programme mit direkter Auszahlung der EU, welche gegenwärtig das Hauptgeschäft der Gesellschaft darstellen.

Die Kofinanzierung der laufenden Projekte erfolgt aus eigener Kraft (Eigenanteile zwischen 15 und 20%). Die erforderlichen Mittel werden im Geschäftsfeld Auftragstätigkeiten erwirtschaftet. Es erfolgt keine Subventionierung durch die Gesellschafter.

Die Risiken aus einer überwiegend unentgeltlichen Antragstellung für EU-Projekte liegen in einem relativ hohen Personal- und Zeitaufwand zur Entwicklung von Anträgen, die selbst im Falle einer erfolgreichen Antragsstellung nicht im vollen Umfang vergütet werden.

Außerdem stellt die teilweise sehr langfristige Nachbereitung von Projekten nach Beendigung ihrer Laufzeit und damit des förderfähigen Zeitraums eine Belastung dar.

Die Organisationsstruktur des Aufbauwerks ist auf eine flexible personelle Grundstruktur beschränkt, die entsprechend den jeweiligen Projektaufgaben angepasst wird. Die Gesellschaft beschäftigt ihre Mitarbeiter überwiegend projektbezogen. Im Geschäftsjahr 2018 waren durchschnittlich 10 Arbeitnehmer beschäftigt.

2. Chancenbericht

Die Methodenkompetenz und die daraus resultierende Anpassungsfähigkeit ermöglichen, dass sich die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH auf verschiedene regionale Branchenschwerpunkte konzentrieren und anpassen kann. Dies gilt auch für den Fall von veränderten Förderschwerpunkten der EU in den jeweils neu startenden Förderperioden. Die Kernkompetenzen des Aufbauwerks liegen in der Entwicklung und Umsetzung von EU-Projekten und sind damit universell. Diese Kompetenzen in Verbindung mit den lokalen Rahmenbedingungen eröffnen deutliche Wachstumschancen mit dem Ziel, weitere Mittel für die Regionalentwicklung in Leipzig bzw. Mitteldeutschland zu akquirieren. Dazu trägt auch eine wachsende europäische regionale Vernetzung bei.

3. Gesamtaussage

Das strategische und operative Handeln der Gesellschaft ist wesentlich geprägt von einem Selbstverständnis als Dienstleister für die Region Leipzig.

Der Rückgang der Fördermittel für Sachsen in den nächsten Jahren ist eine große Herausforderung für die Region. Die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH kann dies abfedern durch verstärkten Zugriff auf Fördermittel, die in zentraler Verwaltung der EU-Kommission liegen.

E. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Für den Fall, dass die Zahlungen der Fördermittelgeber/Vertragspartner nicht fristgerecht erfolgen, kann die Gesellschaft auf einen Kontokorrentkredit i. H. von 145.000 Euro zurückgreifen. Der Kredit dient zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko, welcher auch im Jahr 2020 für Übergangszeiträume bis zum Eingang der Fördermittel in Anspruch genommen werden soll.

F. Zweigniederlassungsbericht

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Aufbauwerk Region Leipzig GmbH

Silvana Rückert, Geschäftsführerin

Invest Region Leipzig GmbH

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Markt 9

04109 Leipzig

Tel.: 0341-26827770

E-Mail: info@invest-region-leipzig.de

Webseite: <http://www.invest-region-leipzig.de>

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 30.11.2012

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Unterstützung der Wirtschaftsförderung für die Region Leipzig, bestehend aus den Gebieten der Landkreise Leipzig und Nordsachsen mit deren kreisangehörigen Gemeinden sowie der Stadt. Die Gesellschaft fördert alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft, der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der durch die Gesellschafter repräsentierten Region dienen.

Im Rahmen dieser Zweckbestimmung wird die Gesellschaft insbesondere das Standortmarketing und die Investorenwerbung für die Region durchführen, Neuansiedlungen von Unternehmen und Einrichtungen anwerben und Betreuen und die Vernetzung innerhalb der Region und überregional mit dem Ziel der Bildung von Wirtschaftsklustern unterstützen.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	150.000€
----------------------	----------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Michael Körner

III BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Stadt Leipzig	76.500 €	51,0%
IHK Leipzig	28.500 €	19,0%
Landkreis Leipzig	22.500 €	15,0%
Landkreis Nordsachsen	22.500 €	15,0%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2017	12/2018	12/2019
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	253.442,7 €	189.032,64 €	229.710,05 €
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

GESCHÄFTSVERLAUF UND AKTIVITÄTEN

Der Fokus der GmbH-Aktivitäten im Geschäftsjahr 2019 lag satzungsgemäß auf der Initiierung und Akquisition arbeitsplatzschaffender gewerblicher Direktinvestitionen. Die vertrieblichen Aktivitäten unterstützend und das Profil der Wirtschaftsregion Leipzig schärfend, setzte die Gesellschaft auf ein vertriebsunterstützendes, zielgruppenorientiertes und integriertes Marketing und den zunehmend – in Bezug auf die Befriedung spezifischer Investorenbedarfe - an Bedeutung gewinnenden Fachkräfteservice.

Die Gesellschaft konzentrierte ihre Aktivitäten im Geschäftsjahr 2019 unverändert auf die akquisitorische Bearbeitung von Branchen, die mit den größten Perspektiven für die Wirtschaftsregion Leipzig versehen sind.

Der direkte Vertrieb, d.h. die persönliche Kontaktaufnahme zu potenziellen Investoren über Direktansprachen auf Messen und Konferenzen, stellte auch im Jahr 2019 den zentralen Vertriebskanal dar. Zunehmend an Bedeutung gewinnt dabei die Präsentation der Wirtschaftsregion Leipzig im Rahmen von Konferenzen und Branchenkongressen. Im Jahresverlauf 2019 bearbeiteten die Mitarbeiter der Invest Region Leipzig GmbH akquisitorisch gezielt insgesamt 40 ausgewählte Wirtschaftsleit-/Branchenschwerpunktmessen, Kongresse und Konferenzen im In- und Ausland, davon fünf mit Messe-/Gemeinschaftsstand (2018: 30, davon fünf mit Messe-/ Gemeinschaftsstand). Mit dem Ziel der Generierung von qualifizierten Unternehmenskontakten intensivierte die Gesellschaft im Jahr 2019 die Auslandsmarktbearbeitung insbesondere in UK und Polen. Außerdem präsentierte die Gesellschaft die Wirtschaftsregion Leipzig insgesamt acht internationalen Wirtschafts-/bzw. wirtschaftsnahen Delegationen (2018: zehn). Nach wie vor setzt die Gesellschaft auf gezielte Direkt-Mailing Kampagnen, um postalisch wie auch digital ausgewählte, wachstumsorientierte Unternehmen u.a. persönlich und individuell anzusprechen.

Der indirekte Vertrieb im Sinne einer (Erst-)Kontaktaufnahme zu den Zielgruppen durch Dritte bildete auch in 2019 einen – wenn auch eingeschränkten - Vertriebskanal der Gesellschaft.

Der Aufbau von Entwicklungs- und Vermarktungspartnerschaften mit ausgewählten regionalen Mittelzentren der Landkreise Leipzig und Nordsachsen mit dem Ziel, deren Vermarktungschancen weiter zu erhöhen und Ansiedlungserfolge zu erzielen, konnte in 2019 entscheidend

und erfolgreich vorangetrieben werden. Neben der Fertigstellung und Bewirtschaftung des Regionenportals www.diewirtschaftsallianz.de, der Mittelzentren-Landingpages, der Einbindung der Regionalstellenbörse erfolgten mit Unterstützung eines externen, auf Standortberatung/-vermarktung spezialisierten Partners gezielte Akquisitionsmaßnahmen, die zum Jahresende erste Interessensbekundungen seitens Projektentwicklern und -vermarktern nach sich zogen.

Am 30. Januar 2019 fasste die Ratsversammlung der Stadt Leipzig den Ratsbeschluss VI-HP-07339 zur Neuausrichtung der Auslandsaktivitäten (Vereinigtes Königreich und Vietnam) der IRL für die Stadt Leipzig, durch den der Gesellschaft in den Jahren 2019 und 2020 jährlich TEUR 500 zur Einrichtung von Auslandsrepräsentanzen und zum Zweck der gezielten, exklusiven und nachhaltigen Außenwirtschaftsförderung und Stärkung der Direktinvestitionstätigkeit für die Region Leipzig bereitgestellt werden sollen. Ziel ist es, die internationale Marktbearbeitung weiter zu intensivieren, die Standortangebote und Vorteile der Region Leipzig durch zielmarktspezifisches Standortmarketing international bekannter zu machen, um messbar mehr ausländische Unternehmensansiedlungen als bisher für die Region Leipzig zu gewinnen. Ein weiterer Nutzen entsteht für Unternehmen aus der Region Leipzig, die in Vietnam oder Großbritannien unternehmerisch tätig werden möchten. Die Auslandsrepräsentanzen sollen neben der Investorenanwerbung und dem Standortmarketing in beschränktem Umfang auch erste Außenwirtschaftsinformationen und Markteintrittsunterstützung für Unternehmen aus der Region erbringen.

Die Investorenanwerbung durch die IRL kann wiederholt in Bezug auf die Anzahl qualifizierter Kontakte wie auch in Bearbeitung befindlicher und umgesetzter Projekte (Ansiedlungszusagen) als erfolgreich eingeschätzt werden. Unter Begleitung der IRL entschieden sich 2019 insgesamt zwölf Unternehmen (2018: 13 Unternehmen) für eine Ansiedlung in der Region Leipzig.

Den Planungen 2019 entsprechend fokussierte das vertriebsunterstützende Marketing weiterhin und verstärkt auf Internet-/Online-Aktivitäten auf branchen- und zielgruppenspezifischen Webseiten, um die Wirtschaftsregion Leipzig, die Beraterkompetenz der Gesellschaft aber auch Messe-/Veranstaltungspräsenzen der IRL-Mitarbeiter zu bewerben. In die Internet-/Online-Aktivitäten einbezogen wurden regelmäßig die Unternehmenswebseite, das Stellenportal, das Regionenportal sowie die investorenorientierte Neuseeland Webseite. In diesem Zusammenhang werden Online-Anzeigen stetig optimiert und überarbeitet sowie Websiteinhalte ergänzt und ausgebaut (Soft Landing Angebot, Blogsektion, Newsartikel).

Zentrales Element des Maßnahmenplans 2019 war die Generierung englischsprachigen wirtschaftsnahen Contents, um die Wahrnehmung der Wirtschaftsregion Leipzig und des Dienstleistungsangebotes der IRL im englisch-sprachigen Raum weiter zu erhöhen. Die Umsetzung erfolgte schwerpunktmäßig im 4. Quartal 2019.

Darüber hinaus unterstützte das Marketing die vertrieblichen Aktivitäten mit dem gezielten Versand von messervor- und nachbereitenden E-Mailings aber auch durch die Zurverfügungstellung branchenspezifischer Präsentationen, Broschüren, Factsheets und Kommunikationsmitteln, die z. B. der exklusiven Investorenansprache dienen. Für das Projekt Entwicklungs- und Vermarktungspartnerschaft wurde im Jahresverlauf eine Broschüre mit Flächen- und Immobilienverfügbarkeiten der Mittelzentren und das Regionenportal aufgesetzt und veröffentlicht. Außerdem stand das Jahr 2019 wiederholt im Zeichen der Vorbereitung und Durchführung der Immobilienleitmessen mipim und Expo Real, die sowohl den Gesellschaftern als auch kommunalen und regionalen Partnern Präsentationsmöglichkeiten für verfügbare Immobilien-/Gewerbeflächen einräumen.

Die im Juni 2018 durch die Gesellschafter getroffene Entscheidung, die Aktivitäten des Bereichs Fachkräfteservice im Wesentlichen auf die Investorenberatung in fachkräftespezifischen Fragestellungen sowie die Vernetzung mit regionalen Arbeitsmarktakteuren und den Betrieb und die Bewerbung des regionalen Fachkräfteportals zu beschränken, führte in 2019

zu einer wesentlich stärkeren Einbindung dieses Fachbereichs in Investoren-/Unternehmensgespräche. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die Fachkräftethematik seit 2018 für ansiedlungsinteressierte Unternehmen und Investoren spürbar an Bedeutung gewonnen hat. Die Informationsbedarfe, mit denen die IRL im Sondierungs-/Ansiedlungsprozess konfrontiert wird, sind sehr spezifisch und individuell und reichen von der Zurverfügungstellung aktueller fachkräftespezifischer Informationen und Analysen, Arbeitsmarktdaten und Qualifizierungs- und Fördermöglichkeiten bis hin zur Vernetzung der Investoren mit Arbeitsmarktakteuren, Hochschulen, Universitäten und Bildungsträgern.

Das Stellenportal www.work-in-leipzig.de dient nach wie vor der Bewerbung vakanter Positionen/Stellen in der Region Leipzig und wurde im Jahresverlauf weiter an die Bedarfe insbesondere der Mittelzentren (sog. „Regionalstellenbörsen“) angepasst und in deren Online-Präsenzen integriert.

Des Weiteren engagierte sich die Gesellschaft unverändert aktiv in den Fachkräfteallianzen der Stadt Leipzig und des Landkreises Leipzig.

Der Personalbestand der Gesellschaft ist stabil. Zum Stichtag 31. Dezember 2019 gehörten der IRL elf Angestellte, vier studentische Aushilfen und ein Geschäftsführer an (31.12.2018: zehn Angestellte, vier studentische Aushilfen, ein Geschäftsführer). Von den Angestellten waren – unverändert zum Vorjahr - acht direkt dem Vertrieb zuzuordnen sowie drei weitere vertriebsunterstützend tätig. Im Durchschnitt des Geschäftsjahres waren zwölf (2018: elf) Angestellte (inkl. Geschäftsführer) und fünf (2018: acht) studentische Aushilfen beschäftigt.

RISIKOBERICHT

Die Gesellschaft ist zum überwiegenden Teil auf die Einhaltung der Finanzierungszusagen ihrer Gesellschafter angewiesen. Im Jahr 2019 war die Liquidität der Gesellschaft grundsätzlich gesichert und damit die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft jederzeit gewährleistet. Die Gesellschaft geht davon aus, dass zur Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit auch die während der Restlaufzeit des Dienstleistungsvertrages 2019 bis 2021 bzw. im Rahmen der institutionellen Förderung bis 2021 von den Gesellschaftern entsprechend ihrer quotalen Finanzierungszusagen abgeforderten bzw. abzufordernden Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Der Finanzierungsanteil der IHK zu Leipzig für das Geschäftsjahr 2020 wurde bereits zugewendet.

Erfolg der IRL beruht ganz wesentlich auf dem Wissen, Können, Engagement und der Motivation ihres Teams. Personalrisiken erwachsen der Gesellschaft im Wesentlichen aus dem Ausfall bzw. der Fluktuation von Mitarbeitern, die vornehmlich Schlüsselfunktionen innehalten. Der Wegfall nur eines Mitarbeiters kann unter Umständen dazu führen, dass eine Verteilung auf die vorhandenen Personalressourcen erfolgen muss und geplante Maßnahmen und damit die Mittelverwendung nicht entsprechend der Wirtschaftsplanung Umsetzung findet.

Die weltweite, durch die WHO zur Pandemie erklärte Ausbreitung des Corona-Virus stellt die Weltwirtschaft vor ungekannte Herausforderungen. Global organisierte Wertschöpfungs- und Lieferketten wurden durch die in den betroffenen Regionen verhängten Quarantänemaßnahmen zum Teil schwer beeinträchtigt. Gleichzeitig ist nach Angaben der UN-Wirtschaftsorganisation Unctad vom 26. März 2020 von einem Rückgang des globalen Aufkommens an ausländischen Direktinvestitionen in Folge der Pandemie im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bereits um ca. 35 % auszugehen. Insofern, als sich Westeuropa, neben den USA gegenwärtig zur Hauptkrisenregion in dieser Pandemie entwickelt, ist zu erwarten, dass die Anzahl ausländischer Direktinvestitionsprojekte in Zeiten der Krise noch weiter abnehmen wird. Eine Normalisierung des Wirtschaftsgeschehens vor Anbruch des vierten Quartals 2020 ist aus heutiger Sicht unwahrscheinlich, dennoch kann eine Erholung der ausländischen Direktinvestitionstätigkeit ab diesem Zeitpunkt durchaus erwartet werden.

Die asiatischen Volkswirtschaften scheinen derzeit wieder aus der Gesundheitskrise herauszufinden, wobei insbesondere China auf eine zügige Restauration der Weltwirtschaft drängen wird. Laut Umfragen bei größeren Unternehmen, die im März 2020 von einschlägigen internationalen Site Selection Agenturen (z. B. wavteq, Convey) durchgeführt wurden, werden Direktinvestitionspläne zurzeit auch lediglich gestundet, aber nicht verworfen, so dass allgemein von einer etwa 6-monatigen Flaute ausgegangen werden kann. Auf diese Flaute kann aber wiederum eine Phase erhöhter Direktinvestitionstätigkeit folgen, indem die Pandemie bereits laufende Trends, wie z.B. Reshoring, Export Substitution, Fachkräfteverfügbarkeit und Regionalisierung zusätzlich verstärkt. Konjunkturprogramme, neue Incentives sowie Maßnahmen zum Schutz kritischer Industrien und Lieferketten in den Wirtschaftsräumen der Welt, wie sie sich bereits vor der Krise abzeichneten, werden mittelfristig zur Restrukturierung globaler Wertschöpfungsketten führen und die Anzahl ausländischer Direktinvestitionsprojekte weltweit steigern. In diesem Kontext sind zwar auch signifikante Bereinigungseffekte in bestimmten Industrien zu erwarten, andere Branchen, wie z.B. die Life Sciences, ICT, E-Commerce und Tech, werden von der gegenwärtigen Krise hingegen profitieren können. In den kommenden 24 Monaten wird die Bedeutung ausländischer Direktinvestitionen und damit einhergehend das Werben um internationale Investoren deutlich zunehmen. Abzuwarten bleibt hingegen, inwieweit sich das Aufkommen an Erweiterungsprojekten aus der DACH-Region verändern wird. Die aufziehende Wirtschaftskrise könnte die vorwiegend mittelständisch geprägte DACH-Region nachhaltiger treffen.

Von diesen Entwicklungen ist bzw. wird die Gesellschaft in 2020f. unmittelbar betroffen sein. Bereits geplante Messen und Veranstaltungen wurden und werden abgesagt bzw. verschoben, es ist auch künftig mit Reiseeinschränkungen zu rechnen, die zunehmenden Unsicherheiten über zukünftige Geschäfte und/oder Investitionen werden die Volkswirtschaften und damit das Geschäft der IRL nachhaltig beeinflussen. Dies zieht eine Überarbeitung der vorgesehenen Aktivitäten für das Jahr 2020 und der Mittelfristplanung nach sich und wird Auswirkungen auf den Finanzmittelhaushalt der Gesellschaft entfalten. Es ist aktuell nicht davon auszugehen, dass die avisierte Mittelverwendung umgesetzt werden kann.

PROGNOSEBERICHT

Ende März 2020 ist festzustellen, dass die fortschreitende Ausbreitung des Corona-Virus die für das Jahr 2020 geplanten Akquisitionsformate und Unternehmensansprachen der IRL erheblich beeinträchtigt und sich die Abarbeitung verschiedener Akquisitionsformate voraussichtlich auf die zweite Jahreshälfte konzentrieren wird. So wurden beispielsweise zahlreiche Messen und Konferenzen (Vertriebsplattformen) ersatzlos abgesagt oder auf spätere Zeitpunkte verschoben. Die Ansprache von ansiedlungsrelevanten Unternehmen ist zurzeit nur bedingt zielführend, da diese Unternehmen einerseits mit der Bewältigung der sich aktuell ergebenden Situation befasst sind und damit Investitions-/Erweiterungsvorhaben hintangestellt werden, andererseits die Gelegenheiten zu persönlichen Treffen auf Geschäfts- und Messe-reisen nicht gegeben sind. Es ist davon auszugehen, dass die Akquisitionsziele der Gesellschaft in 2020 nicht erreicht werden. Vor diesem Hintergrund überwacht die Gesellschaft fortlaufend die weltweiten Entwicklungen und trifft entsprechende Ableitungen.

Regionaler Planungsverband Leipzig-West Sachsen

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Bautzner Straße 67
04347 Leipzig
Tel.: 0341 / 33 74 16 - 0

Rechtsform: KdöR

Gründungsdatum: 06.11.1992

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Die Regionalplanung als ein Teil der Landesplanung ist eine zusammenfassende, überörtliche und überfachliche Planung, die durch das Landesplanungsgesetz kommunal verfassten Regionalen Planungsverbänden übertragen wird.

Somit obliegt dem Regionalen Planungsverband West Sachsen die Regionalplanung für die Planungsregion West Sachsen, die mit dem Regierungsbezirk Leipzig deckungsgleich ist. Die regionalen Planungsverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und haben die Aufgabe, für das Gebiet ihrer Planungsregion den Regionalplan aufzustellen und fortzuschreiben sowie auf seine Umsetzung hinzuwirken. Regionalpläne enthalten Grundsätze und Ziele für die räumliche Ordnung und Entwicklung der jeweiligen Planungsregion, insbesondere in den Bereichen der Ökologie, der Wirtschaft, der Siedlung und der Infrastruktur. In den Regionalplan ist zugleich der Landesrahmenplan einbezogen.

In den Braunkohlenplangebieten der Planungsregion West Sachsen sind darüber hinaus für jeden Braunkohlentagebau Braunkohlenpläne bzw. für stillgelegte oder stillzulegende Tagebaue Sanierungsrahmenpläne aufzustellen.

Hauptaufgaben des Verbandes sind:

- Erstellung und Fortführung des Regionalplanes
- Erstellung von Braunkohlen- und Sanierungsrahmenplänen für die zehn Tagebaue der Planungsregion
- Erarbeitung des Landschaftsrahmenplanes
- Regionalmanagement
- Raumbewachung und Politikberatung
- Stellungnahmen zu raumbedeutsamen Vorhaben und im Rahmen der Bauleitplanung

Stammkapital:

Gesamtstimmen

15 Stimmen

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Verbandsvorsitzender

Herr Henry Graichen

Verbandsdirektor

Herr Prof. Dr. Andreas Berkner

III BETEILIGUNGEN

Mitglieder

Verbandsmitglieder	Anteil	Stimmen
Stadt Leipzig	40,00 %	6
Landkreis Leipzig	33,33 %	5
Landkreis Nordsachsen	26,67 %	4

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2017	12/2018	12/2019
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	10.300,0 €	10.300,0 €	10.300,0 €
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

Für den Regionalen Planungsverband Leipzig-West-sachsen lag der Jahresabschluss zum 31.12.2019 bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Im Folgenden werden die Daten zum Jahresabschluss 2018 nachgereicht, da dieser bei der Erstellung des Beteiligungsberichtes 2018 noch nicht vorlag.

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

1 Vorbemerkungen

Mit Ablauf des Haushaltsjahres 2012 hat der Regionale Planungsverbandes Leipzig-West-sachsen den kameralistischen Buchungsbetrieb eingestellt. Seit dem 1. Januar 2013 erfolgt die Abbildung der Geschäftsvorfälle auf der Grundlage eines doppelischen Rechnungswesens.

Gemäß § 88 SächsGemO hat jede Kommune zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen. Im Jahresabschluss ist das Ergebnis der Haushaltswirtschaft einschließlich des Standes des Vermögens und der Verbindlichkeiten zu Beginn und am Ende des Haushaltsjahres nachzuweisen. Gemäß dem Gesetz zur Raumordnung und Landespla-

nung des Freistaats Sachsen (Landesplanungsgesetz – SächsLPIG) vom 11.06.2010 (SächsGVBl 2010, S. 174), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 02.04.2014 (SächsGVBl, S. 234) geändert worden ist, gelten für die Wirtschaftsführung des Regionalen Planungsverbands Leipzig-Westsachsen die Vorschriften der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO).

Der Jahresabschluss ist durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern. Nach § 53 SächsKomHVO sind im Rechenschaftsbericht der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage des Planungsverbandes unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der stetigen Erfüllung der Aufgaben so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Dabei sind die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen zu erläutern und eine Bewertung der Abschlussrechnungen vorzunehmen.

Der Rechenschaftsbericht soll nach § 53 Abs. 2 SächsKomHVO auch darstellen:

- die Erreichung der wesentlichen Ziele;
- Angaben über den Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung;
- Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind;
- zu erwartende positive Entwicklungen und mögliche Risiken von besonderer Bedeutung;
- die Ausführung eines Haushaltsstrukturkonzepts;
- die Entwicklung und Abdeckung der Fehlbeträge;
- die Auswertung der für die Schlüsselprodukte gesetzten Leistungsziele anhand der zur Messung der Zielerreichung gebildeten Kennzahlen.

2 Darstellung der wirtschaftlichen Lage

2.1 Allgemeines

Der Regionale Planungsverband war im Haushaltsjahr 2018 sowohl in finanzieller als auch in personeller Hinsicht und zu jedem Zeitpunkt in der Lage seine Aufgaben stetig zu erfüllen.

Die Zielstellungen des Haushaltsplans konnten erfüllt werden. Die Ziele des Regionalen Planungsverbands Leipzig-Westsachsen für das Haushaltsjahr 2018 ergaben sich, wie in den Vorjahren auch, im Wesentlichen aus den Vorgaben des Sächsischen Landesplanungsgesetzes und des Raumordnungsgesetzes resultierenden Pflichtaufgaben. Der Regionale Planungsverband ist Träger der Regionalplanung, die ihm als Teil der Landesplanung als Pflichtaufgabe übertragen worden ist. Dabei ist die Strategie des Verbands hauptsächlich auf die Erstellung, Fortschreibung und Verwirklichung des Regionalplans Westsachsen sowie der Braunkohlenpläne ausgerichtet. Hierzu zählten die begonnene Gesamtfortschreibung des Regionalplans Westsachsen aus dem Jahr 2008, die Erarbeitung des Fachbeitrags Naturschutz und Landschaftspflege zum Landschaftsrahmenplan sowie die gemeinsame Gesamtfortschreibung der Braunkohlepläne als Sanierungspläne „Tagebaubereich Goitzsche-Holzweißig-Rösa“ und „Tagebau Delitzsch-Südwest/Breitenfeld“, wobei die Interessen der Region unter Beachtung der vom Freistaat Sachsen durch den Landesentwicklungsplan gesetzten Handlungsaufträge abzustimmen waren. Weitere wesentliche Schwerpunkte der Verbandsarbeit stellten die Fortführung, die Regionalentwicklung und der Braunkohlesanierung dar.

Daneben übernahm der Regionale Planungsverband Leipzig-Westsachsen Aufgaben,

- an der Ausarbeitung und Aufstellung von Zielen der Raumordnung und Landesplanung durch Staatsbehörden nach Maßgabe der landesrechtlichen Vorschriften mitzuwirken,

- als Praxispartner im Rahmen von Forschungsprojekten mit Bezug zur Raumordnungsplanung,
- die Träger der Bauleitplanung, die anderen öffentlichen sowie sonstigen Planungsträger über die Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung in seinem Verbandsgebiet zu unterrichten, zu beraten und darauf hinzuwirken, dass raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen im Verbandsgebiet miteinander im Einklang stehen,
- Stellungnahmen zu raumbedeutenden Planungen und Maßnahmen im Rahmen von raumordnungsverfahren, Zielabweichungsverfahren, anderen landesplanerischen Abstimmungen sowie Fachplanungen abzugeben,
- die Moderation von regionalen Planungsprozessen zum Ausgleich unterschiedlicher Interessenlagen nach Aufforderung wahrzunehmen und
- aktiv in den verschiedensten Arbeitsgremien zur regionalen Entwicklung mitzuarbeiten (z.B. FR Regio, Braunkohlensanierung, Steuerungsgruppe Leipziger Neuseenland, Arbeitsgruppe Gewässerverbund, Raumordnungskommission Sachsen/Sachsen-Anhalt)

Inhaltliche Änderungen im Aufgabenspektrum des Verbands gegenüber dem Vorjahr sind nicht eingetreten.

Wesentliche Eckpunkte des Jahresabschlusses:

	Werte in EUR
Ordentliche Erträge	1.067.103,65
Ordentliche Aufwendungen	1.164.006,89
Außerordentliche Erträge	0,00
Außerordentliche Aufwendungen	2,00
Jahresergebnis	- 96.905,24
Liquiditätszufluss aus laufender Verwaltung	- 110.228,85
Investitionen	11.269,65

2.2 Ertragslage

Der Planungsverband weist in seiner Ergebnisrechnung einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 96.905,24 EUR aus. Hierbei standen den Gesamterträgen in Höhe von 1.067.103,65 EUR Aufwendungen in Höhe von 1.164.006,89 EUR entgegen. Die Gesamtaufwendungen konnten demnach nicht vollständig durch die Erträge gedeckt werden.

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Erträge und Aufwendungen und deren Abweichung zu den Planwerten:

Bereich	Plan 2018 in EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2018 in EUR	Ergebnis 2018 in EUR	Abweichung	
				in EUR	in %
Ordentliche Erträge	1.055.960,00	1.055.960,00	1.067.103,65	+ 11.143,65	+ 1,06
Ordentliche Aufwendungen	1.313.500,00	1.311.500,00	1.164.006,89	- 147.493,11	- 11,25
Ordentliches Ergebnis	- 257.540,00	- 255.540,00	- 96.903,24	+ 158.636,76	+ 62,08

Das in der Planung angenommene Haushaltsdefizit hat sich nicht in der Höhe bestätigt, wie erwartet, blieb jedoch trotzdem negativ.

Die wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung im Vergleich zur Haushaltsplanung:

Bereich	Plan 2018 in EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2018 in EUR	Ergebnis 2018 in EUR	Abweichung	
				in EUR	in %
Erträge	1.055.960,00	1.055.960,00	1.067.103,65	+ 11.143,65	+ 1,06
Zuweisungen und Umlagen	1.055.660,00	1.055.660,00	1.055.661,27	+ 1,27	+ 0,00
Privatrechtliche Leistungsent- gelte	200,00	200,00	6.717,50	6.517,50	+ 3.258,75
Kostenerstat- tungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	3.984,21	+ 3.984,21	+ 100,00
Finanzerträge	100,00	100,00	16,03	- 83,97	- 83,97
Sonstige or- dentliche Er- träge	0,00	0,00	724,64	+ 724,64	+ 100,00
Außerordentli- che Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Aufwendungen	1.313.500,00	1.311.500,00	1.164.006,89	- 147.493,11	- 11,25
Personalauf- wendungen	997.000,00	997.000,00	965.495,72	- 31.504,28	- 3,16
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistun- gen	92.000,00	103.781,71	81.819,40	-21.962,31	- 21,16
Planmäßige Ab- schreibungen	7.000,00	7.000,00	7.004,65	+ 4,65	+ 0,07
Sonstige or- dentliche Aufwendungen	217.500,00	203.718,29	109.687,12	- 94.031,17	- 46,16
Außerordentli- che Aufwendungen	0,00	0,00	2,00	+ 2,00	+ 100,00

Die Höhe des Mehrbelastungsausgleichs beträgt jährlich gleichbleibend 1.015.000,00 Euro. Die Abweichungen zum Haushaltsplan resultieren bei den Erträgen hauptsächlich aus fehlenden Planansätzen. Dies ist vor allem bei den Kostenerstattungen i. H. v. 3.984,21 EUR festzustellen. Insbesondere sind die Erträge aus den Schutzgebühren für die Abgabe von Druck-erzeugnissen (Abweichung i. H. v. 6.517,50 EUR, entspricht Mehreinnahmen zum fortgeschr. Planansatz i. H. v. 3.258,75 %) schwer planbar.

Bei den Aufwendungen dagegen dominiert die positive Entwicklung der Personalaufwendun-gen sowie der sonstigen ordentlichen Aufwendungen. Bei letzterer Aufwandsposition stellt der Planungsverband im Haushaltsplan u. a. Mittel für notwendige Gutachten und Ingenieurlei-stungen für laufende Planverfahren (z.B. Gesamtfortschreibung Regionalplan) ein, deren Inan-spruchnahme nicht wie geplant erforderlich waren. Ebenfalls wurden die geplanten Kosten f. Kopierleistungen nicht realisiert (Abweichung: 22.530,35 EUR, entspricht einer Aufwandser-sparnis zum fortgeschr. Planansatz i. H. v. 39,53 %).

Entwicklung Fehlbetrag

Haushaltsjahr	Haushaltsplan	Ergebnis	
		Fehlbetrag	Überschuss
Doppisch			
2013	-137.130		79.903
2014	-88.700		116.862
2015	- 207.100		20.142

Haushaltsjahr	Haushaltsplan	Ergebnis	
		Fehlbetrag	Überschuss
2016	20.142	123.817	
2017	- 279.835	24.309	
2018	- 255.540	96.905	

Wie bereits im Vorjahr wurde auch im Haushaltsjahr 2018 ein Fehlbetrag festgestellt. Dieser wird vollständig mit der Rücklage sowie dem Basiskapital verrechnet.

2.3 Finanzlage

Liquiditätsprobleme bestanden sowohl im Haushaltsjahr 2017 als auch im Haushaltsjahr 2018 nicht. Die liquiden Mittel zum 31.12.2018 betragen 1.078.103,21 EUR.

Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Bereich	Plan 2018 in EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2018 in EUR	Ergebnis 2018 in EUR	Abweichung	
				in EUR	in %
Einzah- lungen	1.055.900,00	1.055.900,00	1.064.995,64	+ 9.095,64	+ 0,86
Auszah- lungen	1.306.500,00	1.304.500,00	1.164.579,66	- 139.920,34	- 10,73
Ergebnis	- 250.600,00	- 248.600,00	- 99.584,02	+ 149.015,98	+ 59,94

Der Saldo der Zahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit hat sich gegenüber dem fortgeschr. Planansatz erheblich verbessert. Der Grund hierfür liegt in der Nichtinanspruchnahme der geplanten Kopierleistungen i. H. v. 22.530,35 EUR (39,53 % zum fortgeschr. Planansatz) und Sachverständigen- und Gerichtskosten i. H. v. 20.033,28 EUR (35,01 %). Dennoch wurde ein negatives Gesamtergebnis erzielt.

Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit:

Bereich	Plan 2018 in EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2018 in EUR	Ergebnis 2018 in EUR	Abweichung	
				in EUR	in %
Einzahlun- gen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Auszahlun- gen	17.500,00	19.500,00	11.269,65	- 8.230,35	- 42,21
Ergebnis	- 17.500,00	- 19.500,00	- 11.269,65	- 8.230,35	- 42,21

Der Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit weist eine Abweichung in Höhe von 8.230,35 EUR (- 42,21 % zum fortgeschr. Planansatz) auf. Dies liegt hauptsächlich darin begründet, dass geplante Ersatzinvestitionen im IT-Bereich nicht vollständig getätigt werden mussten.

Für die Finanzrechnung ergibt der Plan-Ist-Vergleich folgendes Bild:

Bereich	Plan 2018 in EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2018 in EUR	Ergebnis 2018 in EUR	Abweichung	
				in EUR	in %
Einzah- lungen	1.055.900,00	1.055.900,00	1.064.995,64	+ 9.095,64	+ 0,86
Auszah- lungen	1.324.000,00	1.324.000,00	1.175.849,31	- 148.150,69	- 11,19
Ergebnis	- 268.100,00	- 268.100,00	- 110.853,67	+ 157.246,33	+ 58,65

Es bestehen keine übertragenen Ermächtigungen, die das Folgejahr belasten.

2.4 Vermögenslage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2018 hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz zum 31.12.2017 um 103.018,09EUR (-8,43 %) auf 1.119.125,26 EUR vermindert.

Aktiva

Das bilanzierte **Anlagevermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr 2017 auf 25.316,16 EUR verringert und macht 2,26 % (31.12.2017: 1,72 %) der Bilanzsumme aus. Die größte Position des Anlagevermögens ist das Sachanlagevermögen mit der Betriebs- und Geschäftsausstattung (19.491,25 EUR) und den Maschinen und technischen Anlagen (2.518,80 EUR).

Im Anlagevermögen wurden entsprechende planmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Im Haushaltsjahr 2018 wurde das Vermögen geringfügig vermehrt (Lizenz für den Virenschutz, Steh- und Sitzschreibtisch). Insgesamt wurde weniger neues Vermögen erworben als in der Haushaltsplanung angenommen. Weiterhin waren zwei Vermögensabgänge festzustellen (Restbuchwert: 2,00 EUR).

Entwicklung der Hauptpositionen des Anlagevermögens

Bezeichnung	Wert in EUR	Anteil am AV in %	Anteil an der Bilanz- summe	Vorjahres- wert in EUR	Abweichung Vorjahres- wert in %
Immaterielle Vermögensge- genstände	3.306,11	13,06	0,30	4.753,87	30,45
Sachanlagever- mögen	22.010,05	86,94	1,96	16.299,29	35,04

Die größte Position des **Umlaufvermögens** sind die liquiden Mittel in Höhe von 1.078.103,21 EUR. Diese spiegeln die Veränderung des Finanzmittelbestandes im Haushaltsjahr wieder. Darauf folgen die privatrechtlichen Forderungen in Höhe von 2.798,85 EUR.

Passiva

Auf der Passivseite dominiert die Kapitalposition mit 1.102.931,25 EUR und bestimmt damit 98,55 % der Bilanzsumme. Die Kapitalposition des Planungsverbandes hat sich um 96.905,24 EUR vermindert. Weiterhin war eine Minderung der Verbindlichkeiten von 8.461,88 EUR auf

5.435,28 EUR zu verzeichnen. Die Rückstellungen haben sich von 13.600,00 EUR auf 10.575,02 EUR verringert (3.024,98 EUR). Die in der Vermögensrechnung ausgewiesenen Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen können vollständig durch die liquiden Mittel abgedeckt werden.

Entwicklung der Hauptpositionen der Passiva

Bezeichnung	Wert in EUR	Anteil an der Bilanzsumme in %	Vorjahreswert in EUR	Abweichung Vorjahreswert in %
Kapitalposition	1.102.931,25	98,55	1.199.836,49	8,08
Rückstellungen	10.575,02	0,94	13.600,00	22,24
Verbindlichkeiten	5.435,28	0,49	8.461,88	35,77

3 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Haushaltsjahres

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Vorgänge eingetreten, über die wegen Ihrer Bedeutung für die Entwicklung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage zu berichten ist.

4 Kennzahlen und Ziele

Die wesentlichen Kennzahlen sind der Anlage 1 zu entnehmen.

Schlüsselprodukte:

Produkt 511000 - Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen -

Die Ziele des Schlüsselproduktes wurden vollständig erfüllt. Sie sind größtenteils deckungsgleich mit den wesentlichen Zielen des Regionalen Planungsverbands und wurden bereits im Kapitel 2.1 umfassend hinsichtlich deren Erreichung und Umsetzung beschrieben. Im Jahr 2018 wurden im Auftrag des Regionalen Planungsverbandes Leipzig-West Sachsen als Träger öffentlicher Belange von der Regionalen Planungsstelle insgesamt 256 Stellungnahmen zu raum-bedeutsamen Planungen und Aktivitäten abgegeben. Ausgewählte Stellungnahmen von hoher regionalplanerischer Bedeutung nach Themenkomplexen waren:

- Gesetzgebungsverfahren (Novellierung Sächsisches Landesplanungsgesetz, Änderung Sächsisches Umweltinformationsgesetz und Geodateninfrastrukturgesetz),
- Raumplanung Nachbarländer und -regionen (Regionalpläne Oberes Elbtal/Osterzgebirge und Halle)
- Raumordnungsverfahren (Kiessandtagebau Rückmarsdorf)
- Planfeststellungsverfahren (B 2 Ortsumgehung Wellaune, Flutpolder Außig, HW-Schutzanlage Schwarzbach/GE Bad Düben, Steinbruch Klengelsberg, Erweiterung Kaolintagebau Schleben/Crellenhain)
- Zielabweichungsverfahren (B-Plan Nr. 91 „GI/GE Nord III“ Stadt Grimma, Kiessandtagebau Rückmarsdorf)
- Fördermittelanträge (Fortschreibung Kreisentwicklungskonzeption Landkreis Leipzig, Kreisentwicklungskonzeption Nordsachsen 2030, IT-gestütztes interkommunales Dienstleistungszentrum Wurzener Land)
- Braunkohlesanierung (Vorlagen zu den Sitzungen des Regionalen Sanierungsbeirats Westsachsen/Thüringen)

Fachförderprogramm FR-Regio vom 21.12.2006 (Neufassung am 25.04.2013)

Die Regionale Planungsstelle ist in die Umsetzung der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Förderung der Regionalentwicklung (FR-Regio) vom 21.12.2006, neu gefasst am 25.04.2013, eingebunden. Mit der Richtlinie ergeben sich inhaltliche und verfahrensorganisatorische Aufgaben für die Regionalen Planungsverbände. So sind von den Antragsberechtigten (Landkreise, kreisfreie Städte, Gemeinden, Gemeindeverbände, kommunale Zweck- und Verwaltungsverbände sowie andere Körperschaften öffentlichen Rechts) vorgesehene Vorhaben beim zuständigen Regionalen Planungsverband anzumelden. Die Regionalen Planungsverbände erwarten diesbezüglich Meldungen bis zum 30.09. eines jeden Jahres. In der Folge ergeben sich insbesondere folgende Aktivitäten:

- Bewertung und Priorisierung der gemeldeten Fördervorhaben für die Planungsregion unter Einbeziehung der Antragsteller
- Einreichung der priorisierten Vorhabenanmeldungen durch die jeweiligen Regionalen Planungsverbände bis zum 30.10. beim Sächsischen Staatsministerium des Innern
- Mitarbeit an der Erstellung der Förderliste Sachsen
- regionalplanerische Beurteilung beantragter Vorhaben (Abgabe von Stellungnahmen)

Im Jahr 2018 wurden durch die Landesdirektion Sachsen folgende 5 Vorhaben mit einem Fördervolumen von 304.256 € beschieden:

- Gemeinde Thallwitz – Umnutzung der ehemaligen Mittelschule Röcknitz „Neues Leben in alten Klassenzimmern“ – Ausführungsplanung
- Landkreis Leipzig – Fortschreibung Kreisentwicklungskonzept für den Landkreis Leipzig
- Landkreis Nordsachsen – Kreisentwicklungskonzept Nordsachsen 2030
- Stadt Leipzig (Europäische Metropolregion Mitteldeutschland): Potenzial- und Machbarkeitsanalyse zu einer Radschnellverbindung zwischen den Städten Leipzig und Halle (Saale)
- Stadt Leipzig (Grüner Ring Leipzig): Schaffung eines Projektmanagements für den Grünen Ring Leipzig zur weiterführenden Realisierung der länderübergreifenden Leuchtturm- und Schlüsselprojekte des Tourismuswirtschaftlichen Gesamtkonzepts und des Regionalen Handlungskonzepts des Grünen Rings Leipzig

Im Rahmen der Umsetzung des „Zukunftspaktes Sachsen“ wurden zusätzlich investive Mittel für das Modellprojekt „Regionalentwicklung durch Verbesserung der interkommunalen Zusammenarbeit“ im Fachförderprogramm FR-Regio bereitgestellt. Auf dieser Grundlage des Aufrufs durch das SMI wurden vier Vorhaben beim Regionalen Planungsverband angemeldet und nach Prüfung und Priorisierung gemäß der Fachförderrichtlinie drei Vorhaben an das SMI mit der Empfehlung zur Gewährung von Fördermitteln weitergeleitet. Für das Vorhaben des Wurzenener Landes „IT-gestütztes interkommunales Dienstleistungszentrum“ wird eine Zuwendung gewährt.

Es wurden durch die Regionale Planungsstelle 8 Vorhaben (nichtinvestiv) mit einem Fördervolumen von ca. 194.000 € und 1 Vorhaben (investiv) mit einem Fördervolumen von ca. 164.000 € priorisiert und für eine Gewährung einer Zuwendung entsprechend der Richtlinie FR-Regio beim Sächsischen Staatsministerium des Innern gemeldet.

Fachliche Begleitung 2018 von 2016/2017 beschiedenen Vorhaben:

- Stadt Leipzig (Grüner Ring Leipzig): Bewerbung um die Ausrichtung der World Canals Conference in Leipzig
- Stadt Leipzig (Grüner Ring Leipzig): Kommunikationskonzept Leipziger Neuseenland

- Stadt Leipzig (Grüner Ring Leipzig): Konzeption zur Inwertsetzung des bestehenden Saale-Elster-Kanals unter Berücksichtigung der begleitenden Infrastruktur und angrenzenden Ortschaften
- Stadt Leipzig (Grüner Ring Leipzig): Fortschreibung des Wassertouristischen Nutzungskonzepts aus den Jahren 2005/2007 – FFH-Untersuchung für das FFH-Gebiet „Leipziger Auensystem“ und das Vogelschutzgebiet „Leipziger Auwald“ sowie Artenschutzuntersuchung
- Stadt Leipzig (Interkommunale Gewerbeflächenentwicklung Region Leipzig/Halle): Konzept zur Qualifizierung vorhandener Gewerbe- und Industriegebiete aus regionaler Sicht
- Landkreis Nordsachsen: Konzeption eines Rahmenplans als Vorstufe der Erstellung von Pflege- und Unterhaltungsplänen von Gewässern 2. Ordnung für einen Verbund von Kommunen

Nach 2015 wurden im Jahr 2018 in den Planungsregionen erneut Ergebniskonferenzen, wenn auch mit modifiziertem Format, zu Erfahrungen und Ergebnissen ausgewählter, in den Jahren 2015 bis 2017 geförderter FR-Regio-Maßnahmen durchgeführt. Die gemeinsam von den beiden Regionalen Planungsverbänden Region Chemnitz und Leipzig-Westsachsen sowie vom Sächsischen Staatsministerium des Innern veranstaltete Konferenz fand hierzu am 12.04.2018 in Döbeln mit knapp 50 Teilnehmern aus Kommunalverwaltungen und aus den Aktionsräumen der Regionalentwicklung statt.

Braunkohle und Strukturwandel im mitteldeutschen Braunkohlenrevier

Vor dem Hintergrund des absehbaren Strukturwandels zur Braunkohle etablierte sich 2016 eine Projektgruppe „Innovation im Revier“ unter dem Dach der EMMD, die durch Prof. Dr. Berkner gemeinsam mit Prof. Dr. Brockmeier von der IHK Halle-Dessau moderiert wird. Die Projektgruppe tagte am

- 20.03.2018 in Merseburg zur Kommunikationsstrategie sowie zu Arbeitsstrukturen im Zuge des Strukturwandels sowie
- 10.09.2018 im Tagebau Vereinigtes Schleenhain zum Arbeitsstand der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“.

Darüber hinaus ergab sich 2018 eine Vielzahl weiterer Anforderungen zur Thematik, unter denen die nachfolgenden Positionen hervorzuheben sind:

- Kreis- bzw. Revierbereisungen des Ministerpräsidenten des Freistaats Sachsen am 26.03. (Südraum Leipzig) und am 20.08.2018 (Schladitzer See)
- Unterzeichnung der Zweckvereinbarung zum Strukturwandel am 01.03.2018 durch die beteiligten Landkreise und kreisfreien Städte in Leipzig (Fachbegleitung)
- Forum Zukunft Lausitz am 08.03.2018 in Weißwasser (Erfahrungsaustausch mit Fachkollegen und Befahrung Tagebau Nochten)
- MIBRAG Tagebaugespräch zum Strukturwandel im Vereinigten Schleenhain am 21.06.2018 (Teilnahme an Podiumsdiskussion)
- „Kohlekonferenz“ auf Einladung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 07.07.2018 in Berlin (Statement)
- Kommissionssitzung am 24.09.2018 in Halle (Saale) (Anhörung von Verbandsvorsitzendem und Leiter der Regionalen Planungsstelle als Sachverständige mit Vor- und Nachterminen)

Eine vollkommen neue Qualität erreichte der von der Sächsischen Staatskanzlei ausgehende Informationsaustausch zum Strukturwandel mit Terminen am 27.09., 15.10., 01.11., 20.11. und 19.12. 2018 in Dresden, teilweise mit Anwesenheit des Ministerpräsidenten.

Das „Regionale Empfehlungsgremium“ bei der Metropolregion Mitteldeutschland zu Projekten zur Flankierung des Strukturwandels, in dem Herr Prof. Dr. Berkner als stimmberechtigtes Mitglied für die berührten Träger der Regionalplanung in Mitteldeutschland mitwirkt, tagte am 01.02., am 27.06. und am 27.09.2018 jeweils in arbeits- und zeitaufwendigen Sitzungen

Interkommunale Gewerbeflächenentwicklung in der Region Halle/Leipzig

Im Jahr 2009 begann auf Initiative der Stadt Leipzig im Rahmen des EU-Projekts Via Regia+ ein Kooperationsprozess zwischen Städten und Gemeinden in der Region Halle/Leipzig. Mit dem Projekt „Interkommunale Gewerbeflächenentwicklung in der Region Halle/Leipzig“ wird bei der Planung und Entwicklung von Gewerbeflächen für den Raum Halle/Leipzig eine Abstimmung im regionalen Kontext angestrebt. Mittelfristiges Ziel ist die Erarbeitung und Anerkennung einer gemeinsamen Strategie zur Gewerbeflächenentwicklung. Die beteiligten Partner erwarten durch die Zusammenarbeit ein besser profiliertes und abgestimmtes Gewerbeflächenangebot. Die Zusammenarbeit erfolgt auf freiwilliger Basis, ist durch regelmäßig durchgeführte und durch die Regionalplanung moderierte Konferenzen und Workshops gekennzeichnet und steht weiteren Partnern offen.

Der Prozess wird durch die Vergabe von Studien wissenschaftlich begleitet und durch Fördermittel des EU-Projekts CITY REGIONS (Laufzeit 2012-2014) sowie der Regionalentwicklung der Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt gestützt.

Unter Federführung der Städte Leipzig und Halle fanden im Jahr 2018 vier Sitzungen der Steuerungsgruppe statt. Zur weiteren Verstärkung der Zusammenarbeit und in Vorbereitung der Überleitung des Vorhabens in die Europäische Metropolregion Mitteldeutschland erfolgten weitere Besprechungen in themenbezogenen Arbeitsgruppen.

Touristischer Gewässerverbund Leipziger Neuseenland

Zu den Tagebauseen und zum Gewässerverbund Leipziger Neuseenland erfolgte im Berichtszeitraum eine intensive Facharbeit in den Arbeitsgruppen Standortentwicklung (Mitwirkung Andreas Berkner) und Gewässerverbund (Mitwirkung Katrin Klama). In Vorbereitung der Steuerungsgruppe Leipziger Neuseenland wurden durch die AG Standortentwicklung 2018 insgesamt 4 Sitzungen sowie durch die AG Gewässerverbund insgesamt 8 Sitzungen jeweils mit mehreren Berichterstattungen durch die Regionale Planungsstelle durchgeführt.

Im Auftrag des Verbandsvorsitzenden vertritt Herr Prof. Dr. Berkner die Belange der Regionalplanung in der 2005 etablierten Steuerungsgruppe Leipziger Neuseenland, die 2018 nachfolgende Aktivitäten zu verzeichnen hatte:

- 49. Sitzung – 23.03.2018 (Seenlandkongress, Schiffbarkeit, Zulassungen)
- 50. Sitzung – 28.06.2018 (Fortschreibung WTNK, Vorbereitung WCC, Befahrung Karl-Heine-Kanal)
- 51. Sitzung – 28.09.2018 („Wasserschlange“, Wehrschwelle Pegau, Kommunikationsstrategie)
- 52. Sitzung – 14.12.2018 (Schiffbarkeitserklärung, Strukturwandel, Seenlandkongress 2019)

Darüber hinaus war die Verbandsverwaltung in mehrere weitere Aktivitäten zum Gewässerverbund involviert. Dazu zählten insbesondere die Teilnahme an und Organisation von Beratungen zur Anbindung des Markkleeberger Sees an die Pleiße („Wasserschlange“ mit einem Termin beim SMWA am 19.03.2019 sowie eine Sitzung zur Bestandsaufnahme zum Vorhaben mit den Hauptbeteiligten auf Einladung des Sprechers der Steuerungsgruppe Leipziger Neuseenland am 21.08.2018 in Borna. Damit konnten maßgebliche Weichen gestellt werden, um diesem Schlüsselprojekt neue Perspektiven zu eröffnen.

Weiter erfolgte eine intensive Mitwirkung bei den Vorbereitungsberatungen zur World Canals Conference (WCC) 2020, die nach Leipzig vergeben wurde.

Fachbegleitungs- und Beratungsleistungen

Die Regionale Planungsstelle übernahm darüber hinaus eine Vielzahl weiterer Fachbegleitungs- und Beratungsleistungen

- zur Beratung von Kommunen (à Vor-Ort-Beratungen und Abstimmungen zu Flächennutzungs- und Bebauungsplänen),
- zur vorhabenbezogenen Beratung von Kommunen, Behörden, Projektentwicklern, Bürgern und potenziellen Investoren (à Schwerpunkte Windenergie, Bauvorhaben, Einzelhandel),
- zur Beratung von Planungsbüros und Fachplanungsträgern (à Umweltverträglichkeitsprüfungen, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen),
- zur Fachberatung der Jury im Zuge der Sächsischen Landesgartenschau 2022 in Torgau (inhaltliche Schwerpunktsetzung und Ausschreibung) und
- zur Fachbegleitung eines studentischen Wettbewerbs zur architektonischen Ausgestaltung eines Brückenbauwerks über den Störmthaler Kanal

Forschungsvorhaben

Zu einem Handlungsschwerpunkt mit gleichbleibend hohem Gewicht entwickelte sich die Mitwirkung des Verbands als Praxispartner im Zuge von Forschungsprojekten mit Bezug zur Raumordnungsplanung. Hierzu sind insbesondere folgende Aktivitäten zu nennen:

- Mitwirkung als Vertreter der Regionalplanung im nationalen Ländertisch WinWind im Rahmen des vom Forschungszentrum für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin koordinierten und von der Europäischen Union im Rahmen von Horizon 2020 geförderten Forschungsvorhabens "WinWind - Winning social acceptance for wind energy in wind energy scarce regions". Das Ziel besteht darin, in Regionen mit vorhandenem Windpotenzial, aber schwachem Windenergieausbau die gesellschaftliche Akzeptanz und Unterstützung für die Windenergie zu fördern und zu einer sozial- und umweltverträglichen Marktentwicklung der Windenergie beizutragen.
- Mitwirkung im Beirat und in Workshops zum Forschungsvorhaben der Universität Leipzig „Nachhaltiger Ausbau erneuerbarer Energien mit multiplen Umweltwirkungen – Politikstrategien zur Bewältigung ökologischer Zielkonflikte bei der Energiewende (MultiPEE)“, gefördert im Rahmen der Sozialökologischen Forschung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF)
- Mitwirkung in der projektbegleitenden Arbeitsgruppe zum Forschungsvorhaben des Bundesamts für Naturschutz „Naturschutzfachliches Monitoring des Ausbaus der Erneuerbaren Energien im Strombereich und Entwicklung von Instrumenten zur Verminde- rung der Beeinträchtigung von Natur und Landschaft“
- Mitarbeit als Vertreter der Regionalplanung im Beirat des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens des Umweltbundesamts (UBA) „Evaluierung der Praxis der Strategischen Umweltprüfung in Deutschland und Entwicklung von Vorschlägen zur Optimierung des Vollzugs und des Rechtsrahmens“
- Mitarbeit im Projekt „StadtPartheLand - Kulturlandschaftsmanagement als Brücke zwischen Metropole und ländlichem Raum“ im Rahmen der Fördermaßnahme „Nachhaltiges Landmanagement“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF)

Weitere Handlungsfelder

- Ausgestaltung der Stadt-Umland-Kooperation im Bereich des Oberzentrums Leipzig mit Beratungen auf Einladung des Oberbürgermeisters der Stadt Leipzig (04.10.2018)

- Fachberatung Landkreise Leipzig und Nordsachsen bei der Fortschreibung bzw. Neu-aufstellung der Kreisentwicklungskonzepte
- Mitwirkung in einer Expertenkommission zur Prognose der Einwohnerzahl der Stadt Leipzig bis 2040
- Fachbegleitung und Moderation der „Initiativgruppe Geotourismus und Industriekultur“ (Initiative „Neuseenlandhaus“ mit LEADER-geförderter Machbarkeitsstudie 2018)
- ständige Mitwirkung am „Runden Tisch Braunkohlesanierung“ der IHK's zu Leipzig bzw. Halle-Dessau mit zwei Sitzungen pro Jahr
- Stellvertretender Vorsitzender, seit 11/2018 Vorsitzender im Kuratorium der Kulturstiftung Hohenmölsen
- Beratung der kommunalen Ebene zu einem Hochwasserschutzprojekt an der Mulde im Bereich zwischen Eilenburg und Bad Dübener (23.11.2018)
- beratende Mitgliedschaft in der Verbandsversammlung des Zweckverbands „Heue Harth“

Regionaler Sanierungsbeirat Westsachsen/Thüringen

Der Regionale Planungsverband ist seit Beginn des IV. Verwaltungsabkommens Braunkohlesanierung am 01.01.2008 gemeinsam mit dem Sächsischen Oberbergamt Freiberg und der Landesdirektion Sachsen als Vertreter des Freistaates Sachsen stimmberechtigtes Mitglied sowie durch seine Fachberatung und die Abgabe von Stellungnahmen zu den Sanierungsmaßnahmen tätig. Im Berichtsjahr wurden vier Sitzungen wie folgt durchgeführt:

- 105. Sitzung am 14.02.2018,
- 106. Sitzung am 17.05.2018,
- 107. Sitzung am 19.07.2018,
- 108. Sitzung am 24.10.2018 (§ 2 und § 3 Leistungen) und am 26.10.2018 (§ 4 Leistungen)

Arbeitsgruppe § 4-Maßnahmen im Sanierungsgebiet Westsachsen

Unter beratender und beschließender Mitwirkung des Regionalen Planungsverbands konnte im Jahr 2018 neben einigen ingenieurtechnischen Planungen für zukünftige Baumaßnahmen eine ganze Reihe von Maßnahmen abgeschlossen werden. Naturschutzfachliche Untersuchungen für die Erklärung des Gemeingebrauchs, der Schiffbarkeit sowie die erforderliche Betonung von Tagebaugewässern wurden finanziert. Verkehrsinfrastrukturprojekte wie die Brücke über Erikenstraße in Leipzig-Hartmannsdorf wurden abgeschlossen. Die finanziell größte Herausforderung bestand jedoch in der Kofinanzierung zu Mitteln aus der Grundsanie- rung gemäß § 2 VA BKS entsprechend des geltenden Kostenverteilungsschlüssels für die Baugrundverbesserung der Trasse des Harthkanals. Die Bemühungen um die Fortführung des § 4-Maßnahmeprogramms im Rahmen eines möglichen VI. VA BKS wurden intensiviert und mit Abschluss des VI. Verwaltungsabkommen im Juni 2017 mit einem Budgetansatz für den Zeitraum 2018-2022 von 75 Mio. € abgeschlossen. Damit bietet sich nunmehr die große Chance aus Finanzierungsgründen in den letzten Jahren zurückgestellte, aber auch neue Maßnahmen in der Region zu realisieren.

Deshalb wurden die Kommunen darüber informiert, dass auch neue Maßnahmevorschläge beim Sächsischen Oberbergamt zur Vorprüfung eingereicht werden können. Die Tätigkeit der § 4-Arbeitsgruppe wurde in drei durchgeführten Sitzungen koordiniert:

- 37. AG-Sitzung am 23.01.2018 in Leipzig
- 38. AG-Sitzung am 25.04.2018 in Markkleeberg (mit Befahrung Neue Harth und Mark- kleeberger See)
- 39. AG-Sitzung am 26.10.2018 in Leipzig.

Bündelungsgremium Braunkohlenbergbau und Gebietswasserhaushalt

Im Berichtszeitraum fungierte das Bündelungsgremium als wichtige Kommunikationsplattform zwischen den nachfolgenden Partnern:

- kreisfreie Stadt Leipzig, untere Wasserbehörde
- kreisfreie Stadt Leipzig, Amt für Stadtgrün und Gewässer
- Kommunales Forum Südraum Leipzig
- Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie
- Landesdirektion Sachsen
- Landestalsperrenverwaltung Sachsen
- Landkreis Leipzig, untere Wasserbehörde
- Landkreis Nordsachsen, untere Wasserbehörde
- LMBV mbH als Sanierungsträger
- MIBRAG mbH als Bergbautreibender
- Regionaler Planungsverband Leipzig-Westsachsen
- Sächsisches Oberbergamt
- Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt (als Gast)
- Ingenieurbüro für Grundwasser Leipzig (konsultativ).

Im Berichtszeitraum fanden 3 Sitzungen mit wechselnden Tagungsorten statt, in denen die folgenden Punkte dezidiert behandelt wurden:

- RPS Leipzig 12.01.2018 – Sachstände Lober-Leine-Kanal/Hochwasserschutz Mulde, RBP Tagebau Schleenhain und Wasserspiegelentwicklung Pereser See, Komplexgutachten Bockwitzer See
- MIBRAG Profen 22.06.2018 – Informationsaustausch Positionspapier Floßgraben, Sachstände Elsterstausee, Endwasserspiegel und Wasserableitung Schladitzer See, System Gösel-Störmthaler See, Workshop Braune Pleiße am 11.04.2018
- RPS Leipzig 30.11.2018 – Informationen zu Kommission Strukturwandel, Wachstum und Beschäftigung sowie den Auswirkungen der andauernden Trockenperiode und Möglichkeiten zur Bewirtschaftung von Tagebauseen, Sachstände Überschusswasserableitung Markkleeberger und wassertouristischen Anbindung an die Pleiße, Wasserableitung Restloch 13, Workshop Braune Pleiße am 28.11.2018

5 Gliederung der Teilhaushalte

Die Gliederung der Teilhaushalte erfolgte nach den vorgegebenen Produktbereichen.

Übersicht:

Produktbereich	Bezeichnung
11	Innere Verwaltung
51	Räumliche Planung und Entwicklung
61	Allgemeine Finanzwirtschaft

6 Prognosebericht

Ergebnisentwicklung

Die Entwicklung der ordentlichen Erträge wird als konstant eingeschätzt. Die ordentlichen Aufwendungen werden sich gemäß Haushaltsplanung geringfügig vermindern. Dennoch wird der Planungsverband sowohl im Haushaltsjahr 2019 als auch in den Folgejahren voraussichtlich nicht in der Lage sein, ein positives Jahresergebnis zu erzielen.

Liquiditätsentwicklung

Der Verband verfügt über eine stabile Kassenlage und ist daher in der Lage, mittelfristig eine negative Änderung des Zahlungsmittelbestands durch eine Entnahme aus der Liquiditätsreserve auszugleichen. Die stetige Aufgabenerfüllung des Verbands ist daher sichergestellt. Gemäß Haushaltsplanung wird sich der Bestand an liquiden Mitteln jedoch vermindern. Der Verband ist schuldenfrei. Die Aufnahme von Krediten ist nicht vorgesehen.

7 Risikoeinschätzung

Die wesentlichsten Erträge des Regionalen Planungsverbandes setzen sich aus dem Mehrbelastungsausgleich des Sächsischen Staatsministeriums des Innern sowie der Verbandsumlage zusammen. Da es sich hierbei um eine Pflichtaufgabe nach dem Sächsischen Landesplanungsgesetzes und des Raumordnungsgesetzes handelt, stellen diese konstante und sichere Erträge dar.

Hinsichtlich der Personalaufwendungen sind die Ergebnisse der Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst zu berücksichtigen, dies ist in den künftigen Haushaltsplanungen bereits erfolgt.

Da der Planungsverband nur über ein sehr geringes Anlagevermögen verfügt, sind keine hohen Abschreibungsbeträge sowie keine größeren Ersatzinvestitionen zu erwarten.

Die hohen Liquiditätsreserven des Planungsverbandes garantieren die dauernde Leistungsfähigkeit.

Der Planungsverband hat keine Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen oder zur Liquiditätssicherung, die Gefahr von möglichen Zinsschwankungen besteht demnach nicht.

8 Ausführung des Haushaltsstrukturkonzeptes

Der Regionale Planungsverband Leipzig-Westsachsen ist mit Verweis auf § 12 Abs. 3 Sächs-LPIG nicht verpflichtet ein Haushaltsstrukturkonzept aufzustellen.

Verkehr

Regionalbus Leipzig GmbH

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Leipziger Straße 79

04828 Deuben

Tel.: 03425/8989100

E-Mail: info@regionalbusleipzig.de

Webseite: <http://www.regionalbusleipzig.de>

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 13.05.1992

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Personenverkehren, insbesondere der Linienverkehr mit seinen Sonderformen, alle Leistungsarten des Gelegenheitsverkehrs und der Personenfernverkehr sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und sonstigen Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Die Gesellschaft darf allein oder zusammen mit anderen Unternehmen im Sinne von § 96a Abs. 1 Halbsatz 1 SächsGemO Tochtergesellschaften oder Mehrheitsbeteiligungen nur gründen, übernehmen und unterhalten, wenn deren Gesellschaftsverträge oder Satzungen den Nrn. 1, 2 und 4 bis 13 des § 96a Abs. 1 SächsGemO entsprechende Regelungen enthalten. Die Gesellschaft ist allgemein berechtigt, alles zu tun, was ihrem Geschäftszweck nützt oder nützen kann und durch das Gesetz gestattet ist.

Die Gesellschaft kann Interessengemeinschaften beitreten und Kooperationsabkommen mit anderen Unternehmen abschließen.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	500.000€
----------------------	----------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Andreas Kultscher

III BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Landkreis Leipzig	500.000 €	100,0%
-------------------	-----------	--------

Beteiligungen

Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)	2.200 €	2,9%
---	---------	------

Finanzbeziehungen

	12/2017	12/2018	12/2019
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Aufwandszuschüsse (Betriebskostenzuschüsse)	10.486.685,0 €	12.375.962,0 €	13.663.942,0 €
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

I. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die Regionalbus Leipzig GmbH (im Folgenden auch Regionalbus Leipzig oder Gesellschaft genannt) kann auf ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr 2019 zurückblicken. Die beauftragten Verkehrsleistungen im gesamten Bediengebiet wurden zuverlässig erbracht.

Grundlage für die Erbringung der Verkehrsleistungen bildet seit dem 1. Januar 2014 der „Öffentliche Dienstleistungsauftrag über die Erbringung von Personenverkehrsdiensten“ (ÖDA), gemäß Beschluss Nr. 2013/081 des Kreistages des Landkreises Leipzig vom 9. Oktober 2013.

Teile der Verkehrsleistung im Bediengebiet Muldental werden nach wie vor von vertraglich gebundenen Nachauftragnehmern der Gesellschaft erbracht.

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages vom 28. April 1993 in der Fassung vom 16. Juli 2015 die Errichtung und der Betrieb von Personenverkehren, insbesondere der Linienverkehr mit seinen Sonderformen, alle Leistungsarten des Gelegenheitsverkehrs und der Personenfernverkehr sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und sonstigen Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Die aufgrund der Weiterentwicklung des ÖPNV-Angebotes in den letzten Jahren zu verzeichnende positive Entwicklung der Fahrgastzahlen hat sich auch im Jahr 2019 fortgesetzt. Im Vergleich zum Vorjahr lag der Anstieg der Fahrgastzahl vor Korrekturwerten bei etwa 5 %.

Die Gesellschaft betreibt nunmehr insgesamt 14 PlusBus- und 9 TaktBus-Linien mit einem qualitativ aufgewerteten ÖPNV-Angebot.

Der Vertrag über die Erbringung von eigenwirtschaftlichen Verkehrsleistungen zur ÖPNV-Anbindung des Pösna Parks wurde im Jahr 2019 fortgesetzt und für die Folgejahre bis 2022 verlängert. Der Freizeitpark BELANTIS hat sich im Jahr 2019 mit einem ergänzenden Finanzierungsbeitrag an der Busanbindung mit der Linie 105 beteiligt. Auf Basis einer Ausschreibung kam mit der Handwerkskammer zu Leipzig ein neuer Vertrag über die Durchführung von Beförderungsleistungen zustande. Mit den Städten Bad Lausick, Brandis und Grimma wurden Verträge zur Verkehrsbedienung abgeschlossen.

Die Verkehrsbedienung durch Kraftomnibusse im gesamten ÖPNV-Linienvverkehr bildet mit ca. 97 % des Leistungsvolumens der gefahrenen Kilometer den Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft.

Die übrigen Geschäftsfelder Gelegenheits- und Vertragsverkehr nahmen mit 3 % einen vergleichsweise geringen Anteil am Leistungsumfang der gefahrenen Kilometer der Gesellschaft ein. Deren Umsatz lag mit TEUR 112 über den im Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2019 aufgestellten Erwartungen. Dabei wurde im Vertragsverkehr ein Plus in Höhe von TEUR 210 gegenüber dem Plan erreicht. Im Gelegenheitsverkehr erfolgte aus Kapazitätsgründen eine Leistungsreduzierung, wodurch der Umsatz um TEUR 103 unter dem Planwert lag. Eigenwirtschaftlicher Verkehr und Schienenersatzverkehr erreichten ein Umsatzplus von TEUR 5 gegenüber dem Plan.

Zwischen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und dem Landesverband des Sächsischen Verkehrsgewerbes (LSV) e. V. wurden am 2. September 2019 ein neuer Rahmentarifvertrag Personenverkehr Sachsen sowie ein neuer Auszubildendentarifvertrag jeweils mit einer Laufzeit vom 1. Juli 2019 bis zum 30. Juni 2022 abgeschlossen.

Der Ausbau und die Erweiterung der betrieblichen Anlagen im Betriebsteil Deuben wurden im Geschäftsjahr 2019 planmäßig fortgeführt.

II. Wirtschaftsbericht

Vermögenslage

Im Geschäftsjahr 2019 erhöhte sich der Bestand des Anlagevermögens zum Vorjahr um TEUR 3.104. Dieser Saldo setzt sich zusammen aus TEUR 6.896 Zugänge und TEUR 3.792 Abschreibungen. Die Zugänge bestehen im Wesentlichen aus Investitionen für Omnibusse und die bauliche Erweiterung des Betriebsteils Deuben. Bei den Investitionen 2019 wurde die geplante Summe zum Stichtag 31. Dezember 2019 um insgesamt TEUR 2.236 überschritten. Diese Überschreitung setzt sich im Wesentlichen zusammen aus den mit Gesellschafterbeschluss „Bewilligung von Mehrausgaben für die Planposition Investitionen Fahrzeuge“ vom 24. April 2019 nachträglich genehmigten Investitionen für Omnibusse (TEUR 531) und den aus 2018 nachgeholten Investitionen für Omnibusse (TEUR 1.729).

Durch die für die Investitionen vereinnahmten Fördermittel erhöhte sich der Bestand an Sonderposten für Investitionszuschüsse. Das Eigenkapital erhöhte sich um den Jahresüberschuss.

Insgesamt wächst die Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr um TEUR 5.699.

Nachfolgend wird die Vermögenslage nach Liquiditätsgesichtspunkten gegliedert dargestellt. Posten mit Fälligkeit bis zu einem Jahr werden als kurzfristig, alle übrigen Posten als mittel- und langfristig eingestuft.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse wird zu zwei Dritteln dem Eigenkapital zugerechnet (künftige gewinnerhöhende Wirkung bei der Auflösung). Der verbleibende Betrag spiegelt die potenzielle Ertragsteuerbelastung wider, die im Fremdkapital ausgewiesen wird.

Vermögensstruktur

		31.12.2019		31.12.2018		+/-
		TEUR	%	TEUR	%	TEUR
immaterielle Vermögensgegenstände		355	1,1	131	0,5	224
Sachanlagen		21.223	65,2	18.343	68,4	2.880
Finanzanlagen		7	0,0	7	0,0	0
langfristig gebundenes Vermögen		21.585	66,4	18.481	68,9	3.104

Vorräte	276	0,8	211	0,8	65
Lieferforderungen	809	2,4	1.233	4,6	-454
Forderungen gegen MDV GmbH	120	0,4	208	0,8	-88
sonstige Vermögensgegenstände, RAP	1.045	3,3	1.506	5,6	-431
flüssige Mittel	8.694	26,7	5.191	19,3	3.503
kurzfristiges Vermögen	10.944	33,6	8.349	31,1	2.595
insgesamt	32.529	100,0	26.830	100,0	5.699

Kapitalstruktur

	31.12.2019		31.12.2018		+/-
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
bilanzielles Eigenkapital	11.167	34,3	9.723	36,2	1.443
2/3 Sonderposten Investitionszuschüsse					
= Eigenkapitalähnliche Mittel	9.495	29,2	7.166	26,7	2.329
betriebswirtschaftliches Eigenkapital	20.662	63,5	16.889	62,9	3.773
Fremdkapital					
1/3 Sonderposten Investitionszuschüsse	4.748	14,6	3.583	13,4	1.165
Bankverbindlichkeiten (> 1 Jahr)	657	2,0	1.456	5,4	-799
langfristige Rückstellungen	27	0,1	21	0,1	6
mittel- / langfristiges Fremdkapital	5.432	16,7	5.060	18,9	372
kurzfristige Rückstellungen	687	2,1	602	2,2	85
Bankverbindlichkeiten (< 1 Jahr)	798	2,5	1.168	4,4	-370
Lieferverbindlichkeiten	3.422	10,5	966	3,6	2.455
Verbindlichkeiten gegenüber MDV GmbH	79	0,2	214	0,8	-135
sonstige Verbindlichkeiten	1.449	4,5	1.931	7,2	-482
kurzfristiges Fremdkapital	6.435	19,8	4.881	18,2	1.554
Fremdkapital gesamt	11.867	35,5	9.941	37,1	1.926
insgesamt	32.529	100,0	26.830	100,0	5.699

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2019 wurden folgende Investitionen getätigt:

	TEUR
Omnibusse	4.910
sonstige Ausstattung	229
Grundstücke und Gebäude	167
Software	142
Anlagen im Bau	1.448
insgesamt	6.896

Die Businvestitionen beinhalten die Beschaffung von insgesamt 20 Omnibussen.

Die sonstige Ausstattung umfasst die Möblierung der Büros im Verwaltungs- und Sozialgebäude im Betriebsteil Deuben, Ausrüstung mit Hardware im Verwaltungsbereich und in den Fahrzeugen für die Fahrdatenübermittlung in das Hintergrundsystem sowie Ausrüstungsgegenstände für die Werkstätten der einzelnen Betriebsteile.

In der Position Grundstücke und Gebäude sind der Bau des Verwaltungs- und Sozialgebäudes und die Gestaltung der Außenanlagen im Rahmen der Erweiterung des Betriebsteils Deuben enthalten.

Die Softwareinvestitionen beinhalten ein Upgrade der Personalabrechnungssoftware, Lizenzen für das Windows Betriebssystem und die Bordrechnersoftware für die Fahrdatenübernahme.

Die Anlagen im Bau umfassen Rechnungen im Rahmen des Ausbaus und der Erweiterung der betrieblichen Anlagen in den Betriebsteilen Deuben und Zwenkau sowie für die Aufrüstung der Bordrechner für die Fahrdatenübernahme.

Die Investitionen wurden in Höhe von TEUR 5.601 durch Zuschüsse finanziert.

Finanzlage

Die nachstehende Kapitalflussrechnung zeigt die Mittelherkunft und -verwendung in den drei Bereichen „laufende Geschäftstätigkeit“, „Investitionstätigkeit“ und „Finanzierungstätigkeit“. Positive Beträge stellen Mittelzuflüsse, negative Beträge Mittelabflüsse dar.

	2019 TEUR	2018 TEUR
Ergebnis	1.443	1.083
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.792	3.471
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse	-2.108	-1.803
Zunahme der sonstigen Rückstellungen	91	120
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-2	0
Verlust/Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-10	0
Zunahme (-) /Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	912	-1.646
Zunahme /Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.838	1.814
Zinsaufwendungen	20	30
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	5.976	3.070
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	10	0
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-6.896	-3.685
Erhaltene Zuschüsse für Investitionen ins Anlagevermögen	5.601	2.846
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-1.285	-839

Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzkrediten (Bankverbindlichkeiten)	0	0
Auszahlungen aus der Tilgung von Bankverbindlichkeiten	-1.168	-1.325
gezahlte Zinsen	-20	-30
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-1.188	-1.355
Veränderung des Finanzmittelfonds	3.503	875
Finanzmittelfonds am Periodenbeginn	5.191	4.316
Finanzmittelfonds am Periodenende	8.694	5.191
Zusammensetzung des Finanzmittelbestandes:	8.694	5.191
flüssige Mittel	8.694	5.191

Die Liquidität der Gesellschaft war auf der Basis eines detaillierten Liquiditätsplans in Verbindung mit den erhaltenen Betriebskostenzuschüssen (BKZ) sowie zeitnaher Leistungsabrechnung und einem aktuellen Mahnwesen jederzeit gesichert.

Verbindlichkeiten wurden innerhalb vereinbarter Fristen beglichen.

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2019 schließt im Ist um TEUR 597 besser ab als im Wirtschaftsplan 2019 veranschlagt. Damit werden die Erwartungen des Wirtschaftsplanes übertroffen.

Zur Analyse der Ertragslage werden im Folgenden die Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung abweichend vom handelsrechtlichen Schema nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliedert dargestellt.

	2019		2018		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
bereinigte Umsatzerlöse	22.640	100,0	20.893	100,0	1.747	8,4
Materialaufwand						
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-3.515	-15,5	-3.598	-17,2	83	-2,3
b) bezogene Leistungen	-2.060	-9,1	-2.093	-10,0	33	-1,6
	-5.575	-24,6	-5.691	-27,2	116	0,0
Personalaufwand	-11.963	-52,8	-10.641	-50,9	-1.322	12,4
übrige Aufwendungen	-2.435	-10,8	-2.045	-9,8	-390	19,1
Betriebsaufwand gesamt	-19.973	-88,2	-18.377	-88,0	-1.596	0,1
sonstige betriebliche Erträge	2.505	11,1	1.988	9,5	517	26,0
Ergebnis vor Abschreibungen und Zinsen	5.172	22,8	4.504	21,6	668	14,8
Abschreibungen	-3.792	-16,7	-3.471	-16,6	-321	9,2
operatives Ergebnis	1.380	6,1	1.033	4,9	347	33,6
neutrales Ergebnis	83	0,4	78	0,4	5	6,4
Zinsergebnis	-20	-0,1	-28	-0,1	8	-28,6
Jahresüberschuss	1.443	6,4	1.083	5,2	360	33,2

Die Erhöhung der bereinigten Umsatzerlöse (TEUR 1.747) in 2019 lässt sich im Wesentlichen wie folgt erklären:

	TEUR
Betriebskostenzuschüsse	1.274
ÖPNV-Linienverkehr	417
Vertragsverkehr	151
Gelegenheitsverkehr	-32
Schienenersatzverkehr	2
sonstiges	-65
insgesamt	1.747

Als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator werden die Einnahmen aus Fahrscheinverkäufen im ÖPNV-Linienverkehr – ausgewiesen in den Umsatzerlösen – angesehen (2019: TEUR 7.208, 2018: TEUR 6.801).

Die Betriebskostenzuschüsse wurden in der Planung 2019 an das höhere Leistungsvolumen und die gestiegenen Kosten angepasst und entsprechend vom Landkreis Leipzig gezahlt.

Beim Vertragsverkehr wurde das Umsatzplus durch einen Großauftrag für einen internen Werksverkehr im Zeitraum Mai bis Juli 2019 erreicht.

Die ausgeführten Aufträge im Gelegenheitsverkehr wurden reduziert. Dies ist begründet durch die verstärkte Inanspruchnahme der personellen und technischen Kapazitäten aufgrund der Leistungsausweitung im ÖPNV und im Vertragsverkehr.

Im sonstigen Bereich resultieren die Mindereinnahmen hauptsächlich aus Dieserverkauf und Werkstattleistungen.

Die Personalaufwendungen sind aufgrund von Tarifsteigerungen und erhöhtem Mitarbeiterbestand im Vergleich zu 2018 gestiegen. Der im Wirtschaftsplan 2019 ausgewiesene Stellenplan blieb im Ist des Geschäftsjahres 2019 aufgrund des aktuellen Fachkräftemangels auf dem Arbeitsmarkt temporär unterbesetzt. Damit blieben auch die tatsächlichen Kosten unter den Plankosten. Um Engpässe zu vermeiden, wurden Leiharbeiter und für Reinigungsarbeiten Fremdfirmen eingesetzt, was eine Steigerung der sonstigen Aufwendungen zur Folge hat.

Der Krankenstand erhöhte sich im Jahr 2019 gegenüber dem Vorjahr geringfügig. Die Rückstellungen für Urlaub und Überstunden sind gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Mit einer Höhe von TEUR 83 (2018: TEUR 78) kommt dem neutralen Ergebnis auch in diesem Geschäftsjahr keine entscheidende Bedeutung zu.

Das neutrale Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2019 TEUR	2018 TEUR
Erträge		
periodenfremde Erträge	73	77
Auflösung von Wertberichtigungen	4	1
Erträge aus Anlagenverkäufen	10	0
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	0	4
Erträge unregelmäßig	0	0
zusammen	87	82

Aufwendungen

periodenfremde Aufwendungen	-3	0
Zuführung von Wertberichtigungen	-1	-4
Forderungsverluste	0	0
Verlust aus Anlagenabgängen	0	0
zusammen	-4	-4
 insgesamt	 83	 78

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Leistungserbringung durch die Regionalbus Leipzig GmbH erfolgt auf der Basis des vom Landkreis Leipzig bis zum 31. Dezember 2023 erteilten ÖDA. Hierdurch wird u. a. vertraglich geregelt, dass die Gesellschaft für die zu erbringenden Verkehrsleistungen entsprechende Zuschüsse erhält, ohne die der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) nicht kostendeckend betrieben werden könnte. Diese Zuschüsse sind von entscheidender Bedeutung für die finanzielle Ausstattung und die Ertragssituation der Gesellschaft.

Zur frühzeitigen Erkennung von Risiken hat die Gesellschaft ein Risikomanagementsystem eingerichtet, um gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen zur Gegensteuerung einleiten zu können.

Der Landkreis Leipzig verfolgt das Ziel, durch die bedarfsgerechte Entwicklung und den Ausbau des ÖPNV seine Attraktivität als Wohn- und Wirtschaftsstandort zu steigern. Hierzu wurden in den vergangenen Jahren verschiedene Verkehrsprojekte umgesetzt, an denen die Regionalbus Leipzig GmbH maßgeblich beteiligt war. Im Zuge der Umsetzung des Modellprojektes „Muldental in Fahrt“ wurde im April 2019 der Stadtverkehr in Grimma weiterentwickelt. Im ersten Jahr war daraufhin ein deutlicher Anstieg der Fahrgast- und Vertriebszahlen zu verzeichnen. Verbesserungen zur Erschließung in der Stadt Brandis und das ÖPNV-Konzept für das südliche Leipziger Neuseenland (2. Stufe) konnten im August 2019 umgesetzt werden. Im Dezember 2019 wurde erstmals ein Stadtverkehrsangebot in der Stadt Bad Lausick in Betrieb genommen und dort sowie in Brandis Stadtverkehrszonen mit speziellen Tarifangeboten eingerichtet. Zur Finalisierung des Projektes „Muldental in Fahrt“ ist für die Stadt Colditz und ihre Ortsteile zum Fahrplanwechsel im August 2020 die Einrichtung eines Stadtverkehrsangebotes mit einem flexiblen Bedienungskonzept vorgesehen. Für die Projektidee wurde die Regionalbus Leipzig GmbH im Rahmen des Sächsischen Mitmach-Fonds in der Kategorie Mobilität ausgezeichnet. Außerdem sollen im Jahr 2020 die vorbereitenden Planungen für die Überarbeitung des Verkehrsraumes im nördlichen Teil des Landkreises Leipzig (Stadt Wurzen und Umland) beginnen. Im Rahmen der Planung des Verkehrsangebotes sind regionale und demografische Entwicklungen zu berücksichtigen, die Einfluss auf die Nachfrage nach öffentlichen Personenverkehrsleistungen haben. Bestehende Fahrgäste sollen so an das Unternehmen gebunden und Potenziale zur Gewinnung neuer Fahrgastgruppen erschlossen werden.

In engem Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Verkehrsangebotes stehen die Anstrengungen zur Qualitätssteigerung der erbrachten ÖPNV-Leistungen. Hierzu gehören die Bereitstellung von fahrtbezogenen Anschlussinformationen in Echtzeit sowie kostenfreier WLAN-Zugang für die Fahrgäste in den Omnibussen der Regionalbus Leipzig GmbH und der im Auftrag der Gesellschaft tätigen Nachauftragnehmer.

Zusätzlich wurde im Jahr 2019 die unternehmensinterne Struktur weiterentwickelt, um die Voraussetzungen für verbesserte Arbeitsprozesse im Bereich Betrieb zu schaffen. Die Schwerpunkte lagen hier auf einer Verringerung der Führungsspanne sowie einer Reorganisation der Betriebsleitstelle.

Das Qualitätsmanagementsystem gewährleistet mit einer strukturierten Erfassung verschiedener betrieblicher Leistungsparameter die Erfolgsmessung der getroffenen Maßnahmen und unterstützt insbesondere durch seine Verknüpfung mit der innerbetrieblichen Aus- und Weiterbildung die Erreichung der Ziele zur Verbesserung der Dienstleistungsqualität.

Das Vertragsverhältnis mit einem Nachauftragnehmer wurde zum 6. August 2017 außerordentlich gekündigt. In diesem Zusammenhang ist derzeit noch eine Rechtsstreitigkeit anhängig. Aufgrund der aktuellen Sachlage hält die Gesellschaft das Kostenrisiko für überschaubar. Die bereits im Jahr 2018 gebildete Rückstellung in Höhe der Klageforderung besteht weiterhin.

Das mit einem weiteren Nachauftragnehmer bestehende Vertragsverhältnis wird auf der Basis einer im Dezember 2019 abgeschlossenen einvernehmlichen Vereinbarung zum 13. Dezember 2020 beendet.

Vor dem Hintergrund der Ausweitung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft wurde bereits im Jahr 2017 mit Baumaßnahmen zur Erweiterung des Betriebsteils Deuben begonnen. Die Arbeiten am Neubau zur Vergrößerung des Verwaltungs- und Sozialgebäudes konnten im November 2019 abgeschlossen werden, so dass die Voraussetzungen für die Zusammenführung der Verwaltungsfunktionen am Standort Deuben gegeben waren.

Zeitgleich konnten auf dieser Basis auch die Umbauarbeiten am Sozialgebäude im Betriebsteil Zwenkau beginnen, um dem dort gestiegenen Personalbestand Rechnung zu tragen. Die sich anschließenden Umbauarbeiten im Bestand des Verwaltungs- und Sozialgebäudes in Deuben werden voraussichtlich noch im ersten Halbjahr 2020 beendet. Die Arbeiten zur Erweiterung des Werkstattbereichs im Betriebsteil Deuben um eine Karosseriewerkstatt wurden im Dezember 2019 aufgenommen. Es ist vorgesehen, diese Baumaßnahme ebenfalls im ersten Halbjahr 2020 abzuschließen.

In Anbetracht des mit den Bauvorhaben verbundenen hohen Investitionsvolumens, werden die bestehenden Förderprogramme soweit möglich genutzt.

Im Zuge der Erneuerung und Erweiterung des Fahrzeugparks wurden durch Regionalbus Leipzig auch im Jahr 2019 Omnibusse mit zusätzlichem Elektromotor (Hybridmodul) beschafft. Vor dem Hintergrund der Diskussion um die Zukunftsfähigkeit des Dieselantriebs ist die Entwicklung alternativer Antriebstechnologien genau zu beobachten und für künftige Beschaffungsentscheidungen zu berücksichtigen. Dies gilt umso mehr, als mit dem Inkrafttreten der Clean Vehicles Directive der EU am 1. August 2019, die von den Gesetzgebungsinstitutionen der Mitgliedsstaaten innerhalb von zwei Jahren in nationales Recht umzusetzen ist, ab August 2021 Beschaffungsquoten hinsichtlich sauberer und emissionsfreier Straßenfahrzeuge definiert werden. Da die konkrete Umsetzung in nationales Recht noch aussteht, bestehen derzeit entsprechende rechtliche Unsicherheiten. Aufgrund der Tatsache, dass zurzeit keine emissionsfreien Fahrzeuge am Markt verfügbar sind, die die Anforderungen an einen Einsatz im Regionalbusverkehr voll erfüllen, bestehen insoweit auch technische Risiken. Wegen der Ausrichtung der Infrastruktur der Gesellschaft auf den Einsatz dieselgetriebener Omnibusse gilt dies mit Einschränkungen auch für saubere Fahrzeuge. Hinzu treten entsprechende Kostenrisiken, da alternativ angetriebene Omnibusse derzeit sowohl in der Beschaffung als auch im laufenden Betrieb noch deutlich teurer sind als dieselgetriebene Fahrzeuge.

Mit der Beschaffung von Kleinbussen soll einer bedarfsgerechten Bedienung insbesondere in den Stadtverkehren Rechnung getragen werden.

Das vor dem Hintergrund der angespannten Fachkräftesituation von der Gesellschaft aufgelegte Programm zur Personalgewinnung wurde im Jahr 2019 fortgesetzt und intensiviert, um den Bedarf an Arbeitskräften im Zusammenhang mit der Umsetzung der Verkehrsprojekte sowie wegen der altersbedingten Abgänge zu decken. Angesichts der demografischen Entwicklung im Landkreis Leipzig und der damit verbundenen weiteren Abnahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bis zum Jahr 2030, sind diese Maßnahmen in den nächsten Jahren in

Abhängigkeit von der Entwicklung des Arbeitsmarktes fortzuführen. Insbesondere aufgrund der Fortschreibung der für die Gesellschaft geltenden Tarifverträge ist auch künftig mit steigenden Personalaufwendungen zu rechnen.

Im Zuge des Aufkommens der Corona-Pandemie im 1. Quartal 2020 wurden bei Regionalbus Leipzig umgehend Regelungen zum Schutz der Mitarbeiter und Fahrgäste sowie zur sicheren Aufrechterhaltung des ÖPNV unter den Bedingungen der Pandemiesituation getroffen.

Die Corona-Pandemie hatte auch erhebliche Auswirkungen auf die Leistungserbringung der Gesellschaft, da die Schulen im Freistaat Sachsen sowie andere Einrichtungen zeitweise geschlossen und die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung durch staatliche Anordnungen drastisch beschränkt wurden. Durch diese Maßnahmen hat sich der Mobilitätsbedarf erheblich reduziert, was zu einem deutlichen Fahrgastrückgang führte.

Regionalbus Leipzig hat hierauf u. a. mit einer temporären Inkraftsetzung des Ferienfahrplans, einer zeitlichen Verschiebung des Starts der Saisonverkehre sowie der Anmeldung von Kurzarbeit reagiert. Außerdem sind erhebliche Ausfälle bei Vertrags- und Gelegenheitsverkehren zu verzeichnen.

Diese Entwicklungen gingen mit spürbaren Einnahmerückgängen für die Gesellschaft einher. Demgegenüber stehen Kostensteigerungen in einigen Bereichen, so z. B. durch die erhöhten Schutzmaßnahmen und verstärkte Reinigungsaufwendungen.

Es besteht darüber hinaus mittelfristig das Risiko eines sich verändernden Mobilitätsverhaltens, verbunden mit reduzierten Fahrgastzahlen und entsprechend negativer Einnahmewirkung.

Dem ÖPNV wird auch in Zukunft eine wichtige Rolle zur Sicherung der Daseinsvorsorge, als Standortfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung und zur Lösung drängender Umweltprobleme zukommen. Es muss daher durch entsprechende Maßnahmen sichergestellt werden, dass die Fahrgäste den ÖPNV weiterhin als sichere und zugleich komfortable Form der Beförderung wahrnehmen, um die Fahrgastverluste in absehbarer Zeit wieder ausgleichen zu können. Das in den letzten Jahren aufgebaute integrierte ÖPNV-System hat sich in der Pandemiesituation bewährt, da hierdurch auch außerhalb der Schulbedienung ein attraktives Verkehrsangebot mit gut nutzbaren Anschlüssen auch zu anderen Verkehrsträgern gewährleistet war. Der Erhalt und die Fortentwicklung des öffentlichen Verkehrsangebotes und vor allem dessen nachhaltige Finanzierung sind von auch vor diesem Hintergrund von großer Bedeutung.

Neben der Fortschreibung des Betriebskostenzuschusses sind in diesem Kontext auch die Möglichkeiten zur Sicherung und ggf. Steigerung der Erlöse im Linienverkehr durch Rück- und Neugewinnung von Fahrgästen zu nutzen. Hierbei wird eine gezielte Vermarktung des öffentlichen Verkehrsangebotes eine zentrale Rolle spielen. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Pandemiesituation ist außerdem insbesondere die Digitalisierung der Arbeit sowie von Information, Service und Vertrieb weiter voranzutreiben. In diesem Zusammenhang können sich zudem Möglichkeiten zur Realisierung von Synergien und Einsparungspotenzialen ergeben, z. B. durch die Ablösung personalintensiver Arbeitsgänge durch technische bzw. IT-basierte Lösungen.

Für das Jahr 2020 wird mit Einnahmen im ÖPNV-Linienverkehr von TEUR 7.089 (2019: TEUR 7.551) geplant, die aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie überwiegender Wahrscheinlichkeit nach nicht erreicht werden können. Auch die Ausgleichsleistungen für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) IX könnten pandemiebedingt in 2020 sinken. In welchem Umfang die Umsatzerlöse insgesamt zurückgehen, hängt von der Entwicklung des Betriebskostenzuschusses auf der Basis der mit dem Aufgabenträger im ÖDA getroffenen vertraglichen Regelungen ab. Das Jahresergebnis

2020 soll planmäßig TEUR 912 betragen. Vor dem Hintergrund der dargestellten Umsatzentwicklung geht die Gesellschaft jedoch davon aus, dass zumindest ein weitestgehend ausgeglichenes Jahresergebnis erreicht werden kann. Diese Einschätzung basiert auf der Annahme, dass im Zuge der Pandemiesituation keine unvorhergesehenen Ereignisse wie z. B. ein zweiter Lockdown auftreten. Ein bestandsgefährdendes Risiko wird jedoch auch in diesem Falle aktuell nicht gesehen. Entscheidend für die Jahresergebnisse ab dem Jahr 2021 ist neben der Entwicklung des Einnahmeanspruchs auf der Basis der durch das Unternehmen beförderten Fahrgäste vor allem die Sicherung der Finanzierung durch den Betriebskostenzuschuss des Aufgabenträgers.

IV. Zusätzliche Angaben gemäß § 99 Abs. 3 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO)

Die nachfolgenden Angaben erfolgen nur, soweit sie sich nicht schon aus dem Jahresabschluss und den vorangegangenen Ausführungen im Lagebericht ergeben.

Alleiniger Gesellschafter der Gesellschaft ist der Landkreis Leipzig.

Zum Abschlussprüfer für den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019 wurde die Baker Tilly GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Leipzig bestellt.

Deuben, 4. Juni 2020

Andreas Kultscher

Geschäftsführer

THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Industriestraße 4
04603 Windischleuba
Tel.: 03447 850401
E-Mail: info@thuesac.de
Webseite: <http://www.thuesac.de>

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 17.01.1992

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Öffentlicher Personennahverkehr einschließlich des Gelegenheitsverkehrs und des freigestellten Verkehrs. Soweit gesetzlich zulässig, ist die Gesellschaft zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck zu fördern. Die Gesellschaft darf auch andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art beraten, sich an solchen Unternehmen beteiligen oder ganz übernehmen. Sie darf Zweigniederlassungen errichten.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	260.000€
----------------------	----------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Stephan Bog (bis 30.08.2019)
Frau Tatjana Bonert

III BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Landkreis Altenburger Land	135.200 €	52,0%
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	75.400 €	29,0%
Landkreis Leipzig	49.400 €	19,0%

Beteiligungen

THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	75.400 €	29,0%
Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH	1.534 €	3,0%
Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)	750 €	1,0%

Finanzbeziehungen

	12/2017	12/2018	12/2019
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Aufwandszuschüsse (Betriebskostenzuschüsse)	2.948.800,0 €	2.948.800,0 €	3.868.800,0 €
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

1. Grundlagen

1.1 Geschäftsmodell

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß Gesellschaftsvertrag der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs einschließlich des Gelegenheitsverkehrs und des freigestellten Verkehrs. Die Gesellschaft erbringt neben den Leistungen des ÖPNV weitere Leistungen zur Fahrzeuginstandsetzung auf der Grundlage eines Servicevertrags mit der MAN Truck & Bus Deutschland GmbH.

Das Stammkapital beträgt EUR 260.000,00. Gesellschafter sind am Bilanzstichtag der Landkreis Altenburger Land mit einer Stammeinlage von EUR 135.200,00 (52,0 %) und der Landkreis Leipzig mit einer Stammeinlage von EUR 49.400 (19,0 %). Weiterhin hält die Gesellschaft eigene Anteile von EUR 75.400,00 (29,0 %). Die Organe der Gesellschaft sind im Jahr 2019 die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Gesellschafterversammlung hat einen Aufsichtsrat gebildet, in dem jeder Gesellschafter mit Kreistagsmitgliedern vertreten ist.

1.2 Ziele, Strategien

Der Gesellschaft obliegt die öffentliche Verkehrsbedienung durch Kraftomnibusse im Linienverkehr (ÖPNV), freigestellten Schüler- sowie Gelegenheitsverkehr. Den Linienverkehr erbringt die Gesellschaft im MDV-Gebiet in den Städten Altenburg, Borna und Schmöln (Stadtverkehr) sowie in den Landkreisen Altenburger Land (Freistaat Thüringen) und dem Landkreis Leipzig (Freistaat Sachsen).

Die in den öffentlichen Dienstleistungsaufträgen (ÖDA) festgelegten Qualitätsvorgaben sind Grundlage der Verkehrsleistungserbringung. Sie werden sowohl intern als auch durch den Auftraggeber periodisch auf Einhaltung und Verbesserung kontrolliert.

Die finanziellen Vorgaben in den ÖDA sind differenziert und setzen somit den Rahmen der jährlichen Leistungserbringung.

1.3 Steuerungssystem

Im Unternehmen werden in Führungskreisrunden, Geschäftsführersitzungen, Meisterrunden sowie im Risikomanagement und Controlling Bewertungen des Unternehmens vorgenommen und bei Bedarf entsprechende Maßnahmen eingeleitet.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Genehmigungen nach § 42 PBefG für das **Bediengebiet Thüringen** wurden durch das Thüringer Landesverwaltungsamt in Weimar, für den Überlandlinienverkehr für 29 Linien und den Stadtverkehr Altenburg/ Schmölln für acht Linien für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 2020 erteilt. Die Genehmigungen für die Einrichtung und den Betrieb eines Linienverkehrs nach § 42 PBefG für das **Bediengebiet Sachsen** wurden durch die Landesdirektion Leipzig für den Stadtverkehr Borna für zwei Linien und den Überlandlinienverkehr für 21 Linien zeitgleich mit der Laufzeit des ÖDA vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2023 erteilt.

Diesbezüglich wurde die Gesellschaft im Rahmen eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags mit der Durchführung der öffentlichen Personenverkehrsdienste mit Bussen im Zuständigkeitsgebiet des Landkreises Altenburger Land im Zeitraum vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2020 beauftragt.

Der öffentliche Dienstleistungsauftrag (Landkreis Altenburger Land) regelt für die Verwaltung und Erbringung der öffentlichen Personenverkehrsdienste im Landkreis Altenburger Land die Bestandteile und die maximale Höhe der Ausgleichsleistung an die THÜSAC. Die Ausgleichsleistung beinhaltet die Finanzhilfen des Landes Thüringen und die Betriebskostenzuschüsse des Landkreises Altenburger Land, die über den MDV gewährten Durchtarifierungsverluste, die vom Freistaat Thüringen gewährten Zuwendungen für die landesbedeutsamen Buslinien und die Zuwendungen für die Anerkennung des Azubi-Tickets Thüringen bis zu einer vertraglich vereinbarten maximalen jährlichen Höhe der Ausgleichsleistung.

Die Gesellschaft erbringt weiterhin Verkehrsleistungen im ÖPNV in Teilen des Landkreises Leipzig auf der Grundlage des öffentlichen Dienstleistungsauftrages, der vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2023 gilt. Nach der Zweckvereinbarung zwischen dem Landkreis Altenburger Land und dem Landkreis Leipzig über die Verlagerung von Zuständigkeiten nach der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 ist der Landkreis Altenburger Land für das Bediengebiet des Verkehrsunternehmens im Landkreis Leipzig zuständig. Der Landkreis Altenburger Land ist somit Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr und hat die Aufgabe der Organisation und Ausgestaltung des ÖPNV für das Bediengebiet des Verkehrsunternehmens im Landkreis Leipzig übernommen. Die Ausgleichsleistungen gemäß ÖDA des Landkreises Leipzig beinhalten außerdem, die Ausgleichsleistungen für den Ausbildungsverkehr, welche nach der Richtlinie zur Verteilung der Ausgleichsmittel für den Ausbildungsverkehr nach dem Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im ÖPNV (ÖPNVFinAusG) im Landkreis Leipzig beschieden werden und die Durchtarifierungsverluste. Die Zahlung erfolgt über den Aufgabenträger Landkreis Altenburger Land.

2.2 Geschäftsverlauf

Die Basis für die Erbringung unserer Verkehrsleistungen bleibt die Beauftragung durch die Aufgabenträger Landkreis Altenburger Land und Landkreis Leipzig. Im Geschäftsjahr 2019 wurde das Leistungsangebot im Bediengebiet des Landkreises Altenburger Land, auf der Relation Fockendorf-Pahna-Altenburg, durch den Einsatz eines RufBusses sowie der dazu erforderlichen Software zur Erprobung dieses neuen Systems implementiert. Gleichzeitig erfolgte die Planung für eine verkehrliche Neustrukturierung des südlichen Teils des Landkreises Altenburger Land mit den Vertretern der Landkreisverwaltung, der betroffenen Kommunen sowie des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes (MDV). Im Bediengebiet des Landkreises Leipzig wurde das Leistungsangebot, insbesondere auf der Relation Groitzsch-Pegau-Borna erweitert. Dabei wurden die Linienverläufe neu strukturiert, die Fahrtenhäufigkeit erhöht und die Anbindung an die S-Bahn verbessert. Darüber hinaus wurde eine neue Linie für eine bessere Anbindung der Region an die Stadt Rötha umgesetzt und mit der Projektvorbereitung für die Neustrukturierung des Stadtverkehrs Borna begonnen. Infolge dessen war es im Jahr 2019 notwendig, zusätzliches Personal einzustellen sowie zusätzliche Fahrzeuge zur Umsetzung

der Projekte zu erwerben. Dieser Vorgriff bei der Personalbeschaffung erfolgte ohne finanzielle Unterstützung.

Das Geschäftsjahr 2019 schließen wir mit einem Jahresüberschuss von TEUR 463 ab. Beeinflusst wird das positive Jahresergebnis insbesondere durch gestiegene Ausgleichsleistungen des Ausbildungsverkehrs in Thüringen, gestiegene Fahrgelderlöse, periodenfremde Ausgleichsleistungen des Ausbildungsverkehrs, höhere Versicherungserträge und höhere Erträge für Fahrzeuginstandsetzung. Gegenläufig wirkten gestiegene Personal- und Kraftstoffkosten, höhere Abschreibungen und sonstige betriebliche Aufwendungen.

Als Servicepartner der MAN Truck & Bus Deutschland GmbH konnte der Profitbereich MAN im Geschäftsjahr 2019 die Reparatur Erlöse gegenüber dem Vorjahr steigern und erreichte wiederholt ein positives Ergebnis.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das bilanzielle Gesamtvermögen ist zum 31. Dezember 2019 um 7,0 % auf EUR 22,4 Mio angestiegen. Das Anlagevermögen ist auf EUR 17,2 Mio (Vj. 14,7 Mio) gestiegen. Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen lag bei 76,5 % (Vj. 69,8 %). Das Anlagevermögen ist damit nach wie vor für das Bilanzbild bestimmend. Es ist vollständig durch langfristig verfügbare Mittel gedeckt.

Anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung wird die finanzielle Entwicklung dargestellt. Aus ihr ist erkennbar, wie die von dem Unternehmen erwirtschafteten und die ihm von außen zugeflossenen Finanzierungsmittel im Berichtszeitraum verwendet wurden.

	2019 (TEUR)	2018 (TEUR)
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-1.520	-1.127
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-5.073	-2.115
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	4.612	3.310
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes	-1.981	68

Wesentlicher Bestandteil des Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit sind die Ausgleichsleistungen gemäß ÖDA für den ÖPNV der Aufgabenträger. Sie gewährleisten die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft.

Im Geschäftsjahr 2019 haben wir TEUR 5.076 (Vj. TEUR 2.138) in erforderliche Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände investiert. Die für die Zukunftssicherung der THÜSAC und die weitere Attraktivität unserer Angebote notwendigen Investitionen, insbesondere in 17 Busse (TEUR 4.494) wurden mit TEUR 1.968 aus Fördermitteln finanziert.

Die Liquiditätssituation und die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft sind im Vergleich zum Vorjahr stabil geblieben. Die Eigenkapitalquote ist auf 45,7 % (Vj. 46,7 %) der Bilanzsumme am Bilanzstichtag gesunken.

Im Geschäftsjahr 2019 sind die Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.745 gestiegen. Im Kerngeschäft unseres Unternehmens – dem Personennahverkehr – wurden die Umsatzerlöse des Vorjahres übertroffen. Diese stiegen um TEUR 350. Dies ist insbesondere auf die Tarifierungen zum 1. August 2018 und 1. August 2019 sowie die Angebote aus dem S-Bahnnetz, den PlusBus Linien und den umgesetzten Verkehrsprojekten zurückzuführen. Die Umsätze aus dem Schülerverkehr sind gesunken, hauptsächlich infolge der durch die neuen Verkehrsprojekte stattgefundenen Verschiebung des freigestellten Schülerverkehrs zu Gunsten des ÖPNV Angebots für Jedermann. Auch die Erlöse aus dem Mietwagenverkehr

sind rückläufig. Dieser kann auf Grund von erreichten Kapazitätsgrenzen nur noch eingeschränkt angeboten werden.

Die Erträge aus Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG in Thüringen wurden für das Geschäftsjahr 2019 eingeschätzt, da die tatsächliche Zuweisung der Stückzahlen und Erträge durch den MDV zum Prüfungszeitpunkt nicht abschließend bekannt ist. In Sachsen sind die Erträge aus Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG Bestandteil des öffentlichen Dienstleistungsauftrages.

Im Bereich Fahrzeuginstandsetzung und -vermietung einschließlich Reifendienst sind die Erlöse im Vergleich zum Vorjahr angestiegen (+ TEUR 339), wobei der Großteil auf die Erträge aus Ersatz-teil-verkauf und Reparaturen MAN sowie Provision Europcar und Erträge aus dem Reifendienst entfällt. Die Busvermietung ist rückläufig.

Die Ausgleichsleistungen gemäß ÖDA sind im Thüringer Bediengebiet im Vergleich zum Vorjahr gesunken (- TEUR 329). Ursächlich hierfür sind Rückzahlungsverpflichtungen aus der Überkompensation, Ausgleichsleistungen für das Azubi-Ticket Thüringen sowie die Zuwendungen für die landesbedeutsamen Linien. Im ÖDA des Landkreises Leipzig sind die Ausgleichsleistungen auf Grund der Umsetzung des Verkehrsprojektes Frohburg/Geithain gestiegen (+ TEUR 744).

Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe ist im Vergleich zum Vorjahr angestiegen (+TEUR 218). Hier wirken insbesondere gestiegene Kraftstoffpreise und höhere Aufwendungen für Ersatzteile und Reifen. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen sind um TEUR 202 gestiegen, insbesondere durch höhere Aufwendungen für Nachauftragnehmer (+ TEUR 107) und Fremdleistungen (+ TEUR 95).

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um TEUR 954 gestiegen. Die Ursache liegt in dem deutlich höheren Mitarbeiterbedarf auf Grund anstehender Verkehrsprojekte. Die Abschreibungen sind auf Grund der Investitionstätigkeit um 67 TEUR gestiegen.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen schlagen mit TEUR 138 mehr zu Buche. Ursächlich hierfür sind u.a. Mehraufwendungen für Versicherungen (+TEUR 46), höhere Aus- und Fortbildungskosten (+ TEUR 46) sowie Kosten für Wasser/Heizöl/Strom/Gas (+TEUR 19).

Personalentwicklung

Personen am Bilanzstichtag

	31.12.2019	31.12.2018
Fahrer	152	131
Schlosser	24	25
Übriges Personal	50	51
Auszubildende	15	16
Gesamt	241	223

2.4 Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren, die der Steuerung der Geschäftstätigkeit zu Grunde liegen, sind insbesondere die Linieneinnahmen, die Investitionen und das Jahresergebnis.

Die Plan- und Ist-Zahlen der finanziellen Leistungsindikatoren zeigt, unter Berücksichtigung der Nachtragsplanung, die nachfolgende Tabelle:

	Plan 2019 (TEUR)	Ist 2019 (TEUR)	Plan 2020 (TEUR)
Erlöse Linieneinnahmen	5.328	5.506	5.420
Investitionen	3.220	5.076	3.241
Jahresergebnis	63	463	59

Das geplante Jahresergebnis 2019 konnte weit übertroffen werden.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind in den Vertragsbeziehungen zu den Aufgabenträgern definiert und beziehen sich insbesondere auf Qualitätsvorgaben für die Erbringung der Beförderungsleistungen im ÖPNV.

3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Wie in den Vorjahren haben wir auch im Geschäftsjahr 2019 in allen Unternehmensbereichen regelmäßig systematische Risikoerhebungen vorgenommen. Im Rahmen unserer Aktualisierung bzw. Überprüfung wurden die wesentlichen Risiken identifiziert, dokumentiert und bewertet, und zwar nach ihrer potenziellen Schadenshöhe und ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit. Ergänzend wurden Gegensteuerungsmaßnahmen zur Vermeidung bzw. Verminderung der registrierten Risiken eingeleitet.

Durch die langfristigen öffentlichen Dienstleistungsaufträge besteht Finanzierungs- und Planungssicherheit für den ÖPNV der THÜSAC.

In Zusammenarbeit mit den Aufgabenträgern und den Partnern im Mitteldeutschen Verkehrsverbund (MDV) setzen wir uns intensiv mit der künftigen Gestaltung und Finanzierung des Nahverkehrs auseinander. Die Entwicklung von Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Gesellschaft in der Region sowie das Nutzungsverhalten und die Verkehrsmittelwahl der Menschen stehen dabei im Vordergrund. Dabei wird die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland in verschiedenen strategischen Szenarien betrachtet und entsprechende Handlungsfelder festgelegt. Ziel ist es, durch einen attraktiven ÖPNV, die Mobilität für die gesamte Region in Mitteldeutschland zu sichern und bedarfsgerecht auszubauen. Verschiedene Projekte wie „Muldental in Fahrt“, „Südliches Leipziger Neuseenland“, „Projekt Frohburg/Geithain“ und das Projekt „Schmölln macht mobil“ sollen die Attraktivität in den ländlichen Regionen erhöhen. Gleichzeitig wird auch die städtische Entwicklung verfolgt und bei Bedarf auf die veränderten Bedingungen durch Anpassungen des Mobilitätsangebots reagiert. Parallel dazu ist die Digitalisierung des Vertriebs und der Fahrgastinformation inzwischen ein wichtiger Bestandteil dieser Planung, welche wir sukzessive ausbauen.

Der Servicevertrag mit der MAN Truck & Bus Deutschland GmbH ist die stabile Grundlage für die kontinuierliche wirtschaftliche Entwicklung der Sparte MAN. Alle Zusatzgeschäfte (Reifenservice, Vermietung von Fahrzeugen) sollen die Ertragskraft des Werkstattbetriebes steigern und den ÖPNV unterstützen. Konjunkturellen Einflüssen wirken wir mit der Umsetzung entsprechender Gegensteuerungsmaßnahmen entgegen.

Großes Augenmerk legen wir nach wie vor auf die Ausbildung des eigenen Fachkräftenachwuchses. Nur dadurch ist die Basis einer stabilen Personalentwicklung für das Unternehmen in den nächsten Jahren sichergestellt. Ein weiterer Ausbauschritt dieser Vorgehensweise ist die Gründung einer eigenen Aus- und Weiterbildungsgesellschaft im Jahr 2020, welche künftig die Ausbildung und Weiterqualifizierung des Fahrpersonals sicherstellen soll. Die entsprechenden Vorbereitungen und Vorlagen bei den Entscheidungsgremien erfolgen derzeit.

Risiken der künftigen Entwicklung bestehen insbesondere bei der Gewinnung von Personal für den Fahrbetrieb sowie in Einschränkungen bei der Gewährung von Betriebskosten- und

Investitionszuschüssen, beihilferechtlichen Änderungen sowie der Lohn- und Gehaltsentwicklung und der Entwicklung der Kraftstoffpreise. Ein neues Risiko birgt derzeit die Ausbreitung der Corona-Viren, welche uns vor großen Herausforderungen stellt. Die aktuelle fortlaufende Entwicklung lässt eine vollständige Risikobewertung derzeit nicht zu, weshalb die erforderlichen Maßnahmen täglich überprüft und bei Bedarf angepasst werden.

Für das Geschäftsjahr 2020 rechnet die THÜSAC mit einem positiven Jahresergebnis von TEUR 59.

Windischleuba, den 3. April 2020

Tatjana Bonert
Geschäftsführerin

Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Flugplatz

04603 Nobitz

Tel.: 03447-5900

E-Mail: info@leipzig-altenburg-airport.de

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 27.01.1992

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Die Errichtung und der eigenverantwortliche Betrieb des Leipzig-Altenburg Airport zur Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	51.129€
----------------------	---------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Dr. Frank Hartmann

III BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Landkreis Altenburger Land	30.678 €	60,0%
eigene Anteile	16.361 €	32,0%
Gemeinde Nobitz	2.556 €	5,0%
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	1.534 €	3,0%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2017	12/2018	12/2019
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Aufwandszuschüsse (Betriebskostenzuschüsse)	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

1. Grundlagen

Die Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH (FAN) betreibt einen Flugplatz mit IFR-Flugbetrieb in der Flugzone RMZ. Mit diesem Luftraummodell kann der Flugbetrieb für größere Flugzeuge im vollen Umfang aufrechterhalten und bedient werden. Für eine Rückkehr zum kontrollierten Luftraum „D“ besteht derzeit kein Bedarf. Eine weitere Herabstufung ohne RMZ würde gleichfalls den Wegfall des IFR-Flugbetriebes bedeuten. Dies scheint aufgrund der Größe des Flugplatzes wirtschaftlich nicht sinnvoll, da hierdurch keine signifikanten Einsparungen erzielt werden können.

Für die Region stellt der Flugplatz Altenburg-Nobitz ein Infrastrukturobjekt zur Förderung der regionalen Wirtschaft dar.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Geschäftsverlauf

Aufbauend auf die zwischenzeitlich erreichten Ergebnisse bei der Neuausrichtung der Gesellschaft und weiterer politischer Unterstützung des Flugplatzes als wichtiges Infrastrukturobjekt, konnte die Gesellschaft auch im Geschäftsjahr 2019 erfolgreich agieren.

Zur Steigerung des Flugverkehrs wurden das Serviceangebot und damit die Attraktivität des Flugplatzes für Privatpiloten und Geschäftsreisende weiter verbessert. Die Gesamtzahl der Flugbewegungen hat im Vergleich zum Vorjahr leicht abgenommen. Die gewerblichen Flüge waren im Geschäftsjahr 2019 leicht rückläufig. Dies begründet sich damit, dass der dazugehörige Schulflugbetrieb in geringeren Umfang stattfand. Die Anzahl der Flugbewegungen des übrigen gewerblichen und Werksverkehr entspricht denen des Vorjahres. Trotzdem konnten die Einnahmen aus dem Flugverkehr im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden.

Die Investitionen wurden gemäß dem Wirtschafts- und Investitionsplan 2019 planmäßig durchgeführt.

Das Vorfeld wurde insbesondere im Bereich der Parkposition umfangreich saniert. Derartige Maßnahmen sind sehr kostenintensiv. Aus diesem Grund ist die Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH bei derartigen Projekten auf eine Förderung des Freistaates Thüringen angewiesen. Durch das Land Thüringen wurden die Fördermittel für die Teilsanierung des Vorfeldes in üblicher Höhe bewilligt.

Somit konnte die geplante Sanierung des Vorfeldes im Förderzeitraum 2019 umgesetzt werden. Mit der Maßnahme wurden die gesetzlichen Anforderungen an den Zustand eines Vorfeldes nunmehr erfüllt.

Die Gesellschaft setzt sich gemeinsam mit der Landesentwicklungsgesellschaft des Freistaates Thüringen und der Gemeinde Nobitz aktiv für die Vermarktung des Flugplatzes sowie der unmittelbar angrenzenden Industrie- und Gewerbeflächen ein. Mehrere Großprojekte werden gegenwärtig evaluiert.

2.2 Wirtschaftliche Lage

2.2.1. Vermögens- und Finanzlage

Das bilanzielle Gesamtvermögen hat sich im Geschäftsjahr 2019 um TEUR 43 auf TEUR 2.527 verringert. Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen lag bei 90,8 % (Vorjahr: 92,8 %), der Anteil des Umlaufvermögens am Gesamtvermögen bei 9,2 % (Vorjahr: 7,2 %). Die Eigenkapitalquote beträgt 19,0 %.

Anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung wird die finanzielle Entwicklung dargestellt. Aus ihr ist erkennbar, wie die von der Gesellschaft erwirtschafteten und die von außen zugeflossenen Finanzierungsmittel im Berichtszeitraum verwendet wurden:

	<u>2019</u> TEUR	<u>2018</u> TEUR
Mittelzufluss/-abfluss aus		
laufender Geschäftstätigkeit	-193	-221
Investitionstätigkeit	-128	-196
Finanzierungstätigkeit	347	405
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	152	126

Zuschüsse der Gesellschafter sind unter der Finanzierungstätigkeit erfasst. Diese betragen im Berichtsjahr TEUR 354 (Vj. TEUR 371).

Im Geschäftsjahr 2019 wurden Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von TEUR 128 vorgenommen. Dies betrifft im Wesentlichen die Vorfeldsanierung.

2.2.2. Ertragslage

Die Ertragslage stellt sich tabellarisch wie folgt dar:

	<u>2019</u> TEUR	<u>2018</u> TEUR	<u>Verände</u> <u>rung</u> TEUR
Betriebliche Erträge	967	1.194	-227
Betriebliche Aufwendungen	<u>-996</u>	<u>-1.141</u>	<u>145</u>
Betriebsergebnis	-29	53	-82
Finanzergebnis	<u>-10</u>	<u>-10</u>	<u>0</u>
Jahresergebnis	<u>-39</u>	<u>+ 43</u>	<u>-82</u>

Die Gesellschaft rechnet im Geschäftsjahr 2019 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 39 ab.

Die betrieblichen Erträge umfassen die Umsatzerlöse und die sonstigen betrieblichen Erträge. Die Umsatzerlöse sanken im Geschäftsjahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 280 auf TEUR 498. Dies begründet sich hauptsächlich in gesunkenen Einnahmen aus der Vermietung der Flugbetriebsflächen an den Volkswagenkonzern (- TEUR 132).

Die sonstigen betrieblichen Erträge betrugen im Geschäftsjahr 2019 TEUR 469 und liegen damit über dem Vorjahresniveau (TEUR 416). Dies resultiert im Wesentlichen aus der Auflösung der Rückstellung für unterlassene Instandhaltung (TEUR 80). Gegenläufig wirken niedrigere Gesellschafterzuschüsse (TEUR -17) und die geringere Auflösung des Sonderpostens (TEUR -12).

Der Materialaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 12 auf TEUR 76 gesunken. Der Personalaufwand ist um insgesamt TEUR 25 auf TEUR 381 angestiegen. Die Abschreibungen sind um TEUR 2 auf TEUR 217 gesunken.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von TEUR 313 sind um TEUR 155 gesunken. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang der Grundstücksaufwendungen (TEUR -196). Entgegen stehen Mehrkosten für die Hindernisbeseitigung (TEUR + 35), für Reparaturen und Instandhaltungen (TEUR +4) und höhere Luftfahrtkosten (TEUR +11).

2.2.3. Leistungsindikatoren

Leistungsindikatoren, die der Steuerung der Geschäftstätigkeit zu Grunde liegen, sind insbesondere die Flugplatzgebühren, die Investitionen, das Jahresergebnis und die Liquidität.

	Plan 2019 (TEUR)	Ist 2019 (TEUR)	Plan 2020 (TEUR)
Flugplatzgebühren	70	88	70
Investitionen	90	128	100
Jahresergebnis	62	-39	31
Finanzmittelbestand	39	152	120

3. Chancen- und Risikobericht

Im Verlauf des Geschäftsjahres 2019 wurden regelmäßig systematische Risikoerhebungen vorgenommen. Dabei wurden im Rahmen der Berichterstattung alle wesentlichen Risiken dokumentiert und bewertet. Ergänzend wurden Gegensteuerungsmaßnahmen zur Vermeidung bzw. Verminderung der Risiken eingeleitet.

In die Prozesse des Risikomanagementsystems ist die Geschäftsleitung durch regelmäßige Berichterstattung eingebunden. Monatliche Analysen der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Liquidität sind dabei zu einem entscheidenden Instrument für Geschäftsleitung, Aufsichtsrat und Gesellschafter geworden. Alle Abweichungen werden auf der Grundlage des Wirtschaftsplanes ausgewertet.

Risiken für die künftige Entwicklung der Gesellschaft, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten, sehen wir insbesondere in der Bereitstellung von Gesellschafterzuschüssen. Die Gesellschaft ist derzeit nicht in der Lage, aus der operativen Tätigkeit positive Ergebnisse zu erwirtschaften. Der Fortbestand des Unternehmens ist wesentlich von Zuschüssen der Gesellschafter zum Verlustausgleich der operativen Tätigkeit und zur Finanzierung der Tilgung der Bankkredite und der Investitionen von derzeit TEUR 334 abhängig.

Die Europäische Kommission hatte ein Untersuchungsverfahren eingeleitet mit dem Ziel der Überprüfung, ob die zwischen den Behörden und dem Flugplatz Altenburg-Nobitz getroffenen Finanzierungsvereinbarungen sowie die zwischen dem Flugplatz und den sie anfliegenden Luftfahrtgesellschaften geschlossenen Preisnachlass- und Marketingvereinbarungen den EU-Beihilfavorschriften entsprechen. Dazu hat die EU-Kommission am 15. Oktober 2014 ihre Entscheidung zum Beihilfverfahren in einem Beschluss mitgeteilt. Der FAN gewährte Beihilfen wurden als zulässig angesehen. An Ryanair gezahlte Marketingzuschüsse in Höhe von TEUR 319 nebst Zinsen an Ryanair/AMS sind mit dem Binnenmarkt unvereinbar. Ryanair hat gegen die Beihilfeentscheidung geklagt. Die Klage ist mit Urteil vom 13. Dezember 2018 zurückgewiesen worden. Ryanair hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Mit Schreiben vom 17. Februar 2020 haben die anwaltlichen Vertreter von Ryanair mitgeteilt, dass sie das Rechtsmittel gegen das Urteil des Gerichts der Europäischen Union zurückgenommen haben.

4. Prognosebericht

Ziel bleibt es auch weiterhin, die gewerblichen Flugbewegungen zu erhöhen, wobei die Anzahl der insbesondere gewerblichen Flüge Spiegelbild der wirtschaftlichen Entwicklung der Region und des Einzugsgebietes sind. Weiterhin soll Gewerbe, insbesondere flugaffine Unternehmen, angesiedelt werden, die Verbindlichkeiten gegenüber Banken bis 2021 vollständig getilgt sein, die Gesellschafterzuschüsse sukzessive weiter reduziert, neue Gesellschafter aus der Privatwirtschaft gewonnen und der noch verbleibende Investitionsstau am Flugplatz beseitigt werden.

Geschäftsjahr 2018 wurde der Flugplatz durch die Landesluftfahrtbehörde aufgefordert, die Hindernisbeseitigung auf dem Flugplatzgelände selbst und außerhalb für die Behörde zunächst zu vermitteln. Die letzte große Hindernisbeseitigung fand im Jahr 2005 statt. Im Rahmen dieser Hindernisbeseitigung, welche sich mindestens bis in das Geschäftsjahr 2021 hinziehen wird, könnten Kosten für die Beseitigung der Hindernisse und Entschädigungsansprüche für entgangene Nutzungen auf die Gesellschaft zu kommen. Im Geschäftsjahr 2019 wurden bereits sämtliche betroffenen Innenflächen entgeltlich bereinigt. Bei den Außenflächen erfolgte die Bereinigung zunächst bei allen willigen Bürgern, ohne das bisher zusätzliche Kosten entstanden sind. Bei den verbleibenden betroffenen Bürgern und Firmen betreibt die Landesluftfahrtbehörde nunmehr das Verwaltungsverfahren.

Die Gesellschafter streben weiterhin den Verkauf der eigenen Geschäftsanteile der FAN an (32 % eigene Anteile). Dafür sollen private Investoren gewonnen werden. Dabei sollen insbesondere Investoren, welche sich zur Absicherung ihrer Investitionen an der FAN beteiligen wollen, Anteile erwerben können.

Geplant ist, den Flugplatz auch für unbemannte Flugobjekte dauerhaft zu nutzen. Im Geschäftsjahr 2019 fanden weitere Veranstaltungen am Flugplatz statt, ein Trägerverein findet sich in Gründung. Aufgrund diverser Förderung werden gegenwärtig verschiedene Projekte zu unbemannten Flugobjekten am Flugplatz umgesetzt. Ein vereinfachtes Genehmigungsverfahren in Fortführung der Betriebsmitteilung zur Nutzung des Flugplatzes für unbemannte Flugobjekte ist in enger Abstimmung mit der Landesluftfahrtbehörde in Erarbeitung. Namhafte Partner aus Industrie und Wissenschaft unterstützen das Projekt aktiv.

Es wird beabsichtigt, am Flugplatz die Einrichtung einer 5G-Zone und somit die Realisierung einer neuen Mobilfunktechnologie in Zusammenarbeit mit T-Mobile zu implementieren. Von einer 5G-Überdeckung wird eine Sogwirkung auf weitere gewerbliche Ansiedlungen erwartet.

Der Flugplatz wird auch in den Folgejahren sukzessive die Infrastruktur erhalten bzw. erneuern. Im Jahr 2020 soll in einer ersten Tranche ein Teil der Landebahn saniert werden. Diese Maßnahme wird vom Land Thüringen gefördert. In den Jahren 2021 und 2022 steht die Sanierung von weiteren Teilen der Landebahn an. Weiterhin sollen die noch unbeplanten Flächen auf dem Flugplatzgelände überplant werden.

Daneben ist eine Reihe von kleineren Investitionen geplant. Hierbei soll u.a. in die Sicherheit der Zugangstore investiert werden. Eine neue Telefonanlage, die Anschaffung eines Rasentraktors und ein Follow-me-Fahrzeug sind ebenfalls geplant.

Der Wirtschaftsplan sieht für das Geschäftsjahr 2020 Nachschüsse im Sinne des § 18 des Gesellschaftsvertrags und weitere nicht rückzahlbare Zuschüsse von insgesamt TEUR 334 vor. Diese Zuschüsse sind notwendig, um die vorhandenen Verbindlichkeiten der Gesellschaft abzutragen, den Investitionsstau abzubauen und die Wirtschaftlichkeit der Gesellschaft zu gewährleisten. Der Betrieb des Flugplatzes ist weiterhin stark von politischen Entscheidungen abhängig.

Die Gesellschaft rechnet unter Berücksichtigung der Gesellschafterzuschüsse mit ausreichenden Liquiditätszuflüssen für das Geschäftsjahr 2020, die nachhaltig zur Tilgung von Verbindlichkeiten geeignet sind.

Altenburg, den 12. März 2020

Dr. Frank Hartmann

Geschäftsführer

Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Prager Straße 8
04103 Leipzig
Tel.: 0341 / 8 68 43-0
E-Mail: post@mdv-info.de
Webseite: <http://www.mdv.de>

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 27.03.1998

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Die Gesellschaft hat im Mitteldeutschen Verkehrsverbundgebiet Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und der Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebotes, zu erfüllen und die tarifliche Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif herbeizuführen und künftig sicherzustellen sowie die im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen zu erfassen und aufzuteilen.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	76.050€
----------------------	---------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Steffen Lehmann

III BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) mbH	12.900 €	17,0%
Stadt Leipzig	11.700 €	15,4%
Stadt Halle	9.150 €	12,0%
Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft	8.050 €	10,6%
DB Regio AG	4.950 €	6,5%
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH	3.500 €	4,6%
Landkreis Burgenlandkreis	2.600 €	3,4%
Landkreis Leipzig	2.600 €	3,4%
Landkreis Nordsachsen	2.600 €	3,4%

Landkreis Saalekreis	2.600 €	3,4%
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	2.600 €	3,4%
Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis	2.200 €	2,9%
Regionalbus Leipzig GmbH	2.200 €	2,9%
verschiedene VKU	2.200 €	2,9%
Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH	1.150 €	1,5%
Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH	1.100 €	1,4%
Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH	1.100 €	1,4%
Landkreis Altenburger Land	750 €	1,0%
Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH	750 €	1,0%
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	750 €	1,0%
Erfurter Bahn GmbH	300 €	0,4%
Transdev GmbH (vormals Veolia Verkehr GmbH)	300 €	0,4%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2017	12/2018	12/2019
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Zuschüsse	87.678,70 €	89.704,00 €	94.248,96 €
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

Organisationsstruktur

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Seit dem 15. Dezember 2019 gilt der MDV-Tarif auch für die Fahrgäste in allen S-Bahnen und Regionalzügen nach Dessau-Roßlau und in die Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld (MDV-Nord).

Mit einem Anteil von 51 % halten die zehn Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49 % werden von den im Verbundraum tätigen 13 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüssen gehalten. Im Zusammenhang mit der Erweiterung im Dezember 2019 übernahmen die Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH, DB Regio AG und Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH zusätzliche Gesellschafteranteile von insgesamt 2.550 ,00 €, so dass das Stammkapital zum 31.12.2019 auf 76.050,00 Euro stieg. Die entsprechenden Änderungen im Gesellschaftsvertrag wurden am 13. bzw. 16. Dezember 2019 im Handelsregister eingetragen.

Entwicklungen und Aufgabenschwerpunkte in 2019

Auch 2019 hielt die positive Entwicklung an. Die **Verbundeinnahmen** entwickelten sich mit einem Zuwachs um 16,2 Mio. € bzw. 6,9 % überdurchschnittlich positiv. Dazu beigetragen haben Zuwächse in allen Tarifproduktgruppen sowohl in den beiden kreisfreien Städten, als auch in den Landkreisen im MDV. Die Steigerung in der Tarifzone Leipzig mit 7,9 % resultiert in einem starken Maße aus dem Zuwachs im Segment Zeitkarten Jedermann (+ 5,0 Mio. € bzw. + 8,3 %), was anteilig auch auf den gestiegenen Zuschuss der Stadt Leipzig für die Leipzig-Pass-Mobilcard zurück zu führen ist. Aufgrund der Einführung neuer sächsischer Tarifprodukte sind deutliche Zuwächse im Segment der ermäßigten Zeitkarten zu verzeichnen. Zwischen Einführung im August 2019 und Dezember 2019 haben allein 3.874 Junge Leute das AzubiTicketSachsen erworben. Die Nutzerzahlen sind damit um ca. 7 % gestiegen. Bei den Fahrgastzahlen stehen den anhaltenden Zuwächsen im SPNV eher stagnierende Fahrgastzahlen der ÖPNV-Verkehrsunternehmen gegenüber.

Trotz der insgesamt positiven Entwicklung musste auch im Jahr 2019 der **Verbundtarif** aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zusätzlich preislich fortgeschrieben werden, da für einen großen Teil der Verkehrsunternehmen zum derzeitigen Stand zur Gegenfinanzierung keine anderweitigen oder nicht ausreichenden Mittel zur Verfügung stehen.

Gleichzeitig wurden in der Stadt Leipzig politische Vorgaben sowie zusätzliche finanzielle Mittel für den städtischen Nahverkehr diskutiert. Als Ergebnis dieser Diskussion beschloss der Leipziger Stadtrat am 24.10.2018, dass die Fahrpreise in der Tarifzone 110 (Leipzig) in den Jahren 2019 und 2020 nicht erhöht werden und die Kostensteigerung der LVB durch zusätzliche kommunale Mittel getragen werden sollen.

Im Rahmen der sachsenweiten Strategie, die verschiedenen Verbundtarif zu vereinheitlichen und gleichzeitig attraktive Tarifangebote für junge Leute anzubieten, wurden zu Tarifwechsel 2019 das AzubiTicket Sachsen und das SchülerFreizeitTicket eingeführt:

- Das (vom Freistaat geförderte) AzubiTicket Sachsen ist zu einem günstigen Abonnementpreis MDV-weit für alle Azubis nutzbar, die eine Bildungseinrichtung in Sachsen besuchen. Der Zukauf für Fahrten eines/ mehrerer weiterer Verbünde in Sachsen ist optional möglich.
- Auch das SchülerFreizeitTicket wird vom Freistaat gefördert, so dass Schülern allgemeinbildender Schulen eine MDV-weite Freizeitnutzung für einen günstigen Verkaufspreis im Abonnement angeboten werden kann.

Als Test für einen Sachsentarif fungiert der gleichfalls zum Tarifwechsel 2019 eingeführte Übergangstarif für Fahrten zwischen den Tarifzonen 41 (VVO) und 127 (MDV). Der Verbundgrenzen überschreitende Tarif integriert die Nutzung des SPNV-Nahverkehrs, des straßengebundenen ÖPNV-Angebots (Bus) und der Döllnitzbahn.

Die Umsetzung des Erwerbs all dieser Produkte in den ABO-Vertriebssystemen der MDV Unternehmen wurde durch die Verbundgesellschaft technisch-organisatorische betreut. Zusätzlich übernahm der MDV die Federführung in der Arbeitsgruppe Vertrieb zur Sicherstellung der Anerkennung und Kontrollierbarkeit des AzubiTicket Sachsen bei der sachsenweiten Umsetzung in enger Zusammenarbeit mit den anderen sächsischen Verkehrsverbünden, um einvernehmliche Lösungen zu Ticketlayouts, Fahrscheinsicherheit, Anerkennung und Kontrollprozessen mit den Partnerverbünden im Interesse des Fahrgastes zu erarbeiten und umzusetzen.

Eine weitere Vereinheitlichung zwischen den sächsischen Verbünden konnte mit der zum Tarifwechsel erfolgten Anhebung der Kinderaltersgrenze um ein Jahr erreicht werden.

Neben den sachsenweiten Entwicklungen wurden aber auch die MDV-Angebote kontinuierlich weiterentwickelt. Ein zentraler Bestandteil war dabei die Neuverhandlung und der erfolgreiche

Abschluss der Semesterticketverträge mit den Universitäten in Leipzig, in Halle und in Merseburg.

Im Rahmen der Umsetzung der **Strategie „Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland 2025“** wurde weiter an den 38 Arbeitspaketen mit den folgenden Schwerpunkten gearbeitet:

Zum 15. Dezember 2019 wurde die vorerst auf den SPNV beschränkten **Verbunderweiterung** umgesetzt. Seitdem gilt der MDV-Tarif auch für die Fahrgäste in allen S-Bahnen und Regionalzügen nach Dessau-Roßlau und in die Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld. Die Umstellung verlief insgesamt erfolgreich und in der öffentlichen Gesamtwahrnehmung positiv. Eine wesentliche technische Voraussetzung war die Anpassung aller Vertriebs- und Auskunftssysteme im alten und neuen Verbundgebiet. Dazu wurde auch ein System zum automatisierten Erstellen der Tarifmatrix eingeführt, um in allen Vertriebsgeräten die Relationen ins Erweiterungsgebiet ohne das bisherige aufwendige händische Erstellen und Bearbeiten der Tarifdaten durch Verbundgesellschaft und Sachbearbeiter der Verkehrsunternehmen anzulegen. Vorbereitet und begleitet wurde die Verbunderweiterung durch eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit. Eine erste Kampagnen-Evaluation zeigte, dass alle Maßnahmen planmäßig umgesetzt wurden und damit die gewünschte breite öffentliche Wahrnehmung als wichtigstes Kommunikationsziel weitestgehend erreicht wurde.

Wichtigste Arbeitspaket im technischen Bereich war 2019 die **künftige Tarif- und Vertriebsstrategie im MDV**. Hierfür wurden vorbereitende Studien und Recherchen durchgeführt und diese mit den Gesellschaftern diskutiert. Dieser Prozess soll 2020 fortgesetzt werden, um eine abschließende Entscheidung für die nächsten Jahre zu treffen. Die Komplexität der Diskussion ist sehr hoch, zumal hier spezifische unternehmensinterne Ziele einfließen. Dies sind insbesondere die Reduzierung bzw. mittelfristige Abschaffung von Bargeld und Papiertickets.

Im Rahmen der Weiterentwicklung des eTicketing im MDV wurde im Jahr 2019 die Erweiterung des **zentralen eTicketing-System im MDV (MDV-Berechtigungssystem „BerSy“)** für die VDV-KA Umsetzungsstufe 2b begonnen. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, um auch bargeldloses Bezahlen mit VDV-KA-Bezahlungsmitteln (POB, PEB, WEB) zu ermöglichen. Die Umsetzung erstreckt sich noch bis zum 2. Quartal 2020. Als erstes Verkehrsunternehmen wird die LVB diese Funktionen für Ihre Kunden anbieten. Bei weiteren Verkehrsunternehmen im MDV gibt es bereits in Umsetzung befindliche Projekte bzw. konkrete Planungen dazu. Die Erweiterung kann dann später auch von anderen Verkehrsunternehmen genutzt werden.

Mit der Inbetriebnahme des ReTSy-Systems bei der PNVG konnte auch die Anbindung an das MDV-BerSy erfolgreich abgeschlossen werden. Auf dieser Grundlage wurde 2019 mit der Umstellung der Abonnenten der PNVG auf Chipkarte begonnen; der Abschluss wird im 1. Quartal 2020 erfolgen. Des Weiteren war die Umstellung des Systems Patris bei der LVB im Jahr 2019 soweit fortgeschritten, dass die Anbindung an BerSy nach VDV-KA-Version 1.5 erfolgreich getestet werden konnte. Die Produktivsetzung wird dann Anfang 2020 erfolgen.

Das **handybasierte Auskunfts- und Ticketingsystems easy.GO** hat sich zu einem stabilen Fahrplan- und Tarifauskunfts- sowie Ticketingdienst für die Kunden im Mitteldeutschen Verkehrsverbund entwickelt. 2019 ist die Nutzung wiederum angestiegen. Anfragen zu Verbindungen und Abfahrtszeiten stiegen von 54,5 Mio. in 2018 auf 68,8 in 2019 und damit um 26 %. Mit fast 1,3 Mio. Ticketkäufen in Höhe von EUR 3,75 Mio. bedeutet dies einen Anstieg von rd. 30 % zum Vorjahr.

Im Jahr 2018 wurde beschlossen, die App easy.GO mit den Schwerpunkten zusätzliche Bezahlverfahren, Buchung von Rufbusfahrten und verbundüberschreitende Auskunft und Verkäufe inklusive Reiseketten im Bereich Sachsen bzw. später Mitteldeutschland weiterzuentwickeln. Hierfür wurde 2019 eine europaweite Ausschreibung durchgeführt und nach Auftragsvergabe im August 2019 mit den Arbeiten begonnen, die in mehreren Stufen 2020 produktiv

gesetzt werden sollen. Parallel dazu wurde über eine Agenturausschreibung eine neue Marke für die App kreiert, da easy.GO aufgrund des rechtlichen Rahmens nicht mehr weiter genutzt werden kann, und die im Jahr 2020 geplante Vermarktung vorbereitet

Im Jahr 2019 wurde die **Einführung der neuen Bordrechner bei der PVG Burgenlandkreis** begleitet und entsprechende umfangreiche Tests durchgeführt. Die ersten Geräte sind im Dezember 2019 in Betrieb gegangen. Im Jahr 2020 sollen alle Bordrechner implementiert werden.

Die **Datendrehscheibe** für den verkehrsunternehmensübergreifenden Datenaustausch wurde um zusätzliche Funktionen für die Fahrgastinformation erweitert. Mittels eines DFI-Konverters ist es möglich, Fahrten von Fremdunternehmen aus den Auskunftsdaten für die DFI-Schnittstellen der Abnehmer aufzubereiten. In 2020 ist geplant, die Datendrehscheibe des Verkehrsverbundes Oberelbe an die MDV/NASA- Datendrehscheibe anzuschließen, wozu bereits 2019 die Vorarbeiten und Abstimmungen durchgeführt wurden. Gleichzeitig wurde das Thema **Anschluss-sicherung** vorangetrieben, indem durch den Bereich Verkehrsplanung neue Anschluss-sicherungspunkte für PlusBus-Linien in den Landkreisen Nordsachsen und Leipzig definiert wurden. Die Verbundgesellschaft unterstützt Verkehrsunternehmen, die aufgrund technischer Probleme bisher keine Anschluss-sicherungspunkte implementiert konnten. Die Datengrundlage auf Seiten der Datendrehscheibe ist jedoch vorhanden und kann jederzeit genutzt werden.

Im Zuge der **Open Data** Strategie wurde der Zugang zu den Fahrplänen im GTFS-Format weiter vereinfacht. Der Datensatz kann ohne Einschränkungen über die Verbundseite bezogen werden und wird entsprechend der INSA-Auskunft wöchentlich aktualisiert. Darüber hinaus erfolgte die Veröffentlichung der Daten auf Google Maps. Der Datensatz wird auch zunehmend durch die Verbundpartner für eigene Vorhaben genutzt, wie z.B. LVB Flexa, HAVAG FARTIQ oder das Tool „Reachie“ im Projekt LOW CARB. Der GTFS-Datensatz wird laufend optimiert, wobei im Vordergrund die Abbildung von Rufbussen steht. Mit der Bereitstellung der Soll-Fahrplandaten an DELFI und den sog. nationalen Zugangspunkt (DODP) erfüllen die MDV-VUs zudem die aktuellen Anforderungen der EU bezüglich der Bereitstellung von Mobilitätsinformationen gem. der delegierten Verordnung (EU) 2017/1926. Die Anschaffung von Echtzeitdatenschnittstellen konnte dagegen bisher noch nicht umgesetzt werden.

Im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung Verkehrsmanagement (KOV-VM)** wurden insbesondere der Austausch der Partner und Stakeholder in den Bereichen automatisiertes Fahren, umweltsensitive Verkehrssteuerung, E-Mobilität und Datenmanagement vorangetrieben. In der AG Autonomes Fahren fand ein umfassender Austausch der Projektbeteiligten (ABSOLUT, automatisierter Bus Rackwitz), kommunalen Akteuren, Landesbehörden und der Forschung im MDV statt. Der Geschäftsbesorger unterstützt die Partner nach Bedarf mit Daten und Know-How im Bereich der Leitstellentechnik. Im Bereich **umweltsensitive Verkehrssteuerung** konnte durch die Universität Leipzig (InfAI) und die Stadt Leipzig eine Referenzmessstelle zu Erfassung von Luftschadstoffen an einer offiziellen Landesmessstelle eingerichtet werden. Die Erkenntnisse zur Verlässlichkeit der kostengünstigen Erfassungsmethode sowie möglicher Anwendungsfälle werden 2020 im Rahmen der KOV-VM geprüft. Eine wichtige Aufgabe ist die Unterstützung der Partner bei der Datenbereitstellung und Datenbeschaffung. Die Verbundgesellschaft bildet damit eine Vermittlungsebene zwischen den Datenanbietern und Abnehmern (s. a. Datendrehscheibe und GTFS-Fahrpläne) und ist Ansprechpartner für Dritte. Einen weiteren Baustein des Datenmanagements bildet die Bereitstellung eines Abfahrtstafelgenerators für Anzeiger Dritter. Die Bereitstellung erfolgt voraussichtlich in 2020.

Mit der Realisierung der neuen Verbund-App wird seit 2019 das Thema der Beauskunftung, Buchung und Bezahlung von **Anrufbussen** umgesetzt. Entsprechende Erweiterungen der geplanten App sowie des Hintergrundsystems INSA wurden konzipiert und beauftragt. Die

Grundlage dazu bilden die Dispositionssysteme der Verkehrsunternehmen Geißler Reisen und Regionalbus Leipzig

Die Daten der **Automatischen Fahrgastzählsysteme** bilden eine wesentliche Säule der Einnahmeaufteilung. Da sowohl im Hardware- als auch im Softwarebereich eine Fortschreibung der Fahrgastzähltechnik erforderlich ist, hat die Verbundgesellschaft im Jahr 2019 in einer zweiten Stufe eine Ausschreibung für die Neubeschaffung der Software für die Hochrechnung, den Saldenausgleich und die Stichprobenbildung vorbereitet und durchgeführt.

Die **verkehrsplanerischen Schwerpunkte** orientierten sich 2019 wie auch in den vergangenen Jahren wesentlich an den Themen aus dem Strategieprozess MDV 2025.

Im **Projekt „Landkreis Leipzig in Fahrt“** konnten im Jahr 2019 sowohl der neugestaltete Stadtverkehr Grimma als auch der komplett neue Stadtverkehr von Bad Lausick in Betrieb genommen werden. Dabei wurden in Grimma vor allem Linienläufe verbessert, die Haltestellenanzahl deutlich erhöht, die Taktlücken am Vormittag geschlossen und das Angebot am Abend und am Wochenende erstmals eingerichtet. Die Fahrgastzahlen sind in Grimma schon wenige Wochen nach der Umstellung deutlich gestiegen. Während der Stadtverkehr in Grimma im April 2019 umgesetzt wurde, startete Bad Lausick im Dezember 2019. Wie auch in Grimma wird hier ein Halbstundentakt mit dichten Haltestellenangebot, Verknüpfung zum Regionalverkehr und zum SPNV in Richtung Leipzig angeboten.

Die Planungen für den Stadtverkehr in Colditz sind Ende 2019 fast vollständig fertig gestellt worden. Hier soll der nächste Innovationsschritt umgesetzt werden, eine Umsetzung als flexibler Rufbus. Start ist für den August 2020 vorgesehen. Ein Pre-Test für flexible Bedienformen hat Regionalbus Leipzig im Raum Bennewitz seit Dezember 2019 gestartet. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass sowohl die Dispositionssoftware „Cover“ als auch die technischen Abläufe bei Regionalbus Leipzig funktionieren und eine gute Basis für den flexiblen Stadtverkehr Colditz bieten. Kritisch dagegen ist, dass die Genehmigungsbehörde keine Genehmigung als Linienverkehr erteilt hat. Das Verfahren befindet sich derzeit in Klärung.

Für den Bereich rund um **Wurzen** ist ab 2020 gemeinsam mit dem Landkreis Nordsachsen kreisgrenzenüberschreitend ein ÖPNV-Projekt vorgesehen, das den Bereich Taucha, Borsdorf, Wurzen, Falkenhain Mockrehna und Eilenburg umfasst. Die Federführung – unter fachlicher Begleitung des MDV - wird bei den Aufgabenträgern liegen.

Das unter Federführung des Burgenlandkreises zur Umsetzung vorgesehene Projekt **„Clever unterwegs im Burgenlandkreis“** liegt derzeit auf Eis. Hintergrund waren sowohl personelle Engpässe bei der PVG Burgenlandkreis als vor allem auch die Notwendigkeit des Landkreises die für das ÖPNV-Konzept vorgesehenen finanziellen Mittel für eine außerordentliche Situation im Landkreis einzusetzen.

Daher ist die für 2019 avisierte begleitende Kommunikation und Marketing des Vorhabens gegenüber politischen Meinungsbildern, Schulen, Öffentlichkeit, Presse, Fahrpersonalen und Fahrgästen in die Jahre 2020/21 verschoben worden.

Auf Grundlage der Kooperationsvereinbarung mit den ÖPNV-Aufgabenträgern zur gemeinsamen Bearbeitung der jeweiligen **Nahverkehrspläne** wurde in 2019 der Nahverkehrsplan für den Landkreis Nordsachsen fertig gestellt und vom dortigen Kreistag beschlossen. Die Bearbeitung der Pläne für den Landkreis Leipzig und das Altenburger Land sollen in 2020 fertig gestellt werden. Damit wären für alle fünf MDV-Landkreise der erste NV-Plan gemäß der Kooperationsvereinbarung erstellt. Die erste Aktualisierung wird in 2020 im Saalekreis begonnen.

Im durch den Freistaat Thüringen geförderten Projekt **„Schmölln macht mobil“** wurden bis Jahresende 2019 die Planungen für Linienlauf, Haltestellen und Fahrpläne fertiggestellt. Problematisch hierbei war der parallel laufende Prozess des Freistaates Thüringen, das Schulge-

setz zu verändern, was wiederum Auswirkungen auf die Schulstandorte haben kann. Insgesamt kam der Prozess der Fahrplangestaltung langsamer als geplant voran, da sich durch die Abstimmungen mit den Kommunen zu Haltestellen und Fahrwegen immer wieder neue Anforderungen ergeben haben. Die Planungen sind jetzt fertiggestellt und werden dem Kreistag in Form von Baustein-Paketen zur Abstimmung angeboten: Basispaket (vertaktete Linien + Schülerverkehr), Abendverkehr, Wochenendverkehr, kleine Ortschaften (Rufbus) und Nachbarschaftsverkehr (kreisgrenzenüberschreitender Verkehr). Ein Beschluss ist für 2020 vorgesehen. Der Freistaat Thüringen fördert das Vorhaben im Personal- und Marketingbereich.

Seit August 2017 wird das Projekt durch Kommunikation und Marketing gegenüber politischen Meinungsbildern, Schulen, Öffentlichkeit, Presse, Fahrpersonalen und Fahrgästen begleitet.

Der **PlusBus** feierte im Dezember 2019 seinen sechsten Geburtstag. Inzwischen fahren in Deutschland über 100 Linien unter dieser Markenbezeichnung. Mit dem Lizenzvertrag an die Nah.SH ist dem PlusBus erstmals der Schritt in die Nordwestdeutschen Bundesländer gelungen. Die Marke wird von der NASA GmbH und dem MDV lizenziert.

Der MDV unterstützt die Verbundpartner bei der Erfassung von **Daten zur Barrierefreiheit**. Mit der Erarbeitung des DELFI-Handbuches für Barrierefreiheit im ÖPNV (DELF e.V.) wurden deutschlandweite Standards für die Datenerhebung festgelegt, die auch im MDV angewendet werden sollen. Durch die Bereitstellung einer Softwarelösung für die Erfassung von Haltestellendaten sowie Datenspezifikation schuf der MDV eine Grundlage für die Erfassung der Daten im Verbund. Des Weiteren wurden bereits in den Fahrplandaten gelieferte Fahrzeuginformationen (geplanter Einsatz eines Niederflurfahrzeugs) in Leipzig, Halle und SPNV-Netz in der Auskunft freigeschaltet.

Im Jahr 2019 beginnt die Aufnahme der im „Leitfaden für die Barrierefreiheit im MDV“ und DELFI-Handbuch Barrierefreiheit enthaltenen Anforderungen zur Ausstattung von Haltestellen in den Landkreisen Saalekreis und Burgenlandkreis. Im Landkreis Altenburg im Vorfeld durchgeführte Erhebungen sollen mit integriert werden. Diese Daten sollen sowohl für die Beauskunftung barrierefreier Reiseketten als auch für Informationen auf der Webseite verwendet werden.

Aus der **ÖPNV-Strategiekommission im Freistaat Sachsen** wurden neben verschiedenen Tarif- und Vertriebsmaßnahmen auch ein sachsenweites Netz aus Plus- und TaktBussen entwickelt, dass zusammen mit dem SPNV ein engmaschiges Netz an hochwertigen ÖPNV-Angeboten darstellt.

Der Freistaat Sachsen beabsichtigt den Betrieb von über 100 Plus- bzw. TaktBus-Linien in ganz Sachsen finanziell zu fördern. 2019 wurden bereits 59 Linien auf das neue Qualitätsniveau gehoben bzw. komplett neu eingerichtet. Eine ähnlich große Anzahl ist für 2020 zur Umsetzung vorgesehen. Der MDV hat federführend die sachsenweite Umsetzung sowie ein Gestaltungskonzept für die einheitliche Vermarktung bei allen sächsischen Verbünden auf den Weg gebracht.

Die **Kooperationsvereinbarung mit dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** ist Ende 2019 ausgelaufen und wurde durch eine neue Vereinbarung ersetzt. Themen in 2019 waren u.a.:

- Planung von Anschlusssicherung von PlusBus-Linien an den SPNV
- Abschätzung Kapazitätsbedarf Bus-Verknüpfungstellen Regis-Breitungen, Neukieritzsch, Gaschwitz
- Stadtverkehr Borna - Grundlagenplanung
- Kontrolle von SEV-Leistungen und von SPNV-Qualitätskontrollen

Gefördert über die Fachkräfterichtlinie des Freistaates Sachsen werden die Landkreise Leipzig und Nordsachsen das **betriebliche Mobilitätsmanagementprojekt „Betriebe in Fahrt“** durchgeführt. Aufgrund von Personalengpässen konnte die Arbeit in 2019 nicht in vollem Umfang durchgeführt werden. Trotz dessen wurde insbesondere das betriebliche Mobilitätsmanagement beim größten Arbeitgeber des Landkreises Leipzig, dem Landratsamt, vorangebracht. Im Landkreis Nordsachsen wurde die grundlegende BMM-Datenbank mit allen relevanten Unternehmen sowie deren Erreichbarkeit und den Vor-Ort-Ansprechpartnern erstellt. Die speziell für das Gewerbegebiet rund um den Glascampus in Torgau initiierte StadtBus-Linie konnte bereits im Dezember 2019 in Betrieb genommen werden. Im Jahr 2020 werden intensive Beratungen durchgeführt um gemeinsam mit den Betroffenen Mobilitätslösungen zu entwickeln und umzusetzen.

Die derzeitige Förderung läuft noch bis Februar 2021.

Im von der EU geförderten Projekt **„LowCarb – Clever unterwegs im Nordraum Leipzig“** haben sich die Projektpartner LVB, Stadt Leipzig und MDV das Ziel gesetzt, für die weiterhin stark boomenden Gewerbestandorte im Norden von Leipzig u.a. einen Masterplan Verkehr zu erstellen, der eine Steuerung des erhöhten Mobilitätsbedarfes in diesem Gebiet zu Gunsten des ÖPNV vorsieht. In 2019 wurde der Masterplan für eine stufenweise entwickelt und bereits sowohl mit den Verwaltungen als auch mit den ansässigen Unternehmen besprochen. Das Projekt hat eine Laufzeit bis ins 2. Quartal 2020. Eine Weiterführung mit dem Ziel der Umsetzung wird von den Projektpartnern gewünscht. Die Finanzierung der mittelfristig benötigten Stellen befindet sich in der Klärung.

Die Schwerpunkte im **Bereich Öffentlichkeit und Kommunikation** waren im Jahr 2019 auf folgende Themen ausgerichtet:

Das Marketing konzentrierte sich auf die **Verbesserung der Informationen** an den Haltestellen, auf die **Vermarktung der neuen Stadtverkehre** in Grimma, Brandis und Bad Lausick sowie die **Einführung der neuen Tarifprodukte** (vor Allem ABO Aktiv).

Im **Südlichen Leipziger Neuseenland** konnte in zwei Teilschritten im August und im Dezember 2019 das angepasste Liniennetz von RL und THÜSAC mit entsprechender kommunikativer Begleitung in Betrieb gehen. Vertaktete Linien und gute Anschlüsse zum SPNV in Richtung Leipzig sind auch hier die Merkmale des neuen Angebotes. Insbesondere der Stundentakt zwischen Pegau und Groitzsch (aus zwei überlagernden Linien gestaltet) stellt eine deutliche Verbesserung des Angebotes dar. Die ursprünglich für August vorgesehene Komplettumsetzung musste aufgrund von Personalengpässen bei der THÜSAC auf zwei Teilschritte aufgesplittet werden.

Die Vermarktung wird federführend durch den MDV in enger Abstimmung mit dem Landkreis Leipzig und den beiden Verkehrsunternehmen durchgeführt.

Das in 2017 und 2018 auf den Weg gebrachte Konzept zur **verbundweiten Marktbearbeitung** wurde 2019 als **mehrstufige Kampagne** realisiert. Vorangegangen war ein Agenturwettbewerb im Rahmen einer Ausschreibung. Die Ziele waren insbesondere, verbundweite Aufmerksamkeit für das gemeinsame Gesamtprodukt „Nahverkehrssystem in Mitteldeutschland“ zu erzeugen und mit Dialogmarketing Neukunden zu gewinnen. Die Kampagne ist erfolgreich verlaufen und wird verbundweit je nach Thema und Unternehmensbeteiligung weiter ausgerollt. Ab Mitte 2020 soll ein Evaluierungskonzept erarbeitet werden.

Neben dem Marketing der Verkehrsprojekte in den Landkreisen (vgl. vorherige Absätze) lagen die weiteren Themen insbesondere auf folgenden Handlungsfeldern:

- Vermarktung, Pressekampagne und politische Kommunikation zur 3. Verbunderweiterung („MDV Nord“)

- Marketingkampagnen AzubiTicket Sachsen, SchülerfreizeitTicket, Übergangstarif Ostschatz-Riesa (in Abstimmung mit den VV in Sachsen)
- Entwicklung eines einheitlichen Marktauftrittes für PlusBus und TaktBus in Sachsen (in Abstimmung mit den Verkehrsverbünden in Sachsen)
- verbundweite Mobilitätsberatung am MDV-Infomobil sowie am MDV-Infotelefon zu Verbindungen, neuen Tarifprodukten und neuen Verkehrsangeboten
- Tarifwechsel 01. August 2019 (Herausgabe der Tarifpublikationen, Pressearbeit, Beratung)
- Strategiearbeitsgruppe Systemzugang (Fokus Zusatzaushänge an Haltestellen in den Landkreisen)
- Fahrplanwechsel im August und Dezember (Herausgabe von Fahrplanbüchern bzw. Ergänzungsheften, Pressemeldungen),
- Schulungen der Verbundunternehmen sowie
- Pressearbeit zu strategischen Themen des MDV.

Realisierung des Wirtschaftsplans 2019

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2019 wurde auf der Gesellschafterversammlung am 13. Dezember 2018 beschlossen. Entsprechend dem Wirtschaftsplan schließt der MDV das Geschäftsjahr 2019 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Der durch die Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages in 2019 **zu zahlende Zuschuss von TEUR 2.662** entsprach der mittelfristigen Planung des Vorjahres. Mit dem Wirtschaftsplan 2019 und dem Beschluss zum Jahresabschluss 2018 wurden zusätzlich nicht verbrauchte Zuschüsse in Höhe von TEUR 359 auf Folgejahre zweckgebunden übertragen. Im Berichtsjahr wurden davon Zuschüsse von TEUR 2.575 in Anspruch genommen, da den Aufwendungen von TEUR 5.568 Erträge einschließlich ertragswirksam vereinnahmter Fördermittel von TEUR 2.993 gegenüberstanden. Der **nicht verbrauchte Zuschussbetrag von TEUR 446 wurde passiviert**. Mit dem Wirtschaftsplan 2020 wurde davon durch die Gesellschafter am 5. Dezember 2019 bereits ein Übertrag von TEUR 393 auf die Jahre 2020 und 2021 beschlossen. Über die Verwendung der zusätzlich nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüsse von TEUR 53 werden die Gesellschafter entscheiden. Außerdem musste die geplante Entnahme aus der Kapitalrücklage nicht in Anspruch genommen werden.

Neben den Betriebskostenzuschüssen der Gesellschafter erfolgte die Finanzierung des Betriebsaufwandes der Gesellschaft durch Erträge aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen sowie durch Zuwendungen des Bundes, der Freistaaten Thüringen und Sachsen, des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) und der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA). Weitere Erträge wurden aus der Realisierung der Kooperationsvereinbarungen mit verschiedenen Verbundunternehmen, den Kooperationsvereinbarungen mit dem ZVNL, zum Verkehrsmanagement und zur Bearbeitung von Nahverkehrsplänen und dem ÖPNV-Konzepten sowie aus dem Verkauf der Fahrplanhefte 2019/2020 entsprechend den mit den Verkehrsunternehmen des Verbundes geschlossenen Verträgen erzielt. Hinzu kommen Erlöse aus Beteiligungen der jeweiligen Partner an verschiedenen Strategieprojekten.

Von Mitteln aus dem **projektbezogenen Erfolgsanteil** der Jahre 2019 und 2018 von TEUR 778 wurden 2019 TEUR 395 verbraucht, da sich Maßnahmen nach 2020 verschoben haben. Der Restbetrag von TEUR 383 wurde passiviert. Er soll in den Folgejahren für die Umsetzung der entsprechenden Vorhaben als Eigenmittel eingesetzt werden. TEUR 309 sind davon bereits im Wirtschaftsplan 2020 für die Jahre 2020 bis 2024 enthalten. Zusätzlich wurden Mittel in Höhe von TEUR 74 nicht in Anspruch genommen, was insbesondere Strategieprojekte und die Weiterentwicklung easy.GO betraf.

Die **Bilanzsumme** von TEUR 2.938 ist gegenüber dem Vorjahr (TEUR 2.416) um 22 % gestiegen. Dies begründet sich wesentlich aus dem Anstieg des Anlagevermögens (TEUR 203) und der Forderungen (TEUR 245) auf der Aktivseite. Die Erhöhung der Forderungen betrifft insbesondere Forderungen gegen Gesellschafter aus verschiedenen weiterberechneten Marketingleistungen. Durch die anteilige Förderung der Anlagenzugänge bei gleichzeitiger planmäßigen Auflösung für das Geschäftsjahr 2019 in Höhe von TEUR 138 erhöhte sich der Sonderposten aus Investitionszuschüssen (TEUR 107). Die nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüsse und Mittel aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil führten zur einer Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (TEUR 168) und die zum Stichtag noch nicht in Anspruch genommenen Fördermittel zu einer Erhöhung der sonstigen Verbindlichkeiten (TEUR 212) auf Passivseite.

Die Finanzierung der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2019 gesichert.

Ausblick auf 2020 und 2021

Im Jahr 2020 wird die Bearbeitung bestehender und weiterer Arbeitspakete zu den Themenfeldern Tarif & Vertrieb, Multimodalität, Systemzugang/Benutzeroberfläche, Paradigmenwechsel in der Erschließung der Landkreise durch neue Busnetze und das verbundweite Marketing fortgeführt.

Weiterhin wird die Verbundgesellschaft nach der Einführung des MDV-Tarifs für die Fahrgäste in allen S-Bahnen und Regionalzügen nach Dessau-Roßlau und in die Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld (MDV-Nord) auch weiterhin auf eine Vollintegration dieser Gebiete hinwirken.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Pandemie-Situation wird die MDV-Geschäftsstelle in Abstimmung mit den Gesellschaftern prüfen, wie die Fortschreibung laufender bzw. geplanter Vorhaben ausgerichtet wird und wo sich veränderte Aufgabenschwerpunkte ergeben.

Im tariflichen Fokus werden u. a. der Sachsentarif und das sächsische Bildungsticket stehen, wobei mit einer Umsetzung voraussichtlich erst zu einem späteren Zeitpunkt zu rechnen ist. Dazu sind im Vorfeld auch vertriebliche Rahmenbedingungen zu prüfen und zu schaffen.

Weitere tariflichen Entwicklungen sind im Zusammenhang mit dem Fortschreiten der vertrieblichen Digitalisierung, z.B. bei künftiger Nutzung von CiBo-Systemen (Check in/ Be out), zu betrachten.

Im Jahr 2020 wird auch die vollständige Umstellung der Schüler der PNVG auf Chipkarte erfolgen, wobei die Verbundgesellschaft bei notwendigen Arbeiten (u.a. Tests, Massenpersonalisierung) eingebunden ist.

Ebenso ist in 2020 die Produktivsetzung der ersten eTicketing-Funktionen der neuen Bordrechner (IVU) der PVG Burgenlandkreis, die das Prüfen von Chipkarten ermöglichen, sowie die Anbindung des Bordrechnersystems und des Regionalen Ticketingsystems (ReTSy) an das MDV- Berechtigungssystem (BerSy) vorgesehen. Im Rahmen dieser u. a. Tests und Schulungen durchzuführen.

Für das Jahr 2020 ist der Prozess der Umstellung der Zeitkarten auf Chipkarten bei der LVB vorgesehen. Die damit einhergehenden Tests und Abnahmeprozesse im Zusammenspiel der Systeme der LVB und dem MDV-BerSy sowie die Kommunikation gegenüber den anderen Verbundpartnern werden hierbei den Schwerpunkt der Arbeiten darstellen.

Im Rahmen der Einführung der neuen Verbund-App wird auch das **verbundüberschreitende Ticketing** umgesetzt. Künftig soll der Fahrgast für Fahrten in anderen Teilen Sachsens sowie über Verbundgrenzen hinweg Tickets in der MDV App erwerben können. Die Umsetzung ist für Ende 2020 vorgesehen. Bis dahin sind vielfältige technische, vertragliche und organisatorische Aufgaben zu erfüllen.

Im Rahmen der **Automatischen Fahrgastzählung** soll mit der Programmierung und Einrichtung der 2. Stufe (Software für Hochrechnung, Saldenausgleich und Stichprobenbildung) in Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen begonnen werden.

Schwerpunkte der Kooperation **Intermodales Verkehrsmanagement 2020** sind die Stärkung des Austausches insbesondere mit Politik und Verwaltungen zur Unterstützung bei Open Data, flexiblen Verkehren im ÖPNV, E-Mobilität und Autonomem Fahren sowie die Erweiterung des Netzwerkes um neue Partner. Außerdem soll eine kommunale Austauschplattform zum Verkehrsmanagement der Verkehrsämter Halle, Leipzig, Erfurt, Potsdam, Dresden, Chemnitz und Magdeburg organisiert werden.

Der MDV verfügt über eine **mittelfristige Wirtschaftsplanung**, die zurzeit bis 2024 reicht. Der darin eingebundene Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2020 wurde von der Gesellschafterversammlung am 05. Dezember 2019 beschlossen. Die Gesellschaft sieht im Rahmen der Corona-Pandemie keine Notwendigkeit eines Nachtragswirtschaftsplans und hält weiterhin an der beschlossenen Planung fest. Für das Wirtschaftsjahr 2020 wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, da die geplanten Aufwendungen durch eigene Erträge und Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt sind. Der Wirtschaftsplan 2020 sieht durch die Gesellschafter zu zahlenden Zuschüsse von TEUR 2.961 vor. Zusätzlich beinhaltet die Planung einen Übertrag nicht verbrauchter Gesellschafterzuschüsse der Vorjahre von TEUR 393, wovon TEUR 297 auf das Jahr 2020 und TEUR 96 auf 2021 entfallen.

Für die Liquiditätssicherung bezüglich der Auswirkungen der Corona-Pandemie gibt es die Möglichkeit der Nutzung bisher nicht verbrauchter Zuschüsse nach Einholung eines Gesellschafterbeschlusses.

Zudem wurde durch die Verkehrsministerkonferenz ein offener Brief mit der Bitte um einen „Rettungsschirm für den ÖPNV“ verfasst. Ziel ist der Ausgleich entgangener Tarifeinnahmen durch die Bundesländer und den Bund.

Auf Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung geht die Geschäftsführung auch für die Folgejahre unter Berücksichtigung geplanter Entnahmen aus der Kapitalrücklage von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher nicht gefährdet.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Chancen der zukünftigen Entwicklung im Verbundgebiet sieht die Geschäftsführung in der weiteren Umsetzung des Strategieprozesses „MDV 2025“ auf der Grundlage der beschlossenen 38 Arbeitspakete. Gleichzeitig soll der Prozess zur Fortschreibung der Strategie „MDV 2030“ gemeinsam mit den Gesellschaftern weitergeführt werden.

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem. Das aktuell gültige Risikohandbuch datiert vom Januar 2015 in seiner überarbeiteten Fassung vom Juni 2019. Das darin enthaltene Risikoinventar definiert folgende Risikofelder:

- Rechtliche und politische Risiken durch Gebietsreformen und sonstige Veränderung von gesetzlichen Rahmenbedingungen
- Strategische Risiken in Bezug auf die Ausrichtung des MDV, seinem öffentlichen Image sowie dem Erreichen der Verbundziele
- Finanzielle und wirtschaftliche Risiken in Bezug auf die Einhaltung des Wirtschaftsplanes und von Förder- und Zuwendungsbestimmungen
- Fachbereichsspezifische Risiken aufgrund von Störungen bei der Erfüllung von Kooperations- und Lieferverträgen oder im Rahmen der Einnahmearteilung sowie technische Risiken in Bezug auf die durch den MDV genutzten EDV-Systeme
- Organisatorische und personalwirtschaftliche Risiken.

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung insgesamt als gering eingestuft. Allerdings wird die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt. Die aktuelle Pandemie-Situation mit einer derzeit stark rückläufigen Nachfrage und entsprechenden Einnahmen im ÖPNV kann dabei möglicherweise die Bereitstellung der Betriebskostenzuschüsse insbesondere der Verkehrsunternehmens-Gesellschafter, sowohl für das laufende Jahr als auch das Folgejahr beeinflussen. Daher sind bereits jetzt künftige Einsparungspotentiale zu prüfen.

Zusätzlich wird die Finanzierung durch den 2009 eingeführten und 2017 fortgeschrieben flexiblen projektbezogenen Finanzierungsbaustein, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird, gesichert. Eine Evaluation dieser Herangehensweise soll im Jahr 2022 erfolgen.

Langfristig ist zu prüfen, wie weiterhin der Ersatz von ursprünglich mit Fördermitteln angeschafften Anlagevermögens finanziert werden kann, da über die laufenden Zuschüsse der Gesellschafter dafür keine Mittel amortisiert werden. In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2024 sind für diese Ersatzbeschaffungen ausreichende Mittel der Kapitalrücklage vorgesehen.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungskursschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

Halle (Saale), den 14. Mai 2020

Steffen Lehmann

Geschäftsführer

Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Emilienstraße 15
04107 Leipzig
Tel.: 0341 / 22 586 0
E-Mail: info@zvnl.de

Rechtsform: KdöR

Gründungsdatum: 30.01.1998

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Der Zweckverband ist Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr im Nahverkehrsraum Leipzig gemäß § 4 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 ÖPNV-Gesetz. Die Aufgabenträgerschaft für den straßengebundenen ÖPNV im Sinne des § 3 Abs. 1 ÖPNV-Gesetz verbleibt bei den einzelnen Verbandsmitgliedern des Zweckverbandes.

Stammkapital:

Gesamtstimmen	10 Stimmen
---------------	------------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Oliver Mietzsch

Verbandsvorsitzender

Herr Kai Emanuel

III BETEILIGUNGEN

Mitglieder

Verbandsmitglieder	Anteil	Stimmen
Stadt Leipzig	40 %	4
Landkreis Leipzig	30 %	3
Landkreis Nordsachsen	30 %	3

Beteiligungen

Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)	2.600 €	3,4%
---	---------	------

Finanzbeziehungen

	12/2017	12/2018	12/2019
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Aufwandszuschüsse (Betriebskostenzuschüsse)	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)

Anschrift: Emilienstraße 15
04107 Leipzig

E-Mail: info@zvnl.de

Internet: www.zvnl.de

Gründung

Der Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) wurde zum 30.01.1998 gegründet. Seine Satzung wurde am 09.12.1997 aufgestellt und im Sächsischen Amtsblatt Nr. 5 vom 29.01.1998 bekannt gemacht.

Letzte Änderung der Verbandssatzung

Am 25.11.2013 beschloss die Verbandsversammlung die vierte Änderung zur Satzung des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig. Diese wurde im Sächsischen Amtsblatt Nr. 3 vom 16.01.2014 veröffentlicht.

Verbandsmitglieder/Stimmrecht

Die Stimmverteilung der Verbandsmitglieder war im Jahr 2019 wie folgt:

Landkreis Nordsachsen	3 Stimmen	30 % Stimmanteile
Landkreis Leipzig	3 Stimmen	30 % Stimmanteile
Stadt Leipzig	4 Stimmen	40 % Stimmanteile

Organe des Verbandes

Verbandsvorsitzender

Herr Kai Emanuel

Landrat Landkreis Nordsachsen

Verbandsversammlung

Herr Kai Emanuel	Landrat Landkreis Nordsachsen
Herr Volkmär Winkler	Landkreis Nordsachsen
Herr Manfred Heumos (bis 09.10.2019)	Landkreis Nordsachsen
Herr Mathias Plath (ab 09.10.2019)	Landkreis Nordsachsen
Frau Dorothee Dubrau	Bürgermeisterin und Beigeordnete Stadt Leipzig
Frau Dr. Sabine Heymann (bis 30.10.2019)	Stadt Leipzig
Herr Oliver Gebhard (ab 30.10.2019)	Stadt Leipzig
Herr Manfred Rauer (bis 30.10.2019)	Stadt Leipzig
Herr Christoph Zenker (ab 30.10.2019)	Stadt Leipzig
Herr Henry Graichen	Landrat Landkreis Leipzig
Herr Maik Kunze	Landkreis Leipzig
Herr Karsten Schütze	Landkreis Leipzig

Verwaltungsrat

Herr Kai Emanuel	Landrat Landkreis Nordsachsen
Frau Dorothee Dubrau	Bürgermeisterin und Beigeordnete Stadt Leipzig
Herr Henry Graichen	Landrat Landkreis Leipzig

Geschäftsführung

Herr Oliver Mietzsch (seit 01.11.2011)

Aufgaben des Zweckverbandes

- (1) Der Zweckverband übernimmt die ihm gemäß § 4 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 ÖPNV-Gesetz vom 14. Dezember 1995 in der jeweils gültigen Fassung von den Verbandsmitgliedern übertragene Aufgabe des Schienenpersonennahverkehrs im Nahverkehrsraum Leipzig. Die Aufgabenträgerschaft für den straßengebundenen Öffentlichen Personennahverkehr im Sinne des § 3 Abs. 1 ÖPNV-Gesetz verbleibt, soweit in der Verbandssatzung keine anderweitigen Regelungen getroffen werden, bei den jeweiligen Verbandsmitgliedern des Zweckverbandes, vorbehaltlich der Entscheidung eines Verbandsmitgliedes zur Übertragung einzelner Aufgaben nach § 3 Abs. 1 Satz 2 ÖPNV-Gesetz.
- (2) Der Zweckverband wird in Abstimmung und im Einvernehmen mit den Verbandsmitgliedern in ihrer Eigenschaft als Aufgabenträger für den straßengebundenen Öffentlichen Personennahverkehr einen regionalen Nahverkehrsplan erstellen, koordinieren und diesen fortschreiben.
- (3) Zur Aufgabenträgerschaft des Zweckverbandes für den Schienenpersonennahverkehr gehört insbesondere die Wahrnehmung folgender Aufgaben:
 - Der Zweckverband ist als der zuständige Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr gemäß § 3 Abs. 1 des ÖPNV-Gesetzes für die Planung, Organisation und Ausgestaltung des Schienenpersonennahverkehrs in seinem Verbandsgebiet verantwortlich.
 - Der Zweckverband entscheidet über die zu bestellenden Leistungen im Schienenpersonennahverkehr im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel.
 - Der Zweckverband wirkt bei der Aufstellung des jährlich fortzuschreibenden Landesinvestitionsprogramms des Freistaates Sachsen für Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs mit.

Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig

- Der Zweckverband unterstützt im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten ein gemeinsames Marketing mit seinen ÖPNV-Vertragspartnern.
- (4) Der Zweckverband wird mit den angrenzenden sächsischen Zweckverbänden und den Aufgabenträgern für den Schienenpersonennahverkehr in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen das erforderliche Angebot des verbandsgrenzüberschreitenden SPNV abstimmen.
- (5) Zu den Aufgaben des ZVNL für den ÖSPV gehören die Ermittlung und Verteilung der Ausgleichsleistungen für den Ausbildungsverkehr an die Verkehrsunternehmen nach dem Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNVFinAusG) einschließlich der Vorauszahlungen an die Verkehrsunternehmen. Der ZVNL ist berechtigt, die Anträge der Verkehrsunternehmen auf Ausgleichsleistungen gemäß ÖPNVFinAusG im eigenen Namen zu bescheiden und die Ausgleichsleistungen auf dieser Grundlage auszuführen.
- (6) Der ZVNL kann weitergehende Finanzierungen innerhalb des Verbandsgebietes und der ihm zur Verfügung stehenden Mittel ausschließlich im Rahmen der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNVFinVO) in der jeweils gültigen Fassung übernehmen.

Organigramm



Wirtschaftsdaten

Der ZVNL wendet aufgrund des Beschlusses der Verbandsversammlung vom 26.03.2007 gemäß § 131 Abs. 2 SächsGemO ab dem Haushaltsjahr 2009 die Regelungen zum neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen an.

Bilanz 2019

Aktivseite			Passivseite		
	Stand 31.12.2019 - T € -	Stand 31.12.2018 - T € -		Stand 31.12.2019 - T € -	Stand 31.12.2018 - T € -
Anlagevermögen	4.107,8	1.594,6	Kapitalposition	17.890,7	17.979,8
Immaterielle Vermögensgegenstände	29,4	0,4	Basiskapital	3.532,9	3.532,9
Sachanlagevermögen	62,1	52,2	Rücklagen	14.357,8	14.446,9
Finanzanlagevermögen	4.016,3	1.542,0	Ergebnis	0,00	0,00
Umlaufvermögen	16.863,0	17.909,5	Sonderposten	91,5	52,6
Öffentlich-rechtliche Forderungen	201,5	116,6	Rückstellungen	2.392,9	1.211,1
Privatrechtliche Forderungen	13.937,1	16.609,5	für drohende Verpflichtungen	644,6	352,7
Liquide Mittel	2.724,4	1.183,4	für vertragliche Verpflichtungen	1.710,4	822,4
Aktiver RAP	4,7	10,2	Sonstige Rückstellungen	37,9	36,0
Bilanzsumme	20.975,5	19.514,3	Verbindlichkeiten	600,4	270,7
			Passiver RAP	0,00	0,00
			Bilanzsumme	20.975,5	19.514,3

Ergebnisrechnung (Gewinn- und Verlustrechnung)

			Ergebnis 2019 - T € -	Ergebnis 2018 - T € -
1		Zuwendungen	152.250,7	144.371,5
2		öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00
3		Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.701,0	14.151,7
4		Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,0	0,0
5		Finanzerträge	152,5	84,8
6		sonstige ordentliche Erträge	184,7	56,3
7		ordentliche Erträge	155.288,9	158.664,3
8		Personalaufwendungen	779,5	738,8
9		Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	9.108,9	8.732,2
10		planmäßige Abschreibungen	28,6	31,8
11		Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	0,0
12		Transferaufwendungen	143.050,6	147.375,6
13		sonstige ordentliche Aufwendungen	2.410,5	1.476,6
14		ordentliche Aufwendungen	155.378,1	158.355,1
15		ordentliches Ergebnis	-89,2	309,2
16		Sonderergebnis	0,00	0,00
17		Gesamtergebnis	-89,2	309,2
18		Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	0,00	0,00
19		Verbleibendes Gesamtergebnis	-89,2	309,2

Ausgewählte Kennzahlen

Personalkosten

	2017 - T€ -	2018 - T€ -	2019 - T€ -
Löhne und Gehälter	538,7	609,1	640,3
Soziale Abgaben	98,2	119,5	129,0
Zuführung zu Rückstellungen	6,3	10,2	10,2
Personalaufwand gesamt	643,2	738,8	779,5

Anzahl der Beschäftigten

	2017 - VbÄ -	2018 - VbÄ -	2019 - VbÄ -
Angestellte, gesamt	10	11	11
Personalaufwand / VbÄ in TEUR	64,32	67,16	70,86
Entw. Personalaufwand gesamt z. Vj.	-4,58 %	14,86%	5,51 %
Entw. Personalaufwand je VbÄ z. Vj.	-4,58 %	4,42%	5,51 %

Umlagen

Der ZVNL kann gemäß § 15 Abs. 1 seiner Satzung eine Verbandsumlage zur Deckung seines Finanzbedarfs von den Verbandsmitgliedern erheben. Von dieser Möglichkeit wurde im Haushaltsjahr 2019 nicht Gebrauch gemacht.

Situationsbericht

Allgemein

Der Schwerpunkt der Tätigkeit des ZVNL lag auch im vergangenen Jahr auf der Stabilisierung und Weiterentwicklung des SPNV im Nahverkehrsraum Leipzig und Schaffung optimaler Anschlussbedingungen.

So wurde im MDSB II-Netz zum Fahrplanwechsel 2019/2020 auf der Linie RE 13 der Stundentakt eingeführt und hier somit die Kapazität um 100% erhöht.

Gleichzeitig setzt sich der ZVNL für eine stetige Verbesserung der Qualität der Nahverkehrsleistungen durch Ausschöpfung aller verkehrsvertraglichen Regelungen ein und wird auch zukünftig die Optimierung und Harmonisierung der Vertragsverhältnisse verfolgen.

Im letzten Jahr führte der außergewöhnlich hohe Reparaturstand der Fahrzeuge im MDSB I und II-Netz wiederum regelmäßig zu nicht vertragskonformen großen Kapazitätseinschränkungen und damit verbundenen hohen Minderungen zu Lasten des EVU.

Die erheblichen Qualitätsminderungen auf der Linie RE 6 konnten in den letzten Jahren teilweise beseitigt werden. Dennoch müssen hier weitere Verbesserungen umgesetzt werden. Die Verbandsversammlung des ZVNL stimmte dem Einsatz zweier Fahrzeuge vom Typ Alstom Coradia Lint 41 für den Zeitraum Fahrplanwechsel 2019 bis Dezember 2023 (Ende Verkehrsvertrag) zur Stabilisierung zu. Weiterhin wurde intensiv und unter Federführung des ZVMS an Möglichkeiten eines Fahrzeugtausches gearbeitet. Nunmehr wurde beschlossen, dass ab 12/2023 batteriebetriebene Züge zum Einsatz kommen werden. Diese werden in den

Fahrzeugpool des ZVMS eingegliedert und dessen Eigentum. Der ZVNL beteiligt sich mit jährlichen Extra-Zahlungen in Form der Ausreichung eines Darlehens an den Beschaffungskosten. Im Jahr 2019 waren das 4,0 Mio. Euro.

Nur durch die Hebung von Einsparpotentialen im Rahmen laufender Wettbewerbsverfahren und durch optimierte Vertragsverhältnisse kann der ZVNL unter Beachtung finanzpolitischer Rahmenbedingungen das SPNV-Angebot weiterentwickeln und verbessern.

Weiterhin wurden die Arbeiten an den Maßnahmen zur Beschleunigung und Verbesserung des ÖPNV in Leipzig fortgeführt. Es konnten im Stadtgebiet Leipzig sowie in den Landkreisen Nordsachsen und Leipzig die Planungen und der Bau an diversen Verkehrsanlagen zur Unterstützung der Busnetzreform gefördert werden. Insbesondere die Unterstützung des barrierefreien Neu- und Umbaus von Haltestellen wurde deutlich erweitert.

Das PlusBus-Programm, die Modellprojekte „Muldentale in Fahrt“ und Südraum Leipzig im Landkreis Leipzig in Kooperation mit dem MDV sowie das Projekt des Landes Nordsachsen „Nordsachsen bewegt“ wurden weiter durch den ZVNL finanziell und ideell unterstützt.

Der ZVNL unterstützt zusammen mit der NASA GmbH aktiv und finanziell die Verbunderweiterung Nord des MDV. Diese wurde zum Fahrplanwechsel 2019/2020 realisiert und umfasst nur den SPNV.

Im Rahmen des sächsischen Strategieprozesses beschloss die Verbandsversammlung des ZVNL den Angebotsausbau PlusBus/TaktBus, die Einführung des Sachsentarifs, die Einführung des verbundübergreifendes Tickets für Auszubildende, das Schülerfreizeiticket, den Übergangstarif Oschatz-Riesa sowie die Anpassung der Tarifbestimmungen zur Kinderaltersgrenze.

Der ZVNL engagierte sich auch 2019 im Rahmen seines Aktionsprogramms für die Verbesserung der Zugangsbedingungen zu den Verkehrsstationen im Verbandsgebiet. Insbesondere die Verknüpfung der einzelnen Verkehrsträger und die Schaffung barrierefreier Anlagen standen dabei im Mittelpunkt. Im Rahmen des Aktionsprogramms 2019 wurden in der 1. Prioritätsstufe 27.765.208 € hierfür bereitgestellt. Darauf entfielen für Innovative Projekte 6.372.000 €. Weiterhin wurden 3.255.291 € für verbundbedingte Aufwendungen den Verbandsmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Im Jahr 2019 fanden folgende Infrastrukturinbetriebnahmen der DB AG statt: Fertigstellung Bahnhof Markkleeberg-Gaschwitz, Inbetriebnahme Haltepunkt Leipzig Mockauer Str., Fertigstellung Bahnhöfe Leipzig-Thekla und Taucha.

Das Vergabeverfahren zum Lausitznetz (RE 10) ab Fahrplanwechsel 2022 wurde erfolgreich abgeschlossen.

Es wurde mit den Arbeiten an der Ausschreibung des MDSB2025plus-Netzes begonnen. Der ZVNL ist hier federführend zuständig.

Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Die Ertragslage des ZVNL hat sich 2019 im Vergleich zum ursprünglichen Haushaltsansatz verbessert. Die erzielten Erträge für das Jahr 2019 übersteigen den ursprünglich geplanten Wert von 153.700.691,00 € um 1.588.208,92 €.

Der im Jahr 2019 angefallene Gesamtaufwand des ZVNL liegt mit 1.677.396,30 € über dem geplanten Umfang von 153.700.691,00 €.

Der angefallene Mehraufwand kann zu 95% durch die erzielten Mehrerträge abgedeckt werden. Der Restbetrag in Höhe von 89.187,38 € schlägt sich als Fehlbetrag im ordentlichen Er-

gebnis nieder. Der Betrag wurde der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses entnommen. Das Gesamtergebnis des Jahres 2019 ist dementsprechend ausgeglichen. Ein Fehlbetrag entstand im Jahr 2019 nicht.

Das Vermögen des ZVNL entspricht der Bilanzsumme zum 31. Dezember 2019 und beträgt 20.975,5 T€. Die Vermögenslage im Haushaltsjahr 2019 ist durch einen Vermögenszuwachs in Höhe von 1.461,2 T€ der Bilanzsumme gekennzeichnet. Das Vermögen des ZVNL besteht zu 19,58 % aus dem Anlagevermögen. Das Umlaufvermögen stellt mit 80,42 % den überwiegenden Vermögensanteil dar.

Der ZVNL verzeichnet im Jahr 2019 einen Finanzmittelzuwachs in Höhe von 1.541,0 T€. Dieser resultiert aus der Auflösung einer Festgeldanlage, die in die liquiden Mittel des ZVNL überging

Chancen/Risiken/Prognosen

Grundlage für die jährliche Aufstellung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan des ZVNL bildet einnahmeseitig die jeweils geltende Fassung der „Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNVFinVO)“.

Die derzeit gültige ÖPNVFinVO in der Fassung vom 06.07.2019 besitzt Geltungsdauer bis einschließlich 2027. Für das Jahr 2020 wurde seitens SMWA eine Evaluation der Dynamisierung der Regionalisierungsmittel vorgenommen. Danach prüft das SMWA im Einvernehmen mit dem SMF, ob die Dynamisierungsquote den Rahmenbedingungen des öffentlichen Personennahverkehrs noch angemessen Rechnung trägt.

Ziel des ZVNL ist es, unter Beachtung finanzpolitischer Rahmenbedingungen das SPNV-Angebot weiterzuentwickeln und zu verbessern. Bei der Inbetriebnahme und Umsetzung der Verkehrsverträge insbesondere der Netze MDSB I, MDSB II, STS und DNWS hat sich die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit mit den benachbarten Aufgabenträgern bewährt. Eine besondere Betrachtung, insbesondere im Kontext mit der anstehenden Ausschreibung MDSB25plus, wird weiterhin die Entwicklung der Infrastruktur-, Personal- und Energiekosten bedürfen, deren Anteil am Gesamtfinanzierungsvolumen in der Relation zur Mittelausstattung steigt. Auch ist die Entwicklung der Zuweisung Regionalisierungsmittel durch Bund und Freistaat sowie deren gesetzlichen Grundlagen zu berücksichtigen.

Aktuell sind viele Verkehrsverträge auf ZVNL-Gebiet auf Bruttovertragsbasis abgeschlossen. Dies bedeutet, dass die bisher wachsenden Erlöse aus den Fahrgeldeinnahmen, dem Finanzierungsbedarf der jeweiligen Verkehrsverträge jährlich gegengerechnet werden. Eine akzeptable Regelung über den Schadensausgleich aufgrund der COVID-19-Pandemie im ÖPNV wirkt sich somit direkt auf die Finanzlage des ZVNL im Folgejahr aus.

Beteiligungen

Der Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig ist seit dem 01.01.2001 an der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH mit einem Stammkapital im Wert von 2.600 EUR beteiligt. Der ZVNL hielt bis zum 14.12.2019 einen Anteil von 3,537 % des Stammkapitals an der MDV GmbH. Mit der Verbunderweiterung des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes im Dezember 2019 ergab sich für den ZVNL nunmehr ein Anteil von 3,4188 % am Stammkapital der MDV GmbH.

Der ZVNL-Anteil des Stammkapitals blieb durch die Beschlussfassung der MDV GmbH unverändert, ebenso der Anteil der Kapitalrücklage.



Beteiligungsbericht

des

ZVNL

2020



Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)

Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Adresse	Prager Straße 8 04103 Leipzig
----------------	----------------------------------

E-Mail	post@mdv.de
---------------	-------------

Homepage	www.mdv.de
-----------------	------------

Gründungsjaar	1998
----------------------	------

Unternehmens-gegenstand/ Unternehmenszweck	Erfüllung von Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs im Mitteldeutschen Verkehrsverbund, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebots. Herbeiführung und Sicherstellung der tariflichen Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif. Erfassen und Verteilen der im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen.
---	--

Rechtsform	GmbH
-------------------	------

Stammkapital	<p>76.050 EUR zum 31.12.2019 (73.500 EUR im Vorjahr)</p> <p>Mit dem Beschluss vom 27. Mai 2019 erfolgte eine Änderung des Gesellschaftsvertrages, nach der das Stammkapital mit Wirkung zum 15. Dezember 2019 auf 76.050 EUR erhöht wurde.</p> <p>Der ZVNL ist Gesellschafter der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH und hielt bis zum 14.12.2019 einen Anteil von 3,537 % des Stammkapitals der MDV GmbH. Mit der Verbunderweiterung des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes im Dezember 2019 ergab sich für den ZVNL nunmehr ein Anteil von 3,4188 % am Stammkapital der MDV GmbH. Der ZVNL-Anteil des Stammkapitals blieb durch die Beschlussfassung der MDV GmbH unverändert, ebenso der Anteil der Kapitalrücklage.</p>
---------------------	--

Geschäftsführung	Steffen Lehmann
-------------------------	-----------------



Gesellschafter / Beteiligungsverhältnisse:	31.12.2019 EUR	31.12.2018 EUR
Stadt Leipzig	11.700	11.700
Halle (Saale)	9.150	9.150
Landkreis Leipzig	2.600	2.600
Landkreis Nordsachsen	2.600	2.600
Landkreis Saalekreis	2.600	2.600
Burgenlandkreis	2.600	2.600
Landkreis Altenburger Land	750	750
Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH; Erfurt	750	750
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH; Magdeburg	3.500	2.200
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig; Leipzig	2.600	2.600
Leipziger Verkehrsbetriebe GmbH; Leipzig	12.900	12.900
Hallesche Verkehrs-AG; Halle (Saale)	8.050	8.050
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH; Halle (Saale)	1.100	1.100
Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH; Querfurt	1.100	1.100
Regionalbus Leipzig GmbH; Deuben	2.200	2.200
Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH; Weißenfels	2.200	2.200
Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Verkehrs-Unternehmen RVB Regionalverkehr Bitterfeld-Wolfen GmbH; Zörbig OT Salzfurkapelle; Auto Webel GmbH; Delitzsch, Omnibusverkehr Leupold oHG; Krostitz; Geißler Reisen GbR; Eilenburg	1.100	1.100
DB Regio AG; Frankfurt am Main	4.950	4.000
Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH; Halle (Saale)	1.150	850
Erfurter Bahn GmbH; Erfurt	300	300
Transdev GmbH; Berlin	300	300
Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Verkehrsunternehmen Omnibus-Verkehrsgesellschaft mbH „Heideland“ (OVH); Oschatz, Reiseverkehr Schulze OHG; Torgau; Döllnitzbahn GmbH; Mügeln	1.100	1.150
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH; Windischleuba	750	750
	<u>76.050</u>	<u>73.500</u>

Beteiligungen Keine

Gremien

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat
- Finanz- und Rechtsausschuss
- Personalausschuss
- Verkehrsausschuss



Die Amtszeit des Aufsichtsrats endete gem. §16 Abs.4 des Gesellschaftsvertrags mit der Beendigung der Gesellschafterversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr beschloss, am 22. August 2019. Der Aufsichtsrat blieb solange im Amt, bis sich der neue Aufsichtsrat konstituiert hat. Dies erfolgte am 05. Dezember 2019. Bis zu diesem Zeitpunkt setzte sich der **Aufsichtsrat** wie folgt zusammen:

Frau Dorothee Dubrau, Vorsitzende, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Stadtentwicklung und Bau der Stadt Leipzig

Herr Vinzenz Schwarz, 1. Stellvertreter, Vorstand Hallesche Verkehrs-AG

Herr Ronny Thieme, 2. Stellvertreter, Fachbereichsleiter Sicherheit und Ordnung, Landratsamt LK Altenburger Land

Herr Thomas Böhm, Leiter Wirtschaftsamt des Burgenlandkreises

Herr Stephan Bog, Geschäftsführer THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH (bis 30.08. 2019)

Frau Tatjana Bonert, Geschäftsführerin THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH (ab 01.09.2019)

Herr Frank-Peter Bretzger, Leiter Produktmanagement Mitteldeutschland, DB Regio AG, Region Südost

Herr Lutz Däumler, Geschäftsführer Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH

Herr Kai Emanuel, Landrat des Landkreises Nordsachsen

Frau Ute Elisabeth Gabelmann, selbständige Kommunikationstrainerin, Stadträtin Leipzig (bis 18.09.2019)

Herr Dr. Jan T. Halama, kaufmännischer Geschäftsführer Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH (bis 31.05.2019, Eine Nachbenennung durch den Freistaat Thüringen ist bisher nicht erfolgt)

Herr Hartmut Handschak, Dezernent für Kreisentwicklung, LK Saalekreis

Herr Michael Hecht, Geschäftsführer Erfurter Bahn (ab 01.01.2019)

Herr Joachim Hoffmann, Geschäftsführer Omnibus-Verkehrsgesellschaft mbH „Heideland“ (OVH)

Herr Ronald Juhrs, Geschäftsführer für Technik und Betrieb der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH

Herr Andreas Kultscher, Geschäftsführer Regionalbus Leipzig

Frau Ines Lüpfer, 2. Beigeordnete im Landkreis Leipzig (ab 18.09.2019)

Herr Ansbert Maciejewski, Fraktionsgeschäftsführer Stadtrat Leipzig (bis 18.09.2019)

Herr Klaus Rüdiger Malter, Geschäftsführer Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (bis 11.08.2019)

Herr Ulf Middelberg, Geschäftsführer für Marketing/Vertrieb/Finanzen und Sprecher der Geschäftsführung der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH

Herr Oliver Mietzsch, Geschäftsführer des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)

Herr Peter Panitz, Geschäftsführer Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (ab 12.08.2019)

Herr Ulrich Peinhardt, Selbständiger IT-Berater, Stadtrat Halle (Saale)

Herr René Rebenstorf, Beigeordneter für den Geschäftsbereich II „Stadtentwicklung Und Umwelt“ der Stadt Halle (Saale)

Frau Franziska Riekewald, Betriebswirtin (VWA), Stadträtin Leipzig

Herr Lothar Riese, Geschäftsführer PNVG Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH

Herr Karsten Schütze, Oberbürgermeister Stadt Markkleeberg, Kreisrat Landkreis Leipzig (bis 18.09.2019)

Frau Sigrun Seidel, Diplom Wirtschaftsingenieuren (FH), Stadträtin Leipzig (ab 18.09.2019)

Herr Steffen Tippach, Bereichsleiter Marketing der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH

Herr Andreas Völker, Bereichsleiter Marketing/Vertrieb/Kundenservice, Hallesche Verkehrs-AG



Herr Dr. Wolfgang Weinhold, Vorsitzender der Regionalleitung Südost, DB Regio AG, Region Südost und Sprecher Verkehrsbetrieb Mitteldeutschland

Beratende Mitglieder:

Herr Prof. Klaus Kummer, Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt

Herr Edward Jendretzki, Referatsleiter im Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr (bis 16.08.2019; Die Nachbesetzung eines beratenden Aufsichtsratsmitgliedes ist nicht mehr vorgesehen)

Herr Bernd Sablotny, Abteilungsleiter im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Durch die Gesellschafter wurden auf der Grundlage des mit Beschluss vom 23. Februar 2017 geänderten Gesellschaftsvertrags die Mitglieder des neuen Aufsichtsrats benannt. Der Aufsichtsrat wählte in seiner konstituierenden Sitzung am 5. Dezember 2019 den Vorsitzenden und die beiden Stellvertreter. Der **Aufsichtsrat** setzt sich seitdem wie folgt zusammen:

Frau Dorothee Dubrau, Vorsitzende, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Stadtentwicklung und Bau der Stadt Leipzig

Herr Vinzenz Schwarz, 1. Stellvertreter, Vorstand Hallesche Verkehrs-AG

Herr Ronny Thieme, 2. Stellvertreter, Fachbereichsleiter Sicherheit und Ordnung, Landratsamt LK Altenburger Land

Herr Thomas Böhm, Leiter Wirtschaftsamt des Burgenlandkreises

Frau Tatjana Bonert, Geschäftsführerin THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH (ab 01.09.2019)

Frau Sandy Brachmann, Bereichsleiterin Marketing der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH

Herr Frank-Peter Bretzger, Leiter Produktmanagement Mitteldeutschland, DB Regio AG, Region Südost

Herr Lutz Däumler, Geschäftsführer Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH

Herr Kai Emanuel, Landrat des Landkreises Nordsachsen

Frau Annett Hellwig, Amtsleiterin Amt für Bildung, Kultur und Tourismus, Landkreis Saalekreis

Herr Michael Hecht, Geschäftsführer Erfurter Bahn (bis 31.12.2019)

Herr Ronald Juhrs, Geschäftsführer für Technik und Betrieb der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH

Herr Holger Klemens, Geschäftsführer Omnibus-Verkehrsgesellschaft mbH „Heideland“ (OVH)

Frau Anja Krimmling Schoeffler, Angestellte, Stadträtin Halle (Saale)

Herr Andreas Kultscher, Geschäftsführer Regionalbus Leipzig

Frau Ines Lüpfer, 2. Beigeordnete im Landkreis Leipzig (ab 18.09.2019)

Herr Ulf Middelberg, Geschäftsführer für Marketing/Vertrieb/Finanzen und Sprecher der Geschäftsführung der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH

Herr Oliver Mietzsch, Geschäftsführer des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)

Herr Peter Panitz, Geschäftsführer Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (ab 12.08.2019)

Frau Carmen Maria Parrino, Vorsitzende der Geschäftsführung Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH (ab 01.01.2020)

Herr René Rebenstorf, Beigeordneter für den Geschäftsbereich II „Stadtentwicklung Und Umwelt“ der Stadt Halle (Saale)

Frau Franziska Riekewald, Betriebswirtin (VWA), Stadträtin Leipzig

Herr Lothar Riese, Geschäftsführer PNVG Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH



Herr Andreas Schachtschneider, Lehrer, Stadt Halle (Saale)

Frau Sigrun Seidel, Diplom Wirtschaftsingenieuren (FH), Stadträtin Leipzig

Herr Andreas Völker, Bereichsleiter Marketing/Vertrieb/Kundenservice, Hallesche Verkehrs-AG

Herr Dr. Wolfgang Weinhold, Vorsitzender der Regionalleitung Südost, DB Regio AG, Region Südost und Sprecher Verkehrsbetrieb Mitteldeutschland

N.N., (Der Vertreter des Freistaates Thüringen ist noch nicht benannt.)

Beratende Mitglieder:

Herr Prof. Klaus Kummer, Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt

Herr Mario Bause, Referatsleiter im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Abschlussprüfer Ebner Stolz GmbH & Co.KG, Leipzig

Kurzvorstellung des Unternehmens

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Seit dem 15. Dezember 2019 gilt der MDV-Tarif auch für Fahrgäste in allen S-Bahnen und Regionalzügen nach Dessau-Roßlau und in die Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld (MDV-Nord).

Mit einem Anteil von 51% halten die 10 Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49% werden von den im Verbundraum tätigen 13 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüssen gehalten.

Im Zusammenhang mit der Erweiterung im Dezember 2019 übernahmen die Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH, DB Regio AG und Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH zusätzliche Gesellschafteranteile von insgesamt 2.550,00 €, so dass das Stammkapital zum 31.12.2019 auf 76.050,00 Euro stieg. Die entsprechenden Änderungen im Gesellschaftsvertrag wurden am 13. bzw. 16. Dezember 2019 im Handelsregister eingetragen.

Finanzbeziehungen zwischen dem ZVNL und der MDV GmbH

Im Jahr 2019 wurden durch den ZVNL Betriebskostenzuschüsse in Höhe von insgesamt 93.982,72 EUR sowie im Rahmen der Kooperationsvereinbarung 129.118,17 EUR (netto 108.502,66 EUR) an die MDV GmbH ausgezahlt. Weiterhin finanzierte der ZVNL anteilig die gemeinsamen Marketing-Maßnahmen mit insgesamt 45.000,00 EUR. Der MDV erhielt weiterhin Zuwendungen im Rahmen der Verbundenweiterung MDV-Nord sowie im Rahmen der Einführung neuer sächsischer Tarifprodukte.



Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

Entwicklungen und Aufgabenschwerpunkte in 2019

Auch 2019 hielt die positive Entwicklung an. Die **Verbundeinnahmen** entwickelten sich mit einem Zuwachs um 16,2 Mio. € bzw. 6,9 % überdurchschnittlich positiv. Dazu beigetragen haben Zuwächse in allen Tarifproduktgruppen sowohl in den beiden kreisfreien Städten, als auch in den Landkreisen im MDV. Die Steigerung in der Tarifzone Leipzig mit 7,9 % resultiert in einem starken Maße aus dem Zuwachs im Segment Zeitkarten Jedermann (+ 5,0 Mio. € bzw. + 8,3 %), was anteilig auch auf den gestiegenen Zuschuss der Stadt Leipzig für die Leipzig-Pass-Mobilcard zurück zu führen ist. Aufgrund der Einführung neuer sächsischer Tarifprodukte sind deutliche Zuwächse im Segment der ermäßigten Zeitkarten zu verzeichnen. Zwischen Einführung im August 2019 und Dezember 2019 haben allein 3.874 Junge Leute das AzubiTicketSachsen erworben. Die Nutzerzahlen sind damit um ca. 7 % gestiegen. Bei den Fahrgastzahlen stehen den anhaltenden Zuwächsen im SPNV eher stagnierende Fahrgastzahlen der ÖPNV-Verkehrsunternehmen gegenüber.

Trotz der insgesamt positiven Entwicklung musste auch im Jahr 2019 der **Verbundtarif** aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zusätzlich preislich fortgeschrieben werden, da für einen großen Teil der Verkehrsunternehmen zum derzeitigen Stand zur Gegenfinanzierung keine anderweitigen oder nicht ausreichenden Mittel zur Verfügung stehen.

Gleichzeitig wurden in der Stadt Leipzig politische Vorgaben sowie zusätzliche finanzielle Mittel für den städtischen Nahverkehr diskutiert. Als Ergebnis dieser Diskussion beschloss der Leipziger Stadtrat am 24.10.2018, dass die Fahrpreise in der Tarifzone 110 (Leipzig) in den Jahren 2019 und 2020 nicht erhöht werden und die Kostensteigerung der LVB durch zusätzliche kommunale Mittel getragen werden sollen.

Im Rahmen der sachsenweiten Strategie, die verschiedenen Verbundtarif zu vereinheitlichen und gleichzeitig attraktive Tarifangebote für junge Leute anzubieten, wurden zu Tarifwechsel 2019 das AzubiTicket Sachsen und das SchülerFreizeitTicket eingeführt.

- Das (vom Freistaat geförderte) AzubiTicket Sachsen ist zu einem günstigen Abonnementpreis MDV-weit für alle Azubis nutzbar, die eine Bildungseinrichtung in Sachsen besuchen. Der Zukauf für Fahrten eines/ mehrerer weiterer Verbünde in Sachsen ist optional möglich.
- Auch das SchülerFreizeitTicket wird vom Freistaat gefördert, so dass Schülern allgemeinbildender Schulen eine MDV-weite Freizeitnutzung für einen günstigen Verkaufspreis im Abonnement angeboten werden kann.



Als Test für einen Sachsentarif fungiert der gleichfalls zum Tarifwechsel 2019 eingeführte Übergangstarif für Fahrten zwischen den Tarifzonen 41 (VVO) und 127 (MDV). Der Verbundgrenzen überschreitende Tarif integriert die Nutzung des SPNV-Nahverkehrs, des straßengebundenen ÖPNV-Angebots (Bus) und der Döllnitzbahn.

Die Umsetzung des Erwerbs all dieser Produkte in den ABO-Vertriebssystemen der MDV Unternehmen wurde durch die Verbundgesellschaft technisch-organisatorisch betreut. Zusätzlich übernahm der MDV die Federführung in der Arbeitsgruppe Vertrieb zur Sicherstellung der Anerkennung und Kontrollierbarkeit des AzubiTicket Sachsen bei der sachsenweiten Umsetzung in enger Zusammenarbeit mit den anderen sächsischen Verkehrsverbünden, um einvernehmliche Lösungen zu Ticketlayouts, Fahrscheinsicherheit, Anerkennung und Kontrollprozessen mit den Partnerverbünden im Interesse des Fahrgastes zu erarbeiten und umzusetzen.

Eine weitere Vereinheitlichung zwischen den sächsischen Verbünden konnte mit der zum Tarifwechsel erfolgten Anhebung der Kinderaltersgrenze um ein Jahr erreicht werden.

Neben den sachsenweiten Entwicklungen wurden aber auch die MDV-Angebote kontinuierlich weiterentwickelt. Ein zentraler Bestandteil war dabei die Neuverhandlung und der erfolgreiche Abschluss der Semesterticketverträge mit den Universitäten in Leipzig, in Halle und in Merseburg.

Im Rahmen der Umsetzung der **Strategie „Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland 2025“** wurde weiter an den 38 Arbeitspaketen mit den folgenden Schwerpunkten gearbeitet:

Zum 15. Dezember 2019 wurde die vorerst auf den SPNV beschränkten **Verbundenweiterung** umgesetzt. Seitdem gilt der MDV-Tarif auch für die Fahrgäste in allen S-Bahnen und Regionalzügen nach Dessau-Roßlau und in die Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld. Die Umstellung verlief insgesamt erfolgreich und in der öffentlichen Gesamtwahrnehmung positiv. Eine wesentliche technische Voraussetzung war die Anpassung aller Vertriebs- und Auskunftssysteme im alten und neuen Verbundgebiet. Dazu wurde auch ein System zum automatisierten Erstellen der Tarifmatrix eingeführt, um in allen Vertriebsgeräten die Relationen ins Erweiterungsgebiet ohne das bisherige aufwendige händische Erstellen und Bearbeiten der Tarifdaten durch Verbundgesellschaft und Sachbearbeiter der Verkehrsunternehmen anzulegen. Vorbereitet und begleitet wurde die Verbundenweiterung durch eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit. Eine erste Kampagnen-Evaluation zeigte, dass alle Maßnahmen planmäßig umgesetzt wurden und damit die gewünschte breite öffentliche Wahrnehmung als wichtigstes Kommunikationsziel weitestgehend erreicht wurde.

Wichtigste Arbeitspaket im technischen Bereich war 2019 die **künftige Tarif- und Vertriebsstrategie im MDV**. Hierfür wurden vorbereitende Studien und Recherchen durchgeführt und diese mit den Gesellschaftern diskutiert. Dieser Prozess soll 2020 fortgesetzt werden, um eine abschließende Entscheidung für die nächsten Jahre zu treffen. Die Komplexität der Diskussion ist sehr hoch, zumal hier spezifische unternehmensinterne Ziele einfließen. Dies sind insbesondere die Reduzierung bzw. mittelfristige Abschaffung von Bargeld und Papiertickets.



Im Rahmen der Weiterentwicklung des eTicketing im MDV wurde im Jahr 2019 die Erweiterung des **zentralen eTicketing-System im MDV (MDV-Berechtigungssystem „BerSy“)** für die VDV-KA Umsetzungsstufe 2b begonnen. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, um auch bargeldloses Bezahlen mit VDV-KA-Bezahlungsmitteln (POB, PEB, WEB) zu ermöglichen. Die Umsetzung erstreckt sich noch bis zum 2. Quartal 2020. Als erstes Verkehrsunternehmen wird die LVB diese Funktionen für Ihre Kunden anbieten. Bei weiteren Verkehrsunternehmen im MDV gibt es bereits in Umsetzung befindliche Projekte bzw. konkrete Planungen dazu. Die Erweiterung kann dann später auch von anderen Verkehrsunternehmen genutzt werden.

Mit der Inbetriebnahme des ReTSy-Systems bei der PNVG konnte auch die Anbindung an das MDV-BerSy erfolgreich abgeschlossen werden. Auf dieser Grundlage wurde 2019 mit der Umstellung der Abonnenten der PNVG auf Chipkarte begonnen; der Abschluss wird im 1. Quartal 2020 erfolgen. Des Weiteren war die Umstellung des Systems Patris bei der LVB im Jahr 2019 soweit fortgeschritten, dass die Anbindung an BerSy nach VDV-KA-Version 1.5 erfolgreich getestet werden konnte. Die Produktivsetzung wird dann Anfang 2020 erfolgen.

Das **handybasierte Auskunft- und Ticketingsystems easy.GO** hat sich zu einem stabilen Fahrplan- und Tarifauskunfts- sowie Ticketingdienst für die Kunden im Mitteldeutschen Verkehrsverbund entwickelt. 2019 ist die Nutzung wiederum angestiegen. Anfragen zu Verbindungen und Abfahrtszeiten stiegen von 54,5 Mio. in 2018 auf 68,8 in 2019 und damit um 26 %. Mit fast 1,3 Mio. Ticketkäufen in Höhe von EUR 3,75 Mio. bedeutet dies einen Anstieg von rd. 30 % zum Vorjahr.

Im Jahr 2018 wurde beschlossen, die App easy.GO mit den Schwerpunkten zusätzliche Bezahlverfahren, Buchung von Rufbusfahrten und verbundüberschreitende Auskunft und Verkäufe inklusive Reiseketten im Bereich Sachsen bzw. später Mitteldeutschland weiterzuentwickeln. Hierfür wurde 2019 eine europaweite Ausschreibung durchgeführt und nach Auftragsvergabe im August 2019 mit den Arbeiten begonnen, die in mehreren Stufen 2020 produktiv gesetzt werden sollen. Parallel dazu wurde über eine Agenturausschreibung eine neue Marke für die App kreiert, da easy.GO aufgrund des rechtlichen Rahmens nicht mehr weiter genutzt werden kann, und die im Jahr 2020 geplante Vermarktung vorbereitet.

Im Jahr 2019 wurde die **Einführung der neuen Bordrechner bei der PVG Burgenlandkreis** begleitet und entsprechende umfangreiche Tests durchgeführt. Die ersten Geräte sind im Dezember 2019 in Betrieb gegangen. Im Jahr 2020 sollen alle Bordrechner implementiert werden.

Die **Datendrehscheibe** für den verkehrsunternehmensübergreifenden Datenaustausch wurde um zusätzliche Funktionen für die Fahrgastinformation erweitert. Mittels eines DFI-Konverters ist es möglich, Fahrten von Fremdunternehmen aus den Auskunftsdaten für die DFI-Schnittstellen der Abnehmer aufzubereiten. In 2020 ist geplant, die Datendrehscheibe des Verkehrsverbundes Oberelbe an die MDV/NASA- Datendrehscheibe anzuschließen, wozu bereits 2019 die Vorarbeiten und Abstimmungen durchgeführt wurden. Gleichzeitig wurde das Thema **Anschlussicherung** vorangetrieben, indem durch den Bereich Verkehrsplanung neue Anschlussicherungspunkte für PlusBus-Linien in den Landkreisen Nordsachsen und Leipzig definiert wurden. Die Verbundgesellschaft unter-



stützt Verkehrsunternehmen, die aufgrund technischer Probleme bisher keine Anschlussicherungspunkte implementiert konnten. Die Datengrundlage auf Seiten der Datendrehscheibe ist jedoch vorhanden und kann jederzeit genutzt werden.

Im Zuge der **Open Data** Strategie wurde der Zugang zu den Fahrplänen im GTFS-Format weiter vereinfacht. Der Datensatz kann ohne Einschränkungen über die Verbundseite bezogen werden und wird entsprechend der INSA-Auskunft wöchentlich aktualisiert. Darüber hinaus erfolgte die Veröffentlichung der Daten auf Google Maps. Der Datensatz wird auch zunehmend durch die Verbundpartner für eigene Vorhaben genutzt, wie z.B. LVB Flexa, HA-VAG FARTIQ oder das Tool „Reachie“ im Projekt LOW CARB. Der GTFS-Datensatz wird laufend optimiert, wobei im Vordergrund die Abbildung von Rufbussen steht. Mit der Bereitstellung der Soll-Fahrplandaten an DELFI und den sog. nationalen Zugangspunkt (DODP) erfüllen die MDV-VUs zudem die aktuellen Anforderungen der EU bezüglich der Bereitstellung von Mobilitätsinformationen gem. der delegierten Verordnung (EU) 2017/1926. Die Anschaffung von Echtzeitdatenschnittstellen konnte dagegen bisher noch nicht umgesetzt werden.

Im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung Verkehrsmanagement (KOV-VM)** wurden insbesondere der Austausch der Partner und Stakeholder in den Bereichen automatisiertes Fahren, umweltsensitive Verkehrssteuerung, E-Mobilität und Datenmanagement vorangetrieben. In der AG Autonomes Fahren fand ein umfassender Austausch der Projektbeteiligten (ABSOLUT, automatisierter Bus Rackwitz), kommunalen Akteuren, Landesbehörden und der Forschung im MDV statt. Der Geschäftsbesorger unterstützt die Partner nach Bedarf mit Daten und Know-How im Bereich der Leitstellentechnik. Im Bereich **umweltsensitive Verkehrssteuerung** konnte durch die Universität Leipzig (InfAI) und die Stadt Leipzig eine Referenzmessstelle zur Erfassung von Luftschadstoffen an einer offiziellen Landesmessstelle eingerichtet werden. Die Erkenntnisse zur Verlässlichkeit der kostengünstigen Erfassungsmethode sowie möglicher Anwendungsfälle werden 2020 im Rahmen der KOV-VM geprüft. Eine wichtige Aufgabe ist die Unterstützung der Partner bei der Datenbereitstellung und Datenbeschaffung. Die Verbundgesellschaft bildet damit eine Vermittlungsebene zwischen den Datenanbietern und Abnehmern (s. a. Datendrehscheibe und GTFS-Fahrpläne) und ist Ansprechpartner für Dritte. Einen weiteren Baustein des Datenmanagements bildet die Bereitstellung eines Abfahrtstafelgenerators für Anzeiger Dritter. Die Bereitstellung erfolgt voraussichtlich in 2020.

Mit der Realisierung der neuen Verbund-App wird seit 2019 das Thema der Beauskunftung, Buchung und Bezahlung von **Anrufbussen** umgesetzt. Entsprechende Erweiterungen der geplanten App sowie des Hintergrundsystems INSA wurden konzipiert und beauftragt. Die Grundlage dazu bilden die Dispositionssysteme der Verkehrsunternehmen Geißler Reisen und Regionalbus Leipzig.

Die Daten der **Automatischen Fahrgastzählsysteme** bilden eine wesentliche Säule der Einnahmeverteilung. Da sowohl im Hardware- als auch im Softwarebereich eine Fortschreibung der Fahrgastzähltechnik erforderlich ist, hat die Verbundgesellschaft im Jahr 2019 in einer zweiten Stufe eine Ausschreibung für die Neubeschaffung der Software für die Hochrechnung, den Saldenausgleich und die Stichprobenbildung vorbereitet und durchgeführt.

Die **verkehrsplanerischen Schwerpunkte** orientierten sich 2019 wie auch in den vergangenen Jahren wesentlich an den Themen aus dem Strategieprozess MDV 2025.



Im Projekt „**Landkreis Leipzig in Fahrt**“ konnten im Jahr 2019 sowohl der neugestaltete Stadtverkehr Grimma als auch der komplett neue Stadtverkehr von Bad Lausick in Betrieb genommen werden. Dabei wurden in Grimma vor allem Linienläufe verbessert, die Haltestellenanzahl deutlich erhöht, die Taktlücken am Vormittag geschlossen und das Angebot am Abend und am Wochenende erstmals eingerichtet. Die Fahrgastzahlen sind in Grimma schon wenige Wochen nach der Umstellung deutlich gestiegen. Während der Stadtverkehr in Grimma im April 2019 umgesetzt wurde, startete Bad Lausick im Dezember 2019. Wie auch in Grimma wird hier ein Halbstundentakt mit dichten Haltestellenangebot, Verknüpfung zum Regionalverkehr und zum SPNV in Richtung Leipzig angeboten.

Die Planungen für den Stadtverkehr in Colditz sind Ende 2019 fast vollständig fertig gestellt worden. Hier soll der nächste Innovationsschritt umgesetzt werden, eine Umsetzung als flexibler Rufbus. Start ist für den August 2020 vorgesehen. Ein Pre-Test für flexible Bedienformen hat Regionalbus Leipzig im Raum Bennowitz seit Dezember 2019 gestartet. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass sowohl die Dispositionssoftware „Cover“ als auch die technischen Abläufe bei Regionalbus Leipzig funktionieren und eine gute Basis für den flexiblen Stadtverkehr Colditz bieten. Kritisch dagegen ist, dass die Genehmigungsbehörde keine Genehmigung als Linienverkehr erteilt hat. Das Verfahren befindet sich derzeit in Klärung.

Für den Bereich rund um **Wurzen** ist ab 2020 gemeinsam mit dem Landkreis Nordsachsen kreisgrenzenüberschreitend ein ÖPNV-Projekt vorgesehen, das den Bereich Taucha, Borsdorf, Wurzen, Falkenhain Mockrehna und Eilenburg umfasst. Die Federführung – unter fachlicher Begleitung des MDV – wird bei den Aufgabenträgern liegen.

Das unter Federführung des Burgenlandkreises zur Umsetzung vorgesehene Projekt „**Clever unterwegs im Burgenlandkreis**“ liegt derzeit auf Eis. Hintergrund waren sowohl personelle Engpässe bei der PVG Burgenlandkreis als vor allem auch die Notwendigkeit des Landkreises die für das ÖPNV-Konzept vorgesehenen finanziellen Mittel für eine außerordentliche Situation im Landkreis einzusetzen.

Daher ist die für 2019 avisierte begleitende Kommunikation und Marketing des Vorhabens gegenüber politischen Meinungsbildern, Schulen, Öffentlichkeit, Presse, Fahrpersonalen und Fahrgästen in die Jahre 2020/21 verschoben worden.

Auf Grundlage der Kooperationsvereinbarung mit den ÖPNV-Aufgabenträgern zur gemeinsamen Bearbeitung der jeweiligen **Nahverkehrspläne** wurde in 2019 der Nahverkehrsplan für den Landkreis Nordsachsen fertig gestellt und vom dortigen Kreistag beschlossen. Die Bearbeitung der Pläne für den Landkreis Leipzig und das Altenburger Land sollen in 2020 fertig gestellt werden. Damit wären für alle fünf MDV-Landkreise der erste NV-Plan gemäß der Kooperationsvereinbarung erstellt. Die erste Aktualisierung wird in 2020 im Saalekreis begonnen.

Im durch den Freistaat Thüringen geförderten Projekt „**Schmölln macht mobil**“ wurden bis Jahresende 2019 die Planungen für Linienlauf, Haltestellen und Fahrpläne fertiggestellt. Problematisch hierbei war der parallel laufende Prozess des Freistaates Thüringen, das Schulgesetz zu verändern, was wiederum Auswirkungen auf die Schulstandorte haben kann. Insgesamt kam der Prozess der Fahrplangestaltung langsamer als geplant voran, da sich durch die Abstimmungen mit den Kommunen zu Haltestellen und Fahrwegen immer wieder neue Anforderungen



ergeben haben. Die Planungen sind jetzt fertiggestellt und werden dem Kreistag in Form von Baustein-Paketen zur Abstimmung angeboten: Basispaket (vertaktete Linien + Schülerverkehr), Abendverkehr, Wochenendverkehr, kleine Ortschaften (Rufbus) und Nachbarschaftsverkehr (kreisgrenzenüberschreitender Verkehr). Ein Beschluss ist für 2020 vorgesehen. Der Freistaat Thüringen fördert das Vorhaben im Personal- und Marketingbereich.

Seit August 2017 wird das Projekt durch Kommunikation und Marketing gegenüber politischen Meinungsbildern, Schulen, Öffentlichkeit, Presse, Fahrpersonalen und Fahrgästen begleitet.

Der **PlusBus** feierte im Dezember 2019 seinen sechsten Geburtstag. Inzwischen fahren in Deutschland über 100 Linien unter dieser Markenbezeichnung. Mit dem Lizenzvertrag an die Nah.SH ist dem PlusBus erstmals der Schritt in die Nordwestdeutschen Bundesländer gelungen. Die Marke wird von der NASA GmbH und dem MDV lizenziert.

Der MDV unterstützt die Verbundpartner bei der Erfassung von **Daten zur Barrierefreiheit**. Mit der Erarbeitung des DELFI-Handbuches für Barrierefreiheit im ÖPNV (DELFI e.V.) wurden deutschlandweite Standards für die Datenerhebung festgelegt, die auch im MDV angewendet werden sollen. Durch die Bereitstellung einer Softwarelösung für die Erfassung von Haltestellendaten sowie Datenspezifikation schuf der MDV eine Grundlage für die Erfassung der Daten im Verbund. Des Weiteren wurden bereits in den Fahrplandaten gelieferte Fahrzeuginformationen (geplanter Einsatz eines Niederflrfahrzeugs) in Leipzig, Halle und SPNV-Netz in der Auskunft freigeschaltet.

Im Jahr 2019 beginnt die Aufnahme der im „Leitfaden für die Barrierefreiheit im MDV“ und DELFI-Handbuch Barrierefreiheit enthaltenen Anforderungen zur Ausstattung von Haltestellen in den Landkreisen Saalekreis und Burgenlandkreis. Im Landkreis Altenburg im Vorfeld durchgeführte Erhebungen sollen mit integriert werden. Diese Daten sollen sowohl für die Beauskunftung barrierefreier Reiseketten als auch für Informationen auf der Webseite verwendet werden.

Aus der **ÖPNV-Strategiekommission im Freistaat Sachsen** wurden neben verschiedenen Tarif- und Vertriebsmaßnahmen auch ein sachsenweites Netz aus Plus- und TaktBussen entwickelt, dass zusammen mit dem SPNV ein engmaschiges Netz an hochwertigen ÖPNV-Angeboten darstellt.

Der Freistaat Sachsen beabsichtigt den Betrieb von über 100 Plus- bzw. TaktBus-Linien in ganz Sachsen finanziell zu fördern. 2019 wurden bereits 59 Linien auf das neue Qualitätsniveau gehoben bzw. komplett neu eingerichtet. Eine ähnlich große Anzahl ist für 2020 zur Umsetzung vorgesehen. Der MDV hat federführend die sachsenweite Umsetzung sowie ein Gestaltungskonzept für die einheitliche Vermarktung bei allen sächsischen Verbünden auf den Weg gebracht.

Die **Kooperationsvereinbarung mit dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** ist Ende 2019 ausgelaufen und wurde durch eine neue Vereinbarung ersetzt. Themen in 2019 waren u.a.:

- Planung von Anschlusssicherung von PlusBus-Linien an den SPNV
- Abschätzung Kapazitätsbedarf Bus-Verknüpfungstellen Regis-Breitungen, Neukienitzsch, Gaschwitz
- Stadtverkehr Borna - Grundlagenplanung



- Kontrolle von SEV-Leistungen und von SPNV-Qualitätskontrollen

Gefördert über die Fachkräftelinie des Freistaates Sachsen werden die Landkreise Leipzig und Nordsachsen das **betriebliche Mobilitätsmanagementprojekt „Betriebe in Fahrt“** durchgeführt. Aufgrund von Personalengpässen konnte die Arbeit in 2019 nicht in vollem Umfang durchgeführt werden. Trotz dessen wurde insbesondere das betriebliche Mobilitätsmanagement beim größten Arbeitgeber des Landkreises Leipzig, dem Landratsamt, vorgebracht. Im Landkreis Nordsachsen wurde die grundlegende BMM-Datenbank mit allen relevanten Unternehmen sowie deren Erreichbarkeit und den Vor-Ort-Ansprechpartnern erstellt. Die speziell für das Gewerbegebiet rund um den Glascampus in Torgau initiierte StadtBus-Linie konnte bereits im Dezember 2019 in Betrieb genommen werden. Im Jahr 2020 werden intensive Beratungen durchgeführt um gemeinsam mit den Betroffenen Mobilitätslösungen zu entwickeln und umzusetzen. Die derzeitige Förderung läuft noch bis Februar 2021.

Im von der EU geförderten Projekt **LowCarb – Clever unterwegs im Nordraum Leipzig** haben sich die Projektpartner LVB, Stadt Leipzig und MDV das Ziel gesetzt, für die weiterhin stark boomenden Gewerbestandorte im Norden von Leipzig u. a. einen Masterplan Verkehr zu erstellen, der eine Steuerung des erhöhten Mobilitätsbedarfes in diesem Gebiet zu Gunsten des ÖPNV vorsieht. In 2019 wurde der Masterplan für eine stufenweise entwickelt und bereits sowohl mit den Verwaltungen als auch mit den ansässigen Unternehmen besprochen. Das Projekt hat eine Laufzeit bis ins 2. Quartal 2020. Eine Weiterführung mit dem Ziel der Umsetzung wird von den Projektpartnern gewünscht. Die Finanzierung der mittelfristig benötigten Stellen befindet sich in der Klärung.

Die Schwerpunkte im **Bereich Öffentlichkeit und Kommunikation** waren im Jahr 2019 auf folgende Themen ausgerichtet:

Das Marketing konzentrierte sich auf die **Verbesserung der Informationen** an den Haltestellen, auf die **Vermarktung der neuen Stadtverkehre** in Grimma, Brandis und Bad Lausick sowie die **Einführung der neuen Tarifprodukte** (vor Allem ABO Aktiv).

Im **Südlichen Leipziger Neuseenland** konnte in zwei Teilschritten im August und im Dezember 2019 das angepasste Liniennetz von RL und THÜSAC mit entsprechender kommunikativer Begleitung in Betrieb gehen. Vertaktete Linien und gute Anschlüsse zum SPNV in Richtung Leipzig sind auch hier die Merkmale des neuen Angebotes. Insbesondere der Stundentakt zwischen Pegau und Groitzsch (aus zwei überlagerten Linien gestaltet) stellt eine deutliche Verbesserung des Angebotes dar. Die ursprünglich für August vorgesehene Komplettumsetzung musste aufgrund von Personalengpässen bei der THÜSAC auf zwei Teilschritte aufgesplittet werden.

Die Vermarktung wird federführend durch den MDV in enger Abstimmung mit dem Landkreis Leipzig und den beiden Verkehrsunternehmen durchgeführt.

Das in 2017 und 2018 auf den Weg gebrachte Konzept zur **verbundweiten Marktbearbeitung** wurde 2019 als **mehrstufige Kampagne** realisiert. Vorangegangen war ein Agenturwettbewerb im Rahmen einer Ausschreibung. Die Ziele waren insbesondere, verbundweite Aufmerksamkeit für das gemeinsame Gesamtprodukt „Nahverkehrssystem in Mitteleuropa“ zu erzeugen und mit Dialogmarketing Neukunden zu gewinnen. Die Kampagne ist



erfolgreich verlaufen und wird verbundweit je nach Thema und Unternehmensbeteiligung weiter ausgerollt. Ab Mitte 2020 soll ein Evaluierungskonzept erarbeitet werden.

Neben dem Marketing der Verkehrsprojekte in den Landkreisen (vgl. vorherige Absätze) lagen die weiteren Themen insbesondere auf folgenden Handlungsfeldern:

- Vermarktung, Pressekampagne und politische Kommunikation zur 3. Verbunderweiterung („MDV Nord“)
- Marketingkampagnen AzubiTicket Sachsen, SchülerfreizeitTicket, Übergangstarif Oschatz-Riesa (in Abstimmung mit den VV in Sachsen)
- Entwicklung eines einheitlichen Marktauftrittes für PlusBus und TaktBus in Sachsen (in Abstimmung mit den Verkehrsverbünden in Sachsen)
- verbundweite Mobilitätsberatung am MDV-Infomobil sowie am MDV-Infotelefon zu Verbindungen, neuen Tarifprodukten und neuen Verkehrsangeboten
- Tarifwechsel 01. August 2019 (Herausgabe der Tarifpublikationen, Pressearbeit, Beratung)
- Strategiearbeitsgruppe Systemzugang (Fokus Zusatzaushänge an Haltestellen in den Landkreisen)
- Fahrplanwechsel im August und Dezember (Herausgabe von Fahrplanbüchern bzw. Ergänzungsheften, Pressemeldungen),
- Schulungen der Verbundunternehmen sowie
- Pressearbeit zu strategischen Themen des MDV.

Realisierung des Wirtschaftsplans 2019

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2019 wurde auf der Gesellschafterversammlung am 13. Dezember 2018 beschlossen. Entsprechend dem Wirtschaftsplan schließt der MDV das Geschäftsjahr 2019 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Der durch die Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages in 2019 **zu zahlende Zuschuss von TEUR 2.662** entsprach der mittelfristigen Planung des Vorjahres. Mit dem Wirtschaftsplan 2019 und dem Beschluss zum Jahresabschluss 2018 wurden zusätzlich nicht verbrauchte Zuschüsse in Höhe von TEUR 359 auf Folgejahre zweckgebunden übertragen. Im Berichtsjahr wurden davon Zuschüsse von TEUR 2.575 in Anspruch genommen, da den Aufwendungen von TEUR 5.568 Erträge einschließlich ertragswirksam vereinnahmter Fördermittel von TEUR 2.993 gegenüberstanden. Der **nicht verbrauchte Zuschussbetrag von TEUR 446 wurde passiviert**. Mit dem Wirtschaftsplan 2020 wurde davon durch die Gesellschafter am 5. Dezember 2019 bereits ein Übertrag von TEUR 393 auf die Jahre 2020 und 2021 beschlossen. Über die Verwendung der zusätzlich nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüsse von TEUR 53 werden die Gesellschafter entscheiden. Außerdem musste die geplante Entnahme aus der Kapitalrücklage nicht in Anspruch genommen werden.

Neben den Betriebskostenzuschüssen der Gesellschafter erfolgte die Finanzierung des Betriebsaufwandes der Gesellschaft durch Erträge aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen sowie durch Zuwendungen des Bundes, der Freistaaten Thüringen und Sachsen, des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum



Leipzig (ZVNL) und der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA). Weitere Erträge wurden aus der Realisierung der Kooperationsvereinbarungen mit verschiedenen Verbundunternehmen, den Kooperationsvereinbarungen mit dem ZVNL, zum Verkehrsmanagement und zur Bearbeitung von Nahverkehrsplänen und dem ÖPNV-Konzepten sowie aus dem Verkauf der Fahrplanhefte 2019/2020 entsprechend den mit den Verkehrsunternehmen des Verbundes geschlossenen Verträgen erzielt. Hinzu kommen Erlöse aus Beteiligungen der jeweiligen Partner an verschiedenen Strategieprojekten.

Von Mitteln aus dem **projektbezogenen Erfolgsanteil** der Jahre 2019 und 2018 von TEUR 778 wurden 2019 TEUR 395 verbraucht, da sich Maßnahmen nach 2020 verschoben haben. Der Restbetrag von TEUR 383 wurde passiviert. Er soll in den Folgejahren für die Umsetzung der entsprechenden Vorhaben als Eigenmittel eingesetzt werden. TEUR 309 sind davon bereits im Wirtschaftsplan 2020 für die Jahre 2020 bis 2024 enthalten. Zusätzlich wurden Mittel in Höhe von TEUR 74 nicht in Anspruch genommen, was insbesondere Strategieprojekte und die Weiterentwicklung easy.GO betraf.

Die **Bilanzsumme** von TEUR 2.938 ist gegenüber dem Vorjahr (TEUR 2.416) um 22 % gestiegen. Dies begründet sich wesentlich aus dem Anstieg des Anlagevermögens (TEUR 203) und der Forderungen (TEUR 245) auf der Aktivseite. Die Erhöhung der Forderungen betrifft insbesondere Forderungen gegen Gesellschafter aus verschiedenen weiterberechneten Marketingleistungen. Durch die anteilige Förderung der Anlagenzugänge bei gleichzeitiger planmäßiger Auflösung für das Geschäftsjahr 2019 in Höhe von TEUR 138 erhöhte sich der Sonderposten aus Investitionszuschüssen (TEUR 107). Die nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüsse und Mittel aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil führten zur einer Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (TEUR 168) und die zum Stichtag noch nicht in Anspruch genommenen Fördermittel zu einer Erhöhung der sonstigen Verbindlichkeiten (TEUR 212) auf Passivseite.

Die Finanzierung der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2019 gesichert.

Ausblick auf 2020 und 2021

Im Jahr 2020 wird die Bearbeitung bestehender und weiterer Arbeitspakete zu den Themenfeldern Tarif & Vertrieb, Multimodalität, Systemzugang/Benutzeroberfläche, Paradigmenwechsel in der Erschließung der Landkreise durch neue Busnetze und das verbundweite Marketing fortgeführt.

Weiterhin wird die Verbundgesellschaft nach der Einführung des MDV-Tarifs für die Fahrgäste in allen S-Bahnen und Regionalzügen nach Dessau-Roßlau und in die Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld (MDV-Nord) auch weiterhin auf eine Vollintegration dieser Gebiete hinwirken.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Pandemie-Situation wird die MDV-Geschäftsstelle in Abstimmung mit den Gesellschaftern prüfen, wie die Fortschreibung laufender bzw. geplanter Vorhaben ausgerichtet wird und wo sich veränderte Aufgabenschwerpunkte ergeben.



Im tariflichen Fokus werden u. a. der Sachsentarif und das sächsische Bildungsticket stehen, wobei mit einer Umsetzung voraussichtlich erst zu einem späteren Zeitpunkt zu rechnen ist. Dazu sind im Vorfeld auch vertriebliche Rahmenbedingungen zu prüfen und zu schaffen.

Weitere tariflichen Entwicklungen sind im Zusammenhang mit dem Fortschreiten der vertrieblichen Digitalisierung, z.B. bei künftiger Nutzung von CiBo-Systemen (Check in/ Be out), zu betrachten.

Im Jahr 2020 wird auch die vollständige Umstellung der Schüler der PNVG auf Chipkarte erfolgen, wobei die Verbundgesellschaft bei notwendigen Arbeiten (u.a. Tests, Massenpersonalisierung) eingebunden ist.

Ebenso ist in 2020 die Produktivsetzung der ersten eTicketing-Funktionen der neuen Bordrechner (IVU) der PVG Burgenlandkreis, die das Prüfen von Chipkarten ermöglichen, sowie die Anbindung des Bordrechnersystems und des Regionalen Ticketingsystems (ReTSy) an das MDV- Berechtigungssystem (BerSy) vorgesehen. Im Rahmen dieser u. a. Tests und Schulungen durchzuführen.

Für das Jahr 2020 ist der Prozess der Umstellung der Zeitkarten auf Chipkarten bei der LVB vorgesehen. Die damit einhergehenden Tests und Abnahmeprozesse im Zusammenspiel der Systeme der LVB und dem MDV-BerSy sowie die Kommunikation gegenüber den anderen Verbundpartnern werden hierbei den Schwerpunkt der Arbeiten darstellen.

Im Rahmen der Einführung der neuen Verbund-App wird auch das **verbundüberschreitende Ticketing** umgesetzt. Künftig soll der Fahrgast für Fahrten in anderen Teilen Sachsens sowie über Verbundgrenzen hinweg Tickets in der MDV App erwerben können. Die Umsetzung ist für Ende 2020 vorgesehen. Bis dahin sind vielfältige technische, vertragliche und organisatorische Aufgaben zu erfüllen.

Im Rahmen der **Automatischen Fahrgastzählung** soll mit der Programmierung und Einrichtung der 2. Stufe (Software für Hochrechnung, Saldenausgleich und Stichprobenbildung) in Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen begonnen werden.

Schwerpunkte der Kooperation **Intermodales Verkehrsmanagement** 2020 sind die Stärkung des Austausches insbesondere mit Politik und Verwaltungen zur Unterstützung bei Open Data, flexiblen Verkehren im ÖPNV, E-Mobilität und Autonomem Fahren sowie die Erweiterung des Netzwerkes um neue Partner. Außerdem soll eine kommunale Austauschplattform zum Verkehrsmanagement der Verkehrsämter Halle, Leipzig, Erfurt, Potsdam, Dresden, Chemnitz und Magdeburg organisiert werden.

Der MDV verfügt über eine **mittelfristige Wirtschaftsplanung**, die zurzeit bis 2024 reicht. Der darin eingebundene Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2020 wurde von der Gesellschafterversammlung am 05. Dezember 2019 beschlossen. Die Gesellschaft sieht im Rahmen der Corona-Pandemie keine Notwendigkeit eines Nachtragswirtschaftsplans und hält weiterhin an der beschlossenen Planung fest. Für das Wirtschaftsjahr 2020 wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, da die geplanten Aufwendungen durch eigene Erträge und Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt sind. Der Wirtschaftsplan 2020 sieht durch die Gesellschafter zu zahlende



Zuschüsse von TEUR 2.961 vor. Zusätzlich beinhaltet die Planung einen Übertrag nicht verbrauchter Gesellschaftszuschüsse der Vorjahre von TEUR 393, wovon TEUR 297 auf das Jahr 2020 und TEUR 96 auf 2021 entfallen.

Für die Liquiditätssicherung bezüglich der Auswirkungen der Corona-Pandemie gibt es die Möglichkeit der Nutzung bisher nicht verbrauchter Zuschüsse nach Einholung eines Gesellschafterbeschlusses. Zudem wurde durch die Verkehrsministerkonferenz ein offener Brief mit der Bitte um einen „Rettungsschirm für den ÖPNV“ verfasst. Ziel ist der Ausgleich entgangener Tarifeinnahmen durch die Bundesländer und den Bund.

Auf Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung geht die Geschäftsführung auch für die Folgejahre unter Berücksichtigung geplanter Entnahmen aus der Kapitalrücklage von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher nicht gefährdet.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Chancen der zukünftigen Entwicklung im Verbundgebiet sieht die Geschäftsführung in der weiteren Umsetzung des Strategieprozesses „MDV 2025“ auf der Grundlage der beschlossenen 38 Arbeitspakete. Gleichzeitig soll der Prozess zur Fortschreibung der Strategie „MDV 2030“ gemeinsam mit den Gesellschaftern weitergeführt werden.

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem. Das aktuell gültige Risikohandbuch datiert vom Januar 2015 in seiner überarbeiteten Fassung vom Juni 2019. Das darin enthaltene Risikoinventar definiert folgende Risikofelder:

- Rechtliche und politische Risiken durch Gebietsreformen und sonstige Veränderung von gesetzlichen Rahmenbedingungen
- Strategische Risiken in Bezug auf die Ausrichtung des MDV, seinem öffentlichen Image sowie dem Erreichen der Verbundziele
- Finanzielle und wirtschaftliche Risiken in Bezug auf die Einhaltung des Wirtschaftsplanes und von Förder- und Zuwendungsbestimmungen
- Fachbereichsspezifische Risiken aufgrund von Störungen bei der Erfüllung von Kooperations- und Lieferverträgen oder im Rahmen der Einnahmeverteilung sowie technische Risiken in Bezug auf die durch den MDV genutzten EDV-Systeme
- Organisatorische und personalwirtschaftliche Risiken.

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung insgesamt als gering eingestuft. Allerdings wird die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt. Die aktuelle Pandemie-Situation mit einer derzeit stark rückläufigen Nachfrage und entsprechenden Einnahmen im ÖPNV kann dabei möglicherweise die Bereitstellung der Betriebskostenzuschüsse insbesondere der Verkehrsunternehmens-Gesellschafter, sowohl für das laufende Jahr als auch das Folgejahr beeinflussen. Daher sind bereits jetzt künftige Einsparungspotentiale zu prüfen.



Zusätzlich wird die Finanzierung durch den 2009 eingeführten und 2017 fortgeschrieben flexiblen projektbezogenen Finanzierungsbaustein, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird, gesichert. Eine Evaluation dieser Herangehensweise soll im Jahr 2022 erfolgen.

Langfristig ist zu prüfen, wie weiterhin der Ersatz von ursprünglich mit Fördermitteln angeschafften Anlagevermögens finanziert werden kann, da über die laufenden Zuschüsse der Gesellschafter dafür keine Mittel amortisiert werden. In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2024 sind für diese Ersatzbeschaffungen ausreichende Mittel der Kapitalrücklage vorgesehen.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungskurschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

1. Bilanzdaten (in TEUR)

Aktiva

	2019 Plan		2019 Ist		2018 Ist		2017 Ist	
Anlagevermögen	773,0	63 %	885,0	30 %	681,6	28 %	807,7	40 %
Immaterielles Vermögen	652,0		780,3		598,3		706,7	
Sachanlagen	121,0		104,7		83,3		101,0	
Umlaufvermögen	440,7	36 %	2.037,7	69 %	1.703,5	71 %	1.203,5	59 %
Forderungen und sonst. Vermögen	170,0		468,4		223,2		132,0	
Wertpapiere/Liquide Mittel	270,7		1.569,3		1.480,3		1.071,5	
Aktiver RAP	10,0	1 %	15,4	1 %	30,8	1 %	13,0	1 %
Bilanzsumme	1.223,7	100%	2.938,1	100%	2.415,9	100%	2.024,2	100 %

Passiva

	2019 Plan		2019 Ist		2018 Ist		2017 Ist	
Eigenkapital	411,2	34 %	477,3	16 %	461,3	19 %	461,3	23 %
Gezeichnetes Kapital	76,1		76,0		73,5		73,5	



Rücklagen	334,2		401,3		387,8		387,8	
Gewinn- /Verlustvortrag	0,0		0,0		0,0		0,0	
Bilanzgewinn/-verlust	0,9		0,0		0,0		0,0	
Sonderposten	432,4	35 %	574,2	20 %	466,7	19%	604,1	30 %
Rückstellungen	120,0	10 %	151,5	5 %	126,2	6 %	126,5	6 %
Verbindlichkeiten	260,1	21 %	1.598,6	54 %	1238,9	51 %	713,3	35 %
Verbindlichkeiten < 1 Jahr	260,1		1.598,6		1238,9		713,3	
Passiver RAP	0,0	0 %	136,5	5 %	122,8	5 %	118,8	6 %
Bilanzsumme	1.223,7	100 %	2.938,1	100 %	2.415,9	100 %	2.024,2	100 %

2. G & V – Daten (in TEUR)

	2019 Plan	2019 Ist	2018 Ist	2017 Ist
Umsatz	1.230,2	971,4	967,4	914,7
Zuschüsse der Gesellschafter	2.938,4	2.575,3	2.553,6	2.511,4
Andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige betr. Erträge	2.345,8	2.016,4	1.149,7	797,9
Gesamtleistung	6.514,4	5.563,1	4.670,8	4.224,0
Materialaufwand	-3.101,2	-2.473,7	-1.693,3	-1.568,2
Personalaufwand	-2.665,6	-2.445,3	-2.376,4	-2085,7
Abschreibungen	-252,4	-218,2	-207,3	-182,2
Sonstige betr. Aufwendungen	-561,0	-412,7	-389,3	-386,4
Zwischenergebnis	-65,8	13,2	4,5	1,5
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	4,7	0,0	2,0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	-17,7	-4,3	-3,2



Betriebsergebnis	-65,8	0,2	0,2	0,3
Außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Steuern	-0,3	-0,2	-0,2	-0,3
Jahresüberschuss	-66,1	0	0	0
Entnahme aus Kapitalrücklage	67,0	0	0	0
Bilanzgewinn/-verlust	0,9	0	0	0



3. Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2019 Plan	2019 Ist	2018 Ist	2017 Ist
Vermögenssituation				
Vermögensstruktur	53,28 %	26,56 %	24,76 %	34,91 %
Investitionsdeckung	102,91 %	172,15 %	251,05 %	143,73 %
Fremdfinanzierung	48,73 %	68,90 %	56,50 %	56,41 %
Kapitalstruktur				
Eigenkapitalquote	33,60 %	18,25 %	19,10 %	22,8 %
Liquidität				
Effektivverschuldung	keine	keine	Keine	keine
Liquiditätsgrad I	104,08 %	98,17 %	119,49 %	150,21 %
	%			
Rentabilität				
Eigenkapitalrendite	0 %	0 %	0 %	0 %
Gesamtkapitalrendite	0 %	0 %	0 %	0 %
Geschäftserfolg				
Pro-Kopf-Umsatz (T€)	28	23	24	25
Personalaufwandsquote	216,68 %	251,73 %	245,65 %	228,02 %
Beschäftigte				
Im Jahresdurchschnitt (ohne Azubis)	43,7	42	41	36

Entsorgung

KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Am Westufer 3
04463 Großpösna OT Störmthal
Tel.: 034299 / 87440
E-Mail: info@kell-gmbh.de
Webseite: <http://www.kell-gmbh.de>

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 21.10.2009

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Datum der aktuellen Satzung: 12.02.2016

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Abfallentsorgung auf dem Gebiet des Landkreises Leipzig. Sie umfasst, die dem Landkreis als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger zugewiesenen Aufgaben und zwar das Einsammeln und Befördern, der im Entsorgungsgebiet anfallenden Abfälle, deren Verwertung und Beseitigung, soweit diese Aufgabe nicht vom Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen wahrgenommen wird, sowie die Übernahme von weiteren Aufgaben, die dem Landkreis als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger zugewiesen sind, soweit es sich nicht um reine Tätigkeiten von Behörden handelt. Hierzu gehören insbesondere die Sanierung und Rekultivierung von Abfallbeseitigungsanlagen und die Entsorgung der rechtswidrig auf den der Allgemeinheit zugänglichen Grundstücken abgelagerten Abfälle. Gegenstand des Unternehmens können weiterhin Aktivitäten im Bereich der Abfallwirtschaft und des Recyclings, wie die Übernahme und Durchführung von Entsorgungsleistungen jeder Art sowie der Erwerb und die Verwaltung von gesellschaftseigenen Immobilien, sein, soweit die Gesellschaft überwiegend, die dem Gesellschafter als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger zugewiesenen Aufgaben erbringt. Die Tätigkeit für andere Auftraggeber als den Landkreis Leipzig wird jedoch nur aufgenommen, solange das Unternehmen im Wesentlichen für den Landkreis Leipzig tätig ist und eine Tätigkeit für andere Auftraggeber als rein nebensächlich angesehen werden kann.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	331.000€
----------------------	----------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Jens Adam

Herr Jens Meissner

III BETEILIGUNGEN**Gesellschafter**

Landkreis Leipzig	331.000 €	100,0%
-------------------	-----------	--------

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2017	12/2018	12/2019	Plan 12/2019
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-	-
Sonstiges (Avalprovision)	8.854,6 €	7.758,4 €	6.662,2 €	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-	-
Bürgschaften	2.586.150,0 €	2.220.750,0 €	1.855.350,0 €	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs**1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft**

Die angespannte Entwicklung in der Entsorgungswirtschaft setzte sich im Jahr 2019 nahtlos fort. Chinesische Importbeschränkungen für Abfälle zur Verwertung haben insbesondere bei Altpapier und Kunststoffabfällen zu einem weiteren drastischen Preisverfall geführt. Einschränkungen des Freihandels stellen Deutschland vor zunehmend neue Herausforderungen.

2. Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Umsätze der Gesellschaft betrugen im Berichtsjahr 10,7 Mio. EUR und liegen damit 7 % über dem Vorjahresniveau. Der Anstieg der Umsatzerlöse beruht einerseits auf den zum Beginn des Berichtsjahres neu vereinbarten Preisen sowie andererseits auf durch die Umstellung des Veranlagungssystems hervorgerufene Mengensteigerungen. Abgeschwächt wurde der Umsatzanstieg durch die marktbedingt gefallen Papiererlöse.

Gemäß Gesellschaftsvertrag der KELL GmbH werden die Umsätze im Wesentlichen mit dem Landkreis Leipzig erzielt.

3. Geschäftsergebnis

Das Geschäftsergebnis beträgt im Berichtsjahr 580 Tsd. EUR und liegt damit erneut über den Erwartungen der Geschäftsführung. Die Abweichung zum Vorjahr beruht im Wesentlichen auf den gestiegenen Umsatzerlösen.

4. Produktiver Geschäftsbetrieb

Dem höheren Umsatzvolumen stehen auch entsprechenden Kostensteigerungen gegenüber. Erwartete Mehraufwendungen durch Einschränkungen der Erreichbarkeit des Betriebsstandortes aufgrund des Neubaus der Bundesautobahn 72 sind nicht angefallen.

Der zunehmend gesamtwirtschaftlichen Vollbeschäftigung geschuldet, erhöhten sich die Personalkosten um 5 %. Trotz zeitlich verzögerter Neubesetzung freier Stellen sowie teilweise hoher Krankenstände konnte die Entsorgung im Landkreis Leipzig jederzeit gesichert werden.

Die Aufwendungen für Kraftstoffe lagen auf Vorjahresniveau, die Aufwendungen für Reparaturen konnten durch Eigenleistungen deutlich reduziert werden. Die Kosten der sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 12 % gestiegen. Grund ist die einmalige Doppelbelastung im Bereich der Gebührenveranlagung durch die Umstellung des Veranlagungssystems des Landkreises.

Die gestiegenen Kosten konnten durch die höheren Umsatzerlöse mehr als kompensiert werden, so dass das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit deutlich über dem Vorjahresergebnis liegt.

5. Beschaffung und Investitionen

Laufende Ersatzinvestitionen von Behältern und Fahrzeugen wurden im Umfang von 815 Tsd. EUR getätigt. In europaweiten bzw. nationalen Vergabeverfahren wurden Fahrzeuge, Bau- sowie Verwertungsdienstleistungen ausgeschrieben.

Die durchgeführten Investitionen entsprachen dem bestätigten Investitionsplan bzw. wurden durch Einzelentscheidungen mit dem Gesellschafter abgestimmt.

6. Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Die Investitionsmaßnahmen im Fahrzeug- und Behälterbereich des Geschäftsjahres 2019 wurden durch Fremdkapitalaufnahme in Höhe von 450 Tsd. EUR finanziert.

Dass anhaltend niedrige Zinsniveau am Kapitalmarkt begünstigte die Kreditaufnahme und führte zusammen mit der weiteren planmäßigen Tilgung der bestehenden Kredite zur weiteren positiven Entwicklung des Finanzergebnisses gegenüber dem Vorjahr.

7. Personal- und Sozialbereich

Der Leistungsumfang der für den Landkreis zu erbringenden Aufgaben erfordert einen konstanten Mitarbeiterbestand. Wesentliche Veränderungen des Personalbestandes wird es deshalb nur bei Veränderungen des Leistungsumfanges für den Landkreis geben.

Die Mehrzahl der Mitarbeiter befindet sich in unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen. Die Fluktuationsrate ist extrem niedrig. Die damit verbundene Kontinuität im Personalbereich erlaubt es uns, die hohe Sach- und Fachkunde sowohl an den Wertstoffhöfen und in der Tourenentsorgung als auch in unserer Tätigkeit als Verwaltungshelfer des Landkreises aufrecht zu erhalten.

Der Mitarbeiterbestand entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt:

	31.12.2019	31.12.2018
Angestellte	31	31
Arbeiter	73	65
Aushilfskräfte	0	0
	104	96

8. Umweltschutz

Der Betriebshof sowie die durch die Gesellschaft betriebenen Wertstoffhöfe wurden im Berichtsjahr genehmigungskonform betrieben. Es gab keine Störungen.

9. Sonstige wichtige Ereignisse und Entwicklungen im Geschäftsjahr

Die Aufgabe des Verwaltungsstandortes Grimma im Berichtsjahr und die damit verbundene Verlagerung des Bereiches Abfallwirtschaft an den Hauptsitz des Unternehmens wird perspektivisch zu einer effektiveren Verzahnung der einzelnen Unternehmensteile führen.

II. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Im Berichtszeitraum erfüllte die Gesellschaft im Wesentlichen die bestehenden Verträge mit dem Landkreis Leipzig. Vor diesem Hintergrund waren Erweiterungsinvestitionen nicht notwendig.

Die durchgeführten Ersatzinvestitionen lagen unterhalb der Abschreibungen. Dadurch reduzierte sich das Anlagevermögen. Die höheren Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zum Bilanzstichtag erhöhten den Finanzmittelbestand im Vergleich zum Vorjahr. Insgesamt erhöht sich die Bilanzsumme geringfügig.

Die laufenden Tilgungen, der erwirtschaftete Jahresüberschuss sowie der Verzicht des Gesellschafters auf eine Ausschüttung haben den Verschuldungsgrad der Gesellschaft weiter reduziert. Er beträgt nur noch 1,2 (VJ: 1,4). Die Eigenkapitalquote stieg bei etwas höherer Bilanzsumme auf 46 % (VJ: 41 %).

Die Geschäftsführung erwartet unter Beachtung fortlaufender Ersatzinvestitionen eine stabile Vermögenssituation der Gesellschaft.

2. Finanzlage

Aufgrund des sehr guten operativen Ergebnisses in Verbindung mit den zurückgeflossenen Abschreibungen aus den in den Vorjahren getätigten Investitionen konnte die Gesellschaft im Berichtsjahr erneut einen positiven cash flow aus der betrieblichen Tätigkeit in Höhe von 1.954 Tsd. EUR erwirtschaften.

Der Zahlungsmittelabfluss aus dem Investitionsbereich lag 2019 bei 1.037 Tsd. EUR und wurde durch die Kreditaufnahme in Höhe von 450 Tsd. EUR gegenfinanziert.

Insgesamt ist der Zahlungsmittelbestand durch höhere Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zum Bilanzstichtag im Geschäftsjahr 2019 angewachsen. Die hohen Barmittelbestände sollen zur Eigenfinanzierung von Behältern bei der vom Landkreis vorgesehenen Einführung der gesetzlich vorgeschriebenen Biotonne im Vertragsgebiet eingesetzt werden. Der hohe Finanzmittelbestand gibt der Gesellschaft dafür, aber auch für weitere Finanzierungsvorhaben, ausreichend Stabilität und Flexibilität.

3. Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft ist weiterhin stabil. Sie übertrifft im Geschäftsjahr mit 580 Tsd. EUR erneut unsere Erwartungen deutlich. Die Umsatzrentabilität nach Steuern vom Einkommen und Ertrag beträgt 5,4 %.

Die Kostensteigerungen im Personalbereich sowie im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen konnten durch die höheren Umsatzerlöse mehr als kompensiert werden. Dadurch wurde das Betriebsergebnis des Vorjahres deutlich übertroffen.

Durch das Geschäftsmodell der KELL ist auch weiterhin von stabilen, wenn auch niedrigeren Ertragserwartungen auszugehen. Ertragszuwächse sind insbesondere in 2020 und 2021 durch die Einführung der Biotonne zu erwarten.

Bedingt durch die nur geringen Risiken im Geschäftsmodell der KELL GmbH sind die für die Zukunft zu erwartenden Gewinnmargen ebenfalls nur niedrig einzuschätzen.

III. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die KELL hat sich als der kommunale Entsorger im Landkreis Leipzig etabliert. Die Verträge mit dem Landkreis Leipzig bilden eine entsprechend langfristige Geschäftsgrundlage für die KELL.

Nach der Umstellung des Veranlagungssystems im Berichtsjahr wird der Landkreis durch die KELL GmbH ab dem Jahr 2020 die Biotonne flächendeckend im Kreisgebiet einführen. Dafür sind umfangreiche Investitionen in Behälter und Fahrzeugtechnik notwendig. Die neue Sammlung wird das Auftragsvolumen der Gesellschaft erhöhen. Parallel dazu wird der Umfang der Restabfallentsorgung sinken. Insgesamt ist jedoch ein Anwachsen des Auftragsvolumens zu erwarten.

Die durch die Umstellung des Veranlagungssystems verursachte Veränderung der Struktur des im Kreisgebiet ausgestellten Behältersystems wird sich durch die Einführung der Biotonne fortsetzen. Dies betrifft sowohl den Rückgang der für Restabfall bereitgestellten Behälter als auch die Zunahme an Behältern mit höherem Volumen. Die Gesellschaft erwartet deshalb weiterhin ein höheres Investitionsvolumen für die Beschaffung größerer Behälter sowie u. U. notwendige Teilwertabschreibungen auf nicht mehr benötigte kleinere Behälter.

Da der Landkreis dem Unternehmen alle betriebsnotwendigen Aufwendungen zur Erfüllung der Verträge in Form von Entgelten ersetzt, erstrecken sich die Risiken im Wesentlichen auf den operativen Bereich. Zur Abdeckung dieser Risiken hat die Gesellschaft entsprechende Versicherungen abgeschlossen. Strategische Risiken sind nicht zu erkennen.

Neben dem dargestellten Auftragswachstum durch die Biotonne erlauben die In-House-Verträge mit dem Landkreis nur unwesentliche Akquisitionen und damit nur ein beschränktes Wachsen der Gesellschaft. Somit stehen den überschaubaren Risiken auch nur geringe Chancen gegenüber. Beides steht einer stabilen Entwicklung der Gesellschaft jedoch nicht im Wege.

IV. Sonstige Angaben

1. Verwendung von Finanzinstrumenten

Die KELL finanziert sich vorwiegend über klassische Kredite. Es existieren weiterhin Leasingverträge für Fahrzeuge sowie Büro- und Geschäftsausstattung. Die eingeräumten Kontokorrentlinien wurden 2019 nicht beansprucht.

Die Gesellschaft hat für ein variables Investitionsdarlehen ein Zinssicherungsgeschäft (Forward Swap) abgeschlossen.

Für die Finanzierung der Wertstoffhöfe im Landkreis sowie die Finanzierung eines Teils des Behältersystems für die Erfassung von Restabfall und Papier wurden durch den Gesellschafter Landkreis Leipzig Bürgschaften gestellt.

2. Forschung und Entwicklung

Forschung und Entwicklung wurde von unserer Gesellschaft in 2019 nicht betrieben.

3. Bestehende Zweigniederlassungen

Im Berichtsjahr unterhielt die KELL keine Zweigniederlassungen.

Großpösna, 16.03.2020

Adam	Meissner
Geschäftsführer	Geschäftsführer

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Staudaer Weg 1
01561 Priestewitz, OT Lenz
Tel.: 035 249 / 7350
E-Mail: info@tba-sachsen.de
Webseite: <http://www.tba-sachsen.de>

Rechtsform: KdöR

Gründungsdatum: 21.02.1991

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Der Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen beseitigt unschädlich die im Verbandsgebiet (Direktionsbezirke Dresden, Leipzig und Chemnitz) anfallenden Tierkörper, Tierkörperteile, Erzeugnisse und tierische Nebenprodukte, für die eine gesetzliche Beseitigungspflicht besteht.

Stammkapital:

Gesamtstimmen	13 Stimmen
---------------	------------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Frau Sylvia Schäfer

Verbandsvorsitzender

Herr Michael Geisler

III BETEILIGUNGEN

Mitglieder

Verbandsmitglieder	Anteil	Stimmen
Landkreis Bautzen	7,69 %	1
Landkreis Erzgebirgskreis	7,69 %	1
Landkreis Görlitz	7,69 %	1
Landkreis Leipzig	7,69 %	1
Landkreis Meißen	7,69 %	1
Landkreis Mittelsachsen	7,69 %	1
Landkreis Nordsachsen	7,69 %	1

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen

Landkreis Sächsische Schweiz - Osterzgebirge	7,69 %	1
Landkreis Vogtlandkreis	7,69 %	1
Landkreis Zwickau	7,69 %	1
Stadt Chemnitz	7,69 %	1
Stadt Dresden	7,69 %	1
Stadt Leipzig	7,69 %	1

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2017	12/2018	12/2019
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	89.364,3 €	95.492,3 €	96.580,0 €
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

Adresse

Staudaer Weg 1
01561 Priestewitz/OT Lenz

E-Mail

info@tba-sachsen.de

Homepage

www.tba-sachsen.de

Gründungsjahr

1991

Rechtsform

Zweckverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts

Organe

Verbandsversammlung
Verwaltungsrat
Verbandsvorsitzender

Verbandsvorsitz

Michael Geisler

Geschäftsführung

Sylvia Schäfer

Abschlussprüfer

ETL AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Beteiligungen

Keine

Mitglieder/Stimmenanteile

Landeshauptstadt Dresden 1 von 13
Landkreis Bautzen 1 von 13
Landkreis Erzgebirgskreis 1 von 13
Landkreis Görlitz 1 von 13
Landkreis Leipzig 1 von 13
Landkreis Meißen 1 von 13
Landkreis Mittelsachsen 1 von 13
Landkreis Nordsachsen 1 von 13
Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 1 von 13
Landkreis Vogtlandkreis 1 von 13
Landkreis Zwickau 1 von 13
Stadt Chemnitz 1 von 13
Stadt Leipzig 1 von 13

Vertreter in der Versammlung

- I. Michael Geisler (Verbandsvorsitzender)
- II. Arndt Steinbach (Stellvertretender Verbandsvorsitzender)
- III. Kai Emanuel
- IV. Henry Graichen
- V. Michael Harig
- VI. Dirk Hilbert
- VII. Jörg Höllmüller
- VIII. Rolf Keil
- IX. Dr. Gabriela Leupold
- X. Barbara Ludwig
- XI. Dr. Christoph Scheurer
- XII. Dr. Ralph Schönfelder
- XIII. Frank Vogel

Aufgaben

Gemäß § 3 der Verbandssatzung hat der Zweckverband folgende Aufgaben:

"(1) Der Verband führt die seinen Verbandsmitgliedern nach den geltenden tierkörperbeseitigungsrechtlichen Vorschriften der Europäischen Union, des Bundes und des Freistaates Sachsen obliegenden Aufgaben an deren Stelle durch.

(2) Er verarbeitet und beseitigt unschädlich die im Verbandsgebiet anfallenden Tierkörper, Tierkörper Teile, Erzeugnisse und tierischen Nebenprodukte, deren Beseitigung nach den geltenden tierkörperbeseitigungsrechtlichen Vorschriften in einer Tierkörperbeseitigungsanstalt zu erfolgen hat.

(3) Der Verband errichtet oder erwirbt und betreibt die hierfür erforderlichen Anlagen entweder selbst oder betreibt sie durch Dritte. Auch im übrigen kann sich der Verband zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen.

(4) Der Verband kann weitere Aufgaben übernehmen, die mit seiner Zweckbestimmung im Zusammenhang stehen."

Grundlagen des Zweckverbands

1. Aufgaben und Rechtsgrundlagen

1.1 Verbandssatzung

Mit dem am 1. April 2004 erfolgten Beitritt des Zweckverbands für Tierkörper-beseitigung Chemnitz zum 1991 gegründeten Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Lenz entstand der für das gesamte Gebiet des Freistaats Sachsen zuständige Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen (ZV). Gleichzeitig ist die Satzung des Zweckverbandes für Tierkörperbeseitigung Sachsen (Verbandssatzung) vom 19. Februar 2004 (SächsABl. S. 273) in Kraft getreten. Diese wurde am 27. April 2004 (1. Änderungssatzung, SächsABl. S. 705), am 9. November 2005 (2. Änderungs-satzung, SächsABl. S. 221), am 3. September 2008 (3. Änderungssatzung, SächsABl. S. 1630) und am 2. Dezember 2014 (4. Änderungssatzung, SächsABl. S. 357) geändert.

1.2 Zweckverbandsrecht und Eigenbetriebsrecht

Das Sächsische Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) ist für die Rechtsverhältnisse des ZV maßgebend. Gemäß § 2 Abs. 3 der Verbandssatzung und § 58 Abs. 2 SächsKomZG finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften über die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und die Jahresabschlussprüfung Anwendung. Die konkreten Vorgaben finden sich in der Sächsischen Eigenbetriebs-verordnung (SächsEigBVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 816).

1.3 Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsrecht

Das Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz (TierNebG) vom 25. Januar 2004 (BGBl. I S. 82), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. August 2016 (BGBl. I S. 1966) geändert worden ist, bildet die bundesrechtliche Vorgabe zur Beseitigung tierischer Nebenprodukte unter Berücksichtigung einschlägiger EU-Verordnungen.

Das Sächsische Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungs-gesetz und zu weiteren Vorschriften über die Verarbeitung und Beseitigung von nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukten (SächsAGTierNebG) vom 9. Dezember 2004 (SächsGVBl. S. 579), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2019 (SächsGVBl. S. 268) geändert worden ist, enthält Bestimmungen über Gebühren und Entgelte, die Finanzierung des nicht gedeckten Aufwands für Tierkörper sowie die Bestimmung des Einzugsbereichs (Gebiet des Freistaats Sachsen).

Darüber hinaus wird durch dieses Gesetz die EU-Beihilfekonformität umgesetzt, indem 25 % der Aufwendungen für die Beseitigung von Tierkörpern durch die Tierbesitzer getragen werden müssen. Mit der o. g. Änderung des Landesgesetzes wurden auch die Finanzierungsanteile für die Beseitigung von Wild im Seuchenfall (zwei Drittel Freistaat Sachsen / ein Drittel Verbandsmitglieder) erstmals festgeschrieben.

1.4 Mitgliederbestand

Alle zehn Landkreise und die drei kreisfreien Städte des Freistaats Sachsen sind Mitglied im ZV, welcher 2019 unverändert folgende Mitglieder hatte:

	ehem. Direktionsbezirk Chemnitz	ehem. Direktionsbezirk Dresden	ehem. Direktionsbezirk Leipzig
Landkreise	Erzgebirgskreis Mittelsachsen Vogtlandkreis Zwickau	Bautzen Meißen Sächsische Schweiz-Osterzgebirge Görlitz	Nordsachsen Leipzig
kreisfreie Städte	Chemnitz	Dresden	Leipzig

1.5 Organe des Zweckverbands

1.5.1 Organe

Nach der Verbandssatzung hat der ZV als Eigenbetrieb folgende Organe:

Verbandsversammlung

Verwaltungsrat

Verbandsvorsitzender.

Die Zuständigkeiten der Organe sind in der Verbandssatzung abgegrenzt (vgl. insbesondere § 6 der Verbandssatzung).

1.5.2 Verbandsversammlung

Jedes Verbandsmitglied wird von seinem Landrat bzw. Oberbürgermeister in der Verbandsversammlung vertreten. Gemäß § 52 Abs. 3 SächsKomZG können die jeweiligen Hauptorgane der Verbandsmitglieder einen anderen leitenden Bediensteten mit der Vertretung in der Verbandsversammlung wählen. Von dieser Regelung haben nur die Landkreise Görlitz und Mittelsachsen sowie die Stadt Leipzig Gebrauch gemacht.

1.5.3 Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat wurde am 23. September 2015 mit folgender Besetzung gewählt.

Nr.	Name	Amtsbezeichnung	Verbandsmitglied	Funktion	Wahl vom
1	Michael Geisler	Landrat	Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	Verbandsvorsitzender	23.09.2015 kraft Verbandssatzung (§ 9 Abs. 1)
2	Arndt Steinbach	Landrat	Landkreis Meißen	Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden	23.09.2015 kraft Verbandssatzung (§ 9 Abs. 1)
3	Jörg Höllmüller	Zweiter Beigeordneter	Landkreis Mittelsachsen	Verwaltungsratsmitglied	(23.09.2015); Wahl zum Vertreter des Lkr. am 09.12.2015
4	Kai Emanuel	Landrat	Landkreis Nordsachsen	Verwaltungsratsmitglied	23.09.2015
5	Henry Graichen	Landrat	Landkreis Leipzig	Verwaltungsratsmitglied	23.09.2015

1.5.4 Verbandsvorsitzender

Die Wahlen des Verbandsvorsitzenden und seines Stellvertreters erfolgten ebenfalls am 23. September 2015.

Nr.	Name	Amtsbezeichnung	Verbandsmitglied	Funktion	Wahl vom
1	Michael Geisler	Landrat	Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	Verbandsvorsitzender	23.09.2015
2	Arndt Steinbach	Landrat	Landkreis Meißen	Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden	23.09.2015

Der Verbandsvorsitzende hat mittels einer Geschäftsordnung über die Betriebsführung Aufgaben an die Geschäftsführerin übertragen.

1.6 Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018

Die Verbandsversammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 in ihrer 23. Sitzung am 26. September 2019 festgestellt. Die ortsübliche Bekanntmachung des Feststellungsbeschlusses und des Prüfungsvermerks sind vollzogen.

2. Forschung und Entwicklung

Der ZV ist zertifiziert nach den Normen ISO 9001:2015 (Qualitätsmanagement) und DIN EN ISO 50001:2018 (Energiemanagement). Forschungsarbeit wird nicht geleistet.

Ein Vorschlagssystem im Rahmen der Zertifizierung soll die Mitarbeiter motivieren, Verbesserungsvorschläge einzubringen. Im Wirtschaftsjahr 2019 wurde ein Verbesserungsvorschlag zum Umbau einer LKW-Ladekammer mit dem Ziel der getrennten Entleerung von zwei Ladekammern eingereicht. Der Vorschlag wurde umgesetzt und hat sich in der Entsorgungspraxis bewährt.

Wirtschaftsbericht

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nach dem strukturellen Umbruch in der Tierkörperbeseitigung infolge der BSE-Krise im Jahre 2001 wurde die Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte erlassen, die eine europaweit einheitliche Rechtsgrundlage schafft. Auf dieser Grundlage wurden Bundes- und Landesrecht geändert. Seit dem 4. März 2011 ist mit der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 die Nachfolgeregelung in Kraft.

Die Umsetzung in Bundes- und Landesrecht erfolgt durch die unter Pkt. 1.3 genannten Gesetze.

2. Geschäftsverlauf des Beseitigungsbetriebs

Der Entsorgungsbetrieb lief im Jahr 2019 technisch stabil. Die wirtschaftliche Situation des ZV ist geordnet. Während die Erträge für den Verkauf von Tierfett aufgrund höherer Preise gestiegen sind, haben sich die Erträge für Tierhäute fast halbiert, da für Rinderhäute keine Nachfrage mehr besteht. Lediglich Kälberhäute sind noch abzusetzen, wobei auch dort Preisrückgänge zu verzeichnen waren.

Der Verkauf von Tiermehl erbrachte zwar höhere Erträge als geplant, allerdings sind die Transportkosten noch wesentlich stärker gestiegen.

Die Verarbeitung lief üblicherweise durchgängig von Montagnachmittag bis Sonnabendmorgen, wobei je nach Rohwareaufkommen zur Wochenmitte die Anlage für einige Stunden außer Betrieb genommen wurde.

Aus der Verarbeitung der Rohware fielen 8.202 t Tiermehl und 3.111 t Tierfett an.

Tierfett wurde im Jahr 2019 nicht selbst verbrannt. Der Verkauf des Tierfetts als Rohstoff war angesichts der Preise bei den Energieträgern Erdgas und Heizöl die wirtschaftlichere Variante. Derzeit ist die Verbrennung von Tierfett auch faktisch nicht möglich, da notwendige Mess- und Regeleinrichtungen erneuert werden müssten. Diese Investitionen sind in den vergangenen Jahren ganz bewusst unterblieben, da eine Wiederaufnahme der Tierfettverbrennung nicht absehbar war und ist. Zuletzt wurde sie im Jahr 2015 genutzt.

Um die Rohwaremengen aus dem Bereich Erzgebirge/Vogtland wirtschaftlich zu sammeln und zum Verarbeitungsbetrieb zu transportieren, wird seit 2013 ein LKW-Stellplatz in Oelsnitz bei Chemnitz vorgehalten. Die dort eingesetzten fünf Fahrzeuge verfügen über sog. Wechselcontainer. Nach vollständiger Ausnutzung der Arbeitszeit zur Sammlung der Rohware werden die Wechselcontainer mittels Anhängerfahrzeug von einem Überführungsfahrer von Oelsnitz nach Lenz gefahren.

3. Lage des Zweckverbands (Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage)

3.1 Allgemeines

Die Verbandsversammlung hat in ihrer Sitzung am 26. September 2018 die Haushaltssatzung mit dem Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2019 beschlossen. Genehmigungspflichtige Bestandteile waren nicht enthalten. Die Landesdirektion Sachsen als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde hat mit Schreiben vom 12. November 2018 die Rechtmäßigkeit bestätigt. Die Bekanntmachung der Haushaltssatzung erfolgte im Amtlichen Anzeiger des Sächsischen Amtsblatts am 6. Dezember 2018 (S. A 811).

3.2 Entwicklung der Kredite

Der ZV hatte keine langfristigen Kredite auszuweisen.

3.3 Steuerpflicht des Zweckverbands

Der ZV ist umsatzsteuerlich ein Mischbetrieb. Ein Teil seiner Tätigkeit ist dem steuerpflichtigen Bereich des Betriebs gewerblicher Art (BgA), der übrige Teil dem Hoheitsbereich zuzuordnen. Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der vergangenen Jahre.

Jahr	Laufender Betrieb		Investiver Bereich	
	- gerundet -		- gerundet -	
	Hoheitlich	Gewerblich	Hoheitlich	Gewerblich
	%	%	%	%
2015	55	45	40	60
2016	57	43	40	60
2017	56	44	40	60
2018	57	43	41	59
2019	55	45	41	59

3.4 Streitige Verfahren

Gegen Gebührenbescheide der Jahre 2014 bis 2017 wurde durch einen Gebührenschuldner im Jahr 2018 Klage beim zuständigen Verwaltungsgericht erhoben. Auch gegen die Gebüh-

renbescheide für erbrachte Leistungen in den Folgejahren wurde und wird regelmäßig Widerspruch eingelegt, so dass keine Bestandskräftigkeit der Forderungen eingetreten ist. Rückstellungen in ausreichender Höhe wurden gebildet.

Bis zum 24. April 2020 sind keine weiteren Streitigkeiten gerichtsanhängig.

3.5 Bestand, Leistungsfähigkeit und Ausnutzungsgrad der Anlage

Das Rohwareaufkommen sicherte eine planmäßige Anlagenauslastung. Die Verarbeitungsmenge sank leicht auf 32.326 t, nachdem in den Vorjahren leichte Steigerungen zu verzeichnen waren. Die Minderung ist sowohl bei Tierkörpern aus der Landwirtschaft als auch bei Tierkörperteilen aus Schlachtbetrieben und Brütereien festzustellen. Technisch bedingte Stillstände waren nicht zu verzeichnen.

3.6 Investitionen und Instandhaltungen

Bei der Verarbeitung tierischer Nebenprodukte treten hohe Beanspruchungen an den technischen Anlagen auf, die einen hohen Instandhaltungsaufwand sowie den periodischen Ersatz von Verschleißteilen oder ganzen Baugruppen notwendig machen. Die Planansätze für Reparaturen wurden im Berichtsjahr nahezu ausgeschöpft (Plan: 530 T€; Ist: 523 T€).

Laufender Wartungs- und Reparaturaufwand ist auch im Bereich des Fuhrparks nötig. Der Planansatz wurde geringfügig unterschritten (Plan: 315 T€; Ist: 297 T€).

Planmäßig wurden drei LKW beschafft. Ein Fahrzeug davon ist ausgestattet mit Hakenlift und Kran und wurde zusätzlich zum bestehenden Fuhrpark für erwarteten Mehrbedarf im Tierseuchenfall beschafft. Ebenso erfolgte die Beschaffung von zwei Entsorgungscontainern und mobilen Datenerfassungsgeräten. Im Rahmen des Planansatzes für den Fuhrpark (599 T€) wurden zwei weitere Container als Gelegenheit gebraucht gekauft und ein Hecklader-Container zur alsbaldigen Beschaffung im Folgejahr angezahlt. Die Investitionen im Fuhrpark belaufen sich auf 567 T€.

Unvorhergesehen, aber im Rahmen des dafür zur Verfügung stehenden Planansatzes von 250 T€ wurden ein Vakuum-Tankcontainer als Ersatz für einen Totalschaden und ein LKW-Anhänger zur Aufstockung der Transportkapazität im Tierseuchenfall für zusammen 79 T€ neu beschafft.

Im Bereich der Verwaltung erfolgte im Wesentlichen lediglich die Aktualisierung einer Software im Bereich Finanzen.

Im Rahmen des Teilansatzes für den Bereich Produktion wurden umfangreiche Investitionen getätigt. Dazu zählen vor allem die Erneuerung der Luftwäsche, diverse Pumpen, die Steuerung der Mahlanlage, die Abluftanlage, eine Hubarbeitsbühne, der Trubabscheider, der Fleischbreibehälter sowie Gaszähler im Kesselhaus.

Der Bau eines neuen Sterilisators wurde beauftragt und angezahlt. Die Kolbenpumpe und die Lüftung Rohware befinden sich im Bau. Planungsleistungen für die Regenwasserableitung wurden zum Teil auch bezahlt.

Auf die Installation einer Photovoltaikanlage wurde nach nochmaliger Prüfung aktualisierter Preise aus Gründen der Wirtschaftlichkeit verzichtet.

Wie auch in den Vorjahren wurden eine Reihe von Werkzeugen, Betriebsausstattungen, Büroeinrichtungen und geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) beschafft.

3.7 Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen

Die Entwicklung des Eigenkapitals stellt sich wie folgt dar:

Nr.	Gegenstand	Anfangs-stand	Zuführun-gen	Auflö-sung	Endstand
		01.01.2019			31.12.2019
		€	€	€	€
1	zweckgebundene Rücklagen	4.462.602	0	0	4.462.602
	Summe Eigenkapital	4.462.602	0	0	4.462.602

Die Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

	Anfangs-stand	Ver-brauch	Auflö-sung	Zufüh-rung	Endstand
	01.01.2019				31.12.2019
	€	€	€	€	€
Sonstige Rückstellun-gen	359.247	152.189	271	223.222	430.009

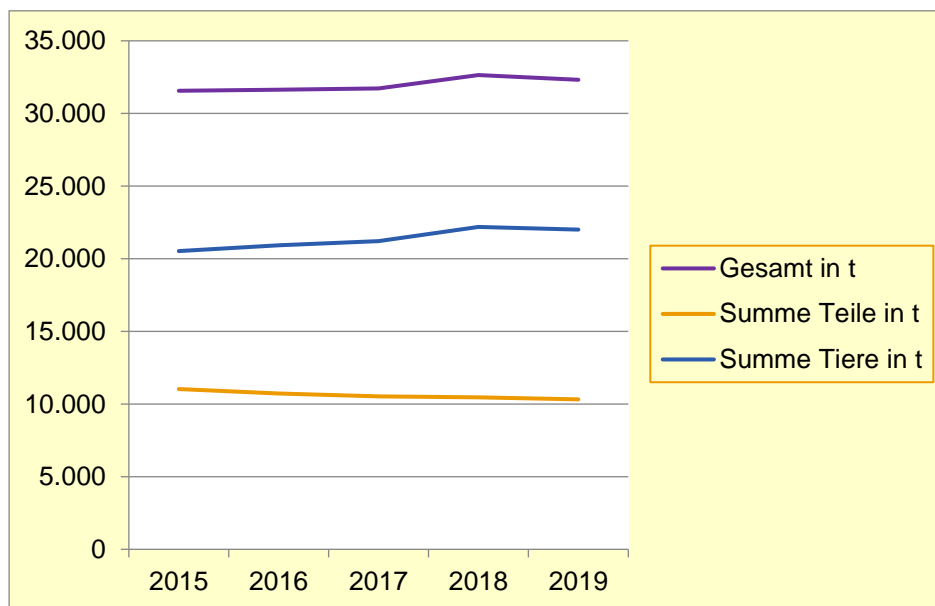
Rückstellungen wurden gebildet für Widersprüche gegen Gebührenbescheide, die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen, Aufwendungen für die Erstellung des Jahresabschlusses, für Urlaub und Überstunden sowie für Prozesskosten.

3.8 Mengenstatistik

Für 2015 – 2019 stellt sich die Entwicklung der Verarbeitungsmenge in der folgenden Tabelle dar:

Jahr	2015	2016	2017	2018	2019
Summe Tiere in t	20.529	20.923	21.205	22.191	22.005
Summe Teile in t	11.033	10.715	10.521	10.453	10.321
Gesamt in t	31.562	31.638	31.726	32.644	32.326

Gegenüber dem Jahr 2018 kam es 2019 zu einem leichten Rückgang der Rohware. Sowohl Tierkörper als auch Tierkörperteile waren betroffen.



3.9 Ertragslage

Der ZV ist umlagefinanziert nach § 11 der Verbandssatzung. Er deckt finanzwirtschaftlich nur seine Aufwendungen und erzielt keine Gewinne. Die Erfolgsrechnung hat daher unter Berücksichtigung der Verbandsumlage grundsätzlich ein ausgeglichenes Ergebnis auszuweisen. Dem entspricht der Jahresabschluss 2019.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

4.1 Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse bestehen vor allem aus Gebühren und Verkaufserlösen. Die wesentlichen Erlöse haben sich wie folgt entwickelt:

Gegenstand	2019	2018	2017	2016	2015
	€	€	€	€	€
Gebühren	1.483.144	1.528.842	1.565.149	1.431.854	1.451.721
Gebühren für Tiere	955.705	975.680	920.130	949.979	951.863
Zuführung/Auflösung passiver RAP Geb.	162.730	116.860	-174.461	-43.207	6.619
Häute	109.575	213.840	242.298	334.491	442.027
Fett	1.228.525	1.085.234	1.441.739	1.141.046	733.791
Tierkörpermehl	145.832	133.059	162.921	115.155	194.390
Erlöse Kategorie 3-Material	97.579	111.960	92.174	95.420	87.193
Sonstiges	154.402	118.382	134.722	108.439	82.023
Summe	4.337.494	4.283.857	4.384.671	4.133.177	3.949.627

Die Gebührenerlöse für Schlachtabfälle und für Tiere sind aufgrund gesunkener Rohwaremengen zurückgegangen. Ein Großkunde legt gegen Gebührenbescheide regelmäßig Widerspruch ein. Über einen Teil dieser Widersprüche ist auch ein Rechtsstreit anhängig. Rückstellungen wurden in ausreichender Höhe gebildet.

Aus der Nachkalkulation ergibt sich nach einer Korrekturrechnung nach der Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 und dem nun erstellten Jahresabschluss zum 31.12.2019 eine Gebührenunterdeckung in Höhe von ca. 163 T€ (davon ca. 126 T€ Unterdeckung für Tierkörper (Kostenmasse 1) und ca. 37 T€ Unterdeckung für Tierkörperteile (Kostenmasse 2)), die dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten durch Auflösung entnommen wird.

Die Häuteerlöse haben sich im Jahr 2019 gegenüber dem Vorjahr fast halbiert. Ab Februar 2019 gab es nur noch Nachfrage nach Kälberhäuten. Die Enthäutung von Rindern wurde daher vollständig eingestellt.

Die Erlöse für Tierfett sind gestiegen. Der im Vorjahr zu beobachtende Preisverfall hat sich nicht fortgesetzt und stattdessen eine leichte Gegenbewegung vollzogen.

Die Erlöse für Tiermehl haben sich etwas stabilisiert. Gleichzeitig sind aber die Aufwendungen für den Transport erheblich gestiegen. Im Saldo ist weiterhin ein Fehlbetrag festzustellen.

Die Erlöse für Material der Kategorie 3 sind 2019 gesunken, was vor allem auf die gesunkene Entsorgungsmenge zurückzuführen ist. Für den ZV ist die Sammlung dieses Materials aber nur eine kostendeckende Nebenleistung, die mit dazu beiträgt, dass den Kunden eine Komplettlösung angeboten wird.

Unter Sonstiges werden vor allem Sondertransporte für die Tierseuchenkasse und Anlieferungen von Speiseresten eines gewerblichen Entsorgers abgerechnet.

4.2 Ungedeckter Aufwand

Der durch Erträge nicht gedeckte Aufwand der Kostenmasse 1 ist durch Umlagezahlungen der Verbandsmitglieder zu decken. Auf Antrag ersetzt die Sächsische Tierseuchenkasse den Verbandsmitgliedern zwei Drittel ihrer Aufwendungen, abzüglich der von den Tierhaltern erhobenen Gebühren. Der Freistaat Sachsen erstattet der Sächsischen Tierseuchenkasse wiederum ein Drittel des nicht gedeckten Aufwands der Kostenmasse 1. Es handelt sich um periodisch dem jeweiligen Wirtschaftsjahr zuzuordnende Beträge.

Die von den Verbandsmitgliedern zunächst erhobenen Umlagebeträge stellen Abschlagszahlungen auf die endgültige Umlageschuld dar. Der ungedeckte Aufwand ist über die Verbandsumlage zu finanzieren. Die Umlagebemessung richtet sich nach § 11 Abs. 2 der Verbandssatzung.

Im Jahr 2019 ergibt sich gegenüber den Verbandsmitgliedern im Saldo eine Nachforderung.

Nr.	Gegenstand	2019	2018	2017	2016	2015
1	Umlage Verbandsmitglieder	1.353.807	1.328.047	1.219.932	1.246.927	1.245.673
2	Aufwandsersatz Tierseuchenkasse	1.975.724	1.771.178	1.437.577	1.362.117	1.327.620
3	Gesamtsumme ungedeckter Aufwand	3.329.532	3.099.225	2.657.510	2.609.044	2.573.293

4.3 Personalaufwand

Jahr	Summe	Summe	Zahl der besetzten Stellen am 31.12.		
	Löhne und Gehälter	Soziale Abgaben			
	€	€	Angestellte	Arbeiter	Summe
2015	1.827.276	356.921	9	44	53
2016	1.846.653	364.532	9	46	55
2017	1.926.664	388.246	9	45	54
2018	2.004.520	402.553	9	49	58
2019	1.993.265	408.287	9	43	52

Im Jahr 2019 wurden in Anlehnung an die Tarife des TVöD Lohn- und Gehaltssteigerungen in Höhe von durchschnittlich 3,09 % zum 1. April 2019 vorgenommen. Der Planansatz (2.554 T€) für den Personalaufwand wurde unterschritten.

Im Jahresverlauf schieden neun Mitarbeiter aus. Vier Mitarbeiter wurden neu eingestellt. In der Produktion wurden drei Leiharbeiter mit etwa 11 Mannmonaten zur Überbrückung eingesetzt. Der Stellenplan wurde nicht überschritten.

Seit September 2017 absolvierte ein Lehrling im Betrieb eine Ausbildung zum Metallbauer. Nach bestandener Prüfung im Januar 2020 kam es aber zu keinem Arbeitsverhältnis.

5. Gesamtaussage

Die Vermögens- und Finanzlage kann als gut eingeschätzt werden.
Das Rohwareaufkommen ist stabil.

Das vorhandene Finanzanlagevermögen bietet ausreichend Sicherheit auch für unvorhersehbare Situationen.

Zweigniederlassungsbericht

Es existieren keine Zweigniederlassungen.

Prognosebericht

1. Betriebswirtschaftliche Maßnahmen

Das stabile Rohwareaufkommen des Jahres 2019 setzt sich auch im 1. Quartal 2020 fort. Auch die im März 2020 begonnene sog. Corona-Krise, in deren Folgen erhebliche Teile der Wirtschaft zum Erliegen gekommen sind, hat auf die Entsorgungstätigkeit bisher relativ wenig Einfluss. Hausintern wurden lediglich die Hygieneanforderungen erhöht und der persönliche Kontakt minimiert.

Die Enthäutung von Kälbern musste aber vollständig eingestellt werden, da der für den Export vorgesehene Rohstoff zumindest vorläufig keine Abnehmer mehr findet.

Für den Erhalt der derzeitigen Steuerentlastungen (Energiesteuer, Stromsteuer), ist die im Jahr 2015 durchgeführte Zertifizierung des Energiemanagementsystems im Jahr 2020 wieder mit einem Überwachungsaudit zu bestätigen. Das Qualitätsmanagementsystem ist im Jahr 2020 ebenfalls mit einer Überwachungsaudit unter Beweis zu stellen.

Planmäßig werden zwei LKW, zwei Container, die zentrale Kolbenpumpe, ein bereits angezahlter Sterilisator sowie diverse Pumpen und Klärwerkstechnik beschafft. Ebenfalls ist die Regenwasserableitung mit Rückhaltung für das gesamte Betriebsgelände gemäß aktueller Rechtslage zu erneuern. In der Verwaltung wird die Branchensoftware erneuert. Im Vorfeld dazu sind Anpassungen an der Hardware notwendig.

Verkaufspreise von Tierfett, Tiermehl und Tierhäuten sowie der Markt von TKV-Verarbeitungs- und Umwelttechnik sind laufend zu beobachten, um neue Entwicklungen frühzeitig zu erkennen.

Bei der Marktbeobachtung wirkt guter Kontakt zum Verband der Verarbeitungsbetriebe Tierischer Nebenprodukte e.V. in Bonn und dessen Mitgliedsbetrieben unterstützend.

Mit den Mitarbeitern wird ein kontinuierlicher Informationsaustausch durchgeführt. Hinzu kommt die einmal jährlich im Frühjahr stattfindende Mitarbeiterversammlung, die jedoch 2020 aufgrund von Kontaktbeschränkungen nicht durchgeführt wurde.

Die Kraftfahrer werden entsprechend den Anforderungen des Berufskraftfahrerqualifikationsgesetzes regelmäßig geschult. Zur Flexibilisierung sind einige Mitarbeiter sowohl als Kraftfahrer als auch als Anlagenfahrer einsetzbar.

2. Gesetzliche Regelungen der Tierkörperbeseitigung 2019

Grundlage des Tierkörperbeseitigungsrechts nach dem Wandel der Branche infolge der BSE-Krise war die EU-Verordnung 1774 / 2002 vom 3. Oktober 2002. Zur Umsetzung in deutsches Bundesrecht wurde das Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz am 25. Januar 2004 beschlossen. Es wurde zur Anpassung an das neue EU-Recht zuletzt am 4. August 2016 geändert.

Seit dem 4. März 2011 ist die EU-Verordnung 1069 / 2009 und die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 142/2011 in Kraft und ersetzt die o. g. EU-Verordnung 1774 / 2002 sowie deren Durchführungsverordnungen (EU).

Auf Landesebene trat das Sächsische Ausführungsgesetz zum Tierische Neben-produkte-Beseitigungsgesetz am 1. Januar 2005 in Kraft. Seit dem 1. April 2005 sind 25 % der nicht durch Erträge gedeckten Aufwendungen für die Beseitigung von Tierkörpern (Kostenmasse 1) durch die Landwirte zu tragen. Die Tierseuchenkasse trägt ca. 8 %. Der Anteil der Verbandsmitglieder und des Freistaates Sachsen beträgt jeweils ein Drittel des ungedeckten Aufwands.

Mit der letzten Änderung dieses Gesetzes am 10. April 2019 wurden zusätzlich die Kostenanteile für die Entsorgung von frei lebendem Wild (Seuchenfall) geregelt. Danach trägt der Freistaat Sachsen zwei Drittel und die Verbandsmitglieder ein Drittel des ungedeckten Aufwands.

Die landesgesetzliche Finanzierungsregelung wird von der Europäischen Kommission als Staatliche Beihilfe genehmigt. Die derzeit gültige Genehmigung läuft bis zum 31. Dezember 2023.

Weiterhin ist aufgrund der Viehverkehrsordnung die Abmeldung der vom Zweckverband entsorgten Rinder im Herkunftssicherungs- und Informationssystem (HIT) vorzunehmen. Bei Rindern über 48 Monate wird die BSE-Beprobung auch weiterhin praktisch unterstützt.

Unter der Voraussetzung der Kostendeckung wird seitens des ZV auch Material der Kategorie 3 in einer separaten Sammeltour aufgenommen und im als Zwischen-behandlungsbetrieb für Rohware der Kategorie 3 zugelassenen Bereich der Altanlage zur Abholung durch einen zugelassenen Dritten für die Verwertung bereitgestellt. Die Mengen der Kategorie 3 unterliegen keinem Einzugsbereich. Das Mengenaufkommen war rückläufig.

Chancen- und Risikobericht

Risiken für die Betriebsführung bestehen in der Möglichkeit verringerter Mengen an Schlacht- und Ei-Abfall, wenn die Produktion in den betreffenden wenigen Betrieben kurzfristig verringert oder gar eingestellt werden würde oder Pflichtware nach außerhalb des Verbandsgebietes verbracht werden dürfte. Weitere Risiken bestehen in fallenden Marktpreisen für den Verkauf der Produkte Tierfett, Tiermehl und Tierhäute sowie veränderter Nachfrage (derzeit keine Abnahme von Kälberhäuten aufgrund gestörter Handelswege; „Corona-Krise“). Auf diese Größen hat der ZV keinen Einfluss. Derzeit gibt es keine Hinweise auf grundlegende Veränderungen der Verarbeitungsmengen. Die Verkaufspreise unserer Produkte unterlagen in den vergangenen Jahren zum Teil erheblichen Schwankungen. Der Saldo von Ertrag und Aufwand bei dem Produkt Tiermehl entwickelt sich weiter ungünstig. Die zwingende Notwendigkeit einer standardisierten Verbrennung und der vom Gesetzgeber gewollte allmähliche Ausstieg aus der Kohleverstromung lässt auch keine Umkehrung erwarten, da unser Tiermehl ein Ersatzbrennstoff für Kohle ist.

Weitere Risiken bestehen in der Möglichkeit veränderter rechtlicher Vorgaben, etwa den Wegfall der alleinigen örtlichen Zuständigkeit und der Verarbeitung nach anderen technischen Standards. Dafür gibt es aber derzeit keinerlei Ansatzpunkte.

Daneben stellt die technische Verarbeitungssicherheit ein weiteres Risiko dar. Durch die Auslegung der Schlüsselaggregate als redundante Systeme, also der Vorhaltung von mehrfachen, unabhängig voneinander wirkenden Anlagen, z. B. von zwei Dampfkesseln, und der Beschäftigung erfahrener technischer Fachkräfte wird dieses Risiko minimiert. Die Situation im Verarbeitungsbetrieb verläuft planmäßig, insbesondere gibt es keine Hinweise auf technische Einschränkungen.

An den Planungen für 2020 wird zunächst festgehalten.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Zweckverband bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Finanzanlagen, Forderungen und Verbindlichkeiten.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen. Zur Minimierung von Ausfallrisiken verfügt der Zweckverband über ein angemessenes Debitoren-management.

Priestewitz OT Lenz, 24. April 2020

Sylvia Schäfer
Geschäftsführerin

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Am Westufer 3
04463 Großpösna/OT Störmthal
Tel.: 034299/7050
E-Mail: info@zaw-sachsen.de
Webseite: <http://www.zaw-sachsen.de>

Rechtsform: KdöR

Gründungsdatum: 14.05.1994

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen ist Träger der abfallwirtschaftlichen Belange und Betreiber der Abfallentsorgungsanlagen im Verbandsgebiet. Die Aufgaben des Zweckverbandes sind die Erstellung und Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes, die Erstellung der Abfallbilanzen und die Planung, Errichtung und Betreibung der Abfallentsorgungsanlagen im Verbandsgebiet des ZAW.

Stammkapital:

Gesamtstimmen	15 Stimmen
---------------	------------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Andre Albrecht

Verbandsvorsitzender

Herr Heiko Rosenthal

III BETEILIGUNGEN

Mitglieder

Verbandsmitglieder	Anteil	Stimmen
Stadt Leipzig	60 %	9
Landkreis Leipzig	40 %	6

Beteiligungen

Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	510.000 €	51,0%
---	-----------	-------

Finanzbeziehungen

	12/2017	12/2018	12/2019
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

1. Vorbemerkungen

Der ZAW ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und von seinen Mitgliedern, der Stadt Leipzig und dem Landkreis Leipzig, mit der ordnungsgemäßen Entsorgung der anfallenden hoheitlichen Restabfälle (Hausmüll und Sperrmüll) aus dem Gebiet dieser Körperschaften beauftragt. Zur Erfüllung dieser Aufgaben bedient sich der ZAW seiner Tochtergesellschaft, der Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV), die am Entsorgungsstandort Cröbern die Zentraldeponie Cröbern (ZDC) und eine mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA) betreibt.

Die WEV ist des Weiteren zuständig für die Rekultivierung und Nachsorge der Deponien Seehausen und Groitzsch-Wischstauden.

Der ZAW ist wirtschaftlich betrachtet alleiniger Eigentümer der WEV, an der der ZAW 51 % der Anteile und die WEV 49 % als eigene Anteile halten, sowie Eigentümer an den Grundstücken des Entsorgungsstandortes Cröbern sowie den Deponiegrundstücken in Seehausen und in Groitzsch-Wischstauden.

Weiterhin übernimmt der ZAW im Auftrag seiner Verbandsmitglieder Abfallarten aus privaten Haushaltungen welche mit der Restmülltonne bzw. in den Wertstoffhöfen der Verbandsmitglieder nicht entsorgt werden können. Für dieses Leistungsangebot wird ein Kleinanlieferbereich am Standort Cröbern betrieben, welcher neben den Bürgern des Verbandsgebietes auch dem Kleingewerbe zur Verfügung steht.

Der ZAW ist gemäß § 2 Abs. 1 Sächsisches Kreislaufwirtschafts- und Bodenschutzgesetz (SächsKrWBodSchG) öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger im Rahmen seiner ihm von seinen Verbandsmitgliedern übertragenen Aufgaben.

Des Weiteren hat der ZAW folgende Aufgaben:

- Erstellung und Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes
- Entwicklung einer gesetzeskonformen Verbandsstrategie
- Erstellung der jährlichen Abfallbilanzen
- Öffentlichkeitsarbeit und Abfallberatung.

Als Körperschaft des öffentlichen Rechts und in seiner Eigenschaft als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger ist der ZAW auf Grundlage des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) i. V. m. der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) sowie auf Grundlage des SächsKrWBodSchG zum Erlass von Satzungen berechtigt.

Satzungsgemäß finden für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen des ZAW die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften entsprechend Anwendung. Der ZAW stellt den Mitgliedern seinen Aufwand auf der Grundlage von Verrechnungssätzen pro Tonne zur Behandlung übergebenen Abfalls in Rechnung, die mit der jährlich zu erlassenden Haushaltssatzung festgesetzt werden.

Für direkt an den Entsorgungsanlagen überlassene Abfälle aus dem Verbandsgebiet erhalten die Anlieferer auf der Grundlage der Gebührensatzung für die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen des ZAW einen Gebührenbescheid. Der Gebührensatzung des ZAW unterliegt auch der im Eingangsbereich des Entsorgungsstandortes Cröbern betriebene Kleinanliefererbereich.

Der ZAW führt das Mahnwesen und die Vollstreckung eigenständig durch.

Derzeitig wird die Entsorgungssicherheit für das Verbandsgebiet mit dem Betrieb der Zentraldeponie Cröbern (ZDC) und der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage (MBA) mittel- und langfristig vollumfänglich gewährleistet. Beide Anlagen befinden sich im Eigentum der WEV. Die Betriebsführung beider Anlagen obliegt ebenfalls der WEV.

Die bereits geschlossenen Deponien Seehausen und Groitzsch-Wischstauden befinden sich in der Rekultivierungs- und Nachsorgephase unter Verantwortung der WEV.

Der ZAW ist Grundstückseigentümer der drei Deponiegrundstücke und hat der WEV jeweils ein Erbbaurecht bestellt. Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Nachnutzungskonzeption für die Deponie Seehausen hat der ZAW mit der Golfpark Leipzig GmbH & Co. KG einen Vertrag über die Begründung eines Erbbaurechtes für Teilflächen abgeschlossen. Für diese Teilflächen wurde das bestehende Erbbaurecht zwischen dem ZAW und der WEV aufgehoben.

Die Öffentlichkeitsarbeit für die WEV wird auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen dem ZAW und seiner Tochtergesellschaft und einer abgestimmten Jahresplanung durchgeführt.

2. Strukturelle und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Entsorgung bzw. Behandlung von Siedlungsabfällen in Deutschland erfolgt vorrangig in Müllverbrennungsanlagen (MVA) bzw. in mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlagen (MBA). Die in den MBA produzierten Ersatzbrennstoffe (EBS) werden in Ersatzbrennstoffkraftwerken, in diversen Zementwerken sowie in Kohlekraftwerken zur Mitverbrennung eingesetzt.

Die Behandlungspreise für gemischte Siedlungsabfälle sind laut dem Brancheninformationsdienst EUWID (Ausgabe 49.2019) weiterhin auf hohem Niveau. Eine leichte Entspannung in der zweiten Jahreshälfte 2019 wird unter anderem auf rückläufige Importmengen aus Großbritannien und auf eine insgesamt bessere Anlagenverfügbarkeit der Verbrennungsanlagen zurückgeführt. Das hohe Preisniveau im deutschen Markt führt gegenwärtig auch dazu, dass über legale Notifizierungen signifikante Stoffstrommengen in Richtung Skandinavien und Osteuropa abgesteuert werden.

Entsorgungsstandort Cröbern

Am Entsorgungsstandort Cröbern wird die Zentraldeponie Cröbern (ZDC) betrieben. Inhaberin der Genehmigung zum Betrieb der Deponie (Planfeststellungsbeschluss) ist die WEV.

Auf der ZDC werden gemäß den behördlichen Genehmigungen und unter Einhaltung der Annahmebedingungen und Ablagerungskriterien Abfälle aus dem Verbandsgebiet des ZAW sowie auch Abfälle außerhalb des Verbandsgebietes von der WEV angenommen. Abfälle vom „freien Markt“, d. h. nicht dem Verband überlassungspflichtige Abfälle sowie „Abfälle zur Verwertung“, werden durch die WEV akquiriert.

Für den ZAW ist mit dem Betrieb der ZDC die notwendige Entsorgungssicherheit für das Deponat, welches bei der Verarbeitung von Restabfällen bzw. kommunalem Sperrmüll in der MBA anfällt, mittel- und langfristig gewährleistet.

In Abhängigkeit der künftig zur ZDC angedienten Jahresmengen an zu deponierenden Abfällen wird das Verfüllende der ZDC etwa im Jahr 2035 liegen.

Neben der ZDC wird am Standort Cröbern eine mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA) durch die WEV betrieben. In der MBA werden sämtliche hoheitliche Abfallmengen (Restabfall und Sperrmüll) der Verbandsmitglieder des ZAW behandelt. Maßgebliche Outputstoffströme der MBA sind das Deponat, welches auf der ZDC abgelagert wird und eine heizwertreiche Fraktion. Die heizwertreiche Fraktion wird über Vertragspartner der WEV zur thermischen Verwertung abgesteuert.

Für die Behandlung der im Verbandsgebiet anfallenden Bioabfälle wird voraussichtlich ab dem Geschäftsjahr 2021 eine Bioabfallvergärungsanlage am Standort Cröbern durch die WEV betrieben. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes befand sich die WEV im Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG).

3. Geschäftsverlauf

Mengen- und Umsatzentwicklung

Die angedienten Abfallmengen liegen unterhalb der Planung. Im Jahr 2019 wurden dem ZAW von seinen Verbandsmitgliedern 134.270,61 t (Vorjahr: 123.904,83 t) hoheitliche Abfälle angedient. Weiterhin wurden 1.610,98 t (Vorjahr: 2.998,79 t) gewerbliche Abfälle angenommen. Der Zweckverband erzielte (ohne Berücksichtigung der Kostenüberdeckung 2018) aus der Andienung von Abfällen Umsatzerlöse in Höhe von EUR 22.777.803,32 (Vorjahr: EUR 21.707.643,13).

Die Gesamtumsatzerlöse des Wirtschaftsjahres 2019 setzen sich wie folgt zusammen:

2019	Preis	Menge	Erlöse	Menge	Erlöse
	EUR/t	t	EUR	t	EUR
		Plan	Plan	Ist	Ist
Umsatzerlöse gesamt			23.489.781		22.967.834,29
Mengen/Umsätze aus Abfallandienung		137.465	23.233.333	135.881,59	22.602.072,32
Mengen/Umsätze hoheitl. Andienung		136.865	23.184.751	134.270,61	22.405.980,92
Restabfall kommunal gesamt		114.420	19.204.955	109.953,77	18.488.944,57
Restabfall Stadt Leipzig	168,31	85.000	14.306.350	81.033,65	13.638.773,65
Restabfall Landkreis Leipzig	168,31	28.500	4.796.835	28.618,95	4.816.855,50
Bioabfall Landkreis Leipzig	110,62	920	101.770	301,17	33.315,42
Sperrmüll kommunal gesamt		22.445	3.777.718	24.316,84	4.092.767,35
Sperrmüll Stadt Leipzig	168,31	17.000	2.861.270	16.159,21	2.719.756,62
Sperrmüll Landkreis Leipzig	168,31	5.445	916.448	8.157,63	1.373.010,73
Kostenüberdeckung 2018			202.078		-175.731,00
Gewerbeabfall gesamt		600	48.582	1.610,98	196.091,40
Gewerbeabfall MBA	168,31	50	8.416	69,38	11.677,39
Gewerbeabfall ZDC		550	40.166	1.541,60	184.414,01
dav. Asbest	108,62	80	8.690	543,32	57.699,85
dav. Dämmmaterial	202,30			442,16	89.448,94
anderes Dämmmaterial	75,38			2,60	195,99
dav. sonst. mineral. Abfälle	66,97	470	31.476	553,52	37.069,23
Kleinanliefererbereich / Barzahler		221	66.030		162.563,38
andere Abfallarten MBA	168,31		0		
Asbest	108,62		0		
Dämmmaterial	8.040,00	1,00	8.040		
sonst. mineral. Abfälle	66,97		0		
Dachpappe	331,15	150,00	49.673		
Schrott	7,47	20,00	149		
Holz	163,36	50,00	8.168		
Sonstige Umsatzerlöse			190.418		203.198,59
dav. Verwaltungsk. + Mahngeb. ZAW			2.000		2.275,00
Verwaltungskostenumlage WEV			2.000		---
Sonstige Erträge ZAW/EBZ GPL			5.589		5.589,35
Erbbauszins WEV			158.393		172.898,00
Sonst. Erträge WEV/Bürgerschaftsentg.			22.436		22.436,24

Im Vorjahr entwickelten sich die Umsatzerlöse wie folgt:

2018	Preis	Menge	Erlöse	Menge	Erlöse
	EUR/t	t	EUR	t	EUR
		Plan	Plan	Ist	Ist
Umsatzerlöse gesamt			21.692.544		21.800.939,29
Mengen/Umsätze aus Abfallandienung		124.600	21.501.440	126.903,62	21.606.592,13
Restabfall kommunal gesamt	173,35	113.300	19.640.555	109.138,38	18.914.454,04
Restabfall Stadt Leipzig	173,35	85.000	14.734.750	80.795,28	14.005.861,82
Restabfall Landkreis Leipzig	173,35	28.300	4.905.805	28.267,84	4.900.230,07
Bioabfall Landkreis Leipzig	111,11	0	0	75,26	8362,15
Sperrmüll kommunal gesamt	173,35	10.100	1.750.835	14.766,45	2.559.764,13
Sperrmüll Stadt Leipzig	173,35	5.100	884.085	8.604,99	1.491.675,04
Sperrmüll Landkreis Leipzig	173,35	5.000	866.750	6.161,46	1.068.089,09
Kostenüberdeckung 2018					101.051,00
Gewerbeabfall gesamt		1.200	110.050	2998,79	233.424,96
Gewerbeabfall MBA	173,35	200	34.670	75,29	13.051,55
Gewerbeabfall ZDC	75,38	1.000	75.380	2923,5	220.373,41
Sonstige Umsatzerlöse			191.104		194.347,16
Verwaltungskosten + Mahngebühren			2.000		2.818,00
Verwaltungskostenumlage WEV	6,50		2.000		920,05
Sonstige Erträge ZAW/EBZ GPL			5.589		5.589,35
Erbbauzins WEV			154.888		158.392,52
Sonstige Erträge WEV/Bürgerschaftsentgelt			26.627		26.627,24

Ertragslage

Die Ergebnissituation des ZAW war im Jahr 2019 hauptsächlich von den Umsätzen aus der Abfallannahme (TEUR 22.778; Vorjahr: TEUR 21.708) geprägt. Der Verrechnungssatz gegenüber den Mitgliedern des Verbandes betrug 168,31 EUR/t (Vorjahr: 173,35 EUR/t).

Die Restabfallmengen im Jahr 2019 stiegen gegenüber dem Vorjahr marginal um 589,48 t. Die Sperrmüllmengen (24.316,84 t) liegen über dem Plan (+ 1.871,84 t) und stiegen gegenüber dem Vorjahr deutlich um 9.550,39 t. Verwertbare Bestandteile des Sperrmülls, wie insbesondere Holz, werden bereits auf den Wertstoffhöfen der Verbandsmitglieder aussortiert und einer preisgünstigen Verwertung zugeführt werden.

Das Aufkommen an direkt angelieferten Abfällen (Kleinanliefererbereich, MBA, ZDC) ist trotz der Planüberschreitung im Vergleich zum gesamten Mengenaufkommen gering.

Für die von der WEV erbrachten Leistungen ist ein Behandlungsentgelt durch den Verband zu entrichten, welches die größte Aufwandsposition des ZAW bildet (Betreiberentgelt TEUR 22.606; Vorjahr: TEUR 20.194). Das Behandlungsentgelt der WEV wurde mittels LSP-Kalkulation für den Kalkulationszeitraum 2019/2020 nach preisrechtlichen Vorgaben ermittelt.

Die den Materialaufwand mindernden Schrotterlöse aus der Verarbeitung der hoheitlichen Abfälle in Höhe von TEUR 43 (Vorjahr: TEUR 162) lagen deutlich unter den geplanten Schrotterlösen (TEUR 80). Die Schrottkonditionen unterlagen im Geschäftsjahr 2019 erheblichen Schwankungen, welche mit der hohen Volatilität des Rohstoffmarktes im Zusammenhang standen.

Auf Grundlage der Vereinbarung zum Bürgerschaftsentgelt zwischen ZAW und WEV vom 25./26. März 2013 wurde für das valutierte Bürgerschaftsvolumen zum 31. Dezember 2018 (TEUR 3.487) im Geschäftsjahr 2019 ein von der WEV zu entrichtendes Bürgerschaftsentgelt in Höhe von TEUR 17 vereinnahmt.

Erbbauzinsen wurden auf Grundlage der bestehenden Erbbaurechtsverträge in Höhe von TEUR 178 vereinnahmt.

Das Wirtschaftsjahr 2019 wird mit einem Jahresergebnis in Höhe von TEUR - 211 (Vorjahr: TEUR 1.003) abgeschlossen.

Das Jahresergebnis liegt somit um TEUR 323 unter dem Planwert (TEUR 112). Die Planabweichung resultiert insbesondere aus einer im Ergebnis der aktualisierten Gebührenkalkulation notwendigen zusätzlichen Rückstellung für die Kostenüberdeckung 2018 in Höhe von TEUR 378. Des Weiteren wurden um TEUR 32 geringere als geplante Schrotterlöse vereinbart sowie zusätzlich TEUR 45 für eine Bioabfallkampagne aufgewendet.

Positiv auf das Jahresergebnis wirken sich die mit TEUR 70 unter dem Planwert (TEUR 105) liegenden Aufwendungen für Beratungsleistungen und Gutachten. Zudem fielen um TEUR 6 geringer als geplante Abschreibungen an.

Die wirtschaftliche Situation des ZAW stellt sich trotz des Jahresfehlbetrages als stabil dar.

Personal

Im Geschäftsjahr 2019 waren in der Geschäftsstelle des ZAW im Jahresdurchschnitt unverändert zum Vorjahr sechs Angestellte beschäftigt, wobei sich eine Mitarbeiterin seit Ende Juli 2019 in Elternzeit befindet. Die Vergütung der Mitarbeiter erfolgt nach TVöD.

Der Personalaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

	EUR	EUR
Löhne und Gehälter	324.342	321.418
Soziale Aufwendungen	55.849	57.388
Summe Personalaufwand	380.191	278.806

Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist zum 31. Dezember 2019 im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 8.294 um TEUR 372 auf TEUR 8.666 gestiegen. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind um TEUR 20 gesunken. Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern bestehen nicht.

Durch das Jahresergebnis 2019 (TEUR - 211) hat sich das Eigenkapital des ZAW aus dem Vorjahr (TEUR 6.212) auf TEUR 6.001 vermindert.

Im nachfolgenden Eigenkapitalspiegel ist die Entwicklung der einzelnen Posten dargestellt:

	Stand am 01.01.2019	Veränderung	Stand am 31.12.2019
	EUR	EUR	EUR
Allgemeine Rücklage	824.296,43	0,00	824.296,43
Andere Gewinnrücklage BilMoG	21.647,04	0,00	21.647,04
Jahresgewinn/-verlust	5.366.467,50	-211.310,09	5.155.157,41
Summe Eigenkapital	6.212.410,97	-211.310,09	6.001.100,88

Die Entwicklung der Rückstellungen stellt sich wie folgt dar:

	Stand am 01.01.2019	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	Stand am 31.12.2019
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Jahresabschlussaufwendungen	9.412,90	9.412,90	0,00	9.412,90	9.412,90
Prozesskosten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Archivierungskosten	19.515,33	0,00	0,00	0,00	19.515,33
Urlaub	5.131,46	5.131,46	0,00	5.570,63	5.570,63
Prämien	24.250,00	12.000,00	0,00	13.000,00	25.250,00
Kostenüberdeckung	447.156,00	202.380,00	0,00	378.111,00	622.887,00
Summe	505.465,69	228.924,36	0,00	406.094,53	682.635,86

Weiterhin prägten die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (TEUR 1.958; Vorjahr: TEUR 1.532) und die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 24; Vorjahr: TEUR 44) die Gesamtverbindlichkeiten.

Dem stehen das langfristige Anlagevermögen mit TEUR 4.501 (Vorjahr: TEUR 4.498) sowie im Wesentlichen die Forderungen gegen die Verbandsmitglieder aus Gebühren (TEUR 1.931; Vorjahr: TEUR 1.750) gegenüber.

Das langfristig verfügbare Vermögen ist zu 133,3 % (Vorjahr: 138,1 %) durch langfristig verfügbare Mittel gedeckt. Investitionen wurden in 2019 in Höhe von T€ 7 getätigt (Vorjahr TEUR 0).

Finanzlage

Die Finanzlage des ZAW ist in 2019 durchgängig positiv und stabil. Zum 31. Dezember 2019 betrug der Bestand an liquiden Mitteln TEUR 2.178 (Vorjahr: TEUR 2.012).

Die liquiden Mittel werden ausschließlich auf risikolosen Tagesgeldkonten der Geschäftsbanken des Verbandes disponiert. Zinserträge konnten jedoch aufgrund der gegenwärtigen „Null-Zinsphase“ nicht generiert werden. Sogenannte „Negativzinsen“ konnten trotz entsprechender Disponierung der Liquidität des Verbandes bei den beiden Geschäftsbanken nicht umgangen werden. Verwarentgelte wurden in Höhe von TEUR 3 (Vorjahr: TEUR 1) fällig.

Der Zweckverband verfügte im Wirtschaftsjahr 2019 über eine genehmigte Kassenkreditlinie von TEUR 2.000, die zum Bilanzstichtag ebenso wie im gesamten Wirtschaftsjahr nicht in Anspruch genommen werden musste.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt im Wirtschaftsjahr 2019 TEUR 175,3 (Vorjahr: TEUR 1.279,6).

Der Zweckverband kann nach § 14 der Verbandssatzung eine Umlage von seinen Verbandsmitgliedern erheben, sofern seine sonstigen Erträge und Einzahlungen zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen. Ein Umlagenerhebungsbedarf ist derzeit jedoch nicht erkennbar.

Finanzbeziehungen im Sinne des § 20 (2) Sächsische Eigenbetriebsverordnung (SächsEig-BVO) lagen nicht vor.

Die Geschäftsleitung gibt sich trotz des Jahresfehlbetrages mit der Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in 2019 zufrieden, da der Fehlbetrag maßgeblich im Zusammenhang mit der Rückstellungsbildung für Kostenüberdeckung steht.

Aus- und Weiterbildung

Durch ein geplantes und entsprechend konzipiertes Schulungsprogramm wird sichergestellt, dass alle Mitarbeiter der Geschäftsstelle geeignet geschult, aus- und weitergebildet werden und somit über das Fachwissen verfügen, um die ihnen übertragenen Aufgaben qualitätsgerecht auszuführen.

Qualitätsmanagement

Am 4. Juni 2019 wurde ein Zertifizierungsaudit nach dem Qualitätsmanagementsystem DIN EN ISO 9001:2015 durch die ÖHMI EuroCert GmbH erfolgreich durchgeführt. Das aktuelle Zertifikat ist bis zum 5. September 2021 gültig.

4. Sonstige wichtige Vorgänge des Jahres

Haushaltssatzung 2020

Der ZAW erlässt gemäß § 14 Abs. 2 seiner Verbandssatzung jährlich eine Haushaltssatzung, die der Erfüllung der Aufgaben des Zweckverbandes nach § 2 der Verbandssatzung Rechnung trägt und in der die Höhe der für das jeweilige Wirtschaftsjahr den Verbandsmitgliedern in Rechnung zu stellenden Verrechnungssätze pro Tonne angedienter Abfall festzusetzen ist.

Die Haushaltssatzung des ZAW für das Geschäftsjahr 2020 wurde in der Sitzung der Verbandsversammlung am 16. Dezember 2019 beschlossen.

Voraussetzung und wesentliche Grundlage hierbei ist eine Abfallgebührenkalkulation des Verbandes auf der abgabenrechtlichen Grundlage des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG). Die aktuell gültige Gebührenkalkulation wurde mit Datum vom 30. Oktober 2019 im Auftrag des ZAW von der PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC) erstellt.

Dienstleistungsvertrag ZAW - WEV

Im Zusammenhang mit einer Neuordnung des Vertragsverhältnisses zwischen dem ZAW und der WEV wurde bereits im Jahr 2018 ein neuer Dienstleistungsvertrag erarbeitet, der das bisherige Vertragsverhältnis und deren späterer Nachträge und Ergänzungen durch ein übersichtliches und einheitliches Vertragswerk ersetzt hat. Der Dienstleistungsvertrag gilt seit dem 01. Januar 2019.

5. Risikobericht

Langfristig wird die Lage und Entwicklung des Verbandes vor allem von der weiteren Entwicklung der WEV und dortigen Risikopotenzialen/Chancen beeinflusst. Die Risiken aus vom Verband zugunsten der WEV übernommenen Haftungsverhältnissen nehmen weiter kontinuierlich ab; Inanspruchnahmerisiken waren in den letzten Geschäftsjahren nicht vorhanden und sind auch nicht erkennbar. Ein Schwerpunkt in der WEV bleibt die Ausfinanzierung der künftigen Verpflichtungen für Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Zentraldeponie Cröbern.

Risikomanagementsystem (RMS)

Der ZAW hat im Rahmen des Qualitätsmanagementsystems in 2009 begonnen, ein eigenes Risikomanagementsystem zu erarbeiten. 2013 wurde das RMS des ZAW komplett überarbeitet. Es wird quartalsweise aktualisiert und über eine Änderungsmatrix fortgeschrieben. Es erfolgte die Inventarisierung der Risikofelder (Risikoidentifikation und -klassifikation) sowie zugehöriger Gegenmaßnahmen (Risikosteuerung und -bewältigung). Die erfassten Risiken wurden entsprechend festgelegter Skalierungen von Eintrittswahrscheinlichkeiten und Schadenhöhen bewertet (Risikobewertung).

Der ZAW muss externe und interne Risiken aus verschiedenen Bereichen identifizieren und bewerten. Folgende Risikofelder wurden identifiziert:

- Risiken aus der wirtschaftlichen Beteiligung an der WEV
- Kredit- und Bürgschaftsrisiko
- Liquiditätsrisiko
- Risiken durch Änderungen der abfallrechtlichen und strukturellen Rahmenbedingungen.

Daneben stützt sich der ZAW weiterhin auf das Risikomanagement der WEV, da diese die Entsorgungsleistungen für den ZAW durch die mechanisch-biologische Abfallbehandlung bzw. Deponierung erbringt und die WEV im eigenen Namen und auf eigene Rechnung sowohl den Betrieb der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage am Standort Cröbern als auch den Betrieb der Zentraldeponie Cröbern verantwortet. Die Überwachung des Risikomanagements der WEV erfolgt im Wesentlichen durch die Tätigkeiten von entsandten Vertretern des Zweckverbandes im Aufsichtsrat der WEV.

Im ZAW muss zwischen erheblichen Risiken, die aus der wirtschaftlichen Beteiligung an der WEV resultieren, und Risiken aus dem allgemeinen Geschäftsbetrieb unterschieden werden. Zur wirtschaftlichen Lage des ZAW erfolgt jährlich durch die Landesdirektion Leipzig eine statistische Erhebung zum Frühwarnsystem kreisübergreifender Zweckverbände. Durch das Eintragen von wirtschaftlichen Kennziffern wird eine automatische Bewertung des Risikopotenzials des ZAW vorgenommen. Hierbei gab es für das Jahr 2019 keine Feststellungen.

Risiken aus der wirtschaftlichen Beteiligung an der WEV

Das bedeutsamste Risiko für den ZAW besteht in der Beteiligung an der WEV und den damit bestehenden Verpflichtungen. Risikopotenziale der WEV beeinflussen in der Regel direkt die Entwicklung und Lage des Verbandes.

Es besteht z. B. das latente Risiko, einer veränderten Ertragsstruktur der WEV aufgrund von Unterauslastung der MBA bzw. Mindermengen bei der Direktablagerung bzw. signifikanten Marktpreisveränderungen. Bei der WEV kommt es aus Sicht des ZAW besonders auf eine gesicherte Ausfinanzierung für Rekultivierung und Nachsorge der Zentraldeponie Cröbern an. Über seine Stellung als alleiniger stimmberechtigter Gesellschafter und der Stellung / Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der WEV kann der Zweckverband jederzeit seine Kontroll- und Weisungsrechte bei seiner Tochtergesellschaft wahrnehmen bzw. sicherstellen und mögliche Risiken betrachten und bewerten.

In Höhe des Buchwertes der Beteiligung besteht das Risiko für den Bilanzansatz im ZAW zusätzlich der nachfolgend aufgeführten Kredit- und Bürgschaftsrisiken.

Kredit- und Bürgschaftsrisiko

Der ZAW trägt gegenüber den Banken das Risiko für Kredite, die zwischen 1991 und 1998 für die Errichtung der ZDC aufgenommen wurden. Das Haftungsrisiko des Verbandes für diese Kredite der WEV umfasste zum 31. Dezember 2019 ein Volumen von TEUR 2.649.

Der ZAW hat weiterhin im Zusammenhang mit der Finanzierung der MBA (Gesamtvolumen TEUR 52.500) Einredeverzicht nebst Mindestentgeltgarantie (quartalsmäßige Festbeträge in Höhe von TEUR 1.700) erklärt.

Die WEV hatte im Jahr 2005 und 2006 künftige Forderungen der WEV an den ZAW im Barwert von TEUR 52.500 an die die MBA finanzierenden Banken als Sicherheit abgetreten.

Von einer Inanspruchnahme des ZAW aus den eingegangenen Haftungsverhältnissen wird nicht ausgegangen.

Unter Einbeziehung der Kenntnisse über die WEV und deren gute wirtschaftliche Situation sind Anhaltspunkte, dass die WEV ihren Verpflichtungen nicht nachkommen kann, nicht ersichtlich.

Liquiditätsrisiko

Der Bedarf zur Erhebung einer Umlage gegenüber den Verbandsmitgliedern besteht entsprechend des aktuellen Finanzplanungshorizontes nicht, da die Erträge und Einzahlungen zur Deckung des Finanzbedarfes des Verbandes ausreichen.

Zur Sicherstellung der Liquidität verfügt der ZAW zudem über einen genehmigten Kassenkredit in Höhe von TEUR 2.000, auf deren Inanspruchnahme der Verband seit dem Jahr 2013 nicht mehr angewiesen ist.

Zur Früherkennung von Liquiditätsrisiken stellt der ZAW einen Liquiditätsplan auf und schreibt diesen fort.

Risiken durch Änderungen der abfallrechtlichen Rahmenbedingungen

Risiken der abfallrechtlichen Rahmenbedingungen werden derzeit nicht gesehen.

6. Chancenbericht

Grundsätzlich ergeben sich für den Verband, insbesondere seit der Rekommunalisierung der WEV mbH im Jahr 2015, auch Chancen für seine weitere Entwicklung, unter anderem durch weitere Aufgabenübertragungen seiner Mitglieder. So wurde zur Sicherstellung der Aufgabe der Entsorgung von Bioabfällen der Verbandsmitglieder durch die Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am 18. Dezember 2017 die Errichtung und der Betrieb einer Bioabfallvergärungsanlage am Standort Cröbern beschlossen. Der Verband wird sich zur Erfüllung dieser Entsorgungsaufgabe seiner Tochtergesellschaft WEV bedienen. Im Geschäftsjahr 2019 erhielt die WEV im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens die Zulassung für den vorzeitigen Beginn gemäß § 8a BImSchG für die Bioabfallvergärungsanlage.

Weitere Themen werden im Rahmen eines Strategieprozesses zwischen dem Verband und seinen Mitgliedern unter Einbindung der Tochtergesellschaft des ZAW erörtert.

7. Prognosebericht

Unter der Annahme, dass sich die positive demographische Entwicklung im Verbandsgebiet im Geschäftsjahr 2020 und in den Folgejahren, insbesondere in der Stadt Leipzig fortsetzt, erwartet die Geschäftsleitung ein Umsatzplus für das kommende Geschäftsjahr, basierend auf steigenden Abfallmengen.

Der Zweckverband plant im Geschäftsjahr 2020 mit Umsatzerlösen aus der Andienung von Abfällen in Höhe von TEUR 23.299 sowie sonstigen Umsatzerlösen in Höhe von TEUR 191.

Die steigenden Abfallmengen werden zu einer Erhöhung der Aufwendungen (Materialaufwand) führen, ebenso werden die Personalkosten des Verbandes durch die tariflichen Abschlüsse für den öffentlichen Dienst steigen.

Für das kommende Geschäftsjahr werden Gesamtaufwendungen von TEUR 23.378 erwartet. Die Geschäftsleitung plant für das Geschäftsjahr 2020 ein positives Jahresergebnis in Höhe von TEUR 175. In den Folgejahren werden weiterhin positive Jahresergebnisse erwartet.

Großpösna, den 06. Februar 2020

Heiko Rosenthal

Verbandsvorsitzender ZAW

André Albrecht

Geschäftsleiter ZAW



Beteiligungsbericht 2019

des

Zweckverbandes Abfallwirtschaft
Westsachsen

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
Am Westufer 3
04463 Großpösna / OT Störmthal
Tel./Fax: 034299 / 705-0, -22
Email: info@zaw-sachsen.de
Homepage: www.zaw-sachsen.de



Vorwort

Auf der Grundlage von § 99 Sächsische Gemeindeordnung hat der ZAW der Verbandsversammlung einen Bericht über seine wirtschaftliche Beteiligung, insbesondere über die Entwicklung seiner Gesellschaft vorzulegen und diesen zu veröffentlichen. Der Beteiligungsbericht soll einen detaillierten Einblick in die wirtschaftlichen Daten der Gesellschaft gewähren und damit einen Beitrag zur Transparenz sowie zur Verbesserung von Steuerung und Kontrolle leisten.

Der Beteiligungsbericht wendet sich in erste Linie an die maßgeblichen Entscheidungsträger, für die er ein wichtiges Arbeitsinstrument im Rahmen der Beschlussfassung darstellt. Darüber hinaus soll er interessierten Einwohnern des Verbandsgebietes als Nachschlagewerk dienen.

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) ist seit Mai 2015 alleiniger Gesellschafter der Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV). Der ZAW ist gemäß dem Sächsischen Kreislaufwirtschafts- und Bodenschutzgesetz (SächsKrWBodSchG) öffentlich – rechtlicher Entsorgungsträger und für bestimmte Aufgaben auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft per Gesetz zuständig.

Einen Teil dieser Aufgaben hat er vertraglich auf die WEV übertragen, hauptsächlich die Planung, Errichtung und Betreibung der Entsorgungsanlagen. Mit der Beauftragung einer privaten Gesellschaft ist der ZAW jedoch keinesfalls von der Pflicht und seiner Verantwortung für eine dauerhafte Erfüllung seiner Aufgaben entbunden. Die Verbandsversammlung soll sich anhand des Beteiligungsberichtes einen Überblick über die ordnungsgemäße und rechtskonforme Erfüllung der an die WEV übertragenen Aufgaben verschaffen.

Die WEV wirkt schwerpunktmäßig an der Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzeptes des ZAW in die Praxis mit. Die Tätigkeit der WEV wird insbesondere von den geltenden abfallrechtlichen Rahmenbedingungen beeinflusst.

Grundlage des vorliegenden Beteiligungsberichtes 2019 bildet der geprüfte und festgestellte Jahresabschluss der WEV einschließlich des Lageberichts der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2019.

Großpösna, den

Heiko Rosenthal
Verbandsvorsitzender

André Albrecht
Geschäftsleiter



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Inhaltsverzeichnis	3
1 Beteiligung des ZAW im Überblick / Externe Struktur	4
2 Einzeldarstellung der WEV	5
2.1 Allgemeine Angaben zur WEV	5
2.2 Organe der Gesellschaft	6
2.2.1 Gesellschafterversammlung	6
2.2.2 Aufsichtsrat	6
2.2.3 Geschäftsführung	6
3 Allgemeines	7
3.1 Ertragslage	7
3.2 Vermögenslage	9
3.3 Finanzlage	11
3.3.1 Bürgschaften / Kredite	11
3.3.2 Erbbaurechtsverträge	11
3.3.3 Dienstleistungsvertrag / Entgeltvereinbarung	11
3.3.4 Investitionstätigkeit	12
4 Entwicklung der Unternehmensbereiche	12
4.1 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge	13
4.2 Sonstige wichtige Vorgänge des Jahres	14
4.3 Qualitätsmanagement	14
5 Risikobericht	14
5.1 Risikomanagementsystem	14
5.2 Risiken	14
5.3 Chancenbericht	17
5.4 Prognosebericht	17
Erläuterung der Bilanz- und Leistungskennzahlen	19
Tabellenverzeichnis	20
Abkürzungsverzeichnis	20



1 Beteiligung des ZAW im Überblick / Externe Struktur



Die vorangestellte Abbildung zeigt die strukturelle Verflechtung zwischen ZAW und WEV.

Der ZAW besteht aus den Verbandsmitgliedern Stadt Leipzig und Landkreis Leipzig. Das Territorium des ZAW erstreckt sich auf 1.944 km² mit 851.486 Einwohnern (Stand: 30.11.2019, Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen).



2 Einzeldarstellung der WEV

2.1 Allgemeine Angaben zur WEV

Adresse: Am Westufer 3
04463 Großpösna / OT Störmthal

E-Mail: info@wev-sachsen.de
Homepage: www.wev-sachsen.de

Gründungsjahr: 1991

Unternehmensgegenstand / -zweck:

Die Planung, der Bau und Betrieb von Verwertungs- und Beseitigungsanlagen vorrangig im Verbandsgebiet des ZAW sowie die Durchführung von Entsorgungsdienstleistungen, einschließlich Beratungs-, Logistik- und Serviceleistungen, wie dem Handeln und Makeln, Nachweisführung, Analytik, Bauleistungen bei Altlasten oder Demontageprojekte.

Vorrangige Unternehmensaufgabe ist für die Deponien des ZAW die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen für die Stilllegungs-, Rekultivierungs- und Nachsorgephase sowie die Vorbereitung deren Nachnutzung.

Zum Gegenstand des Unternehmens gehört auch die Erfüllung aller sonstigen Aufgaben im Bereich der Abfallwirtschaft, sofern sie der Erfüllung des Unternehmensgegenstandes dienen.

Rechtsform: GmbH

Stammkapital und Gesellschafter:

Das Stammkapital beträgt € 1.000.000,00 und ist eingeteilt in Geschäftsanteile in Höhe von € 170.000,00, € 340.000,00 und € 490.000,00.

Die Geschäftsanteile verteilen sich wie folgt:

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen	510.000,00 €	51,0 %
Eigene Anteile WEV	490.000,00 €	49,0 %

Die eigenen Anteile sind nicht stimmberechtigt. Der ZAW ist faktisch Alleingesellschafter.



2.2 Organe der Gesellschaft

2.2.1 Gesellschafterversammlung

Im Geschäftsjahr 2019 bestand die Gesellschafterversammlung aus Herrn Heiko Rosenthal, dem Bürgermeister für Umwelt, Ordnung und Sport der Stadt Leipzig und Verbandsvorsitzenden des ZAW, sowie dem Landrat des Landkreises Leipzig, Herrn Henry Graichen.

2.2.2 Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2019 waren:

Name	ausgeübte Tätigkeit
Herr Graichen, Henry Vorsitzender	Landrat Landkreis Leipzig
Herr Rosenthal, Heiko 1. stellv. Vorsitzender	Beigeordneter / Bürgermeister Stadt Leipzig, Dez. III Umwelt, Ordnung, Sport
Herr Albrecht, André	Geschäftsleiter ZAW
Herr Meissner, Jens	Geschäftsführer KELL GmbH
Herr Kretzschmar, Thomas	Erster Betriebsleiter Eigenbetrieb Stadtreinigung Leipzig

Tabelle 1: Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2019

2.2.3 Geschäftsführung

Geschäftsführer der WEV im Berichtsjahr war Herr Dipl.-Ing. Bernd Beyer.



3 Allgemeines

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 wurde von der

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Großer Brockhaus 5
04103 Leipzig

geprüft. Die Abschlussprüfung führte zu keinen Einwendungen.

Risiken, die die Entwicklung der Gesellschaft wesentlich beeinträchtigen können, wurden bei der Abschlussprüfung festgestellt und im Prüfbericht angeführt:

- Auslastungs- und Preisrisiken in Bezug auf die MBA (langfristig),
- Mengenrisiken in Bezug auf die ZDC,
- Zinsrisiken und langfristige Prognoseunsicherheit.

3.1 Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2019 wurden Umsatzerlöse in Höhe von EUR 64,5 Mio. und damit um EUR 14,5 Mio. über Plan erzielt. Die überplanmäßig gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen infolge der deutlich höheren Zuführung zu den langfristigen Rückstellungen und aus den Aufwendungen für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag führten dazu, dass das geplante Jahresergebnis in Höhe von EUR 2,1 Mio. mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 0,8 Mio. nicht erreicht wurde.

Im Geschäftsjahr 2019 wurde ein Umsatz in Höhe von 64,5 Mio. € erwirtschaftet (im Vorjahr: 59,3 Mio. €).

Die wichtigsten GuV-Daten, einschließlich der zwei vorangegangenen Jahre, sind nachfolgend überblicksmäßig aufgezeigt, die Darstellung folgt der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung.



	2019	2019 Plan	2018 Ist	2017 Ist
Umsatz	64.534	50.041	59.261	53.686
Sonstige betriebliche Erträge	1.519	188	1.485	1.021
Gesamtleistung	66.053	50.230	60.746	54.707
Materialaufwand	-14.924	-16.182	-14.188	-14.369
Personalaufwand	-4.909	-5.368	-4.703	-4.771
Abschreibungen	-10.144	-10.048	-10.163	-11.381
Sonstige betriebliche Aufwendungen einschl. Zinsergebnis	-36.801	-7.998	-35.164	-23.062
Betriebliches Ergebnis	-725	10.634	-3.472	1.125
Steuern	-52	-8.501	-55	-50
Jahresergebnis	-777	2.132	-3.527	1.075
Vortrag aus Vorjahr	2.432		5.959	4.885
Gewinnausschüttung				
Bilanzgewinn/-verlust	1.655	2.132	2.432	5.959

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung (T€) per 31.12.2019

Die erzielten **Gesamtumsatzerlöse** belaufen sich auf 64.534 T€ und sind damit 28,96% höher als geplant. Der Umsatzanstieg entsteht durch mehr Mengen und höhere Erlöse für die Direktablagerung und die MBA.

Der **Materialaufwand** liegt mit 14.924 T€ leicht über dem Vorjahresniveau.

Der **Personalaufwand** ist im Vergleich zum Vorjahr um 206 T€ auf 4.909 T€ gestiegen. Der Anstieg resultiert aus der Entgelterhöhung zum 1. April 2019 um 3,09 sowie dem Anstieg der Leistungsprämien für Mitarbeiter.

Bei gestiegener Gesamtleistung wird im Vergleich zum Vorjahr eine geringere Personalkostenquote von 7,6 % aus (Vorjahr: 7,9%) ausgewiesen.

Die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer des Geschäftsjahres 2019 beträgt 98 (im Vorjahr: 98). Davon sind 41 Angestellte (im Vorjahr: 42) und 57 Arbeiter (im Vorjahr: 56).

Die Abnahme der **Abschreibungen** um 19 T€ auf 10.144 T€ ist durch den Rückgang der leistungsabhängigen Abschreibung des Deponiekörpers (TEUR -105) infolge der Verringerung des Abschreibungssatzes durch die Verschiebung von Investitionen zu begründen.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** enthalten Aufwendungen für die Bildung von Rückstellungen in Höhe von 23.502 T€ (im Vorjahr: 20.824 T€).



3.2 Vermögenslage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Bilanzdaten der WEV zum Stichtag 31. Dezember 2019.

AKTIVA

	2019	2019 Plan	2018 Ist	2017 Ist
Anlagevermögen	41.851	58.889	44.879	49.575
Immaterielles Vermögen	131		41	67
Sachanlagen	41.720	58.889	44.838	49.508
Finanzanlagen	0		0	0
Umlaufvermögen	133.507	90.967	104.781	79.093
Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.022	7.089	7.505	7.322
Wertpapiere / liquide Mittel	127.485	83.878	97.276	71.771
Aktive RAP	190	149	231	242
Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensrechnung	0	20	0	0
Bilanzsumme	175.548	150.025	149.890	128.910

PASSIVA

	2019	2019 Plan	2018 Ist	2017 Ist
Eigenkapital	16.751	25.970	17.528	21.055
Gezeichnetes Kapital	510	510	510	510
Rücklagen	14.586	3.798	14.586	14.586
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	2.432	19.529	5.959	4.885
Jahresergebnis	-777	2.132	-3527	1.075
Sonderposten m. RL-anteil	0		0	0
Rückstellungen	148.728	119.696	118.593	91.419
Verbindlichkeiten	5.859	5.865	6.438	7.410
Passive RAP	2.635	2.536	5.470	8.404
Passive latente Steuern	1.575	-4.042	1.861	622
Bilanzsumme	175.548	150.025	149.890	128.910

Tabelle 3: Bilanzdaten (T€) WEV per 31.12.2019



Im Geschäftsjahr 2019 hat sich die **Bilanzsumme** im Vergleich zum Vorjahr um 25.657 T€ erhöht. Hauptursache dafür ist auf der Aktivseite die Zunahme der liquiden Mittel (+30.209 T€). Das Anlagevermögen hat sich rückläufig entwickelt (TEUR -3.028). Die Entwicklung auf der Passivseite ist besonders gekennzeichnet durch den Anstieg der Rückstellungen (+30.135 T€).

Die WEV verfügt am 31. Dezember 2019 über bilanzielles **Eigenkapital** in Höhe von 16.751 T€. Es sank damit im Vergleich zum Vorjahr um den Jahresfehlbetrag in Höhe von 777 T€ und damit um 4,43 %.

Die Eigenkapitalquote reduzierte sich, infolge des Jahresfehlbetrages und der deutlichen Erhöhung der Bilanzsumme.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen.

	2019	2018	2017	Maßeinheit
Vermögenssituation				
Anlagenintensität	23,8	29,9	38,5	%
Änderung des Anlagevermögens	93,3	90,5	89,1	%
Kapitalstruktur				
Eigenkapitalquote	9,6	11,7	16,3	%
Fremdkapitalquote	90,5	88,3	83,7	%
Liquiditätskennzahlen				
Liquidität 1.Grades	-984,7	777,3	577,1	%
Liquidität 2.Grades	1.031,7	837,8	637,1	%
Rentabilität				
Eigenkapitalrendite	-4,6	-20,1	5,1	%
Gesamtkapitalrendite	3,6	2,8	9,9	%
Geschäftserfolg				
Umsatzrentabilität	-10,0	-6,0	2,0	%
Pro-Kopf- Umsatz	658,5	604,7	590,0	T€
Kennzahlen der Personalwirtschaft				
Beschäftigte	98	98	91	MA
Personalaufwandsquote	7,6	7,9	8,9	%

Tabelle 4: Bilanz- und Leistungskennzahlen WEV per Bilanzstichtag 2017– 2019



3.3 Finanzlage

Die Finanzlage stellt sich gegenüber dem Vorjahr verbessert da.

Der Bestand an liquiden Mitteln hat sich im Verlauf des Wirtschaftsjahres von 97,3 Mio. € auf 127,5 Mio. € erhöht. Die vorhandenen Finanzmittel wurden zur planmäßigen Tilgung von Altkrediten in Höhe von 0,8 Mio. € (Vorjahr: 0,8 Mio. €) und zur Finanzierung der Investitionen verwendet.

In 2019 wurden entsprechend der abgeschlossenen Forfaitierungsverträge 2,9 Mio. € (im Vorjahr: 2,9 Mio. €) des passiven Rechnungsabgrenzungspostens getilgt.

Im Geschäftsjahr 2019 erfolgte keine Ausschüttung an den Gesellschafter ZAW.

3.3.1 Bürgschaften / Kredite

Der ZAW hat zur Besicherung von Verbindlichkeiten der WEV Ausfallbürgschaften und Schuldbeiträge übernommen, die sich wie in der unten dargestellten Tabelle entwickeln. Außerdem hat der ZAW Kredite für die MBA Cröbern in einer Gesamthöhe von 52,5 Mio. € über Forfaitierung mit Einredeverzichtserklärung abgesichert.

Übersicht zum 31.12.	2017	2018	2019	2020	2021
Bestand in T€ (alle Kreditinstitute)	4.325	3.487	2.649	1.811	973

Tabelle 5: Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten

3.3.2 Erbbaurechtsverträge

Zum Betrieb der Deponien wurden in den Vorjahren Erbbaurechtsverträge mit dem ZAW geschlossen.

Die WEV entrichtete 2019 Erbbauzinsen in Höhe von 173 T€ an den ZAW.

Zentraldeponie Cröbern	158 T€
Deponie Seehausen	8 T€
Deponie Groitzsch-Wischstauden	7 T€

3.3.3 Dienstleistungsvertrag

Gemäß des neugefassten Dienstleistungsvertrages mit Wirkung zum 01.01.2019 betreibt bzw. unterhält die WEV im Auftrag des ZAW die MBA und Zentraldeponie Cröbern sowie die Deponien Seehausen und Groitzsch-Wischstauden nach Maßgabe der behördlichen Zulassungen und der einschlägigen abfall- und umweltrechtlichen Vorschriften. Abfälle, die dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger ZAW überlassen werden, sind der WEV zur Behandlung, Verwertung und Ablagerung als beauftragter Dritter im Sinne von § 17 KrWG zu übergeben.



Das Entgelt zur Abfallbehandlung in der MBA in 2019 betrug 139,55 €/t netto bzw. 166,06 €/t brutto. Die Kalkulation dieses Entgeltes erfolgte nach den Vorgaben der §§ 5-7 PreisV 30/53 in Verbindung mit den LSP für einen zweijährigen Zeitraum (2019 und 2020).

3.3.4 Investitionstätigkeit

Im Wirtschaftsjahr 2019 wurden Investitionen in Höhe von 7,1 Mio. € (Vorjahr: 5,6 Mio. €) getätigt.

Die wesentlichen Investitionen betreffen den Bau der neuen Ablagerungsflächen der ZDC sowie Tunnelelemente der ZDC, den Umbau des Verwaltungsgebäudes, Sanierungsarbeiten am Dach der Biologie der MBA und die Anschaffung einer zusätzlichen Tunnelausrüstungsmaschine für die Biologie der MBA. Darüber hinaus wurden diverse Geräte und Ausrüstungen angeschafft.

4 Entwicklung der Unternehmensbereiche

Zentraldeponie Cröbern (ZDC)

Im Jahr 2019 betrug die abgelagerte Gesamtabfallmenge 901,7 Tt (im Vorjahr: 927,8 Tt). Seit Beginn des Abfalleinbaubetriebes sind somit 14.104,5 Tt (im Vorjahr: 13.202,8 Tt) abgelagert worden.

Im nördlichen-/nordöstlichen Bereich der Deponie wurden im Berichtszeitraum 2019 weitere 15.800 m² Deponiefläche temporär abgedeckt. Mit Stand Ende 2019 sind insgesamt 17,9 ha temporär abgedeckt.

Im Dezember 2018 wurde eine Mietanlage als Versuchsanlage für die Behandlung des Sickerwassers in Betrieb genommen. Der Betrieb im Jahr 2019 erfolgte mit gutem Ergebnis. Im Jahr 2020 wird voraussichtlich eine Entscheidung getroffen, ob die vorhandene Anlage repariert oder eine Neuanlage, ähnlich der Mietanlage, angeschafft wird.

Zum 31. Dezember 2019 waren rund 75,9 % der geplanten Gesamtkapazität der ZDC erfüllt (Vorjahr: 71,4 %).

Mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA)

Im Jahr 2019 wurden 186,7 Tt (im Vorjahr: 176,8 Tt) durch die Anlage im 1-Schicht-Betrieb verarbeitet. Die Eingangsmenge von kommunalem Rest- und Sperrmüll betrug 134,0 Tt (im Vorjahr: 124,0 Tt).

Die Inputmengen zur MBA sowie der Rotte lagen über dem Planniveau.

Die bestehende Brandmeldeanlage MBA wurde um den Bereich der Verladung erweitert.

Altdeponie Seehausen (DSH) und Groitzsch-Wischstauden (DGW)

Die Abschlussdokumentation über die Arbeiten im Zusammenhang mit dem Golfpark auf dem Plateau der **Deponie Seehausen** wurde von der Genehmigungsbehörde bestätigt. Nach deren Einschätzung könnte die WEV für den Neuberg einen Antrag zur endgültigen Stilllegung und Entlassung in die Nachsorge einreichen.



Die Planungsarbeiten für die endgültige Oberflächenabdichtung der **Deponie Groitzsch-Wischstauden** wurden im Jahr 2019 weitergeführt. Als Vorbereitung für die Baumaßnahmen zum Aufbringen des endgültigen Oberflächenabdichtungssystems werden bereits Deponieersatzstoffe angenommen und aufgebracht. Im Jahr 2019 wurden die Planungsgrundlagen für die Oberflächenentwässerung für den Alt- und Neuteil überarbeitet. Dadurch verzögert sich das Ausschreibungsverfahren für die Bauleistungen der endgültigen Oberflächenabdichtung. Die Bauleistungen werden sich deshalb in 2021, die für den Altteil in 2020, verschieben.

Die gemäß Nachsorgeplan für die in der Stilllegungsphase durchzuführenden Arbeiten (Sickerwasserfassung und -ableitung einschließlich Monitoring, Grundwassermonitoring, Oberflächenwasserableitung, FID-Messungen und Wirkkontrollen des Gasfassungssystems usw.) für die beiden Altdeponiestandorte DSH und DGW wurden planmäßig durchgeführt und verliefen ohne besondere Vorkommnisse.

4.1 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge

Zentraldeponie Cröbern

Die Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge wurden bis zum Ende des erwarteten Nachsorgezeitraums im Jahr 2071 unter Berücksichtigung der Kapazität und der vorliegenden Erkenntnisse zu den Nachsorgekosten gebildet. Zum Stichtag 31. Dezember 2019 beträgt die Rückstellung für Rekultivierung und Nachsorge für die ZDC 126.233 T€ (im Vorjahr: 97.424 T€).

Deponie Seehausen

Die Deponie Seehausen wurde zum 30. Juni 2004 stillgelegt. Der Bilanzansatz für Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Seehausen für den Zeitraum bis zum Jahr 2044/2051 unter Berücksichtigung der Prognose für die Deponiegasverstromung sowie der alternativen Oberflächenabdichtung beträgt 8.645 T€ (im Vorjahr: 8.023 T€).

Deponie Groitzsch-Wischstauden

Für die Rekultivierung und Nachsorge der bereits im Oktober 2000 vollständig verfüllten Deponie sind bis zum 31. Dezember 2019 Rückstellungen für den Zeitraum bis zum Jahr 2048/2052 für das Altfeld in Höhe von 2.351 T€ (im Vorjahr: 2.268 T€) und für das Neufeld in Höhe von 5.154 T€ (im Vorjahr: 5.008 T€) unter Berücksichtigung der alternativen Oberflächenabdichtung ausgewiesen.

	2017	2018	2019
Zentraldeponie Cröbern	71.670	97.424	126.233
Deponie Seehausen	7.126	8.023	8.645
Deponie Groitzsch- Wischstauden - Neufeld	4.839	5.008	5.154
Deponie Groitzsch- Wischstauden - Altfeld	2.119	2.268	2.351
Gesamt	85.754	112.723	142.383

Tabelle 6: Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge (T€) 2017 bis 2019



4.2 Sonstige wichtige Vorgänge des Jahres

Die Rückstellungsbemessung für Rekultivierung, Stilllegung und Nachsorge wurde auf Grundlage aktueller Erkenntnisse überprüft und angepasst. Im Jahr 2019 erfolgte, durch ein externes Gutachten, die Plausibilisierung der bisher angesetzten Nachsorgekosten, bezüglich technischer Maßnahmen. Die angesetzten Stilllegungs-, Rekultivierungs- und Nachsorgeaufwendungen werden auch im Jahr 2020 weiter geprüft.

Ein Genehmigungsantrag zur Errichtung einer Bioabfallvergärungsanlage wurde im Dezember 2018 bei der zuständigen Behörde eingereicht. Zum Bilanzstichtag lag keine Baugenehmigung vor. Zwischen WEV und Genehmigungsbehörde wurde eine Vereinbarung zum vorzeitigen Baubeginn und die Zulassung zum Baubeginn abgeschlossen. Bis zum Zeitpunkt der Genehmigungserteilung werden insbesondere Abbrucharbeiten, Umverlege- und Bodenverbesserungsmaßnahmen durchgeführt.

4.3 Qualitätsmanagement

Im Oktober 2018 fand ein Überwachungsaudit zum Qualitätsmanagementsystem nach ISO 9001:2015 statt. Die Prüfungsgesellschaft ESC Cert GmbH erteilte das Zertifikat erneut bis November 2020.

Die Wiederholungsprüfung gemäß Entsorgungsfachbetriebsverordnung wurde im Dezember 2019 durch ÖKÖ.ZERT. Rieth & Eckhardt GbR durchgeführt. Das erteilte Zertifikat ist bis Juni 2021 gültig.

Im November 2019 fand das zweite Überwachungsaudit zum Energiemanagementsystem gemäß DIN EN ISO 50001:2011 der WEV, durch die ESC Cert GmbH als akkreditierten Auditor, statt. Das erteilte Zertifikat ist unverändert bis August 2021 gültig. Die WEV nimmt am Energieeffizienz-Netzwerk Leipzig teil.

5 Risikobericht

5.1 Risikomanagementsystem

Die WEV hat ein Risikofrüherkennungssystem implementiert und dokumentiert, welches unter Einbeziehung aller Fachbereiche die Geschäftsleitung über wesentliche Veränderungen der Risiken unterrichtet und bei der Bewertung der Risiken unterstützt. Es wird mindestens einmal jährlich eine Risikoinventur durchgeführt.

5.2 Risiken

Marktrisiken

Für die ZDC wird sowohl bei der strategischen Ausrichtung als auch bei der Akquisitionsarbeit weiter der Schwerpunkt auf Kunden- und Abfallströme gelegt, die im Nahbereich des Unternehmens liegen und kontinuierlich anfallen.

Die demographische Entwicklung der Stadt Leipzig hat eine positive Tendenz. Die Einführung einer flächendeckenden Biotonne im Landkreis Leipzig ab dem Jahr 2020 könnte die Prognoseunsicherheit beim Hausmüll erhöhen.



Vertragsrisiken

Die Abnahme der Outputströme aus der MBA wurde im Jahr 2017 ausgeschrieben. Die Laufzeit der Verträge beträgt 6 Jahre ab 1. Januar 2018, mit der Option einer Vertragsverlängerung bis 2025.

Die abgeschlossenen Verträge sehen eine Preisgleitklausel ab dem 1. Januar 2021 vor, sodass sich die Preise für diese Leistungen ab diesem Zeitpunkt verändern können. Durch die beiden Vertragspartner wurde die Notwendigkeit einer vorgezogenen Vertragsanpassung, infolge einer behaupteten Änderung der Mautermittlungssystematik, thematisiert. Zum Bilanzstichtag wurde hierzu noch keine Vereinbarung abgeschlossen.

Zins- und Derivatrisiken

Die WEV hat für den Zinsbindungszeitraum eines Darlehens eine Festzinsvereinbarung getroffen, um das variabel verzinste Grundgeschäft im Zinsrisiko zu begrenzen.

Aufgrund der Ansparung von liquiden Mitteln zur Erfüllung der künftigen Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtung besteht eine Abhängigkeit von den am Kapitalmarkt zu erzielenden Renditen für sichere Geldanlagen.

Aufgrund der derzeitigen und weiterhin erwarteten Differenzen zwischen dem von der Bundesbank vorgegebenen Zinssatz gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung und den erreichbaren Verzinsungen für Sicht- und Festgeldguthaben bzw. internen Renditen, werden in den nächsten Jahren für die notwendigen Zinszuführungen zu den Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge die bestehenden bzw. erwarteten Verzinsungen der externen Geldanlagen durch Zuführungen aus dem operativen Ergebnis ergänzt werden müssen.

Erschwerend kommt im Jahr 2020 hinzu, dass neue Geldanlagen durch Kapitalgesellschaften mit Laufzeiten über 18 Monaten, nicht mehr im freiwilligen Einlagensicherungsfonds der privaten Banken gesichert sind. Aufgrund des anhaltenden Zinsniveaus ist bei „gesicherten“ Geldanlagen bis zu einer Laufzeit von 18 Monaten von einer negativen Verzinsung auszugehen.

Zur Überwachung dieser Risiken werden die Effekte in Szenarien der WEV abgebildet und Vorschläge zur Sicherung einer langfristig auskömmlichen Kapitalausstattung erarbeitet und die Entwicklung der Bilanzansätze für die Stilllegungs-, Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen regelmäßig überprüft.

Liquiditäts- und Bonitätsrisiko

Die Geldanlagen erfolgen ausschließlich in festverzinslichen Termingeldern bei deutschen Geschäftsbanken oder Anlageinstituten, die vom Einlagensicherungsfonds, dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe oder einem entsprechenden Sicherungsfonds umfasst sind.

Das Bonitätsrisiko von Kunden wird durch ein präventives Risikomanagement, die Absicherung des Ausfallrisikos von Forderungen durch einen Warenkreditversicherer bzw. durch Bankbürgschaften sowie ein Mahnwesen begrenzt.



Steuerrisiko

Mit der Betriebsprüfung für die Jahre 2011 bis 2013 wurde im Jahr 2016 begonnen. Die Prüfung war zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses noch nicht abgeschlossen. Es lagen lediglich vorläufige Prüfungsfeststellungen ohne Schlussbesprechung vor. Die Erwidern durch die WEV bzw. den beauftragten Steuerberater ist in Bearbeitung.

Mit der Betriebsprüfung der Jahre 2014 bis 2016 wurde im Dezember 2019 begonnen. Die Prüfung wurde im März 2020 fortgesetzt. Bisher liegen keine Prüfungsfeststellungen vor.

Aufgrund der komplexen Sachverhalte ist es auch künftig nicht auszuschließen, dass im Rahmen von Betriebsprüfungen unterschiedliche Auffassungen bestehen.



Produkt- und Umweltschutzrisiken

Durch einen externen Prüfer wurde 2015 eine umfassende Bewertung von Umweltrisiken nach Umweltschadensgesetz für Anlagen und Standorte der WEV mbH durchgeführt. Es handelt sich dabei um die dritte Fortschreibung, nachdem die letzte Prüfung im Jahr 2012 durchgeführt wurde.

In den Jahren 2016 bis 2019 erfolgten keine sachlichen Änderungen, sodass keine Aktualisierung notwendig wurde.

Die Risiken der Altdeponien wurden durch die Übertragung vom ZAW an die WEV von dieser übernommen und sind nicht weiter beeinflussbar. Das Risiko am Deponiestandort Groitzsch-Wischstauden wird nach Abschluss der Oberflächenabdichtung weiter reduziert. Bei den übrigen Risiken wurde eingeschätzt, dass die WEV ihnen ein ausreichendes Sicherungskonzept entgegensetzt.

Für Haftungsrisiken und Schadensfälle wurden Versicherungen fortgeführt, um die möglichen Folgen von im Unternehmen bleibenden Risiken in Grenzen zu halten bzw. sie ganz auszuschließen.

Ausfallrisiko MBA

Die verfahrenstechnische Gestaltung ermöglicht, bei Ausfall einzelner Anlagenelemente die Umsteuerung des Abfallstromes auf andere Behandlungslinien.

Für den Fall des kompletten Anlagenausfalls stehen der WEV ein beantragtes und genehmigtes Zwischenlager und Anlagen zur Abfallbehandlung im Rahmen der Mitgliedschaft im „Mitteldeutschen Ausfallverbund für Anlagen zur Abfallbehandlung“ und im „Ausfallverbund zur Abfallentsorgung des ASA e.V.“ zur Verfügung.

Durch verschiedene Maßnahmen gab es im Zeitraum 2005 bis 2019 keinen Anlagenausfall.

5.3 Chancenbericht

Aus den aufgeführten Risiken ergeben sich auch entsprechende Chancen für die WEV. Bei steigender Nachfrage am Markt könnten sich die Entsorgungsmengen und -preise erhöhen.

Als Chance wird die Verarbeitung neuer Abfallströme in der beabsichtigten Bioabfallvergärungsanlage gesehen. Die Vergärung von Bioabfall stellt eine Chance für die Wertschöpfung und einen Beitrag zum Klimaschutz dar.

Sollten sich zukünftig nachhaltig niedrigere Kostensteigerungsraten oder ein dauerhaft höheres Zinsniveau für Geldanlagen ergeben, können diese Parameteränderungen Chancen in der Rückstellungsentwicklung ergeben.

5.4 Prognosebericht

Im Lagebericht zum 31. Dezember 2018 wurde für das Geschäftsjahr 2019 ein Jahresergebnis von 2,1 Mio. € bei einem Umsatz in Höhe von 50,0 Mio. € prognostiziert.



Die geplanten Umsatzerlöse wurden mit 64,5 Mio. € um 14,5 Mio. € übertroffen. Das geplante Jahresergebnis wurde um 2,8 Mio. € verfehlt und beträgt -0,8 Mio. €. Dies ist im Wesentlichen auf die überplanmäßig gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Folge der deutlich höheren Zuführung zu den langfristigen Rückstellungen und auf die höheren Aufwendungen für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag zurückzuführen.

Je nach Preisentwicklung der Abfälle zur Verbrennung in Müllverbrennungsanlagen verändert sich die Wettbewerbsfähigkeit der MBA bei biologisch abbaubaren Abfällen. Weiter bestehen auf mittelfristige und langfristige Sicht erhebliche Prognoseunsicherheiten in Bezug auf die Mengen- und Preisentwicklung bei mineralischen Abfällen, bedingt auch durch mögliche Änderungen bei den gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen. Zinsen und Teuerungsraten sind, aufgrund der langen Betrachtungszeiträume, ebenfalls Faktoren mit Prognoseunsicherheit.

In der Branche gibt es für Abfälle, die MBA-geeignet sind, aktuell ausreichende Abfallbehandlungskapazitäten. Es wird weiterhin davon ausgegangen, dass sich die Abfallmengen auf bestehendem Niveau stabilisieren.

Die Geschäftsführung der WEV plant, trotz der aktuell schwierigen Rahmenbedingungen und bei einer konservativen Prognose des Abzinsungssatzes gemäß BilMoG, die dem Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2020 zugrunde gelegt wurden, ein Jahresergebnis von 4,1 Mio. € sowie einen Umsatz von ca. 52,3 Mio. €.



Erläuterung der Bilanz- und Leistungskennzahlen

Anlagenintensität	=	$\frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtvermögen}} \times 100 \%$
Änderung des Anlagevermögens	=	$\frac{\text{Anlagevermögen des Geschäftsjahres} - \text{Anlagevermögen des Vorjahres}}{\text{Anlagevermögen des Vorjahres}} \times 100 \%$
Eigenkapitalquote	=	$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100 \%$
Fremdkapitalquote	=	$\frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100 \%$
Liquidität 1. Grades	=	$\frac{\text{liquide Mittel}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}} \times 100 \%$
Liquidität 2. Grades	=	$\frac{\text{liquide Mittel} + \text{kurzfristige Forderungen} + \text{Vorräte}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}} \times 100 \%$
Working capital	=	Umlaufvermögen – kurzfristige Verbindlichkeiten
Personalaufwandsquote	=	$\frac{\text{Personalaufwand}}{\text{Gesamtleistung}} \times 100 \%$
Eigenkapitalrendite	=	$\frac{\text{Jahresergebnis (Gewinn/Verlust)}}{\text{Eigenkapital}} \times 100 \%$
Gesamtkapitalrentabilität	=	$\frac{\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100 \%$
Umsatzrentabilität	=	$\frac{\text{Gewinn} + \text{Zinsen für Fremdkapital}}{\text{Umsatz}} \times 100 \%$
Pro-Kopf-Umsatz	=	$\frac{\text{Umsatzerlöse}}{\text{Mitarbeiteranzahl}}$



Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2019	6
Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung (T€) per 31.12.2019	8
Tabelle 3: Bilanzdaten (T€) WEV per 31.12.2019	9
Tabelle 4: Bilanz- und Leistungskennzahlen WEV per Bilanzstichtag 2017– 2019	10
Tabelle 5: Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten	11
Tabelle 6: Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge (T€) 2017 bis 2019	13

Abkürzungsverzeichnis

DGW	-	Deponie Groitzsch-Wischstauden
DSH	-	Deponie Seehausen
GuV	-	Gewinn- und Verlustrechnung
KrWG	-	Kreislaufwirtschaftsgesetz
MBA	-	mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage
MVA	-	Müllverbrennungsanlage
SächsKrWBodSchG	-	Sächsisches Kreislaufwirtschafts- und Bodenschutzgesetz
T€	-	1.000 Euro
Tt	-	1.000 Tonnen
WEV	-	Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH
ZAW	-	Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
ZDC	-	Zentraldeponie Cröbern

Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Am Westufer 3
04463 Großpösna / OT Störmthal
Tel.: 034299 / 530
E-Mail: info@wev-sachsen.de
Webseite: www.wev-sachsen.de

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 24.06.1991

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens sind entsprechend § 2 des Gesellschaftsvertrages die Planung, der Bau und der Betrieb von Verwertungs- und Beseitigungsanlagen, vorrangig in der Region Westsachsen im Verbandsgebiet des ZAW. Hierzu gehört auch die Erfüllung aller sonstigen Aufgaben im Bereich der Abfallwirtschaft, sofern sie der Erfüllung des Unternehmensgegenstandes nach vorstehendem Satz 1 dienen.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	1.000.000€
----------------------	------------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Dipl.-Ing. Bernd Beyer

III BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen	510.000 €	51,0%
Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	490.000 €	49,0%

Beteiligungen

Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	490.000 €	49,0%
---	-----------	-------

Finanzbeziehungen

	12/2017	12/2018	12/2019
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) dargestellt.

Sparkasse und IT

Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Eilenburger Straße 1 a
04317 Leipzig
Tel.: 0351 86652100
E-Mail: post@kisa.it
Webseite: <http://www.kisa.it>

Rechtsform: KdöR

Gründungsdatum: 01.01.2004

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Die KISA stellt ihren Mitgliedern Datenverarbeitungsverfahren, Datenübertragungsnetze, Datenverarbeitungsleistungen und zugehörigen Service zur Erledigung und Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung, welche die Mitglieder ganz oder teilweise in freier Entscheidung nutzen können. Diese Leistungen kann die KISA auch für Nichtmitglieder erbringen.

Insbesondere sorgt die KISA für Wartung, Pflege und Weiterentwicklung beziehungsweise für Ersatz/Ablösung der bereitgestellten Verfahren sowie für einen möglichst integrierten Einsatz durch Bereitstellung entsprechender Schnittstellen. Sie unterstützt in allen Anwendungsverfahren und in allen Fragen, die mit ihrer Leistung im Zusammenhang stehen und führt Schulungen durch, wobei rechtliche Beratungen jedoch ausgeschlossen sind. Die KISA berät und unterstützt bei der Auswahl, Beschaffung und der Nutzung von Hard- und Software. Sie erwirbt Gebietslizenzen und schließt Rahmenverträge mit Dritten für Lieferungen und Leistungen. Auf dem Gebiet der technikunterstützten Informationsverarbeitung vertritt sie die Interessen der Verbandsmitglieder und achtet auf die Einhaltung der Datenschutz- und Datensicherheitsbestimmungen.

Stammkapital:

Gesamtstimmen	2.414 Stimmen
---------------	---------------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Andreas Bitter

Verbandsvorsitzender

Herr Ralf Rother

III BETEILIGUNGEN**Mitglieder**

Verbandsmitglieder	Anteil	Stimmen
verschiedene	98,76 %	2.384
Landkreis Leipzig	1,24 %	30

Beteiligungen

KDN - Kommunale DatenNetz GmbH	60.000 €	100,0%
KOMM24 GmbH	5.000 €	20,0%
Lecos GmbH	20.000 €	10,0%
ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT- Dienstleister e.G.	5.000 €	2,6%

Finanzbeziehungen

	12/2017	12/2018	12/2019
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	25.936,1 €	0,0 €	0,0 €
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs einschl. des Geschäftsergebnisses**Allgemeines**

Der Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) ist der kommunale IT-Dienstleister in Sachsen und stellt seinen Mitgliedern und Kunden Softwareanwendungen, Datenübertragungsnetze, Datenverarbeitungsleistungen und zugehörige Serviceleistungen zur Erledigung oder Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung, welche sie ganz oder teilweise in freier Entscheidung nutzen können. Darüber hinaus unterstützt KISA sowohl im kommunalen als auch im privaten Bereich die Auftragsverarbeitung und sind für integrierte IT-Lösungen im öffentlichen Sektor zuständig.

Die KISA ist ein Zweckverband mit 270 Mitgliedern und arbeitet auf der Grundlage des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit. Zum 31. Dezember 2019 waren bei KISA 115 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt (Jahresdurchschnitt 107). Neben den

Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)

270 Verbandsmitgliedern betreut KISA ca. 400 weitere Kunden, insbesondere Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen, kommunale Einrichtungen und sonstige Körperschaften des öffentlichen und privaten Rechts in Sachsen.

Zur Vereinfachung und Erledigung von Verwaltungsaufgaben der öffentlichen Hand bietet KISA Softwareanwendungen, IT-Dienstleistungen und IT-Komplettlösungen. Zentrale Datenhaltung und -sicherung sowie IT-Outsourcing ergänzen den Leistungsumfang. Ein weiteres großes Aufgabengebiet besteht in der umfassenden informationstechnischen und fachlichen Betreuung der Kunden. Dazu gehören unter anderem die Unterstützung beim Anwenden der Softwareanwendungen sowie ein Hotline-Service. Die Softwareanwendungen werden installiert und administriert. KISA führt dabei insbesondere die Wartung, Pflege und Weiterentwicklung der Software durch. Die Entwicklung von Softwareanwendungen erfolgte vor allem im Bereich des Finanzwesens gemeinsam mit der SASKIA GmbH und für Schnittstellen zum Dokumentmanagementsystem durch die Mitarbeiter der KISA.

Die Kunden der KISA nutzen zu einem großen Anteil die Vorteile eines Rechenzentrums, was eine effiziente, sichere und schnelle Bearbeitung der Daten bietet. Dazu bedienen wir uns der Lecos GmbH sowie der GISA GmbH.

Darüber hinaus bietet KISA umfangreiche Beratungsleistungen zu Hard- und Software sowie Informationssicherheit, Lizenzmanagement und Datensicherheit an. Durch Workshops und Schulungen unterstützt KISA seine Kunden und Mitglieder in ihrem Bestreben, stets auf dem neuesten Stand der EDV-Anwendung zu bleiben.

Die o.g. Dienstleistungen erbrachte KISA im Berichtsjahr im Wesentlichen in folgenden Geschäftsstellen:

<u>Ort</u>	<u>Mitarbeiter</u>
Leipzig, Eilenburger Straße 1 a	40
Dresden, Semperstraße 2	41
Chemnitz, Neefestraße 88	34

Gem. Beschluss der Verbandsversammlung erfolgte am 15. März 2019 der Umzug der Geschäftsstelle Limbach-Oberfrohna in die Geschäftsstelle Chemnitz.

Grundlagen der Wirtschaftsführung

Gemäß § 58 Abs. 2 SächsKomZG i. V. m. § 17 Abs. 2 der Verbandssatzung finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen des Zweckverbands unmittelbare Anwendung. Gemäß SächsEigBVO gelten darüber hinaus auch die Vorschriften der Gemeindeordnung sowie die sonstigen für Gemeinden maßgebenden Vorschriften.

Gemäß Abschnitt 4 der SächsEigBVO vom 10. Dezember 2018 sind für den Schluss eines jeden Wirtschaftsjahres ein aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang bestehender Jahresabschluss sowie ein Lagebericht aufzustellen. Dabei sind die Vorschriften des HGB sowie der SächsEigBVO zu beachten.

Der Wirtschaftsplan und die dazugehörige Haushaltssatzung der KISA für das Wirtschaftsjahr 2019 wurden am 21. September 2018 durch die Verbandsversammlung beschlossen. Die Genehmigung durch die Landesdirektion Sachsen (Rechtsaufsichtsbehörde) wurde am 12. November 2018 erteilt. Die Haushaltssatzung zum Wirtschaftsplan 2019 wurde am 6. Dezember 2018 im Sächsischen Amtsblatt Nr. 49/2018 veröffentlicht.

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die Branche der kommunalen Informations- und Kommunikationstechnik stellt in der Gesamtwirtschaft einen immer größeren Bestandteil dar. Mit der Herausforderung zur Umsetzung des Online-Zugang-Gesetzes (OZG) sowie des Digitalpakts Schulen steigt das Wachstum der kommunalen IT-Branche kontinuierlich. Geschäftsprozesse müssen analysiert und automatisiert bereitgestellt werden. Die Digitalisierung verändert Unternehmens- und Verwaltungskulturen, schafft Arbeitsplätze und etabliert neue Produkte. Damit wächst stetig der Markt für IT-Dienstleistungen. Im Zuge des OZG wird die elektronische Verarbeitung von Verwaltungsleistungen über vernetzte Portale verstärkt vorangetrieben. Mit der Gründung der Komm24 GmbH im Jahr 2019 wurde die Voraussetzung geschaffen, die relevanten Digitalisierungsaufgaben sachsenweit identifizieren zu können und sie gemeinsam mit den anderen kommunalen IT-Dienstleistern (SAKD, Lecos GmbH, Eigenbetrieb Dresden (eBit), der IuK-Abteilung der Stadt Chemnitz u.a.) strukturiert und standardisiert abzuarbeiten.

Auch das Inkrafttreten der EU-Datenschutzgrundverordnung zum 25. Mai 2018 sowie die Inkraftsetzung des Gesetzes für Informationssicherheit in Sachsen in 2019 hat die Wirtschaft und Verwaltung vor neue Herausforderungen gestellt. Die Informationssicherheit und der Datenschutz haben ab dem Jahr 2018 enorm an Bedeutung gewonnen. Im Jahr 2019 stand dabei die Optimierung der hierfür benötigten Prozesse und Unterlagen im Vordergrund.

Darüber hinaus ist die gesellschaftliche, technologische und demografische Entwicklung im Wandel. Die teilweise schwierige Haushaltslage und die Internationalisierung bzw. Europäisierung ist seit den vergangenen Jahren ständiger Begleiter des Verwaltungshandelns. Staatliche Aufgaben sollen effizient, bürgerfreundlich und in hoher Qualität erfüllt werden. Die Abläufe (Prozesse) müssen optimiert werden, die elektronische Verwaltungsarbeit (E-Akte, Langzeitspeicherung – und archivierung) muss eingeführt werden.

Mit der Einführung des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung im Freistaat Sachsen (SächsEGovG) vom 09. Juli 2014 wird die elektronisch öffentlich-rechtliche Verwaltungstätigkeit der Behörden des Freistaates Sachsen sowie der seiner Aufsicht unterliegenden Körperschaften geregelt. Diesen Anforderungen haben sich IT Unternehmen wie die KISA zu stellen, auf dem IT Gipfel des Bundes 2016 wurden dazu weitere Eckpunkte und Aufgaben für die Zukunft festgelegt. Im Vordergrund steht hierbei vor allem das nationale Bürgerkonto und somit der barrierefreie elektronische Zugang für die Bürgerinnen und Bürger zu ihrem jeweiligen Rathaus, Amt etc.

Aufgrund der gesetzlichen Regelung werden seitens KISA Beratungspakete bzw. Produkte mit folgenden Inhalten bereitgestellt:

- Internetauftritt, Barrierefreiheit und Formulare
- IT-Sicherheit
- Datenschutz
- Lizenzmanagement
- Technische Infrastruktur
- Ausstattung von Schulen
- Dokumentenmanagementsystem VIS sowie zukünftig ein Zentrales DMS (Rechenzentrumsbasiert)
- Internetauftritt CMS.KISA im Verknüpfung mit Sitzungsdienst, Ratsinformationssystem, Formularservices, E-Poststelle, Datenverschlüsselung und Datenübermittlung.

Geschäftsverlauf

Mit Ende des Geschäftsjahres 2017 konnte KISA die wirtschaftliche Konsolidierung des Verbandes erfolgreich abschließen. Durch eine stabile Haushaltslage in den Geschäftsjahren

2018 und 2019 konnte sich KISA somit auf den Ausbau der Servicekultur gegenüber den Kunden konzentrieren sowie den Aufbau neuer Geschäftsfelder im Rahmen der Digitalisierung der Verwaltungsaufgaben, der Beratungsleistungen im Datenschutz, der IT-Sicherheit und im Lizenzmanagement, dem regionalen Ausbau der Leistungserbringung mit dem Dokumentenmanagement VIS und der Erbringung der Dienstleistung im Hard- und Software-Bereich für Schulen generieren.

Aufgrund der stetigen Weiterentwicklung des Verbandes wurden 2019 die beiden Fachbereiche für Antragsmanagement (OZG-Umsetzung) und Schulen weiter aufgebaut und strukturell etabliert. Weiterhin wurde die Stellvertretungsfrage im Zweckverband für eine eventuelle Abwesenheit des Geschäftsführers abschließend geklärt.

Die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter wurden durch die Führungskräfte seit Anfang des Jahres berücksichtigt und gemeinsam mit den Mitarbeitern umgesetzt. Hier sollte in den Folgejahren noch eine verbesserte Akzeptanz der Notwendigkeit solcher Maßnahmen eintreten.

Die Aufstellung des Personalentwicklungskonzeptes erfolgte zum 30. Juni 2019.

Der Zweckverband hielt mit Stichtag 31. Dezember 2019 insgesamt 270 Verbandmitglieder. Aufgrund der Stabilisierung der Liquidität und der positiven Entwicklung des Verbandes haben 2019 ein Verbandsmitglied seinen Wunsch auf Austritt aus dem Verband zurückgezogen und fünf Verbandsmitglieder wurden durch die Verbandsversammlung neu aufgenommen.

Für 2020 haben weitere 7 Landkreis- bzw. Kommunalverwaltungen ihren Beitritt zum Zweckverband annonciert.

Im dritten Quartal 2019 fanden mehrere KISA Regionalforen statt. Themenschwerpunkte waren dabei:

- das OZG-Antragsmanagement
- die IT-Sicherheit und Datenschutz
- der Digitalpakt Schule
- das Migrationsprojekt Veranlagung
- die Strategie im für das Fachverfahren Finanzwesen und
- das Personalfachverfahren Loga All-in.

Im Jahr 2018 wurde der Service Desk vor dem Hintergrund immer komplexer werdender Anfragen – insbesondere im Finanzwesen und der daraus resultierenden Überlastung von den Kunden kritisch hinterfragt. Daher wurde beginnend mit dem 1. Halbjahr 2019 die komplette Überarbeitung des Service Desk begonnen, ergänzt um die Prüfung der Erweiterung der Telefon-Anlage wie auch des Ticketsystems mit einem systembasierten Handling der eingehenden Anrufe. Die Ist-Prozesse zum Notfallmanagement, Changemanagement, Incidentmanagement und Service-Request-Management wurde aufgenommen und analysiert. Im Jahr 2020 erfolgt der Abgleich mit den jeweiligen Soll-Prozessen und der Beginn der konkreten Umsetzung. Die Umsetzung soll bis spätestens 2021 abgeschlossen sein. Zum Ende des Jahres 2019 wurde u.a. die Grundlage für die Ergänzung um fachspezifische Wikis zu den einzelnen Fachverfahren durch die hierfür erforderliche Einführung der betreffenden Software geschaffen.

Folgende neue Produkte und Dienstleistungen wurden in das Produktportfolio von KISA aufgenommen:

- Schulverwaltungssoftware
- MDM für Schulen
- KIVAN.

Mit dem Inkrafttreten der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) zum 25. Mai 2018 wurden umfangreiche Änderungen im Datenschutzmanagement und in der Dokumentationspflicht bindend. KISA tritt dabei in einer Doppelrolle als Verantwortlicher und Auftragsverarbeiter (Auftragnehmer der Verwaltungen) auf. Nachdem 2018 ein Maßnahmenkatalog sowie ein Leistungsangebot für die Kunden erarbeitet wurde, erfolgte im Jahr 2019 der Beginn der Umsetzung. Außerdem nahmen viele kleine und mittlere Kommunen die Beratungs- und Unterstützungsleistungen zur Etablierung eines Datenschutzmanagementsystems (DSMS) verstärkt an, da die gesetzlichen Anforderungen mit eigenen personellen Ressourcen nicht zu bewältigen waren.

Ebenfalls erfolgte im Zuge der Verabschiedung des neuen Gesetzes zur Informationssicherheit der Ausbau der bereits vorhandenen Dienstleistungen, insbesondere um ein Kombinationspaket zwischen IT-Sicherheit und Datenschutz, um Synergieeffekte nutzen zu können.

Mit dem Dokumentenmanagementsystem VIS konnte KISA ein erfolgreiches Produkt am Markt platzieren und betreut derzeit 49 Kunden. Weiterhin gelang die regionale Ausbreitung auf Thüringen. Auch die Einführung des Content Managementsystems CMS.KISA wurde weiterhin fortgesetzt.

Um die Digitalisierung der kommunalen Verwaltungsleistung im Freistaat Sachsen zu beschleunigen, wurden seit 2017 Überlegungen zur Gründung eines kommunalen IT-Dienstleisters unter Beteiligung der KISA, der Lecos GmbH, der Landeshauptstadt Dresden – und hier der Eigenbetrieb IT -, der Stadt Chemnitz und ihrer IuK-Abteilung sowie der SAKD angestellt. Die Gründung der Komm24 GmbH erfolgte Mitte 2019. Die Eintragung im Handelsregister fand am 10. Juli 2019 statt.

Zwischen den Programmmanagern, Beratern und Entwicklern erfolgte unter dem Dach der Komm24 GmbH die Etablierung eines vernetzten agilen Arbeitens im Rahmen der Projektumsetzung für die einzelnen digitalen Antragsassistenten. Im Jahr 2019 erfolgte die Produktivsetzung mehrerer Anträge, so z.Bsp. der, die Gästetaxe, der Gewerbeantrag, der Feuerwehrverdienstausfall und die Anmeldung zur Hundesteuer. Diese Antragsassistenten befinden sich in Q1/2020 in der Pilotierung, d.h. im Rollout für die Pilotkommunen. Ebenfalls fertiggestellt wurde der Pilot für den Online-Wohngeldantrag.

Das Migrationsprojekt zur Veranlagung im Finanzwesen wurde im Jahr 2019 vorerst und in Abstimmung mit den Kunden und den Gremien des Zweckverbands gestoppt. Grund hierfür waren die umfangreichen Entwicklungsarbeiten für die Migrationswerkzeuge, welche durch Zeit- und Personalmangel nur unzureichend getestet werden konnten. Durch die Migrationspause in 2019 wurde die frei gewordene Zeit effektiv und effizient für die Entwicklung der erforderlichen Migrationswerkzeuge und für die Optimierung des Projektplanes genutzt. Mit dem Jahr 2020 erfolgt die Wiederaufnahme des Migrationsprojektes.

Um den Bereich Finanzwesen auch für neue Kunden attraktiv zu gestalten, erfolgte die Entscheidung zu einem zweiten, parallelen Finanzverfahren. Nach Auswertung der Markterkundung erfolgte der Start der Ausschreibung Ende Juli 2019. Aktuell befindet sich der Zweckverband in der Verhandlungsphase. Mit einem Ergebnis ist im Jahr 2020 zu rechnen.

Auch für das Nachfolgeprodukt für PC-Wahl fand 2019 eine Markterkundung statt. Mit einem Ergebnis wird ebenfalls in 2020 gerechnet.

Die Einführung der Fachanwendung LOGA All-In und der damit verbundenen Migrationsleistungen wurde im Jahr 2019 begonnen. Der Produktivbetrieb ist für 2020 vorgesehen.

Im Fachbereich Schulen wurden vor dem Hintergrund des Digitalpakts die begonnene Arbeiten von 2018 weiter ausgebaut und fortgesetzt. Insgesamt gingen 40 Aufträge von 120 Angeboten ein. Dies entspricht einem Umsatzvolumen von 120 T€. Ein Großteil der Aufträge beinhalten Beratungsleistungen im Zusammenhang zum Medienbildungskonzept und zur IST-Analyse im

Rahmen einer Schulbegehung. Der Kauf von IT-Technik wurde im Jahr 2019 bisher nur zögerlich angenommen, Ursache dafür sind die häufig noch fehlenden Medienbildungskonzepte in den Schulen. KISA unterstützt die Schulen bei der Erarbeitung dieser Konzepte, so dass die Beschaffungsaufträge, die ursprünglich für 2019 vermutet worden waren, sich zeitlich auf 2020 verschieben werden. Aufträge für IT-Outsourcing in Schulen liegen keine neuen vor.

Im Personenstandswesen konnte die Produktivsetzung der elektronischen Sammelakte im 2. Halbjahr 2019 erfolgreich abgeschlossen werden. Ab dem 01.01.2020 wird sie allen sächsischen Kommunen zur Verfügung stehen.

Die EU-/Kommunalwahl und die Wahl des Sächsischen Landtages wurden jeweils erfolgreich vorbereitet und betreut.

Das Verwaltungsgericht Chemnitz hat mit Urteil vom 15. Juni 2016 gegen die Umlagebescheide 2015 gerichteten Klagen von 16 Städten, Gemeinden und Landkreisen in erster Instanz stattgegeben und die Umlagebescheide 2015 für rechtswidrig erklärt. Dem durch die betreuende Anwaltskanzlei gestellten Antrag auf Zulassung der Berufung gegen die erstinstanzlichen Urteile des Verwaltungsgerichtes Chemnitz wurde mit Beschlüssen vom 30. November 2018 des Sächsischen Obergerichtes Leipzig stattgegeben. Die Einreichung der Schriftsätze zur Berufung erfolgte am 21. Februar 2019. Mit Urteilen vom 30. März und 31. März 2020 wurde die Berufungen mittlerweile abgelehnt. Das Recht des Verbandes, Umlagen zu erheben, wurde jedoch ausdrücklich bestätigt.

Investitionen 2019

	Plan 2019 T€	Ist 2019 T€
Outsourcing LK Leipzig	300,00	366,60
Outsourcing Dahlen	8,00	7,60
Outsourcing Groitzsch	22,30	16,30
Outsourcing Niesky	0,00	10,60
Outsourcing Reichenbach	22,80	14,30
Outsourcing Limbach-Oberfrohna	27,00	66,20
Outsourcing Zwenkau	26,00	37,90
Outsourcing Leisnig	1,50	22,90
Outsourcing Borsdorf	3,30	5,50
Outsourcing Radeburg	1,10	-
Outsourcing Großpösna	0,60	0,20
Outsourcing Böhlen	49,24	23,10
Outsourcing Kabelsketal	27,80	8,80
Outsourcing Crimmitschau	88,00	93,30
Outsourcing Neukunde	50,00	14,20
Summe IT-Outsourcing	627,64	687,50
Systemtechnik KISA intern	158,00	85,90
Geschäftsstellen KISA	76,00	213,10
Geschäftsführung	7,00	4,40
KIN-S	13,50	0,40
ReportPortal	7,00	8,70
Marketing und Vertrieb	0,00	0,30
Service Desk	150,00	-
Schulen	1.678,87	12,80
Beteiligung Komm24 GmbH	0,00	25,00
Sonstiges und neue Projekte	15,09	30,60
Summe Sonstiges	2.105,46	381,20

Gesamt		
	2.733,10	1.068,70
	übrige Investmittel	1.664,40

Im Vergleich der geplanten und durchgeführten Investitionen 2019 wird festgestellt, dass neben den geplanten Investitionen auch Investitionen, welche aus zeitlichen und organisatorischen Gründen im Jahr 2018 nicht komplett umgesetzt werden konnten, getätigt wurden. Die Finanzierung der Investitionen erfolgte aus Mitteln des Rest Investitionskredites 2018 (357 T€) und dem 2019 aufgenommenen Kredit (850 T€).

Insgesamt liegt das Investitionsaufkommen 1.664 T€ unter dem Planwert. Davon werden in das Jahr 2020 nur 360 T€ übertragen, 1.304 T€ werden nicht mehr benötigt. Dies liegt zum größten Teil an der Entwicklung der IT-Technik im Bereich Schulen. Die Auftragslage sieht hier eher den Technikverkauf vor und keine Investitionen seitens KISA. Diese Entwicklung war zum Zeitpunkt der Planung 2019 noch nicht abzusehen.

Umsätze der einzelnen Betriebszweige

Bereiche	Erlöse 2019 T€	Erlöse 2018 T€	Abweichungen T€	
Finanzwesen	4.219	4.232	- 13	0%
Bürgerservice und Personalwesen	7.756	7.856	- 100	-1%
IT-Service	2.196	2.147	49	2%
Organisationsberatung	1.857	130	1.727	1328%
Kurier / Verwaltung / Warenkorb	674	389	285	73%
Sonstiges	36	133	- 97	-73%
Summe	16.738	14.887	1.851	12,4%

Im Vergleich zum Vorjahr erhöht sich der Umsatz um 1.851 T€. Der Mehrumsatz ist begründet in einmaligen Umsätzen für die Wahlen 2019 (974 T€), sowie in der Erweiterung der Leistungen und Erhöhung der Kunden im Antragsmanagement (305 T€), Datenschutz (147 T€) und Dokumentenmanagementsystem VIS (88 T€). Weiterhin lagen die Materialverkäufe 397 T€ über den Ergebnissen von 2018. Grund hierfür sind erhöhte Verkäufe von IT-Technik für Schulen und Lizenzen für VIS.

Im Wirtschaftsplan 2019 wurde ein Umsatz von 18.062 T€ geplant. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Hauptursache sind die fehlenden Umsätze für Outsourcing von IT-Technik in Schulen und die Minderumsätze im Antragsmanagement. In den anderen Produkten wurden alle Planziele inkl. der Vertriebsziele größtenteils erreicht. Dies gilt es auch 2020 fortzusetzen.

Personalentwicklung

	Stand 31.12.2018	Zugang 2019	Abgang 2019	Stand 31.12.2019
Vollzeit-Mitarbeiter	76	21	5	92
Teilzeit-Mitarbeiter	16	2	0	18
Geringfügig Beschäftigte	3	0	3	0

Altersteilzeit Arbeitsphase	0	1	0	1
Altersteilzeit Freizeitphase	0	0	0	0
Auszubildende	3	2	1	4
BA-Studenten	0	0	0	0
Gesamt	98	26	9	115

Im Vergleich zum Vorjahr konnte der Personalbestand im Jahr 2019 ausgebaut werden. Personalzugänge erfolgten insbesondere für das Antragsmanagement, für IT-Service, für den digitalen Service und für die Anwendungsberatung. Personalabgänge sind in Kündigungen durch den Arbeitnehmer, im Auslaufen von befristeten Verträgen und in der Nichtübernahme nach Beendigung der Probezeit begründet.

Personalaufwendungen

	2019 T€	2018 T€	Abweichung T€	
Gehälter / Brutto	5.253	4.591	662	14%
Aufstockungszulage ATZ	79	-	79	-
Beitrag Unfallversicherung (BG)	24	22	2	9%
Gesetzlicher Sozialaufwand	974	856	118	14%
Zusatzversorgung	191	164	27	16%
Aufwendungen Altersvorsorge	327	53	274	517%
Summe	6.848	5.686	1.162	20%

Die Personalaufwandsquote lag im Berichtsjahr bei 41 % der Umsatzerlöse (Vorjahr 38 %). Aufgrund der teilweisen Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Planstellen mit adäquaten Fachpersonal blieben die Personalaufwendungen unter dem Planwert.

Geschäftsergebnis

Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung entstand zum Jahresende ein positives Ergebnis von 584 T€ (Vorjahr 558 T€). Im Wirtschaftsjahr 2019 erfolgte, bereits wie im Vorjahr 2018, keine Erhebung von Umlagen.

Ursachen für das positive Ergebnis waren insbesondere:

- Fortführung der Umsetzung kostendeckender Preise
- Realisierung der Vertriebsziele in fast allen Produkten
- geringere Personalaufwendungen aufgrund nicht besetzter Stellen
- Ausnutzung aller vertretbaren Einsparmöglichkeiten
- geringere Abschreibungen aufgrund zeitlicher Verschiebung und nicht notwendiger Investitionen

Zur Verbesserung der Ertragssituation hat KISA beginnend im Jahr 2014, die Produkt- und Dienstleistungspreise kontinuierlich und orientiert an der Kostenentwicklung der kommunalen IT-Branche auf ein kostendeckendes Niveau angehoben und künftige Steigerungen bei den Material- und Personalaufwendungen bei der Kalkulation berücksichtigt. Weiterhin wurde im

Jahr 2017 der Kontakt zu unseren Kunden durch unsere regionalen Kundenbetreuer verstärkt aufgenommen und im Jahr 2018 und 2019 weiter ausgebaut. Die Erweiterung unserer Angebote, insbesondere im Datenschutz, Antragsmanagement und IT-Technik Schulen, sowie die regionale Erweiterung auf Thüringen mit dem Leistungsangebot Dokumentenmanagementsystem VIS, wirken sich ebenfalls auf die positive Entwicklung aus, welche sich in 2020 weiter fortsetzen wird.

II. Darstellung der Lage

Ertrags-, Kapital- und Vermögenslage

Ertragslage

	2019 T€	2018 T€	Veränderung T€		Plan T€	2019 Abweichg. T€
Umsatzerlöse	16.738	14.887	1.851	12%	18.062	-1.324
Bestandsveränderungen	-	-70	70	-100%	-	-
Sonst.betriebl.Erträge	176	317	-141	-44%	50	126
Gesamtleistungen	16.914	15.134	1.780	12%	18.112	-1.198
Materialaufwand	7.280	6.339	941	15%	7.711	-41
Personalaufwand	6.848	5.686	1.162	20%	7.714	-866
Abschreibungen	605	594	11	2%	905	-300
Sonst.betriebl.Aufwand	1.150	907	243	27%	1.579	-429
Betriebsergebnis	1.031	1.608	-577	-36%	203	828
Zinserträge	1	-	1	-	-	1
Zinsaufwand	386	992	-606	-61%	82	304
Finanzergebnis	-385	-992	607	-61%	-82	-303
Steuern	62	58	4	7%	6	56
Jahresergebnis	584	558	26	5%	115	469

Bezüglich der Erläuterung der Veränderung in den Umsatzerlösen wird auf die Ausführungen unter dem Punkt „Geschäftsverlauf“ verwiesen.

Der Rückgang in den Sonstigen betrieblichen Erträge im Vergleich zum Ist 2018 ist hauptsächlich in den niedrigeren Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen begründet. Die Erhöhung im Vergleich zum Plan liegt an ungeplanten Erträgen aus der Auflösungen von Rückstellungen.

Der Materialaufwand ist im Vergleich zum Jahr 2019 gestiegen. Hauptgrund sind erhöhte Aufwendungen im Zusammenhang mit den Wahlen 2019. Die Materialaufwandsquote beträgt 44 % (Vorjahr 43 %).

Im Vergleich zum Plan ist der Materialaufwand geringer. Ein Grund hierfür ist, dass die geplanten Preiserhöhungen unserer Lieferanten nicht vollständig eingetreten sind und die geplanten Puffer für die Leasingaufwendungen nicht benötigt wurden. Weiterhin wurden die geplanten Aufwendungen im Antragsmanagement und für Outsourcing IT-Technik in Schulen nicht benötigt.

Der Personalaufwand fiel im Vergleich zum Vorjahr um 1.162 T€ (+20 %) höher aus. Neben einem Anstieg der durchschnittlich beschäftigten Mitarbeiter wirkten Tarifsteigerungen aufwandssteigernd. Die Personalaufwandsquote beträgt 41 % (Vorjahr 38 %).

Gegenüber dem Plan fiel der Personalaufwand geringer aus. Grund ist, dass nicht alle geplanten Stellen zu 100% besetzt waren. Weiterhin fielen aufgrund Langzeiterkrankungen geringere Personalaufwendungen an.

Die Abschreibungen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig um 11 T€. Im Vergleich zum Plan fielen die Abschreibungen geringer aus. Grund hierfür sind die zeitlichen Verschiebungen und die Änderungen der Auftragslage und den damit folgenden nicht mehr erforderlichen Investitionen.

Der sonstige betriebliche Aufwand nahmen im Vergleich zum Vorjahr um 243 T€ zu. Dies ist hauptsächlich in höheren Aufwendungen für Rechts- und Beratungskosten, in einmaligen Aufwendungen für den Umzug der Geschäftsstelle von Limbach-Oberfrohna nach Chemnitz und in erhöhten Aufwendungen für die Personalgewinnung begründet.

Insgesamt liegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen unter der Planung 2019. Dies ist mit nicht erfolgten Preisanpassungen der Lieferanten und weiterhin strikten Einsparungen zu erklären.

Weiterhin wurden nicht alle geplanten Mittel für Fortbildungen verbraucht. Weiterhin wurden die geplanten Rechts- und Beratungsaufwendungen nur teilweise benötigt.

Der Rückgang des Zinsaufwandes resultiert aus der erhöhten Zuführung zur Rückstellung für Zinszahlungen im Jahr 2018 im Zusammenhang mit dem anhängigen Berufungsverfahren bezüglich der Umlagebescheide 2015.

Insgesamt ist das Ergebnis besser, als bei der Erstellung des Wirtschaftsplanes erwartet. Es konnten nahezu alle Vertriebsziele erreicht werden. Parallel dazu wurden weiterhin alle möglichen Einsparungen realisiert. Trotz dem Einsparungsgedanken sollten in den nächsten Jahren aber insbesondere die Mittel für Fortbildungsmaßnahmen sinnvoll und vollständig eingesetzt werden. Es bleibt weiterhin die Hauptaufgabe des Zweckverbands, die IT-Strategie unter kostendeckenden Preisen fortzuentwickeln und den technischen Fortschritt, die Weiterentwicklung der IT in den Kommunen mit zu gestalten sowie die Kunden von den Einsparungsmöglichkeiten durch die konsequente Nutzung moderner IT-Systeme zu überzeugen. Die Erkennung des Bedarfs in den Kommunen und dessen vollständige Deckung müssen im Fokus der nächsten Jahre liegen.

Vermögensstruktur

	2019 T€	2018 T€	Veränderungen T€	
Immaterielle Vermögensgegenstände	130	142	-12	-8%
Sachanlagen	1.464	1.020	444	44%
Finanzanlagen	252	227	25	11%
Anlagevermögen	1.846	1.389	457	33%

Vorräte	38	7	31	443%
Forderungen	2.174	1.067	1.107	104%
liquide Mittel	5.357	5.286	71	1%
Umlaufvermögen	7.569	6.360	1.209	19%
Rechnungsabgrenzungsposten	11	18	-7	-39%
Bilanzsumme	9.426	7.767	1.659	21%

Die Zugänge im Anlagevermögen betrugen 2019 1.069 T€ Dem stehen Abschreibungen in Höhe von 605 T€ entgegen. Die Anlagenintensität beträgt 20 % (Vorjahr 18 %).

Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr vor allem durch die Erhöhung der Forderungen aus der laufenden Geschäftstätigkeit erhöht. Hierzu zählen insbesondere Forderungen aufgrund erstmalig einmalig erbrachter Leistungen für das Dokumentenmanagementsystem und dem Antragsmanagement für Neukunden.

Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Vorjahr wesentlich erhöht. Hauptursache hierfür ist der höhere Bestand des Sachanlagevermögens und der Forderungen.

Kapitalstruktur

	2019 T€	2018 T€	Veränderungen T€	
Eigenkapital	2.051	1.467	584	40%
Rückstellungen	3.839	3.215	624	19%
Darlehensverbindlichkeiten	2.092	1.996	96	5%
sonstige Verbindlichkeiten	1.444	1.089	355	33%
Verbindlichkeiten	3.536	3.085	451	15%
Bilanzsumme	9.426	7.767	1.659	21%

Die Eigenkapitalquote beträgt zum 31. Dezember 2019 22% (Vorjahr 19%) und die Fremdkapitalquote 78% (Vorjahr 81%). Damit konnte die Eigenkapitalquote im Vergleich zum Vorjahr um 3 Prozentpunkte erhöht werden.

Die Erhöhung der Rückstellungen resultiert hauptsächlich aus der notwendigen Erhöhung der Pensionsrückstellung und der Erhöhung der sonstigen Rückstellungen, u. a. für Nachlizensierungen und Zinsen.

Der im Jahr 2015 aufgenommene Investitionskredit wurde mit 221 T€, der Investitionskredit von 2016 mit 110 T€, der Investitionskredit von 2017 mit 185 T€ und der Investitionskredit von 2018 mit 238 T€ jeweils planmäßig getilgt. 2019 wurde ein neuer Investitionskredit in Höhe von 850 T€ aufgenommen. Die Beschlussfassung zur Aufnahme erfolgte durch die Versammlung im September 2019.

Der Anstieg der sonstigen (kurzfristigen) Verbindlichkeiten begründet sich hauptsächlich aus erhöhten Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zum Bilanzstichtag, insbesondere für Leistungen im Dokumentenmanagementsystem, sowie aus erhöhten Umsatzsteuerverbindlichkeiten.

Cash-Flow-Rechnung

	Kapitalflussrechnung	2019 T€	2018 T€	Veränderung
+ / -	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	584	558	26
+	Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	605	594	11
+ / -	Zunahme/Abnahme Rückstellungen	624	1.049	-425
- / +	Gewinn / Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-7	1	-8
	Zunahme / Abnahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und			
- / +	Leistungen sowie anderer Aktiva	-1.131	28	-1.159
	Zunahme / Abnahme Verbindlichkeiten aus Lieferungen und			
+ / -	Leistungen sowie anderer Passiva	355	-159	514
=	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der lauf.Geschäftstätigkeit	1.030	2.071	-1.041
+	Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagenvermögens	14	1	13
-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagenvermögen	-981	-527	-454
-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-63	-116	53
-	Auszahl. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-25	-	-25
=	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-1.055	-642	-413
+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten	850	1.000	-150
-	Auszahlungen aus der Tilgung von Investitionskrediten	-754	-859	105
=	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	96	141	-45
=	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	71	1.570	-1.499
+	Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	5.286	3.716	1.570
=	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	5.357	5.286	71

Die Liquidität konnte im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr leicht verbessert werden. Die Zahlungsfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt gewährleistet.

Beteiligungen

KISA hält drei Beteiligungen, 100 % an der KDN GmbH, 20% an der Komm24 GmbH und 10 % an der Lecos GmbH. Das Stammkapital der KDN GmbH beträgt 60 T€, das Stammkapital der Lecos GmbH 200 T€ und das Stammkapital der Komm24 GmbH 25 T€. Weiterhin bestehen Genossenschaftsanteile in Höhe von 5 T€ an der Firma ProVitako e. V. Es erfolgten in 2019 keine Ausschüttungen. Die Beteiligungen entwickelten sich im Rahmen der Erwartungen. Die Lecos GmbH schloss das Jahr 2018 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 48 T€, die KDN GmbH mit 0 T€ und die ProVitako e. G. mit einem Jahresüberschuss von 133 T€ ab. Die

Komm24 GmbH wurde im Jahr 2019 gegründet. Die jeweiligen Jahresabschlüsse von 2019 liegen noch nicht vor.

III. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Chancen- und Risikobericht

Für unseren Verband ergeben sich folgende Risiken und Chancen.

Risiken können sich insbesondere ergeben aus:

- der sinkenden Bevölkerung und dadurch weiter schrumpfenden Kommunen und Landkreisen bzw. Wegfall von Mitgliedern durch Eingemeindungen;
- der fehlenden oder nur eingeschränkten Akzeptanz der notwendigen Erhöhung der Preise für unsere Dienstleistungen bei unseren Kunden und Mitgliedern;
- Schwierigkeiten bei der Findung von qualifiziertem Personal
- erhöhte Anforderungen an den Datenschutz sowie die weltweit steigende Computerkriminalität;
- der starken Marktposition unserer Lieferanten und der damit verbundenen schwierigen Lage für künftige Preisverhandlungen.
- Stillstand aufgrund zu hoher Einsparungen, insbesondere im Bereich der Fortbildung
- Folgen aus dem laufenden Berufungsverfahren und dem Normenkontrollverfahren
- noch nicht absehbare Folgen aus der Corona-Krise

Chancen haben wir in der Zukunft durch:

- hoch motivierte, gut ausgebildete Mitarbeiter;
- gute Marktstellung mit hohem Bekanntheitsgrad;
- die wachsende Bedeutung der EDV in allen Geschäftsbereichen und Lebenslagen;
- unser Produktportfolio, sowie eine umfassende EDV-Betreuung gerade kleiner und mittlerer Kommunen ermöglicht; IT-Services, zugeschnitten auf die Bedürfnisse öffentliche Auftraggeber
- den Ausbau der Serviceleistungen im Bereich neuer digitaler Services
- den Aufbau und Einrichtung eines zentralen Dokumentenmanagementsystems für die Kunden mit einer zukünftigen Anbindung an ein eArchiv in Sachsen
- die Nachfrage nach Kommunalen Cloud-Diensten
- Beratungen und Unterstützungen in der IT-Sicherheit und im Datenschutz sowie im Lizenzmanagement
- den Ausbau der Leistung im Bereich Schulen
- die Neukundengewinnung in Thüringen
- evtl. Ausbau der Leistungen im Finanzwesen durch ein zweites, parallel betriebenes Finanzverfahren
- die Etablierung des Online-Zugangs-Gesetzes des Bundes und der Länder
- das Anbieten eines fortschrittlichen und komfortablen CMS

Die Leistungen der KISA verbinden eine umfassende Analyse der Ist-Situation mit Beratung sowie bedarfsgerechter Planung und Realisierung aller anstehenden Themen. Dabei wird sich die Geschäftstätigkeit unverändert im Wesentlichen auf die Bereitstellung von EDV-Dienstleistungen und Programmen für den kommunalen Bereich in Sachsen konzentrieren. Wesentliche Investitionen über die normale Fortentwicklung der bestehenden Anwendungen hinaus sind dafür in absehbarer Zeit nicht erforderlich oder geplant. Eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit in andere Bereiche, wie z. B. die Eigenentwicklung von Programmen oder der Betrieb eines eigenen Rechenzentrums ist nicht vorgesehen. Dem gegenübersteht selbstverständlich der Ausbau der definierten Wachstumsfelder, zu welchen u. a. das IT-Outsourcing, das CMS, das Dokumentenmanagementsystem und die Beratungen im Zusammenhang mit IT-Sicher-

heit, Datenschutz und Lizenzmanagement sowie der technischen Ausstattung in Schulen zählen.

Die Entwicklung des Verbandes wird in der Zukunft ganz wesentlich davon abhängen, dass unsere Mitglieder und Kunden bereit sind, kostendeckende und marktgerechte Preise für die Dienstleistungen zu zahlen. Vor diesem Hintergrund müssen wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ständig fortbilden, damit eine den Anforderungen des Marktes entsprechende Servicequalität gewährleistet wird.

Prognosebericht

In der Zukunft muss die Ertragskraft der KISA weiterhin stabil gehalten werden, um eine nachhaltigen Geschäftsentwicklung beizubehalten.

Folgende konkrete inhaltliche Maßnahmen zur weiteren Stabilisierung der Ertragslage werden ab dem Jahr 2020 sein:

- Durchführung eines Kundenforums am 26. Februar 2020
- Planung und Durchführung von Fachveranstaltungen und Anwenderschulungen
- Umstrukturierung des Service Desk
- Fortführung der Migration vom KM-V auf die IFR-Veranlagung
- Ausbau der Nutzung von Zusatzmodulen und Fachschalen für das Finanzverfahren IFR-Sachsen.Ki-Sa, für das Einwohnermeldewesen MESO, für das Personalwesen und für das Dokumentmanagementsystem VIS
- Ausbau und Entwicklungen von Schnittstellen für die Fachanwendungen zum VIS
- Entwicklung, Ausbau und Fortführung der Beratungsleistungen für IT-Sicherheit, Datenschutz und Lizenzmanagement
- Ausbau der Leistungen im Antragsmanagements in Verbindung mit den bestehenden Fachverfahren
- Entwicklung von standardisierten Dienstleistungen durch Beratung und Hardware-Rollout für die Schulträger in Sachsen
- Erstellung eines detaillierten Fortbildungskonzepts
- Entscheidung und evtl. Einführung einer neuen Wahlsoftware
- Entscheidung und evtl. Einführung eines zweiten Finanzverfahrens.

Neben den genannten Maßnahmen wird die KISA weiterhin, als präferierter Partner für alle Fragen rund um die Entwicklung der kommunalen IT und der digitalen Verwaltung sowohl dem Land als auch seinen Mitgliedern vollumfänglich zur Verfügung zu stehen.

Das Controlling und die entwickelte IT-Strategie werden in den Folgejahren weiterentwickelt und ausgebaut.

Für das Jahr 2020 wurde die Haushaltssatzung mit Wirtschaftsplan mit Bescheid vom 11. November 2019 durch die Landesdirektion Sachsen genehmigt.

Die Haushaltssatzung sieht einen Jahresüberschuss von 108 T€, keine Erhebung von Umlagen, keine Aufnahme von Kassenkrediten und einen Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen in Höhe von 1.784 T€ vor. Der Endbestand der liquiden Mittel zum 31. Dezember 2020 wurde mit 5.371 T€ prognostiziert. Der Zweckverband ist ganzjährig mit ausreichend Liquidität ausgestattet.

Die Umsätze 2020 werden sich plangemäß erhöhen. Die Erhöhung entspricht im Vergleich zum IST 2019 +24% und ist hauptsächlich durch höhere Umsätze für Materialverkäufe für die IT von Schulen, zusätzliche Dienstleistungen im Rahmen der Migration der Veranlagung, für die Umsetzung von Projekten des eGovernmentgesetzes und für Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung begründet. Auf der anderen Seite erhöhen sich dadurch ebenfalls deutlich die Materialaufwendungen, insbesondere

für den Einkauf von Material für die IT von Schulen. Bei der Entwicklung der Personalaufwendungen wird durch geplanten Mitarbeiteraufbau und erwartete Tarifsteigerungen ebenfalls eine deutliche Steigerung erwartet.

Aktuell liegen noch keine Angaben vor, dass die Planwerte nicht erreicht oder wesentlich überschritten werden. Eventuelle Auswirkungen auf das Ergebnis 2020 aufgrund der aktuellen Corona-Krise sind derzeit noch nicht abschätzbar, werden aber im Zusammenhang mit der monatlichen Auswertung detailliert betrachtet und bewertet werden.

Leipzig, am 9. April 2020

Ralf Rother

Verbandsvorsitzender

Andreas Bitter

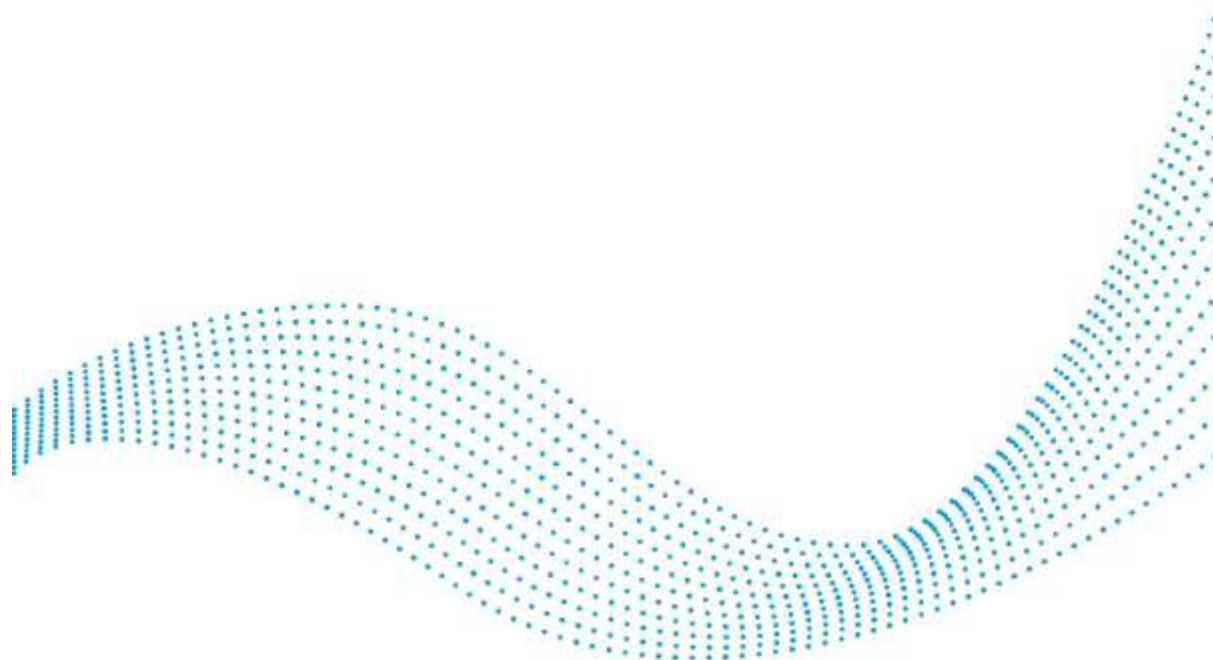
Geschäftsführer



Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen · KISA

BETEILIGUNGSBERICHT

für das Berichtsjahr 2019



Dokument:	Beteiligungsbericht 2019
Version:	1.0
Letzte Änderung:	2019-05-15
Bearbeiter:	Nadine Ulrich

Abkürzungsverzeichnis

EK	Eigenkapital
FB	Fehlbetrag
HRB	Handelsregisterblatt
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten

Inhaltsverzeichnis

1	Vorwort.....	4
2	Gesamtüberblick über die Beteiligungen der KISA	5
3	Die Unternehmen im Einzelnen	6
3.1	KDN GmbH (Kommunale Datennetz GmbH).....	6
3.1.1	Beteiligungsübersicht	6
3.1.2	Finanzbeziehungen	6
3.1.3	Organe	7
3.1.4	Sonstige Angaben	7
3.1.5	Bilanz- und Leistungskennzahlen.....	7
3.1.6	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019	9
3.2	Lecos GmbH	13
3.2.1	Beteiligungsübersicht	13
3.2.2	Finanzbeziehungen	13
3.2.3	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019	14
3.3	ProVitako eG (vorläufige Zahlen - finale Fassung liegt bis 26.6.2020 nicht vor).....	22
3.3.1	Beteiligungsübersicht	22
3.3.2	Finanzbeziehungen	22
3.3.3	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019	22
3.4	Komm24 GmbH	24
3.4.1	Beteiligungsübersicht	24
3.4.2	Finanzbeziehungen	24
3.4.3	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019	25
3.4.4	Organe	28
4	Anteile der mittelbaren Beteiligung der Verbandsmitglieder zum Stichtag 31.12.2019	29

1 Vorwort

Der Beteiligungsbericht ist am Ende eines Geschäftsjahres entsprechend den Anforderungen aus § 99 der Sächsischen Gemeindeordnung aufzustellen.

Dabei werden im Wesentlichen folgende Inhalte dargestellt:

- die Beteiligungsübersicht zum 31. Dezember 2019 unter Angabe der Rechtsform, des Unternehmensgegenstandes, des Unternehmenszwecks und des Stamm- oder Grundkapitals, sowie des prozentualen Anteils,
- die Finanzbeziehungen, insbesondere die Summe der Gewinnabführungen und der Verlustabdeckungen, die Summe sonstiger Zuschüsse, gewährten Vergünstigungen sowie die Summe der übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen und
- den Lagebericht der Beteiligungen.

Für Beteiligungen mit mindestens 25 Prozent werden darüber hinaus folgende Informationen bereitgestellt:

- die Organe der Beteiligungen,
- die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen für das Berichtsjahr und der beiden vorangegangenen Jahre und
- die Bewertung der Kennzahlen.

Der Beteiligungsbericht wird der Rechtsaufsichtsbehörde zugeleitet. Den Mitgliedern des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) wird der Beteiligungsbericht im Zusammenhang mit der Einladung zur Verbandsversammlung zur Verfügung gestellt. In der Verbandsversammlung wird über den Bericht mündlich informiert.

Ziel des Beteiligungsberichtes ist die Darstellung der Finanzbeziehungen des Zweckverbandes zu beteiligten Unternehmen sowie der Ausweis der Anteile der Mitglieder am Zweckverband. Zusammenfassend soll der Bericht ein Bild über die Lage im Unternehmensverbund ergeben.

Leipzig, den 17.06.2020

Andreas Bitter
Geschäftsführer

2 Gesamtüberblick über die Beteiligungen der KISA

Die Struktur der Beteiligungen inkl. der prozentualen Anteile stellt sich wie folgt dar:



Tabelle 1: Struktur Beteiligungen

3 Die Unternehmen im Einzelnen

3.1 KDN GmbH (Kommunale Datennetz GmbH)

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Kommunalen Datennetz GmbH (KDN GmbH) mit Sitz in Dresden (HRB 20074). KISA ist an der KDN GmbH mit 100 % beteiligt.

3.1.1 Beteiligungsübersicht

Name:	KDN - Kommunale DatenNetz GmbH
Anschrift:	Wiener Straße 128 01219 Dresden
Telefon:	0351 3156952
Telefax:	0351 3156966
Internet	www.kdn-gmbh.de
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB)
Gesellschafter:	Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)
Stammkapital:	60.000,00 Euro
Anteil KISA:	60.000,00 Euro (100%)

Unternehmensgegenstand:

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst die Bereitstellung und den Betrieb eines Datennetzes für den kommunalen Bedarf sowie die Entwicklung, die Bereitstellung und den Vertrieb von über dieses Datennetz abzurufenden Netzdiensten und den Betrieb der diesen Zwecken dienenden Anlagen.

3.1.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der KDN GmbH liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen: 0 €
- Verlustabdeckungen: 0 €
- sonstige Zuschüsse: 0 €
- übernommene Bürgschaften: 0 €
- sonstige Vergünstigungen: 0 €

Zwischen KISA und der KDN GmbH bestehen mehrere Verträge über die Erbringung von Dienstleistungen. Die KDN GmbH nutzt zum Beispiel das Verfahren zur Personalabrechnung, während KISA über die KDN GmbH an das Kommunale Datennetz angebunden wird. Die Abrechnung erfolgt dabei jeweils auf der Grundlage der Preislisten, welche in beiden Häusern vorliegen.

Seite 6 von 30

3.1.3 Organe

Die KDN GmbH setzt sich auf folgenden Organen zusammen:

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Frank Schlosser. Herr Frank Schlosser ist Angestellter des Zweckverbandes und als Geschäftsführer an die Gesellschaft abgeordnet.

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Herr Franz-Heinrich Kohl, Oberbürgermeister der Stadt Aue	Vorsitzender
Herr André Jacob, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Sächsischen Landkreistag e. V. (SLKT) in Dresden	1. Stellvertreter
Herr Ralf Rother, Bürgermeister der Stadt Wilsdruff	2. Stellvertreter
Herr Thomas Weber, Direktor der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung, Bischofswerda	
Herr Dr. Christian Aegerter, Amtsleiter Hauptamt der Stadt Leipzig	
Herr Prof. Dr. Lothar Ungerer, Bürgermeister der Stadt Meerane	

3.1.4 Sonstige Angaben

Zur KDN GmbH liegen folgende sonstige Angaben vor:

Abschlussprüfer im Berichtsjahr: WSR Cintinus Audit GmbH

Anzahl Mitarbeiter: 5 Mitarbeiter

Beteiligungen: keine Beteiligungen

3.1.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen

Folgende Werte der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für das Berichtsjahr und der beiden Vorjahre liegen vor:

KDN GmbH	Ist 2017 in T€	Ist 2018 in T€	Ist 2019 in T€	Plan 2019 in T€
Bilanz:				
Anlagevermögen	1	4	10	Keine Planbilanz vorhanden
Umlaufvermögen	776	742	717	
aktiver RAP	-	-	-	
Summe Aktiva	777	747	728	
Eigenkapital+ Sonderposten	61	64	70	
Rückstellungen	20	43	46	
Verbindlichkeiten	696	640	613	
passiver RAP	-	-	-	

Summe Passiva	777	747	728	747
Gewinn- und Verlustrechnung:				
Umsatz	552	509	515	292
sonstige Erträge	3.276	3.334	3.300	5.807
Materialaufwand	3.003	2.992	2.984	4.650
Personalaufwand	181	187	216	264
Abschreibungen	1	1	1,5	4
sonst. Aufwand	642	663	613	1.180
Zinsen / Steuern	1	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0
Sonstige:				
Zugang Investitionen	0	3	1,5	8
Mitarbeiter	3	4	5	5

Aufgrund der vorliegenden Zahlen ergeben sich folgende Kennzahlen:

KDN GmbH	Ist 2017	Ist 2018	Ist 2019	Plan 2019
Vermögenssituation				Berechnung aufgrund fehlender Planbilanz nicht möglich
Vermögensstruktur	0%	1%	1%	
Kapitalstruktur				
Eigenkapitalquote	8%	8%	9%	
Fremdkapitalquote	92%	92%	91%	
Liquidität				
Liquidität	111%	116%	117%	
Effektivverschuldung	keine	keine	keine	
Geschäftserfolg				
Pro-Kopf-Umsatz	184	127	103	58
Arbeitsproduktivität	3	3	2	1

3.1.6 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2019 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

Die KDN Kommunale DatenNetz GmbH (KDN GmbH) im Rahmen der allgemeinen Konjunkturlage

Auf Grund der aktuellen Situation verminderter Wirtschaftsleistung durch die Corona-Krise sind belastbare Aussagen zur gegenwärtigen Konjunkturlage und entsprechende Prognosen nicht möglich. Allerdings kann mit Sicherheit nicht nur von einer sich abschwächenden Konjunktur, sondern eher von einer Rezession ausgegangen werden. In welchem Umfang ist ungewiss. Ziemlich sicher ist aber, dass die öffentliche Hand in hohem Maße durch Kredite und Bürgschaften für in Not geratene Unternehmen belastet wird und dies über alle Ebenen vom Bund über die Länder bis zu den Kommunen. Damit wird der finanzielle Spielraum für die Kommunen in den nächsten Jahren negativ beeinflusst werden.

Dabei werden die Aufgaben für die Kommunen nicht weniger. Die Herausforderung der Digitalisierung der Verwaltungsprozesse, zum Beispiel die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes (OZG), ist für die Kommunen noch zu meistern. Unverzichtbar sind daher für die Kommunen weiterhin sichere und leistungsfähige IT-Infrastrukturen und Vernetzungen. Im Rahmen des Projektes SVN 2.0/KDN III wurden entsprechende Anforderungen berücksichtigt. Auf Grund der spezifischen Ausrichtung der KDN GmbH als IT-Dienstleister, ganz speziell für sächsische Kommunen, wird die KDN GmbH die Kommunen hierbei maßgeblich unterstützen und den Verbreitungsgrad ihrer Lösungen weiter erhöhen. Erklärtes Ziel ist ein Umbau des KDN zu einem reinen Glasfasernetz mit hoher Skalierbarkeit.

Insbesondere die Informationssicherheit gewinnt auf Grund immer vielfältigerer Angriffsversuche eine entscheidende Bedeutung. Daher wurden die Sicherheitsvorkehrungen zur Absicherung des neuen KDN III deutlich erhöht. Mit dem Schritt zum KDN III sind die sächsischen Kommunen für die in den nächsten Jahren anstehenden Herausforderungen im IT-Netzbereich gerüstet.

Wichtig ist dafür die weitere Absicherung der Leistungen der KDN GmbH aus den Mitteln des Finanzausgleichsgesetzes (FAG), um Unterschiede zwischen großen und kleinen Kommunen im Steueraufkommen nicht auf die IT-technische und IT-sicherheitstechnische Leistungsfähigkeit der Kommunen durchschlagen zu lassen.

Finanzierung im Zeitraum des KDN III

Die KDN GmbH kann ohne Zuwendungen aus dem FAG ihre wirtschaftliche Tätigkeit nicht entfalten. Im Wirtschaftsplan 2019 und in den Finanzplänen der Folgejahre sind geschätzte Größenordnungen angegeben. Im Ergebnis wurden die Zuwendungen nicht in der geplanten Höhe von EUR 5.811.937,84 benötigt bzw. abgerufen. Die Erträge von den Kommunen betrugen EUR 514.768,65. Die notwendigen abgerufenen Zuwendungen zum kostendeckenden Betrieb einschließlich Investitionen im Geschäftsjahr 2019 beliefen sich auf EUR 3.299.523,92. Das Geschäftsergebnis 2019 war ausgeglichen. Es wurde weder ein Jahresfehlbetrag noch ein Jahresüberschuss erzielt.

Mit Schreiben vom 12. Oktober 2016 wurde der KDN GmbH vom Sächsischen Staatsministerium der Finanzen mitgeteilt, dass für die reguläre Vertragslaufzeit des KDN III von April 2017

bis März 2022 TEUR 30.500 als außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen in den sächsischen Staatshaushalt eingestellt wurden und damit die haushaltstechnischen Voraussetzungen für das KDN III vorliegen. Mit Schreiben vom 27. Dezember 2017 wurde die KDN GmbH vom Sächsischen Staatsministerium der Finanzen mitgeteilt, dass für die Verlängerung der Vertragslaufzeit des KDN III von April 2022 bis März 2025 weitere TEUR 16.904 als Verpflichtungsermächtigungen eingestellt wurden und damit die haushaltstechnischen Voraussetzungen für die vorzeitige Vertragsverlängerung des KDN III bis März 2025 vorliegen. Die Verlängerungsoption wurde seitens der KDN GmbH am 28. Dezember 2017 gezogen.

Diese Finanzierungszusage deckt eine flächendeckende Versorgung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden mit eigenen Verwaltungsaufgaben mit Breitband 50 Mbit/s synchron und für kreisfreie Städte und Landkreise mit 100 Mbit/s ab. Kreisangehörige Städte und Gemeinden haben einen Eigenanteil in Höhe von 10 % zu tragen.

Im Zuge der Finanzierung konnten wesentliche Risiken wie mangelnde xDSL-Versorgung minimiert werden.

Nach wie vor besteht das Risiko des sehr geringen Budgets für die GmbH-Kosten selbst, welches der Gesellschaft nur bedingt Spielräume hinsichtlich Investitionen und Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeiter sowie der Ausgestaltung des Geschäftsbetriebes lässt.

Die für das Geschäftsjahr 2019 geplanten Umsätze konnten von TEUR 292 auf TEUR 515 gesteigert werden. Dies liegt darin begründet, dass eine ganze Reihe von Verwaltungen in höhere Bandbreiten und Außenstellenanschlüsse investiert haben.

Geschäftstätigkeit für die Migration KDN III

Die Migration auf das KDN III wurde im Jahr 2018 abgeschlossen und war im Jahr 2019 nicht mehr geschäftswirksam.

Erstmals werden im KDN III auch Sprachdienstleistungen (Voice over IP – VoIP) für die Kommunen angeboten.

Geschäftstätigkeit für Netzbetrieb KDN III

Seit August 2018 befindet sich das KDN III im Regelbetrieb. Der Betrieb des KDN III wird als sicher und stabil eingeschätzt. Der Anschlussgrad bei den sächsischen Städten und Gemeinden wurde auf Grund der höheren Bandbreiten deutlich ausgebaut. Dazu kam im Jahr 2019 eine vermehrte Anzahl von Außenstellenanschlüssen hinzu.

Der Beratungsbedarf der sächsischen Kommunen hinsichtlich IT-Sicherheit ist weiterhin sehr hoch. Die Gesellschaft berät ihre Kunden aktiv dazu. Die KDN GmbH wird das Thema IT-Sicherheit in Zukunft noch weiter intensivieren, die Teilnehmer am KDN III sensibilisieren und, wo notwendig und gewünscht, Unterstützung anbieten.

Auf Grund dieser Fakten wird eingeschätzt, dass mit dem KDN III ein leistungsfähiges Netz mit attraktiven Diensten für sächsische Kommunen aufgebaut wurde.

Die KDN GmbH arbeitete im Jahr 2019 intensiv an der Einführung der neuen UC/VoIP-Lösung für die Kommunen. Es konnte eine relativ hohe Anzahl von Kunden gewonnen werden.

Die Umstellung vorhandener kupferbasierter Anschlüsse auf Glasfaser wurde im Jahr 2019 begonnen und wird kontinuierlich fortgeführt.

Dienstleistungen für KISA

Für KISA wurden im Rahmen des bestehenden Dienstleistungsvertrags Leistungen in vereinbartem Umfang und vereinbarter Qualität erbracht.

Ausblick auf die Geschäftsentwicklung im Geschäftsjahr 2020 und Folgejahre

Das Jahr 2020 wird neben dem stabilen Netzbetrieb im Wesentlichen von der weiteren Bereitstellung neuer Dienste wie UC/VoIP geprägt sein.

Auf Grund des in den Verhandlungen zum KDN III erzielten Ergebnisses und der damit deutlich erhöhten Attraktivität des KDN III (schneller, sicherer, leistungsfähiger) wird es in der zukünftigen Entwicklung gelingen, auch die meisten der bisherigen Zweifler von den Nutzungsmöglichkeiten des Netzes zu überzeugen und das Netz nahezu flächendeckend auszurollen. Eine erhebliche Zahl von Neukunden im Jahr 2019 lässt eine Fortsetzung des Trends erwarten.

Die gemäß SächsEGovG vorgeschriebene Nutzung des KDN zur Übermittlung von Daten zwischen Behörden wird ein Übriges tun, um Flächendeckung zu erreichen. Dies setzt aber voraus, dass die Kommunalaufsichtsbehörden auf gesetzeskonformes Handeln der Kommunen einwirken.

Die Umstellung vorhandener kupferbasierter Anschlüsse auf Glasfaser und der Ausbau der UC-Lösungen werden im Jahr 2020 wesentlicher Teil der Aufgaben der Gesellschaft sein.

Die Beratungsleistungen der KDN GmbH für ihre Kunden hinsichtlich möglicher Anschlusslösungen und zur IT-Sicherheit werden fortgeführt. Zur Stärkung der IT-Sicherheit wurde für das Jahr 2019 eine neue Stelle im Netzwerkmanagement geplant. Diese konnte aber auf Grund des eklatanten Fachkräftemangels erst im April 2020 besetzt werden.

Die Finanzierung der KDN GmbH wird für die Folgejahre auch weiterhin eine Mischfinanzierung sein. Der überwiegende Teil der Finanzmittel kommt aus der Förderung durch das Finanzausgleichsgesetz über den Zuwendungsgeber SAKD für den Basisanschluss der Kommunen. Darauf aufbauend werden Zusatzleistungen durch eigene Erträge von den Kommunen und kommunalen Einrichtungen finanziert.

Im Jahr 2020 ist das Nachfolgeprojekt des derzeitigen Netzes, Arbeitstitel KDN IV zu beginnen.

Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Die Risiken im Geschäftsjahr 2020 sind auf Grund der FAG-Finanzierung der Basisanschlüsse im Vergleich zum Vorjahr auf niedrigem Niveau geblieben.

Als Risiko wird das sehr geringe Budget für die GmbH-Kosten selbst eingeschätzt, welches der Gesellschaft nur bedingt Spielräume hinsichtlich Investitionen und Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeiter sowie der Ausgestaltung des Geschäftsbetriebes lässt.

Ein weiteres Risiko ist die relativ geringe personelle Ausstattung der GmbH, welche eine Kompensation längerer Ausfälle, sowohl im Tagesgeschäft als auch bei Einführungsprojekten wie UC sehr erschwert.

Die erhöhten Basisbandbreiten bergen das Risiko, dass die geplante Dimensionierung der zentralen Netzwerkkomponenten und des zentralen Internetübergangs in der Laufzeit des KDN III nicht mehr ausreicht und angepasst werden muss. Dieses Risiko wurde bei der Beantragung der FAG-Finanzierung betrachtet und in die beantragte und wie o. a. zugesagte Summe aus dem FAG eingepreist.

Chancen werden in der Erbringung bzw. dem Ausbau von weiteren Leistungen, insbesondere im Bereich IT-Sicherheit, der VoIP-Bereitstellung, der weiteren Flächendeckung sowie der Bereitstellung von zusätzlichen KDN-Anbindungen für Außenstellen und für kommunale Institutionen, die nicht von der FAG-Finanzierung umfasst sind, z. B. Zweckverbände gesehen. Auch hier wird sich der begonnene Trend zu Anbindungen von Außenstellen, der im Jahr 2018 begonnen hat, weiter fortsetzen.

Bund und Freistaat setzten mit ihren E-Government-Vorhaben sowie den E-Government-Gesetzen Impulse, für die eine gesicherte Vernetzung Voraussetzung ist und daher ein Anschluss an das KDN III eine notwendige Basis darstellt.

Letztlich werden alle Risiken als beherrschbar und die künftige Geschäftstätigkeit der Kommunalen DatenNetz GmbH entsprechend dem Gesellschaftszweck als geordnet eingeschätzt.

Wesentliche Entwicklungen seit dem 31. Dezember 2019

Der Dienst UC/VoIP wurde von der Pilotierung in den Regelbetrieb überführt.

Es erfolgt weiterhin eine enge Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden und der SAKD zum neuen Netz.

Der Auftaktworkshop zum Nachfolgeprojekt KDN IV hat stattgefunden, derzeit ist die KDN GmbH mit dem Freistaat im Gespräch, um ein koordiniertes Vorgehen beider Vertragspartner zu erreichen.

3.2 Lecos GmbH

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Lecos GmbH mit Sitz in Leipzig (HRB 17608). KISA hält zum Stichtag 31. Dezember 2019 einen Anteil von 10 %.

3.2.1 Beteiligungsübersicht

Name:	Lecos GmbH
Anschrift:	Prager Str. 8 04103 Leipzig
Telefon:	0341 2538 0
Internet	www.lecos-gmbh.de
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gesellschafter:	Stadt Leipzig Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen
Stammkapital:	200.000 EUR
Anteil KISA:	20.000 EUR (10,00 %)

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Unterstützung der Gesellschafter im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik sowie Bürodienstleistungen.

3.2.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der Lecos GmbH liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen: 0 €
- Verlustabdeckungen: 0 €
- sonstige Zuschüsse: 0 €
- übernommene Bürgschaften: 0 €
- sonstige Vergünstigungen: 0 €.

Zwischen KISA und der Lecos GmbH bestehen mehrere Verträge über die Erbringung von Dienstleistungen. Die Lecos GmbH stellt den Betrieb der Rechenzentrumsverfahren der KISA sicher. Die Abrechnung erfolgt dabei jeweils auf der Grundlage der abgeschlossenen Verträge.

3.2.3 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2019 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung der IT-Branche

Die IT-Branche im öffentlichen Umfeld hat sich, ebenso wie die gesamtwirtschaftliche Konjunktur positiv entwickelt. Daher bestimmten auch in 2019 weiterhin vorwiegend Software und Service- und Beratungsleistungen bezüglich der Vernetzung von Informationen den gesamtwirtschaftlichen Verlauf der IT-Branche. Vor dem Hintergrund des steigenden IT-Bedarfes in der Verwaltungsarbeit sowie den gesetzlichen Anforderungen, zum Beispiel aus dem Onlinezugangsgesetz und der Schaffung von Bürgerkonten, ist eine effektive und effiziente IT im Zusammenhang mit der Digitalisierung der Verwaltung ein Kernbestandteil zukünftigen Verwaltungshandelns. Sie muss im Kontext der stetig steigenden Komplexität der Anforderungen und Vernetzung von Daten insbesondere durch intensive Beratungsleistungen unterstützt werden. Ziel bleibt dabei, die Digitalisierung der Verwaltungen vor allem aus Sicht der Kunden der Verwaltungen als auch der Verwaltung selber kontinuierlich voranzutreiben.

Geschäftsverlauf

Für die für das Geschäftsjahr 2019 festgelegten Ziele zum Ausbau sowie zur Stabilisierung der bisherigen Geschäftsaktivitäten der Lecos GmbH bleibt festzuhalten, dass diese deutlich ausgebaut werden konnten. Im Einzelnen verweisen wir hierbei auf die nachfolgenden Ausführungen.

Die Lecos GmbH hat sich gegenüber ihrem 90 %-Gesellschafter und Kunden als IT-Volldienstleister erwiesen, der die besonderen Kundenwünsche der Kommune Leipzig berücksichtigt. Hinsichtlich der Weiterentwicklung der IT-Strategie der Stadt Leipzig beobachtet die Lecos GmbH zukunftsweisend den Markt für den Auftraggeber und berücksichtigt die hieraus gewonnenen Erkenntnisse in der Weiterentwicklung der angebotenen IT-Dienstleistungen. Dabei spielen insbesondere die wachsenden Herausforderungen des Cloud-Computing sowie die Vernetzung von Daten und Anwendungen aus Sicht der Kunden, insbesondere auch im Lichte der Datenschutzgrundverordnung sowie die stetig steigenden Anforderungen an die IT-Sicherheit, als auch aus Sicht der Lecos GmbH im Sinne des steigenden Wettbewerbes eine wesentliche Rolle.

Durch die konsequente Umsetzung der Rollout-Vorgaben für die Verwaltung und die Schulen konnte beim größten Kunden der Lecos GmbH der sehr hohe Standardisierungsgrad in Hardware und Standardsoftware weiter ausgebaut werden. Die Ausweitung auf die Schulkabinette wurde erfolgreich fortgesetzt und vertraglich für die folgenden Jahre fixiert. Des Weiteren ist es mit dem Gewandhaus zu Leipzig und dem Theater der jungen Welt gelungen, im Bereich der Eigenbetriebe der Stadt Leipzig den IT-Vollservice konsequent weiterzuverfolgen und auszubauen. Dieses Modell sowie die weiteren Erfahrungen mit den Kulturhäusern der Stadt Leipzig stellen auch die Grundlage für die Erweiterung auf die Oper Leipzig und das Schauspiel Leipzig dar, welche ab 2019 mit dem Gewandhaus zu Leipzig und dem Theater der jungen Welt in einer gemeinsamen Kulturdomäne in der Stadt Leipzig gebündelt werden. Die Migration wird im Jahr 2020 umgesetzt und konnte bereits 2019 durch Vorleistungen vorangetrieben werden. Das Geschäft mit dem zweiten Gesellschafter (10 %) des Unternehmens, der KISA, konnte auch im

Wirtschaftsjahr 2019 konstant weiter betrieben werden. Die Grundlagen für einen weiteren Ausbau der Geschäftsfelder in den Jahren 2020 ff. wurde gelegt. Dabei steht auch hier die Digitalisierung der Verwaltungen im Vordergrund. Die wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren für die Steuerung der Lecos GmbH sind Umsatz, Liquidität und Jahresergebnis.

Wesentliche Ereignisse im Geschäftsjahr 2019

Bis 2015 bestand für die Lecos GmbH Vertragssicherheit mit ihrem größten Gesellschafter und Kunden. Die Option für weitere fünf Jahre ab 1. Januar 2016 wurde bereits in dem Betriebsleistungsvertrag inkludiert und vereinbart. Diese Option wurde umgesetzt, wodurch eine weitere Vertragssicherheit bis 31. Dezember 2020 besteht. Im Jahr 2019 konnte mit dem Kunden Stadt Leipzig eine Verlängerung des Betriebsleistungsvertrages vom 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2039 vereinbart werden, wodurch eine langfristig stabile Leistungsfähigkeit sowie wirtschaftliche Planbarkeit sichergestellt werden konnte.

Die Strategie aus 2010, durch eine Beteiligung des Zweckverbandes KISA an der Lecos GmbH eine Umsatzstabilisierung zu erreichen und die Inhousefähigkeit zu festigen, hat sich auch im Geschäftsjahr 2019 bestätigt. Somit konnte der Umsatz mit dem Zweckverband KISA auch für das abgelaufene Wirtschaftsjahr wesentlich zum geschäftlichen Erfolg des Unternehmens beitragen.

Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr 2019 war die Weiterführung der IT-Leistungen für die Stadt Leipzig, vornehmlich bei der Anwendungs- und Verfahrensentwicklung und Anwendungs-Verfahrensbetreuung, bei der Beratung der Kunden zur Optimierung ihrer Organisation durch weitere IT-Nutzung, bei den Rechenzentrumsservices, Endgeräteservice und Daten- und Sprachnetzleistungen, der Benutzerunterstützung sowie dem consequenten Ausbau der Leistungen für die Schulen der Stadt Leipzig.

Besonders hervorzuheben sind die begonnenen und ersten umgesetzten Projekte zur Einführung der Personalmanagementsoftware Loga in der L-Gruppe und somit der weitere Ausbau des Geschäftes rund um das Personalmanagement sowie die Beratungsleistungen zur Digitalisierung der Verwaltung. Insbesondere die Beratungsleistungen und Vorarbeiten im Rahmen der Digitalisierung der Verwaltung, insbesondere auch mit der Einführung der eAkte sowie der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes, stellen die Grundlage für die nächsten Projektschritte sowie die mittelfristige Haushaltsplanung der Stadt Leipzig dar.

Das Geschäft mit den Eigenbetrieben der Stadt Leipzig wurde consequent weiterverfolgt. Hier ist insbesondere auf die Kontinuität mit dem Gewandhaus zu Leipzig sowie die Integration der TK(Telekommunikations)-Anlage der Stadtreinigung und dem Gewandhaus in den zentralen TK-Anlagenverbund zu verweisen.

Für die KISA lag der Schwerpunkt im Geschäftsjahr 2019 in der Bereitstellung des Rechenzentrumsservice im Rahmen der vereinbarten Leistungsscheine für den Anwendungsbetrieb der zentralen Fachverfahren. Neue Themenfelder wie z. B. die Einführung des Personalwesens bzw. die Bereitstellung eines zentralen Dokumentenmanagementsystems konnten in 2019 erneut noch nicht begonnen werden.

Darüber hinaus konnte die Lecos GmbH die Produktivsetzung des neuen Sächsischen Melderegisters (SMR) im Jahr 2019 weiterhin stabil betreiben und somit dauerhaft einen erheblichen Anteil am Umsatz mit Drittkunden sicherstellen.

Weitere Aktivitäten des Geschäftsjahres 2019:

- Zum 1. Juli 2020 wurde die Komm24 GmbH gegründet, an dieser ist Lecos zu 20 % beteiligt. Ziel dieser Beteiligung ist es, zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes im Auftrag des Landes Sachsen Entwicklungsleistungen zu erbringen. Damit entstehen auch Synergien mit unseren Gesellschaftern.
- Das Ämterframework konnte als Anwendungsplattform in der Stadt Leipzig gefestigt und durch zusätzliche Module erweitert werden. Das Ämterframework wird als Lecos-Framework Produkt weiterentwickelt und soll in der Folge auch Dritten angeboten werden.
- Erste Module für die Lecos intern konnten dafür als Piloten in den Echtbetrieb übernommen werden.
- Die Dienstleistung für die Leipziger Schulen im Umfeld der Informationstechnik wurde mit dem zweiten Rollout Zyklus begonnen und soll auch weiterhin für die Schulkabinette 2019 fortgeführt werden.
- Es wurde die Infrastruktur einer Schule auf Basis einer Musterschule aus dem Jahr 2018, inkl. Netzwerk, WLAN, Breitbandanbindung, Gebäudeleittechnik etc., als Grundlage für weitere Neubauobjekte umgesetzt. Gleichzeitig stellt dies die Basis für die kontinuierliche Erneuerung der Infrastruktur in Bestandsschulen sowie in Neubauobjekten im Rahmen der Umsetzung des Digitalpaktes Schulen in den Jahre 2020 ff dar.
- Im Geschäftsfeld der Output-Leistungen wird das Leistungsportfolio 2019 ff. weiter vorangetrieben und mit aktiven Vertriebsmaßnahmen untersetzt. Dies führte zur Übernahme von Output-Leistungen im Jahr 2019 für die Stadt Dresden über die Komm24 GmbH.
- Im Jahr 2019 wurden elf Ausschreibungen durchgeführt und die Zuschläge für neun Ausschreibungen in 2019, eine im Januar 2020 erteilt. Eine öffentliche Ausschreibung des Jahres 2019 musste aufgrund fehlender Angebote aufgehoben werden. Die insgesamt elf Ausschreibungen des Jahres 2019 gliedern sich in drei offene Verfahren (EU-weit), sechs öffentliche Ausschreibungen (national) und zwei freihändige Vergaben.
- Die Fachanwendung des Kindertagesstätten-, Verwaltungs- und Reservierungssystems KIVAN konnte auch in 2019 erfolgreich weiterentwickelt und deutschlandweit vertrieben werden. KIVAN konnte 2019 vor dem Hintergrund der Funktionen und Module zum Technologieführer auf dem Markt entwickelt werden.
- Parallel zu den aktuellen Kundenprojekten wird die Produktweiterentwicklung der Fachanwendung intensiv vorangetrieben.
- Die Facility-Management-Anwendung FAMOS-LE ist im Rahmen des Ausbaus des zentralen Gebäudemanagements in der Stadt Leipzig als strategisches Produkt positioniert und wird in mehreren Ämtern der Stadt Leipzig betrieben. Es erfolgt eine zentrale Steuerung der Weiterentwicklung in enger Abstimmung zwischen der Lecos GmbH und der Stadt Leipzig.
- Das vierte Rollout der PC-Technik in der Verwaltung der Stadt Leipzig auf VVin10 konnte 2019 erfolgreich vorangetrieben werden.
- Es erfolgte auch 2019 eine kontinuierliche Erneuerung der Telekommunikationsanlagen in den Schulen der Stadt Leipzig, welche im Wesentlichen mit den durch die Stadt Leipzig durchgeführten Sanierungs- und Baumaßnahmen verbunden wurden.
- Mit dem Projekt zur Einführung der Personalmanagementsoftware Loga in der L-Gruppe konnte 2019 ein Meilenstein zum Ausbau des Geschäftsfeldes erreicht werden. Mit der

Produktivsetzung eines ersten Mandanten zum 1. Juli 2019 konnte der weitere Ausbau 2019 konsequent vorangetrieben werden.

- Mit der Bestätigung des Konzeptes zum Aufbau einer „Digitalen Werkstatt“ mit der Stadt Leipzig wurde die Grundlage für eine Entwicklung von innovativen Lösungen für die Kunden der Stadt Leipzig gelegt. Dieses Konzept wurde 2019 umgesetzt und erste Prototypen entwickelt werden. Darüber hinaus konnte Ende 2019 bereits eine Roadmap für 2020 mit der Stadt Leipzig vereinbart werden.
- Unter dem Dach der ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der kommunalen IT-Dienstleister e.G. wurde die Beteiligung an einer kommunalen Cloud fortgeführt und darin verschiedene Produkte bzw. Dienstleistungen eingestellt.
- Der Geschäftsführer Peter Kühne ist weiterhin Vorstandvorsitzender der Vitako. Die Aufgabe wird ehrenamtlich wahrgenommen.
- Im Jahr 2019 wurde mit der Umstellung auf den neuen Grundsatz als Grundlage für die Re-Zertifizierung 2020 begonnen und das Überwachungsaudit im Rahmen der Zertifizierung nach ISO27001 auf Basis BSI-Grundsatz konnte erfolgreich durchgeführt werden.

Das Geschäftsjahr 2019 stand bei der Lecos GmbH intern im Zeichen der konsequenten Fortführung der stärkeren Ausrichtung an den steigenden Anforderungen der Kunden. Im Jahr 2019 ff. wurde die Weiterentwicklung der Lecos GmbH in einem kontinuierlichen Entwicklungsprozess weiter vorangetrieben. Dabei wird auch weiterhin der Fokus auf neue agile Methoden gesetzt. Ziel dabei ist es, die Zukunftssicherheit der Lecos GmbH zu stärken und die Arbeit der Lecos GmbH auf die kommenden Herausforderungen hin auszurichten. Dies ist von besonderer Bedeutung, da auch die Kunden der Lecos GmbH den Weg zu verändernden Vorgehensmodellen beschreiten und sich somit die Anforderungen an die Lecos verändern.

- Die seit 2013 geänderte Finanzierungsstrategie der Lecos GmbH, d. h. Finanzierung langfristiger Investitionen, wird konsequent weiterverfolgt. Ziel ist eine nachhaltige Steigerung der Eigenkapitalquote sowie eine Verteilung der Kostenbelastung durch hohe Erstinvestitionen. Damit wird einem Investitionsstau entgegengewirkt.
- Im Jahr 2019 wurde das strategische Unternehmenskonzept kontinuierlich geprüft und weiterentwickelt und im Aufsichtsrat kommuniziert. Der Aufsichtsrat wird in 2020 über die Umsetzung informiert sowie eine Aktualisierung geprüft. Ziel ist dabei die dauerhafte Sicherstellung des wirtschaftlichen Erfolges.

Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Der Gesamtumsatz der Lecos GmbH betrug im Geschäftsjahr 2019 TEUR 28.373 und lag damit um TEUR 4.067 über dem Niveau des Geschäftsjahres 2018 (TEUR 24.306). Diese Entwicklung führte neben der Steigerung der Material-, Personal-, Abschreibungs- und Zinsaufwendungen zu einem Jahresüberschuss von TEUR 121 (Vj.: TEUR 48).

Die Zusammensetzung der Umsatzerlöse nach Bereichen stellt sich im Wesentlichen wie folgt dar:

Anwendungsentwicklungs-/Betreuungsleistungen und Beratungsleistungen	34,35%
Endbenutzerbetreuung	26,35%
Basisinfrastruktur	23,74%
Druckdienstleistungen	6,26%
Telekommunikation	4,46%
Speicherkapazität, Serverbetreuung	2,42%
Lotus Notes/Mailuser	1,70%
Sonstiges	0,72%

Aktuell beträgt der Anteil des Umsatzes mit der Stadt Leipzig am Gesamtumsatz ca. 85 %, 9,9 % mit der KISA und der Komm24 GmbH 1,0 %. Die verbleibenden 4,1 % Umsatzanteile entfallen auf sonstige Kosten.

Im Materialaufwand werden vor allem Hardware und Telekommunikationsanlagen ausgewiesen, die sich aus Zusatzaufträgen ergeben und zum Weiterverkauf bestimmt sind. Den Hauptanteil hierbei haben Beschaffungen im Bereich Endgeräteservice (Präsentationstechnik, Tablets) und Telekommunikationstechniken für die Stadt Leipzig und die Ausstattung der Eigenbetriebe und Netz Leipzig GmbH mit aktiven Komponenten. Darüber hinaus sind auch die Leistungen für Datenfernübertragungen, Portoaufwendungen und umsatzrelevanten Fremdleistungen für Kundenprojekte zu benennen.

Die Steigerung der Personalaufwendungen ergibt sich im Wesentlichen aus Neueinstellungen, der Tarifierhöhung des TVöD (Tarifvertrag im öffentlichen Dienst) und Erhöhungen im Lecos Vergütungssystem.

Der sonstige betriebliche Aufwand enthält Aufwendungen für Leasing und Wartung für Hard- und Software, Leitungsmieten, Ausbildungs- und Reisekosten, Personaldienstleistungen und Raum mieten.

Das Betriebsergebnis beträgt TEUR 352 Vj.: TEUR 187) und liegt über dem Plan für 2019.

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2019 wurde von folgenden einmaligen Vorgängen geprägt

- Umsatzerlöse aus der Leistungserbringung für die Europa- und Kommunalwahl (TEUR 412)
- Umsatzerlöse aus der Weiterberechnung von Tablets, Thinkpads, Medicalpads (TEUR 430)
- Erträge aus der Leasingfinanzierung des SAN (TEUR 182)
- Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 194).

Investitionen

Die Bilanz zum 31. Dezember 2019 weist einen Anstieg des Anlagevermögens aus. Hauptursache dafür ist die Beschaffung von Wirtschaftsgütern für die Erfüllung von Kundenaufträgen. Die Gesamtinvestitionen betrugen im Geschäftsjahr 2019 TEUR 4.907.

Schwerpunkte waren auch 2019 Investitionen für neue Aufträge und Hardware für das Roll-Out in der Stadt Leipzig und insbesondere den Schulkabinetten.

Vermögens- und Finanzlage

Aufgrund einer konsequenten Liquiditätsüberwachung, einem regelmäßigen Forderungsmanagement und der planmäßigen Kreditaufnahme konnte die Zahlungsfähigkeit im Jahr 2019 gesichert werden.

Die Position der Rückstellungen ist geprägt durch die Aktualisierung von Rückstellungen, u. a. für Personalaufwendungen und Vertragsrisiken.

Die Gesellschaft verfügt über eine geordnete Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Zum Bilanzstichtag bestehen Kreditlinien in Höhe von TEUR 700, die nicht in Anspruch genommen wurden.

Risiko- und Chancenbericht

Das Risikomanagement der Gesellschaft stützt sich vor allem auf die Managementstruktur, das Planungssystem sowie die eingesetzten Berichts- und Informationssysteme. Die Ergebnisse und Maßnahmen des Risiko- und Schwachstellenmanagements aus den Berichts- und Informationssystemen liegen vor.

Das Berichtswesen wird ergänzt durch eine ständige Überwachung aller Finanzströme. Mit Hilfe dieses Risikomanagementsystems werden die Risikobetrachtungen durchgeführt und Strategien zur Risikominimierung entwickelt. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei durch eine tägliche Liquiditätsüberwachung gewährleistet. Dieses geschieht vor dem Hintergrund der unter 3.3 genannten teilweise hohen Forderungen gegen die Kunden zum Bilanzstichtag sowie der hohen Liquiditätsauswirkung durch die Zahlung der monatlichen Personalkosten und der erforderlichen Investitionen für die Umsetzung der Aufträge.

In 2014 wurde gemeinsam mit der Beratungsgesellschaft für Beteiligungsverwaltung Leipzig mbH (bbvl) eine Regelung zur internen Revision erarbeitet und durch den Geschäftsführer in Kraft gesetzt. Auf dieser Grundlage erfolgen seit 2015 jährliche Prüfungen, die auch 2019 umgesetzt wurden.

Der Aufsichtsrat wird über die Ergebnisse dieser Untersuchungen bei Bedarf zeitnah unterrichtet. Als Ergebnis dieser Risikoanalysen ergibt sich, dass wesentliche oder den Bestand des Unternehmens gefährdende Risiken derzeit nicht bestehen.

Angemessene, überschaubar und beherrschbare Risiken werden bewusst getragen. Dies gilt auch für Preis- und Ausfallrisiken, gegen die sich die Lecos GmbH – aufgrund ihrer Kundenstruktur – nicht zusätzlich absichert. Geschäftsüblichen Liquiditätsschwankungen begegnet die Gesellschaft mit der Inanspruchnahme des Finanzmittelbestands sowie ggf. der Kreditlinien sowie der planmäßigen Aufnahme von Krediten für Investitionen. Unabhängig davon gewährleisten die Erlöse aus dem Betriebsleistungsvertrag mit der Stadt Leipzig und den Leistungsverträgen mit der KISA, dem Gewandhaus zu Leipzig sowie der SAKD (Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung) eine kontinuierliche Liquiditätszufuhr.

Chancen für die Lecos GmbH bestehen in der Nutzung von kommunalen Umsätzen aus dem Gesellschaftsumfeld, um damit zusätzliche Deckungsbeiträge zu gewinnen. Damit entstehen auch Synergien zur Absicherung der Zukunftsfähigkeit der Stadt Leipzig durch Weiterentwicklung der IT als Grundlage für Rationalisierungen, Prozessoptimierungen und e-Government bzw. der Digitalisierung der Verwaltung, der Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für die Entwicklung, Einführung und Betreuung kommunaler Anwendungen sowie den weiteren Ausbau der Dienstleistungen für die Schulen.

Umweltschutz und Nachhaltigkeit

Um sich den Anforderungen der Berücksichtigung der Gesetze zum Umweltschutz zu stellen, hat die Lecos GmbH sich an dem Wettbewerb "Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010" der deutschen Umwelthilfe (DUH) beteiligt. Die Lecos GmbH hat 2010 einen Sonderpreis für ihr neues Primärrechenzentrum erhalten. Gewürdigt wurden damit die durch Modernisierung und Konsolidierung der Rechenzentrumstechnik erzielten Energieeinsparungen. Das systematische Vorgehen im Bereich der Klimatisierung wurde auch auf alle weiteren Bereiche der energierelevanten Wirkungskette übertragen. Von den Applikationen und dem Daten-Management über die IT-Hardware und Stromversorgung bis hin zur Kühlung und Gebäudeplanung sind Möglichkeiten zur Optimierung der Energieeffizienz gesucht und Einsparpotenziale konsequent umgesetzt worden.

Im Rahmen von Ausschreibungen, wie auch bei sonstigen Investitionen für die IT sowie bei der Erneuerung des Fuhrparks, berücksichtigt die Lecos GmbH die gesetzlich vorgesehenen und aktuellen Umweltschutzrichtlinien.

In 2019 wurde gern. § 8 EDL-G wiederholt ein Energieaudit nach DIN 16247 durchgeführt mit dem Ziel, die Verbesserung der Energieeffizienz sowie Senkung des Energieverbrauchs unter fachlicher Betreuung zu erreichen. Die Überprüfung und Fortschreibung der gesteckten Ziele erfolgt alle 4 Jahre. In den erfassten Verbrauchsgruppen sind die Kosten für Strom mit rund 79 % der größte Kostenblock, gefolgt von 17 % für Fernwärme und Transport (4 %). Die größten Verbraucher USV und RL T-Anlagen werden als sehr gut und energieeffizient eingeschätzt. In Folge des Beschlusses der Bundesregierung zum Klimapaket ist die Bepreisung von CO₂ eingeleitet. In Folge ist zu erwarten, dass Strom mit Beginn der Bepreisung ab 2021 schrittweise teurer werden wird. Maßnahmen zur kosteneffizienten Umgehung der Kostensteigerungen können hierbei Beachtung bei der Vertragsgestaltung mit den Energielieferanten auf die Umsetzung der CO₂ Bepreisung bzw. Bezug von erneuerbaren Energieträgern als auch Einsatz von Technologien für die Nutzung erneuerbarer Energien (bspw. Solar, Photovoltaik u. a.) finden. Geeignete Förderprogramme werden auch zukünftig auf deren Teilnahmeberechtigungen der Lecos GmbH geprüft und können Maßnahmen zur Minimierung der erwarteten Kostensteigerungen unterstützen.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft (Prognosebericht)

Die IT-Branche rechnet vor dem Hintergrund der anstehenden Digitalisierung der Gesellschaft und der Verwaltung mit einer steigenden Nachfrage für das Jahr 2020 ff. An diesen Marktentwicklungen will die Lecos GmbH auch im Jahr 2020 angemessen partizipieren.

Konkretisiert ergeben sich für die Lecos GmbH nachstehende Ziele, deren sukzessive Umsetzung in der Wirtschaftsplanung 2020 ff. abgebildet ist:

- Absicherung der Grundversorgung der Stadt Leipzig mit IT-Technik und -Services,
- Konsequente Ausnutzung von Einkaufsvorteilen und deren Weitergabe an die Stadt Leipzig,
- Nutzung von kommunalen Umsätzen im Gesellschafterumfeld zur Gewinnung zusätzlicher Deckungsbeiträge,
- Absicherung der Zukunftsfähigkeit der Stadt Leipzig durch Weiterentwicklung der IT als Grundlage für Digitalisierung der Verwaltung,
- Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für die Entwicklung, Einführung und Betreuung kommunaler Anwendungen,
- Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für die Digitalisierung von Dokumenten und Akten im kommunalen Umfeld,
- Ausbau der Leistungen für die Komm24 GmbH,
- Ausbau des Druckoutput-Volumens und Entwicklung der Lecos GmbH zu einem kompetenten und wirtschaftlichen Anbieter in diesem Bereich,
- Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für Betriebsleistungen, Consulting für IT-Dienstleistungen und Servicemanagement im kommunalen Umfeld,
- Vermarktung von Know-how im Bereich Anwendungsentwicklung,
- Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in der Region.

Darüber hinaus werden Anstrengungen unternommen, auch im Jahr 2020 innerhalb des Gesellschafterumfeldes (Eigenbetriebe der Stadt Leipzig, Stadtkonzern) die Zahl der Kunden zu erhöhen und das Portfolio für die Stadt Leipzig zu erweitern.

Für das Geschäftsjahr 2020 sind Neuinvestitionen in Höhe von TEUR 5.500 geplant.

Eine abschließende Verteilung der Investitionen auf Darlehen, Leasing oder Eigenmittel wird unterjährig unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung der Lecos GmbH gesteuert und entschieden. Die aktuellen Werte sichern den Gestaltungsspielraum ab.

Der Wirtschaftsplan der Lecos GmbH geht für 2020 von einem Umsatzvolumen von TEUR 29.924, einem positiven Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von TEUR 273 und liquiden Mitteln von TEUR 1.564 aus. Darüber hinaus ist ein Personalaufbau von 24 Stellen im Jahr 2020 geplant, um die steigenden Anforderungen umsetzen zu können. Dies resultiert neben fachlichen Themen auch aus der Erweiterung der betreuten Nutzer (z. B. durch die Kulturhäuser und die Schulen).

Auf Basis der aktuellen Erkenntnisse kann die Ausbreitung des Corona Virus auch Konsequenzen auf die Erreichung der Prognosen und Ziele des Geschäftsjahres 2020 haben. Beeinträchtigungen im Prozess der Leistungserstellung und/oder Einnahme- und damit einhergehende Ergebnisausfälle können daher nicht vollständig ausgeschlossen werden. Art und Umfang der Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Lecos lassen sich aktuell nicht zuverlässig abschätzen.

3.3 ProVitako eG (vorläufige Zahlen - finale Fassung liegt bis 26.6.2020 nicht vor)

Im Jahr 2012 erwarb KISA 10 Geschäftsanteile an der ProVitako eG.

3.3.1 Beteiligungsübersicht

Name:	ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der kommunalen IT-Dienstleister eG
Anschrift:	Markgrafenstraße 22 10117 Berlin
Telefon:	030 2063156-0
Homepage:	www.provitako.de
Rechtsform:	Eingetragene Genossenschaft
Stammkapital:	205.500 EUR
Anteil KISA:	5.000 EUR

Unternehmensgegenstand

Gegenstand der Gesellschaft ist die Unterstützung beim Einkauf von Investitionsgütern einschließlich Hard- und Software, Waren sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe durch kooperatives Einkaufsmarketing für die Mitglieder sowie weiterer Servicedienstleistungen. KISA und somit auch die Kunden von KISA profitieren an den von der ProVitako eG ausgeschriebenen Rahmenverträgen, insbesondere bei der Beschaffung von Hardware.

3.3.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der ProVitako eG liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen: 0 €
- Verlustabdeckungen: 0 €
- Sonstige Zuschüsse: 0 €
- Übernommene Bürgschaften: 0 €
- Sonstige Vergünstigungen: 0 €.

KISA ist Genossenschaftsmitglied in der ProVitako eG. Die ProVitako eG erhält bei Einkäufen von Technik eine Provision von 0,9 %.

3.3.3 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2019 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

Seite 22 von 36

Unternehmensgegenstand/öffentlicher Zweck

Der Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder. Dies geschieht durch den gemeinsamen Einkauf von Investitionsgütern einschließlich Hard- und Software, Waren sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen für die Genossenschaftsmitglieder. ProVitako unterstützt darüber hinaus die Mitglieder durch kooperatives Einkaufsmarketing sowie weitere Serviceleistungen, wie z. B. Schulung, Beratung und Betreuung in Unternehmensfragen.

Geschäftsverlauf 2019

Die Gesellschaft finanziert sich aus einer Marge, die auf den Bezug von Leistungen der geschlossenen Rahmenverträge fakturiert wird. Die IT-Branche hat sich auch im vergangenen Jahr der gesamtwirtschaftlichen Konjunktur entsprechend entwickelt. Im Bereich der kommunalen IT ist weiterhin ein deutlicher Anstieg der Nachfrage nach Hard- und Software zu verzeichnen. Dies ist neben den üblichen Ersatzbeschaffungen auf die zunehmende Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung und insbesondere auf die Ausstattung der Schulen zurückzuführen. Darüber hinaus profitiert die ProVitako eG an dem weiterhin wachsenden Interesse an Kooperationen und gemeinsamen Ausschreibungen mit dem Ziel durch Mengenbündelung Synergieeffekte zu erzielen. Dies ließ sich in der ProVitako durch eine größere Beteiligung an den gemeinsamen Ausschreibungen erkennen.

Im Verlauf des Geschäftsjahres 2019 wurden gebündelte Beschaffungsbedarfe in den Bereichen Microsoft Lizenzen und Apple Komponenten in gemeinsamen Ausschreibungen veröffentlicht.

Auch im Bereich der Inhouse-Beziehungen des Leistungsaustauschs zeigte sich ein stetig steigendes Interesse daran, Leistungen aus dem Verbund zu beziehen.

Insgesamt ist erneut festzustellen, dass ProVitako weiter an Aufmerksamkeit bei den Vitako-Mitgliedern, die exklusiv Mitglieder der Genossenschaft werden können, gewonnen hat und durch das hohe Vergabevolumen immer stärker von den potentiellen Anbietern am Markt wahrgenommen wird. Die Mitglieder kommen mit eigenen Vorschlägen für weitere Bündelungen auf die Genossenschaft zu, Vergabeplanungen werden gemeinsam entwickelt und sie beteiligten sich an den laufenden Aktivitäten.

Zur Unterstützung der laufenden Geschäftstätigkeiten wurde die Geschäftsstelle am Standort Siegburg im Geschäftsjahr 2019 personell aufgestockt.

3.4 Komm24 GmbH

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Komm24 mit Sitz in Dresden (HRB 39020). KISA hält zum Stichtag 31. Dezember 2019 einen Anteil von 20 %.

3.4.1 Beteiligungsübersicht

Name:	Komm24 GmbH
Anschrift:	Semperstraße 2 01069 Dresden
Telefon:	0351 21391030
Homepage:	www.komm-24.de
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Stammkapital:	25.000 EUR
Anteil KISA:	5.000 EUR (20 %)

Unternehmensgegenstand

Die Komm24 GmbH ist eine im Jahr 2019 gegründete gemeinsame Tochter der kreisfreien Städte Chemnitz und Dresden, der Lecos GmbH sowie dem Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) und der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) und hat laut Gesellschaftsvertrag vom 17. Juni 2019 den Unternehmenszweck, gemeinsame Vorhaben der sächsischen Kommunen insbesondere zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und der E-Government-Gesetze des Bundes sowie des Freistaates Sachsen zu realisieren sowie andere IT-Leistungen für ihre Gesellschafter zu erbringen.

Ihr Geschäftsmodell besteht darin, dass sie Aufträge von der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) oder auch anderen Gesellschaftern erhält und dafür wiederum andere, leistungsfähige Gesellschafter heranzieht und beauftragt. Dazu benötigt sie außer einem Geschäftsführer kein eigenes, angestelltes Personal. Sämtliche Produktions- wie Verwaltungsleistungen werden durch die dafür beauftragten Partner/ Gesellschafter erbracht.

Die Komm24 hat ihren Sitz in Dresden und keine weiteren Standorte.

Im abgelaufenen Rumpfgeschäftsjahr fanden 2 Aufsichtsratssitzungen sowie eine satzungsgemäße Versammlung der Gesellschaftervertreter statt.

3.4.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der Komm24 liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen: 0 €
- Verlustabdeckungen: 0 €
- Sonstige Zuschüsse: 0 €

- Übernommene Bürgschaften: 0 €
- Sonstige Vergünstigungen: 0 €.

3.4.3 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2019 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Durch die Verabschiedung des Onlinezugangsgesetzes im Jahr 2017 sind alle öffentlichen Einrichtungen verpflichtet, ihre Dienstleistungen für ihre Kunden über einen elektronischen Eingangskanal anzubieten.

Angesichts der zunehmenden Digitalisierung der Gesellschaft und nahezu aller wirtschaftlichen Bereiche bekommen darüberhinaus IT-Dienstleister, die in der Lage sind, hierbei mit Know-how, Produkten und Erfahrung zielgerichtet zu unterstützen, eine immer größere Bedeutung.

Wir gehen davon aus, dass in den nächsten Jahren ein immer stärkerer Bedarf an Leistungen für die Digitalisierung der Verwaltungen in Sachsen, Deutschland und weltweit entsteht und befriedigt werden muss. Insofern ist die Komm24 – auch unabhängig von der aktuellen Coronakrise – bestens aufgestellt.

Im Gegenteil, wir gehen davon aus, dass der Trend zu Remote-Arbeit sich auch generell verstärken wird und die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen in diesem Zusammenhang noch viel stärker als bisher vorangetrieben wird.

Geschäftsverlauf und Lage

Die Komm24 GmbH wurde am 17. Juni 2019 gegründet und am 10. Juli 2019 im Handelsregister des Amtsgerichts Dresden unter HRB 39020 eingetragen.

In den ersten Monaten nach Gründung ging es vor allem darum, die Leistungs- und Rechtsbeziehungen zu den Hauptpartnern, den Gesellschaftern zu konkretisieren und inhaltlich auszugestalten. Zwar waren im Vorfeld der Gründung schon wesentliche Punkte diskutiert und in Angriff genommen wurden, da jedoch entscheidende Geschäftsgrundlagen wie die Zustimmung der Gremien der Gesellschafter und der Zuwendungsvertrag zwischen Staatskanzlei und SAKD erst kurz vor der notariellen Gründung feststanden, konnten direkte Planungs- und Umsetzungsschritte wie die Einstellung von bzw. Zuweisung von Personal auf Seiten der Entwicklungsdienstleister erst sehr kurzfristig angegangen werden. Insofern waren in den ersten Monaten entsprechende Berater- und Entwicklerkapazitäten aufzubauen und zu strukturieren.

Darüberhinaus erwies es sich erwartungsgemäß als aufwendig, die über verschiedene Standorte und Organisationen verteilten Mitarbeiter mit einem einheitlichen, zum Teil völlig neuen und nicht etablierten Vorgehensmodell (OZG-Leitfaden), neuen Tools usw. zu integrieren, zudem kam es an der Schnittstelle zum Hauptauftraggeber SAKD anfangs immer wieder zu Klärungsbedarf.

a) Ertragslage

Somit wurden im Endeffekt gegenüber der Planung für das Rumpfgeschäftsjahr 2019 (1.470 TEuro) deutlich niedrigere Umsatzerlöse (651 TEuro) erreicht. Zusätzliche (ursprünglich nicht im Wirtschaftsplan vorgesehene) Erlöse aus ergänzenden Betriebsleistungen für den Integrationsdienst für die SAKD und Leistungsvermittlungen zwischen den Gesellschaftern (EBIT Dresden und Lecos) glichen jedoch einen Teil der Lücke bei den OZG-Vorhaben aus.

Infolge des verringerten Umsatzes konnte auch das Ergebnis gegenüber dem Planansatz nicht erreicht werden. Es lag schließlich bei -15 TEuro.

Ein Vergleich mit dem Vorjahr ist aufgrund der erst zum 3. Quartal erfolgten Geschäftsaufnahme nicht möglich.

b) Finanzlage

Die Finanzlage wird als gut eingeschätzt. Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt im Berichtsjahr 10,5 TEuro.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit beträgt 100 TEuro (Einzahlung Kapitalrücklage). Der Gesamtcashflow beträgt 110,5 TEuro.

c) Vermögenslage

wesentliche Bilanzposten

Aktiva	TEuro
kurzfristige Vermögenswerte	776
liquide Mittel	135
Passiva	
Eigenkapital	110
Rückstellungen	5
kurzfristige Verbindlichkeiten	796
Bilanzsumme	911

Das gesamte Eigenkapital beläuft sich zum Ende des Geschäftsjahres auf 110 TEuro. Die Eigenkapitalquote liegt bei 12 % und somit in der Größenordnung vergleichbarer Unternehmen der Branche.

Gesamtaussage

Unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage schätzen wir als stabil und gesichert ein.

Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen.

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie die Rückstellungen sind durch die Forderungen und liquiden Mittel gedeckt.

Prognosebericht

Für das Wirtschaftsjahr 2020 erwarten wir insgesamt eine Entwicklung entsprechend des Planes. Mit dem Auftraggeber SAKD ist die Entwicklung von insgesamt 55 unterschiedlichen Themenfeldern verabredet, welche in diesem angegangen und über verschiedene IT-Dienstleistungsverträge beauftragt werden. Das Gesamt(umsatz-)volumen hierfür wird auf ca. 2,4 Mill. Euro eingeschätzt. Zusätzlich wurden durch die LH Dresden Druckleistungen in Höhe von ca. 350 TEuro beauftragt. Darüberhinaus werden auch mit bestimmten Kunden auch Betriebsleistungen für die entwickelten ÖZG-Produkte über die Gesellschaft abgewickelt werden. Vor diesem Hintergrund wird ein positives Jahresergebnis in Höhe von 32,5 TEuro erwartet.

Durch die seit März in Deutschland und weltweit aufgetretene Corona-Pandemie erwarten wir zur Zeit zwar gewisse Beeinträchtigungen bzw. Verschiebungen in der Durchführung von ÖZG-Werkstätten, dafür müssen zum Teil neue Formate genutzt werden. Insgesamt gehen wir derzeit davon aus, dass alle Leistungen durch die beauftragten Dienstleister in vollem Umfang erbracht werden können.

Chancen- und Risikobericht

a) Risiken aus operativer Tätigkeit

Umfeld-/ Marktrisiken

Bezüglich des politischen und gesellschaftlichen Umfelds sehen wir derzeit keine wesentlichen Risiken. Die gesetzlichen Anforderungen an Onlinezugänge für Verwaltungsleistungen für Bürger und Unternehmen sind nicht rückholbar und auch die Kunden fordern diese immer stärker ein.

Die Risiken aus der Corona-Pandemie werden – wie bereits vorn festgestellt – für beherrschbar eingeschätzt, da der Großteil der Arbeiten aus dem Homeoffice oder in kleineren Zusammenkünften erledigt werden kann.

Ein gewisses Risikopotenzial besteht darin, dass verschiedene Kommunen, also die potenziellen Endkunden der durch Komm24 entwickelten und bereitgestellten Antragsassistenten, in der Zwischenzeit durch kommerzielle Wettbewerber angeworben werden und in größerem Stil deren jeweiligen Formulare bzw. Lösungspakete nutzen. Hier gilt es also, möglichst rasch eigene Lösungen anbieten zu können und Marketing und Vertrieb im Verbund mit den Gesellschaftern aufzubauen.

Risiken in den Leistungsbeziehungen

Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal zur Erbringung der geplanten Leistungen. In sofern ist sie darauf angewiesen, dass ihre Dienstleister über genügend qualifiziertes und engagiertes Personal verfügen und dieses im erforderlichen Umfang für die vereinbarten Projekte und zunehmend erforderlichen Betriebsleistungen bereitgestellt werden. Angesichts des relativ

engen Personalmarktes für IT-Fachspezialisten ist dies eine ständige Herausforderung, welche im wesentlichen durch die jeweiligen Dienstleister wahrgenommen wird.

b) Risikomanagementsystem

Alle erkennbaren Risiken werden laufend identifiziert und in zweimonatlichen Beratungen und Abstimmungen mit den Verantwortlichen der Gesellschafter dargelegt und erforderliche Maßnahmen gemeinsam abgestimmt und festgelegt.

Die Maßnahmen werden durch die Vertreter der Gesellschafter fortlaufend kontrolliert. Die Geschäftsführung schätzt die Risiken insgesamt als überschaubar ein und geht derzeit davon aus, dass sie keinen nennenswerten negativen Einfluss auf die Entwicklung der Gesellschaft haben werden.

c) Chancen

Durch die Digitalisierung in allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen werden nach unserer Einschätzung auch die Anforderungen, aber auch die Chancen für die Komm24 erheblich wachsen.

Auch durch die gegenwärtige Corona-Krise sehen wir, dass Akzeptanz und damit auch die Erwartung an digitale Kommunikation enorm steigt und konkreter Bedarf an Leistungen für die Digitalisierung der Verwaltungen in Sachsen entsteht. Dafür ist die Komm24 im Verbund mit ihren Gesellschaftern und Dienstleistern gut aufgestellt.

d) Einschätzung

Die Perspektiven für die Entwicklung des Unternehmens sind aus Sicht der Geschäftsführung durch die langfristige Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern als Auftraggeber und Lieferanten sowie den Zuwendungsvertrag der SAKD mit dem Freistaat Sachsen bis zum Jahr 2025 für die Bereitstellung der Onlinedienstleistungen der Kommunen gesichert. Somit ist nach Einschätzung der Geschäftsführung auch in den kommenden Geschäftsjahren mit einer stabilen Unternehmensentwicklung zu rechnen. Bestandsgefährdende Risiken sind aktuell nicht ersichtlich.

Allerdings wird sich bei der erwarteten zunehmenden Nachfrage und sich erweiterndem Leistungsspektrum und -umfang auch zunehmend die Frage nach Änderungen am konstitutiven Geschäftsmodell stellen, hinsichtlich des Aufbaus von eigenem Personal und Strukturen.

3.4.4 Organe

Der Aufsichtsrat setzte sich im Rumpfgeschäftsjahr 2019 wie folgt zusammen:

Herr Sven Schulze, Bürgermeister Dezernat 1, Stadt Chemnitz	Vorsitzender
Herr Uwe Albrecht, Bürgermeister Dezernat 7, Stadt Leipzig	Stellvertreter
Herr Andreas Bitter, Geschäftsführer KISA	Aufsichtsratsmitglied
Herr Thomas Weber, Direktor SAKD	Aufsichtsratsmitglied
Herr Prof. Dr. Michael Breidung, Betriebsleiter EB-IT	Aufsichtsratsmitglied
Dienstleistungen, Stadt Dresden	Aufsichtsratsmitglied

4 Anteile der mittelbaren Beteiligung der Verbandsmitglieder zum Stichtag 31.12.2019

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH %	Anteil Lecos GmbH %	Anteil Komm24 GmbH %
1	LRA Altenburger Land	20	0,829	497,10 €	165,70 €	41,43 €
2	LRA Dahme-Spreewald	20	0,829	497,10 €	165,70 €	41,43 €
3	LRA Erzgebirgskreis	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
4	LRA Görlitz	30	1,243	745,65 €	248,55 €	62,14 €
5	LRA Gotha	1	0,041	24,86 €	8,29 €	2,07 €
6	LRA Leipzig	30	1,243	745,65 €	248,55 €	62,14 €
7	LRA Meißen	20	0,829	497,10 €	165,70 €	41,43 €
8	LRA Nordsachsen	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
9	LRA Saale-Orla-Kreis	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
10	LRA Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	20	0,829	497,10 €	165,70 €	41,43 €
11	LRA Vogtlandkreis	30	1,243	745,65 €	248,55 €	62,14 €
12	LRA Weimarer Land	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
13	LRA Zwickau	20	0,829	497,10 €	165,70 €	41,43 €
14	SV Altenberg	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
15	SV Annaberg-Buchholz	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
16	SV Aue-Bad Schlema	20	0,829	497,10 €	165,70 €	41,43 €
17	SV Augustusburg	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
18	SV Bad Dübén	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
19	SV Bad Lausick	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
20	SV Bad Muskau	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
21	SV Bad Schandau	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
22	SV Bautzen	30	1,243	745,65 €	248,55 €	62,14 €
23	SV Belgern-Schildau	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
24	SV Bernstadt a. d. Eigen	5	0,207	124,28 €	41,43 €	10,36 €
25	SV Böhlen	20	0,829	497,10 €	165,70 €	41,43 €
26	SV Borna	5	0,207	124,28 €	41,43 €	10,36 €
27	SV Brandis	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
28	SV Burgstädt	20	0,829	497,10 €	165,70 €	41,43 €
29	SV Chemnitz	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
30	SV Coswig	5	0,207	124,28 €	41,43 €	10,36 €
31	SV Crimmitschau	30	1,243	745,65 €	248,55 €	62,14 €
32	SV Dahlen	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
33	SV Delitzsch	20	0,829	497,10 €	165,70 €	41,43 €
34	SV Dippoldiswalde	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
35	SV Döbeln	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
36	SV Dohna	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €

Seite 29 von 30

Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH %	Anteil Lecos GmbH %	Anteil Komm 24 GmbH %
37	SV Dornitzsch VG	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
38	SV Elterlein	1	0,041	24,86 €	8,29 €	2,07 €
39	SV Frankenberg/Sa.	20	0,829	497,10 €	165,70 €	41,43 €
40	SV Frauenstein	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
41	SV Freiberg	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
42	SV Freital	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
43	SV Geyer	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
44	SV Glashütte	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
45	SV Glauchau	20	0,829	497,10 €	165,70 €	41,43 €
46	SV Görlitz	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
47	SV Grimma	20	0,829	497,10 €	165,70 €	41,43 €
48	SV Gröditz	5	0,207	124,28 €	41,43 €	10,36 €
49	SV Groitzsch	20	0,829	497,10 €	165,70 €	41,43 €
50	SV Großenhain	1	0,041	24,86 €	8,29 €	2,07 €
51	SV Großröhrsdorf	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
52	SV Großschirma	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
53	SV Hainichen	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
54	SV Hartenstein	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
55	SV Hartha	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
56	SV Harzgerode	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
57	SV Heidenau	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
58	SV Hohenstein-Ernstthal	20	0,829	497,10 €	165,70 €	41,43 €
59	SV Hohnstein	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
60	SV Hoyerswerda	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
61	SV Kirchberg	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
62	SV Kitzscher	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
63	SV Klingenthal	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
64	SV Königstein	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
65	SV Landsberg	20	0,829	497,10 €	165,70 €	41,43 €
66	SV Lauter-Bernsbach	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
67	SV Leipzig	30	1,243	745,65 €	248,55 €	62,14 €
68	SV Leisnig	20	0,829	497,10 €	165,70 €	41,43 €
69	SV Limbach-Oberfrohna	30	1,243	745,65 €	248,55 €	62,14 €
70	SV Lommatzsch	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
71	SV Lößnitz	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
72	SV Markneukirchen	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
73	SV Markranstädt	20	0,829	497,10 €	165,70 €	41,43 €
74	SV Meerane	5	0,207	124,28 €	41,43 €	10,36 €
75	SV Meißen	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
76	SV Mittweida	1	0,041	24,86 €	8,29 €	2,07 €
77	SV Mügeln	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €

Seite 30 von 30

Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH %	Anteil Lecos GmbH %	Anteil Komm24 GmbH %
78	SV Naumburg	20	0,829	497,10 €	165,70 €	41,43 €
79	SV Naunhof	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
80	SV Niesky	20	0,829	497,10 €	165,70 €	41,43 €
81	SV Nossen	20	0,829	497,10 €	165,70 €	41,43 €
82	SV Oberlungwitz	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
83	SV Oelsnitz/Erzgeb.	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
84	SV Ostritz	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
85	SV Pegau	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
86	SV Pirmas	20	0,829	497,10 €	165,70 €	41,43 €
87	SV Plauen	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
88	SV Pulsnitz	20	0,829	497,10 €	165,70 €	41,43 €
89	SV Rabenau	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
90	SV Radeberg (Große Kreis- stadt)	5	0,207	124,28 €	41,43 €	10,36 €
91	SV Radebeul (Große Kreis- stadt)	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
92	SV Radeburg	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
93	SV Regis-Breitingen	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
94	SV Reichenbach/ Vogtland	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
95	SV Reichenbach/O.L.	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
96	SV Riesa (Große Kreisstadt)	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
97	SV Roßwein	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
98	SV Rötha	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
99	SV Rothenburg/O.L.	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
100	SV Sayda	5	0,207	124,28 €	41,43 €	10,36 €
101	SV Schkeuditz	30	1,243	745,65 €	248,55 €	62,14 €
102	SV Schöneck/Vogtl.	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
103	SV Schwarzenberg/ Erzgeb. (f. GV Pöhla)	5	0,207	124,28 €	41,43 €	10,36 €
104	SV Stollberg/Erzgeb.	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
105	SV Stolpen	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
106	SV Strehla	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
107	SV Taucha	30	1,243	745,65 €	248,55 €	62,14 €
108	SV Thalheim (Erzgeb.)	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
109	SV Tharandt	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
110	SV Torgau (f. Pflückuff)	1	0,041	24,86 €	8,29 €	2,07 €
111	SV Trebsen/Mulde	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
112	SV Treuen	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
113	SV Waldheim	20	0,829	497,10 €	165,70 €	41,43 €
114	SV Weimar	30	1,243	745,65 €	248,55 €	62,14 €
115	SV Weißenberg	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €

Seite 31 von 36

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH %	Anteil Lecos GmbH %	Anteil Komm24 GmbH %
116	SV Weißwasser/O.L.	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
117	SV Werdau	20	0,829	497,10 €	165,70 €	41,43 €
118	SV Wildenfels	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
119	SV Wilkau-Haßlau	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
120	SV Wilsdruff	20	0,829	497,10 €	165,70 €	41,43 €
121	SV Wolkenstein	5	0,207	124,28 €	41,43 €	10,36 €
122	SV Wurzen	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
123	SV Zittau (f. GV Hirschfelde)	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
124	SV Zschopau	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
125	SV Zwenkau	20	0,829	497,10 €	165,70 €	41,43 €
126	SV Zwönitz	1	0,041	24,86 €	8,29 €	2,07 €
127	GV Amtsberg	1	0,041	24,86 €	8,29 €	2,07 €
128	GV Arnsdorf	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
129	GV Auerbach/Erzgebirge	1	0,041	24,86 €	8,29 €	2,07 €
130	GV Bannewitz	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
131	GV Belgershain	1	0,041	24,86 €	8,29 €	2,07 €
132	GV Borsdorf	20	0,829	497,10 €	165,70 €	41,43 €
133	GV Boxberg/O.L.	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
134	GV Breitenbrunn/Erzgeb.	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
135	GV Burkau	5	0,207	124,28 €	41,43 €	10,36 €
136	GV Burkhardtsdorf	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
137	GV Callenberg	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
138	GV Claußnitz	1	0,041	24,86 €	8,29 €	2,07 €
139	GV Crottendorf	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
140	GV Diera-Zehren	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
141	GV Doberschau-Gaußig	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
142	GV Dorfhain	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
143	GV Dürrröhrsdorf-Dittersbach	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
144	GV Ebersbach (01561)	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
145	GV Elstertrebnitz	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
146	GV Eppendorf	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
147	GV Erlau	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
148	GV Frankenthal	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
149	GV Gablenz	1	0,041	24,86 €	8,29 €	2,07 €
150	GV Glaubitz	5	0,207	124,28 €	41,43 €	10,36 €
151	GV Göda	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
152	GV Gohrisch	5	0,207	124,28 €	41,43 €	10,36 €
153	GV Großharthau	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
154	GV Großpösna	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
155	GV Großpostwitz/O.L.	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €

Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH %	Anteil Lecos GmbH %	Anteil Komm 24 GmbH %
156	GV Großschönau	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
157	GV Grünhainichen (f. GV Borsendorf)	1	0,041	24,86 €	8,29 €	2,07 €
158	GV Hähnichen	1	0,041	24,86 €	8,29 €	2,07 €
159	GV Hainewalde	1	0,041	24,86 €	8,29 €	2,07 €
160	GV Hartmannsdorf	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
161	GV Hartmannsdorf-Reichenau	1	0,041	24,86 €	8,29 €	2,07 €
162	GV Hirschstein	1	0,041	24,86 €	8,29 €	2,07 €
163	GV Hochkirch	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
164	GV Hohendubrau	5	0,207	124,28 €	41,43 €	10,36 €
165	GV Kabelsketal	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
166	GV Käbschütztal	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
167	GV Klingenberg	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
168	GV Klipphausen	20	0,829	497,10 €	165,70 €	41,43 €
169	GV Königswartha	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
170	GV Kottmar	5	0,207	124,28 €	41,43 €	10,36 €
171	GV Krauschwitz	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
172	GV Kreba-Neudorf	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
173	GV Kreitscha	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
174	GV Krostitz	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
175	GV Kubschütz	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
176	GV Laußig	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
177	GV Leubsdorf	5	0,207	124,28 €	41,43 €	10,36 €
178	GV Leutersdorf	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
179	GV Lichtenau	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
180	GV Lichtentanne	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
181	GV Liebschützberg	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
182	GV Löbnitz	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
183	GV Lohsa	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
184	GV Lossatal	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
185	GV Machern	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
186	GV Malschwitz	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
187	GV Markersdorf	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
188	GV Mildenau	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
189	GV Mockrehna	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
190	GV Moritzburg	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
191	GV Mücka	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
192	GV Müglitztal	5	0,207	124,28 €	41,43 €	10,36 €
193	GV Muldenhammer	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
194	GV Neschwitz	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
195	GV Neuensalz	5	0,207	124,28 €	41,43 €	10,36 €

Seite 33 von 36

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH %	Anteil Lecos GmbH %	Anteil Komm 24 GmbH %
196	GV Neuhausen/Erzgeb.	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
197	GV Neukieritzsch	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
198	GV Neukirchen	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
199	GV Neustadt/Vogtl.	1	0,041	24,86 €	8,29 €	2,07 €
200	GV Niederau	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
201	GV Nünchritz	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
202	GV Obergung	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
203	GV Oderwitz	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
204	GV Ottendorf-Okrilla	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
205	GV Otterwisch	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
206	GV Petersberg (f. VG Götsche- tal-Petersb.)	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
207	GV Pöhl	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
208	GV Priestewitz	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
209	GV Puschwitz	1	0,041	24,86 €	8,29 €	2,07 €
210	GV Quitzdorf am See	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
211	GV Rackwitz	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
212	GV Rammenau	1	0,041	24,86 €	8,29 €	2,07 €
213	GV Rathen, Kurort	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
214	GV Reinhardtsdorf-Schöna	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
215	GV Reinsberg	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
216	GV Reinsdorf	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
217	GV Rietschen	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
218	GV Rosenbach (f. VV Rosen- bach)	5	0,207	124,28 €	41,43 €	10,36 €
219	GV Schleife	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
220	GV Schmölln-Putzkau	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
221	GV Schönau-Berzdorf a. d. Ei- gen	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
222	GV Schönfeld	1	0,041	24,86 €	8,29 €	2,07 €
223	GV Schwepnitz	5	0,207	124,28 €	41,43 €	10,36 €
224	GV Sehmatal	5	0,207	124,28 €	41,43 €	10,36 €
225	GV Steinberg	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
226	GV Steinigtwolmsdorf	5	0,207	124,28 €	41,43 €	10,36 €
227	GV Striegistal	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
228	GV Tannenberg	5	0,207	124,28 €	41,43 €	10,36 €
229	GV Taura	5	0,207	124,28 €	41,43 €	10,36 €
230	GV Teutschenthal (f. VG Würde/Salza)	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
231	GV Thierdorf	1	0,041	24,86 €	8,29 €	2,07 €
232	GV Trossin	5	0,207	124,28 €	41,43 €	10,36 €
233	GV Wachau	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €

Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH %	Anteil Lecos GmbH %	Anteil Komm 24 GmbH %
234	GV Waldhufen	5	0,207	124,28 €	41,43 €	10,36 €
235	GV Weinböhla	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
236	GV Weischlitz / Burgstein	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
237	GV Weißkeißel	1	0,041	24,86 €	8,29 €	2,07 €
238	GV Wernsdorf	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
239	GV Wiedemar	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
240	GV Zeithain	1	0,041	24,86 €	8,29 €	2,07 €
241	VV Diehna	8	0,331	198,84 €	66,28 €	16,57 €
242	VV Eilenburg-West	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
243	VV Jägerswald	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
244	Verkehrsverbund Oberlausitz- Niederschlesien GmbH	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
245	ZV Verkehrsverbund Oberlau- sitz-Niederschlesien	1	0,041	24,86 €	8,29 €	2,07 €
246	Schulverband Treuen Land	1	0,041	24,86 €	8,29 €	2,07 €
247	AZV Elbe-Flößkanal	5	0,207	124,28 €	41,43 €	10,36 €
248	AZV „Oberer Lober“	1	0,041	24,86 €	8,29 €	2,07 €
249	AZV „Schöpsaue“ Rietschen	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
250	AZV "Gemeinschaftskläran- lage Kalkreuth"	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
251	AZV „Untere Zschopau“	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
252	AZV "Unteres Pflaßnitztal- Gaule"	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
253	AZV „Weiße Elster“	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
254	AZV „Wilde Sau“ Wilsdruff	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
255	ZV RAVON	5	0,207	124,28 €	41,43 €	10,36 €
256	ZV Regionaler Planungsver- band Oberlausitz-Niederschle- sien	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
257	Trink-WZV Mildenau-Strecken- walde	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
258	ZV WAZV „Mittlere Wesenitz“ Stolpen	5	0,207	124,28 €	41,43 €	10,36 €
259	ZV Abfallwirtschaft Oberes Elbtal Dresden	5	0,207	124,28 €	41,43 €	10,36 €
260	ZV „Parthenaue“	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
261	ZV WALL	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
262	JuCo-Soziale Arbeit gGmbH	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH %	Anteil Lecos GmbH %	Anteil Komm24 GmbH %
263	Kommunaler Versorgungsverband Sachsen	20	0,829	497,10 €	165,70 €	41,43 €
264	Kommunaler Sozialverband Sachsen	12	0,497	298,26 €	99,42 €	24,86 €
265	Kulturbetriebsgesellschaft Meißner Land mbH	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
266	Lecos GmbH	5	0,207	124,28 €	41,43 €	10,36 €
267	Stadtwerke Schkeuditz	3	0,124	74,57 €	24,86 €	6,21 €
268	Wasser Abwasser Betriebsgesellschaft Coswig mbH	1	0,041	24,86 €	8,29 €	2,07 €
269	Stiftung lebendige Gemeinde Neukieritzsch	1	0,041	24,86 €	8,29 €	2,07 €
270	Gesellsch.f.soziale Betreuung Bona Vita	1	0,041	24,86 €	8,29 €	2,07 €
	Gesamt 2019:	2414	100	60.000,00 €	20.000,00 €	5.000,00 €

KDN - Kommunale DatenNetz GmbH

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Wiener Straße 128
01219 Dresden
Tel.: 0351 / 315 69 50
E-Mail: kdn@kdn-gmbh.de

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 01.01.2008

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Die KDN GmbH betreibt und verwaltet das Kommunale Datennetz KDN II in Sachsen.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	60.000€
----------------------	---------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Frank Schlosser

III BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	60.000 €	100,0%
---	----------	--------

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2017	12/2018	12/2019
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur KDN GmbH sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) dargestellt.

Lecos GmbH

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Prager Straße 8
04103 Leipzig
Tel.: 0341/25380
E-Mail: info@lecos-gmbh.de

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 16.08.2010

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Die Lecos GmbH ist ein Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Sie unterstützt die Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen in Mitteldeutschland IT-seitig dabei, die gesetzlichen Aufgaben für die Bürger zu erfüllen und Verwaltungsprozesse noch bürgerfreundlicher und kostengünstiger zu gestalten.

Die Lecos GmbH wurde im Januar 2001 als Gemeinschaftsunternehmen (Public Private Partnership) der Stadt Leipzig und der IBM Deutschland GmbH gegründet. 51 Prozent der Anteile hielt IBM Deutschland, 49 Prozent der Anteile waren im Besitz der Stadt Leipzig. Die zum damaligen Zeitpunkt relativ moderne Form der öffentlich-privatwirtschaftlichen Zusammenarbeit konnte die unterschiedlichen und sehr hohen Erwartungen der beiden Partner IBM und Stadt Leipzig nicht erfüllen. Mitte 2002 erwarb die Stadt Leipzig daher die Gesellschafteranteile von IBM Deutschland zurück. Lecos wurde 100-prozentige Tochter der Kommune.

Hervorgegangen ist die Lecos GmbH aus der Abteilung für Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) der Stadt Leipzig, die im November 1990 gebildet wurde. Die IuK baute das erste kommunale Rechenzentrum in den neuen Bundesländern auf, das im Mai 1991 eröffnet wurde.

Heute hält die Stadt Leipzig 90 Prozent der Anteile an der Lecos GmbH, 10 Prozent der Anteile sind im Besitz von KISA.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	200.000€
----------------------	----------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Peter Kühne

III BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Stadt Leipzig	180.000 €	90,0%
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	20.000 €	10,0%

Beteiligungen

ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.	5.000 €	2,6%
KOMM24 GmbH	5.000 €	20,0%

Finanzbeziehungen

	12/2017	12/2018	12/2019
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur Lecos GmbH sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) dargestellt.

ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Markgrafenstraße 22

10117 Berlin

Tel.: 030 / 2063-156-0

Webseite: <http://www.provitako.de>

Rechtsform: eG

Gründungsdatum: 01.01.2007

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Ihr Ziel ist es, die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit von IT-Dienstleistungen ihrer Mitglieder zu verbessern.

Genossenschaftsmitglieder sind ausschließlich Mitglieder der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister Vitako. ProVitako-Mitglieder sind IT-Dienstleister, die zu 100 % in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft sind.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	190.500€
----------------------	----------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Karl-Josef Konopka

Herr Dr. Ralf Resch

III BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Lecos GmbH	5.000 €	2,6%
Verschiedene	180.500 €	94,8%
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	5.000 €	2,6%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2017	12/2018	12/2019
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G. sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) dargestellt.

KOMM24 GmbH

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Semperstraße 2
01069 Dresden
Tel.: +49 351 213910 30

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 17.06.2019

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Die Komm24 GmbH ist eine im Jahr 2019 gegründete gemeinsame Tochter der kreisfreien Städte Chemnitz und Dresden, der Lecos GmbH sowie dem Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) und der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) und hat laut Gesellschaftsvertrag vom 17. Juni 2019 den Unternehmenszweck, gemeinsame Vorhaben der sächsischen Kommunen insbesondere zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und der E-Government-Gesetze des Bundes sowie des Freistaates Sachsen zu realisieren sowie andere IT-Leistungen für ihre Gesellschafter zu erbringen.

Ihr Geschäftsmodell besteht darin, dass sie Aufträge von der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) oder auch anderen Gesellschaftern erhält und dafür wiederum andere, leistungsfähige Gesellschafter heranzieht und beauftragt. Dazu benötigt sie außer einem Geschäftsführer kein eigenes, angestelltes Personal. Sämtliche Produktions- wie Verwaltungsleistungen werden durch die dafür beauftragten Partner/ Gesellschafter erbracht.

Die Komm24 hat ihren Sitz in Dresden und keine weiteren Standorte.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	25.000€
----------------------	---------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Arnold Wiersbinski (ab 17.06.2019)
--

III BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Lecos GmbH	5.000 €	20,0%
Stadt Chemnitz	5.000 €	20,0%
Stadt Dresden	5.000 €	20,0%
Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung	5.000 €	20,0%
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	5.000 €	20,0%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2019
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-
Finanzmittelzufluss	-
Erträge aus Verlustübernahme	-
Zuschüsse	-
Bürgschaften	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur KOMM24 GmbH sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) dargestellt.

Anhang

Anlage 1 Begriffserläuterungen

Abschreibungen	<p>Abschreibungen erfassen die Wertminderungen der Anlagegüter, die durch Nutzung, technischen Fortschritt, wirtschaftliche Entwertung oder durch außergewöhnliche Ereignisse verursacht werden. In der Jahreserfolgsrechnung stellen die Abschreibungen Aufwand dar; sie vermindern somit den steuerpflichtigen Gewinn und damit auch zugleich die gewinnabhängigen Steuern: Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer. Für die Bewertung der Anlagegüter ist zu unterscheiden zwischen</p> <ul style="list-style-type: none">• abnutzbaren und nicht abnutzbaren Anlagegütern sowie• planmäßiger und außerplanmäßiger Abschreibung.
Aktiva	<p>Die Aktivseite der Bilanz gibt Auskunft über die Anlage bzw. über die Verwendung des Kapitals (Anlagevermögen und Umlaufvermögen). Sie zeigt also die Mittelverwendung oder Investierung. Die Summe aller Aktiva, die gleich der Summe aller Passiva ist, ergibt die Bilanzsumme.</p>
Anlagevermögen	<p>Vermögensgegenstände mit einem Anschaffungswert über EUR 410 netto und Gegenstände in Sachgesamtheiten (Zusammenfassung mehrerer selbständig nicht nutzungsfähiger Gegenstände, z.B. Schreibtischkombinationen), die dem Unternehmen auf Dauer dienen und längere Zeit im Vermögen verbleiben oder über längere Zeiträume genutzt werden. Das Anlagevermögen ist neben dem Umlaufvermögen Teil der Bilanz eines Unternehmens; es steht auf der Aktivseite und umfasst Sachanlagen (Immobilien, Maschinen, Fuhrpark etc.), Finanzanlagen (Beteiligungen, Wertpapiere etc.) und immaterielle Vermögensgegenstände (Patente, Lizenzen).</p>
Aufwendungen	<p>Jeden Werteverzehr eines Unternehmens an Gütern, Diensten und Abgaben bezeichnet man als Aufwand. Aufwendungen vermindern das Eigenkapital.</p>
Betriebsergebnis	<p>Gegenüberstellung der betrieblichen Aufwendungen (z.B. Materialaufwand, Personalaufwand, Abschreibungen, Mieten u.a.) = Kosten und der betrieblichen Erträge (z.B. Umsatzerlöse, Eigenleistungen u.a.) = Leistungen ergibt das Ergebnis der eigentlichen betrieblichen Tätigkeit = Betriebsergebnis.</p>
Bilanz	<p>Aufstellung der Herkunft und Verwendung des Kapitals zu einem bestimmten Stichtag (Ende des Wirtschaftsjahres) in Kontenform. Sie enthält auf der linken Seite die Vermögensgegenstände (Aktiva), auf der rechten Seite das Fremdkapital und das Eigenkapital (Passiva) als Ausgleich (Saldo). Beide Seiten der Bilanz (ital. Bilancia = Waage) weisen daher die gleichen Summen aus.</p>

Bilanzgewinn/-verlust	Wird das Jahresergebnis um einen Gewinnvortrag aus dem Vorjahr und/oder um Entnahmen aus den Gewinnrücklagen erhöht oder um einen Verlustvortrag aus dem Vorjahr und/oder um Einstellungen in die Gewinnrücklagen vermindert, so erhält man den Bilanzgewinn bzw. -verlust (nur bei Kapitalgesellschaften).
Eigenkapital	Kapital, welches einem Unternehmen von seinen Eigentümern ohne zeitliche Begrenzung und ohne festen Verzinsungsanspruch zur Verfügung gestellt wird. Das Eigenkapital steht auf der Passivseite, gliedert sich in das Gezeichnetes Kapital , je nach Rechtsform als Grund-, Nenn- oder Stammkapital bezeichnet, und die Rücklagen sowie den Gewinnvortrag und den Jahresüberschuss. Soweit die Rücklagen durch Einbehaltung von Gewinnen entstanden sind, werden sie als Gewinnrücklagen bezeichnet. Die Kapitalrücklagen wurden durch Kapitalerhöhungen oder einen Aufschlag auf das eingezahlte Stammkapital gebildet.
Erträge	Alle Wertzuflüsse in ein Unternehmen, die das Eigenkapital erhöhen. Hauptertrag sind die Umsatzerlöse, die nicht nur die Selbstkosten decken sollen, sondern auch einen angemessenen Gewinn erbringen.
Fremdkapital	Ein Teil der Bilanz , der auf der Seite der Passiva aufgeführt wird und die Mittel darstellt, mit denen das Unternehmensvermögen finanziert wurde. Es bezeichnet also die Verbindlichkeiten (Schulden) des Unternehmens, insbesondere Kredite und Rückstellungen für zukünftige Verpflichtungen.
Gesellschafterversammlung	Ist das Entscheidungsgremium der Anteilseigner (Gesellschafter) bei der GmbH. Sie beschließt über Änderungen im Gesellschaftsverhältnis, im Gesellschaftsvertrag und in der Unternehmensstrukturierung. Sie stellt den Jahresabschluss fest und beschließt die Gewinnverwendung. Weiter bestellt sie den Aufsichtsrat, wenn nicht der Stadtrat ein Entsendungsrecht hat.
Gewinn- und Verlustrechnung	Periodische Erfolgsrechnung durch Gegenüberstellung der Erträge und Aufwendungen eines bestimmten Abrechnungszeitraums. Sie ist Bestandteil des handelsrechtlichen Jahresabschlusses und muss zum Ende des Wirtschaftsjahres erstellt werden. Der ausgewiesene Periodenerfolg, der Jahresüberschuss oder -fehlbetrag (Jahresergebnis), ist Ausgangsgröße der Gewinnverwendungsrechnung.
Gewinnrücklage	Wird aus dem bereits versteuerten Jahresgewinn durch Einbehaltung bzw. Nichtausschüttung von Gewinnanteilen gebildet. Man unterscheidet vor allem zwischen gesetzlichen, satzungsmäßigen und anderen (freien) Gewinnrücklagen.
Gewinnvortrag	Der nach dem Gewinnverwendungsbeschluss in die nächste Rechnungsperiode vorgetragene (übertragene) Gewinn. In der Folgeperiode wird der Restbetrag dann mit dem aktuellen Ergebnis verrechnet, und es erfolgt ein erneuter Verwendungsbeschluss (siehe Verlustvortrag/-rücktrag).

Gezeichnetes Kapital	Ist das im Handelsregister eingetragene Kapital, auf das die Haftung der Gesellschafter beschränkt ist. Es ist Bestandteil des Eigenkapitals . Bei der GmbH stellt das Stammkapital, bei der AG das Grundkapital das „Gezeichnete Kapital“ dar. Es ist stets zum Nennwert auszuweisen. Nach dem Verhältnis der gehaltenen Anteile am „Gezeichneten Kapital“ bestimmt sich die Beteiligungsquote.
Investitionen	In der Regel nur Geldverwendungen für den Erwerb von Anlagevermögen (Grundstücke, Gebäude, Maschinen usw.). Für die betriebswirtschaftliche Planung und Steuerung der Investitionstätigkeit ist jedoch eine weiter gefasste Definition zweckmäßig: Investition ist der zukunftsorientierte Einsatz finanzieller Mittel für Güter, die zur Erfüllung bestimmter Ziele längerfristig genutzt werden sollen. Kurz: Investition ist die zielgerichtete Bindung von Kapital. Man unterscheidet zw. Sach-, immateriellen und Finanzinvestitionen.
Jahresergebnis	Ergebnis eines Unternehmens unter Berücksichtigung aller Erträge und Aufwendungen , steht am Ende der Gewinnermittlung (auch: Jahresüberschuss/-fehlbetrag).
Kapitalrücklage	Sie kommt in der Bilanz auf der Passivseite vor und gehört zum Eigenkapital . Die Kapitalrücklage ist die von Kapitalgesellschaften zu bildende Rücklagen . Als Kapitalrücklage auszuweisen sind: <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Betrag, der bei der Ausgabe von Anteilen über den Nennbetrag hinaus erzielt wird. 2. Der Betrag, der bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen zum Erwerb von Anteilen erzielt wird. 3. Der Betrag von Zuzahlungen, die Gesellschafter gegen Gewährung eines Vorzugs für ihre Anteile leisten. 4. Der Betrag von anderen Zuzahlungen, die Gesellschafter in das Eigenkapital leisten.
Liquidität	Ist die Zahlungsfähigkeit eines Unternehmens, die sich aus dem Verhältnis der liquiden Mittel zu den fälligen Verbindlichkeiten ermitteln lässt. Es ist zu prüfen, ob die liquiden Mittel ausreichen, das kurzfristig fällige Fremdkapital zu decken. Zahlungsunfähigkeit (Illiquidität) führt meist zum Konkurs.
Passiva	Auf der Passivseite der Bilanz ist die Aufteilung des Vermögens in Eigenkapital und Fremdkapital dargestellt. Sie gibt also Auskunft über die Mittelherkunft des Unternehmens. Die Summe aller Passiva, die gleich der Summe aller Aktiva ist, ergibt die Bilanzsumme.
Rechnungsabgrenzungsposten	Ausgaben (Aktiva) bzw. Einnahmen (Passiva) vor dem Abschlussstichtag, soweit sie Aufwand bzw. Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen (Aktive bzw. Passive Rechnungsabgrenzung). Rechnungsabgrenzungsposten dienen der zeitraumrichtigen Abgrenzung der Aufwendungen und Erträge , damit das Gesamtergebnis periodengerecht zum Jahresabschluss ermittelt werden kann.
Rücklagen	Sind variable Eigenkapitalteile auf der Passivseite, die aufgrund von Gesetzen, der Satzung oder auch einfach freiwillig gebildet werden. Rücklagen sind einbehaltene Gewinne oder zusätzliches

Eigenkapital aus einem Agio (der Betrag, der bei Ausgabe von Anteilen über den Nennbetrag hinausgeht).

Rückstellungen

Sind Bilanzpositionen auf der Passivseite. Sie haben den Charakter von ungewissen Verbindlichkeiten, da ihre Höhe und Fälligkeit ungewiss ist. Man unterscheidet in Pensions-Rückstellungen, andere Rückstellungen (z.B. für Prozesskosten, Garantieleistungen, Steuern) und Aufwandsrückstellungen (z.B. für Großreparaturen, Werbekampagnen, künftige Preissteigerungen).

Stammkapital

Als Stammkapital bezeichnet man die bei Gründung einer Kapitalgesellschaft von den Gesellschaftern zu erbringende Einlage (**Gezeichnetes Kapital**). Bei GmbHs in Deutschland muss das Stammkapital nach § 5 Abs. 1 GmbHG mindestens 25.000,00 EUR betragen. Bei mehreren Gesellschaftern muss jeder mindestens ein Viertel seiner Stammeinlage erbringen, wobei die Summe dieser Einlagen mindestens die Hälfte des gesamten Stammkapitals ergeben muss (vgl. § 7 Abs. 2 GmbHG).

Umlaufvermögen

Bezeichnet Werte eines Unternehmens, die einer ständigen Änderung durch Zu- und Abgänge unterliegen. Zum Umlaufvermögen zählen unter anderem Warenbestände, Forderungen, Wertpapiere und liquide Mittel. Es steht in der **Bilanz** auf der Aktivseite.

Umsatz

Erlöse für Lieferungen und Leistungen, die von Unternehmen bzw. Betrieben an Dritte erbracht und in Rechnung gestellt werden. Zur Ermittlung der Erlöse werden Preise abzüglich unmittelbar gewährter Preisnachlässe (Rabatte, Boni, Skonti) zugrunde gelegt. Die Kosten für Fracht, Verpackung und Porto (auch wenn getrennt in Rechnung gestellt) und ebenso die auf den eigenen Erzeugnissen liegenden Verbrauchsteuern werden einbezogen. Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ist in den Erlösen dagegen nicht enthalten.

Verlustvortrag/-rücktrag

Ist die Möglichkeit des steuerlich wirksamen Verlustausgleiches. Verluste des entsprechenden Abrechnungszeitraumes können mit steuerpflichtigen Gewinnen aus dem vorangegangenen Jahr verrechnet bzw. auf unbegrenzte Zeit vorgetragen werden, damit die Verrechnung mit zukünftig möglichen Gewinnen erfolgen kann. Dies bildet die gesetzlich zulässige Möglichkeit, gezahlte Steuern zurückzuerhalten bzw. die zukünftig mögliche Steuerschuld zu mindern.

Anlage 2 Kennzahlen

Bezeichnung	Formel
Arbeitsproduktivität (in %)	$\text{Umsatz} / \text{Personalaufwand} * 100$
Effektivverschuldung (in EUR)	$\text{Verbindlichkeiten} - \text{monetäres Umlaufvermögen}$
Eigenkapitalquote (in %)	$\text{Eigenkapital} / \text{Bilanzsumme} * 100$
Eigenkapitalrendite (in %)	$\text{Jahresergebnis} / \text{Eigenkapital} * 100$
Fremdkapitalquote (in %)	$\text{Fremdkapital} / \text{Bilanzsumme} * 100$
Gesamtkapitalrendite (in %)	$(\text{Jahresergebnis} + \text{Zinsaufwand}) /$ $\text{Bilanzsumme} * 100$
Investitionsdeckung (in %)	$\text{Abschreibung} / \text{AfA} + (\text{AV neu} - \text{AV alt}) * 100$
Liquidität 1. Grades (in %)	$\text{monetäres Umlaufvermögen} /$ $\text{kfr. Verbindlichkeiten} * 100$
Pro-Kopf-Umsatz (in EUR)	$\text{Umsatz} / \text{Personalbestand}$
Vermögensstruktur (in %)	$\text{Anlagevermögen} / \text{Bilanzsumme} * 100$

Anlage 3 Abkürzungen

AbfAbIV	Abfallablagerungsverordnung
AGSGBGesetz	zur Umsetzung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch
AO	Abgabenordnung
AWK	Abfallwirtschaftskonzept
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BKZ	Betriebskostenzuschuss
BM	Bürgermeister
BPfIV	Bundespflegeverordnung
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
DB AG	Deutsche Bahn Aktiengesellschaft
DMP	Disease-Management-Programm
DRG	Diagnosis Related Groups
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
EW	Einwohner
EVU	Eisenbahnverkehrsunternehmen
GF	Geschäftsführer
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GVFG	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
HH	Haushalt

HK	Handwerkskammer
HRB	Handelsregister B
IRL	Invest Region Leipzig GmbH
i. V. m.	in Verbindung mit
IHK	Industrie- und Handelskammer
KH	Krankenhaus
KHBV	Krankenhaus-Buchführungsverordnung
KHG	Krankenhausgesetz
KrW/AbfG	Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz
KSV	Kommunaler Sozialverband Sachsen
LDL	Landesdirektion Leipzig
LeitStVO	Leitstellenverordnung
LK	Landkreis
LR	Landrat
LRA	Landratsamt
LWV	Landeswohlfahrtsverband Sachsen
MBA	mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage
MDV	Mitteldeutscher Verkehrsverbund
MTL	Muldentalkreis
NEF	Notarzteinsatzfahrzeug
NL	Niederlassung
OBM	Oberbürgermeister
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPNVFinAusG	Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr
ÖPNVFinVO	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

ÖRKSF-G	Gesetzes über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe vom 13. Dezember 2002
ÖSPNV	straßengebundener öffentlicher Personennahverkehr
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PVM	Personenverkehrsgesellschaft Muldental mbH
RL	Regionalbus Leipzig GmbH
RPA	Rechnungsprüfungsamt
RTW	Rettungstransportwagen
RZV	Rettungszweckverband
SächsABG	Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz
SächsBRKG	Gesetz zur Neuordnung des Brandschutzes, des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes im Freistaat Sachsen
SächsEigBVO	Sächsische Eigenbetriebsverordnung
SächsGemO	Sächsische Gemeindeordnung
SächsGVBl	Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
SächsKrGebNG	Sächsisches Gesetz zur Neugliederung des Gebietes der Landkreise des Freistaates Sachsen
SächsKomHVO	Sächsische Kommunalhaushaltsverordnung
SächsKomZG	Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit
SächsKRG	Sächsisches Kulturraumgesetz
SächsLKrO	Sächsische Landkreisordnung
SächsLPIG	Sächsisches Landesplanungsgesetz
SächsLWVG	Gesetz über den Landeswohlfahrtsverband Sachsen
SächsL- RettDPVO	Sächsische Landesrettungsdienstplanverordnung
SächsVwNG	Gesetz zur Neuordnung der Sächsischen Verwaltung
SchwBG	Schwerbehindertengesetz

SGB	Sozialgesetzbuch
SMI	Sächsisches Ministerium des Inneren
SMS	Sächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie
SMWA	Sächsisches Ministerium für Wirtschaft und Arbeit
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
TBA	Tierkörperbeseitigungsanlage
VbÄ	Vollbeschäftigtenäquivalent
THÜSAC	THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH Altenburg
TVöD	Tarifvertrag öffentlicher Dienst
VHS	Volkshochschule
Vj./Vorj.	Vorjahr
VmHH	Vermögenshaushalt
VwHH	Verwaltungshaushalt
WEV	Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH
ZAW	Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
ZVNL	Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig

Anlage 4 Beteiligungen in alphabetischer Reihenfolge

Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH	69
Aufbauwerk Region Leipzig GmbH.....	145
Breitband GmbH Landkreis Leipzig	140
Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH	190
Invest Region Leipzig GmbH.....	151
KDN - Kommunale DatenNetz GmbH.....	342
KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH	238
KOMM24 GmbH.....	347
Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig	30
Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig	126
Kommunaler Sozialverband Sachsen.....	81
Lecos GmbH	343
Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)	195
Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft.....	60
ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.	345
Regionalbus Leipzig GmbH.....	172
Regionaler Planungsverband Leipzig-West Sachsen	156
Servicegesellschaft Muldental mbH.....	76
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH.....	183
Westfälische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH.....	287
Zweckverband Abfallwirtschaft West Sachsen	257
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig.....	207
Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen	243
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	290
Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum	48

Impressum

Herausgeber:
Landratsamt Landkreis Leipzig
Stauffenbergstraße 4
04552 Borna

Redaktion:
Beteiligungsmanagement

Redaktionsschluss:
31.10.2020

Konzeption, Koordination:
fidas kommunal
Beteiligungscontrolling Software der Saxess AG

Dieser Bericht steht auch als PDF-Datei im Internet zur Verfügung.

www.landkreisleipzig.de